

Gerhard Schulz (Hg.)

Die Große Krise
der dreißiger Jahre

Vom Niedergang
der Weltwirtschaft zum
Zweiten Weltkrieg

Vandenhoeck & Ruprecht

Die Krise der dreißiger Jahre war nicht nur wirtschaftlich bedingt. An ihrem Anfang stand jedoch die im Herbst 1929 in Amerika einsetzende Weltwirtschaftskrise mit verheerenden Folgen in vielen Ländern. In Deutschland förderte sie die Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur; ihr gelten mehrere Beiträge. Danach erweitert sich die Perspektive über Deutschland und Europa hinaus. Thema des zweiten Teils sind die - alten und neuen - Weltmächte und die damals entstehenden Konfliktzonen Ostmitteleuropa, Ostasien und Naher Osten. Der Band vermittelt einen interessanten Überblick über politische Schwerpunkte der Großen Krise. Er macht Zusammenhänge deutlich und zeigt den weltweiten Charakter der Krise wie ihre weltpolitische Tragweite.

Die Grosse Krise der dreissiger Jahre

Vom Niedergang der Weltwirtschaft
zum Zweiten Weltkrieg

Herausgegeben von

Gerhard Schulz

Mit Beiträgen von

Pierre Bertaux • Dietrich Beyrau • Dietrich Geyer
Tilemann Grimm • Wolfgang Schieder • Klaus Scholder
Gerhard Schulz • Klaus Schwabe • Marlis G. Steinert
Fritz Steppat • Bernd-Jürgen Wendt • Harald Winkel

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

CIP-Kurztitelausgabe der Deutschen Bibliothek

**Die Grosse Krise der dreissiger Jahre:
vom Niedergang d. Weltwirtschaft zum 2. Weltkrieg /**
hrsg. von Gerhard Schulz. Mit Beitr. von Pierre Bertaux
... – Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1985.
ISBN 3-525-36189-0

NE: Schulz, Gerhard [Hrsg.]; Bertaux, Pierre [Mitverf]

© Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985. – Printed in Germany. –
Alle Rechte des Nachdrucks, der Vervielfältigung und der Übersetzung Vorbehal-
ten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das
Werk oder Teile daraus auf photomechanischem (Photokopie, Mikrokopie) oder
akustomechanischem Wege zu vervielfältigen.
Gesetzt aus Bembo auf Linotron 202 System 3 (Linotype).
Satz und Druck: Guide-Druck GmbH, Tübingen.
Bindearbeit: Hubert & Co., Göttingen.

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Einleitung des Herausgebers 7

I. Weltwirtschaftskrise – Faschismus – Nationalsozialismus

HARALD WINKEL

Der Glaube an die Beherrschbarkeit von Wirtschaftskrisen (1933-1970).
Lehren aus der Weltwirtschaftskrise 17

WOLFGANG SCHIEDER

Das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis. Zum Problem faschistischer Regimebildung 44

GERHARD SCHULZ

Permanente Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Entstehung des nationalsozialistischen Führerstaates in Deutschland 72

KLAUS SCHOLDER

Die Krise der dreissiger Jahre als Fragen an Christentum und Kirchen 101

PIERRE BERTAUX

Nationalsozialistische Kulturpolitik und ihre Folgen 120

MARLIS G. STEINERT

Hitlers Krieg und die Deutschen 137

II. Weltmächte und Konfliktzonen

DIETRICH GEYER

Stalin und der Stalinismus 157

DIETRICH BEYRAU

Zwischen Autonomie und Abhängigkeit: Ostmitteleuropa 1919-1939 179

KLAUS SCHWABE

Die Ära Roosevelt in der Geschichte der Vereinigten Staaten und ihr Einfluss auf die Weltpolitik 200

Die englische Politik des Appeasement in den dreissiger Jahren und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft	233
FRITZ STEPP AT	
Das Jahr 1933 und seine Folgen für die arabischen Länder des Vorderen Orients	261
Die Autoren	279

Einleitung des Herausgebers

Die Grosse Krise der dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts erscheint von anderer Art als die Krisen des 19. Jahrhunderts, um von älteren Zeiten einmal abzusehen. Viele Wahrnehmungen deuten darauf hin, dass wir uns mit einer Verschiebung von unmittelbaren Kriegsfolgen, mit einer verspäteten, in ihren Wirkungen sich rasch verschärfenden Nachkriegskrise zu befassen haben, die die vermiedenen, verzögerten oder ausgebliebenen Lösungen für die Probleme einforderte, die der Erste Weltkrieg geschaffen und hinterlassen hatte. Man wird dies im Hinblick auf vorherrschende Anschauungen und Auffassungen in den Völkern und unter führenden Politikern dieser Völker, soweit sie am Ersten Weltkrieg beteiligt waren, sagen können. Man wird hierbei aber auch die verhältnismässig rasche, aber auf längere Sicht doch nicht ausbalancierte Wiederherstellung der Weltwirtschaft anführen müssen, schliesslich die mit Unterstützung des Völkerbundes eingeleitete und von ihm geforderte Wiederherstellung des Goldstandards in den meisten Ländern der Erde während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre – unter unzulänglich geklärten, tatsächlich höchst folgenreich veränderten Voraussetzungen –, kurzum die überhastete Rückkehr in die Vorstellungswelt und die Gewohnheiten der Vorkriegsjahre in den sogenannten Siegerländern des Ersten Weltkriegs. Dem entsprach auf der anderen Seite die sich ausbreitende, mit mancherlei Spannungen aufgeladene Sehnsucht nach einer Art Rückkehr, nach Auswegen oder einer Erneuerung gegen die erfahrenen Folgen und unmittelbaren Auswirkungen des Ersten Weltkriegs in den besiegten Staaten, auch in jenen, die sich zu den Siegern zählten, in denen jedoch das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, ebenfalls Platz griff.

In Europa hat kein Krieg nach Bismark – auch der Zweite Weltkrieg nicht – die Landkarte so stark verändert, wie es die Friedensschlüsse, die den Ersten Weltkrieg beendeten, zuwegebrachten. Der eigentliche Revolutionär im Staatensystem Europas war der Erste Weltkrieg, in den Staaten ausserhalb Europas der Zweite Weltkrieg. Doch die alten und die neuen Staaten blieben in ihrer Mehrzahl unbefriedigte Staaten, so dass die im Gefolge von Industrialisierung, Krieg und Kriegswirtschaftsfolgen angehäuften innerpolitischen, vornehmlich sozialen Probleme gleichsam innerhalb einer Art Zentralpunktperspektive sich auf nationale politische Ziele hin konzentrierten.

Von der ‚Krise des Staates‘ zu sprechen, kam nicht nur in der deutschen nationalrevolutionär gestimmten Rechten in Mode. Die ‚Krise des Staates‘ wurde auch von bedeutenden Philosophen und Soziologen begründet, die schliesslich das Nebeneinander eines faschistischen Italien, eines sowjetischen Russland und parlamentarisch regierter Gross- und Kolonialmächte Westeuropas in einer neuen Welt als fragil empfanden, jedenfalls nicht als Dauerzustand betrachteten. Die Demokratie war gegen Ende des Ersten Weltkriegs, nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, zum primären Argument unter den Kriegszielen der westlichen Verbündeten geworden, dem sich die tonangebenden englischen Liberalen schon vorher verschrieben hatten. Doch das Kriegsergebnis erschien vielen nur kurzfristig als Bestätigung der demokratischen Kriegsziele des ‚Wilsonianismus‘, der amerikanischen Ausprägung demokratischer Ideale, die allerdings für die Verfassungen wie das politische Denken der neuen wie der neuorganisierten Staaten Europas nur wenige Doktrinen vermittelten, deren Anwendung zudem umstritten blieb.

Im Laufe der zwanziger Jahre gewannen dann Name und Ansehen der Diktatur, die seit Napoleons Zeiten ebenfalls mit der europäischen – und der lateinamerikanischen – Entwicklung der Republik verbunden war, wieder Anhängerschaft sowohl unter Intellektuellen als auch unter den politisch organisierten Massen. Dennoch kann man die Situation in Deutschland – paradoxerweise gerade in Deutschland – gegen Ende der zwanziger Jahre als innerlich scheinbar durchaus stabil und parlamentarisch fundiert betrachten, wenn auch für den näher Zusehenden die Dauer dieses Zustandes in Frage stehen mochte. Eine relative Stabilität im Rahmen einer relativ erfolgreichen Wiedereinordnung in die Weltwirtschaft schien in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre für Deutschland erreicht; dies waren allerdings überall Jahre einer relativen Stabilisierung ohne – wie sich erwies – ausreichende Balancierung und Fundierung. Dies wurde in der Weltwirtschaftskrise deutlich, die sich zur grössten Depression seit Beginn der Industrialisierung mit lange anhaltenden, in den einzelnen Staaten uneinheitlich, aber überwiegend erschütternden Folgen entwickelte und überaus unterschiedliche Überwindungsmechanismen hervorbrachte.

Diese Krise aller Krisen, die ‚Grosse Krise‘ der dreissiger Jahre, war nicht nur, wie es in einem der nachfolgenden Beiträge (von Tilemann Grimm) ausgedrückt wird, innerhalb Ostasiens die Zäsur des Jahrhunderts, dessen Ende wir uns näher sehen als die Miterlebenden dieser Krise, so dass ein derartiges Urteil am Platze sein mag. Zäsur dieses Jahrhunderts, innerhalb des Zeitalters der beiden Weltkriege von 1914 bis 1945, wird man diese Krise auch in vielen anderen Hinsichten nennen dürfen. Dies rechtfertigt ihre eingehende und ausgiebige Erforschung und Behandlung, der sich die nachfolgenden zwölf Beiträge widmen, die zum Teil neue Zusammenhänge sichtbar machen und neue Forschungsergebnisse vortragen. Mit einer gewissen Zwangsläufigkeit müssen hierbei Probleme und Ereignisse der er-

sten Phase, der Anfänge in den Vordergrund rücken, die noch weit von den Schreckensbildern der nachfolgenden Jahre und der Vernichtungsexzesse der vierziger Jahre entfernt, aber eng mit der deutschen Geschichte verknüpft sind, so dass in vieler Leute Augen das Jahr 1933 zu einem ‚Fluchtpunkt‘ der Geschichte geworden ist, wobei man an die Verfolgung und Vernichtung systematischer Art der europäischen Juden und anderer Minderheiten während des Zweiten Weltkriegs in erster Linie denkt. Dies wird in einigen der Beiträge behandelt oder berührt. Der Kreis der Themen ist jedoch noch weiter gespannt, so dass die weltweite Krise zu erkennen ist.

Es liegt nahe, mit der im Herbst 1929 in den Vereinigten Staaten einsetzenden Grossen Depression zu beginnen, die als eine Krise einander kumulierender Wirkungen in Europa, vor allem in Deutschland erst mit einiger Verzögerung zur Kenntnis genommen wurde, obgleich sie alsbald die verheerendsten Folgen zeitigte. Die Reflexionen und Berichte über die Krise samt ihren Anfängen, die theoretischen Versuche zu ihrer Bewältigung, die Lehren, die hieraus gezogen wurden, haben fortwirkende Bedeutung erlangt. Man kann heute kaum von einer Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre sprechen, ohne ihre theoretischen Folgerungen einzubeziehen, die bis in das vorletzte Jahrzehnt des Jahrhunderts hinein- und vielleicht noch darüber hinausreichen. Wahrscheinlich haben diese Lehren zur Verhütung (oder zur Verschiebung?) von krisenhaften Entwicklungen in der Nachkriegszeit beigetragen. Dies ist ein schwieriges und bislang wohl kaum ganz befriedigend bearbeitetes Thema, mit dem sich der erste der hier vorgelegten Beiträge von Harald Winkel befasst, der von den letzten Ereignissen in den zwanziger Jahren in Amerika bis in die wirtschaftspolitischen Auffassungen unserer Jahre hineinreicht, in diesem Zusammenhang ein Thema von übergreifender historischer Weite.

Nach diesem notwendigen wirtschaftshistorischen Ansatzpunkt erscheint es unvermeidlich, auf die immer noch bedeutsame Diskussion über den die Zeit charakterisierenden Begriff des ‚faschistischen Regimes‘ einzugehen. Man kann darüber streiten, ob dies heute noch erforderlich ist. Doch zweifellos gibt es eine Richtung unter den jüngeren deutschen Historikern, die sich mit Zeitgeschichte befassen, die diesen Begriff für unvermeidbar halten. Er hat zumindest seine Geschichte, die unsere Beachtung verdient. Nach dem historischen Marsch der italienischen Faschisten auf Rom im Oktober 1922 wurde der Ausdruck ‚Faschismus‘ alsbald zum neuen polemischen Schlagwort für die Gegenwelt innerhalb der Vorstellungen des von der Sowjetunion, der Kommunistischen Internationale und den kommunistischen Parteien, die sich ihr anschlossen, weltweit geführten Kampfes, der sich als ‚Klassenkampf‘ und Völkerkampf gegen ‚Kapitalismus‘ und ‚Imperialismus‘ verstand. Dies hat sich behauptet, wenn auch Abweichungen und fortgesetzt neue Variationen dieser Version der ursprünglich propagierten Theorie gegenüber eigene Geltungsansprüche erheben.

Der kommunistische Begriff, der Komintern-Begriff ist nicht nur ein

kommunistischer geblieben. Dies zeigte sich in den späten zwanziger und frühen dreissiger Jahren, ist vor allem aber durch eine bedeutende, einflussreiche Arbeit von Ernst Nolte entschieden worden, der den Begriff des ‚Faschismus in seiner Epoche‘ (1963) geprägt, in die Geschichtswissenschaft eingeführt und eine weitere Stimulation zur Erneuerung des Faschismus-Begriffes bewirkt hat. Dies ist nicht ohne entschiedene Entgegnungen geblieben. Die Diskussion, soweit sie eine wissenschaftliche ist, dauert an und wird auch an dieser Stelle fortgeführt, beginnend mit dem Beitrag von Wolfgang Schieder.

Die ‚Epoche des Faschismus‘ wurde und wird freilich als eine ziemlich einheitliche verstanden, die vom Ende des Ersten zum Ende des Zweiten Weltkriegs reicht, in der anscheinend gleichartige Bedingungen unter gewissen ideologisch-mentalenen Voraussetzungen vergleichbare oder gar einander ähnelnde Diktatorsysteme hervorbrachten, so dass die paradigmatische Bedeutung des ersten faschistischen Regimes in Italien unbestritten scheint. Doch seine Entstehung und Ausbildung fiel in die zwanziger Jahre, auch schon in die Phase einer wirtschaftlichen Nachkriegskrise, die sich gewiss nicht nur in Italien beobachten liess, dort aber doch besondere Eigenarten annahm, als die Nationalsozialisten in Deutschland zwar von manchen als eine Bedrohung, aber gewiss noch nicht als eine ernsthafte und schon gar nicht als eine Partei mit einiger Zukunft betrachtet wurden. Hierzu wurden sie erst in und unter den Bedingungen der späten Weimarer Republik – in der Weltwirtschaftskrise.

Man könnte wohl mit einigen guten Gründen die Behauptung vertreten und durch respektable Beispiele belegen, dass die Problematik sogenannter ‚wirtschaftlicher Zwangslagen‘ und ‚politischer Handlungsspielräume‘ nicht nur für die frühen dreissiger Jahre gilt, für die sie im Zusammenhang mit der Krise der Weltwirtschaft seit Knut Borchardts scharf formulierten Thesen von 1979 ausgiebig diskutiert worden ist, sondern als Grundthema der Geschichte im 20. Jahrhundert betrachtet werden muss, das natürlich auch für die frühen zwanziger und ebenso für die mittleren und späteren dreissiger Jahre gilt. Es wäre allerdings weniger verhänglich, statt von ‚Zwangslagen‘ und ‚Handlungsspielräumen‘ von Rahmenbedingungen und Folgerungen zu sprechen, die das Kriterium – der Entscheidung – einschliessen. Wir können indessen ohne Vorbehalt feststellen, dass eine Beschäftigung mit der wirtschaftspolitischen – nicht nur der wirtschaftlichen – Krise, die in weltweiten Aspekten weder 1933 noch bald danach überwunden war, nach einem angemessenen, d. h. auch weltweiten Überblick verlangt, den dieser Band gewiss nicht vollständig zu erreichen, aber doch in einigen Schwerpunkten zu verdeutlichen vermag. Die Krise in ihrer Epoche ereignet sich in einem weltgeschichtlichen Rahmen. Es wäre ebenso falsch, die sukzessiv voranschreitende Überwindung der Krisenfolgen durch das nationalsozialistische Regime in den Jahren 1933 bis etwa 1936 zu übersehen oder auszuklammern wie die Bekämpfung und Überwindung der Krise im Rah-

men einer germanozentrischen Geschichtsbetrachtung zu belassen und Eigenart wie Formen der Krisenüberwindung in anderen Ländern und die politische Entwicklung in anderen Teilen des Globus zu vernachlässigen. Die Aufgabe der Bekämpfung und Überwindung der Krise war in allen Völkern während der dreissiger Jahre stets gegenwärtig, wenn auch in verschiedenen Formen geäussertes Programm, das bis zu Beginn oder zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs nicht an Bedeutung verlor. Allerdings verminderte sich die Zahl der im Verlaufe dieses Prozesses aktiv und schliesslich dominierend hervortretenden Staaten – auch unter den grösseren Mächten – beträchtlich.

Die Krise war weltweit und nicht nur wirtschaftlich bedingt, wurde aber durch das Versagen wirtschaftlicher Systemzusammenhänge ausgelöst bzw. begünstigt oder beschleunigt. In Deutschland förderte sie die Entstehung des nationalsozialistischen Diktaturregimes, das in mancher Hinsicht italienischen Vorbildern zu folgen schien, aber auch mit andersartigen Elementen weiterreichende Ziele verfolgte, die wiederum weltweite Folgen spätestens im Zweiten Weltkrieg zeitigten. Die nach dem 30. Januar 1933 einsetzende Gleichschaltung und Umwandlung des öffentlichen Lebens wird – durch einen Beitrag des Herausgebers – als perennierender Prozess behandelt, der auf verschiedenen Stufen zur Lösung von den Normen, neuen wie alten, und zur fortgesetzten Verstärkung der führerstaatlichen Komponente führte, die wesentlich – nicht nur als ‚Mythos‘ – an die Persönlichkeit Adolf Hitlers gebunden war. Diese Thematik wird durch eine Darstellung der Vorgänge im Bereiche der Kultur und der Hauptlinie der von Goebbels betriebenen Kulturpolitik durch den Germanisten Pierre Bertaux auf ein weiteres, in seiner Bedeutung kaum hoch genug einzuschätzendes Gebiet ausgedehnt. In einem gewissen Zusammenhang hiermit stehen sowohl die Behandlung des Kirchenkampfes, vornehmlich seiner Anfänge auf der Seite der evangelischen Kirche, der sich Klaus Scholder angenommen hat, der, auf Grund seiner neuen Forschungen, über die bisherigen Veröffentlichungen hinausgehende Thesen vorträgt und begründet, als auch die beinahe schon zwangsläufig sich ergebende Frage nach der Haltung der deutschen Bevölkerung sowohl im Hinblick auf den kommenden Krieg und dann während des Krieges, ein Thema, das sich quellenmässig schwer fassen lässt, aber von der Autorin, Marlis Steinert, vor einigen Jahren mit Erfolg zum ersten Mal eingehend behandelt wurde.

Eine zweite Serie von Themen behandelt einerseits den grösseren Kreis der Weltmächte, vor allem der neuen Weltmächte, solche, die im Grunde erst während dieser Krisenjahre hierzu wurden, und andererseits die grossen Konfliktzonen, die in diesen Jahren aus unterschiedlichen Gründen entstanden und es für längere Zeit blieben: Mittelosteuropa, Ostasien und der Vordere Orient.

Dietrich Geyer betrachtet den Stalinismus auch als ein deutsches Problem. 30 Jahre nach dem Tode Josef Stalins haben die Kontroversen und die

Beurteilungen seiner Herrschaft bereits eine eigene Geschichte. Ob die Entzauberung des Stalinkults von Dauer ist, steht dahin. Jedenfalls wird die Sowjetunion von den Ergebnissen des Stalinismus noch immer geprägt. Die Versuche zur ‚Entstalinisierung‘ sind erlahmt. Sie haben zu einem Umbau des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der Sowjetunion geführt. Aber die Weltmachtstellung der Sowjetunion gehört zum Erbe der Stalinzeit.

Die Konfliktzone Ostmitteleuropa, die durch innere wie äussere Probleme gleichermaßen schwer belastet erscheint, behandelt Dietrich Beyrau. Ihre politische Schwäche liess diese Staaten von äusseren Faktoren stets abhängig bleiben und fortgesetzt abhängig werden. Im Zweiten Weltkrieg wurde Ostmitteleuropa zum Objekt deutscher Aggression und Ausbeutung, nach 1944/ 45 zum Objekt von Sicherheitsinteressen der sowjetischen Hegemonialmacht.

Mit den Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft Roosevelts vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg befasst sich der Beitrag von Klaus Schwabe, der zunächst die innerpolitische Zielsetzung in der Krisensituation behandelt, in der Roosevelt sein Amt antrat, um dann die Brücke von der Innenpolitik zur Aussenpolitik zu schlagen. In beiden Hinsichten war die Haltung des Kongresses von grosser Bedeutung. Wichtigstes aussenpolitisches Thema bildete in den Auseinandersetzungen zwischen Kongress und Präsident die Neutralitätsgesetzgebung der Jahre 1936-39, die im Kriegsfall die Handlungsfreiheit des Präsidenten weitgehend einschränkte. In dieser Geschichte wird so etwas wie die Scheidemarke sichtbar, die in der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten eine amerikanisch, auch panamerikanisch begrenzte Orientierung von einer wahrhaft weltpolitischen trennt. Das sukzessive Fortschreiten der Entwicklung einer aussenpolitischen Konzeption des Präsidenten, angesichts der seit Mitte der dreissiger Jahre deutlicher werdenden Möglichkeit eines neuen Krieges in Europa, hat allmählich zu einer langsam voranschreitenden, aber schliesslich doch durchschlagenden Änderung der vorherrschenden Meinungen geführt; der letzte Durchbruch trat nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour ein.

In einer interessanten doppelseitigen Behandlung befasst sich Tilemann Grimm sowohl mit Japan und seiner Stellung in Ostasien während der dreissiger Jahre als auch mit China, das zunächst dieser neuen Grossmacht Japan gegenüber in eine passive und leidende Rolle geriet, ein grosses Volk zum Opfer werden liess. Am Ende einer mehrjährigen Entwicklung stehen dann jedoch zwei bedeutende Grossmächte nebeneinander. Die aus mannigfachen Ursachen in längerer Zeitfolge entstandene und sich fortentwickelnde Krise in China führte schliesslich in einen antijapanischen Widerstandskrieg, dessen lange und verwickelte Geschichte seit 1931 in einem verständlichen Überblick dargelegt wird. Auf der anderen Seite wird die Zäsur deutlich, die diese Zeit nun in der Geschichte Japans darstellt.

In Ostasien geriet das einst starke, auch in Europa um seine Stellung ringende Grossbritannien allmählich an die Peripherie des von den beiden

Hauptmächten geführten Krieges. Die Problematik der Politik dieser alten Grossmacht ist das Thema des Beitrags von Bernd-Jürgen Wendt: die englische Politik des ‚Appeasement‘ und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft. Diese Politik zog schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, verstärkt nach 1945 heftige Kritik namentlich englischer Historiker auf sich. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie eingehend in ihren verschiedenen Spielarten und Konzeptionen erforscht worden, die nach wie vor kontrovers beurteilt werden und bis heute ein zentrales Thema der britischen und ein wichtiges der deutschen Zeitgeschichte darstellen. Wendt hat diese Thematik in einer engen, offenkundig glücklichen Verknüpfung von Realgeschichte und Geschichte der historiographischen Problemlage abgehandelt.

Kaum minder schwierig – wenn auch aus vergleichsweise andersgearteten Gründen – stellt sich die Aufgabe des Beitrags von Fritz Steppat dar, der die Auswirkungen der Vorgänge in Deutschland seit 1933 und ihre Folgen für den Nahen Osten bis zu den letzten Ergebnissen behandelt. Die folgenreichste Wirkung, die das nationalsozialistische Deutschland im Vorderen Orient ausübte, ging von den Judenverfolgungen aus und dem starken Anwachsen der jüdischen Einwanderung nach Palästina, die schliesslich, gegen ursprünglichen englischen Widerstand, zur Verselbständigung eines neuen Israel führte. Neben dieser Entwicklungslinie ist aber nicht zu übergehen, dass Hitler mit seinem entschiedenen Auftreten gegen die Westmächte die arabische Seite stark beeindruckt hatte und mit seinem rücksichtslosen innerpolitischen Vorgehen manche arabischen Nationalisten, die in der Bevormundung ihrer Länder durch Grossbritannien und Frankreich das Haupthindernis auf ihrem Wege in die Unabhängigkeit erblickten und von der parlamentarischen Demokratie enttäuscht waren, eine neue, nachhaltig wirkende Orientierung zu bieten schien. Man wird wohl sagen können, dass der israelisch-arabische Antagonismus im Vorderen Orient auch durch Einwirkungen, allerdings eher durch solche indirekter Art von Deutschland beeinflusst, wenn auch nicht verursacht wurde.

Damit schliesst sich der Kreis der Themen dieses Bandes, der Beiträge eigenen Zuschnitts und individueller Zugriffe zu gleichermaßen bedeutsamen Problemen vereinigt, die nicht im enzyklopädischen Sinne erschöpfend behandelt wurden, bislang überhaupt noch nicht in diesem Sinne behandelt worden sind; aber jedes Thema besitzt sein Gewicht – auch für die Nachkriegszeit – nicht zuletzt dank der Mitteilungen der erfahrenen Autoren. In diesem Sinne wollte die Ringvorlesung der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen im Wintersemester 1983/84, aus der die hier versammelten Beiträge hervorgegangen sind, eine nicht nur ephemere, sondern anhaltend wirkende Anregung geben, sich erneut mit den dreissiger Jahren und mit dieser Epoche zu befassen. An dieser Stelle sei Herrn Dr. Winfried Hellmann vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht für sein Interesse und seine Hilfe, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg für ihre Förderung und den Helfern bei der Herstellung der Druckfas-

sung, vor allem Hermann-Josef Mallmann, M. A., Christiane Toyka und Stefan Zauner, gedankt.

Tübingen, Anfang März 1985

Gerhard Schulz

Während der Drucklegung dieses Bandes ist Klaus Scholder, mitten in fruchtbarem Schaffen, verstorben. Sein Beitrag zu diesem Band dürfte die letzte Arbeit gewesen sein, die er mit eigener Hand vollendete.

I.
Weltwirtschaftskrise
Faschismus
Nationalsozialismus

Der Glaube an die Beherrschbarkeit von Wirtschaftskrisen (1933-1970)

Lehren aus der Weltwirtschaftskrise

1. Einführung

«Eine Krise ohnegleichen erschüttert die Welt.» So kennzeichnete am 8. März 1932 der Verwaltungsbericht der Reichsbank¹ zutreffend die wirtschaftliche und politische Situation der Jahre 1929 bis 1933. Allein Deutschland – international hoch verschuldet – erlebte während dieser Zeit nicht weniger als drei Währungskrisen,² deren letzte im Juli 1931 sich zur Bankenkrise ausweitete und zu einer generellen Schalterschliessung der Banken vom 13. bis 15. Juli 1931 führte.³ Bei der Wiedereröffnung am 16. Juli blieben alle Auslandskredite blockiert. Nachfolgende Kreditkündigungen im Inland zur Stärkung der eigenen Liquidität der Banken und eine wochenlange Lähmung des inländischen Zahlungsverkehrs, ein für die gegebene wirtschaftliche Lage viel zu hoher Diskontsatz – er stieg bis August 1931 auf 15% –,⁴ der durch die britische Abwertung des Pfund Sterling vom 21. September 1931 eingeleitete Zusammenbruch bislang hoher Exportüberschüsse⁵ der deutschen Wirtschaft und nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung unter Heinrich Brüning, die sich strikt nach den aussen (reparations-) politischen Erfordernissen richten zu müssen glaubte⁶ – alles dies trug neben vielen anderen Ursachen dazu bei, dass mit über sechs Millionen Erwerbslosen im Winter 1931/32 die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich eine bislang unbekannt hohe erreichte. Es bedarf keiner weiteren Hinweise mehr, in welchem Ausmass dieser Umstand den Nationalsozialisten den Weg zur Macht bahnte.

Nicht minder schwer betroffen waren die USA, das Land, in dem die Krise mit dem berühmten «Schwarzen Donnerstag» am 24. Oktober 1929 ihren äusserlich sichtbaren Anfang nahm. Eine bis 1931 fast auf die Hälfte gesunkene Industrieproduktion, vor allem ein auf ein Sechstel geschrumpftes Bauvolumen und ein starker Rückgang der Autoproduktion⁷ verursachten zusammen mit der von der Wallstreet ausgelösten Kreditkrise eine nicht mehr abreisende Konkurswelle, die über 1'000 Bankenzusammenbrüche und 1932 bereits 15 Mio. Arbeitslose im Gefolge hatte.

Die Krise traf alle Industrienationen: Grossbritannien, das seine «Talsohle» der konjunkturellen Entwicklung bereits 1931 erreichte, wurde von den Ereignissen genausowenig verschont wie Frankreich, das als letztes Land in die Depression geriet. Seit den 1920er Jahren hatte man dort erhebliche Goldbestände angesammelt; auch die deutschen Reparationszahlungen bis 1931 kamen der französischen Zahlungsbilanz zugute. So konnte man die Goldparität des Francs, wenn auch unter starken Goldverlusten, nach 1931 zunächst noch beibehalten; eine erst gegen 1935 verstärkt einsetzende Deflationspolitik konnte dann aber auch 1936 die Abwertung und damit die Aufgabe des Goldstandards nicht mehr verhindern.

Von den Industrieländern übertrug sich der Krisenbazillus auf die Rohstoffexporteure der – wie man heute sagen würde – Dritten Welt. Die rückläufigen Rohstoffbezüge der Industrienationen liessen diese Länder oft mehr als zwei Drittel ihrer Exporterlöse verlieren;⁸ stabilisierende Kredite aus den USA, die nach dem Börsenkrach vollständig versiegt waren, oder aus England konnten die entstehenden Devisenlücken nicht überbrücken.⁹ Die betroffenen Länder reagierten daraufhin zwangsläufig auch mit einer Drosselung ihrer Importe aus den Industrieländern, was sich dort als kumulierender Effekt der Krise auswirken musste.

Anstatt nun gemeinsam nach Lösungen dieser Probleme zu suchen, reagierten Rohstoff- wie Industrieländer mit dem Bestreben, die unangenehmen Auswirkungen der Krise durch zahlreiche Importbehinderungen und für den eigenen Export günstige Währungsabwertungen möglichst auf den Nachbarn abzuwälzen. Da dies von nahezu allen Ländern versucht wurde, riefen sie zu einem guten Teil diejenigen Krisenerscheinungen erst hervor, die jedes Land für sich mit seiner Politik gerade zu vermeiden trachtete. Am Ende der Entwicklung hatten alle verloren: Eine gewaltige Depression bisher nicht erlebten Ausmasses lastete auf sämtlichen Volkswirtschaften und erstickte über Jahre jegliche Aufschwungstendenz. In den wenigen Jahren 1929-1932 fielen die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate weltweit um 56%, die der Nahrungsmittel um 48% und die der Fertigwaren um 36,5%.¹⁰ Wachsende Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Niedergang waren das Begleitbild eines stark zurückgegangenen Welthandels, zunehmender staatlicher Lenkungsmaßnahmen im Bereich der Aussenwirtschaft und vergeblicher Versuche, einen nationalen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden.

Unter dem Druck der deflatorischen Entwicklung und wachsender Belastungen der mehr und mehr aus dem Welthandel sich abkapselnden Volkswirtschaften brach weit mehr zusammen als die nach dem Ersten Weltkrieg nur mühsam wieder installierte Weltwährungsordnung und das in den 1920er Jahren ohnehin schon stark durch wachsenden Protektionismus und Reparationsproblematik gestörte Geflecht internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Diese Ereignisse waren auch das Symptom für eine tiefer liegende Krise: Sie offenbarten die Unfähigkeit der herrschenden nationalökonomi-

schen Lehre und – auf ihr aufbauend – Teilen der Politik, wirtschaftliches Geschehen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auch nur hinreichend realitätsnah diagnostizieren zu können, von brauchbaren Therapievorschlügen ganz abgesehen. Ihr offenkundiges Scheitern bei der Bewältigung der damals anstehenden- und heute ebenfalls aktuellen-Probleme gab Anlass zu einer gründlichen Revision von Wirtschaftstheorie und -politik, deren Ergebnisse aber auch Irrtümer bis in unsere Zeit hinein jedes ökonomische Denken und Handeln ganz wesentlich geprägt haben. Wie und auf welche Weise, davon soll im Folgenden die Rede sein.

II. Ökonomische Theorie und Realität zur Zeit der Weltwirtschaftskrise

Änderungen in theoretischer Grundanschauung und wirtschaftspolitischem Verhalten sind in ihrer Tragweite nur dann erfassbar, wenn man den Zustand vor ihrem Eintritt kennt. Schon aus diesem Grund wird auf das Jahrzehnt unmittelbar vor der Weltwirtschaftskrise einzugehen sein. Aber noch ein weiterer Umstand lässt es notwendig erscheinen, diese Zeit zu betrachten: Sie liefert wichtige Hinweise dafür, wieso es überhaupt zu der nachfolgenden Zäsur kommen konnte.

Nach den unmittelbaren Währungswirren der ersten Nachkriegszeit, die in Deutschland allerdings zum Zeitpunkt des hier zu betrachtenden Ereignisses noch nicht der Vergangenheit angehörten, kam die internationale Weltwirtschaftskonferenz in Genua 1922 überein, den bis 1914 geltenden Goldstandard etwas modifiziert wieder ins Leben zu rufen.¹¹ Um deflatorische Folgen zu vermeiden, sollten als Deckungsgrundlage nicht nur das knappe Gold, sondern zusätzlich auch Devisen herangezogen werden können, wobei dem englischen Pfund und dem amerikanischen Dollar eine besondere Leitfunktion zukam. Dieser Beschluss und sein nachfolgender Vollzug hatten mehr als nur eine währungstechnische Seite. Sie beinhalten ein komplettes wirtschaftspolitisches Programm. Man wollte bewusst dokumentieren, dass man an die Zeit vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als der Goldstandard über Jahrzehnte hinweg Prosperität und wachsenden Welthandel garantiert hatte, wieder anzuknüpfen gedachte. Nicht nur die grundsätzliche Rückkehr zum Gold belegt diesen Umstand: Obwohl sich die Wettbewerbsverhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit vollkommen geändert hatten – u.a. waren die USA von einem Schuldner- zu einem riesigen Gläubigerland geworden und hatten einen starken Ausbau ihrer Produktion erfahren –, entsprach 1925 das Austauschverhältnis der wichtigsten Weltwährungen (Pfund, Dollar, Mark) demjenigen von 1914 und setzte Grossbritannien und Deutschland allein schon aus diesem Grund einem erheblichen Deflationsdruck aus.

Die unbezweifelbar grossen Erfolge des Goldstandards, an die man bei

seiner Wiedereinführung dachte, hatte dieser – und das war der entscheidende Punkt – unter den Bedingungen eines weitgehend liberalen und äusserst flexiblen Wirtschaftssystems errungen, dem tiefgreifende staatliche Reglementierungen auf breiter Basis fremd gewesen waren. Das bedeutete nicht, dass sich der Staat vor 1914 aus jeglichem wirtschaftlichen Geschehen grundsätzlich herausgehalten und sich auf die Rolle des einst so skizzierten «Nachtwächters» beschränkt hätte. Schon die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts lassen zahlreiche staatliche Eingriffe aller Art erkennen,¹² aber diese Eingriffe waren doch überwiegend punktueller Natur. Da Aufgaben der Wohlfahrt und der Versorgung nicht zu den Bereichen besonderen staatlichen Engagements gehörten – die Bismarcksche Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre bildete hier den Ansatzpunkt einer neuen Entwicklung –, konnte der Staat seine wirtschaftliche Betätigung, gemessen an heutigen Massstäben, in engen Grenzen halten.¹³ Die geringe Bedeutung des öffentlichen Ausgabensektors entsprach denn auch durchaus gängigen wirtschaftstheoretischen Vorstellungen, die die Staatstätigkeit als ein zwar notwendiges, aber möglichst gering zu haltendes Übel definierten.

Ein weiteres Kennzeichen des alten liberalen Wirtschaftssystems war seine Flexibilität. Zwar war die Vermutung früher klassischer Nationalökonomien, eine Marktwirtschaft sei konjunkturellen Störungen gegenüber weitgehend unempfindlich (Say'sches Theorem), mit Eintritt der ersten englischen Wirtschaftskrise 1815 schon gründlich widerlegt worden, doch hatte ein funktionierender Wettbewerb durch flexible Warenpreise und durch die noch keineswegs nach unten festgeschriebenen Löhne stets geholfen, die zahlreichen konjunkturellen Störungen des 19. Jahrhunderts zu überwinden. Es bestand kein Anlass, die Aussagen der herrschenden Lehre anzuzweifeln.

Diesem Credo entsprachen auch Instrumente und Praxis staatlicher Wirtschaftspolitik: Finanzpolitik hiess Deckung des Staatsbedarfs und hatte im Übrigen keinerlei andere Funktionen zu erfüllen.¹⁴ Die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmenden wirtschaftlichen Folgewirkungen staatlichen Handelns wurden von der herrschenden Staatswirtschaftslehre meist ignoriert.

Auch von der Geld- und Kreditpolitik her waren die Grenzen staatlicher Einflussnahme eng gezogen. Als – bezeichnenderweise überwiegend privatwirtschaftlich organisierte – «Hüterinnen der Währung» verstanden die Zentralbanken ihre Hauptaufgabe keineswegs dahingehend, mit Hilfe ihres zinspolitischen Instrumentariums in das wirtschaftliche Geschehen des Inlandes eingreifen zu sollen. Die Regeln des Goldstandards diktierten ihnen im Gegenteil eine Geld- und Kreditpolitik, die sich am Zustand der Zahlungsbilanz auszurichten hatte. Wollten sie ihr oberstes Ziel, die Aufrechterhaltung der Fähigkeit, von ihnen ausgegebene Banknoten jederzeit zu dem einmal festgesetzten Kurs (Parität) in Gold einlösen zu können, nicht gefährden, dann mussten die Zentralbanken Zahlungsbilanzdefizite mit einer Kon-

traktion des Geld- und Kreditvolumens, Zahlungsbilanzüberschüsse dagegen mit einer Expansion beantworten. So zog der Zahlungsbilanzstatus jedem Goldstandardland in der Verfolgung eigenständiger, an der konjunkturellen Lage der Binnenwirtschaft ausgerichteter geldpolitischer Ziele enge Grenzen und erwies sich letztlich als der entscheidende Angelpunkt jeglicher Zentralbankpolitik. Ihm, um dessentwillen die Notenbanken auch Jahre andauernde deflatorische Prozesse in Kauf nahmen,¹⁵ war jede andere wirtschaftspolitische Zielsetzung im Hinblick auf die Binnenwirtschaft untergeordnet.¹⁶ Für die freien Marktwirtschaften des 19. Jahrhunderts, die mit «hochgradiger Anpassungselastizität»¹⁷ ausgestattet, Krisen und Stockungen regelmässig ohne Hilfe von aussen überwinden konnten, war dieses bescheidene Instrumentarium auch vollkommen zureichend. Nach mehr oder minder langen Perioden einer Deflationierung (oder Inflationierung) hatten sich die frei beweglichen Warenpreise und Löhne bislang noch jedesmal auf einem neuen Gleichgewichtsniveau eingependelt und für das Abklingen der krisenhaften Störung gesorgt.

Diesen Mechanismus wiederzubeleben wäre notwendig gewesen, um dem Goldstandard der 1920er Jahre zum Erfolg zu verhelfen; allein, die Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg war eine völlig andere geworden und die Wiedereinführung des Goldstandards mehr als trügerisch. Die Prädikate «frei» und «elastisch» verdiente die Wirtschaft in einer ganzen Reihe von Ländern zu diesem Zeitpunkt gewiss nicht mehr. Seit 50 Jahren war man, wie Alfred Müller-Armack dies 1932 ausdrückte, im «Übergang des liberalen zum Interventionskapitalismus»¹⁸ begriffen und auf diesem Wege bereits ein gutes Stück vorangekommen. Der Übergang zum protektionistischen Zolltarif von 1879 und die Einführung der Sozialgesetzgebung im wilhelminischen Deutschland markieren Anfangspunkte dieser Entwicklung, die umfassende Wirtschaftslenkung im Krieg einen ersten Höhepunkt, und die handelspolitische Abkapselung der USA nach 1918, die mit ihren hohen Schutzzöllen alle europäischen Importe erschwerte, sowie die einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrages mit ihren die Handelsfreiheit Deutschlands einengenden Bedingungen zeigen, dass die Staaten nicht mehr bereit waren, auf interventionistische Eingriffe zu verzichten. Vor allem aber liessen die – in Deutschland besonders durch die Stellungnahme des Reichsgerichts von 1897 begünstigten – seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts immer zahlreicher werdenden Wettbewerbsbeschränkungen und Kartellvereinbarungen auf vielen Märkten der These von der Flexibilität der Preise kaum noch Realisierungschancen. Sorgen auf dem Arbeitsmarkt Gewerkschaften und Unternehmerverbände durch Tarifverträge für starre, allenfalls nach oben flexible Löhne, so taten dies auf dem Gütermarkt die zunehmende Zahl von Kartellen, Oligopolen und Monopolen – ein Umstand, der im Bereich nationalökonomischer Theorie erst in den 1930er Jahren zu einer «preistheoretischen Revolution»¹⁹ und Neubesinnung führte. Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur, die hier relativ spät von der Theorie zur

Kenntnis genommen wurde, kommt auch in dem steigenden Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt zum Ausdruck, der von 1913 = 15% auf 1929 = 31% gewachsen war.²⁰ War schon aus diesen in der Strukturveränderung der Wirtschaft liegenden Gründen die Entscheidung von 1922 mit einer Fülle von Problemen belastet, so wurden diese noch vermehrt durch die mangelnde Neigung vieler Regierungen, auch in anderen wirtschaftspolitischen Teilbereichen systemkonforme Entscheidungen zu treffen. Die deutsche Praxis, gescheiterte Tarifverhandlungen durch staatliche Zwangsschlichtungen zu einem für die Arbeitnehmer meist recht günstigen Abschluss zu bringen, oder die Wiederaufnahme des Agrarprotektionismus ab 1925 liessen sich mit den Bekenntnissen von 1922 ebensowenig vereinbaren, wie die dreimaligen amerikanischen Zolltariferhöhungen zwischen 1921 und 1930.²¹

Wenn man so will, war die Einführung des Goldstandards der Versuch, an der Wirklichkeit vorbei Anpassungsmechanismen und Rahmenbedingungen für eine liberale Wirtschaft zu schaffen, die allenfalls noch in den Köpfen einiger Theoretiker, nicht aber mehr in der Praxis existierte. Die Weltwirtschaftskrise sollte dann offenbaren, wie weit Theorie und Realität sich voneinander entfernt hatten.

III. Versuche der Krisenbewältigung

Als im Verlauf der Krise die Einsicht wuchs, dass die Wirtschaft aus eigener Kraft nicht mehr aus der weltweit ausufernden Depression herauskommen würde, erkannten immer mehr Regierungen die Notwendigkeit staatlichen Handelns an und ergriffen Massnahmen, die – gewissermassen *par ordre mufti* – diejenigen Ergebnisse sicherstellen sollten, die in der liberalen Wirtschaft die nun funktionsunfähig gewordenen Selbststeuerungsmechanismen erbracht hatten. So setzte 1930 zunächst in Deutschland unter der Regierung Brüning, ab 1933 in der Schweiz²² und im Sommer 1935 unter der Regierung Laval auch in Frankreich²³ – wenngleich hier längst nicht so konsequent wie in Deutschland – eine erste Phase interventionistischer Konjunkturpolitik²⁴ ein, die vor allem in Deutschland unter der Bezeichnung «Brüningische Deflationspolitik» bekannt werden sollte. Erklärtes Ziel dieser Politik war, durch eine staatlich verordnete Senkung von Preisen, Löhnen und Zinsen die Kosten der Unternehmen zu verringern, damit ein attraktiv «billiges» Angebot zu schaffen und somit die Voraussetzungen für eine zunehmende Auslandsnachfrage und steigende Produktion. Dass in einer durch Nachfrageausfall bedingten Krise – allein der deutsche Export sank von 1929 = 13,4 Mrd. Mark auf 1932 = 5,7 Mrd. Mark – durch die Senkung von Löhnen, Staatsausgaben usw. ein weiterer Nachfrageausfall im Inland eintreten muss, ist eine der Gegenwart geläufige Einsicht, die eine solche Politik unverständlich erscheinen lässt. Damals wurde der «prozykli-

sche» Charakter einer solchen Politik zunächst nicht erkannt. Tatsächlich hat dieser Kaufkraftausfall 1931/32 die Krise weiter verschärft. Das damals vorherrschende wirtschaftstheoretische Denken ging allerdings nicht von einem Nachfragedefizit als Krisenursache aus, sondern unterstellte gerade das Gegenteil. Die besonders in Österreich und Deutschland verbreitete und mit so berühmten Namen wie Friedrich v. Hayek, W. Röpke, L. H. Hahn, L. v. Mises, A. Weber und G. Cassel verbundene Überinvestitionstheorie diagnostizierte noch 1932 als Krisenursache, der Depression läge eine übersteigerte Nachfrage zugrunde, die die bestehenden Produktionskapazitäten nicht zu decken vermochten; es fehle an Spar- und Investitionskapital.

Ursache dieser Fehlinterpretation war die alte klassische – und auf einem Irrtum beruhende – Annahme, in einer Volkswirtschaft könne nur in dem Umfang investiert werden, in dem die Bevölkerung zuvor Ersparnisse gebildet habe.²⁵ Diesen Ersparnissen – vorstellbar als ein «Subsistenzmittelfonds» genannter Vorrat – kam die Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts zu: Wurde viel gespart, so konnte auch viel investiert werden. Wurde dagegen zu wenig gespart – und genau dies diagnostizierten die Theoretiker als Ursache der Krise –, so erschöpfte sich der Subsistenzmittelfonds, aus dem die Investoren ihre Investitionen finanzierten, bevor diese fertiggestellt waren. «Investitionsruinen» und Massenentlassungen waren die unausbleibliche Folge, vermehrtes Sparen und Zurückhaltung bei der Entlohnung lautete die von der Wissenschaft empfohlene Therapie.

Reichskanzler Brüning wandte diese Therapie ausgiebig an und scheiterte. Die von ihm ergriffenen Massnahmen – Einsparungen im Staatshaushalt bei gleichzeitiger Steuererhöhung, prozentuale Lohn- und Gehaltssenkungen – galten bei den Betroffenen nicht nur als unpopuläre Politik, sondern mussten durch den verursachten Entzug von Kaufkraft die Depressionen weiter verstärken. Eine weitere Krisenverschärfung erwuchs aus der sträflich vernachlässigten Nachfrageseite: Die durch drohende Arbeitslosigkeit ohnehin stark verunsicherten Konsumenten reagierten auf sinkende Einkommen mit weiteren Verbrauchseinschränkungen; wachsende Lagerbestände und Umsatzeinbussen bei den Unternehmen verringerten dort weiter die Investitionsbereitschaft.

Die Erfolglosigkeit der ergriffenen Massnahmen führte nur allmählich zu einem Umdenken sowohl im Regierungslager wie bei vielen Wirtschaftstheoretikern. Der einsetzende Wandel in der öffentlichen Meinung und der theoretischen Beurteilung einer depressionsüberwindenden Wirtschaftspolitik zeigte sich nicht als revolutionärer Akt der Erkenntnis, wie dies vielleicht als Folge der 1936 von Keynes veröffentlichten «General Theory» angesehen werden könnte. Vielmehr begann ein jahrelanger, mühsamer und mit vielen Irrtümern behafteter Suchprozess sensibler Zeitgenossen – unter denen die Wirtschaftspraktiker einen erheblichen Anteil ausmachten –, die nicht starr an überkommenen Lehren festhielten und durchaus experimen-

tierfreudig nach neuen Wegen zur Überwindung der drückenden Arbeitslosigkeit suchten.²⁶

Das bald stärker propagierte Mittel direkter staatlicher Arbeitsbeschaffungsmassnahmen war dabei durchaus keine grundlegend neue Erkenntnis. So hatte es schon im zweiten französischen Kaiserreich staatliche Arbeitsbeschaffungsmassnahmen gegeben,²⁷ und ebenso griffen nach Beendigung des Ersten Weltkrieges zahlreiche Staaten zur Wiedereingliederung der Soldaten auf dieses Instrument zurück. In Grossbritannien gab es Gesetze aus den Jahren 1909 und 1914, mit denen man 1921 öffentliche Arbeiten im Betrag von 25 Mio. Pfund zur Bekämpfung der Nachkriegsarbeitslosigkeit durchführen liess. In den USA gab es 1919 einen Gesetzentwurf, der flexibel zu gestaltende öffentliche Arbeiten zu einer dauernden Einrichtung, entsprechend dem jeweiligen Umfang der Arbeitslosigkeit, machen wollte.²⁸

Auch in Deutschland waren in den 1920er Jahren mehrfach Arbeitsbeschaffungsmassnahmen vom Staat durchgeführt worden, wobei es allerdings oft darum ging, ohnehin vorgesehene und finanzierte Arbeiten der öffentlichen Hand unter dem Titel «Arbeitsbeschaffungsmassnahmen» zusammenzufassen. Völlig neu war bei den Vorschlägen, die die «Reformer» jetzt unterbreiteten, der Umfang und vor allem die Art der Finanzierung solcher staatlicher Beschäftigungsmassnahmen. Wilhelm Lautenbach, Robert Friedländer-Prechtl, Heinrich Dräger, Werner Sombart, Ernst Wage mann, die von Brüning berufene Brauns-Kommission und die den Gewerkschaften nahestehende Gruppe Woytinsky, Baade und Tarnow schlugen zwar in Zielen und Mitteln durchaus unterschiedliche Pläne vor, der finanzielle Gesamtumfang belief sich jedoch stets auf mehrere Milliarden Mark – eine Summe, die angesichts leerer öffentlicher Kassen nur durch erhebliche Haushaltsdefizite, d.h. durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren war. Dass diese Pläne dennoch alle viel zu gering dimensioniert waren, sei h(er nur am Rande vermerkt. Reichsbankpräsident Luther, die grosse Inflation des Jahres 1923 vor Augen, leistete allen Vorstellungen, solche Ausgaben über ein Haushaltsdefizit zu finanzieren, erbitterten Widerstand und bescheinigte am 1. März 1931 «[...] alle(n) übrige(n) Pläne(n), die man versucht volkstümlich zu machen, [. . .] alle miteinander Wege zu einer neuen Inflation» zu sein.²⁹ Da Luther mit dieser Ansicht keineswegs allein stand, sondern nur aussprach, was fast sämtliche Nationalökonomien, der überwiegende Teil der inflationsgeschädigten Bevölkerung und auch der Reichskanzler dachten, blieb die Resonanz der «Reformer» gering, hatten ihre unorthodoxen Vorschläge einer «aktiven Konjunkturpolitik» wenig Chancen auf Verwirklichung. Die noch unter der Kanzlerschaft Brünings stattfindenden Kabinettsberatungen vom 19. bis 21. Mai 1932,³⁰ in denen erstmals über konkrete Pläne zur Arbeitsbeschaffung abgestimmt wurde, brachten daher das auch an damaligen Massstäben gemessen nur äusserst bescheidene Ergebnis von 135 Mio. Reichsmark, die für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur ausgegeben werden

sollten. Die nachfolgende Regierung Papen erntete die Früchte der Arbeit ihrer Vorgängerin, als sie am 16. Juni 1932 diese Planungen per Notverordnung in die Tat umsetzte.³¹ Erst die Regierungen v. Papen und v. Schleicher sollten dann in grösserem Umfang auf die Vorschläge der «Reformer» eingehen und Massnahmen einleiten, deren Erfolge sich nach dem 30. Januar 1933 die Nationalsozialisten zugute halten sollten.

Auch in anderen Ländern begann man über eine Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik nachzudenken. Die überall hoch defizitären Zahlungsbilanzen erzwangen die Lösung oder zumindest Lockerung der «goldenen Fessel», da die Beibehaltung des Goldstandards und die Wirkungen des Goldautomatismus einer expansiven nationalen, auf den Binnenmarkt gerichteten Konjunkturpolitik im Wege standen. Den Anfang machte Grossbritannien, das am 21. September 1931 den Goldstandard aufgab, was einer Abwertung des Pfundes um 25% gleichkam, und einen Tag später erste Vorschriften zur Kontrolle und Beschränkung des Devisenverkehrs erliess. Das Vorgehen Grossbritanniens löste eine Lawine von Folgeabwertungen und Zollerhöhungen aus; Importrestriktionen und Devisenbewirtschaftung brachten den internationalen Handelsverkehr mehr und mehr in Schwierigkeiten. Bereits nach wenigen Wochen hatten sich alle Mitglieder des Commonwealth, die nordeuropäischen und eine Reihe anderer Staaten dem britischen Schritt angeschlossen, um den britischen Markt nicht vollends zu verlieren. Bis Februar 1932 waren in den 10 wichtigsten Abnehmerländern deutscher Exporte, die 1930 zusammen noch über 60% der deutschen Ausfuhren abgenommen hatten, Währungsabwertungen, Devisenbewirtschaftung, Zollerhöhungen und mengenmässige Einfuhrbeschränkungen vorgenommen worden.³² Nach 1933 hielten lediglich noch sechs europäische Länder am Goldstandard fest, bis 1936 auch dieser sogenannte «Goldblock» auseinanderbrach und damit der endgültige Schlussstrich unter die 1922 vereinbarte Weltwährungsordnung gezogen wurde.

So verheerend sich diese Massnahmen auf den internationalen Handel auch auswirken sollten, für eine ausschliesslich am Binneninteresse orientierte nationale Konjunkturpolitik machten sie den Weg erst frei. Der Staat konnte nun wirtschaftspolitische Mittel einsetzen, ohne befürchten zu müssen, dass deren Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz die Notenbank zu Massnahmen veranlasste, die dem angestrebten Ziel direkt zuwiderliefen. Mehr noch: Die Zentralbank vermochte nun selbst eine aktive Rolle in der Krisenbekämpfung zu übernehmen. Damit war die Möglichkeit gegeben, dass der Staat über die Gestaltung des Haushalts und die Notenbank über ihre Geld- und Kreditpolitik gemeinsame und koordinierte Aktivitäten zur Depressionsbekämpfung entfalteteten; es bestand aber weder eine Verpflichtung noch ein Zwang für dieses gemeinsame Vorgehen. Dies wird deutlich, wenn einzelne Staaten den Trägern der Konjunkturpolitik durchaus unterschiedliches Gewicht zumessen. Da man in dieser Zeit des «unsystematischen Experimentierens» nicht auf ein in sich geschlossenes Theoriegebäude

zurückgreifen konnte, kam es nicht selten vor, dass Geld- und Kreditpolitik der Notenbank den mit der Fiskalpolitik der Regierung angestrebten Ergebnissen diametral entgegenstand und umgekehrt. Eine einheitliche Vorgehensweise gab es ebenso wenig wie eine geschlossene Theorie.

Grossbritannien setzte z.B. nach der Abwertung des Pfundes vor allem auf die Geldpolitik; der Diskont wurde in mehreren Raten schliesslich bis auf 2% herabgesetzt. Andererseits achtete man in der Fiskalpolitik trotz leicht ansteigender öffentlicher Ausgaben auf einen strengen Haushaltsausgleich. Im Heimatland eines J. M. Keynes gab es keine Politik des «deficit spending»! Entsprechend langsam sank die Zahl der Arbeitslosen und betrug 1939 immer noch 1,58 Mio. (= 11,6%).³³ Der Erfolg dieses Versuches, die Depression in erster Linie mit Hilfe der Geld- und Kreditpolitik zu überwinden, hielt sich damit durchaus in Grenzen.

Das genaue Spiegelbild bietet Schweden. Hier betrieb die Reichsbank noch Monate nach der Abkehr vom Goldstandard am 28. September 1931 eine streng restriktive Geld- und Kreditpolitik, der erst ab Frühjahr 1932 eine zaghaft expansive Phase folgte.³⁴ Das Schwergewicht der Konjunkturbeeinflussung legte man in Schweden ab 1932 vielmehr auf die Fiskalpolitik, die mit direkten beschäftigungswirksamen Massnahmen aus der Depression helfen sollte. Gleichwohl wird sie für den bald folgenden Wiederaufschwung kaum alleinverantwortlich zeichnen: Ein gewolltes Defizit weist der schwedische Haushalt erst im Budgetjahr 1933/34 aus, und es bleibt offen, ob die nach der Abwertung stark anziehende Exportkonjunktur nicht die stärkeren Wirkungen hatte.

Auch in den USA wurde auf dem Höhepunkt der Krise – erstmals in der Geschichte des Landes – massiv in die Wirtschaft eingegriffen. Ein aus rund 20 Gesetzen bestehendes Massnahmenbündel des seit Frühjahr 1933 amtierenden Präsidenten Roosevelt – als «New Deal» bekannt geworden – war die neben der deutschen wohl umfangreichste Intervention eines Staates zur Ankurbelung seiner Wirtschaft und wurde gleichwohl kein voller Erfolg. So sank die Zahl der Arbeitslosen von 1933 = 13 Mio. nur sehr langsam auf 1937 = 7 Mio.; die Vollbeschäftigung wurde erst in der Rüstungskonjunktur des Zweiten Weltkrieges erreicht.³⁵ Ein Konglomerat unsystematisch zusammengefügter, einander teilweise überschneidender Einzelmassnahmen, dem nach heutigen Massstäben fast alle Kennzeichen eines konsequent durchgeführten Konjunkturprogramms fehlten, behinderte sich gegenseitig so nachhaltig, dass trotz einiger spektakulärer Projekte, wie z.B. das «Tennessee-Valley-Project», keine durchschlagende Verbesserung der wirtschaftlichen Situation eintrat.

Am erfolgreichsten betätigten sich in der Depressionsbekämpfung ab 1932/33 jedoch zwei Staaten, die auch sonst in mancherlei Hinsicht bemerkenswerte Ähnlichkeiten aufwiesen.³⁶ Mit umfangreichen, kreditfinanzierten Ausgabeprogrammen der Staatshaushalte, die allerdings bald überwiegend dem Rüstungssektor zukommen sollten, erreichten Deutschland und

Japan bis 1936/37 praktisch die Vollbeschäftigung und hatten damit die grosse Depression völlig überwunden. Japan, das den Goldstandard am 17. Dezember 1931 aufgegeben hatte, konnte die Verdoppelung seines Staatshaushaltes in nur sechs Jahren (1931/32-1936/37) ohne jede Gefahr für den Aussenhandel durch Geldschöpfung finanzieren. Die schwindende Auslandskaufkraft des Yen begünstigte dabei in dem stark importabhängigen Land auch die militärischen Pläne nach Schaffung einer eigenen «grossasiatischen» Versorgungsbasis.

Auch Deutschland bekämpfte die Depression mit Massnahmen, die im Wesentlichen auf eine Ausdehnung der Nachfrage durch den Staat hinausliefen, und hatte damit Erfolg. Mit 0,5 Mio. Arbeitslosen im Oktober 1937 (= 2,5%) war 4½ Jahre nach dem Beginn einer forcierten «deficit spending»-Politik das Beschäftigungsproblem gelöst. Das deutsche Beispiel belegt schon zu diesem Zeitpunkt das Hauptproblem derartig umfangreicher Staatseingriffe auf eindrucksvolle Weise: Nur allzu häufig zu Lasten von Produktivität und Effizienz gehend, wohnt ihnen die Tendenz zu weiteren, kompensierenden Eingriffen inne. Umso gefährlicher wird es, wenn die staatliche Wirtschaftsaktivität dann noch in den Dienst einer bestimmten Macht- und Kriegspolitik gestellt wird. Als 1936/37 die volle Auslastung der Ressourcen sich abzuzeichnen begann und damit die «Arbeitsschlacht» mit dem Ziel der Depressionsüberwindung gewonnen war, hätte sich der Staat, dessen Nachfrage nun mit der wiederbelebten privaten Nachfrage zu konkurrieren begann und die Preise hochtrieb, zurückziehen müssen. Doch liessen zu diesem Zeitpunkt politische Gründe keinen Raum mehr für ökonomische Vernunft. Der Preis- und Lohnstop von 1936, schärfere Kontingentierungs- und Lenkungsmassnahmen, ein mehr und mehr nach politischen Kriterien ausgerichteter bilateraler Aussenhandel und die zunehmende Abkoppelung vom Weltmarkt, die die Sicherheit der Arbeitsplätze und das Florieren der Wirtschaft nur noch von der binnenwirtschaftlichen Rüstungskonjunktur abhängig machten, sind hier die Kennzeichen einer zwar im nationalen Rahmen positiv erscheinenden Entwicklung, deren Dirigismus aber gleichzeitig alle Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, alle Chancen des Weltmarktes verspielte. Nicht mehr in der Lage, sich die zum Import benötigten Devisen im Rahmen internationaler Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten zu verdienen, wurden das System der Devisenbewirtschaftung und Autarkie zur Perfektion entwickelt und die auftretenden Mangelerscheinungen recht und schlecht verwaltet, ohne dass man noch in der Lage war, eine grundsätzliche Kursänderung durchzuführen. Die Vollbeschäftigungspolitik, die hier im nationalen Rahmen verwirklicht wurde, abgeschottet vom internationalen Wettbewerb und unter Vernachlässigung von Produktivitätskriterien, sollte in ihrem vordergründigen Erfolg noch über den Zweiten Weltkrieg hinaus Einfluss auf die «Vollbeschäftigungsideologie» haben und in einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Akzentuierungen in der Wirtschaftspolitik führen.

IV. Die Aufarbeitung der Krise

Bei allen zutage getretenen Mängeln und Zielkonflikten hatte die expansive Wirtschaftspolitik der frühen 30er Jahre doch eines klar gezeigt: Die Unhaltbarkeit der klassischen Anschauung, wonach Investitionen nur aus einem zuvor angelegten Fonds zu finanzieren seien. Reine Geldschöpfung hatte genügt, um die Wirtschaft wieder zu beleben und Investitionen zu beginnen. Diese Erkenntnis ist Ausgangspunkt vieler Überlegungen und Missverständnisse geworden, deren Summe allgemein als Keynesianische Wirtschaftspolitik bezeichnet wird. Zwar äusserte Keynes weder als erster Nationalökonom «keynesianische» Gedanken, noch setzte er das Umdenken der Wirtschaftspolitiker in Gang. Theoretische Arbeiten von R. Ph. Nöll von der Nahmer, J. Kahn, R. Stucken, A. Hahn und vielen anderen können für sich zumindest in Anspruch nehmen, Keynes vorweggenommen zu haben. In ähnlicher Weise gilt dies für die «Reformer» der Jahre 1930/32, deren praktische Vorschläge die Folgerungen aus der Keynesianischen Theorie vorwegnahmen. Trotzdem bleibt die Bedeutung von J. M. Keynes ungeschmälert: Erst mit seiner «General Theory» des Jahres 1936 gab er der bislang ohne durchgängiges Konzept arbeitenden neuen Wirtschafts- bzw. Konjunkturpolitik ihre theoretische Fundierung.

Im Zentrum der neuen Lehre stand die Umbewertung eines bislang ausschliesslich als wirtschaftliche und moralische Tugend aufgefassten Vorgangs zu einem Akt, der plötzlich auch schädliche Folgen haben konnte: des Sparens. Von den traditionellen Ökonomen als Heilmittel gegen die Krise empfohlen, war das Sparen für Keynes zunächst einmal ein Ausfall an Nachfrage, dem keineswegs – wie von ersteren behauptet – über einen sinkenden Zins eine vermehrte Nachfrage nach Investitionsgütern automatisch und kompensierend folgte. In einer so tiefen Depression, argumentierte Keynes, sei eher das Gegenteil anzunehmen: Auch ein noch so niedriger Zins könne den Pessimismus der Unternehmer kaum überwinden und zu Investitionen anregen. Die Aufhellung der düsteren Zukunftserwartungen gelänge vielmehr nur durch eine sichtbare Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage. Hier liegt die den privaten Nachfrageausfall kompensierende grosse Aufgabe des Fiskus, die Nachfrage entsprechend auszudehnen. Zusammen mit einer unterstützenden Politik des billigen Geldes durch die Notenbank könnten auf diese Weise unternehmerische Ertragserwartungen nach oben korrigiert und eine Art «Initialzündung» bewirkt werden, die die Konjunktur auf der Welle der sich jetzt wieder anschliessenden privaten Nachfrage nach oben trage.

Mit Keynes nahm nun auch die Theorie Abschied vom ökonomisch zurückhaltenden Staat klassischer Prägung. Von vielen wurde fortan nicht mehr bestritten, dass eine staatliche Aktivität zur Konjunkturbeeinflussung notwendig sei; die Frage war allenfalls, in welchem Umfang dies zu geschehen habe. Als Keynes 1940 mit seinem Beitrag «How to pay for the war?»

seine Vorschläge auch für den spiegelbildlichen Fall konjunktureller Fehlentwicklung, für die inflatorische Überhitzung, abwandelte, schien klar, dass der Staat die Konjunktur steuern könne, wenn er sich nur das passende Instrumentarium dazu schaffen würde. Der Gedanke von der jederzeit machbaren Konjunktur war geboren, dem Staat die Rolle des verantwortlichen Steuermannes zugewiesen.

Nicht nur die Fähigkeit des Staates zur Konjunktursteuerung wurde von nun an weithin akzeptiert, auch die Notwendigkeit dazu konnte nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise kaum mehr bezweifelt werden. Wirtschaftspolitik hiess von nun an in erster Linie verhindern, dass eine Massenarbeitslosigkeit wie zu Beginn der 1930er Jahre jemals wiederkehrte. Damit wird nicht nur die einmalige «Initialzündung» gefordert, sondern, wie es Erich Preiser 1949 ausdrückte, die Vollbeschäftigung wird zum «Dauerprogramm».³⁷ Zahlreiche Quellen der Kriegs- und Nachkriegszeit belegen diese neue Einstellung in der Wirtschaftspolitik. «The government accepts as one of their primary aims and responsibilities the maintenance of high and stable level of employment after the war» heisst es im 1944 von der englischen Regierung unter Churchill publizierten Weissbuch «Employment Policy».³⁸ Ausdrücklich wird auf die Erfahrungen aus der grossen Krise und den seither eingetretenen Wandel im ökonomischen Denken als Grund für diese neue Haltung hingewiesen: «It was at one time believed that every trade depression would automatically bring its own corrective [. . .]. Experience has shown, however, that under modern conditions this process of self-recovery, if effective at all, is likely to be extremely prolonged and to be accepted by widespread distress, particularly in a complex industrial society like our own.»³⁹ Die USA folgten 1946 und verpflichteten im «Employment Act» ihre Regierung gesetzlich «to promote maximum employment, production and purchasing power».⁴⁰

Der von den Vereinten Nationen 1949 veröffentlichte Bericht «Maintenance of Full Employment» erwähnt nicht weniger als 26 verschiedene Staaten, die die besondere Verantwortung des Staates für die Sicherung der Vollbeschäftigung gesetzlich verankern. Auch in wichtigen internationalen Vereinbarungen hinterliess die neue, bei der Krisenüberwindung so erfolgreiche Politik ihre Spuren: Die Art. 55 und 56 der Satzung der Vereinten Nationen enthalten die Verpflichtung ihrer Mitglieder, die Vollbeschäftigung zu verwirklichen; ähnliches findet sich in der Welthandelscharta von Havanna aus dem Jahre 1948.⁴¹

Anders als in den 30er Jahren versuchte man nun, nationale Konjunkturpolitik und weltwirtschaftliche Integration miteinander zu verbinden. In Zeiten starker konjunktureller Störungen, so hatte man erfahren, waren isolierte Massnahmen einzelner Länder nicht nur ohne die erhoffte Wirkung geblieben, sie hatten auch meistens zu einer weiteren Krisenverschärfung beigetragen. Um eine Wiederholung dieser Vorgänge zu verhindern, suchte man noch vor Kriegsende allgemein akzeptierte Regeln für den internationa-

len Handel und Zahlungsverkehr aufzustellen, die so beschaffen sein sollten, dass sie auch in Krisenzeiten die Chance zur Einhaltung boten. Die Summe dieser, auf die Sicherung des internationalen Zahlungsverkehrs ausgerichteten Abmachungen, das «System von Bretton Woods» (1944), kehrte daher zu zwar grundsätzlich festen Wechselkursparitäten zurück, vermied aber den Hauptfehler des nach 1922 geltenden Goldstandards: Die unbedingte Voranstellung der Sicherung des Aussenwertes einer Währung vor ihrem Binnenwert. Kein Land sollte mehr, wie in den späten 1920er Jahren üblich, genötigt werden, um der einmal gewählten Parität willen eine jahrelange, für Konjunktur und Beschäftigung verheerende Deflationspolitik betreiben zu müssen. Die als Mitglieder des Systems von Bretton Woods zusammengeschlossenen Länder verpflichteten sich daher, Mitgliedern mit vorübergehenden Zahlungsbilanzstörungen Kredite zu gewähren, damit sie ihre Probleme ohne übereilte Massnahmen angehen und lösen könnten. Weltbank wie Internationaler Währungsfonds haben in diesen Überlegungen ihren Ursprung. Auch für den Fall eines dauerhaften Ungleichgewichts sah das System eine Lösung vor: Die Abwertung einer Währung war innerhalb bestimmter Grenzen und nach Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds möglich.

Konnte dieses System auch Währungskrisen nicht verhindern, so trug es doch, unterstützt von den begleitenden Bestrebungen zur allgemeinen Liberalisierung des Aussenhandels – hingewiesen sei auf das «General Agreement on Tariffs and Trade» (GATT) von 1947 – ganz wesentlich dazu bei, dass solche Krisen nicht die Folgen zeitigten, die sie einige Jahrzehnte zuvor mit Sicherheit noch gehabt hätten.

Freilich waren diese Vereinbarungen zunächst nur eine Manifestation des guten Willens. An einen freien Aussenhandel mit konvertiblen Währungen konnte nach 1945 solange nicht gedacht werden, wie die Sozial- und Beschäftigungspolitik und die Überwindung der Kriegsfolgen die Handlungsspielräume der Regierungen beherrschten und Währungsstabilität erst in zweiter Linie berücksichtigt wurde. Der allzu früh 1947 unternommene Versuch, das britische Pfund konvertibel zu machen, scheiterte kläglich,⁴² die Situation zwischen den europäischen Ländern und den dominierenden USA war zu ungleichgewichtig, als dass ein Sprung in die völlige Liberalisierung möglich gewesen wäre. Erst in den 1950er Jahren, als die gefürchtete Nachkriegsdepression ausgeblieben war, Marshall-Plan, Korea-Boom und die anschliessende weltweite Wachstumsphase stabilisierend wirkten, konnte an den Abbau von Dirigismus, die Liberalisierung des Handelsverkehrs und die Konvertibilität der Währungen gedacht werden.

Gleichzeitig wurde in diesen Jahren vor allem im angelsächsisch-skandinavischen Bereich von den Finanz- und Konjunkturtheoretikern eine Vielzahl stabilitätspolitischer Konzepte der «Fiscal-Policy» – wie man nun die über den Staatshaushalt laufende Konjunktursteuerungspolitik nannte – entwickelt, die zusammen mit geldpolitischen Instrumenten einsetzbar wa-

ren («Monetary-Fiscal-Policy»). Man glaubte damit, von nun an ein sicheres Mittel zur Konjunktursteuerung in der Hand zu haben, falls sich erneut konjunkturelle Störungen einstellen sollten. Der Blick richtete sich dabei häufig auf die deutschen Erfahrungen nach 1933, die doch so augenfällig zu grossen Erfolgen geführt hatten. Offensichtlich übersah man dabei, dass sich Deutschland damals zunehmend vom Weltmarkt isolierte, während man selbst jetzt dabei war, wieder den umgekehrten Weg zu gehen. Ob die Möglichkeiten einer «Monetary-Fiscal-Policy» auch unter den Bedingungen des angestrebten offenen Marktes ausreichen würden, blieb offen.

Allein Deutschland, das am ehesten in den frühen 1930er Jahren auf einen erfolgreichen Einsatz neuer konjunkturstabilisierender Instrumente zurückblicken konnte, hielt sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf diesem Gebiet lange Zeit zurück. Im Juli 1955 stellte Alan T. Peacock als ausländischer Betrachter fest, «dass Form und Inhalt deutscher . . . Lehrbücher über die öffentliche Finanzwirtschaft stark von den englischen und amerikanischen ab weichen» und sprach gleichzeitig von der «Ablehnung des Keynesianismus» bei vielen deutschen Nationalökonomern, die die daraus zu erwartenden politischen Konsequenzen fürchteten.⁴³ Was für die Einstellung zur Theorie galt, galt auch für die Politik: Ein ausschliesslich zum Zweck der Globalsteuerung angelegtes Instrumentarium gab es zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik nicht und sollte es auch noch auf Jahre hinaus nicht geben. Mitverursacher jener Zurückhaltung gegenüber jeder Art von Konjunktursteuerung war ausgerechnet jene Wirtschaftspolitik, die nach 1933 in die Zeit des Nationalsozialismus gefallen war und die man folglich auch ganz anders zu beurteilen geneigt war, als dies im Ausland geschah. Erich Preiser bringt diese Erfahrungen eines ‚gebrannten Kindes‘ zum Ausdruck, wenn er 1951 schreibt: «Wir haben ja alle erlebt, wie eins das andere nach sich zieht, wie eine Geldschöpfungspolitik, sobald die sogenannte Mengenkonzunktur ihr Ende findet, zu Preissteigerungen, diese zu Preisstopverordnungen, Rationierungen und schliesslich zur Reglementierung des ganzen Wirtschaftslebens mit allen ihren Folgen für den Leistungswillen, mit schwarzen und grauen Märkten und mit Korruption an allen Ecken führt.»⁴⁴

Nun bedeutete dies keineswegs, dass die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, die zu dieser Zeit den wirtschaftspolitischen Rahmen in der Bundesrepublik entscheidend prägten, keynesianisches Gedankengut in Bausch und Bogen ablehnten.⁴⁵ Alfred Müller-Armack weist 1978 ausdrücklich auf seine, Ludwig Erhards und Wilhelm Röpkes jahrzehntelange Beschäftigung mit dem Konjunkturphänomen und seiner Beeinflussung hin, wenn er schreibt: «Man wird sogar sagen können, dass die Soziale Marktwirtschaft geradezu von Konjunkturpolitikern entworfen ist.»⁴⁶ Gleichzeitig wird aber Skepsis gegenüber einer Vollbeschäftigungspolitik mit allen Mitteln spürbar, wenn es bei ihm heisst: «Eine marktwirtschaftliche Konjunkturpolitik wird ihr Ziel darin sehen müssen, den Gang der Wirtschaft insgesamt zu heben, ohne sich dabei auf das Ziel einer ausgesprochenen Voll- oder gar

Überbeschäftigung einzulassen.»⁴⁷ Der ehemalige Bundesfinanzminister Schäffer bekannte 1956 ausdrücklich, dass «er es nicht als seine Aufgabe betrachtet, von sich aus Konjunkturpolitik zu betreiben.»⁴⁸ Insgesamt setzte man im Vergleich zum Ausland viel stärker auf marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen als auf den konjunktursteuernden Staat, wusste aber im Gegensatz zur liberalen Konzeption früherer Jahre um die Notwendigkeit eines ordnungspolitischen Rahmens, der zu gewährleisten hatte, dass diese Regulationsmechanismen auch funktionsfähig blieben.

Freilich, eine bewusste ‚Vollbeschäftigungspolitik‘ schien im «Wirtschaftswunderland» zu dieser Zeit auch gar nicht nötig. Wiederaufbau und Nachholbedarf sorgten auch ohne staatliche Eingriffe für hohe Wachstumsraten und bald erreichte Vollbeschäftigung. Konjunkturpolitische Massnahmen blieben im Wesentlichen der Notenbank vorbehalten, deren Instrumentarium allerdings im Vergleich zur Reichsbank von 1931 wesentlich erweitert worden war. Die Bundesbank entsprach mit dieser Ausstattung durchaus jenem Typ von Zentralbank, der sich auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise seit 1945 überall durchzusetzen begann. Von der Fixierung auf Deckungsvorschriften befreit und neben der klassischen Diskontpolitik mit den wirkungsvolleren Instrumenten der Mindestreservepolitik, der Kreditlimitierung, der Offenen-Markt-Politik versehen, griffen sie ganz anders als ihre eine blosser «Konstatierungspolitik» betreibenden Vorgänger lenkend und regulierend in den Geld- und Kreditmarkt ein, um neben währungs- auch konjunkturpolitische Ziele zu verfolgen. Dass der Bundesbank – abweichend von anderen Regelungen im Ausland – vom Gesetzgeber ausdrücklich die «Unabhängigkeit von Weisungen der Bundesregierung» bescheinigt wird, ist ebenfalls ein Umstand, der seine Existenz den Erfahrungen aus 12 Jahren nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik verdankt. Somit war weitgehend sichergestellt, dass die Zentralbank nicht als Konjunktursteuerungsinstrument von der Regierung missbraucht werden konnte, andererseits hatte man auch genügend Vertrauen in die Bundesbank, dass diese die jeweils adäquaten konjunkturpolitischen Massnahmen ergreifen würde. Der von konjunkturellen Schwankungen gewiss nicht freie Verlauf der 1950er und 1960er Jahre hat dieses Vertrauen gerechtfertigt.

Die fiskalische Abstinenz auf konjunkturpolitischem Gebiet blieb in der Bundesrepublik jedoch nicht von Dauer. Bereits am Ende der 1950er Jahre hatten zunehmender Arbeitskräftemangel, ein härter werdender Verteilungskampf und ein nach der Konvertibilität der DM 1958 beginnender Import inflationärer Tendenzen eine derart ungünstige Wirkung auf Währung und Wirtschaft, dass sich die Bundesregierung nach einem verbesserten stabilitätspolitischen Instrumentarium umzusehen begann.⁴⁹ Als erster Schritt auf diesem Weg wurde 1963 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschaffen, dem 1967 die eigentliche «Magna Charta der Konjunkturpolitik»⁵⁰ folgte: Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums. Mit ihm verabschiedete der

Bundestag einen Katalog von Massnahmen, der an Umfang und Detailliertheit davon zeugt, dass man nun mit deutscher Gründlichkeit das rezipieren wollte, was die Theorie nur zu bieten hatte. Bei Bedarf sollte fortan der Staat den Umfang der Nachfrage mit einer kurzfristigen, antizyklischen Fiskalpolitik steuern und auf diese Weise Stabilität des Preisniveaus, hohen Beschäftigungsgrad, aussenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wachstum sichern. «Damit haben endlich – wenn auch mit einem deutlichen time-lag hinter den USA – der Keynes der ‚General Theory‘ von 1936 und die nachfolgende moderne neoklassische Synthese in Deutschland ihren Einzug gehalten», resümierte im Juni 1967 der deutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller.⁵¹ Damit, so hoffte man, würden krisenhafte Erscheinungen in Zukunft, wenn nicht vermieden, so doch in kürzester Zeit geheilt werden können. Die hohen Erwartungen, die man in das Stabilitätsgesetz setzte, wurden mit der nun endlich erreichten «Rationalisierung der Wirtschaftspolitik», mit dem Übergang von der «naiven» zur «aufgeklärten» Marktwirtschaft oder mit der Bezeichnung «prozesspolitisches Grundgesetz der Marktwirtschaft» umschrieben.⁵² Die rasche Überwindung der ersten grösseren Nachkriegsrezession 1967 mit zwei lehrbuchgerechten Konjunkturprogrammen von 12,5 Mrd. DM schien die Hoffnung zu bestätigen, die Bundesrepublik verfüge nun über das beste konjunkturpolitische Instrumentarium der Welt.

V. Stabilitätspolitik in der Bewährung

Kaum hatte man diese letzten Lehren und Konsequenzen aus der Weltwirtschaftskrise verwirklicht, erhielt die Vorstellung einer auf Dauer geordneten Weltwirtschaft mit dem Zusammenbruch des seit Kriegsende geltenden Systems von Bretton Woods einen ersten schweren Stoss. Ursache dafür war die mangelnde Währungsdisziplin vieler Staaten, die in der Nachkriegszeit zwar keine direkte, rein national orientierte Beschäftigungspolitik mehr betrieben, dafür aber eine Budget- und Lohnpolitik, die in ihren Wirkungen der Vollbeschäftigungspolitik gleichkam.⁵³ Gleiches galt für die Nebenwirkungen: Alle diese Staaten kämpften zunehmend mit einer schleichenden Inflation.

Statt aber nun ein währungskonformes Verhalten zu zeigen und ihre entwerteten Währungen auch dem Ausland gegenüber abzuwerten, verlegte sich die Mehrzahl dieser Staaten – oft aus Prestige Gründen – lieber auf die Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzdefizite. Dabei kam ihnen die ständige Ausweitung der Kreditvergabe durch den Internationalen Währungsfonds und die internationale Zusammenarbeit der Notenbanken entgegen. Von der Schaffung der «stand-by-arrangements» 1952 bis zur Einführung der Sonderziehungsrechte 1969 waren die Kreditvergabebedingungen des Inter-

nationalen Währungsfonds laufend aufgeweicht worden, was sich auf die Währungsdisziplin vieler Länder negativ auswirkte. Schlimmste Folgen hatten schliesslich die durch Entwicklungshilfe und Vietnam-Krieg länger anhaltenden US-amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite. Das kumulierte amerikanische Zahlungsbilanzdefizit 1950-1972 mit 74 Mrd. Dollar⁵⁴ überschwemmte das gesamte Währungssystem der Welt mit einer riesigen Welle internationaler Liquidität und zog auch stabilitätsbewusstere Länder in den Sog der weltweiten Inflation.

Zwischen 1971 und 1973 wiederholten sich daher eine Reihe von aus der Weltwirtschaftskrise bekannten Ereignissen, die man mit der Errichtung des Währungssystems von Bretton Woods ein für allemal abgeschafft hoffte – nur, dass der Grund jetzt nicht im Mangel, sondern im Überfluss an ausländischen Zahlungsmitteln lag: Interventionspflichten der Notenbank wurden aufgehoben und Devisenbörsen geschlossen. Als nach vergeblichen Stabilisierungsbemühungen das System fester Paritäten im März 1973 zugunsten floatender Kurse aufgegeben wurde, trat ein Mangel zutage, der vielen nach dem Zweiten Weltkrieg angewandten wirtschaftspolitischen Instrumenten anhaftete. Im Kampf gegen Deflation und Depression entwickelt, schenken sie dem über Jahre hinweg tatsächlich virulenten Problem der Inflation zu wenig Beachtung. So wie es 1931/32 inmitten der Deflation gewichtige Stimmen gab, die glaubten, einer drohenden Inflation begegnen zu müssen – Reichsbankpräsident Luther mag als Beispiel stehen –, so wurde nun in einer Zeit weltweiter Inflation den Mitteln zur Bekämpfung der Deflation und Depression zu grosse Aufmerksamkeit gewidmet. Hinzu kommt, dass das keynesianische Instrumentarium bisher nur auf Erfahrungen einer erfolgreichen Depressionsbekämpfung zurückblicken konnte; der Umgang mit dem anderen Extrem, dem Boom und der Inflation, war offensichtlich schwieriger.

Diese «Einäugigkeit» führte zur ersten Niederlage der Stabilitätspolitik der deutschen Bundesregierung zu Beginn der 1970er Jahre, als der nach 1967 wieder in Gang gekommene Aufschwung in einen Boom umzuschlagen drohte. Drei Dinge kamen zusammen: Erstens importierte man über feste, aber unrealistische Wechselkurse die Inflation aus dem Ausland; zweitens führten die ansteigenden Gewinne ab 1970 nach lange Zeit hindurch moderaten Tarifabschlüssen zu den stärksten Lohnsteigerungen in der Geschichte der Bundesrepublik; drittens begannen sich die stark ausgabewirksamen, folglich konjunkturbelebenden Reformmassnahmen der neuen sozial-liberalen Regierung ab 1969 auszuwirken. Eine Aufwertung im Herbst 1969 blieb mit Rücksicht auf die Exportwirtschaft unter dem an sich notwendigen Mass und konnte die allgemeine Ausbreitung einer Inflationsmentalität ebenso wenig verhindern wie eine viel zu zaghaft betriebene Dämpfungspolitik des Fiskus. Die Inflationsrate erhöhte sich von 1969 = 1,9% auf 1973 = 7%. Die Konjunkturstabilisierung war offensichtlich gescheitert, zumal die öffentlichen Haushalte auch in dieser Situation – wie der

Sachverständigenrat 1971 feststellte – «gegen die erklärte Absicht der Finanzpolitik» weiter expansiv waren.

Das Scheitern einer dämpfenden Konjunkturpolitik, ja ihr Unterlaufen durch eine ungehemmte, meist politisch bedingte Steigerung öffentlicher Ausgaben kann zu diesem Zeitpunkt noch weniger als Beleg für eine Unwirksamkeit keynesianischer Mittel aufgefasst werden als vielmehr dafür, dass den politischen Gremien der Mut (oder die Einsicht) fehlte, sie konsequent genug anzuwenden. Der Glaube an die prinzipielle Wirksamkeit konjunktureller Lenkungsmechanismen blieb erhalten: «Es gibt keine Alternative zur Globalsteuerung», so formulierte Otto Schlecht nach 1972.⁵⁵ Zwar sah man allenthalben «Grenzen der Machbarkeit» sich abzeichnen, zog aus dem Desaster jedoch vor allem die Lehre, «diagnostische und therapeutische Massnahmen» verbessern zu wollen.⁵⁶

Der erratische Schock der Ölpreisexplosion von 1973, äusserlich sichtbarer Anfang und Mitverursacher einer nun seit 10 Jahren anhaltenden weltweiten Konjunkturschwäche, brachte dieses Glaubensbekenntnis nachhaltig ins Wanken. Die schlagartige Verteuerung eines der wichtigsten Rohstoffe hatte eine doppelte Zangenwirkung: Einerseits zog sie erhebliche Störungen auf der Produktions- und Angebotsseite nach sich, da eine Substitution des teuren Öls so schnell nicht möglich war, zum anderen wurde der weltweite Nachfrageausfall, resultierend aus den hohen jetzt für Ölimporte auszugebenden Mitteln, nicht kompensiert durch eine entsprechend starke Nachfragesteigerung der Ölexportländer. Allein in der Bundesrepublik sackte daraufhin die industrielle Nettoproduktion 1974 gegenüber dem Vorjahr um 2%, 1975 um weitere 6,2% ab.

Rückläufige Nettoproduktion und steigende Arbeitslosenzahlen lieferten Grund genug für einen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Hinzu kam, dass sich nun Versäumnisse der Vergangenheit zusätzlich krisenverschärfend auszuwirken begannen: Zum einen war die Bundesbank – vom Fiskus während der Boomphase in der Verantwortung für die Stabilität der Währung weitgehend allein gelassen – 1973 zu scharfen restriktiven Massnahmen gezwungen, sollte aus der mittlerweile bereits trabenden Inflation nicht noch eine raschere Geldentwertung werden. Die Inflation und ihre Bekämpfung wird damit zum zentralen Thema. Die Reaktion der Notenbank 1973 löste in den folgenden Jahren eine erbitterte Diskussion um ihre Mitverantwortung für die Schärfe und Dauerhaftigkeit der nachfolgenden Krise aus. Ob des Guten dabei in Verantwortung für die Währungsstabilität zu viel oder zu wenig getan wurde – die Notenbank sah sich jedenfalls gezwungen, ab dem zweiten Halbjahr 1973 eine rasche und mitunter schmerzhaft Operation zur Eindämmung der hohen Inflationsraten durchzuführen. Zum anderen schlugen zur gleichen Zeit die währungspolitischen Versäumnisse der Vergangenheit durch: Der über lange Zeit zu niedrige Kurs der DM hatte zahlreiche Branchen der deutschen Wirtschaft eine trügerische Sicherheit vorgespiegelt, obwohl deren internationale Wettbe-

werbsfähigkeit zurückgegangen war. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1973 sollte nun zeigen, wie stark dadurch die Produktionsstruktur verzerrt worden war, in welchem geringen Ausmass sich die betroffenen Industriezweige an die sich verändernden Weltmarktbedingungen angepasst hatten.⁵⁷ Die sich verändernden Wechselkurse⁵⁸ liessen nun schlagartig die gewachsene ausländische Konkurrenz spüren, was der Bundesrepublik zusätzlich zur konjunkturellen auch noch eine strukturelle Krise bescherte.

Die Bundesregierung reagierte auf diese Entwicklung wiederum lehrbuchgerecht mit expansiven Massnahmen. Für Investitionsprogramme, eine zeitlich befristete Investitionszulage (1974) und für eine im Rahmen der Kindergeld- und Steuerreform von 1975 vorgenommene Senkung stellte sie allein in den Jahren 1974 und 1975 11 Mrd. DM bereit, fast soviel, wie die geglückte Bekämpfung der Rezession von 1967 gekostet hatte. Das Resultat war unerwartet und enttäuschend: Auch in den folgenden Jahren blieben die Arbeitslosenzahlen deutlich über der Millionengrenze und zeigten auf diese Weise statistisch ablesbar die Grenzen der bislang als sicher angesehenen «Machbarkeit» der Konjunktur.

Die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sah sich – und dies war neu gegenüber der Situation von 1967 – einem Mehrfrontenkrieg ausgesetzt: Arbeitslosigkeit und Inflation, zwei Phänomene, die eine jeweils entgegengesetzte Konjunkturpolitik erfordern, traten statt alternativ nun gleichzeitig in Erscheinung. Die ‚Globalsteuerung‘ hatte mit dem bis dahin unbekanntem Problem der «Stagflation» zu kämpfen. Die scheinbar so einfachen keynesianischen Lenkungsinstrumente gerieten durcheinander: Eine Krise neuen Typs war entstanden, es zeigte sich eine «neue Dimension» der Instabilität.

Angesichts dieses neuen Zielkonflikts geriet die Konjunkturpolitik in ein schwerwiegendes Dilemma. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte nach herrschender keynesianischer Lehre der Staat eine expansive Fiskalpolitik betreiben und musste dazu – in Ermangelung einer Konjunkturausgleichsrücklage – zu einem Zeitpunkt Kredite nachfragen, als die Bundesbank umgekehrt den Preis für Kredite aus Gründen der Währungsstabilität möglichst hoch ansetzte. Die zur Inflationsbekämpfung von ihr als notwendig erachtete Hochzinspolitik – der Diskontsatz lag vom 1. Juni 1973 bis 24. Juni 1974 bei 7% – schreckte nicht nur private Investoren ab, sondern engte auch den Handlungsspielraum des Fiskus ein. Von den Folgekosten der zu Beginn der 1970er Jahre mit grossem Elan begonnenen Reformen schon stark mit Zinszahlungen belastet, drohte der Regierung mit jeder weiteren kreditfinanzierten Beschäftigungsmassnahme der Verlust eines weiteren Teiles des ohnehin knapp gewordenen Bewegungsspielraumes. Die Diskussion um die «Grenzen der Staatsverschuldung» beginnt die Wirtschaftspolitiker zu beschäftigen.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Verschuldung des Bundes vervierfachte sich von 1970 = 50 Mrd. auf 1980 = 208 Mrd. in 10 Jahren. Diesem sich auch in den Länderhaushalten in ähnlicher Weise vollziehenden Prozess lief

die Abnahme der Quote zukunftsichernder öffentlicher Investitionen am Sozialprodukt von 4,6% (1970) auf 3,8% (1980) parallel. Die zwischen 1970 und 1980 von rund 39% auf fast 50% ansteigende Staatsquote (= Anteil aller öffentlicher Ausgaben am Bruttosozialprodukt) ist überwiegend auf die Erhöhung laufender Ausgaben zurückzuführen, die Einkommen und Sozialleistungen der wachsenden Inflationsrate anpassen oder in Form von Subventionen die Strukturkrise beheben sollen. Die Globalsteuerung mit ihren überkommenen Methoden versuchte verzweifelt, ein Schiff auf Kurs zu halten, ohne nach einem neuen Weg zu suchen, der das Schiff in ruhigeren Gewässern hätte leiten können.

In der Bundesrepublik setzte angesichts dieser Entwicklung – und damit gegenüber anderen Staaten zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt – die Abkehr vom Wunderglauben an die konjunkturpolitische Allmacht des Staates ein. Die 1973 vom wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsminister erhobene Forderung, die Staatsausgaben mittelfristig zu verstetigen, verdeutlicht dieses Umdenken ebenso wie das 1976 in Kraft getretene Haushaltsstrukturgesetz, mit dem mittelfristig der Zuwachs des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt eingedämmt werden soll. Der damit eingeleitete finanzpolitische Kurswechsel signalisiert, dass der Staat davon Abstand zu nehmen beginnt, sich und dem Steuerzahler allein die Verantwortung für die jeweilige Konjunkturlage aufzubürden. Zwar bleibt der Staatshaushalt weiter expansiv, aber in einem Umfang, der deutlich macht, dass die Konjunkturpolitik «keine unbeschränkte Versicherung (mehr) gegen die Folgen von Fehlverhalten sein kann».⁵⁹

Damit zeigt sich spätestens 1974/75, dass der Weg, über eine allgemeine Nachfragebelebung durch staatliche Programme konjunkturstabilisierend zu wirken, angesichts der komplexeren Situation der Stagflation verlassen wird. Man vertraut wieder mehr auf die Kraft der Wirtschaft, sich mit eigener Initiative zu helfen, und sucht die dafür notwendigen Voraussetzungen zumindest mittelfristig zu schaffen. Das Programm zur Förderung von Investition und Beschäftigung von Ende 1974 wie das erwähnte Haushaltsstrukturgesetz von 1976 sind bereits Massnahmen, die in ihrer Wirkung und Zielsetzung nicht mehr von einer möglichen Globalsteuerung bestimmt werden, sondern die eine notwendige Strukturpolitik, eine Stärkung privatwirtschaftlicher Wachstumsvoraussetzungen und eine Begrenzung staatlicher Aktivität beinhalten. Mit der hier sichtbar werdenden Hinwendung zu einer stärker «angebotsorientierten» Konjunkturpolitik beginnt generell eine neue Phase staatlicher konjunkturpolitischer Handlungsmöglichkeiten.

Viele westliche Industriestaaten glaubten zunächst, einen anderen, weniger schmerzlichen Weg gehen zu können, und versuchten die Krisensymptome des Jahres 1973 durch stark expansive Massnahmen der Geld- und Kreditpolitik sowie der Fiskalpolitik von ihren Volkswirtschaften fernzuhalten. Sie sahen sich bald in diesem Vorhaben bitter enttäuscht. Zweistellige Inflationsraten und wachsende Staatsverschuldung gingen mit ebenfalls

wachsenden Arbeitslosenquoten einher. Vielfach war es dann die zweite Ölpreisexplosion im Jahre 1978, die auch in diesen Ländern eine Kursänderung erzwang. Sie war angesichts der Fülle ungelöster Probleme oft sehr viel abrupter und mit weiter reichenden Folgen verbunden als in der Bundesrepublik. Je länger und fester man am keynesianischen Steuerungsmechanismus festgehalten hatte, umso schwieriger wurde der Übergang zu einer Neugestaltung der Konjunkturpolitik.

VI. Ausblick

Welches Resümee, welche für Theorie und Politik nachhaltigen Folgerungen lassen sich nun aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und dem Umgang mit dem daraus entwickelten konjunkturpolitischen Instrumentarium ziehen? Noch vor 15 Jahren hätte man möglicherweise geantwortet, eine derartige Krise sei zukünftig kaum mehr vorstellbar; die Wirtschaftspolitik verfüge über ausreichende Mittel, um solche Fehlentwicklungen rasch und sicher korrigieren zu können. Das Erstaunen, das eine solche Antwort heute hervorruft, offenbart eine Zäsur im ökonomischen Denken und Handeln der letzten 50 Jahre. Vielleicht ist es noch übertrieben, daraus eine Ära abzuleiten, die in der Weltwirtschaftskrise 1931/32 begann und in den 1970er Jahren endete.

Unbestreitbar ist, dass sich in Wirtschaftstheorie und -politik während der Jahre, die diese beiden Endpunkte markieren, eine Vielzahl von Gedanken, Hoffnungen und auch schlichten Irrtümern erhalten hat, die heute durch die Praxis entweder widerlegt oder zumindest recht zweifelhaft geworden ist. Daneben aber gibt es eine Reihe unverändert aktueller Erkenntnisse, denen das gleiche Schicksal droht wie jenem Kinde in einem bekannten Sprichwort, nämlich mit dem Bade ausgeschüttet zu werden.

Ganz sicher der Vergangenheit angehörig ist der Glaube an eine jederzeit «machbare» Konjunktur. Das Bild von einem Staat, der «irrationales unternehmerisches Fehlverhalten» gleichsam kraft höherer Einsicht stets wirkungsvoll zu korrigieren weiss, ist selbst korrekturbedürftig geworden. Die Wirtschaft ist offenbar doch komplizierter und sehr viel sensibler als es die meisten Vertreter einer keynesianischen Globalsteuerung geglaubt haben. Was 1932 wirksam war – ohne dass jetzt geprüft würde, welche zusätzlichen Faktoren zumindest eine Mitwirkung hatten – muss nicht bei scheinbar ähnlichen Situationen später auch wirksam sein.

Neben diesen Zweifeln an der Wirksamkeit staatlicher Konjunkturpolitik ergeben sich aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre auch Bedenken anderer Art. Inkonformes Verhalten gegenüber dem bestehenden Währungssystem und konjunkturelle Parallelpolitik waren nach übereinstimmender Auffassung vieler Nationalökonomien mitverantwortlich für die

Tiefe und Dauerhaftigkeit der Krise von 1931/33. Man hatte gehofft, diese beiden Faktoren mit dem System von Bretton Woods und der Globalsteuerung ein für allemal unwirksam gemacht zu haben. In den 1960er Jahren lange Zeit verschleppte Wechselkursanpassungen – wie anders als währungssysteminkonformes Verhalten zu nennen? – und die expansive Haushaltspolitik im Boom von 1970 – wie anders als Parallelpolitik zu nennen? – zeigen, dass diese Hoffnungen getrogen haben. Auch wenn sich nicht belegen lässt, in welchem Umfang staatliche Wirtschaftspolitik überhaupt als mitverantwortlich für den Eintritt und die schwere Behebbarkeit der jüngsten Krise auszumachen ist, weckt dies nicht nur Zweifel an der Lernfähigkeit wirtschaftspolitischer Instanzen, sondern bedeutet auch für alle Keynesianer eine bittere Erkenntnis.

Allerdings, das Versagen der Globalsteuerung und eine unbestreitbare Mitschuld des Staates, weil sich nun einmal politisches Kalkül nicht immer nach wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten richtet, bietet noch keinen Anlass, den Staat oder die Notenbank als Sündenbock abzustempeln, als diejenigen anzuprangern, die mit ihren Aktivitäten einen an sich stabilen privaten Sektor gewissermassen von Krise zu Krise treiben. Dies hiesse von einem Extrem in ein anderes fallen. Schliesslich hat das auf Keynes' Erkenntnissen aufbauende globale Lenkungsinstrumentarium mit seiner Belegung der Nachfrageseite – und darauf können alle Keynesianer zu Recht hin weisen – in verschiedenen Konjunktursituationen durchaus Erfolge vorzuweisen. Wenn sich im Zeitablauf herausstellte, dass es auch anders gelagerte Krisen gibt, die von Keynes weder vorausgesehen wurden, noch in vollem Ausmass der auf ihn sich stützenden Konjunkturpolitik zugänglich waren, so sollte dies allerdings auch nicht um des Prinzips willen gezeugnet werden. Die positive Seite der Kritik am Keynesianismus ist zweifellos die stärkere Beachtung einer bislang vernachlässigten Seite des Marktes, der Angebotsseite. Die gesamte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nun auf diese Seite konzentrieren zu wollen, würde die Mängel der keynesianischen Globalsteuerung nur spiegelbildlich wiederholen. Nachfrage und Angebot zusammen ergeben einen Markt, deren viele eine Marktwirtschaft. Nachfrage oder Angebot allein ergeben nicht einmal einen Markt. Dies heisst konkret Relativierung der Globalsteuerung und Beschränkung auf jene Extremfälle, in denen sie auch bisher gewirkt hat; keinesfalls darf sie als Allheilmittel angesehen werden.

Diese nüchterne Betrachtung der Globalsteuerung ist durch eine stärkere Betonung der Geldpolitik zu ergänzen. Sie hat einschliesslich der für den Aussenhandel wichtigen Währungspolitik dafür zu sprgen, dass jene Voraussetzungen rechtzeitig und in ausreichendem Masse\geschaffen werden, in denen die Hauptfigur im wirtschaftlich-konjunkturellen Geschehen, der Unternehmer mit seinen Entscheidungen, jene sicheren und verlässlichen Bedingungen findet, die er nun einmal braucht. Lange Zeit schien das Sinnen und Trachten staatlicher Konjunkturpolitik darauf ausgerichtet, «un-

ternehmerische Fehlentscheidungen» mit einem möglichst umfangreichen Apparat behördlich korrigieren zu wollen. Nachdem mit der Betonung der Angebotsseite dem Unternehmer heute wieder eine Hauptrolle zugewiesen wird – lange Zeit bestand eher der Eindruck, er sei ein Störfaktor, dessen Tätigkeits- und Verhaltensrahmen durch den Staat festgelegt werden müsse – und nachdem der Staat aus seinen Misserfolgen des alles «Machbaren» gelernt hat, stellt sich die Frage, ob es zu dieser Erkenntnis der Konjunkturpolitik der letzten 50 Jahre überhaupt bedurft hätte: Um etwas über die Unvollkommenheit staatlicher Lenkung und die Rolle des Unternehmers zu lernen, hätte es genügt, bei Adam Smith nachzuschlagen.

Anmerkungen

¹ Verwaltungsbericht der Reichsbank 1931, Berlin 1932, S. 3.

² Die erste im April 1929 im Zusammenhang mit dem drohenden Scheitern der Pariser Sachverständigenverhandlungen über die Reparationsfrage (vgl. Verwaltungsbericht der Reichsbank 1929, S. 5), die zweite nach den Septemberwahlen von 1930, die die Nationalsozialisten mit 18,3% der Stimmen und 107 Sitzen im Reichstag erstmals den Charakter einer Splitterpartei überwinden liess (vgl. Verwaltungsbericht der Reichsbank 1930, S. 5). Bei beiden Gelegenheiten verlor die Reichsbank ca. 1-1,5 Mrd. RM an Devisen (= ca. ein Drittel ihres Bestandes).

³ Vgl. Karl-Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931, Finanzen und Politik, München 1967, S. 108 ff.

⁴ Zwischen 1929 und 1931 betrug der Diskont (mit Ausnahme des III. Quartals 1930) stets 5% und mehr. Unmittelbar nach der Bankenkrise erreichte er im August 1931 die extreme Höhe von 15%; vgl. Verwaltungsbericht der Reichsbank 1931, Tabelle S. 7.

⁵ Als sich die britische Abwertung vom 21. September 1931 voll auswirkte, sanken die Vierteljahressalden des deutschen Aussenhandels rapide ab. Wurden im III. und IV. Quartal 1931 noch Exportüberschüsse zwischen 0,9 und 1,0 Mrd. RM erzielt, waren es im I. Quartal 1932 nurmehr etwas über 0,3 Mrd. RM; vgl. Wirtschaftsdienst, Heft 7 v. 19. 2. 1932, S. 208; Heft 7 v. 17. 2. 1933, S. 212, und der Deutsche Volkswirt Nr. 38 v. 23. 6. 1933, S. 1074.

⁶ Vgl. dazu z.B. die Memoiren von Hans Luther, Vor dem Abgrund 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin o.J., S. 141. Hier urteilt Luther über die Prioritäten der Regierung Brüning: «[...] 1. Aussenpolitik [...] 2. Wirtschaftspolitik [...]».

⁷ Zahlenangaben u.a. bei Alois Brusatti, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des industriellen Zeitalters, Graz/Wien/Köln 1967, S. 233; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1973, S. 129 ff.

⁸ Vgl. Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 200: Chile verzeichnete 1932/33 gegenüber 1928/29 einen Exportrückgang von 80%, China von 75-80%, Bolivien, Peru, Kuba, Malaya von 70-75%.

⁹ Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 306; Dietmar Rothermund (Hg.), Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929-1939, Paderborn 1983, S. 19.

¹⁰ Zahlenwerte nach Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, Frankfurt 1973, S. 18.

¹¹ Vgl. dazu Ernst Dürr, Entwicklungslinien der internationalen Währungsordnung, in: H. Gröner/A. Schüller (Hg.), Internationale Wirtschaftsordnung, Stuttgart/New York 1978, S. 143ff, hier: S. 147.

¹² So verweist z.B. Otto Barbarino, Geldwert, Konjunktur und öffentlicher Haushalt, Nördlingen 1981, S. 67 ff, auf Beispiele dieser Art: Arbeitsbeschaffungsmassnahmen im 2. französischen Kaiserreich, zollpolitische Entscheidungen u.a.m.

¹³ Zu diesem und anderen die Goldwährung vor 1914 und in den 1920er Jahren unterscheidenden Kriterien vgl. auch Otto Veit, Grundriss der Währungspolitik, Frankfurt ³1969, S. 418.

¹⁴ Wie überall, so gab es auch hier Ausnahmen. Fritz Neumark, Wo steht die «Fiscal Policy» heute?, in: Finanzarchiv, NF 19 (1958/59), S. 46, weist auf C. Dietzel hin, der bereits in seinem «System der Staatsanleihen» (Heidelberg 1855) auf konjunkturpolitische Aufgaben der Finanzpolitik hingewiesen hat; Günter Schmöders, Finanzpolitik, Berlin/New York/Heidelberg ²1965, S. 428, nennt A. E. F. Schäffle (1884) und G. v. Schanz als erste Vorläufer einer späteren «Fiscal Policy».

¹⁵ Vgl. Barbarino, Geldwert, S. 80.

¹⁶ Vergeblich forderte schon J. Plenge, Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt, Berlin 1913, die Zentralbanken auf, von der rein konstatierenden zu autonom regulierender Diskontpolitik überzugehen. Vgl. auch Günter Schmöders, Geldpolitik, Tübingen/Zürich 1962, S. 199, sowie den Hinweis bei Veit, Grundriss, S. 410, auf die «Konstatierungspolitik» der Reichsbank.

¹⁷ Theodor Pütz, Geschichtliche Wandlungen der Konjunkturschwankungen und Konjunkturpolitik, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack, hrsg. v. Franz Greif und Fritz W. Meyer, Berlin 1961, S. 167ff, hier: S. 173.

¹⁸ Alfred Müller-Armack, Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1932, S. 103.

¹⁹ Zahlreiche NationalökonomInnen schenken nun dem «unvollkommenen Wettbewerb» grössere Aufmerksamkeit; hingewiesen sei nur auf Joan Robinson, Grundlagen des unvollkommenen Wettbewerbs, 1933, oder E. H. Chamberlin, Theorie des monopolistischen Wettbewerbs, 1938.

²⁰ Vgl. Dietmar Petzina, Krisen gestern und heute – die Rezession von 1974/75 und die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise (Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V., Heft 21), Dortmund 1977, S. 25.

²¹ Zu Einzelheiten: Richard Fiez, Die Veränderungen in der Weltwirtschaftsstruktur und das Problem der internationalen Kapitalanlagen, Bern 1946, S. 68.

²² Vgl. Walter Wittmann, Die Finanzierung des Bundes im Lichte der parlamentarischen Beratungen: Von der Weltwirtschaftskrise bis zur Gegenwart, Zürich 1969, S. 10ff.

²³ Vgl. Walter Adolphjöh, Art. «Konjunktur (II): Politik», in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 6, 1959, S. 122.

²⁴ Zum Begriff vgl. vor allem Pütz, Wandlungen, S. 181.

²⁵ Verwiesen sei auf Eugen von Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, 2. Abtl.: Positive Theorie des Kapitals, Bd. 1, Jena ⁴1921, S. 138, wo es heisst: «[...] es müssen, ehe Kapital wirklich gebildet werden kann, die zu seiner Erzeugung notwendigen Produktivkräfte durch Abbruch am augenblicklichen Lebensgenuss erst erspart werden.» (Im Original kursiv). Ferner: Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, bes. S. 180ff.

²⁶ Die immer noch beste Übersicht findet sich bei Wilhelm Grotkopp, Die Grosse Krise, Düsseldorf 1954.

²⁷ Vgl. Barbarino, Geldwert.

²⁸ Zahlreiche Beispiele bei Charles La Roche, Beschäftigungspolitik in der Demokratie. Ziele, Grundlagen und Methoden angelsächsischer und schwedischer Nachkriegspläne (Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung, A. Volkswirtschaftliche Reihe, Nr. 8), Zürich o.J., S. 285ff.

²⁹ Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Hans Luther auf dem Presseabend der Leipziger Frühjahrsmesse am 1. März 1931.

³⁰ Vgl. Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt/Bern 1974, S. 121.

- ³¹ Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und die Durchführung öffentlicher Arbeiten vom 16. Juni 1932, RGBl. I, 22. Juni 1932, Nr. 38, S. 305 ff.
- ³² Vgl. hierzu: Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925-1936, in: Werner Conze (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967, S. 79f.
- ³³ Jochen Rudolph, Ein Ordnungsrahmen für Englands Wirtschaft, in: ORDO 29 (1978), S. 108.
- ³⁴ Vgl. Hanns-Dieter Wiese, Die Krisenbekämpfung in Schweden. Eine Studie über die Ergebnisse der schwedischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren, Diss. Tübingen 1964.
- ³⁵ La Roche, Beschäftigungspolitik, S. 290.
- ³⁶ Vgl. Bernd Martin, Wirtschaftliche Konzentration und soziale Konflikte in Japan, in: Rothermund (Hg.), Die Peripherie, S. 197, hier: S. 214f.
- ³⁷ Erich Preiser, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. Eine Betrachtung über Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1949, S. 34 (zitiert nach der 5. Aufl. 1968).
- ³⁸ Fritz Sternberg, Was nicht bei Keynes steht, in: Konjunkturpolitik 2 (1956), S. 23.
- ³⁹ Ebd., S. 24.
- ⁴⁰ Ebd., S. 24. Ferner dazu Gerhard Colm, Die Selbstverpflichtung des amerikanischen Volkes zur Vollbeschäftigungspolitik in: Konjunkturpolitik 2 (1956), S. 107ff.
- ⁴¹ Vgl. auch die Übersicht bei Jöhr, ‚Konjunktur‘, S. 120.
- ⁴² Vgl. René Erbe, Die internationale Währungsordnung, in: Kyklos XV (1962), S. 594, hier: S. 601.
- ⁴³ Alan T. Peacock, Neuere Entwicklungen in der Theorie der «Fiscal Policy», in: Finanzarchiv, NF 16 (1955/56), S. 294ff.
- ⁴⁴ Erich Preiser, Die soziale Problematik der Marktwirtschaft (Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, Heft 15), München 1951, S. 22.
- ⁴⁵ So findet sich Keynes z.B. auch in den Düsseldorfser Leitsätzen der CDU von 1949, wenn es heisst: «Die soziale Marktwirtschaft mit organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik [...] Diese Wirtschaftspolitik führt in sinnvoller Kombination von Geld-, Kredit-, Handels- und Zollpolitik, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderen Massnahmen dazu, dass die Wirtschaft ihrer letzten Zielsetzung, der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient.» Manfred Lauda, Korreferat für die CDU, in: Wolfgang Frickhöffer u.a. (Hg.), Ein halbes Jahr Wirtschaftspolitik der Grossen Koalition. Vorträge und Diskussionen der 28. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 10. Juli 1967 in Bad Godesberg, Tagungsprotokoll Nr. 28, Bad Godesberg 1967, S. 38ff., hier S. 43.
- ⁴⁶ Alfred Müller-Armack, Die Grundformel der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig Erhard Stiftung e. V. (Hg.), Symposium I – Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung, Stuttgart 1978, S. 13.
- ⁴⁷ Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1948, S. 138.
- ⁴⁸ G. Labisch, Institutionelle Möglichkeiten der Steuer- und Ausgabenpolitik des Staates zur Stabilisierung der Wirtschaft im internationalen Vergleich (Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika), Diss. Freiburg 1971, S. 8.
- ⁴⁹ Vgl. dazu auch Egon Tuchtfeld, Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung 1973, in: Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, hrsg. v. Wolfgang Stützei u.a., Stuttgart/New York 1981, S. 83ff., der den Beginn von Überlegungen zur Globalsteuerung mit dem Stilverfall der Marktwirtschaft verbindet.
- ⁵⁰ Diese Bezeichnung stammt von Fritz Neumark, zitiert bei Norbert Kloten, Erfolg und Misserfolg der Stabilisierungspolitik (1969-1974), in: Währung und Wirtschaft in Deutschland, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt 1976, S. 645.
- ⁵¹ Aus einer Rede vor dem National Press Club in Washington, zitiert nach Woldemar Koch, Die Keynes'sche Geldlohntheorie im stabilitätspolitischen Zusammenhang, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 128 (1972), S. 569 ff.

- ⁵² Siehe dazu auch Tuchtfeld, Marktwirtschaft, S. 90.
- ⁵³ Pütz spricht von einer «ungewollten Vollbeschäftigungspolitik», vgl. Pütz, Wandlungen, S. 183.
- ⁵⁴ Vgl. dazu Franz Aschinger, Das neue Währungssystem. Von Bretton Woods bis zur Dollar-krise 1977, Frankfurt 1978, S. 20 f.
- ⁵⁵ Otto Schlecht, Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus, Tübingen 1972, S. 66.
- ⁵⁶ Vgl. Ebd. und vor allem auch Otto Schlecht, Konjunkturpolitik in der Krise, Tübingen 1983, S. 17, wo Schlecht eine Reihe solcher Verbesserungsvorschläge aufzählt.
- ⁵⁷ Vgl. auch Schlecht, Konjunkturpolitik, S. 21 f.
- ⁵⁸ Im September 1973 war der Dollar im Vergleich zum Jahresende 1972- also vor Freigabe der Kurse – um 33% gegenüber der Deutschen Mark gestiegen.
- ⁵⁹ So der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1975, S. 155.

Das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis

Zum Problem faschistischer Regimebildung

I

Dass das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis mehr miteinander zu tun hatten als andere Diktaturen der Zwischenkriegszeit, dürfte heute unumstritten sein. Wie weit aber die historischen Gemeinsamkeiten gereicht haben, wird in der Forschung kontrovers beurteilt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung dreht sich vor allem um die Frage, ob die beiden Regime unter dem übergeordneten Begriff des «Faschismus» miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Diese Problematik ist zwar nicht eigentlich neu; über die Entstehung eines faschistischen Diktaturtypus wird schon diskutiert, seit Mussolini 1922 an die Macht kam.¹ Seit dem Ende der Regime Mussolinis und Hitlers ist die Faschismuskonzeption jedoch geradezu endemisch geworden.² Die furchtbaren Katastrophen, welche die um Deutschland gescharten und von diesem getriebenen Staaten, zu denen Italien an erster Stelle gerechnet werden muss, über Europa gebracht haben, schienen denen Recht zu geben, die schon immer davon gesprochen hatten, dass Unterdrückung, Verfolgung und schliesslich Krieg das Ergebnis des Faschismus als einer und derselben Perversion der bürgerlichen Demokratie gewesen sei. Dies war bekanntlich im Wesentlichen schon seit den zwanziger Jahren die Ansicht der politischen Linken, von den moskautreuen Kommunisten über freischwebende Sozialisten aller Art bis hin zu den Sozialdemokraten. Dass Hitlers und Mussolinis Regime und einige andere mehr (z.B. das Franco-Regime in Spanien oder das Militärregime Antonescus in Rumänien) Holz vom selben Stamme wären, bedurfte aus dieser Sicht, so sehr sich die linken Faschismusanalysen im Einzelnen unterscheiden mochten, keiner Diskussion mehr.³

Es ist bekannt, dass dieses Faschismuskonzept auf der politischen Rechten, bei Konservativen und Liberalen aller Schattierungen, nicht akzeptiert wurde. Man sah hier schon in den dreissiger Jahren viel stärker die Gemeinsamkeiten, welche das Sowjetregime und das NS-Regime als totalitäre Systeme bei aller Gegensätzlichkeit miteinander verbanden. In der Zeit der weltpolitischen Konfrontation des sogenannten Kalten Krieges setzte sich diese

Auffassung in der westlichen Welt allgemein durch.⁴ Von Faschismus war daher nicht mehr viel die Rede, umso mehr jedoch von Totalitarismus.⁵ Erst mit dem Beginn der weltpolitischen Entspannung begann das Bewusstsein für die Wesensgleichheit des Sowjetsystems mit dem NS-Regime zu verblassen. Die in Mode kommende Fundamentalkritik an der liberaldemokratischen Verfassung entdeckte seit Ende der Sechziger Jahre wieder den «Faschismus». Einem Dammbbruch gleich ergoss sich nun vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht nur hier, eine wahre Flut von Faschismusliteratur über den Büchermarkt. Dies hatte erheblichen Einfluss auf die politische Alltagssprache. Allenthalben waren selbsternannte Faschismuskommissare dem Täter auf der Spur; überall in Geschichte und Gegenwart entdeckte man «Faschisten». Jeder konnte unter Faschismusverdacht geraten, wenn er sich herrschenden Trends nicht anpasste. Die Grenze zwischen dem liberaldemokratischen System und dem Faschismus schien sich, und das war sicherlich auch durchaus beabsichtigt, mehr und mehr zu verwischen.⁶ Inzwischen ist diese Faschismuswelle etwas abgeklungen, noch immer aber steht die Geschichts- und die Politikwissenschaft vor der Frage, wie sie es mit dem Faschismusphänomen halten soll.

Selbstverständlich war die Wissenschaft an der politischen Debatte über Faschismus und Totalitarismus von Anfang an beteiligt. Ohne die aktive Teilnahme von Wissenschaftlern hätte diese gar nicht geführt werden können. Die Faschismusdebatte der ausgehenden sechziger und der siebziger Jahre ist aber wissenschaftlich weitgehend ausser Kontrolle geraten. An die Stelle historischer Grundlagenforschung trat eine sich verselbständigende Faschismustheorie, die immer mehr den historischen Boden unter den Füßen verlor. Es ist deshalb nur zu verständlich, dass viele sehr ernst zu nehmende Forscher dem Faschismusbegriff den Kampf angesagt haben.⁷ Nicht zu Unrecht weist man daraufhin, dass die Generalisierung des Faschismusbegriffs «auf Kosten der Unterscheidung zwischen totalitärer und demokratischer Politik» erfolgt sei.⁸ Vor einer weiteren Verwendung des Begriffs in der Wissenschaft wird deshalb entschieden gewarnt.

Auf der anderen Seite kann man sich fragen, ob die inflationäre Ausbreitung des Faschismusbegriffs und die damit verbundene Verwischung der Unterschiede von Diktatur und Demokratie damit bekämpft werden kann, dass man den Begriff sozusagen unter wissenschaftliche Quarantäne stellt. Anstatt den Faschismusbegriff den *terribles simplificateurs* zu überlassen, sollte man seinen heuristischen Wert als eines historischen Idealtyps ebenso nutzen wie den des Totalitarismusbegriffs. Die Verwendung beider Begriffe schliesst sich ja gegenseitig keineswegs aus, beide können einander vielmehr sinnvoll ergänzen, sofern man sich über ihre Bedeutung hinreichend verständigt.⁹ Dies setzt voraus, dass ihr empirischer Anwendungsbereich genau eingegrenzt wird.

Der Faschismusbegriff kann als historischer Systembegriff nach meiner Auffassung erfolgversprechend verwendet werden, wenn man ihn auf zwei

historische Fälle reduziert: Auf das Italien Mussolinis und das Deutschland Hitlers. Politische Bewegungen und Parteien, die sich selbst als faschistisch verstanden, hat es in der Zwischenkriegszeit in allen europäischen Ländern (mit Ausnahme der Sowjetunion) gegeben. Eine erfolgreiche Machtergreifung und anschliessende Regimebildung faschistischer Bewegungen fand aber zweifellos nur in Italien und Deutschland statt, wobei Mussolini das historische Vorbild lieferte, nach dem sich Hitler richtete.¹⁰

Das heisst nicht, dass die beiden Diktaturregime in ihrer inneren Struktur und in ihrer äusseren Dynamik vollkommen identisch gewesen wären. Wesensverwandt waren sie *erstens* ihrer historischen Herkunft nach und *zweitens* aufgrund der Methode ihrer Machtergreifung in historisch analogen Situationen. Als politische Regime entwickelten sie sich jedoch seit Ende der dreissiger Jahre deutlich auseinander. Während das faschistische Regime Mussolinis seinen autoritären Ursprungscharakter weitgehend bewahrte, entwickelte sich der faschistische Staat Hitlers zu einem totalitären System weiter. Die unterschiedliche Entfaltung der beiden Regime sollte freilich nicht als ein Beweis dafür angesehen werden, dass zwischen beiden ein qualitativer Unterschied bestand. Auch der Staat Mussolinis war seiner Tendenz nach totalitär.

II

Die historische Herkunft des faschistischen Italien und des nationalsozialistischen Deutschland ist gleichermaßen dadurch bestimmt, dass beide Länder unter den grossen Nationen Europas als verspätete Nationen angesehen werden müssen.¹¹ Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, verweise ich darauf, dass sich sowohl die italienische wie die deutsche Nationalstaatsbildung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Zeit vollzog, in der sich in beiden Fällen fast gleichzeitig auch sowohl das Problem der modernen, demokratischen Verfassungsbildung wie das der industriellen Revolution stellte. Die relative Gleichzeitigkeit von Nationsbildung, Verfassungskonflikt und wirtschaftlicher Wachstumskrise führte in Deutschland und in Italien auf sehr ähnliche Weise zu einer inneren Strukturkrise, die sich unter der Sonderbelastung des Ersten Weltkriegs extrem verschärfte. Das Ergebnis war keine sozialistische Revolution mit anschliessender kommunistischer Diktaturbildung wie in Russland. Das Ergebnis war auch nicht ein traditionelles autoritäres Diktaturregime wie bei den zahlreichen europäischen Präsidial-, Königs- oder Militärdiktaturen der Zwischenkriegszeit. Zuerst in Italien und dann in Deutschland entstand vielmehr ein auf besondere Weise in sich widerspruchsvolles, ja heterogenes politisches Diktatorsystem, das wegen der Vorbildwirkung Mussolinis die gemeinsame Kennzeichnung als «faschistisch» rechtfertigt.

Italien und Deutschland gingen den Weg in den Faschismus bekanntlich nicht gleichzeitig, sondern im Abstand etwa eines Jahrzehnts. In beiden Ländern bestand nach dem Ende des Ersten Weltkriegs jedoch eine ähnliche Ausgangssituation,¹² und zwar in dreifacher Hinsicht:

Zwm ersten waren sowohl Deutschland wie Italien nach 1919 als Nationalstaaten weder nach aussen hin saturiert, noch im Inneren konsolidiert. Deutschland hatte aufgrund des Versailler Vertrages erhebliche Gebietsverluste hinzunehmen. Infolge des Anschlussverbotes gegenüber Österreich konnten diese auch hier nicht ausgeglichen werden. Italien vergrösserte zwar sein Staatsgebiet beträchtlich, gleichwohl blieb das Gefühl der «vittoria mutilata» vorherrschend.¹³ Die durch den Londoner Vertrag von 1915 geweckten Grossmachthoffnungen wurden bei Weitem nicht erfüllt. Im Inneren brachte die im Kriege notwendige Mobilisierung von Massen in beiden Ländern die Dämme zum Einsturz, die zuvor gegen die Integration der Arbeiter und auch der Katholiken in den Staat errichtet worden waren. Beide Gruppen setzten die volle politische Gleichberechtigung durch. Ihre Integration wurde jedoch begleitet von einer Abwendung eines grossen Teils der alten Führungsschichten von dem neuen parlamentarisch-demokratischen Regierungssystem.

Zweitens näherte sich das Verfassungssystem beider Länder 1919 dem der westeuropäischen Länder an. In Deutschland wurde das seit 1871 bestehende demokratische Wahlrecht mit der Weimarer Verfassung durch ein parlamentarisches Regierungssystem ergänzt. In Italien wurde das bestehende parlamentarische System durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer demokratisiert. Die Umsetzung des neuen Verfassungssystems in die politische Wirklichkeit ist jedoch in beiden Fällen misslungen. Welches waren die Ursachen?

Die Umstellung des Verfassungssystems auf die parlamentarische Demokratie erfolgte in beiden Ländern gegen den Willen der alten Machteliten. Diese blieben aber politisch präsent, sie mussten nur eine Einschränkung ihres Einflusses hinnehmen. Beamtenschaft, Offizierskorps, Kirchen, Unternehmer, in Italien auch die Monarchie, verloren ihren bestimmenden Einfluss, behielten aber eine Sonderstellung. Entscheidend war vor allem, dass die gesellschaftliche Macht der Grossagrarien sowohl in Italien wie in Deutschland nicht gebrochen wurde. Bei der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie stützten sich die Parteien der neuen Ordnung ausserdem auf die der alten. In Deutschland gab es das Bündnis von SPD und kaiserlichem Heer, sowie das Abkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. In Italien lavierten sowohl Nitti wie Giolitti in ähnlicher Weise, um das neue Regierungssystem durchzusetzen.¹⁴

Die Parteien der sozialen Schichten, welche die politische Gleichberechtigung durchgesetzt hatten, waren 1919 zunächst in den Parlamenten beider Länder deutlich in der Mehrheit. Die Abgeordneten der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei hatten in der

Weimarer Nationalversammlung gemeinsam eine Dreiviertelmehrheit. In Italien stellten die Sozialistische Partei (Partito Socialista Italiano), die erstmals antretende Katholische Volkspartei (Partito Popolare Italiano) und die liberaldemokratische Linke nach den ersten Nachkriegswahlen vom 16. November 1919 ebenfalls dreiviertel der Abgeordneten. Eine tragfähige Regierungsmehrheit ergab sich daraus aber weder in Deutschland noch in Italien.

In Italien war eine Koalitionsbildung auf dieser Basis von vornherein unmöglich. Zu gross waren die antiklerikalen Vorbehalte auf sozialistischer und auf bürgerlich-laizistischer Seite einerseits und der antisozialistische Affekt bei den katholischen Popolari andererseits. Es kam hinzu, dass der PSI und der PPI politisch lange nicht so gefestigt waren wie die Wahlen von 1919 anzuzeigen schienen. Bei den Sozialisten bestand ein scharfer Gegensatz zwischen dem revolutionären Flügel und dem zur Mitarbeit an den parlamentarischen Institutionen bereiten Gruppen. Die Partei war daher in sich gespalten und zu keiner realen politischen Entscheidung fähig. Hierin lag die entscheidende Schwäche der italienischen Arbeiterbewegung schon vor der Spaltung durch die Kommunistische Internationale. Ähnliches gilt für die katholische Volkspartei. Auch bei dieser gab es einen Gegensatz zwischen einem demokratischen und einem konservativen Flügel, der nur teilweise durch die Führungskraft Luigis Sturzos überbrückt werden konnte.

Was für Italien galt, traf prinzipiell auch für die Sozialdemokraten und das Zentrum in Deutschland zu. Auch diese Parteien waren bekanntlich in sich gespalten in Gegner und Anhänger der Weimarer Republik. Aufgrund der längeren Parteitradition und dem gemeinsamen politischen Kampf um die Parlamentarisierung der Reichsverfassung waren die demokratischen Mehrheitsparteien in Deutschland 1919 jedoch zunächst zu einvernehmlichem politischen Handeln fähig. Das Ergebnis war die Weimarer Koalition zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und DDP. Schon bei den Reichstagswahlen von 1920 zeigte sich jedoch, dass die demokratischen Parteien im Volk in der Minderheit waren. Das Schlagwort von der «Republik ohne Republikaner» kam auf.¹⁵ Es konnte in der parlamentarischen Monarchie Italien in dieser Form zwar nicht gebräuchlich werden. Der Sache nach entsprach der Rechtsruck bei den Wahlen vom 15. Mai 1921 jedoch ziemlich genau dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920.¹⁶ In beiden Fällen wurden die Sozialisten auf Kosten linker Absplitterungen geschwächt und erlebten die bürgerlichen Demokraten einen gravierenden Einbruch. Auch wenn sich die katholische Partei sowohl in Italien wie in Deutschland halten konnte, reicht das nicht aus, die Gewinne der wiedererstarkten Rechten auszugleichen. Diese aber, und dies führte zu dauerhafter Instabilität des parlamentarischen Systems, war mit 136 Abgeordneten der DNVP und der DVP (von 459) bzw. 214 Abgeordneten der liberalen Mitte und Rechten (von 527) ebenfalls nicht zu einer alleinigen Regierungsbildung fähig.

Drittens ist der Faschismus schliesslich 1922 ebenso nach einer schweren

Krise des kapitalistisch strukturierten Wirtschaftssystems an die Macht gekommen wie 1933 der Nationalsozialismus in Deutschland. Die Krise in Italien führte auf dem Höhepunkt zu Hungerrevolten, die Krise in Deutschland zu Massenarbeitslosigkeit. Beide Male entstand der Eindruck, es drohe ein unmittelbarer sozialer Umsturz. Das «Gespenst des Bolschewismus» schreckte das Bürgertum, obwohl in Wahrheit weder 1922 in Italien noch 1933 in Deutschland im Entferntesten die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes oder gar einer sozialen Revolution bestand.¹⁷ Allerdings war die kollektive Macht der Arbeiter in den Betrieben, in Italien vor allem auch in den landwirtschaftlichen Grossbetrieben des Nordens, grösser als vor dem Krieg. Dies war in erster Linie eine Folge der forcierten Kriegswirtschaft und der Demobilisierung, die auch in den westlichen Siegerländern zu ähnlichen Konzessionen an die abhängige Arbeiterschaft geführt hatte, ohne hier jedoch als existenzielle Bedrohung empfunden zu werden.¹⁸

Die Machtergreifung des Faschismus in Italien 1922 und in Deutschland 1933 kann somit als eine, wenn auch keineswegs unvermeidliche Folge der längerfristigen, durch den Ersten Weltkrieg entscheidend verschärften Strukturkrise beider Länder angesehen werden, die sich aus dem in dieser Form einzigartigen Zusammenprall von nationaler Identitätskrise, unbewältigter Verfassungsproblematik und verschärftem Klassenkampf im wirtschaftlichen Bereich ergaben. Der unter diesen besonderen Bedingungen tatsächlich drohende oder auch nur vermeintliche Machtverlust bewog Teile der traditionellen gesellschaftlichen und politischen Führungsschichten dazu, gegen die Revolution von links mit Massenbewegungen zusammenzuarbeiten, die sie der Tendenz nach durch eine Revolution von rechts ebenso bedrohten. Diese Massenbewegungen waren in Italien der Partito Nazionale Fascista (PNF) und in Deutschland die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

III

Im Unterschied zu dem italienischen und dem deutschen Nationalismus der Vorkriegszeit hatten beide Bewegungen eine breite soziale Basis und eine feste organisatorische Konsistenz.¹⁹ Beide können aber nicht im engeren Sinne als Klassenbewegung angesehen werden. Mitglieder und Wähler beider Parteien kamen nicht, wie man oft behauptet hat, nur aus dem Mittelstand bzw. den *ceti medi*. Sowohl der PNF wie die NSDAP waren vielmehr Sammlungsbewegungen ohne feste soziale Basis. Die soziale Qualität beider Bewegungen stand ausserdem weder von Anfang an fest, noch blieb sie unverändert die gleiche. PNF und NSDAP samt ihren Unter- und Nebengliederungen waren einem ständigen sozialen Wandlungsprozess unterworfen. Verschiedene soziale Gruppen gingen gleichsam durch sie hindurch:

Zunächst Bauern, Studenten und bestimmte Gruppen von Akademikern; dann Handwerker und Kleinhändler; schliesslich das mittlere und obere Bürgertum, aber zum Teil auch die Arbeiter. Sowohl der PNF wie die NSDAP stellten insofern eine Art von universaler Ersatzpartei für alle anderen Parteien der Nachkriegszeit dar. In diesem Sinne blieben sie «Bewegungen» auch noch als sie zu «Parteien» geworden waren.

Diesem Sozialprofil entsprach der politische Stil der beiden Bewegungen. Politik war für die beiden faschistischen Bewegungen die Fortsetzung des Krieges als Bürgerkrieg. Unübersehbar ist die Herkunft der ersten Kerngruppen. Sie kamen aus dem Reservoir der «Combattenti» bzw. Frontkämpfer. Arditi und Volontari Fiumani standen in Italien am Anfang der faschistischen Bewegungen, die Freikorps am Anfang des Nationalsozialismus. Die Organisationen beider Bewegungen waren ursprünglich paramilitärisch, mit der MVSN bzw. der SA wurde diese Organisationsstruktur auch noch nach der jeweiligen Machtergreifung konserviert.²⁰

Für beide Bewegungen war ein militanter politischer Aktionismus typisch, der in Italien erst nach der Matteotti-Krise von 1924, in Deutschland nach der Röhm-Krise von 1934 gebändigt wurde. Der gewalttätige Aktionismus allein hätte aber weder den italienischen Faschismus noch den deutschen Nationalsozialismus an die Macht gebracht. Es ist sowohl für den italienischen wie den deutschen Faschismus typisch, dass sie sich nach heftigen inneren Auseinandersetzungen jeweils einem obersten Führer unterwarfen, der die blinde Gewalttätigkeit mit einem politischen Kalkül verband. Sowohl Mussolini wie Hitler bauten die Durchsetzung und Stabilisierung der Herrschaft auf einer Doppelstrategie auf. Einerseits schürten sie mit Hilfe ihrer Bewegungen den Bürgerkrieg, andererseits versprachen sie, den Bürgerkrieg zu beenden, um mit den traditionellen Machteliten zu einem politischen Bündnis zu kommen.²¹

Dass diese Doppelstrategie Erfolg hatte, war nicht von vornherein abzusehen. Die Vorbehalte des Reichspräsidenten Hindenburg gegenüber dem «böhmischen Gefreiten» sind ebenso bekannt wie das Misstrauen der italienischen Monarchie gegenüber dem Republikanismus Mussolinis. Es bedurfte auf konservativer Seite aktiver Partner, die bereit waren, mit den Faschisten zu kooperieren. Wer diese Partner waren und welchen Anteil sie jeweils an der Machtergreifung Mussolinis bzw. Hitlers hatten, ist in der Forschung umstritten.²² Es besteht auch kein Zweifel, dass das zum Faschismus führende Kartell 1922 in Italien etwas anders zusammengesetzt war als das 1933 in Deutschland. Jedoch kann man davon ausgehen, dass es sich in beiden Fällen strukturell um dieselbe Allianz handelte. Wie sah diese im Einzelnen aus?

Noch immer nicht verschwunden ist die Legende vom «Grossen Kapital».²³ Danach sollen bekanntlich sowohl die Faschisten wie die Nationalsozialisten nichts anderes als bezahlte Handlanger der Grossbourgeoisie gewesen sein. Wie vor allem die Forschungen Renzo de Felices und Piero Meloni für Italien, sowie die analogen Untersuchungen Henry Turners und

Reinhart Neebes für Deutschland erwiesen haben, trifft diese Theorie historisch jedoch in dieser Vereinfachung nicht zu.²⁴ Grösseres Gewicht hat die These, dass Teile der Industrie und der Banken den Weg Mussolinis und Hitlers zur Macht durch Einwirkung auf die politischen Entscheidungsträger geebnet hätten.²⁵ Auch hier muss jedoch vor Übertreibungen gewarnt werden. Sowohl in Deutschland wie in Italien wurden die Industriellen lange Zeit durch die sozialrevolutionären Elemente des Faschismus abgeschreckt. Der Mann der Industrie war in Italien bis kurz vor dem Marsch auf Rom Giolitti, nicht Mussolini! In Deutschland spielte von Papen lange Zeit eine ähnliche Rolle.²⁶ Erst in letzter Minute reihten sich jeweils grössere Teile der Industriellen in die Front der Faschistenfreunde ein. Hitlers späte Unterredung mit Papen im Hause des Bankiers von Schröder am 4. Januar 1933 ist hierfür ebenso symptomatisch wie es die Mailänder Kontakte der Confindustria mit Mussolini sind, die am 28. Oktober 1922 erst post festum zustande kamen.²⁷

Mittlerweile ist dagegen bekannt, dass die Grossagrarier als Partner sowohl Mussolinis wie Hitlers eine weit bedeutendere Rolle gespielt haben als die Industriellen. Sie forderten in Italien den Faschismus als eine Art präventiver Konterrevolution.²⁸ In Deutschland hätte das Misstrauen Hindenburgs gegenüber Hitler ohne die Mithilfe ostelbischer Grossgrundbesitzer nicht abgebaut werden können. Diese übten damit in dem Industriestaat Deutschland in einer historisch entscheidenden Situation einen überproportional grossen Einfluss aus. Ohne die Hilfestellung der Grossagrarier wäre Hitlers Machtergreifung nicht möglich gewesen.²⁹

Neben den Agrariern muss zweifellos das hohe Offizierskorps als wichtigster Bündnispartner des Faschismus genannt werden. Die Vereinbarungen, die Mussolini und Hitler jeweils mit der militärischen Führung ihres Landes getroffen haben, ähnelten sich in bemerkenswerter Weise. Während das Militär im neuen Regime jeweils seine politische Loyalität zusagte, sicherte es sich selbst die innere Autonomie. Hitler fand dafür die griffige Formel von den zwei «Säulen» des neuen Staates: NSDAP und Wehrmacht.³⁰

Zumindest für Italien muss weiterhin die hohe und mittlere Beamtenschaft als ein wichtiger Sympathieträger des Faschismus genannt werden. Das Einverständnis mit dem Faschismus reichte hier bis weit in die Polizei hinein, ein wichtiger Grund für die Schwäche des Staates gegenüber der revolutionären Bürgerkriegsoffensive der Faschisten.³¹ In Deutschland war es für Hitler nach dem 30. Januar 1933 von Bedeutung, dass er mit der traditionellen Staatsloyalität der Beamtenschaft rechnen konnte. Die Verfügungsmacht über die Polizei sicherte er sich mit Hilfe Görings in schnellem Zugriff.³² Bis zu Papens Staatsstreich in Preussen am 20. Juli 1932 war aber gerade die preussische Polizei ein antifaschistisches Bollwerk, ein Grund dafür, weshalb sich Hitler bei seiner Machtergreifung so sehr viel schwerer tat als Mussolini.³³ Schliesslich waren die konservativen und liberalen Parteien des Bürgertums sowohl in Italien wie in Deutschland bereit, es mit dem

Faschismus zu versuchen. Die eigene Unfähigkeit, sich auf die Bedingungen der Massendemokratie umzustellen, liess sie nach einem Partner Ausschau halten, der mit den Sozialisten und Kommunisten mithalten konnte. Dies war der Faschismus.

In Italien etwas schneller, in Deutschland etwas langsamer formierte sich nach 1918 ein politisches Zweckbündnis, das jeden politischen Interessenausgleich rigoros ablehnte und den durch den Ersten Weltkrieg bewirkten sozialen Wandel nicht akzeptierte. Es trat in Italien erstmals 1921 in den «Blocci Nazionali», in Deutschland erstmals 1931 in der «Harzburger Front» in Erscheinung, um dann wenige Jahre später jeweils zur gemeinsamen Machtübernahme zu führen.³⁴ Der Herrschaftskompromiss des heterogenen Machtkartells, das in Italien 1922 und in Deutschland 1933 die Regierung übernahm, beruhte auf einer dreifachen Grundlage:

Erstens war man sich darin einig, dass die aussenpolitischen Entscheidungen von 1919 revidiert werden müssten. In Italien ging es um Gebietsgewinne in der Adria und um neue Kolonien. In Deutschland ging es um eine Revision der Ostgrenzen. Während die nationalkonservativen Partner der Allianz aber nicht über die traditionellen aussenpolitischen Vorstellungen der Vorkriegs- und Kriegszeit hinausgingen, hatte zumindest Hitler, aber teilweise auch Mussolini in der Aussenpolitik qualitativ andere Vorstellungen. Nur in der Anfangszeit des Regimes stimmten beide Seiten daher in der Aussenpolitik voll überein.³⁵

Zweitens war man sich darin einig, dass der seit 1918/19 voll sichtbare Demokratisierungsprozess angehalten werden müsste. Die traditionellen Eliten hatten dabei die Wiederherstellung der oligarchischen bzw. obrigkeitstaatlichen Verfassungsordnung der Vorkriegszeit im Auge. Faschisten und Nationalsozialisten schwebte eine neue Form der Diktatur vor, wobei nur offen war, ob diese als Partei- oder als Führerdiktatur konzipiert werden sollte.³⁶

Drittens strebte man eine Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Sinne eines «Organisierten Kapitalismus» an.³⁷ Wichtigstes Element dieser Wirtschaftspolitik war die staatliche Regulierung von Arbeitskonflikten, wie sie in Italien im sogenannten «Patto Vidoni» von 1925 vorgesehen wurde.³⁸ Voraussetzung dafür war die Ausschaltung der freien Gewerkschaften. Ausserdem strebte man für die Industrie eine staatliche Schutz- und Subventionspolitik an. Auch hier deckten sich die Ziele von Nationalkonservativen und Faschisten aber nur zum Teil. Wo die ersteren staatlichen Schutz erstrebten, ging es den letzteren um staatliche Aufsicht.

In allen diesen Fällen, und es liessen sich weitere finden, enthielt das Bündnis der ungleichen Partner also den Keim zum Konflikt. Ziel beider Seiten war es auch von Anfang an, sich der anderen nur zu bedienen. Die konservativen und liberalen Gruppen in Italien glaubten, den Faschismus durch die Aufnahme in die Regierung legalisieren und dadurch seine revolutionäre Dynamik aufheben zu können.³⁹ Von antifaschistisch orientierten

Kritikern wurden sie deshalb treffend als «fiancheggiatori» bezeichnet, d.h. als diejenigen, die dem Faschismus politischen Flankenschutz gaben.⁴⁰ Die Nationalkonservativen in Deutschland vertrauten darauf, dass sie Hitler «einrahmen» konnten.⁴¹ Hitler andererseits war von Anfang an entschlossen, seine restaurativen Helfer zu entmachten. Auch Mussolini wäre diesen Weg gegangen, wenn er nur gekonnt hätte.

IV

Nach der Machtergreifung lief sowohl das faschistische Regime in Italien wie das nationalsozialistische Regime in Deutschland auf eine Führerdiktatur hinaus, in der anfangs sowohl Mussolini wie Hitler ihre persönliche Machtstellung ihrer besonderen Mittlerfunktion verdankten. Sie allein waren bei ihrer Machtübernahme jeweils in der Lage, die ungleichen Partner ihres Machtkartells zusammenzuhalten. Mit Hilfe ihrer Bewegungen hielten sie die traditionellen Machteliten in Schach, diese wiederum benutzten sie, um sich der Umklammerung durch ihre Bewegungen zu entziehen. Das daraus hervorgegangene Diktatorsystem des «Doppelstaates» kann durchaus als das genuin faschistische Herrschaftsmuster angesehen werden.⁴² Weder Mussolini noch Hitler konnten daran interessiert sein, dass ihre Vermittlungsdiktatur in eine reine Parteidiktatur einmündete. Ebenso wenig konnte ihnen an einer Rückbindung in ein autoritäres Regime präsidentialen bzw. monarchischen Zuschnitts liegen. Langfristig liess sich ihre persönliche Machtstellung nur durch ein Diktatorsystem sichern, das ihre zentrale Führerstellung nach beiden Seiten hin unangreifbar machte. Der totalitäre Führerstaat war insofern die ultima ratio der Machtbehauptung Hitlers und Mussolinis.

Ob die beiden faschistischen Diktatoren jedoch ein solches monokratisches Herrschaftssystem durchgesetzt, ja ob sie dies überhaupt bewusst angestrebt haben, ist freilich umstritten. Im deutschen Fall zeigt sich, nach Jahrzehnten intensiver Forschung, dass die Vorstellung monolithischer Führerherrschaft mit der historischen Realität einer geradezu pluralistischen Ämterkonkurrenz in Einklang gebracht werden muss.⁴³ Viel spricht deshalb für die von Hans Mommsen erhobene Forderung, von der Vorstellung eines omnipotenten Führerwillens überhaupt abzusehen und den Improvisationscharakter von Hitlers Diktatur stärker zu beachten.⁴⁴ An der Interpretation des «Dritten Reiches» als eines totalitären Regimes brauchte sich dadurch nichts zu ändern. Jedenfalls ist nicht einzusehen, weshalb sich der totalitäre Charakter des NS-Regimes ausschliesslich aus der Omnipotenz und Planmässigkeit von Hitlers Handeln ergeben haben sollte. Für die faschistische Spielart des Totalitarismus ist vielmehr gerade ein strukturbedingter Konkurrenzkampf auseinanderstrebender Kräfte charakteristisch, in den Hitler

nur insoweit steuernd eingriff, als davon seine oberste Führerstellung unmittelbar berührt war.

Dies gilt auch für Italien. Mussolinis Staat wird in der modernen Totalitarismusforschung in der Regel nicht als totalitäres Regime angesehen.⁴⁵ Und dieser Befund wird auch meist als Beleg dafür angeführt, dass zwischen dem Deutschland Hitlers und dem Italien Mussolinis letzten Endes ein qualitativer Unterschied bestanden habe: Auf der einen Seite ein dem Russland Stalins wesens verwandtes totalitäres Regime, auf der anderen Seite ein eher autoritärer, mit dem Spanien Francos vergleichbarer Führerstaat.⁴⁶ Solange jedoch das Beweisverfahren gerade erst aufgenommen worden ist, scheint mir dies ein vorschnelles Urteil zu sein. Auch ist es problematisch, das Regime Mussolinis seit 1936 als «totalitario», aber nicht als «totalitär» zu bezeichnen, wie das der bedeutende Mussolini-Biograph Renzo De Felice neuerdings vorgeschlagen hat.⁴⁷ Hinter diesem Spiel mit Worten steht die These, dass Mussolini in voller Erkenntnis seiner begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten mit der Vorstellung eines «regime totalitario» von vornherein eine sehr viel gemässigtere Diktatur gemeint, als dies den Nationalsozialisten mit ihrem «totalen Staat» vorgeschwebt habe. De Felice glaubt, dass sich das faschistische Regime in Italien deshalb qualitativ von dem des Nationalsozialismus und dem des Stalinismus unterschieden habe. Ich bin demgegenüber der Auffassung, dass zwischen italienischem und deutschem Faschismus nur ein gradueller, kein grundsätzlicher Unterschied bestand. Auch Mussolinis faschistische Staatsgründung war ihrer Tendenz nach durchaus totalitär. Dafür spricht allein schon die Tatsache, dass Mussolini, wie Jens Petersen in einer begriffsgeschichtlichen Untersuchung überzeugend nachgewiesen hat, den Begriff des «Totalitären» nach dem zweiten Staatsstreich vom 3. Januar 1925 von seinen antifaschistischen Kritikern übernahm.⁴⁸ Mit der Berufung auf seinen «unerbittlichen totalitären Willen» bestätigte er uneingeschränkt den Vorwurf seiner Gegner, nicht bloss eine Einschränkung, sondern die radikale Vernichtung des liberaldemokratischen Systems anzustreben.⁴⁹ Es ist ihm nur nicht gelungen, dieses Vorhaben zu verwirklichen, jedenfalls nicht in vollem Umfang. Der «Duce» blieb Diktator «in einem Regime, dem es nicht gelang, ein totalitäres zu werden».⁵⁰ Man könnte deshalb auch sagen, dass der italienische Faschismus ein unvollendetes totalitäres Regime darstellte.⁵¹

Die Umwandlung der ursprünglichen, sowohl in Italien wie in Deutschland eingerichteten faschistischen Vermittlungsdiktatur in ein totalitäres faschistisches Regime vollzog sich in drei Stufen. In einer ersten ging es um die Beseitigung aller demokratischen Institutionen und die Ausschaltung und Verfolgung der Gegner des Faschismus. Die zweite Stufe bestand in der Disziplinierung der eigenen Bewegung und dem Verzicht auf die «zweite Welle» der Revolution. Der dritte und letzte Schritt war getan, wenn es dem Diktator gelang, auch die konservativen Bündnispartner zu entmachten.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass Hitler nacheinander auf allen

drei Stufen erfolgreich gewesen ist. Karl-Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz haben diesen Prozess der sukzessiven Gleichschaltung in ihrem gemeinsam Buch über «Die nationalsozialistische Machtergreifung» erstmals 1960 beschrieben.⁵² Ihre heute klassische Darstellung ist für das NS-Regime immer noch massgeblich. Ich erinnere nur daran, dass in der ersten Phase der NS-Herrschaft die demokratischen Parteien und Gewerkschaften mit Hilfe einer Serie von Ausnahmegesetzen aufgelöst wurden und die NSDAP zur Einheitspartei erklärt wurde. Parallel dazu erfolgte die Aufhebung der Presse- und Meinungsfreiheit, die durch ein staatliches Zensursystem ersetzt wurde. Eine Welle von Berufsverboten verdrängte Angehörige demokratischer Parteien und vor allem jüdische Bürger aus staatlichen und nichtstaatlichen Berufspositionen. Die Aufhebung des Rechtsstaates gipfelte im Aufbau einer terroristischen Geheimpolizei, einer Willkürjustiz und eines Systems von Konzentrationslagern, in die politische Gegner zu Tausenden eingesperrt und zu Tode gequält wurden. Zum primären Gleichschaltungsprozess gehörte schliesslich die Eroberung der kommunalen Ämter, die Aufhebung der Selbständigkeit der Länder und die Etablierung des «totalitären Massnahmestaates» auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.⁵³

Da Mussolinis Diktatur nicht die letzte totalitäre Stufe erreichte, wird oft übersehen, dass das faschistische Italien, wenn auch mit einigen charakteristischen Abweichungen, auf der ersten Stufe ebenfalls weitgehend gleichgeschaltet wurde.⁵⁴ So wurden nach dem Staatsstreich Mussolinis vom 3. Januar 1925 die Provinzialverwaltungen dem alleinigen Zugriff der Präfekten ausgeliefert; in den Kommunalverwaltungen, in denen schon zuvor teils gewaltsam, teils durch gelenkte Wahlen faschistische Mehrheiten hergestellt worden waren, wurde mit der Ersetzung der gewählten Bürgermeister durch die «Podestä» das politische Führerprinzip durchgesetzt.⁵⁵ Dass alle politischen Parteien und Gewerkschaften verboten und der PNF zur Einheitspartei gemacht wurde, versteht sich von selbst.⁵⁶ Das gleiche gilt für die Aufhebung der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Das Parlament wurde ebenso wie in Deutschland zwar nicht sofort ausdrücklich beseitigt, jedoch zu einem reinen Akklamationsorgan herabgewürdigt.⁵⁷ Sehr viel langsamer als in Deutschland und letzten Endes nie vollständig kam die Faschisierung der hohen Bürokratie in Gang. So fielen z.B. bis 1929 fast alle Präfekten (nämlich 86 von 90) den politischen Säuberungen zum Opfer, sie wurden jedoch zunächst überwiegend durch parteilose Karrierebeamte, nicht durch faschistische Parteimitglieder ersetzt.⁵⁸ Erst in den dreissiger Jahren sah es dann anders aus. Im März 1935 gab beispielsweise der Staatssekretär im Innenministerium bekannt, dass von 7328 Podestä nur noch vier nicht in der faschistischen Partei eingeschrieben seien.⁵⁹ Die seit 1932/33 für neu eintretende Beamte vorgeschriebene Parteimitgliedschaft wurde 1940 auch auf bisher noch parteilose höhere und mittlere Beamte ausgedehnt, die befördert werden wollten. Einen vollständigen Parteizwang

gab es für die Bürokratie aber nie, übrigens auch nicht im nationalsozialistischen Deutschland.⁶⁰ Daran zeigt sich beispielhaft, dass die konservativen Regimepartner Mussolinis ihren Einfluss aufrechterhalten konnten.

Auch das faschistische Italien war dessen ungeachtet ein Polizeistaat. Mussolini setzte zwar in noch stärkerem Masse als Hitler auf Massenkonsens,⁶¹ aber das Pendant dieser Konsens-Strategie war auch für ihn die Repression. Er suchte den Konsens, aber er sagte schon am 7. März 1923: «Wenn der Konsens fehlen sollte, dann gibt es die Gewalt.»⁶² Und dies war, wie sich seit 1925 herausstellen sollte, keineswegs blosser Rhetorik.

Das Unterdrückungssystem Mussolinis war zwar insgesamt bei Weitem nicht so effizient wie das Hitlers; aber auch Mussolini bediente sich seiner Terrorinstrumente. Noch 1937 wurden beispielsweise die antifaschistischen Emigranten Nello und Carlo Rosselli in Frankreich von faschistischen Schergen ermordet.⁶³ Die politische Geheimpolizei (OVRA), deren erster Chef, Arturo Bocchini, durchaus die organisatorischen Fähigkeiten, wenn auch nicht den zerstörerischen Machtdrang eines Himmler hatte, war im faschistischen Italien durchaus allgegenwärtig.⁶⁴ Mit der Einführung des «Tribunale speciale per la difesa dello stato» wurde Ende 1926 eine politische Sondergerichtsbarkeit geschaffen, durch die bis zu Mussolinis Sturz am 25. Juli 1943 insgesamt 4596 politische Gegner verurteilt wurden, nur ganz wenige allerdings zum Tode.⁶⁵ Im eigenen Land führte das faschistische Regime statt der Konzentrationslager für politische Gegner das zwar im Ganzen viel mildere, in der Einzelwirkung aber nur zu oft grausame Mittel des «Confino», der polizeilich verordneten Verbannung (meist auf isolierte Mittelmeerinseln) ein.⁶⁶ Im 1939 besetzten Albanien und während des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien bedienten sich die italienischen Faschisten auch des Konzentrationslagers als eines politischen Unterdrückungsmittels.⁶⁷

Der italienische Faschismus war zwar schliesslich in seinem Ursprung nicht antisemitisch orientiert, aber doch in jedem Falle rassistisch.⁶⁸ Wie für jeden Faschismus war auch und gerade für den italienischen ein durchaus sozialdarwinistisch begründeter Rassismus typisch.⁶⁹ Dies zeigte sich schon in aller Härte bei der Repressions- und Befriedungspolitik des Regimes in den nordafrikanischen Kolonien Tripolitanien und Cyrenaika zwischen 1929 und 1931. Von einer etwa 200'000 Personen umfassenden Nomadenbevölkerung sind hierbei etwa 40'000-60'000 bei der zwangsweisen Zusammenführung in Lagern umgekommen. Ihre auf Viehzucht beruhende wirtschaftliche Existenzgrundlage wurde nahezu vernichtet. In begrenztem Umfang sind an ihnen auch Sterilisierungen durchgeführt worden.⁷⁰ Kritische italienische Historiker stehen deshalb nicht an, in diesem Zusammenhang von Genozid zu sprechen.⁷¹

In Abessinien versuchten die Faschisten nach der blutigen Eroberung des Landes ein regelrechtes Apartheid-System einzuführen.⁷² Gravierender noch ist, dass offensichtlich versucht wurde, die amharische Führungs-

schicht möglichst auszurotten. Allein nach dem Attentat auf den Militärgouverneur Graziani sind etwa 3'000 Menschen umgebracht worden.⁷³ Es passt dazu, dass Mussolini sowohl in Libyen wie in Abessinien die Vergasung ganzer Dörfer betreiben liess und dass er im spanischen Bürgerkrieg die Erschiessung sämtlicher antifaschistischer Kriegsgefangener anordnete, da «Tote nicht mehr reden können».⁷⁴

Wir wissen heute, dass die den «Nürnberger Gesetzen» von 1935 vergleichbare antisemitische Rassengesetzgebung von 1938 nicht auf direkte deutsche Einwirkung hin zustandekam, sondern dem eigenen Willen des faschistischen Diktators entsprang.⁷⁵ Das antisemitische Wendemanöver sollte in erster Linie der Annäherung an den Achsenpartner Deutschland dienen, die innerfaschistischen Gegner dieser Politik zum Schweigen bringen und dem Regime zu einer neuen Dynamik verhelfen.⁷⁶ Dass Mussolini den an sich in Italien wenig verwurzelten Antisemitismus jedoch überhaupt politisch instrumentalisieren konnte, hing aber zweifellos mit der genuin rassistischen Grundeinstellung des Faschismus zusammen, die in Afrika längst virulent geworden war.⁷⁷

Zu einer organisierten Massenvernichtung der Juden ist es unter dem italienischen Faschismus allerdings nicht gekommen. Die italienischen Juden wurden von den Italienern ins Ghetto zurückverbannt, nicht aber vernichtet. Hierin besteht ein deutlicher Unterschied zwischen dem nur tendenziell totalitären Faschismus in Italien und dem in Deutschland. Er soll nicht verwischt werden. Angesichts der faschistischen Vernichtungspolitik in Afrika sollte deswegen jedoch nicht von Vorneherein auf einen Vergleich des Vernichtungswillens der beiden faschistischen Regime verzichtet werden. Vielmehr ist festzuhalten, dass sich das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis auf der Ebene der Verfolgung ihrer Opfer zwar in der Konsequenz und Unerbittlichkeit der Unterdrückung unterschieden, jedoch im Ansatz ähnlich waren.

Das gleiche gilt für die Stellung und Funktion der beiden faschistischen Einheitsparteien. Sowohl Hitler wie Mussolini hatten vor ihrer Machtergreifung erhebliche Schwierigkeiten mit ihren eigenen Bewegungen. Ich erinnere daran, dass die NSDAP 1925 nach Hitlers Entlassung aus der Haft in Landsberg praktisch neu gegründet werden musste. Noch heftiger war bekanntlich der Machtkampf mit dem sogenannten Strasser-Flügel Ende der zwanziger Jahre, nachdem die Partei zur Massenpartei geworden war.⁷⁸

Mussolini musste 1921 in einer ähnlichen Situation, d.h. nach dem überraschenden Aufstieg des Faschismus zu einer Massenbewegung, mit seinem Rücktritt drohen, um sich in der Partei überhaupt noch durchsetzen zu können. Beim Marsch auf Rom war seine Führerstellung 1922 innerparteilich alles andere als gesichert. Der PNF war bis weit in die zwanziger Jahre hinein durch mangelnde Homogenität, regionale Zersplitterung und durch lokale Führungs rivalitäten gekennzeichnet.⁷⁹

Die Matteotti-Krise trieb Mussolini 1924 nochmals ganz in die Arme der

faschistischen Radikalen, deren Führer Roberto Farinacci er 1925 zum Generalsekretär der Partei machen musste. Farinacci vertrat das Konzept einer elitären Kaderpartei, die die «Avantgarde der Nation» bilden und den faschistischen Staat als «ausgewählte Minderheit» beherrschen sollte.⁸⁰ Nur mit der Rückendeckung der konservativen Machtgruppen konnte Mussolini sich aus der Umklammerung des faschistischen Radikalismus befreien und die Parteidiktatur vermeiden. Mit Hilfe ihm ergebener Parteiführer, vor allem des langjährigen Parteisekretärs Achille Starace, formte er den PNF in den dreissiger Jahren in ein Propaganda- und soziales Wohlfahrtsinstrument um. Die Partei verlor dadurch zwangsläufig einen Grossteil ihrer ursprünglichen Dynamik. Mussolini war daher gezwungen, sie immer wieder durch aktivistische Kampagnen, für die er die Aussenpolitik (Abessinien-Krieg, Spanischer Bürgerkrieg, Kriegseintritt 1940) als besonders geeignet ansah, in Schwung zu bringen, wenn er nicht in einseitige Abhängigkeit von den traditionellen Eliten geraten wollte.⁸¹

Es war für den Faschismus charakteristisch, dass sich die Extremisten besonders in der Parteimiliz sammelten, obwohl Mussolini diese schon 1923 durch die Gründung der zentralen Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale (MVSN) zu verstaatlichen versucht hatte.⁸² Hitler stand nach dem 30. Januar 1933 vor einem ähnlichen Problem. Er konnte sich der militärischen Gegenmacht der Parteimiliz sogar nur durch die gezielte Mordaktion entziehen, durch die im Juli 1934 fast die gesamte SA-Führung liquidiert wurde.⁸³ Hitlers oberste Führerstellung in der NSDAP war seit 1934 ebenso wenig umstritten wie die Mussolinis im PNF seit dem Sturz Farinaccis im Jahre 1926. Wenn die nationalsozialistische Einheitspartei im Staat Hitlers dennoch ein ungleich grösseres Gewicht hatte, als der PNF im Staat Mussolinis, so lag das daran, dass es in Deutschland spätestens seit 1937 keine politischen Widerlager mehr gab. Die fortschreitende Entmachtung der nationalkonservativen Bündnispartner Hitlers führte zur faschistischen Vorherrschaft der Einheitspartei mit allen ihren Untergliederungen.

Auch in Deutschland entstand jedoch nicht eigentlich eine totalitäre Parteidiktatur. Die für den faschistischen Herrschaftstypus charakteristische Sonderstellung des obersten Führers blieb auch im NS-Regime erhalten. Hitler verfügte niemals über einen geschlossenen Parteiapparat, mit dem er seine Diktatur ähnlich hätte steuern können wie Stalin die Sowjetunion mit Hilfe der KPdSU nach den grossen Säuberungen, in den er aber auch selbst eingebunden gewesen wäre. Vielmehr war es bekanntlich für das «Dritte Reich» typisch, dass sich parallel zu der Ausschaltung der nationalkonservativen Allianzpartner ein Prozess der Verselbständigung der Parteiorgane vollzog, der zur Entstehung ständig neuer, miteinander scharf konkurrierender Apparate führte. In diesem strukturbedingten Ämterchaos übte Hitler als oberste Entscheidungsinstanz des Regimes weiterhin eine Vermittlerrolle aus, nur nicht mehr zwischen Konservativen und Nationalsozialisten, sondern innerhalb der nationalsozialistischen Machtgruppen.

Wenn Mussolini demgegenüber bis zu seinem Sturz am 25. Juli 1943 zwischen den traditionellen Eliten und der faschistischen Massenorganisation lavierte, so lag das daran, dass er auf der dritten Stufe des Gleichschaltungsprozesses nicht erfolgreich gewesen ist. Während Hitler nacheinander die Deutschnationalen mit ihrem grossagrarischem Anhang, die Wirtschaftsgruppen, für die Schacht repräsentativ war, die Diplomaten des Auswärtigen Amtes und schliesslich in der sogenannten Blomberg-Fritsch-Krise auch das Heer politisch entmachten konnte, blieb Mussolini auf die nichtfaschistischen Partner, die ihm die politische Machtergreifung 1922 ermöglicht hatten, dauernd angewiesen. Er hatte nicht das Glück, das Hitler nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg zum obersten Befehlshaber des Heeres machte. Er hätte freilich bei einem frühzeitigen Tod König Viktor Emanuels III. dessen monarchisches Amt auch kaum so widerstandslos usurpieren können wie Hitler das des deutschen Staatsoberhauptes. Die italienische Armee blieb monarchistisch. Sie wurde nie voll dem faschistischen Zugriff preisgegeben, was sich etwa darin äusserte, dass der König, nicht Mussolini, über die Besetzung der klassischen militärischen Ressorts des Kriegs- und des Marineministeriums bestimmte. Aus dem gleichen Grunde misslang auch die volle Faschisierung der hohen Bürokratie. Und schliesslich blieb die Katholische Kirche nach den übergrossen Konzessionen, die Mussolini dem Vatikan 1929 in den Lateranverträgen zugestanden hatte, im faschistischen Regime fast als ein Staat im Staate erhalten.⁸⁴ Wie stark Mussolini diese Machtverhältnisse bewusst waren, lässt sich etwa daran ablesen, dass er dem König vom ersten Tage seiner Herrschaft an wöchentlich einmal seine Aufwartung machte. Bezeichnenderweise ist er am 25. Juli 1943 dann auch bei einer dieser Audienzen auf Befehl des Königs verhaftet worden.

V

Das Italien Mussolinis und das Deutschland Hitlers sind die beiden einzigen Diktaturregime der Zwischenkriegszeit, die in vollem Umfang als faschistisch angesehen werden können. Die Wesensverwandtschaft der beiden Regime ergibt sich erstens aus ihrer Entstehungsgeschichte. Deutschland und Italien können gleichermaßen als verspätete Nationen angesehen werden, die neben ihrer Nationsbildung relativ gleichzeitig auch das Problem einer modernen Verfassungsschöpfung und das Problem des Übergangs in das Industriezeitalter zu lösen hatten. Die daraus sich ergebende Strukturkrise konnte in beiden Ländern nicht bewältigt werden. Sie führte in beiden Fällen zur Bildung eines besonderen faschistischen Diktaturtyps.

Zweitens vollzog sich auch der Prozess der Machtergreifung Mussolinis und Hitlers auf ähnliche Weise. Es war die Doppelstrategie von Bürgerkrieg und parlamentarischer Koalitionspolitik, die sowohl Mussolini wie Hitler an die Macht brachte. Hitler ahmte die Strategie Mussolinis bewusst nach, nachdem er den Marsch auf Rom zunächst als reines Bürgerkriegsunternehmen missverstanden hatte und damit am 9. November 1923 gescheitert war. Beide Regime können drittens in ihrem Ursprung als Machtkartelle angesehen werden, in denen Mussolini bzw. Hitler ihre besondere Machtstellung einer Mittlerfunktion zwischen der radikalfaschistischen Bewegung und den kollaborierenden Machteliten verdankten. Beide Regime entwickelten sich aber viertens unterschiedlich fort, nachdem sich Mussolini etwa 1929 und Hitler etwa 1937 endgültig durchgesetzt hatten. Hitler gelang es, seine konservativen Koalitionspartner sukzessive zu entmachten. Das NS-Regime wurde dadurch zu einem eindeutigen totalitären Regime umgeformt, das seinem faschistischen Ursprung aber insofern verpflichtet blieb, als auch Hitler weiterhin eine oberste Vermittlerrolle spielte in einem oft anarchischen System konkurrierender Parteiapparate. Mussolinis Italien behielt dagegen seinen ursprünglichen Charakter weitgehend bei, was jedoch nicht heißen kann, dass es sich damit prinzipiell von Hitlers Deutschland unterschied.

Anmerkungen

¹ Vgl. dazu die Anthologien von Renzo De Felice (Ed.), *11 fascismo e i partiti politici italiani. Testimonianze del 1921-1923*, Bologna 1966; ders., *Il fascismo. Le interpretazioni dei contemporanei e degli storici*, Bari 1970, dt. u. d. T. *Die Deutungen des Faschismus*, Göttingen 1980; Costanzo Casucci (Ed.), *Il fascismo. Antologia di scritti critici*, Bologna 1982; Ernst Nolte, *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967; Gerhard Schulz, *Faschismus-Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972*, Berlin/Wien 1974.

² Einen knappen, aber zuverlässigen Überblick gibt Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt 1972. Vgl. auch A. James Gregor, *Interpretations of Fascism*, Morristown N.J. 1974, und Henry A. Turner (Ed.), *Reappraisals of Fascism*, New York 1976.

³ Zum kommunistischen Faschismusbegriff vgl. aus orthodoxer Sicht: Elfriede Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale*, Berlin 1975; aus kritischer marxistischer Sicht: Gert Schäfer, *Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, Offenbach 1976; Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, München 1973; Claudio Natoli, *La Terza Internazionale e il Fascismo*, Roma 1982; Texte (allerdings nicht immer zuverlässig ediert) bei Theo Pirker (Hg.), *Komintern und Faschismus 1920-1940*, Stuttgart 1965; zur Faschismustheorie häretischer

Kommunisten: Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933, Frankfurt 1973; Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983; zur Faschismustheorie kritischer Marxisten: Michael Wilson, Das Institut für Sozialforschung und seine Faschismusanalysen, Frankfurt 1982. Grundsätzliche, sehr überzeugende Auseinandersetzung mit sämtlichen marxistischen Positionen bei Heinrich August Winkler, Die «neue Linke» und der Faschismus. Zur Kritik marxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: ders., Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 65-117.

⁴ Vgl. dazu Hans Buchheim, Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1962, S. 11-42, und Schulz, Faschismus-Nationalsozialismus, S. 101-146.

⁵ Vgl. Bruno Seidel/Siegfried Jentner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1974; Walter Schlangen, Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976; Karl Dietrich Bracher, Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 33-61.

⁶ Stellvertretend seien hier nur die einschlägigen Veröffentlichungen von Reinhard Kühnl genannt: Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1968; ders. Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus und Faschismus, Reinbek 1971; ders. (Hg.), Texte zur Faschismuskonzeption I, Reinbek 1974; ders. (Hg.), Faschismustheorien. Ein Leitfaden. Texte zur Faschismuskonzeption II, Reinbek 1979; ders. (Hg.), Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Göttingen 1975. Kühnl vertritt in scheinbarer Absetzung von der orthodox-kommunistischen Agententheorie eine funktionalistische Faschismustheorie. Hitler und Mussolini wird von ihm zwar in ihren Regimen eine «relative Autonomie» zugebilligt, die angeblich «objektive Funktion», die sie bei der gewaltsamen Aufrechterhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfüllt hätten, macht sie aber letzten Endes doch wieder unwissentlich zu Handlangern des «grossen Kapitals». Kühnl macht so in seinen Schriften die Aporie sinnfällig, vor der alle neomarxistischen Faschismustheorien stehen. Billigen sie Hitler und Mussolini einen eigenständigen politischen Handlungsspielraum zu, ist ihre Argumentation nicht mehr marxistisch; lassen sie ihnen nur eine relative Handlungsfreiheit, unterscheiden sie sich in ihrer Interpretation allenfalls graduell von der orthodox-marxistischen Position kommunistischer Historiker.

⁷ Vgl. z.B. Gilbert Allardyce, What fascism is not: Thoughts on the deflation of a concept, in: American Historical Review 84 (1979), S. 388: «Full of emotion and empty of real meaning, the word fascism is one of the most abused and abusive in our political vocabulary.» Ähnlich auch Bernd Martin, Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 48-73 (beide jedoch nicht in voller Kenntnis der Forschung über den italienischen Faschismus).

⁸ Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte. Mit einer Betrachtung zum Totalitarismusproblem, Düsseldorf 1978, S. 104. Vgl. auch ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen, S. 33f.; ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1981, S. 122ff, S. 155 ff.

⁹ Vgl. dazu Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München/Wien 1980, S. 45 ff, S. 56 ff. Für eine gleichzeitige Verwendung der Begriffe «Faschismus» und «Totalitarismus» plädiert auch Karl Dietrich Erdmann, Nationalsozialismus-Faschismus-Totalitarismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 27 (1976), S. 457-469, und, allerdings zurückhaltender, Schulz, Faschismus-Nationalsozialismus, S. 147ff.

¹⁰ Vgl. dazu meinen Artikel Faschismus, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. 2, Freiburg/Basel/Wien 1968, bes. Sp. 451-54 und 468-74.

¹¹ Der Begriff «verspätete Nation» wird im Anschluss an Helmuth Plessner, Die verspätete Nation, Stuttgart 1959, verwendet, aber ausdrücklich nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Italien bezogen. Damit folge ich nicht der Kritik von David Blackburn/Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, die das Paradigma vom «deutschen Sonderweg» überhaupt in

Frage stellen. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass sich der nationale Modernisierungsprozess in Deutschland auf eine mit dem in Italien vergleichbare Weise vollzog. Vgl. dazu vor allem Theodor Schieder, Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa, in: *Historische Zeitschrift* 202 (1966), S. 58-81, der die deutsche und die italienische Nationalstaatsgründung einer «zweiten Phase [. . .] der Entstehung von Nationalstaaten aus staatlich getrennten Teilen von Nationen» zurechnet (S. 63), sowie Juan J. Linz, *Political Space as a Late-Comer: Conditions Conducive to the Success or Failure of Fascism as a Mass Movement in Inter-War Europe*, in: Stein Ugelvik Larsen/Bernt Hagtvet/Jan Peter Myklebust (Eds.), *Who were the Fascists? Social Roots of European Fascism*, Bergen/Oslo/Tromsø 1980, S. 153-189. Zu Italien vgl. Maurice F. Neufeld, *Italy: School for Awakening Countries. The Italian Labour Movement in its Political, Social and Economic Setting from 1800 to 1960*, Ithaca N. Y. 1961; Hartmut Ullrich, Bürgertum und nationale Bewegung im Italien des Risorgimento, in: Otto Dann (Hg.), *Nationalismus und sozialer Wandel*, Hamburg 1978, S. 129-156; Wolfgang Schieder, Aspekte des italienischen Imperialismus vor 1914, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *Der moderne Imperialismus*, Stuttgart 1971, S. 140-171. Die italienische Geschichtsforschung hat die Ansätze vergleichender Modernisierungsforschung bisher nur zögernd aufgenommen. Vgl. aber Alberto Caracciolo (Ed.), *La formazione dell' Italia Industriale. Discussioni e ricerche*, Bari 1963; Rosario Romeo, *Problemi storico-sociali del movimento nazionale in Italia*, in: Theodor Schieder/Peter Burian (Hg.), *Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen*, München 1971, S. 39-49; Alberto Aquarone, *Alla ricerca dell' Italia liberale*, Napoli 1972.

¹² Vgl. zur Parallelität der Ausgangssituation in Deutschland und Italien: Ernst Nolte, *Die ' Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968, S. 33-69; Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I*, Princeton 1975, bes. S. 135-193; Juan J. Linz, *Political Space and Fascism*, S. 173-176; ders., *Some Notes toward a Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective*, in: Walter Laqueur (Ed.), *Fascism. A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography*, Berkeley/Los Angeles 1976, S. 33-36.

¹³ Die Parole von der «vittoria mutilata», dem «verstümmelten Sieg», war eine Erfindung D'Annunzios, der damit im *Corriere della Sera* vom 24.10. 1918 seine nationalistische Kampagne begann, die schliesslich zur Besetzung von Fiume durch von ihm geführte Freischaren führte. Vgl. dazu Roberto Vivarelli, *Il Dopoguerra in Italia e l'Avvento del Fascismo (1918-1922)* I: *Dalla fine della guerra all' impresa di Fiume*, Napoli 1967, S. 473ff.; Renzo De Felice, *Mussolini il rivoluzionario 1883-1920*, Torino 1965, S. 528 ff. Allgemein zur Krise des italienischen Nationalismus: Mario Isnenghi, *Il mito della grande guerra da Marinetti a Malaparte*, Roma/Bari 1973; Luisa Mangoni, *L'interventismo della cultura. Intellettuali e riviste del fascismo*, Roma/Bari 1974; Emilio Gentile, *Le origini dell' ideologia fascista (1918-1925)*, Roma/Bari 1975.

¹⁴ Dass die vorübergehenden Interessenbündnisse zwischen organisierter Arbeiterbewegung und dieser traditionell feindlich gegenüberstehenden Gruppierungen nicht nur ein deutsches Phänomen waren, ist bisher kaum beachtet worden. Vgl. zu Deutschland: Wolfgang Sauer, *Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über die Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht*, Diss. phil. FU Berlin 1956, S. 41 ff., sowie Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975, S. 143ff.; zu Italien: Paolo Alatri, Nitti, D'Annunzio e la questione adriatica (1919-1920), Milano 1959, S. 198; Renzo De Felice, *Mussolini il rivoluzionario*, S. 546 ff, S. 599 f. ; Enzo Santarelli, *Storia del movimento e del regime fascista*, Bd. 1, Roma 1967, S. 121 ff, 157ff. ; Vivarelli, *Dopoguerra*, S. 385 ff.

¹⁵ Es ist bisher nicht geklärt, wer die griffige Formel «Republik ohne Republikaner» geprägt hat. Sie wird in der neueren wissenschaftlichen Literatur durchweg ohne Weiteres als bekannt vorausgesetzt. Vgl. z.B. Alfred Milatz, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Bonn 1968, S. 116; Werner Conze, *Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890-1933*, Tübingen/Stuttgart 1964, S. 179 f ; Karl-Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege. 1. Teilband*, Stuttgart 1973, S. 227, oder Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1982, S. 222.

Parlamentswahlen in Deutschland

Parteien	19. 1.1919	6. 6. 1920
KPD	-	4
USPD	22	84
SPD	163	102
Zentrum	91	64
BVP	-	21
DDP	75	39
DVP	19	65
DNVP	44	71
Sonstige	7	9
Summe der Abgeordneten	421	459

Quelle: Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, 2. Teilband, Stuttgart 1976, S. 832

Parlamentswahlen in Italien

Parteien	16.11.1919	15. 5. 1921
Kommunistische Partei (PCI)	-	14
Sozialistische Partei (PSI)	154	123
Katholische Volkspartei (PPI)	99	107
Liberaldemokratische Linke (Radikale, Republikaner, Reformisten)	121	24
Liberaler Mitte (Giolitti, Nitti)	91	142
Liberaler Rechte (Salandra)	38	72
Radikale Rechte (Nationalisten, Faschisten)	-	45
Summe der Abgeordneten	503	527

Quelle: Errechnet nach Paolo Farneti, La Crisi della Democrazia Italiana e l'Avvento del Fascismo 1919-1922, in: Rivista Italiana die Scienze Politiche V (1975), S. 57 und Joseph Baglieri, Italian Fascism and the Crisis of Liberal Hegemony: 1901-1922, in: Larsen, Hagtvvet, Myklebust, Who were the Fascists, S. 321 f., 332 f. Auf Grund der fluktuierenden Organisationsstruktur der liberalen Parteien Italiens sind klare Abgrenzungen nur bedingt möglich.

¹⁷ Vgl. zu Italien: Renzo De Felice, Mussolini il fascista. I. La conquista del potere 1921-1925, Torino 1966, S. 89ff.; Paolo Spriano, Storia del Partito Comunista Italiano. I. Da Bordiga a Gramsci, Torino 1967, S. 78ff.; G. Bosio, La grande paura. Settembre 1920. L'occupazione delle fabbriche nei verbali inediti delle riunioni degli stati generali del movimento operaio, Roma 1970; Carlo Vallauri, L'atteggiamento del governo Giolitti di fronte all'occupazione delle fabbriche, Milano 1974; Gentile, Origini, S. 154ff.; zu Deutschland: Zum Beispiel Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920, Berlin 1967, S. 250ff.; Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973, S. 261 ff.; Karl Dietrich Bracher, Die Krise Europas 1917-1975, Frankfurt/Berlin/Wien 1976, S. 34ff., S. 122ff.

¹⁸ Vgl. dazu den wichtigsten Band von Peter Hertner/Giorgio Mori (Eds.), *La transizione dell' economia di guerra all' economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale*, Bologna 1983.

¹⁹ Vgl. zum folgenden Abschnitt den von mir hg. Sammelband «Faschismus als soziale Bewegung», Göttingen 1983, mit Beiträgen von Michael H. Kater, Heinrich August Winkler und Hans Mommsen zur NSDAP, sowie Jens Petersen, Ernst Nolte und dem Herausgeber zum PNF. Von der NSDAP «als einer ‚Integrationspartei‘ aller sozialen Schichten» spricht unabhängig davon auch Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Berlin/Frankfurt 1975, S. 552. Vgl. ferner neuerdings Michael H. Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945*, Oxford 1983. Eine entsprechende Arbeit zum PNF fehlt. Auf das Organisatorische beschränkte Ansätze jetzt bei Paolo Pombeni, *Demagogia e Tirannide. Uno studio sulla forma-partito del fascismo*, Bologna 1984.

²⁰ Vgl. zu Italien: Giovanni Sabbatucci, *I Combattenti nel Primo Dopoguerra*, Bari 1974; Renzo De Felice, *Sindacalismo rivoluzionario e fiumanesimo nel carteggio De Ambris-D'Annunzio (1919-1922)*, Brescia 1966; Ferdinando Cordova, *Arditi e legionari dannunziani*, Padova 1969; Adrian Lyttelton, *The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929*, London 1973, S. 53 ff. Aus der reichhaltigen Literatur zu den entsprechenden Wehrverbänden in Deutschland ist zu nennen Andreas Werner, *SA und NSDAP. Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933*, Diss. phil. Erlangen/Nürnberg 1964; Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918-1920*, Boppard 1969; Hans-Joachim Mauch, *Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des «Paramilitarismus»*, Frankfurt/Bern 1982; Peter Merkl, *Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis*, Princeton 1975.

²¹ Vgl. zu Deutschland z.B. Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969, S. 202, wo von einer «Doppel-taktik der Legalitätspolitik mit revolutionärem Ziel» die Rede ist, oder Joachim Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt/Berlin/Wien 1973, der auf S. 401 ff. besonders ausführlich die taktischen Motive von Hitlers Legalitätskonzept herausarbeitet. – Goebbels, Göring, aber auch Hitler selbst, haben sich bei zahlreichen Gelegenheiten un verhüllt zu dieser politischen Taktik bekannt. Vgl. z.B. die von ihm beeidigten Zeugenaussagen Hitlers im Ulmer Reichswehrprozess vor dem Reichsgericht vom September 1930 bei Peter Bucher, *Der Reichswehrprozess. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30*, Boppard 1967, S. 268: «Meine Gegner haben nur ein Interesse: die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie sehen, dass sie sich auf vollständig legalem Wege den Staat erobert. Allerdings, sie haben Recht, dass ein legaler Sieg eine vollständige Umwälzung bedeutet. Wir werden einen Staat von Eigenstärke wiederherstellen, das wird die Umwälzung sein.»

Goebbels bemerkte zu diesem Auftritt Hitlers: «Ich halte diesen Eid für einen genialen Schachzug. Was wollen die Brüder danach noch gegen uns machen? Sie haben doch nur darauf gewartet, zupacken zu können. Nun sind wir streng legal, egal legal.» Vgl. auch Görings Äusserung in der Frankfurter Zeitung vom 26.9. 1930: «Wir kämpfen gegen diesen Staat und das gegenwärtige System, weil wir sie restlos vernichten wollen, aber auf legalem Wege.» Beide Zitate nach Fest, *Hitler*, S. 405 f. – Zu Italien vgl. Santarelli, *Storia I*, S. 307, der von einer «doppelgleisigen Taktik» des Faschismus spricht. Auch er kann sich dabei auf öffentliche Erklärungen Mussolinis stützen, z.B. auf dessen letzte Parlamentsrede vor dem Marsch auf Rom am 19.7. 1922: «Der Faschismus wird sein innerstes Problem, ob er eine gesetzmässige Partei (Partito legalitario), d.h. eine Regierungspartei (Partito di governo) oder eine Aufstandsbewegung (Partito insurrezionale) sein will, in Kürze lösen.» Zit. nach Benito Mussolini, *Opera omnia*, Bd. XVIII, Firenze 1956, S. 219. Bekannt ist Mussolinis Regierungserklärung vom 16.11. 1922 in der ersten Parlamentssitzung nach der Machtergreifung: «Ich konnte aus diesem dumpfen und tristen Saal ein Bivak für meine Scharen machen, ich konnte das Parlament schliessen lassen und eine Regierung ausschliesslich aus Faschisten bilden. Ich konnte es tun: Aber ich habe es, wenigstens in dieser ersten Zeit, nicht tun wollen.» Ebd., Bd. XIX, S. 15f.

²² Dokumentation des Forschungsstandes für den 30.1. 1933 in dem Band: *Deutschlands*

Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, Berlin 1983. Über die italienische Diskussion unterrichtet am besten Jens Petersen in seinem Nachwort zu Renzo De Felice, *Der Faschismus*. Ein Interview von Michael A. Ledeen, Stuttgart 1977, S. 114-144. Vgl. ferner den aus einem Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte hervorgegangenen Band: *Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen*, München/Wien 1983, mit Beiträgen von Jens Petersen, Sergio Romano, Roberto Vivarelli, Adrian Lyttelton und dem Autor dieses Beitrages.

²³ Einen repräsentativen Überblick über diese vor allem von der DDR-Forschung vertretenen Auffassung bei Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweber (Hg.), *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*, Köln 1980. Vgl. auch Kurt Gossweber, *Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924*, Köln 1982. Zu Italien vgl. die überzeugende Kritik von Jens Petersen, *Faschismus und Industrie in Italien 1919-1929*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 7 (1976), S. 133-189.

²⁴ Piero Melograni, *Gli Industriali e Mussolini. Rapporti tra confindustria e fascismo dal 1919 al 1929*, Milano 1980; Renzo De Felice, *Primi elementi sul finanziamento del fascismo dalle origini al 1924*, in: *Rivista Storica del Socialismo* 7 (1964), S. 223-251; Henry A. Turner, *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1980; Horst Matzerath/Henry A. Turner, *Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977), S. 59-92; Reinhard Neebe, *Grossindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933*. Paul Silverberg und der Reichsverband der deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

²⁵ So im Grunde Dirk Stegmann, *Zum Verhältnis von Grossindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933*. Ein Beitrag zur Geschichte der sogenannten Machtergreifung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 13 (1973), S. 399-482. Vgl. auch Eike Hennig, *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland*. Ein Forschungsbericht, Frankfurt 1977, bes. S. 257 ff, sowie vor allem die abgewogene Beurteilung des Gesamtproblems durch Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München/Wien 1984, S. 121 ff. – Zu Italien vgl. vor allem Lyttelton, *Seizure*, S. 207 ff, der herausarbeitet, dass die führenden Industriellen Italiens nicht auf die faschistische Bewegung, sondern auf Mussolini persönlich setzten. Ähnlich auch Valerio Castronovo, *Il potere economico e il fascismo*, in: Guido Quazza (Ed.), *Fascismo e società italiana*, Torino 1973, S. 45-88.

²⁶ Vgl. zu Giolitti: Antonino Rèpaci, *La marcia su Roma*, Milano 1972, S. 750 ff; Melograni, *Confindustria*, S. 33 f; De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 304ff., S. 327ff.; zu v. Papen: *Grundlegend schon Bracher, Auflösung*, S. 686 ff.; ders., *Die deutsche Diktatur*, S. 218 ff.; Turner, *Faschismus und Kapitalismus*, S. 145 ff, sowie zuletzt vor allem Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus*, S. 738 ff, und Gerald D. Feldman, *Die Mittelschichten in der Krise der Weimarer Republik 1930-1933*, in: Karl Holl (Hg.), *Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation*, Göttingen 1978, S. 119.

²⁷ Vgl. Axel Kuhn, *Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Hause des Baron von Schröder*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 24 (1973), S. 709-718. De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 327ff, S. 373f.

²⁸ Die Formel von der «Contro-Rivoluzione Preventiva» wurde von dem Anarchisten Luigi Fabbri, *La contro-rivoluzione preventiva*, Bologna 1922, geprägt. Angelo Tasca, *Nascita e avvento del fascismo. L'Italia dal 1918 al 1922*, Bd. I, Firenze 1965, S. 143ff., fasste darunter präziser den Aufstieg des Agrarfaschismus in Norditalien zusammen. Zur Sache vgl. auch De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 3ff; Lyttelton, *Seizure*, S. 54ff. Als Beispiele regionaler Untersuchungen für die Verschränkung agrarischer und faschistischer Interessen seien genannt: Simona Colarizi, *Dopoguerra e fascismo in Puglia (1919-1926)*, Bari 1971, S. 39ff; Paul R. Corner, *Il Fascismo a Ferrara 1915-1925*, Roma/Bari 1974, S. 119ff; Francesco Piva, *Lotte contadini e origini del fascismo. Padova-Venezia: 1919-1922*, Venezia 1977, S. 185 ff.; Anthony L. Cardozo, *Agrarian elites and Italian Fascism. The Province of Bologna 1901-1926*, Princeton 1982.

²⁹ Vgl. dazu Dieter Gessner, *Agrarverbände in der Weimarer Republik*. Ökonomische und

soziale Voraussetzungen der gouvernementalen und oppositionellen Politik der Agrarkonservativen bis 1933, Düsseldorf 1976, S. 219ff.; ders., Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 179ff.

³⁰ Vgl. dazu die grundlegenden Arbeiten von Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969, und von Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940*, Stuttgart 1969. Zu den allerdings weniger erforschten Zusammenhängen in Italien vgl. Giorgio Rochat, *Il ruolo delle forze armate nel regime fascista: conclusioni provvisorie e ipotesi di lavoro*, in: *Rivista di storia contemporanea* 1 (1972), S. 188-199; ders., *L'esercito e il fascismo*, in: Quazza (Ed.), *Fascismo* S. 89-123; ders., *Mussolini e le forze armate*, in: Alberto Aquarone/Maurizio Vernassa (Ed.), *Il regime fascista*, Bologna 1974, S. 113-139; De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 323ff.

³¹ Vgl. dazu Danilo Veneruso, *La vigilia del fascismo. Il primo ministero Facta nella crisi dello stato liberale in Italia*, Bologna 1968, S. 319 ff.

³² Vgl. Wolfgang Runge, *Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preussen zwischen 1918 und 1933*, Stuttgart 1965, S. 237ff.; Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1966, S. 13ff.

³³ Vgl. dazu zuletzt Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preussen? Preussen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932*, Bonn 1975, und Christoph Graf, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches*, Berlin 1983 (mit einer allerdings problematischen Kontinuitätsthese).

³⁴ Vgl. zu den *Blocchi Nazionali*: Tasca, *Nascita e avvento I*, S. 192 ff.; De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 78 ff.; Santarelli, *Storia I*, S. 235 ff.; zur Harzburger Front: John A. Leopold, *Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic*, New Haven/London 1977, S. 97ff.; Volker Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935*, Düsseldorf 1966, S. 179 ff. Dass Mussolinis Eintritt in die von Giolitti organisierten *Blocchi Nazionali* Hitler zu dem Bündnis mit Hugenberg's DNVP und dem Stahlhelm bewog, hat er selbst bestätigt. Vgl. dazu zuletzt Fest, *Hitler*, S. 420. Es spricht sogar vieles dafür, dass Hitler diesen taktischen Schritt auf Empfehlung von Mussolinis Berliner Mittelsmann Giuseppe Renzetti getan hat. Vgl. dazu vorläufig Renzo De Felice, *Mussolini e Hitler. I Rapporti Secreti 1922-1933*, Firenze 1975, S. 211 ff, und Klaus Peter Hoepke, *Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten*, Düsseldorf 1968, S. 306 ff. Eine genauere Darstellung der wichtigen Vermittlerrolle Renzettis bereite ich vor.

³⁵ Vgl. hierzu vor allem die vergleichende Studie von MacGregor Knox, *Conquest, Foreign and Domestic*, in: *Fascist Italy and Nazi Germany*, in: *Journal of Modern History* 58 (1984), S. 1-57. Vgl. zu Deutschland: Wolfgang Michalka, *Die nationalsozialistische Aussenpolitik im Zeichen eines «Konzeptionen-Pluralismus»*. Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976, S. 46-62; ders., *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1930-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980; Klaus Hildebrand, *Innenpolitische Antriebskräfte der nationalsozialistischen Aussenpolitik*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, Darmstadt 1978, S. 175-197. Demnächst (München 1985) dazu bes. Alfred Kube, *Zweiter Mann des «Dritten Reiches»*. Hermann Görings Rolle in der deutschen Aussen- und Wirtschaftspolitik von 1933-1939, Diss. phil. Trier 1983. Vgl. zu Italien: Jens Petersen, *Die Aussenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974), S. 417-457; ders., *Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Aussenpolitik des faschistischen Italien*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 54 (1974), S. 428-471.

³⁶ Für Italien vgl. dazu meinen Beitrag: *Der Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung*, in: Schieder, *Faschismus als soziale Bewegung*,

S. 69-96. Vgl. ferner bes. Alberto Aquarone, *L'Organizzazione dello stato totalitario*, Torino 1965, S. 290ff. Beste Darstellungen für den Nationalsozialismus: Wolfgang Horn, *Führerideologie und Parteioorganisation in der NSDAP (1919-1933)*, Düsseldorf 1972, und Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner Staatsverwaltung 1933-1945*, München 1969, sowie generell Schulz, *Nationalsozialismus*, bes. S. 604ff. und S. 720ff.

³⁷ Zu diesem nicht unumstrittenen Begriff ist grundlegend der Sammelband von Heinrich August Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974. Vgl. dazu und zum Folgenden ferner Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964; Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936*, Köln 1977. Zu Italien: Mario Abrate, *La lotta sindacale nella industrializzazione in Italia 1906-1926*, Milano 1967; Karin Priester, *Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen*, Köln 1972; P. Profumieri, *Capital and Labour in Italy 1929-1940. An Economic Interpretation*, in: *The Journal of European Economic History* 1 (1972), S. 681-696; Enzo Santarelli, *Dittatura e razionalizzazione economica*, in: ders., *Fascismo e Neofascismo*, Roma 1974, S. 191 f.

³⁸ Durch das im römischen Palazzo Vidoni am 2.10.1925 abgeschlossene Abkommen erkannten sich der italienische Industriellenverband (*Confederazione generale dell' industria italiana*) und die faschistischen Gewerkschaften (*Confederazione delle corporazioni fasciste*) gegenseitig als ausschliessliche Arbeits- und Tarifpartner an. Vgl. dazu vor allem Aquarone, *Stato totalitario*, S. 111 ff.

³⁹ Vgl. z.B. Répaci, Marcia, S. 808f, der ein Telegramm Königs Viktor Emanuels III. an den letzten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Facta vom 26. Oktober 1922 publiziert, in dem Mussolinis angebliche Bereitschaft, in das Kabinett einzutreten als «eine günstige Gelegenheit zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten» bezeichnet wird; denn das «einzige wirksame Mittel, gefährliche Erschütterungen zu vermeiden», bestehe darin, «den Faschismus auf legalem Weg in die Regierung aufzunehmen». Vgl. auch De Felice, *Mussolini il fascista I*, S. 41, der davon spricht, dass Giolitti und seine Anhänger glaubten, «den Faschismus erziehen zu können».

⁴⁰ Der Begriff wurde wahrscheinlich 1924/25 von Guido Dorso geprägt. Vgl. Guido Dorso, *La Rivoluzione Meridionale*, Roma 1945, S. 109ff: «La manovra fiancheggiatrice». S. 150: «Il distacco dei fiancheggiatori.» Er ist heute in der italienischen Faschismusforschung allgemein gebräuchlich.

⁴¹ Das bekannte Wort Hugenbergs «Wir rahmen also Hitler ein» wird von Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel 1949, S. 38f, überliefert. Die ähnliche Äusserung Hugenbergs, «den verunglückten österreichischen Maler an die Leine zu nehmen», bei Hans Otto Meissner/Harry Wilde, *Die Machtergreifung*, Stuttgart 1958, S. 294. Bekannt ist auch v. Papens auftrumpfende Erklärung gegenüber einem Skeptiker seines Hitlerkurses: «Sie irren, wir haben ihn uns engagiert.» Vgl. Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, *Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts*, Tübingen/Stuttgart 1951, S. 147. Ähnlich äusserte sich v. Papen auch gegenüber Ewald v. Kleist: «Was wollen Sie denn? Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.» Vgl. Ewald v. Kleist-Schmenzin, *Die letzte Möglichkeit*, in: *Politische Studien* 10 (1959), S. 92.

⁴² Der Begriff «Doppelstaat» nach Ernst Fraenkel, *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941; dt. u. d. T. *der Doppelstaat*, Frankfurt/Köln 1974, der ihn freilich etwas anders definierte.

⁴³ An diesem unübersehbaren Widerspruch setzte die grundsätzliche Kritik von Hans Mommsen und Martin Broszat an einer allzu eindimensionalen Interpretation des «Dritten Reiches» an. Vgl. Hans Mommsen, *Nationalsozialismus*, in: *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft IV*, Freiburg 1971, Sp. 700ff., und Martin Broszat, *der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969, S. 423ff. Karl Dietrich Bracher räumte in Auseinandersetzung damit ein, dass «Widersprüche und Ambivalenzen im Verhältnis von monolithischer und dualistischer oder polykratischer Herrschaftsform wie in

der Verfolgung der Endziele zum NS-System selbst» gehörten. Er beharrt allerdings weiterhin entschieden darauf, dass dies nichts an der totalitären Omnipotenz der Führerdiktatur ändere. Vgl. Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, S. 65. Übereinstimmung besteht insofern nur über den historischen Tatbestand, nicht aber darüber, wie dieser zu bewerten ist.

⁴⁴ Vgl. dazu zuletzt den Beitrag von Hans Mommsen, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.) *Der «Führerstaat»: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 43-72. Die Gegenposition wird im gleichen Band S. 73-97 von Klaus Hildebrand, *Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich*, vertreten.

⁴⁵ Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/Berlin/Wien 1975 Bd. II, S. 207 ff, Bd. III, S. 33 ff; Dante L. Germino, *The Italian Fascist Party in Power. A Study in Totalitarian Rule*, Minneapolis 1959, S. 124ff. ; Domenico Fisichella, *Analisi del totalitarismo*, Messina/Firenze 1976, S. 225 ff.

⁴⁶ Diese Interpretation findet sich beispielsweise bei Charles F. Delzell (Ed.), *Mediterranean Fascism 1919-1945*, New York/Evanston/London 1970; Gino Germani, *Political Socialization of Youth in Fascist Regimes: Italy and Spain*, in: Samuel P. Huntington, Clement Moore (Ed.), *Authoritarian Politics in Modern Society. The Dynamics of Established One-Party Systems*, New York 1970, S. 339-379, und im Grunde auch bei Renzo De Felice, *Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen*, Stuttgart 1975, S. 85 ff.

⁴⁷ Renzo De Felice, *Mussolini il duce. II: Lo stato totalitario. 1936-1940*, Torino 1981, S. 9. Vgl. auch ders., *Faschismus*, S. 106ff.

⁴⁸ Jens Petersen, *Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien*, in: Manfred Funke (Hg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 105-128. Vgl. auch Helmut Goetz, *Totalitarismus. Ein historischer Begriff*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 32 (1982), S. 163-174.

⁴⁹ Rede Mussolinis am 22. 6. 1925: « Abbiamo portato la lotta sopra un terreno cost netto ehe ormai bisogna essere o di qua o di là, non solo, ma quella meta ehe viene defmita la nostra feroce volontà totalitaria sarà perseguita con ancora maggiore ferocia.» Benito Mussolini, *Scritti e discorsi*, Bd. V, Milano 1934, S. 115. Vgl. auch Petersen, *Entstehung*, S. 122.

⁵⁰ Aquarone, *Stato totalitario*, S. 302.

⁵¹ In diesem Sinne auch die scharfsinnige Argumentation von Meir Michaelis, *Anmerkungen zum italienischen Totalitarismusbegriff. Zur Kritik der Thesen Hannah Arendts und Renzo De Felices*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 62 (1982), S. 270-302, der S. 276 im Hinblick auf Italien und Deutschland einen «Unterschied zwischen gehemmt und entfesselter Dynamik, also [...] verschiedene Totalitätsgrade» konstatiert.

⁵² Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln/Opladen 1960.

⁵³ *Der Begriff nach Gerhard Schulz*, ebd., S. 371.

⁵⁴ Vgl. dazu vor allem Aquarone, *Stato totalitario*, S. 47ff, sowie Santarelli, *Storia I*, S. 383 ff.

⁵⁵ Dazu zuletzt Ettore Rotelli, *Le trasformazioni dell' ordinamento comunale e provinciale durante il regime fascista*, in: Sandro Fontana (Hg.), *Il fascismo e le autonomie locali*, Bologna 1973, S. 73-156, und Philip Morgan, *I primi podestà fascisti 1926-1932*, in: *Storia Contemporanea* 9 (1978), S. 407-423.

⁵⁶ Vgl. Aquarone, *Stato totalitario*, S. 95 ff ; Pombeni, *Demagogia*, S. 123ff.

⁵⁷ Vgl. zu diesem bisher wenig erforschten Problem Piero Calamandrei, *La funzione Parlamentare sotto il fascismo*, in: Aquarone/Vernassa, *Regime fascista*, S. 57-84.

⁵⁸ Aquarone, *Stato totalitario*, S. 74f.

⁵⁹ Ebd., S. 260.

⁶⁰ Ebd., S. 258f. Eine grössere Untersuchung dieses Problems fehlt.

⁶¹ Dazu zuletzt Philip V. Cannistaro, *La fabbrica del consenso. Fascismo e mass media*, Roma 1975; Victoria De Grazia, *Consenso e Cultura di Massa nell' Italia Fascista. L'Organizzazione del Dolavoro*, Roma/Bari 1981, und vor allem Renzo De Felice, *Mussolini il duce II*,

S. 156ff. (Kap. «Il ‚consenso‘ tra la meta del 1936 e la metà del 1940»).

⁶² Parlamentsrede Mussolinis vom 7. 3. 1923, in: Mussolini, *Opera omnia*, Bd. XIX, Firenze 1956, S. 136: «Io dichiaro ehe voglio governare, se possibile, col consenso del maggior número di cittadini; ma nell' attesa ehe questo consenso si formi si alimenti e si fortifichi, io acconto il massimo delle forze disponibili. Perché puo darsi per avventura ehe la forza faccia ritrovare il consenso e in ogni caso, quando mancasse il consenso, c'è la forza.» Vgl. auch Jens Petersen, *Das Problem der Gewalt im italienischen Faschismus 1919-1925*, in: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 325-348.

⁶³ Vgl. aus der umfangreichen biographischen Literatur über die Brüder Rosselli den Gedächtnisband *Giustizia e Libertà nella lotta antifascista e nella storia d'Italia*. Aktualität dei fratelli Rosselli a quaranta anni dal loro sacrificio. *Atti del Convegno Internazionale organizzato a Firenze il 10-12 giugno 1977*, Firenze 1978. Zur Ermordung der Brüder vgl. Charles F. Delzell, *Mussolinis Enemies. The Italian Anti-Fascist Resistance*, Princeton 1961, S. 158 f.; Aldo Garosci, *Vita di Carlo Rosselli*, Bd. 2, Firenze 1973, S. 507ff.

⁶⁴ Aus der höheren Bürokratie kommend, kein eigentlicher Faschist, aber ein politischer Opportunist reinsten Wassers, gehörte Arturo Bocchini zu den engsten Mitarbeitern Mussolinis. Die von ihm 1927 aufgebaute und bis zu seinem Tode 1940 geleitete OVRA (*Organo di Vigilanza dei Reati Antifascisti*) betrachtete er als «sein privates Foedum». So Aquarone, *Stato Totalitario*, S. 107. Zur OVRA ferner Santarelli, *Storia I*, S. 502 ff. Eine wissenschaftliche Biographie Bocchinis fehlt ebenso wie eine moderne Monographie der OVRA. Vgl. aber P. Carucci, Arturo Bocchini, in: Francesco Cordova (Ed.), *Uomini e volti del fascismo*, Roma 1980, S. 63-104, und Guido Leto, *OVRA. Fascismo-Antifascismo*, Milano 1952. Bemerkenswert ist auch der Bericht Bocchinis für Mussolini vom 4.4. 1936 über seine geheime Zusammenkunft mit Himmler in Berlin, die am 1.4. 1936 zum Abschluss eines deutsch-italienischen Polizeiabkommens geführt hatte. Bocchini kritisiert darin unter anderem das Dokumentationssystem der Gestapo als ausserordentlich unpraktisch. Mit deutlicher Herablassung bezeichnet er die Begegnung mit Göring in politischer Hinsicht als erheblich wichtiger als die mit Himmler. Vgl. den Abdruck des Berichts bei Renzo De Felice, *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo*, 2. Bd., Torino 1972, S. 649-659.

⁶⁵ Von 5619 Personen, die zwischen 1927 und 1943 vor dem Sondergerichtshof angeklagt wurden, wurden 4596 verurteilt, davon 9 zum Tode. Vgl. Aquarone, *Stato totalitario*, S. 101 f.; De Felice, *Mussolini il duce II*, S. 45-47. Vgl. ferner die Dokumentation der Prozesse bei Adriano Dal Pont/Alfonso Leonetti/Pasquale Maiello/Lino Zocchi, *Aula IV. Tutti i processi del Tribunale Speciale Fascista*, Roma 1961, sowie zuletzt Ettore Gallo, *Il Tribunale Speciale per la difesa dello Stato e il suo ambiente politico-culturale*, Roma 1980.

⁶⁶ Eine wissenschaftliche Untersuchung des «Confino di Polizia» unter dem Faschismus gibt es nicht. Vgl. aber vorläufig Adriano Dal Pont, *I lager di Mussolini, L'altra faccia del confino nei documenti della polizia fascista*, Milano 1975. Insgesamt wurden bis zum 25. 7. 1943 von den dafür zuständigen, rein polizeilichen «Comissioni provinciali per il confino» 15470 Personen in die Verbannung geschickt. Vgl. De Felice, *Mussolini il duce I*, S. 46. Bekannt sind die, auch ins Deutsche übersetzten poetischen Erlebnisberichte der Schriftsteller Carlo Levi, *Christus kam nur bis Eboli*, Berlin 1960, und Cesare Pavese, *Die Verbannung*, Frankfurt 1963.

⁶⁷ Vgl. zu diesem noch keineswegs ausreichend untersuchten Problem F. Jacomini di San Savino, *La politica dell' Italia in Albania*, Bologna 1965, sowie vor allem den Tagungsband *L'imperialismo italiano e la Jugoslavia. Atti del convegno italo-jugoslavo*. Ancona 14-16 ottobre 1977, Urbino 1981. In Italien selbst wurden 1940 für jüdische Flüchtlinge aus anderen Ländern Internierungslager eingerichtet, die aber nicht mit Konzentrationslagern gleichgesetzt werden können. Vgl. I. Kalk, *I campi di contramènto italiani per ebrei profughi: Ferramonti Tarsia (Calabria)*, in: *Gli Ebrei durante il fascismo I*, Torino 1961, S. 63-71; De Felice, *Storia degli ebrei II*, S. 496-98; Settimio Sorani, *L'assistenza ai profughi ebrei in Italia (1933-1941)*. Contributo alla storia Delasem, Roma 1983, S. 59-84. Das 1944/45 in der Nähe von Triest eingerichtete Vernichtungslager San Sabba stand unter deutscher Führung. Vgl. F. Fölkel, La

risiera di San Sabba, Milano 1979; Silva Bon Gherardi, Un campo di sterminio in Italia, in: *Il Ponte* 34 (1978), S. 1440-53.

⁶⁸ Es führt nicht weiter, wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Nationalsozialismus und der italienische Faschismus deswegen nicht vergleichbar seien, weil der letztere den rassenbiologisch begründeten Antisemitismus des ersten nicht gekannt habe. So zuletzt z.B. Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München 1980, S. 139, oder Rudolf Lill, *Italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus*, in: ders./Heinrich Oberreuther, *Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 1983, S. 174 ff. Entscheidend ist nicht die antisemitische, sondern überhaupt die rassistische Grundeinstellung.

⁶⁹ Vgl. dazu das eindrucksvolle Buch von George L. Mosse, *Rassismus. Ein Krankheits-symptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Königstein 1978.

⁷⁰ Vgl. Denis Mack Smith, *Mussolini. Eine Biographie*, München/Wien 1983, S. 281, der sich auf Rodolfo Graziani, *Cirenaica pacificata*, Milano 1932, S. 117, berufen kann.

⁷¹ Vgl. hierzu: Giorgio Rochat, *La repressione della resistenza araba in Cirenaica nel 1930-31, nei documenti dell'archivio Graziani*, in: *Il Movimento di Liberazione in Italia* 110 (1973), S. 1-39; ders., *Il genocidio cirenaico e la storiografia coloniale*, in: *Belfagor* 35 (1980), S. 449-454; ders., *La repressione della resistenza cirenaica (1927-1931)*, in: Enzo Santarelli/Giorgio Rochat/Romain Rainero/Luigi Goglia, *Omar al-Mukhtar e la riconquista fascista della Libia*, Milano 1981, S. 53-189; Angelo Del Boca, *Gli italiani in Africa Orientale. II: La conquista dell'Impero*, Bari 1979, S. 120ff.

⁷² Vgl. dazu Luigi Goglia, Fabio Grassi, *Il colonialismo italiano da Adua all'impero*, Roma/ Bari 1981, S. 219f.; Alberto Sbacci, *Il colonialismo italiano in Etiopia 1936-1940*, Milano 1980, S. 217ff., und vor allem Angelo Del Boca, *Gli italiani in Africa Orientale. III: La Caduta dell'Impero*, Bari/Roma 1982, *passim*.

⁷³ Vgl. Giorgio Rochat, *L'attentato a Graziani e la repressione italiana in Etiopia 1936-1937*, in: *Italia Contemporanea* 118 (1975), S. 3-38; Angelo Del Boca, *Caduta dell'Impero*, S. 88ff. Ein anschauliches Bild von der Willkür und Brutalität der Repressionspolitik gibt *Ciro Poggiali*, *Diario AOI. 15 giugno 1936 - 4 ottobre 1937*, Milano 1971. Vgl. ferner die Ausführungen von Jens Petersen, dem ich auch für weitere Hinweise zu diesem Komplex besonders zu danken habe, in dem Band: *Der italienische Faschismus*, S. 82.

⁷⁴ Der berüchtigte Befehl wird von Galeazzo Ciano, *Diario. Volume primo 1939-1940*, Milano 1946, S. 44f, überliefert. Vgl. dazu auch Mack Smith, *Mussolini*, S. 330. Wie weit Mussolinis Mordbefehl ausgeführt wurde, ist unbekannt. Zumindes wurden jedoch auf Mallorca unter Führung des faschistischen Milizführers Bonaccorsi etwa 3'000 Menschen umgebracht. Vgl. John F. Coverdale, *Italian Intervention in the Spanish Civil War*, Princeton N.J. 1975, S. 139f., und Mack Smith, *Mussolini*, S. 318, die sich auf den Augenzeugenbericht des französischen Schriftstellers Georges Bernanos, *Les grand cimetières sous la lune*, Paris 1938, stützen können. – Den Einsatz von Giftgas, auch gegen die Zivilbevölkerung, behandelt ausführlich Angelo Del Boca, *Gli italiani in Africa Orientale. II: La conquista dell'Impero*, Roma/Bari 1979, S. 487-497.

⁷⁵ Dazu jetzt das grundlegende Buch von Meir Michaelis, *Mussolini e la questione ebraica. Le relazioni italo-tedesche e la politica razziale in Italia*, Milano 1982, bes. S. 117 ff.

⁷⁶ De Felice, *Storia degli ebrei I*, S. 287 ff; ders., *Mussolini il duce I*, S. 488 ff.

⁷⁷ Vgl. Luigi Preti, *I miti dell'impero e della razza nell'Italia degli anni '30*, Roma 1965; ders., *Impero fascista, africani ed ebrei*, Milano 1968; Gene Bernardini, *The Origins and Development of Racial Antisemitism in Fascist Italy*, in: *Journal of Modern History* 49 (1977), S. 431-453.

⁷⁸ Vgl. dazu vor allem Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party 1919-1933*, Pittsburgh 1969, S. 128ff.; Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus*, S. 741 ff.; Ulrich Kissenkoetter, Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 123 ff.

⁷⁹ Vgl. dazu Schieder, *Strukturwandel*, S. 83ff.; Lyttelton, *Seizure*, S. 149ff.

⁸⁰ Die Zitate nach Schieder, *Strukturwandel*, S. 73. Zu Farinacci allgemein vgl. die allerdings nicht befriedigenden Biographien von Harry Fornari, *La suocera del regime. La vita e la*

carriera politica di Roberto Farinacci, Milano 1972; Ugoberto Alfassio Grimaldi/Gherardo Bozzetti, Farinacci. Il più fascista, Milano 1972.

⁸¹ Eine Untersuchung der faschistischen Parteigeschichte in den dreissiger und vierziger Jahren fehlt. Ansätze dazu jetzt bei Pombeni, Demagogia, S. 231 ff.

⁸² Die beste Untersuchung des bisher kaum beachteten Miliz-Problems stammt von Alberto Aquarone, La milizia volontaria nello stato fascista, in: ders./Vernassa, Regime fascista, S. 85-113.

⁸³ Hans-Martin Grass, Edgar Jung, Papen-Kreis und Röhmkrise 1933/34, Diss. phil. Heidelberg 1966; Charles Bloch, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt 1970; Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Hirschfeld/Kettenacker, «FührerStaat», S. 329-360.

⁸⁴ Zum Verhältnis von Katholischer Kirche und Faschismus in Italien vgl. Francesco Margiotta Broglio, Italia e Santa Sede dalla grande Guerra alla Conciliazione. Aspetti politici e giuridici, Bari; Pietro Scoppola, La Chiesa e il Fascismo. Documenti e interpretazioni, Bari 1971; Sandro Rogari, Santa Sede e Fascismo, Correggio Emilia 1977.

Permanente Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Entstehung des nationalsozialistischen Führerstaates in Deutschland

I

«Schon die Darstellung von Zuständen als latente Balancen sich zusammenbauender Konflikte stösst heute auf enorme Schwierigkeiten. Die Zielstrebigkeit des Schreibers eliminiert allzu viele Tendenzen des zu beschreibenden Zustandes. Unaufhörlich müssen wir idealisieren, da wir eben unaufhörlich parteinehmen und damit propagieren müssen.» Diese Worte des alten Bert Brecht zeugen von den wachsenden Sorgen des Schriftstellers und sind an Schriftsteller gerichtet. Sie lassen sich aber auch auf die Lage der Zeitgeschichte anwenden, sobald sie den Zerfall der Weimarer Republik und den Übergang zur nationalsozialistischen Diktatur, schliesslich zum Führerstaat Hitlerscher Prägung behandelt und zu erforschen unternimmt.

Vor wenigen Jahren haben fast gleichzeitig mehrere Historiker geäussert, dass die Beurteilung der deutschen Geschichte nach dem «Fluchtpunkt» von 1933, auf den, perspektivisch gesehen, die deutsche Geschichte hinlief, was übrigens zuerst die Nationalsozialisten – eben in ihrem Sinne – selbst behauptet hatten, und von dem, retrospektiv, alle weitere Geschichte ihren Ausgang nahm, nun doch überlebt sei; und darin ist ihnen zugestimmt worden, wenn auch die Fluchtpunkt-Theorie doch schon stark überspitzt erscheint. In Wahrheit dachten viele allerdings, wenn sie von 1933 sprachen, meist an eine mehrjährige Phase der Geschichte, die deutlicher durch Ereignisse der Jahre 1938 und von 1939 bis 1945 veranschaulicht wird, so dass eine Zwangsläufigkeit der Entwicklungen von 1939 bis 1945 entweder stillschweigend unterstellt oder axiomatisch auch Theorien zugrunde gelegt wurde. Was die Welt beklagt, erregt hat und immer noch erregt – gewiss nicht ‚alle Welt‘, aber ein grosser und wichtiger Teil der Menschheit – liegt so deutlich wie je am Tage: die Konzentrationslager und die Vernichtungslager im deutschen Machtbereich während des Zweiten Weltkriegs; die Entstehung, die Heraufbeschwörung, die Entfesselung des neuen Weltkriegs – oder wie immer man es ausdrücken möchte; die Vernichtung von Minderheiten und Gegnern und alle Arten der Verfolgung schon vorher; die nach

ausen wie nach innen rücksichtslose Rüstung, zweckbewusste Kriegsvorbereitung und gewaltsame Expansion; schliesslich, gewiss nicht zuletzt, die um Recht, Gewohnheiten und gute – wenn auch gewiss schon früher etwas fragwürdig gewordene – Sitten unbekümmerte Beseitigung von Institutionen wie Personen, die den nächsten Absichten und Wünschen im Wege zu stehen schienen. Einige andere Punkte kommen noch hinzu, von denen in diesem Buch noch gehandelt wird.

Es hülfe allerdings wenig, sich nur auf eine gewissermassen positivistische Faktenherzählung einzulassen, um einen technogenen Prozess der nationalsozialistischen Machteroberung gewissermassen wert- und moralfrei zu verfolgen. Es führte allerdings auch nicht sonderlich weit, sich gedanklich in die Position einer der einstmals existenten Parteien hineinzusetzen und gleichsam die politischen Kampffronten, die 1933 oder schon vorher, dahinsanken oder überrollt wurden, im Nachhinein zu erneuern. Wer an Zwangsläufigkeiten oder Gesetzmässigkeiten glaubte, liess sich durch die Vorgänge des Jahres 1933 von dieser Überzeugung nicht abbringen und zeigte sich merkwürdig gelassen. «Die Faschisten sind Eintagskönige. Ihr Sieg ist ein kurz bemessener Sieg, dem die proletarische Revolution auf dem Fusse folgt», liess das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verlauten.¹ Viele Beispiele zeigen, dass die Ereignisse von 1933 bei den eingeschworenen Antibürgerlichen unter den Gegnern des Nationalsozialismus in erster Linie neue Erwartungen und die nicht nur verstohlen geäusserte Hoffnung weckten, dass endlich die ersehnte revolutionäre Entwicklung in Deutschland in Gang gekommen und der Sturz der ‚Bourgeoisie‘ gewiss sei.

Erst in den nachfolgenden Jahren hat die systematisierte Erinnerung, die sich an Epochenjahre heftet und ihre Kenntnis nach Ereignissen, Fällen und Daten aufschlüsselt, auch den «Fluchtpunkt» gewonnen.

Es gibt allerdings einen Gesichtspunkt, der im Grunde immer gelten sollte, den jede gründliche Befassung mit der nationalsozialistischen Zeit gleichsam aus sich selbst hervortreibt: Wir können unser Thema nicht behandeln, ohne uns auf unaufgebbare Prinzipien zu beziehen; um es mit Kant zu sagen: «Der Grenzgott der Moral weicht nicht dem Jupiter (dem Grenzgott der Gewalt) [...]». «[...] Wenn es keine Freiheit und darauf gegründetes moralisches Gesetz gibt, sondern alles, was geschieht oder geschehen kann, blosser Mechanismus der Natur ist, so ist Politik (als Kunst, diesen zur Regierung der Menschen zu benutzen) die ganze praktische Weisheit und der Rechtsbegriff ein sachleerer Gedanke.»

Die scheinbar planmässige Machtsteigerung der Nationalsozialisten – zunächst mit Hilfe von SA-Kommissaren bei allen Behörden, durch Verhaftungen, geheimpolizeiliche Aktionen und Schaffung von Konzentrationslagern, die sich rasch füllten, zeitweilig Insassen wieder freigaben, aber dann zu den Dauereinrichtungen der nationalsozialistischen Diktatur zählten; das scheinbar zielbewusste Vorgehen des Führers, das fast lautlose Dahinschwinden der Gegenkräfte und die wachsende Zustimmung einer Mehrheit der

Bevölkerung trotz Gewalttaten und Drangsalierungen und einer erstmals in Deutschland zentral geleiteten und organisierten politischen Geheimpolizei, die Gestapo; schliesslich der stetige Wechsel von brutalen und auch zynischen Reden und Ankündigungen mit vergleichsweise milden oder gemässigten Äusserungen (etwa Hitlers sogenannte ‚Friedensrede‘ am 17. Mai 1933 im Reichstag, die von der SPD-Fraktion mit Stimmenenthaltung quittiert wurde, nachdem sie sich über eine Zustimmung fast zerstritten hätte); die scheinbar unwiderstehliche Wirkung einer zu übersteigerten Zielen fortschreitenden Technik oder Mechanik der inneren Entwicklung, die «technique of revolution», wie ein englischer Beobachter meinte, – all dies und noch manches andere hat zunächst zu schlichten, einfachen Darstellungsmustern verführt, die wenig oder gar nichts zu erklären vermögen. Der Klärung bedarf bereits die Rekonstruktion und Beschreibung der raschen, sich wiederholt verdichtenden Folge scheinbar gleichsinniger Akte, die sich bei offenbar völliger Abwesenheit wirksam widerstrebender Kräfte durchsetzen, was weithin in der Welt mit Aufmerksamkeit, Furcht oder Staunen, jedenfalls mit einiger Spannung verfolgt wurde.

Die geläufigen Ausdrücke «nationalsozialistische Machtergreifung» und «Gleichschaltung» bezeichnen den zusammenhängenden Komplex einer Abfolge ineinandergreifender, kumulierend wirkender, für die Miterlebenden wie für die Rückblickenden überraschend schnell ablaufender Ereignisse.² Ihr Ergebnis war die Umwandlung des gesamten öffentlichen Lebens in Deutschland – nach der in weltgeschichtlichen Massen nur kurzen, aber so ereignisreichen Zeitspanne von der Ernennung des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bis zum Tode des Reichspräsidenten v. Hindenburg und der Übernahme der gesamten Staatsführung durch Hitler Anfang August 1934, in wenig mehr als eineinhalb Jahren.³ Nur des naheliegenden Vergleiches wegen sei daran erinnert, dass in Italien vom Marsch auf Rom bis zur Ausformung des faschistisch regierten Staates, «lo stato corporativo» (nach der Carta del Lavoro vom April 1926), dreieinhalb Jahre vergingen. Sie brachten eine Revision des Wahlrechts und nach Neuwahlen eine Mehrheit der Faschisten, Umbildungen der Regierung, die Ausschaltung des Parlaments, schliesslich auch der ausserparlamentarischen, der aventinischen Opposition und nach einer Reihe vor der Öffentlichkeit verteidigter Übergriffe der gewalttätigen Squadre deren Reorganisation in der Miliz, den korporativen Zusammenschluss der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer und die Einrichtung des einheitlich geleiteten, bis in das letzte Städtchen reichenden Freizeitwerks Dopolavoro, des späteren Vorbilds der nationalsozialistischen Organisation «Kraft durch Freude». Dies waren aber erst die Anfänge eines niemals abgeschlossenen Prozesses fortgesetzter innerer und auch äusserer Umwandlungen des Diktaturstaates, wiederholten Ummodellens unter allmählich sich verschiebenden Gesichtspunkten und Zwecksetzungen. Das Unstete als Folge der diktatorisch verfüzten verändernden Massnahmen im totalitären Staat mitsamt seinen ge-

sellschaftlichen Verankerungen war auffälliger von outrierten Zielproklamationen als von realistischen Begründungen begleitet. Dies charakterisiert das faschistische Italien ebenso wie das sogenannte «Dritte Reich» der nationalsozialistischen Phase. Doch hiervon abgesehen, erscheinen uns fundierte Vergleichsmöglichkeiten äusserst eng begrenzt.

Weitgehend besteht Übereinstimmung darin, dass das Ende der Weimarer Republik und die rasche Festigung der Regierung Hitlers nicht auf einige oder wenige, sondern auf mehrere Ursachen zurückgehen, die allerdings infolge der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Krise seit 1930 in einen engen Wirkungszusammenhang gedrängt und in fast schon ausweglos erscheinender Weise kumuliert wurden. Neben politischen Fehlentscheidungen gab es lang wirkende Ursachen Verkettungen, die die Zeitgenossen als solche allerdings noch kaum erkannten: etwa das Fehlen umfassender weltanschaulicher Grundüberzeugungen, schon gar solcher demokratischer Art in einer als Demokratie gedachten Republik; das Überwiegen nationalistischer Gesinnungen, die, angesichts des Kriegsausgangs, der Kriegs- und Friedensvertragsfolgen und Folgelasten, mit ebenso einseitigen wie entschieden polemischen Schlagworten dargestellt, von militanten Organisationen aufgegriffen und in die Kanäle ihrer Zwecke gelenkt wurden. Ein seit 1929 sich abzeichnender und seit Ende 1931 in starken Schüben nach rechts drängender politisch radikaler Meinungsumschwung, den die Wirtschaftskrise erheblich beeinflusste und beschleunigte, ergab gewissermassen das Grundmuster in den wesentlichen Entwicklungen, denen sich keine Partei oder politische Richtung ganz entzog und die schliesslich in die nationalsozialistische Machtergreifung und Gleichschaltung einmündeten.

II

Der Stand unserer Kenntnisse legt es nahe, nach einer Vorgeschichte der Entwicklung bis zum 30. Januar 1933 eine rasche Festigung der Regierung Hitler zu konstatieren, die Phase von Februar bis Juli 1933, alsdann eine Phase des Verhaltens, von Ausbau und Stabilisierung des Erreichten, bis in den Spätherbst des Jahres, die in dem plebiszitären Wahlakt am 12. November einen sichtbaren Höhepunkt erreichte, und schliesslich eine bald danach, im Winter 1933/34 beginnende Phase zunehmender Beunruhigungen, der ersten schweren Krise des nationalsozialistischen Systems, die erst mit den Augustgesetzen 1934 überwunden wurde.

Eine Reihe von sorgfältigen Untersuchungen oder Beschreibungen der Vorgänge in kleineren Orten, auch in einigen Grossstädten, die in den letzten Jahren Beachtung gefunden haben, zeigen manche Variationen auf, retardierende und progredierende Momente im Umschlag der Stimmungen bis zur weitgehenden Zustimmung – oder auch Resignation, wenn nicht unbedingt

dem gesamten Ablauf der Ereignisse so doch – nach einer gewissen Distanz zum Beginn der Machtergreifung – den mittlerweile eingetretenen Ergebnissen gegenüber. Auch das Beispiel der Geschichte der gegen die Juden gerichteten Massnahmen ergibt nach eingehender Erforschung eine – vor den bekannten Endstationen-jahrelang durch Widersprüche charakterisierte Entwicklung, die formelhafte oder schlagwortartige Erklärungen ausschliesst.⁴

Wahlergebnisse und zunehmende Begeisterung für den Nationalsozialismus hatten offenbar Gründe, die die Wahlsoziologie bislang nicht zutage zu fördern vermochte. Jedenfalls hat sie für die Entstehung und flächenbrandartige Vergrößerung jener Bezirke oder gar Regionen mit nationalsozialistischen Mehrheiten, die weit über dem Reichsdurchschnitt lagen, so dass man dort schon 1932 von einer eindeutigen Dominanz sprechen konnte, keine hinreichende Erklärung vorzubringen. Der ‚Reichsdurchschnitt‘ der Wahlergebnisse besagt in seiner Abstraktion weit weniger als die Anschauung der vielen Schwerpunkte und Hochburgen, die sich bereits vorher gebildet hatten.⁵ Alle Versuche, diese Ergebnisse, in Ermangelung statistischer Erfassungen, durch mathematische Operationen in unmittelbare Beziehung zur Sozial- oder Berufsstruktur zu setzen, blieben unzulänglich.⁶ Eine mosaikartige Karte Deutschlands, die die Wahlergebnisse im Sommer 1932 in den unteren Verwaltungsbezirken festhält,⁷ vermittelt den Eindruck nahezu völliger Geschlossenheit des Gebietes nationalsozialistischer Mehrheiten im östlichen und mittleren Deutschland – mit den wie Inseln erscheinenden Ausnahmen Ermland und Oberschlesien –, eine Anschauung, die sich einprägt und deren Aussagekraft sich nicht übergehen lässt. Ausserhalb dieses grossen ost- und mitteldeutschen Raumes gilt Ähnliches noch von grossen Teilen Hessens, der Pfalz, Mittelfrankens, von Nordwürttemberg und dem Allgäu. Nur wenige grossstädtische Industriebezirke hoben sich deutlich von dieser Umgebung ab: einige Berliner Bezirke, Leipzig, Hamburg, Bremen, Stuttgart, München und Frankfurt am Main. Es gab aber auch einige industrielle Grossstädte mit mehrheitlicher Arbeiterbevölkerung, die von starken nationalsozialistischen Mehrheiten beherrscht wurden, wie Plauen oder auch Wuppertal, wo die NSDAP der absoluten Mehrheit schon sehr nahe kam. In Düsseldorf, Bochum, Duisburg-Hamborn, Mühlheim/Ruhr, Hagen, Unna, Iserlohn und Wanne-Eickel überrundete sie KPD, Zentrum und SPD mit Mehrheiten, die zwischen 30 und 40 Prozent der Wählerstimmen lagen, befand sie sich also in einer wohl politisch noch prekären, aber doch schon führenden Position.

Eine verblüffende, fast vollkommene Übereinstimmung ergibt sich zwischen den Landkarten der unteren Verwaltungseinheiten, die die nationalsozialistischen Mehrheiten verzeichnet und die die Mehrheit der Bevölkerung evangelischer Konfession darstellt. In der Karte der Konfessionen sind die Kreise mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit 1932 nahezu vollständig deckungsgleich mit der Karte der nationalsozialistischen Mehrheiten. Nur

wenige Ausnahmen bedürfen der Erklärung durch örtliche Besonderheiten; sie sind zu gering an Zahl und zu unbedeutend, um das Gesamtbild zu beeinflussen, gleichen nur der sprichwörtlichen Ausnahme, die die Regel bestätigt: dass die letzte Etappe des Aufstiegs des Nationalsozialismus – in der schlimmsten Phase der Wirtschaftskrise – zuerst und am stärksten die protestantische Landschaft zum Schauplatz hatte und die Bevölkerung grosser Regionen teilweise schon in geradezu erdrückenden Mehrheiten erfasste. Alle weiteren Differenzierungen ergeben sich innerhalb dieses Rahmens. Insofern ist auch der Eindruck, den die als ‚Reichsdurchschnitt‘ errechneten Zahlen vermitteln, völlig unzulänglich. Der entscheidende, in der grossen Masse der Bevölkerung wirksame und gewiss auch andere Teile mitziehende, auf sie abfärbende und insofern geschlossen wirkende Widerstand – und wir wissen über seine abnehmende Bedeutung in den Führungsgremien der Parteien bescheid – ging noch vom katholischen Bevölkerungsteil und seinen politischen Organisationen aus, von der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei.⁸ Dass dieser Widerstand vor der nationalsozialistischen Machtergreifung – am deutlichsten in Bayern – konservativ begründet war und nicht auf vorbehaltloser Erhaltung der parlamentarischen Bestandteile des Verfassungswerks von Weimar bedacht war, die seit 1930 nicht mehr voll funktionierten und von der Präsidialgewalt bedrängt wurden, braucht hier nicht ausgeführt zu werden.

Im Rahmen der demokratischen Elemente der Weimarer Verfassungsbestimmungen und des in ihrem Rahmen geschaffenen Reichstagswahlrechts hatten die Nationalsozialisten gewonnen und einen Machtanspruch errungen. Dass eine Demokratie durch ihre Grundsätze auch ihre Gegner fördern oder an die Macht bringen kann, ist erst hierdurch als Problem evident geworden.

In der Zone, in der dieser Widerstand fehlte oder gering blieb, fielen Bauern und städtischer Mittelstand der NSDAP anheim; aber sicherlich hatten auch jene recht, die schon im Frühjahr 1932 klagten: „In letzter Zeit beginnt der Nationalsozialismus auch innerhalb der Arbeiterschaft einzubrechen. [. . .] Die vom Reformismus enttäuschten Arbeiter gingen [. . .] nicht mehr in die kommunistische Partei, und Hunderttausende, die bisher kommunistisch wählten, wählen nunmehr nationalsozialistisch.“⁹ Der graduelle Rückgang nationalsozialistischer Stimmen in der Reichstagswahl am 6. November 1932 änderte an diesem Gesamtbild nichts Grundsätzliches, wenn auch die KPD hieraus vorübergehende Vorteile zog.

Das entscheidende Merkmal der Reichstagswahl am 5. März 1933 war dann, dass sich nun auch stärkere nationalsozialistische Mehrheiten ausserhalb der protestantischen Bereiche ergaben: so westlich der Weser-Werra-Linie, im grössten Teil Oberschlesiens, in ganz Oberbayern und Bayerisch-Schwaben, in Niederbayern und in Baden; zu einem Teil entstanden hier sogar neue Hochburgen der NSDAP, in denen sie absolute Mehrheiten gewann. Dies bezeugt die beginnende Auflösung der katholischen politi-

schen Gegenwehr; immer noch liessen sich einige Grundstrukturen der Konfessionskarte erkennen, gab es Regionen mit eindeutigen, auch absoluten Mehrheiten der katholischen Parteien; doch der Einbruch des Nationalsozialismus in Bastionen des politischen Katholizismus schien gelungen. Von einstigen SPD-Mehrheiten ist fast nichts mehr vorhanden.

Dieser Befund lenkt zunächst unsere Aufmerksamkeit auf Verhalten und Propaganda der NSDAP, auch auf Beziehungen des politisch engagierten Protestantismus zu dem Weltanschauungsbereich, in dem der Nationalsozialismus und seine Führer ergiebigen Wurzelboden fanden, obgleich mehrere von ihnen Katholiken waren und dies jetzt auch demonstrativ an den Tag legten, so Hitler, Frick, der nationalsozialistische Reichsinnenminister, und Goebbels. Aber auch Art, Verlauf und Stand der geistigen Säkularisationsprozesse in der Bevölkerung wird man in die Mentalitätserforschung im Vorraum der nationalsozialistischen Machtübernahme gründlicher einbeziehen müssen als bisher. Selbstverständlich wird man sich dann aber auch den wirksamen ephemeren Effekten zuwenden müssen, die der Partei Hitlers in der zweiten Jahreshälfte 1932, nach dem 30. Januar 1933 und schliesslich in der Reichstagswahl am 5. März 1933 zu einem weiteren Aufschwung verhalfen, der sie im ‚Reichsdurchschnitt‘ bis dicht an 44% der Wähler heranbrachte. Das war – mit Abstand – der grösste Stimmenanteil, den in der fast auf den Tag genau zweiundsechzigjährigen Geschichte des Deutschen Reichstags eine einzige Partei jemals zu vereinigen vermochte. Der ungewöhnlich rasche Aufstieg der NSDAP bereitete und bereitet Wahlforschern und Soziologen noch einiges Kopfzerbrechen. Allerdings erreichten die Nationalsozialisten im Bunde mit ihren ‚Koalitionspartnern‘, der stark abmagerten, überwiegend aus Stahlhelm und Deutschnationalen gebildeten «Kampffront Schwarz-Weiss-Rot», die absolute Mehrheit nur knapp. Ein etwas besseres Ergebnis hätte am weiteren Verlauf sicherlich kaum etwas geändert; doch um vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz, von dem seit vielen Monaten in Regierungskreisen gesprochen und das als Ausweg aus der Krise weithin betrachtet wurde, auf verfassungsgemässe Weise zu erhalten, reichte dies nicht aus. Dass der militante, vor terroristischen Mitteln nicht zurückschreckende Aktivismus der grössten Massenpartei, namentlich ihrer halb-militärischen Verbände, SA und SS, die Gegner destabilisierte und demoralisierte, zeigte sich in der atemberaubend dichten Abfolge der Ereignisse, die mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar begann: nach der Reichstagswahl am 5. März in zahlreichen Zwischenfällen im Zusammenhang mit der Beflaggung öffentlicher Gebäude in den obersten Reichsbehörden und in den meisten Städten; den – überwiegend erfolgreichen – Versuchen, die Länderregierungen zu stürzen, der Einsetzung von Kommissaren des Reiches in den Ländern, aufgrund einer überaus fragwürdigen Handhabung nach einer an sich formal kaum anfechtbaren Bestimmung in der Verordnung vom 28. Februar, der sogenannten ‚Reichstagsbrandverordnung‘;¹⁰ im Zusammentritt des neuen Reichstags in der pompösen Feier-

stunde des ‚Tages von Potsdam‘ am 21. und schliesslich der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März. Im März, April und Mai begannen unter stetem äusseren Druck die letzten Widerstände in alten Organisationen und Institutionen zu schwinden, wichen Abneigung und Abwehr der wichtigsten Spitzenverbände und einflussreichsten Grossindustriellen, der Gewerkschaften – noch vor ihrer Ausschaltung – und, gewiss nicht des unbedeutendsten Gliedes in dieser Kette, der katholischen Kirche und des politischen Katholizismus. Nun begann, bald mit gesetzlicher Nachhilfe, ein durchdringender Prozess der Anpassung.¹¹ Nach der Reichstagswahl gingen grosse Teile der zuvor noch abwartenden Bevölkerung zur Partei Hitlers über und kam es zu Masseneintritten in die NSDAP. Der Volksmund erfand das Schlagwort «Märzgefallene», eine ironische parabolische Anspielung auf die im März 1848 gefallenen Berliner. Ein grosser Teil der neuen Parteimitglieder war jedoch nur in die Hände der NSDAP gefallen, von der er ein günstigeres, ein besseres Schicksal erhoffte, während mehrere zehntausend Verhaftete als politische Gegner kürzere oder längere Zeit in Konzentrationslagern, teilweise geheimen «wilden» SA-Lagern festgehalten, drangsaliert, einige getötet wurden.

Wer die Anfänge genau ins Auge fasst, wird auch die Tatsache berücksichtigen, dass unterhalb der Reichsregierung des 30. Januar, in die mit Hitler nur zwei Nationalsozialisten eintraten – Frick als Reichsinnenminister und Göring –, die meisten Länder, mit eigener Polizeigewalt, zwar nur noch über geschäftsführende, nicht mehr parlamentarisch abgesicherte, aber doch im Grossen und Ganzen intakte, von nationalsozialistischen Beteiligungen und Einflüssen freie Regierungen verfügten: so noch fast fünf Wochen hindurch Bayern, wo seit dreizehn Jahren eine Regierung der Bayerischen Volkspartei unter deutschnationaler Beteiligung amtierte, Baden unter Zentrumsführung und unter Beteiligung der Deutschen Volkspartei; in Württemberg bestand im fünften Jahr eine grosse bürgerliche Koalition von der Deutschen Staatspartei bis zu den Deutschnationalen unter Zentrumsführung, in Sachsen eine seit drei Jahren amtierende aus Parteilosen, aber in der Mehrzahl aus Ministern mit vieljähriger Kabinetts Erfahrung gebildete Regierung. In Oldenburg amtierte schon seit fast zehn Jahren eine Regierung parteiloser Beamtenminister.

Unter dem Gesichtspunkt von Einfluss und Wachstum der parlamentarisch tragenden Kräfte unter den politischen Parteien war das Fazit der Republik bis zu Beginn des Jahres 1933 alles andere als erfolgreich oder auch nur ermutigend. Die Sozialdemokraten hatten allmählich an Anhängern und Positionen verloren. Lediglich das Zentrum und die in Bayern fest verwurzelte Bayerische Volkspartei hatten die Jahre der Republik in fast unverminderter Stärke überstanden. Die bürgerlichen Koalitionspartner, Staatspartei, Volkspartei und auch Deutschnationale, reichten kaum noch als Lückenbüsser in Länderparlamenten aus, in denen Mehrheitsbildungen und dauerhafte Koalitionen fragwürdig geworden waren. Man sollte aber nicht

übersehen, dass noch alle Parteien existierten und im Grunde intakt, wenn auch geschwächt und etwas verstört waren, da die Wahlkämpfe an manchen Orten mit noch gröberen Methoden geführt wurden und zu noch heftigeren Ausschreitungen und Verunglimpfungen führten als in den zahlreichen Wahlschlachten des Vorjahres.

Einzelne Zeitungsverbote preussischer Instanzen ergingen schon Anfang Februar; sie mehrten sich gegen Ende des Monats. Zeitungen der KPD wie der SPD stellten von Anbeginn das Hauptkontingent verbotener Blätter. In anderen Ländern vermochten sich einzelne sozialdemokratische Organe, um den Preis nicht allzu deutlicher Opposition, noch bis ins Frühjahr hinein zu behaupten. In Darmstadt erschien der «Hessische Volksfreund. Organ für die Interessen des werktätigen Volkes» noch bis zum 29. April in gewohntem Umfang.

Seitdem bewegte sich die gesamte lokale und provinzielle Presse, soweit sie den Ausschaltungsvorgang überlebte, von wenigen geduldeten Ausnahmen abgesehen, auf der Linie der Regierungspolitik und nach den Weisungen der Reichspressekonferenz, die dem neuen ‚Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda‘, dem Berliner Gauleiter Joseph Goebbels, unterstand, der an die Spitze eines der wichtigsten Ämter im totalitären Staat getreten war. Durch Organisation und Anleitung zur propagandistischen Ausnutzung des grossen Fackelzuges in der Berliner Wilhelmstrasse am Abend des 30. Januar 1933, den der gesamte deutsche Rundfunk übertrug – mit Ausnahme des bayerischen und später ohne den württembergischen und badischen –, und durch die Leitung der radikalen Agitation nach dem Reichstagsbrand hatte Goebbels schon weltweite Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Durch Erlass des Reichspräsidenten vom 13. März wurde das neue Ministerium errichtet, die Bestimmung seiner Aufgaben aber dem Reichskanzler überlassen.¹² Tatsächlich entwickelte Goebbels seine Tätigkeit aus eigenem Antrieb und eigenen Einfällen, doch in äusserlicher und innerer Übereinstimmung mit Hitler. In einer Serie von Gesetzen und Verordnungen, die vom 30. Juni 1933 bis zum Mai 1934 ergingen, wurde der weite Kreis «aller Aufgaben der geistigen Einwirkungen auf die Nation» durch Massnahmen und Institutionen ausgefüllt, die seinem Ministerium die Regulierung, Kontrolle und Regie des gesamten ausserschulischen und ausserakademischen Kulturlebens sicherte.

Zu dem in seinen Wirkungen verheerendsten Mittel der Machtergreifung der nationalsozialistischen Anfangsphase, das die Gegner irritierte, lähmte, in die Emigration trieb und mehr und mehr der ganzen Periode den Stempel aufdrückte, wurde die neuartige institutionelle Verknüpfung militanter Parteikader mit der Polizei. Diese institutionelle Verankerung quasimilitärischer Organisationen der NSDAP – zuerst der SA, dann der SS – im Polizeiwesen des neuartigen Parteistaates ging seit Anbeginn der Regierung Hitler mit erkennbarer Tendenz zur Ausnutzung, Umdeutung, Umformung und Durchbrechung von Rechtsnormen einher, die dem Zweck

dienten, politische Gegner – solche, die es wirklich waren oder sein konnten, wie jene, die man dafür hielt oder zu Gegnern erklärte, – auszuschalten, zu inhaftieren oder zumindest von jeder Betätigung fernzuhalten.

Das erste Beispiel lieferte die vom Reichspräsidenten erlassene sogenannte Reichstagsbrandverordnung. Ihr kurzer, knapp formulierter Text konnte manches befurchten lassen; aber was ihm alles entsprang – wie einer Büchse der Pandora, obgleich zunächst nichts in dieser Verordnung im Widerspruch zur Reichsverfassung, zum Wortlaut ihres Artikels 48 und seinen vielen Kommentierungen durch massgebende Juristen zu stehen schien –, konnte schwerlich schon alle Welt erahnen. § 1 hob sieben Grundrechte der Weimarer Verfassung auf und liess auch ausserhalb der gesetzlich bestimmten Grenzen Beschränkungen der persönlichen Freiheit – also Inhaftierungen –, der freien Meinungsäusserung, der Pressefreiheit sowie des Vereins- und Versammlungsrechts ohne irgendwelche Rücksichten zu, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Haussuchungen und Beschlagnahmen. Auch aus der Freigabe einer «Beschränkung des Eigentums», das die Reichs Verfassung garantierte, erwuchs eine dauernde Drohung und auch Handhabung, die die Besitzenden unter die Botmässigkeit der nationalsozialistischen Führung zwingen sollte. Mit der Entscheidung des Vermögensverfalls zugunsten des Reiches verfügte der Reichsinnenminister die Enteignung von Emigranten und später von politischen Gegnern. Die vorläufige bayerische Landesregierung ging im April 1933 noch einen Schritt weiter und verfügte die Bindung des Eigentums an nationale Zwecke. Allerdings wurden Länderregierungen und Reichsstatthalter bald eng an die Entscheidungslinie der Reichsregierung, vor allem des Reichskanzlers wie des Reichsinnenministers gebunden. Doch Einrichtungen zur Erhaltung oder Festigung des Besitzes waren die nationalsozialistische Bewegung und ihr Regime gewiss nicht. Dass Hitler allerdings zunächst dem «Reichsverband der Grundbesitzer» und den mit ihm verschachtelten Organisationen, deren Repräsentanten sowohl seine Partei als auch die Hugenbergs zuletzt nachdrücklich unterstützt hatten, mit beträchtlichen Zugeständnissen entgegenkam, lässt sich ebenso wenig bestreiten.

In den nachfolgenden Wochen wurde aber der § 2 der Verordnung vom 28. Februar, der ein Eingriffsrecht des Reiches in die Länder «zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung» – die Generalformel für die öffentliche Polizei des überkommenen preussischen Rechts – vorsah, zum Ansatzpunkt für die nachfolgende politische Gleichschaltung der noch nicht nationalsozialistisch geführten Länderregierungen, bis dann das Ermächtigungsgesetz¹³ dessen Annahme im Reichstag nur unter diesen Voraussetzungen zu verstehen ist,¹³ die verfassungsrechtliche Grundstruktur des Deutschen Reiches nach Weimar völlig veränderte.

Es setzte alle Gewalten unterhalb der Reichszentrale dem Zugriff zunächst der Reichsregierung, bald nur noch des Reichskanzlers und einiger privilegierter Ressorts aus. Die ausdrücklich festgelegte Garantie des Reichstags

wurde bedeutungslos mit seiner Auflösung und plebiszitären Wiederwahl nach einer Einheitsliste am 12. November 1933. Die blossе Garantie der Länder verlor ihre Bedeutung durch das ‚Neuaufbaugesetz‘, das sogenannte zweite Ermächtigungsgesetz, vom 30. Januar 1934,¹⁴ das alle Rechte der Länder auf die Reichsregierung übertrug, sie zum Verfassungsgeber erklärte, aber alle weiteren Massnahmen dem Reichsinnenminister überliess. Das führte schliesslich zu dem weiteren Schritt, dass das im Ermächtigungsgesetz garantierte Amt des Reichspräsidenten noch kurz vor dem Ableben Hindenburgs durch einfachen Beschluss der Reichsregierung in Gestalt eines Gesetzes über das Staatsoberhaupt mit dem Amt des Reichskanzlers vereinigt wurde;¹⁵ dieses Gesetz sollte mit dem Tode Hindenburgs in Kraft treten und trat auch am 2. August in Kraft. Durch einen blossen Vollzugserlass an den Reichsinnenminister¹⁶ legte sich Hitler an diesem Tage den Titel «Führer und Reichskanzler» zu. Diese Vereinigung von Macht und Prestige in der Person Adolf Hitlers besiegelte die Phase der Machtergreifung mit ihren raschen Ereignisfolgen, auch Rückschlägen und Mässigungen. Von nun an wird Deutschland tatsächlich mehr und mehr zum «Staat Hitlers», wie der Titel eines bekannten Buches lautet.¹⁷

Aber wir haben etwas vorgegriffen. Planmässig ist im Jahre 1933 ausserhalb des Goebbelschen Einflussbereiches noch fast gar nichts geschehen, wenn es auch den Anschein haben könnte, dass alles, was geschah, planmässig in Gang gesetzt worden sei, und obgleich auch Pläne existierten, die jedoch erst nach und nach ausgegraben und teilweise verwendet wurden. Lediglich das ‚Neuaufbaugesetz‘ vom 30. Januar 1934 ist mehrere Wochen hindurch vorbereitet und wiederholt abgewandelt worden. Aber auch Vor- und Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes zeigen an, dass Pläne und Ziele noch keineswegs festgelegt waren. Vorher wie nachher wandelte sich unter der Hand alles auch im Ansatz sogleich wieder ab. Die mit grossem Staunen auch im Ausland verfolgte «technique of revolution»,¹⁸ die fast im Handumdrehen das Deutschland von Weimar in ein Deutschland der Nationalsozialisten umzuwandeln schien, war zumindest als Technik äusserst unvollkommen. Oder sollte man etwa anderes von dem «Fall der Länder» behaupten können – um es hier bei einem Beispiel zu lassen –, sobald man die Wechselfälle dieses ‚Falls‘ erkennt?

Zwischen dem 6. und 10. März bildeten die ersten Reichskommissare in den Ländern provisorische Regierungen, von denen sich manche, so die sächsische, sofort auf Wahrung ihrer Interessen im Reichsrat versteiften; in Württemberg kam nach kurzem Übergang sogar am 15. März wieder auf parlamentarischem Wege eine nationalsozialistische Regierung zustande.¹⁹ Am 31. März, durch das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, wurden die Länderregierungen zur Gesetzgebung, auch ausserhalb der Verfassung, ermächtigt, zugleich die Landtage aufgelöst und

nach den jeweiligen Stimmenverhältnissen, die sich in der Reichstags wahl am 5. März ergeben hatten, noch im April für die Dauer von vier Jahren neu zusammengesetzt – unter Auslassung der Kommunisten, die de jure nie verboten, jedoch de facto ausgeschlossen, ausgeschaltet und verfolgt wurden, ein frühes Charakteristikum der merkwürdigen, janusköpfigen Zweiseitigkeit des nationalsozialistischen Staates, seiner Rechtsnormen und ihrer Anwendung.²⁰

Ähnlich wurde, unter Vermeidung von Wahlen, über die Neubildung der kommunalen Selbstverwaltungskörper ausserhalb Preussens verfügt. Doch noch ehe diese Bestimmungen ausgeführt waren, bezeichnete schon eine Woche später, am 7. April, das Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich eine neue Tendenz. Fortan hatten die Reichsstatthalter - eine in Deutschland gänzlich neuartige Institution –, die in den nächsten Wochen ernannt wurden, die Politik des Reichskanzlers in den Ländern zu vertreten, die Länderregierungen zu ernennen oder zu entlassen, auch die Landtage aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, Gesetze auszufertigen und Beamte wie Richter zu ernennen. Immerhin wurde an Wahlen und an Parlamente, allerdings mit stark beschränkten, keineswegs ganz deutlichen Rechten gedacht. Das Gesetz vom 31. März war keineswegs aufgehoben, jedoch teilweise schlicht überholt. Aber auch einige ältere Bestimmungen blieben in Kraft. Neben der Ermächtigung der Länderregierungen zur Gesetzgebung ausserhalb der Verfassung, die lediglich der Reichsstatthalter kontrollierte, gab es – allerdings nur innerhalb der Verfassung – weiterhin de jure ein Gesetzgebungsrecht der Landtage, das freilich der gleichen Kontrolle unterlag. Dieser Fall deutet allerdings eher sekundär, aber doch schon sehr früh – daher dieses Beispiel – jene Art innerer Widersprüche an, die nur durch eine permanente Abfolge grösserer und kleinerer veritabler Staatsstreiche jeweils vorübergehend ausgeräumt wurden.

Der Reichsstatthalter konnte seine Rechte «teilweise» der Landesregierung übertragen. Er konnte aber auch den Vorsitz in den Sitzungen der Landesregierung führen; doch Mitglied der Landesregierung durfte er nicht sein. Die überflüssig werdenden Landtage wurden am 14. Oktober kurzerhand aufgehoben und nicht mehr wiedergewählt, was offenkundig im Widerspruch zu beiden Gleichschaltungsgesetzen, zu dem vom 31. März wie dem vom 7. April stand. Andere Widersprüche kumulierten nach dem Erlass des sogenannten Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums vom 7. April und alsdann in der noch schwierigeren Problematik der sogenannten Einheit von Partei und Staat²¹ – von der höchsten Spitze bis zur kommunalen Ebene.

In Ermangelung eines eigenen soziopolitischen Ordnungssystems, aber auch der Fähigkeit der NSDAP-Equipe, etwas derartiges zu entwickeln, gerieten die nationalsozialistischen Staatsführer, die sich eines veränderten und schon seit 1930 fortgesetzt verwandelten Normengerüsts zu bedienen versuchten, schliesslich doch in Bindungen und Komplexe, mit denen die auf

Hitlers Führertum eingeschworenen Nationalsozialisten eigentlich gar nichts zu tun haben wollten und denen sie sich durch gewalttätig geschaffene Schneisen wieder zu entziehen bemühten, was zu Normendurchbrechungen und -Vernichtungen ohne Ersatz führte. Das ist in Wahrheit «the permanent Revolution» der Nationalsozialisten.²² Dominante in allen Ereignissen – angestrebten wie vorausgesehenen und unvorhergesehenen – blieb das stete Drängen nach Machtgewinn der NSDAP und der SA wie anderer nationalsozialistischer Organisationen, ihrer Führer und ihrer Führungsschicht, Hitlers selbst, aber auch des Reichsorganisationsleiters der Partei, Robert Ley, der von Hitler schliesslich beauftragt wurde, die Monate lang geführten Verhandlungen mit den Gewerkschaften abzubrechen,²³ und der die Häuser des ADGB am 2. Mai 1933 besetzen, sein Vermögen beschlagnahmen liess und mit einem Schlage zum Alleinverfügenden über das Besitztum der grössten Gewerkschaftsorganisation wurde.

Die Republik ging noch im Jahre der Regierungsbetrugung Hitlers vollends dahin. Nach der Selbstauflösung der verbliebenen Parteireste, dem Ausscheiden Hugenburgs aus der Reichsregierung, dem Versickern des letzten Widerstandes, der von alten Organisationen und ihren Führern getragen wurde, die emigrierten, verhaftet wurden, im Alltag untertauchten oder zum Nationalsozialismus übergingen, kann man die Juligesetze und die nachfolgenden Monate als Phase einer relativen Konsolidierung des Regimes bezeichnen. Die vielfältigen Äusserungen über das Ende der revolutionären Eingriffe sollten im Innern wie im Auslande, in erster Linie für die Wirtschaft, unter Arbeitern und Bauern Aufbau und Erfolge glaubwürdig machen. Natürlich musste auch einiges geschehen, um die immer noch grosse Arbeitslosigkeit möglichst bald abzubauen.

III

Wir haben bisher all das behandelt, was der Ausdruck ‚Gleichschaltung‘ ursprünglich meinte: die Gesetze, die auf das Ermächtigungsgesetz unmittelbar folgten und eine Staatsumwälzung ohne angebbare Grenzen einleiteten, die Beseitigung der Länderhoheit, die Aushöhlung des Reichsrates und die Unterwerfung der Länderregierungen unter die Reichsgewalt, und schliesslich die Einleitung eines weitreichenden, in unterschiedlichen Schüben vorandrängenden Personalwechsels im gesamten öffentlichen Dienst, von den Reichsministerien bis zu den Gemeinden, dem weitere Berufsbereiche nach ähnlichen Gesichtspunkten unterworfen wurden, Notare, Rechtsanwälte, Reichswehrangehörige, Presse und Rundfunk, schliesslich das gesamte Kulturleben, mit wenigen Ausnahmen, und in zunehmendem Masse schliesslich das gesamte Verbands- und Organisationswesen im totalitären Staat. Diese Vorgänge führten in einigen Bereichen und Ressorts, so in der

Polizei aller Stufen, in den landwirtschaftlichen Verwaltungen und im Schulwesen, verhältnismässig schnell noch 1933 oder im Laufe des Jahres 1934 zu durchschlagenden Ergebnissen.

Den Punkt des grössten Erfolges hatte das neue Regime – unter dem Gesichtspunkt des blossen «mechanism» der Machtbefestigung – oder anders ausgedrückt: der grössten lokalen wie zentralen und regionalen politischen Konvergenz seiner dominierenden Tendenzen etwa im Spätherbst 1933 erreicht. Bis zum Oktober 1933 gab es immer noch einen Restreichstag - ohne kommunistische Abgeordnete, definitiv seit dem 31. März 1933, und seit dem 7. Juli auch ohne Sozialdemokraten –, aber mit den Abgeordneten der übrigen Parteien, die am 5. März gewählt worden waren, soweit sie nicht ihr Mandat niedergelegt hatten; die Parteien selbst waren von der Bildfläche verschwunden, Neubildungen verboten. Auch in den Landtagen gab es noch Abgeordnete der nicht mehr existierenden einstigen Parteien. Trotz der geringen Bedeutung dieser Restparlamente entschlossen sich Hitler und Frick im Oktober zur völligen Auflösung aller Landtage wie des Reichstags, der nach einer Einheitsliste neu zu wählen war, so dass die «neuen Reichstagsabgeordneten ebenfalls auf die Politik der Reichsregierung verpflichtet werden» konnten, wie Hitler auf eine erstaunte Frage im Reichskabinett erklärte.²⁴

Die Volksabstimmung vom 12. November 1933, vier Wochen nach dem Austritt Deutschlands aus der Genfer Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund und der Auflösung der Landtage wie des Reichstags, war in mehreren Hinsichten deutlich manipuliert. In der Verknüpfung einer Einheitsliste für den neuen Reichstag mit der einfachen Alternative zwischen Zustimmung oder Ablehnung zu dem bereits vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wurde sie zum Muster jener pseudodemokratischen Legitimationen autoritärer Regierungen, die weder ganz frei abgehalten werden noch wirkliche Entscheidungen zum Ausdruck bringen und die seitdem auch für andere Diktaturen an der Tagesordnung sind.

Die gelenkte Propaganda tat alles, um das Plebiszit als Entscheidung der Aussenpolitik abzustempeln. In diesem Sinne hatte sich noch der Reichspräsident v. Hindenburg in einer seiner seltenen Rundfunkansprachen geäussert; zahlreiche Verbände taten es ihm nach, so die evangelischen Kirchen, nicht nur die Deutschen Christen, und auch die Katholische Aktion Berlins, deren Vorsitzender siebeneinhalb Monate später ermordet wurde. Viele Gegner des Regimes – vorher wie auch nachher – traten offen für eine positive Entscheidung in dem Plebiszit am 12. November ein, die sie in erster Linie als Demonstration zugunsten einer nationalen Aussenpolitik empfanden, hinter der andere Erfahrungen der jüngsten Zeit zurückzutreten hätten.

Die in den Augen vieler günstiger gewordene Lage schien durch den scheinbar stetigen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen fühlbar entlastet. Innerhalb von sechs bis sieben Monaten war sie weit unter vier Millionen

gesunken, nachdem sie im Januar und Februar 1933 auf einen Stand von mehr als sechs Millionen gelangt war. Dies verführte zu Illusionen, sobald das, was schon geschehen war, wirklich ausser Acht gelassen wurde und der Hang zur stillschweigenden Aussöhnung schutzlosen Euphemismus erzeugte, der die wahre Natur der Dinge, unter denen man lebte, offenbar verkannte. Von der Weihnachtszeit 1933 bis weit ins Jahr 1934 hinein entstand ein zager Strom stiller jüdischer Rückwanderer, von Emigranten der ersten Welle, die unter Schock und Schrecken vom Februar bis zum Sommer 1933, meist in aller Eile, Deutschland verlassen hatten, nun aber, nach ungünstigen Erfahrungen der wirtschaftlichen Not im Ausland, durch milde gestimmte Berichte der in Deutschland Verbliebenen veranlasst, noch einmal versuchen wollten, in der angestammten Heimat zu leben.²⁵ Dies veranlasste heftige Reaktionen der antijüdischen nationalsozialistischen Scharfmacher, von Streicher und Goebbels vor allem, die härteste Massnahmen propagierten und im Frühjahr und Sommer 1935 neue antijüdische Ausschreitungen inszenierten, die – namentlich in Bayern – eng mit antikirchlichen Aktionen verknüpft waren. Doch auch Beziehungen zu der ersten und schwersten Krise des Regimes wie ihrer Beendigung sind offenkundig.

IV

Die Krise des Jahres 1934 verdient grössere Aufmerksamkeit, als ihr bislang zuteil wurde.²⁶ Eine Welle weit in die Bevölkerung hinein wirkender Beunruhigungen schien das kaum gefestigte nationalsozialistische Regime in den ersten sieben Monaten des Jahres 1934 zu erschüttern.²⁷ In offiziellen Reden von Ministern, hohen Parteifunktionären und SA-Führern drangen deutlich Stimmungen des Unmuts, der Enttäuschung und auch offenkundiger Unzufriedenheit durch.

Die drei letzten Vorgänger Hitlers im Reichskanzleramt traten im Frühjahr 1934 noch einmal in Erscheinung – wenig auffällig General v. Schleicher; auch von Brüning's Plänen ist wenig bekannt; Ende Mai 1934 gab er das Spiel verloren und ging auf geheimen Wegen nach London.²⁸ Papen übernahm einen dramatischen Part in einer offen opponierenden Rede am 17. Juni.

Seit Dezember 1933 war erneut ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit über die Vier-Millionen-Zahl zu konstatieren, nachdem der Sommer 1933 einen fühlbaren Rückgang gebracht hatte. Die rapide Abnahme der Gold- und Devisenvorräte der Reichsbank im Laufe des gesamten Jahres führte fast auf den Nullstand der Währungsdeckung – ein deutlicher Beleg für die stetige Reduzierung des Aussenhandels, überhaupt der Absatzmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft.

Dies korrespondierte mit der steten Verschlechterung der Lage in der

Landwirtschaft und auf dem Agrarmarkt infolge unzulänglicher Produktion, auch als Folge eingeschränkter Agrarimporte, z.B. einer starken Drosselung der Futtermiteleinfuhr, und dann, im Laufe des Sommers und Herbstes, infolge einer beispiellosen, lange anhaltenden Dürre in Deutschland, die eine weit hinter dem Normalen zurückbleibende agrarische Erzeugung zur Folge hatte, während der Konsum im Steigen begriffen war, soweit sich in der Bevölkerung ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit und eine leichte Krisenentlastung schon 1933 auszuwirken begonnen hatte. Da die landwirtschaftliche Marktordnung kaum ein Preisspiel zuließ, nahm die Unzufriedenheit mit der Reichsnährstandsorganisation auch und gerade in jenen agrarischen Gebieten zu, die bislang von den äussersten Krisenwirkungen verschont geblieben waren, wo aber nun die geringere Erzeugung zu fühlbarer Reduzierung der Einkünfte führte.²⁹ Zu einem Teil traf dies auf Gebiete mit stark kirchlich orientierter Bevölkerung zu, sowohl katholischer als auch protestantisch-traditionstreuer Landbevölkerung, die durch ihre Haltung im beginnenden Kirchenkampf auch wirtschaftlich begründete Unzufriedenheit artikulierte, soweit ländliche Kreise dies überhaupt zu tun bereit sind. Unter den Bauern finden sich – ausserhalb der östlichen Grenzprovinzen und sogar dort in einzelnen Landstrichen – fast überall die am stärksten Enttäuschten (wenn auch nicht unbedingt kategorisch Oppositionellen) in dieser ersten Krise des Regimes 1934.

Im Sommer zog des Reichsbankpräsidenten Schachts ‚Neuer Plan‘ zur Aussenwirtschaftspolitik die Konsequenz aus einigen der hervorsteckenden wirtschaftspolitischen Defizite, aus der ungünstigen Währungsbilanz und der fatalen Devisenlage und der Aussichtslosigkeit irgendeiner Exportoffensive. Schacht wurde kommissarischer Amtsnachfolger des gescheiterten Reichswirtschaftsministers Schmitt und mehr noch: eine Art Wirtschaftsdiktators. In dieser Eigenschaft bemühte er sich, mit einer resoluten Wirtschaftsankurbelung und Beschäftigungspolitik vom inneren Markt her, bei Erhaltung und Pflege bestimmter Aussenwirtschaftsschneisen, Ernst zu machen, auch durch Übernahme einiger wirtschaftspolitisch relevanter Überzeugungen Hitlers: nämlich durch Rüstung und Aufrüstung, zunächst um der versprochenen Beseitigung der Arbeitslosigkeit willen.

Zu der sich erneuernden wirtschaftlichen Krise traten innerpolitische und aussenpolitische Komplikationen hinzu. Wahrscheinlich empfand Hitler das bevorstehende Hinscheiden des Reichspräsidenten als das gravierende Problem. Unter Befürwortern, Anhängern und Duldern der Regierungsübernahme Hitlers in der lockeren konservativen Koalition vom 30. Januar 1933 regten sich Skepsis und Opposition, sobald man sich mit der Vorstellung einer Zukunft ohne Hindenburg vertraut zu machen versuchte.

Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, in die sich auch der ehemalige Kaiser aus dem Exil einschaltete, vermochten infolge der Zurückhaltung Hindenburgs und seiner Umgebung nichts zu erreichen; sie hielten jedoch an und liessen sich auch durch die Auflösung aller monarchistischen

Versammlungen aus Anlass des 75. Geburtstags Wilhelms II. am 27. Januar 1934 und des Verbots aller monarchistischen Vereinigungen am 2. Februar nicht nachhaltig eindämmen. Der vormalige Kronprinz unterhielt Beziehungen zur Obersten SA-Führung, zugleich immer auch zu General v. Schleicher. Der Vizekanzler Franz v. Papen schnitt die Frage einer baldigen Restauration der Monarchie sogar Hitler gegenüber an. In seiner bekannten Rede vor dem Universitätsbund Marburg schwang er sich dann am 17. Juni zum Sprecher einer konservativen Opposition gegen die nationalsozialistische Parteiherrschaft auf³⁰ in einem Appell, der sich an die Öffentlichkeit in Deutschland wie in der Welt richtete; doch den, für dessen Ohren er vor allem anderen bestimmt war, Hindenburg, erreichte er nicht.

Aber auch innerhalb der NSDAP bestanden Bruchlinien, die sich stetig verstärkten. Seit Jahresbeginn 1934 wurden in der parteiamtlichen Presse ganz offen Forderungen nach einer weitertreibenden nationalsozialistischen ‚Revolution‘ erhoben und Angriffe gegen die in Ämtern sitzenden ‚Bonzen‘ geführt. Der SA-Stabschef Röhm und seine Freunde waren keine Männer, die tatenlos blieben. Wenig spricht dafür, dass sie sich gegen Hitler wenden wollten; aber vieles deutet darauf hin, dass sie entschlossen waren, Hitler unter Druck zu setzen, die Entwicklung weiterzutreiben und der SA, vor allem ihren Führern eine entscheidende Rolle zu sichern. Hitler seinerseits hatte in seinem ersten Gespräch mit einem westeuropäischen Staatsmann, Anthony Eden, am 20. Februar 1934 die Entmilitarisierung von SA und SS in Aussicht gestellt, was das einzige war, was er anbieten und womit er seinen Gesprächspartner beeindrucken konnte, der dies für «bedeutsam» hielt.³¹ Das war der Anfang einer gewissen toleranten Haltung Englands Hitler gegenüber, des neuen ‚Appeasements‘. Es liegt auf der Hand, dass Röhm und seine Anhänger Hitlers Anerbieten niemals honoriert hätten.

Die Konstellation Anfang 1934 ähnelte in mehreren Hinsichten der gegen Ende 1932, als ein Auseinandergehen verschiedener nationalsozialistischer Richtungen unter dem Einfluss konservativer Kreise bevorzuzustehen schien. Das Auseinanderfallen der lockeren Rechtskoalition, die Hitlers Machtergreifung hingenommen, begrüsst oder gefördert hatte, brachte auch auswärtige Mächte auf den Plan. Am 9. Mai 1934 gab der französische Aussenminister Barthou nach einer Reise durch mehrere europäische Länder vor dem Aussenpolitischen Ausschuss der Kammer eine sensationelle, in der Öffentlichkeit noch aufgebauschte Erklärung ab, in der er auf den Zustand des deutschen Regimes anspielte und eine Verschärfung der französischen Politik Berlin gegenüber ankündigte.³² Die Wirkungen wurden durch weitere Reden Barthous noch verschlimmert.³³

Diese drastischen Äusserungen – Alarmierung und Einschüchterung mit nun doch wohl schon verfehlten Mitteln –, die Hitler angesichts der inneren Lage Frankreichs kaum beeindruckten, dafür die französischen Interessen in Berlin aufs Äusserste exponierten, standen im Zusammenhang mit der von Hitler inaugurierten aktiven deutschen Österreich-Politik, die als politische

‚Gleichschaltung‘ beider Staaten verstanden wurde. Sie rief entschiedene französische Gegenaktionen hervor; aber auch in den als mit Deutschland befreundet geltenden Staaten, in Italien wie auch in Ungarn, wurde sie mit Befremden aufgenommen. Ebenso wirkten neue deutsche Interessen an Jugoslawien und nicht zuletzt Nachrichten über angebliche sowjetisch-deutsche Verhandlungen über Baltikumsfragen – nach dem deutsch-polnischen Vertrag vom Januar 1934, eine überraschende Annäherung scheinbar unversöhnlicher Gegner – als Anzeichen einer neuen, expansiven Aussenpolitik unter französischen Kennern der Lage und der Art ihrer Veränderung geradezu perhorreszierend.³⁴ Der SA-Stabschef Röhm erschien in Belgrad und Rom mit grossem Gefolge und machte von sich reden.³⁵ Dass in dieser Situation seine Kontakte zu dem französischen Botschafter François-Poncet ebenso wie dessen offenbar von dritter Seite vermittelten Gespräche mit General v. Schleicher beobachtet wurden, erscheint nicht eben verwunderlich.

Die von Hitler beabsichtigte Lösung der Österreich-Frage im grossdeutschen Sinne erwies sich für ihn spätestens im Frühjahr 1934 als unmöglich, seine Bemühung um Italien als wenig erfolgreich. Er sah sich daher gezwungen, seine aussenpolitischen Ambitionen zunächst aufzugeben und seine Hand von Österreich abzuziehen. Doch dort hatte sich die von nationalsozialistischer Seite beeinflusste Entwicklung inzwischen verselbständigt. Hitlers Parteiinspekteur für Österreich, Habicht, berichtete Wochen hindurch über enge Beziehungen zwischen österreichischen Nationalsozialisten und der SA-Führung, die Hitler in seinem Misstrauen gegen Röhm bestärken mussten.

Der überraschende Schlag und die Morde vom 30. Juni sind dann doch aus einer eigentümlichen Anlage Hitlers zur Überreaktion zu erklären, der sich zuvor einer neutralen Haltung der Reichswehr versichert hatte, was jedoch nicht schon eine Erklärung – und schon gar nicht eine monokausale – für diese Ereignisse liefert. Im Grunde hatte er meist durch Überreaktionen gewonnen, unerwartet Drastisches getan und seine Gegenspieler überspielt, ausgespielt – nun auch vernichtet. Diese Überreaktion betraf 1934 alle innerpolitischen Gegenspieler – das waren sie in der Tat allesamt –, aber sie betraf auch ihre wirklichen wie vermuteten aussenpolitischen Ambitionen.

Die Gefährdungen, denen sich Hitler ausgesetzt sah, hatte er deutlich, aber gewiss nicht in selbstbewusster Gelassenheit erkannt. Seine Reaktion war weder weise, noch zeugte sie von staatsmännischen Qualitäten. Doch er konnte und musste auf die Passivität und den bevorstehenden Ausfall Hindenburgs rechnen. Der Reichspräsident hatte, wie in jedem Sommer der letzten Jahre, auch mitten in Krisenzeiten, am 4. Juni 1934 Berlin verlassen, um sich auf sein ostpreussisches Gut Neudeck zu begeben. Diesmal sprach vieles dafür, dass er seine Ferienmonate nicht überleben werde. Die Frage der Nachfolge im Amt des Staatsoberhauptes war mithin von der Ebene einer in bestimmten Kreisen heftig geführten Diskussion in den Vorraum unmittel-

bar anstehender Entscheidungen gelangt. Das bedeutete für Hitler, der keine Neigung zeigte, seine Macht beschneiden zu lassen, sondern danach strebte, sie auf jede ihm möglich erscheinende Weise zu erweitern, dass die Nachfolgefrage vor dem Ableben des Reichspräsidenten geklärt sein müsse. Seine Entscheidungen standen unter Zeitdruck.

Hitler fand die Lösung seines Problems darin, dass er alle möglichen Rivalen seines Machtanspruches – Röhm, Papen, in den Generälen v. Schleicher und v. Bredow letztlich die Reichswehr in ihren informiertesten politischen Exponenten, nachdem Generaloberst Frhr. v. Hammerstein zurückgetreten war, – noch eben vor dem Hinscheiden des Reichspräsidenten auf brutalste, ja grausamste Weise ausschaltete. Von Hitlers Vorgängern im Reichskanzleramt wurde der letzte ermordet, der vorletzte, Papen, der als Vizekanzler der Reichsregierung noch angehörte, festgesetzt, isoliert und seiner engsten Mitarbeiter beraubt. (Zwei wurden erschossen.) Heinrich Brüning entkam Ende Mai auf geheimen Wegen nach England; der vor ihm amtierende Reichskanzler der ‚grossen Koalition‘ war schon 1931 verstorben, der vor diesem amtierende ein betagter Mann ohne politische Ambitionen, dessen Vorgänger als Botschafter nach Washington geschickt; die übrigen Reichskanzler waren gestorben, zwei emigriert; nur ein längst vergessener Sozialdemokrat verbrachte seinen Lebensabend in Berlin.

Mit Hilfe der Propaganda vermochte sich Hitler durch seinen Coup bis August als Nachfolger des sterbenden Hindenburg in Szene zu setzen und sich von den düpierten oder gutgläubigen Mitgliedern seiner Reichsregierung sogar bestätigen zu lassen, dass die Massnahmen – in concreto: die Morde vom 30. Juni bis 2. Juli 1934 – «als Staatsnotwehr rechtens» seien, wie es im Gesetz über Massnahmen der Staatsnotwehr vom 3. Juli hiess. Das schloss auch nachträgliche Untersuchungen aus. In einer Volksabstimmung am 10. August wurde ein überwältigendes 90-prozentiges Einverständnis der deutschen Bevölkerung demonstriert.

Hitlers Reaktion, die Göring, Himmler und seine SS ausführten, wurde von einem grossen Teil der deutschen Bevölkerung mit gemischten Gefühlen und unsicheren Urteilen aufgenommen. Der ebenso abschreckende wie alarmierende Schlag, dessen ganzes Ausmass zunächst im Dunkeln blieb, liess die grenzenlose Rücksichtslosigkeit erkennen, die Hitler in entscheidenden Zeiten an den Tag legte. Der spätere französische Botschafter in Berlin, Coulondre, hat nach dem Kriege in seinen Memoiren anschaulich über seinen Eindruck eines psychotischen Wandels im Persönlichkeitsbild Hitlers berichtet.³⁶ Man wird ergänzen müssen, dass schon in frühen Jahren Hitler Anwandlungen erkennen liess, die künftige Entwicklungen dieses Mannes ankündigten – mit unabsehbaren Folgen seiner Herrschaft.

Die kurz danach folgende, unversehens rasche Zuspitzung in Wien, ein nationalsozialistischer Putsch und die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss im Juli überschatteten die Morde in Deutschland und bestätigten die Furcht Hitlers vor einer nicht mehr kontrollierbaren Entwicklung und vor

dem Verlust des letzten Ansehens unter den Grossmächten, vor dem Verlust seiner Macht trotz aller angewandten und zunächst erfolgreich scheinenden Techniken des Jahres 1933. Hitler hatte die Momente der Krise erfasst und in einem mehr auf Nutzung von Zufällen als auf Plan aufbauenden Spiel instrumentalisiert und auf rücksichtsloseste Weise für seine Zwecke ausgebeutet, monomanisch dem Ziel folgend, die grösstmögliche Macht, alle Entscheidungsgewalt in seinen Händen zu vereinigen. Der von den Miterlebenden überraschend empfundene Schlag von vorher unvorstellbarer Stärke und Rücksichtslosigkeit schockierte, düpierte und lähmte die zu politischer Opposition Befähigten auf Jahre hinaus.

V

Die Instrumente, derer sich Hitler bedient hatte, entwickelten bald ihr eigenes Dasein, eigene Strukturen und Machtkomplexe mit gewissen autonomistischen Tendenzen unterhalb der Macht des Führers. Am Beispiel der SS und der inkorporierten Polizeioorganisation ist am besten zu beobachten und früh schon dargestellt worden, wie sich innerhalb des zentralisierten Führerstaates mit unbestrittener Entscheidungs- und somit Machtkompetenz des ‚Führers‘ eine neuartige Polykratie³⁷ ausbildete. Hitler hatte 1934 jedoch die grösstmögliche Macht erreicht, in der er jeder übergeordneten Kontrolle enthoben war, aber nicht mehr auf politischem Wege entfernt und seine Verfügungsgewalt niemals anders als durch seine eigenen Entscheidungen wieder begrenzt werden konnte.³⁸ Auch dies unterschied fortan das deutsche Regime von dem faschistischen Italiens.

Die Frage, ob dies schon einen verfassungslosen Dauerzustand zwangsläufig nach sich zog, der dann tatsächlich entstanden ist, lässt sich indessen nicht bejahen. Es gibt unübersehbare Anzeichen, auch Aussprüche Hitlers selbst, die zunächst darauf hindeuten, dass bis 1937 der Gedanke einer abschliessenden und als dauerhaft betrachteten Reichsverfassung immer noch eine Rolle spielte, erwogen und erörtert wurde. Ein Interview, das Reichsinnenminister Frick Anfang 1935 einem amerikanischen Journalisten gab und das auch in Deutschland veröffentlicht wurde,³⁹ enthielt so etwas wie die Ankündigung eines künftigen Verfassungswerks. Hitler, so äusserte Frick, habe „nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 [. . .] bewusst darauf verzichtet, seine Machtstellung sofort durch ein fertiges Verfassungswerk zu befestigen [. . .] Heute arbeite die Regierung an der Verwirklichung der innerpolitischen Grundsätze des nationalsozialistischen Staatsgedankens und vollende auf legalem Wege den Neubau des Reiches. So wachse organisch mit der fortschreitenden Entwicklung Tag für Tag ein neues Stück Verfassung; und am Schluss der vom Führer beanspruchten Vierjahresfrist werde das Werk mindestens im Rohbau vollendet stehen«. Die staatsrechtli-

ehe Stellung des Führers und Reichskanzlers sei «stärker als die eines Souveräns» (wahrscheinlich meinte er: stärker als die eines Monarchen in vorparlamentarischer Zeit); alle Reichsminister, Reichsstatthalter, Beamte, Offiziere und Soldaten «seien nur ihm und er selbst nur der Nation verantwortlich». Offenkundig diene das Leitbild des frühneuzeitlichen Herrschers *legibus solutus* auch Frick zur Interpretation der erreichten Stellung Hitlers innerhalb des Gesamtgefüges der totalitären Staatsorganisation.

Dem entsprach die Ankündigung des weiteren Vorgehens, die Frick bei dieser Gelegenheit gab. Zunächst sollte das Reichsbürgerrecht nach Grundsätzen, die die nationalsozialistische Propaganda verkündete, geordnet werden: «Deutscher nur, wer deutschen Blutes» ist. Dies verwies bereits auf das sogenannte ‚Blutschutzgesetz‘ und die künftige Rassengesetzgebung, die als nächstes Ziel vorschwebte; die Nürnberger Gesetze meldeten sich an.⁴⁰ Erst nach dieser – in der Sprache einiger zeitgenössischer Juristen – ‚Homogenisierung‘ des Volkes sollte dann der ‚Volksstaat‘ – mit Hitlers Zustimmung – weiter ausgebaut werden. Doch das Normengefüge blieb in fortgesetzter Bewegung, veränderte sich unter den politischen Absichten des Tages ohne noch eindeutig bestimmbare Grenzen, aber auch in deutlicher Lockerung und schliesslich Auflösung geordneter Verfahrensweisen. Eine Rückbindung an übergeordnete, an grundgesetzliche oder verfassungsrechtliche Regelungen und Werte fand nicht statt.

Einzelne einflussreiche Beamte, auch solche eindeutig nationalsozialistischer Observanz bemühten sich zunächst um einen Ausweg in der Weise, dass sie unter der Hand eine Fortgeltung jener Teile der Weimarer Reichsverfassung voraussetzten, die nicht im Widerspruch zu den Gesetzen der nationalsozialistischen Zeit standen oder besser: zu stehen schienen. Staatssekretär Stuckart im dem nunmehr vereinheitlichten Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern tat dies sogar im Namen seines Ministers im Mai 1935, wobei er den Ausdruck «Zwischenverfassung» für die Reichsverfassung von Weimar setzte und beiläufig einen der gängigen Kommentare der zwanziger Jahre übernahm.⁴¹ Auch einige Öffentlichrechtler machten sich derartige Auffassungen zu eigen. Reinhold Horneffer entwickelte eine Theorie von drei Gruppen verfassungsrechtlicher Regelungen: solchen, die ausdrücklich aufgehoben, solchen, die «ausdrücklich übernommen», und solchen, die «stillschweigend übernommen» wurden, deren Geltung, wie Horneffer schrieb, vom «Willen des Führers» abhing, lediglich «dadurch gegeben bleibt, dass eben nichts geschieht». Der 1938 veröffentlichte Aufsatz trug den bezeichnenden Titel: «Das Problem der Rechtsgeltung und der Restbestand der Weimarer Verfassung.»⁴²

Aber ob man nun von ‚Zwischenverfassung‘ oder ‚Restbestand‘ sprach; beide Ausdrücke taten die Ungewissheit kund, die hinsichtlich der Geltung älteren Rechtes herrschte. Das betraf nicht nur die Normen der Reichsverfassung im engeren Sinne, sondern letztlich das gesamte Rechtssystem; dies lässt sich auch aus vielen richterlichen Entscheidungen entnehmen, die in

politischen Strafrechtsfällen – und nicht nur solchen – an Bekundungen Hitlers oder an Parteierklärungen anknüpften. Ein Bestand von Grundnormen war keineswegs gewährleistet, blieb allenfalls dort noch stillschweigend unangetastet, wo tagespolitische Erwägungen, Stimmungen und Gesinnungen nicht hinreichten, gewissermassen in den politisch noch nicht exponierten oder übergangenen Nischen des Rechtslebens, in denen der totalitäre Staat eben noch nicht total war. Jede Erörterung einer ‚Reichsreform‘ – und dies schloss, gravierender noch als vor 1933, alle Verfassungen ein – hatte Hitler schon im März 1935 untersagt. Die seit 1933 in Gang gebrachten Erörterungen einer Strafrechtsreform versandeten und erbrachten nichts.⁴³

Im letzten hing doch alles vom Willen des Führers ab; und der war im Einzelfall in aller Regel unerforschlich, tat sich nur von Zeit zu Zeit kund. Der Führer propagierte, kommandierte, beauftragte und delegierte, so dass ein immer schwerer überschaubarer Vollzugsapparat zur Ausführung des Führerwillens entstand, an erster Stelle seit 1936 der ‚Beauftragte für den Vierjahresplan‘, dem später allmählich andere, schliesslich auch der ‚Reichsminister für Bewaffnung und Munition den Rang abliefen – fast von Anfang an, mit ständig zunehmenden Befugnissen, die Politische Polizei in dem von der SS beherrschten ‚Reichssicherheitshauptamt‘. Aber auch erstaunliche Verbindungen kamen durch Kumulation von Befugnissen zustande, offensichtlich mit vorübergehend stabilisierender Wirkung, die es überhaupt erst ermöglichte, dass die immer weiter greifende Zielsetzung Hitlers und die immer schwerer werdende Belastung der Bevölkerung bis zum Ende dann doch zwölf Jahre lang durchgehalten wurde. Bislang wurde kaum gefragt, wie dies denn überhaupt möglich war.

VI

Was 1933 geschah, liess noch nicht den ‚Staat Hitlers‘ entstehen. Aber aus dem damals erreichten Zustand formte sich seit 1934 der Führerstaat aus. Der Aufbau und unaufhörliche Ausbau der Machtstellung des ‚Führers‘ einerseits und die Unfähigkeit seines Staates andererseits, sich einen verfassungsmässigen Zustand zu geben, ist keine Nebenerscheinung einer Entwicklung, von untergeordneter Bedeutung, sondern Charakteristikum kat exochen. Dies führte zu jener eigenartigen, stetig zunehmenden inneren, zusehends auch nach aussen ausgreifenden Bewegung und fortschreitenden Wandlung, die jede Norm, Institution und Position, die eben errichtet war, in Kürze schon wieder zerstörte, aufhob oder fragwürdig werden liess. Von den letzten Entscheidungen Hitlers hing immer mehr, schliesslich alles ab, was freilich nicht bedeutete, dass er wirklich in allem, wo Entscheidungen fällig wurden, auch wirklich allein entschied. In den späteren Jahren zog sich

seine Entscheidungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit immer deutlicher auf bestimmte und sich zusehends verengende Bereiche zurück – auf Aussenpolitik und Rüstung, die Judenpolitik, die Kriegführung, dann auf bestimmte strategische Fragen, bis zum endgültigen Verlust der Initiative, und schliesslich auf die bloss Alternative zwischen Aufgabe und Zerstörung, bis dann nur noch die Selbstzerstörung blieb.

Das Deutsche Reich in der Periode der nationalsozialistischen Herrschaft wurde zum ‚Staat Hitlers‘ – ohne wenn und aber. Wer Hitlers entscheidende Rolle – gewiss nicht in allen einzelnen Entscheidungen – in der Entwicklung des fortgesetzt sich weiter wandelnden Systems anzweifelt und Strukturen oder Ratgeber verantwortlich sehen will, übersieht geflissentlich, dass Hitler auch seine Berater wechseln konnte und dass er sie schliesslich auch wechselte wie Hemden, sogar die zu höchsten Ämtern unter ihm und in mächtigste Stellungen Berufenen auch wieder versties, wenn er es für angebracht hielt. Der Fall Röhm 1934 – vor dem Hintergrund des vorher stark expandierenden Einflusses dieses machtbesessenen Mannes betrachtet – zeigte die Möglichkeiten Hitlers bereits an, noch ehe er sich ‚Führer‘ und Reichskanzlei nennen konnte.

Nur drei von Hitlers mächtigsten Satrapen hielten sich bis zuletzt, nur einer von ihnen von Anfang bis Ende, nämlich Goebbels, der sicherlich der tatkräftigste und einer der intelligentesten unter den ‚Nazileaders‘ war, schliesslich Martin Bormann, ein merkwürdiger Karrierist von schwer definierbarem Charakter, und noch der Grossadmiral Dönitz, der von Haus aus wenig oder fast gar nichts mit Hitlers NSDAP zu tun hatte, aber als einer der getreuesten Militärs – in eng begrenztem fachlichen Sinne – durch einen falsch eingeschätzten, lediglich vorübergehenden Erfolgseffekt im militarisierten Hitler-Staat nach oben befördert worden war und dort auch blieb.

Die Hervorkehrung der Rolle Hitlers hat freilich nichts mit dem Anliegen jener Richtung von Textinterpreten oder Textologen in der Zeitgeschichte zu tun, die alles, was geschah, aus Hitlers Äusserungen herleiten möchten, die viele Widersprüche in sich aufweisen, wie der Mann selbst in sich widersprüchlich war. Die mit einem schwachen Ausdruck bezeichneten ‚Programmologen‘ in der Zeitgeschichte haben nur Missverständnisse erzeugt und Kontroversen verschärft. Die Fälschung von Hitler-Tagebüchern gleicht schliesslich einem parodistischen Witz auf dem auch von betulichen Historikern vorbereiteten Boden des Missverständnisses.

Schon von dieser Seite her gesehen, blieben der Staat Hitlers und die Diktatur Mussolinis miteinander unvergleichbar. Schon die schlichte Tatsache, die man sehen muss, dass die Italiener ihren Monarchen hatten, der, persönlich unbedeutend, nolens volens in eine Position geriet, wo sein Wort dann den Diktator stürzen konnte, zeigt wie anders die Gewichte hier und dort lagen. Deutschland hatte nicht nur seinen Monarchen verloren und war

eine Republik geworden; es verlor 1934 dann auch den Hort der Konservativen, den Reichspräsidenten v. Hindenburg, der schon im Kriege als angehender Militärdiktator nächst dem Kaiser galt, als Generalfeldmarschall und oberster Heerführer mit fast unzerstörbar erscheinendem Prestige.

Dieses Jahr 1934 wurde zu dem der eigentlichen deutschen Wende, nach der die Ebene der möglichen Vergleichen mit Italien und seinem Faschismus immer nur von partieller Bedeutung oder akzidentiell erscheint, noch weniger besagt als während der äusseren Abläufe der Ereignisse im Jahre 1933, für die übrigens die Nationalsozialisten auch keines Vorbildes oder eines Planes nach faschistischem Muster bedurften. An diese hatten sie sich allenfalls während ihrer frühen Phase im Jahre 1923 zu halten versucht; und dabei waren sie eklatant gescheitert. Den Einbruch Roms in Deutschland über München durch Hitler und seine braungewandete Bewegung, den noch 1932 allzu preussisch gesinnte Nationalkonservative als das wahre ‚deutsche Verhängnis‘ fürchteten,⁴⁴ gehörte – sofern diese Gefahr überhaupt bestand – nur einer kurzen Übergangsphase an in einer an Momenten des Übergangs überreichen Zeit.

Gewiss gab es eine zielbewusst – gerade in Krisenphasen oder angesichts der Möglichkeit einer heraufziehenden Krise – gesteuerte und gesteigerte, hyperbolische Propagierung für Person und Amt des Führers; gewiss nahm sie auch – psychologisch mit einigem Erfolg – Anleihen an historischen Vorstellungen und an Prädispositionen religiöser Art. Gewiss ist dies durch stetige und zielgerichtete Operationen des Propagandaapparates unter Goebbels von Anfang an aufgebaut worden. Auch die weit verbreitete emotionale Erwartung des charismatischen Führers, des allen anderen überlegen Mannes war wesentlich im Spiel, okkupierte Gefühle und formte Idealvorstellungen. Doch ganz und gar verfehlt ist, es so hinzustellen, als sei das Führertum im Dritten Reich überhaupt nur ein sogenannter ‚Mythos‘, im Sinne einer Legende oder bewussten Täuschung der Bevölkerung, gewesen, eine blosser Fiktion, hinter der die tatsächliche Entscheidungsmacht und Entscheidungskraft Hitlers zurückgeblieben sei, so dass man gar nicht mehr von Führer und Führerstaat sprechen möchte. ‚Limits of Hitler’s Power‘ hat es sicherlich gegeben, aber doch nicht solche, die ihn bloss als eine der Sekundärererscheinungen der nationalsozialistischen Geschichte einzustufen erlauben.

Nach Beginn des Krieges wurden die Regierungsgeschäfte von Lammers, dem Chef der Reichskanzlei, zusammengezogen. Vorlagen für Gesetze und Entscheidungen, die Lammers vorbereitete, bedurften nur noch der Zustimmung des Stellvertreters des Führers, des ‚Chefs der Reichsverwaltung‘, Frick, des ‚Beauftragten für den Vier-Jahres-Plan‘, Göring, und – soweit militärische Angelegenheiten in Betracht kamen – auch des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht. Dieses System funktionierte jedoch nur

für geringe Zeit so, wie es Lammers sich vorgestellt hatte. Auch mit der Zurückdrängung von Frick und später auch Göring wurde doch nie der Bereich der Sonderzuständigkeiten, den sich Himmler als ‚Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei‘, später, seit 1943 auch als Reichsinnenminister, aufzubauen wusste, ernsthaft tangiert, eher unkontrolliert gelassen. Eine Art Sondervortragsrecht und eine Sonderstellung behaupteten ausserdem der ‚Reichsminister für Bewaffnung und Munition‘, und schliesslich Reichspropagandaminister Goebbels, seit 1944 auch als Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz‘.

Völlig verschoben wurden die Zuständigkeitsregelungen, obgleich sie formal noch erhalten blieben, nach dem Flug von Rudolf Hess nach England im Mai 1941. Sein Nachfolger Martin Bormann gab sich mit den bisherigen Zuständigkeiten keineswegs zufrieden. Die von ihm vorgenommene Vereinigung der Ämter des ‚Chefs der Parteikanzlei‘ und ‚Stellvertreters des Führers‘ mit der von ihm selbst erfundenen, aber schliesslich offiziell anerkannten Funktion des ‚Sekretärs des Führers‘ sicherte ihm schliesslich jene gewaltige Machtstellung, in der er als unmittelbar wirkendes Organ Hitlers tätig werden konnte. Energisch und rücksichtslos nach aussen, kleinlich und engstirnig im Wesen, devot, hilfsbereit und ergeben gegenüber Hitler, war Bormann nun der zweite Mann im nationalsozialistischen Führerstaat. Offenkundig mit Genugtuung schrieb er in einem Aktenvermerk, dass Lammers ihm über die Einwände anderer wiedergegeben habe: «[...] nun würde Dr. Lammers wohl überflüssig sein. Der Reichsmarschall [Göring] habe ihm [. . .] gesagt, künftig solle er wohl die Hände an die Hosennaht legen, wenn er einen Brief von mir als Sekretär des Führers erhielte.»⁴⁵ In der Tat konnte Lammers alsbald nur noch über Bormann mit dem Führer in Verbindung treten, dessen ‚Sekretär‘ ständig zu seiner Umgebung gehörte. Die Vertraulichen Informationen[^] das Verordnungsblatt des Chefs der Parteikanzlei, das bezeichnenderweise nicht in der Öffentlichkeit bekanntwerden durfte, teilten unter dem 2. Juni 1943 ein Schreiben von Lammers in seiner Eigenschaft als Reichsminister und Chef der Reichskanzlei an die Obersten Reichsbehörden und die dem Führer unmittelbar unterstehenden Dienststellen mit, dass Reichsleiter Bormann neben seiner Eigenschaft als Leiter der Parteikanzlei auch Aufgaben ständig wahrnehme, «in denen ausserhalb des Rahmens der Partei Weisungen und Auffassungen des Führers führenden und leitenden Persönlichkeiten des Staates und staatlichen Dienststellen im Auftrage des Führers übermittelt werden sollen.»⁴⁶ Fortan gab es nun auch ‚Führerweisungen‘, die gar nicht mehr den Namen Hitlers trugen, sondern als dessen Anweisungen an Bormann mit dessen Unterschrift bekanntgemacht wurden.

In Gesprächen zwischen Hitler und Bormann wurde aber nicht nur über das Nächstliegende sondern über Weltgeschichte, sogar über die letzten Dinge entschieden, wie wohl beide meinten. So gibt es Niederschriften Bormanns, wie z.B. vom 30. November 1944, nach «einem Tee-Gespräch

am gestrigen Abend». Hitler äusserte, wie Bormann festhielt: «Jesus war sicher kein Jude, denn einen der ihren hätten die Juden nicht den Römern und dem römischen Gericht ausgeliefert, sondern selbst verurteilt. Vermutlich wohnten in Galiläa Nachkommen römischer Legionäre (Gallier) und zu ihnen gehörte Jesus. Möglich, dass seine Mutter Jüdin war. Jesus kämpfte gegen den verderblichen Materialismus seiner Zeit und damit gegen die Juden. Paulus – zunächst einer der schärfsten Gegner der Christen – erkannte plötzlich, welche ungeheuren Möglichkeiten die richtige Verwendung einer faszinierenden Idee bot. Paulus erkannte, dass die richtige Verwendung einer tragenden Idee bei Nichtjuden eine weit höhere Macht gab als das Versprechen materieller Belohnung beim Juden. Und nun fälschte Saulus-Paulus in raffinierter Weise die christliche Idee um: Aus der Kampfansage gegen die Vergottung des Geldes, aus der Kampfansage gegen den jüdischen Eigennutz, den jüdischen Materialismus wurde die tragende Idee der Minderrassigen, der Sklaven, der Unterdrückten, der an Geld und Gut Armen gegen die herrschende Klasse, gegen die Oberrasse, gegen die Unterdrücker! Die Religion des Paulus und das von da an vertretene Christentum war nichts anderes als Kommunismus¹ Ich warf ein: ‚Im grundsätzlichen bleibt sich das Handeln der Juden gleich: Überall stellten die Juden die Führung der unteren Klassen gegen die herrschende Klasse. Sie weckten die Unzufriedenheit gegenüber den jeweils bestehenden Zuständen, weil nur aus der Saat dieser Unzufriedenheit ihre Ernte kommen konnte. Sie verhetzten und vergifteten die Atmosphäre gemeinsamer Blutsbande, sie waren die Lehrer der Klassenkampftheorie. Jede Ablehnung des Klassenkampfes ist deshalb antijüdisch, jede antikommunistische Lehre ist antijüdisch, jede antichristliche Lehre ist antijüdisch und vice versa. Demgemäss ist unsere nationalsozialistische Lehre völlig antijüdisch = antikommunistisch = antichristlich [.. .].» Man gewinnt den Eindruck, dass Bormann sich das letzte Wort hier wie wohl auch in anderen Dingen vorbehielt, wenn auch stets in getreuer Übereinstimmung mit seinem Führer – als ‚Hitlers Schatten‘⁴⁷, in einem tieferen Sinne dieses alten Wortes. Dies war der Nationalsozialismus, wie er sich bis zum Vorabend des Zusammenbruchs ausgeformt hatte und den Bormann auf die kürzeste Formel brachte.

Anmerkungen

¹ Die Kommunistische Internationale. Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Heft 7/1933, S. 114f, 15. Mai 1933. Vgl. auch die Schriften des der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) nahestehenden marxistischen Schriftstellers Fritz Sternberg, Der Niedergang des deutschen Kapitalismus, Berlin 1932, S. 399; Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935, geschrieben im Herbst 1934 im tschechischen Exil, etwa S. 181, 313, 320. Auch eine spätere Erklärung Sternbergs 1934 hierzu blieb auf dem gleichen Fuss: „Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen in den Massen

zunichte macht und sie aus dem Einfluss der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution.» (Hervorhebung von mir. G. Sch.).

² Der nachfolgende Teil knüpft an einen Vortrag an, der in Berlin gehalten, dort veröffentlicht und hier sachlich wesentlich erweitert wurde: Gerhard Schulz, Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens, in: Deutschland 1933. Machtzerfall der Demokratie und nationalsozialistische «Machtergreifung» Eine Vortragsreihe, hrsg. von Wolfgang Treue und Jürgen Schmädke, Berlin 1984, S. 65-96.

³ Hierzu und zum Folgenden sei auf die drei Teile der nach wie vor unentbehrlichen frühen Forschungsarbeiten verwiesen von Karl Dietrich Bracher/Gerhard Schulz/Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, 3. Auflage als Taschenbuchausgabe in 3 Bänden, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974(1. Aufl. 1960).

⁴ Die gründlichste Untersuchung hierzu: Uwe Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972/Taschenbuchausgabe Düsseldorf 1979.

⁵ Statistisches Gesamtwerk, bearbeitet vom Statistischen Reichsamt: Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 434), Berlin 1935. In der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 gab es in einer grossen Mehrzahl der unteren Verwaltungsbezirke, Land- und Stadtkreise, nationalsozialistische Stimmenmehrheiten, auch in 10 der 20 Berliner Bezirke, während in 9 Bezirken die KPD führte.

⁶ Treffend neuerdings das Urteil von Karl Dietrich Bracher, Die totalitäre Verführung. Probleme der Nationalsozialismusdeutung, in: Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, hrsg. von Dieter Albrecht/Hans Günter Hockerts/Paul Mikat/Rudolf Morsey, Berlin 1983, S. 341. Vgl. hierzu auch Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975, S. 551 f., 585ff., 721 ff., 865.

⁷ Kartensammlung in der Tasche zu Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965.

⁸ Zuletzt hierzu Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparlei zwischen christlichem Selbstverständnis und «Nationaler Erhebung» 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977; Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340-378; auch ders., Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933-1945, in: Martin Broszat/ Hartmut Mehringer, Bayern in der NS-Zeit V, München/Wien 1983, S. 541 ff.

⁹ Sternberg, Niedergang des deutschen Kapitalismus, S. 390. Bisher noch nicht ausgewertete interne wahlsoziologische Untersuchungen innerhalb der KPD-Führung wiesen in eine ähnliche Richtung und bezeugten auch dort enttäuschte Erwartungen.

¹⁰ Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (RGBl. 11933, S. 83), § 2: «Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.»

¹¹ Hierzu und zum Folgenden Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Massnahmenstaates, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974, Kap. IB u. II.

¹² Erlass über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RGBl. I 1933, S. 104); darauf fussend, dann am 30. Juni 1933 die Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RGBl. I 1933, S. 449).

¹³ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. I 1933, S. 141). Zur Haltung der Parteien in der Reichstagsitzung vom 23. März vor allem Morsey, Untergang des politischen Katholizismus, S. 115-151 («Wendepunkt Ermächtigungsgesetz»); Fritz Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957; Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, erläutert u. hrsg. von Rudolf Morsey, Göttingen 1968, Nachdruck 1976; Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960; Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, bes. Bracher, Erster Teil, II. Kap., 6. u. 7.,

Schulz, Zweiter Teil, I. Kap. B, 1.; Hans Schneider, Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1961.

¹⁴ Gesetz über den Neuaufbau des Reiches (RGBl. I 1934, S. 75). Über Entstehung und Vorgeschichte: Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Massenstaates (Machtergreifung, Zweiter Teil), H960, S. 595-599. 1974, S. 271-279, 510-513.

¹⁵ Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934 (RGBl. I 1934, S. 747).

¹⁶ Erlass des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes vom 1. August über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 2. August 1934 (RGBl. I 1934, S. 758). Eine gut brauchbare, wenn auch nicht vollständige Sammlung einschlägiger Gesetzestexte, soweit sie veröffentlicht wurden, enthält das handliche Bändchen von Uwe Brodersen, Gesetze des NS-Staates, mit einer Einleitung von Ingo v. Münch, Berlin/Zürich 1968.

¹⁷ Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, mehrmals neu aufgelegt.

¹⁸ Stephen Roberts, The House that Hitler Built, London 1937, S. 61 (Kapitelüberschrift), mehrmals aufgelegt.

¹⁹ Hierzu Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 348 ff.

²⁰ Im Grunde sind hierin schon die realpolitischen Ansätze zu erkennen, die fortentwickelt und später in der dauerhaft anregenden Theorie des Doppelstaates interpretiert wurden; Ernst Fraenkel, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York 1941, Neudruck und deutsche Übersetzung 1969.

²¹ Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 (RGBl. I 1933, S. 1016), das die Reichsregierung erliess, erklärte u.a. die NSDAP zur Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Satzungsrecht des ‚Führers‘ (§ 1 Abs. 2).

²² Dies der Titel eines in Amerika erschienenen, zu Unrecht vergessenen Buches von Sigmund Neumann, Permanent Revolution. The Total State in a World at War, New York/London 1942.

²³ Entgegen älteren Darstellungen jetzt gründlicher behandelt in der Biographie von Gerhard Beier, Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978, S. 104f.

²⁴ Niederschrift über die Reichsministerbesprechung am 13. Oktober 1933, abends, abgedruckt: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Serie C, Bd. I, 2, Göttingen 1971, S. 908; neuerdings auch: Akten der Reichskanzlei, hrsg. von Konrad Repgen und Hans Booms. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Band 2, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 906. Die Reichsstatthalter wurden angewiesen, «vorläufig» keine Neuwahlen zu den Landtagen anzuordnen. Tatsächlich fanden nie mehr Wahlen statt, waren die Landtage de facto(!) aufgehoben.

²⁵ Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 114; per Saldo gab es freilich in jedem der Jahre seit 1933 eine stärkere jüdische Auswanderung. Hierzu die sorgfältige Einleitung zu: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, Leitung u. Bearb. von Werner Röder/Herbert A. Strauss u.a., München/New York/London/Paris 1980, bes. S. XXI.

²⁶ Der wichtigste ältere, allerdings noch weitgehend auf die Dreiecksbeziehung Hitler-Reichswehr-SA begrenzte Beitrag hierzu ist nach wie vor der von Wolfgang Sauer, Machtergreifung, Dritter Teil, IV. Kap., 3. Die Tendenz zur monarchischen Restauration wird schon deutlich erkannt. Auch Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Übersetzung aus dem Amerikanischen, Berlin/Frankfurt a. M. 1966, S. 448 ff.

²⁷ Politische Lageberichte mehrerer Regierungspräsidenten, die noch eingehender Auswertung bedürfen, bezeugen diese Unruhe vor allem auch in der ländlichen Bevölkerung.

²⁸ Vgl. die Überlieferungen in den Aufzeichnungen von Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934-1945, hrsg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974, S. 23 ff.

²⁹ Siehe Anm. 27.

³⁰ Abfälliges Urteil von Brüning, Briefe und Gespräche, S. 25. Vgl. die Erinnerungen eines

der überlebenden engeren Mitarbeiter Papens, Fritz Günther v. Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972, S. 164; Franz v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 364, erwähnt die von ihm gehaltene, von Edgar J. Jung verfasste Rede nur mit einem einzigen Satz. Vgl. auch Karl Martin Grass, Edgar Julius Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933-1934, phil. Diss. Heidelberg 1966.

³¹ Anthony Eden, Earl of Avon, Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923-1938, Übers., aus dem Englischen, Köln/Berlin 1962, S. 89 f.

³² Telegramm des Botschaftsrats Forster aus Paris, 11. Mai 1934, AD AP, C, Bd. II, 2, S. 795 f. In Anbetracht der ausserordentlich gut informierten Berichterstattung des französischen Botschafters aus Berlin konnten wohl, wie früher schon, Fragen über seine Rolle aufkommen. Vgl. die zuverlässigen Berichte von François-Poncet vom 4. und 16. April 1934 an Barthou, an Doumergue vom 26. April und wieder an Barthou vom 2. Mai, Document Diplomatiques Français 1932-1939, 1^{re} Série (DDF), T. VI, Paris 1972, S. 153 ff., 290ff, 356-369, 393 ff.

³³ In einer Rede in der Sitzung der Abrüstungskonferenz in Genf am 30. Mai 1934 bediente sich Barthou eines Graf Mirabeau entlehnten Wortes: Der Krieg sei Preussens nationale Industrie. Diese Passage wurde jedoch aus der verbreiteten schriftlichen Fassung der Rede getilgt. AD AP, III, 1, S. 6; DDF, VI, S. 365. Damals nicht bekannt war, dass sich Sir Robert Vansittart, der Ständige Unterstaatssekretär des Foreign Office, in einem «Memorandum on the future of Germany» an die britische Regierung im gleichen Sinne, aber noch deutlicher und ausführlicher geäußert hatte. Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, 2nd Series, T. 6, bes. S. 989.

³⁴ DDF, VI, S. 365f, 393ff; hierzu ADAP, II, 2, S. 666ff., 669f., 684ff., 695f., 713ff. Diesem Manöver folgte alsdann eine französisch-sowjetische Annäherung.

³⁵ Vgl. John L. Heinemann, Hitler's First Foreign Minister. Constantin Freiherr von Neurath, Diplomat and Statesman, Berkeley/London 1979, S. 79.

³⁶ Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936-1939. Erinnerungen des französischen Botschafters, deutsche Übers. Bonn 1950, S. 254f.

³⁷ Diesen Ausdruck habe ich zuerst 1960 eingeführt, um ein wesentliches Strukturcharakteristikum des nationalsozialistischen Führerstaates zu bezeichnen. Schulz, Machtergreifung, II. Teil: Die Anfänge des totalitären Massnahmenstaates, IV. Kap., 4. Jüngere Autoren, die den Ausdruck übernommen haben, verkennen teilweise die Zusammenhänge.

³⁸ Dies bezeichnet offenbar auch Anlass und Ausgangspunkt der Opposition Carl Friedrich Goerdelers etwa seit 1936, soweit man seinem Biographen Gerhard Ritter folgen kann.

³⁹ Die staatsrechtliche Struktur des Dritten Reiches, in: Berliner Börsenzeitung, Nr. 16 vom 10. Januar 1935. Vgl. Bundesarchiv Koblenz, (BA), R 22/1.

⁴⁰ Vgl. hierzu neuerdings Lothar Gruchmann, Das ‚Blutschutzgesetz‘ vom 15. 9. 1935 und die Justiz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 418-442.

⁴¹ 28. Mai 1935, BA, R22/1.

⁴² Zeitschrift für die gesamte Staats Wissenschaft 99 (1938).

⁴³ Die vielfältigen Auswirkungen können hier natürlich nicht behandelt werden. Sie finden sich in noch unausgewerteten Überlieferungen in beträchtlichem Umfang.

⁴⁴ Ernst Niekisch, Hitler, ein deutsches Verhängnis, Berlin 1932.

⁴⁵ Aktenvermerk von Bormann im Führerhauptquartier, 8. 5. 1943, B A NS 6/159.

⁴⁶ BA, NS 6/159.

⁴⁷ So der Titel des Buches von Joseph Wulf, Martin Bormann, Hitlers Schatten, Gütersloh 1962.

Die Krise der dreissiger Jahre als Fragen an Christentum und Kirchen¹

Krise und Erneuerung, «challenge and response», wie der englische Historiker und Kulturphilosoph Arnold Toynbee das nennt, sind Grundmuster unseres historischen Verstehens. Dies gilt auch für die Kirchengeschichte. Auch hier richtet sich unser Augenmerk vorzugsweise auf die Zeit kritischer Zuspitzungen und ihrer Folgen: die Krise des römischen Reiches und der Weg zur Reichskirche im 4. Jahrhundert; der Streit zwischen kaiserlicher und päpstlicher Gewalt im Mittelalter; Reform und Reformation im 14. und 15. Jahrhundert; das sind berühmte Beispiele dieses Grundmusters, Beispiele epochalen Zuschnitts.

Das Thema, das uns heute beschäftigen soll, liegt uns zeitlich näher. So lässt sich über seine epochale Bedeutung für die Kirchengeschichte noch nichts ausmachen. Aber dass die Krise der dreissiger Jahre und die durch sie ausgelöste und herbeigeführte Erneuerung den deutschen Protestantismus jedenfalls in einer Hinsicht tief verändert hat – und in dieser Hinsicht tiefer als irgendein anderes Ereignis seit der Reformation –, dies scheint mir ausser Zweifel zu stehen. Denn – um dies mit einem Satz vorwegzunehmen – erst diese Krise und ihre Folgen beendeten *tatsächlich* das sogenannte Landesherrliche Kirchenregiment, das für mehr als vier Jahrhunderte das Verhältnis der deutschen Reformationskirchen zum Staat bestimmt hatte. Rechtlich freilich war dieses Institut bekanntlich schon seit 1918 erloschen. Aber das Landesherrliche Kirchenregiment war ja nicht bloss eine Rechtsfigur. Sein Grundgedanke, nämlich das besondere, ja einzigartige Verhältnis von Staat und Kirche, wie es im deutschen Luthertum verwirklicht schien, war damit noch keineswegs endgültig aus der Welt. Tatsächlich war es erst die Barmer Synode von 1934 und ihre berühmte «Theologische Erklärung», die dieses besondere Verhältnis von Staat und Kirche als theologische Idee beendete – eine in den vielen Beiträgen zu Barmen weithin übersehene Folge.²

So sollen im Mittelpunkt dieses Vortrags Vorgeschichte und Bedeutung der Barmer Erklärung stehen sowie die Folgen, die diese Erklärung für jenes Verhältnis von Staat und Kirche besass, das wir mit dem Begriff des Landesherrlichen Kirchenregiments beschreiben. Es geht hier also nicht um eine weitere Auslegung von Artikel 5 der Barmer Erklärung im Blick auf die Bedeutung für das aktuelle oder sogar künftige Verhältnis von evangelischer

Kirche und dem Staat der Bundesrepublik Deutschland, sondern es geht um ein durchaus historisches Thema – ein Thema freilich, das gleichwohl nicht ohne Aktualität ist.

I. Der Ausbruch der Krise

Die unmittelbare, jedermann sichtbare Krise des deutschen Protestantismus begann mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches.³ Die Novemberrevolution von 1918 und ihre Folgen bedeuteten nicht nur das Ende seiner traditionellen rechtlichen Ordnung, eben des Landesherrlichen Kirchenregiments, das die evangelischen Kirchen durch den Summepiskopat mit den jeweiligen Territorien aufs Engste verband; die Revolution nahm ihm auch seinen politischen Rückhalt; gefährdete seine wirtschaftlichen Grundlagen und war geistig nicht weniger als eine Katastrophe.

Zwar gelang es dank der Gunst der Stunde 1919 in der Weimarer Verfassung die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Kirche in einer, in den Revolutionswirren kaum für möglich gehaltenen Weise zu sichern, was selbst von den konservativen Kirchenleitungen durchweg anerkannt wurde. Aber die geistige Krise war damit nur scheinbar gelöst. Dies galt nicht nur für jene kritische theologische Bewegung, die mit dem Namen Karl Barths verknüpft war, und die die neue kirchliche Zufriedenheit erbittert attackierte; es galt, wie sich zeigen sollte, fast noch mehr für die breite Bewegung des deutschen Nationalprotestantismus, die, tief unzufrieden mit den deutschen politischen und kirchlichen Verhältnissen, auf eine nationale Erneuerung des Luthertums und eine lutherische Erneuerung der Nation hoffte – eine Hoffnung übrigens, die von einem kräftigen Schuss Antikatholizismus begleitet war.

In welchem Umfang und in welcher Tiefe diese nationalprotestantischen Ideen im deutschen Protestantismus noch verbreitet waren, dies zeigte sich überraschend deutlich seit dem Machtantritt Hitlers. Mit ungeheurer, scheinbar unwiderstehlicher Gewalt brachen sich im Frühjahr und Sommer 1933 die deutsch-christlichen Vorstellungen von der grossen Einheit von Reich, Volk, Führer und lutherischer Kirche Bahn. Die neue Regierung der nationalen Konzentration entband im deutschen Protestantismus unerhörte neue Erwartungen; vieles von dem, was seit 1918 zurückgedrängt worden war, kam nun erneut an die Oberfläche und verband sich zur enthusiastischen Hoffnung auf die Erneuerung Deutschlands und die Vollendung der Reformation im Zeichen einer nationalen, lutherischen Reichskirche.

Wer unter den Fahnen von Kirche und nationaler Bewegung in diese Richtung marschierte, für den besass das Grundprinzip der Trennung von Kirche und Staat, wie es die Weimarer Verfassung als liberalen Fortschritt festhielt, begreiflicherweise nur wenig Anziehungskraft. Zwar gab es zu-

nächst noch keine konkreten staatskirchenrechtlichen Vorstellungen, wie das neue Verhältnis von Kirche und Staat in Zukunft zu gestalten sei, aber an eine grundsätzliche Veränderung der Dinge, wenigstens an eine innere Gleichschaltung bei äusserer Beibehaltung der Form, dachte man allemal. Später, im Herbst und Winter 1933/1934, machten sich dann auch die jungen protestantischen Staatskirchenrechtslehrer ans Werk, um entsprechende Formulierungen zu finden.⁴

Der konservative Widerstand der alten Kirchenleitungen war schon im Sommer 1933 – nicht ohne tatkräftige Mithilfe von Partei und Staat – überrannt. Im Juli wurde eine neue Reichskirchenverfassung erzwungen; im September Hitlers Vertrauensmann zum ersten Reichsbischof gewählt.

Der Sieg der Deutschen Christen schien vollständig. Allein, nun begann sich auch der Widerstand zu formieren. Ein Pfarrernotbund entstand, in dem sich die bekennnistreuen Pfarrer zusammenschlossen; im Januar 1934 waren es weit über 40 Prozent aller evangelischen Pfarrer, die auf der Bekenntnisseite standen. Die süddeutschen Landeskirchen Bayern und Württemberg, neben Hannover als einzige aus dem revolutionären Geschehen leidlich «intakt» hervorgegangen, kämpften um ihre Unabhängigkeit, und landauf landab wuchs aus vielerlei Gründen die Unzufriedenheit mit dem neuen Reichsbischof. Trotzdem konnte der Ausgang dieses ungleichen Ringens nicht zweifelhaft sein.

Wenn gleichwohl ein halbes Jahr später, im Mai 1934, mit der ersten Reichsbekennnissynode von Barmen die evangelische Kirche in Deutschland ihre eigene Stimme wiedergefunden hatte, so war dies in erster Linie das Werk eines Mannes, das Werk von Karl Barth.

Wer also begreifen will, wie es gelang, sich einer fast übermächtig erscheinenden kirchenpolitischen Gewalt zu widersetzen, die erwünschte Gleichschaltung von Kirche und Staat zu verhindern und stattdessen die Kirche in ein unabhängiges Wächteramt einzusetzen – gewiss das Letzte, was die deutsch-christliche Bewegung im Sinne hatte –, der muss bei der theologischen Arbeit Karl Barths beginnen.

II. Die Bedeutung Karl Barths im Frühjahr 1934

Der Entwurf für die «Theologische Erklärung» von Barmen, in der diese ganze Entwicklung kulminierte, entstand in der Woche vor Pfingsten 1934 im Hotel Baseler Hof in Frankfurt a. M. An der Ausarbeitung waren drei Männer beteiligt: Hans Asmussen, ein junger Lutheraner aus Schleswig-Holstein, seit Anfang des Jahres amtsenthoben, der durch das «Altonaer Bekenntnis» vom Jahresende 1932 bekanntgeworden war; Thomas Breit, ebenfalls Lutheraner und seit 1933 bayerischer Oberkirchenrat und Stellver-

treter des bayerischen Landesbischofs; und der reformierte Theologieprofessor Karl Barth, der seit einigen Jahren in Bonn lehrte. An Barths entscheidender Rolle in diesem Kollegium kann kein Zweifel bestehen. Am 21. Mai, also nur wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Frankfurt, schrieb er an einen Freund: «Die Zusammenarbeit mit Asmussen und Breit, die ich letzten Dienstag und Mittwoch zu dem Ihnen bekannten Zwecke hatte, war eine sehr erfreuliche und ich glaube, dass Sie und die Wuppertaler Freunde auch mit dem Ergebnis zufrieden sein werden [. . .] Das Referat über die von uns vorbereitete Sache wird Asmussen halten, während der Text mit Ausnahme eines Satzes [. . .] von mir stammt.»⁵ Bei diesem einen Satz, den Asmussen beisteuerte, handelt es sich übrigens um die zweite Hälfte der zweiten These («durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen»).

Anders also als etwa das Augsburger Bekenntnis mit seiner einigermassen verwickelten Entstehungsgeschichte, anders auch als der Heidelberger Katechismus mit seinen vielen Bearbeitungsstufen, entsprang die «Theologische Erklärung» einem theologischen Willen. Sie ist ein Werk aus einem Guss.

Das aber kann für ihr Verständnis nicht ohne Folgen sein. Denn so eindeutig diese Erklärung durch die Zustimmung der Synode zu einem Bekenntnis der Kirche wurde, so sehr wird man sich bei dem Bemühen um ihre historische Absicht und Bedeutung zunächst an jenem theologischen Willen orientieren müssen, der sie geprägt und bestimmt hat.

Dies ist, wie noch zu zeigen sein wird, nicht die einzige historische Orientierung. Aber es ist die nächstliegende und wichtigste.

Unter den kirchlich-theologischen Äusserungen Barths in dieser Zeit sind es vor allem zwei, die in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung besitzen.

Die erste Äusserung ist seine erste öffentliche Äusserung zum Kirchenstreit überhaupt, die Schrift mit dem ebenso berühmten wie merkwürdigen Titel «Theologische Existenz heute!» vom Juni 1933.⁶ Sie war, was heute vielfach übersehen wird, im Besonderen an die deutschen evangelischen Pfarrer gerichtet und stellte eine einzige Beschwörung dar, jetzt «unter keinen Umständen»⁷ im Eifer für irgendetwas, was man für eine gute Sache hielte, seine theologische Existenz zu verlieren. Was aber meinte dieser merkwürdige Begriff? Karl Barth erklärt das sehr genau: «Unsere theologische Existenz», so sagt er, «ist unsere Existenz in der Kirche, und zwar als berufene Prediger und Lehrer der Kirche», und das heisst, wie er wenig später ausführt, «unsere Bindung an das Wort Gottes und die Geltung unserer besonderen Berufung zum Dienst am Wort Gottes [. . .]».⁸ Worin aber besteht nun die Gefahr des Verlustes dieser theologischen Existenz? Sie besteht darin, «dass wir über der Macht anderer Ansprüche die Intensität und Exklusivität des Anspruchs des göttlichen Wortes als solche nicht mehr und damit dieses Wort sofort überhaupt nicht mehr verstehen. Dass wir in der Ängstlichkeit vor allerhand Gefahren der Gewalt des Wortes Gottes nicht mehr so ganz

trauen, sondern ihm mit allerhand Veranstaltungen zu Hilfe kommen zu müssen meinen [...]». «Dass wir unter dem stürmischen Eindruck gewisser ‚Mächte, Fürstentümer und Gewalten‘ Gott noch anderswo suchen als in seinem Wort und sein Wort noch anderswo als in Jesus Christus und Jesus Christus noch anderswo als in der heiligen Schrift [. . .]»⁹

Wer dergestalt seine theologische Existenz verlöre, sei, so meinte Barth, nicht mehr Prediger und Lehrer der Kirche, sondern Politiker oder Kirchenpolitiker. Es sei kein Schimpf, dies zu sein, aber es ist eben «[...] etwas anderes, Theologe zu sein».¹⁰

Nach dieser Einleitung folgt eine vernichtende Kritik der kirchenpolitischen Pläne der Deutschen Christen, aber fast noch mehr ihrer Gegner, der kirchlichen Opposition. Ihnen, der sogenannten Jungreformatorischen Bewegung, seinen Freunden also, wirft Barth hier vor, ebenfalls nur Kirchenpolitik zu machen, nämlich «Taktik gegen Taktik, Überrumpelung gegen Überrumpelung, Kundgebung gegen Kundgebung zu setzen» und damit, wie die Kirchenpolitik der Deutschen Christen, «[...] mit ganz gewöhnlicher Politik ein gutes Stück weit verhängt [...]» zu sein.¹¹

Stattdessen ruft Barth die Pfarrer dazu auf, wo es nötig werde, d.h., wo der Feind in Sicht komme, «durch Wort und Tat das kirchliche Bekenntnis» zu wiederholen und zu bekräftigen. «Wo das Bekenntnis ist», heisst es dann wörtlich weiter, «da ist die eine heilige Kirche im Kampf mit dem Irrtum, in welchem sie nicht unterliegen wird. Wo dagegen ‚Bewegungen‘ sind» – Barth dachte hier selbstverständlich vor allem an die Glaubensbewegung Deutsche Christen und an die Jungreformatorische Bewegung –, «da ist selber schon Irrtum und Sekte mindestens in grösster Nähe. Der heilige Geist braucht keine ‚Bewegungen‘. Und die allermeisten ‚Bewegungen‘ hat wahrscheinlich der Teufel erfunden.»¹²

Was Karl Barth hier behauptet, kommt einer völligen Veränderung der Fronten gleich. Er behauptet nämlich, dass der Streit in der Kirche und um die Kirche ein *theologisches* und kein *kirchenpolitisches* und schon gar kein *politisches* Thema sei; und dass der Kampf deshalb theologisch – mit dem kirchlichen Bekenntnis in Wort und Tat –, nicht aber kirchenpolitisch oder politisch geführt werden müsse, andernfalls er unweigerlich verloren gehe.

Das war damals und ist noch heute eine verblüffende Behauptung. Aber sie bedeutete die Rettung. Und wir erkennen hier bereits die ursprüngliche Bedeutung der Barmer Theologischen Erklärung. Dass die Synode diese Erklärung annahm, bedeutete, dass die kirchliche Opposition für einige Wochen oder Monate im Frühjahr und Sommer 1934 dieser theologischen Linie folgte. Sie folgte ihr, nachdem sie überall dort, wo sie sich politisch und kirchenpolitisch versucht hatte – am deutlichsten bei dem verheerenden Führerempfang am 25. Januar 1934¹³ –, die schmachlichsten Niederlagen erlitten, dagegen überall dort, wo sie zum Bekenntnis rief, ungeahnte Zeichen des Geistes und der Kraft empfangen hatte.¹⁴ «Gott», so kommentierte der Essener Pfarrer Graeber in Barmen diese Erfahrungen drastisch genug,

«[Gott] hat uns zusammengeprügelt, und vielleicht brauchen wir noch mehr Prügel».¹⁵

Die historische Bedeutung der Theologischen Erklärung lag also zunächst darin, dass sie sich die damals übermächtige politische Fragestellung eben gerade *nicht* aufnötigen liess. Eben darin bestand ihre befreiende Kraft, eben darin auch das Geheimnis ihrer Wirkung. Und wenn ich die Botschaft von Barmen in dieser Hinsicht richtig verstehe, so ist dies noch immer ein wichtiger Punkt: dass die Kirche sich keine politischen Themen – gelegene oder ungelegene – aufnötigen lässt.

Diese Grundposition, die wir schon in der «Theologische[n] Existenz heute!» finden, wird nun wiederholt und ausgeführt in der zweiten kirchlich-theologischen Äusserung Karl Barths, die wir hier heranziehen wollen, und die bereits in die unmittelbare Vorgeschichte von Barmen gehört. Es handelt sich um seine «*Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart*» auf der ersten Freien reformierten Synode zu Barmen-Gemarke am 3. und 4. Januar 1934.¹⁶

Hier finden wir bereits die Form von These und Verwerfung; hier finden wir den Aufruf an Lutheraner, Reformierte und Unierte, gemeinsam zu reden; und hier finden wir auch zum ersten Mal in dieser Weise ausdrücklich ausgesprochen, was nach Barths Überzeugung den Kern des Kirchenkampfes bildete.

Es ging dabei nicht um die politischen Fragen von Unterdrückung und Entrechtung; es ging nicht einmal um die kirchenpolitischen Bemühungen einer Gleichschaltung von Kirche und Staat; sondern es ging, wie Barth sagte, und wie Asmussen dann in Barmen fast wörtlich wiederholte, um einen Irrtum, der die Kirche schon seit Jahrhunderten verwüstete, um die Meinung nämlich, «*dass neben Gottes Offenbarung, Gottes Gnade und Gottes Ehre auch eine berechnete Eigenmächtigkeit des Menschen über die Botschaft und die Gestalt der Kirche, [. . .], zu bestimmen habe*».¹⁷

Die Erklärung, die sich die reformierte Synode dann zu eigen machte, bezog also nicht etwa eine politische Gegenposition zur politischen Position der Deutschen Christen, sondern sie argumentierte auf einer völlig anderen Ebene. Sie behauptete, dass der Irrtum der Deutschen Christen keineswegs ein politischer Irrtum sei, vielmehr «[...] derselbe wie der Irrtum der Papstkirche und der Schwärmerei», und dass der Feind mithin «[. . .] nicht ein neuer, sondern ein alter in neuer Gestalt» sei, nämlich der immer gleiche Anspruch des Menschen, «[...] unter Berufung auf seinen Geist, sein Gewissen, seine Gerechtigkeit Gott gegenüber ein zweiter Gott [. ..]» sein zu wollen.¹⁸

Und weil diese Front, Papsttum, Schwärmer und Humanisten, unbeschadet aller Lehrunterschiede zwischen Reformierten und Lutheranern, einst die gemeinsame Gegenfront zur reformatorischen Lehre bildete, deshalb konnte Karl Barth dazu aufrufen, dass lutherische, reformierte und unierte

Gemeinden und Kirchen erneut gemeinsam gegen diese Irrlehre streiten sollten.¹⁹

Aus der theologischen Thematisierung des Kirchenkampfes folgten schliesslich auch die Thesen zum Verhältnis von Kirche und Staat. So wie Barth die Dinge sah, mussten sie so formuliert sein, dass auch dieses Verhältnis von der Kirche aus unter allen Umständen nur theologisch zu bestimmen war. Keinesfalls durften hier inhaltliche politische Formulierungen auftauchen, die die ganze Erklärung dann gleichsam durch die Hintertür als eine eben doch politisch gemeinte Äusserung erscheinen lassen konnten.

So streng wie nur je eine lutherische Zwei-Reiche-Lehre unterschied darum Karl Barth hier, im Januar-Bekenntnis, zwischen Kirche und Staat, die je ihr eigenes, besonderes Amt besitzen. Ähnlich wie später in Barmen heisst es hier: *«Die Kirche kann dem Staat dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann sich aber auch ihr eigenes Amt nicht vom Staate abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre Gestalt nicht vom Staat her bestimmen lassen.»*²⁰

Kirche und Staat befinden sich also in einem Verhältnis wechselseitiger Unabhängigkeit und Freiheit. Es beruht auf der Unterscheidung der Ämter. So wenig der Staat ein kirchlich-theologisches Mandat besitzt, so wenig besitzt die Kirche ein staatlich-politisches Mandat. Aber – und auf diesem Aber liegt nun ein entscheidendes Gewicht – das bedeutet nicht, dass die Kirche den Staat sich selbst und seiner sogenannten Eigengesetzlichkeit überlassen und ihm «vorbehaltlosen Gehorsam entgegenbringen» dürfe. Das wird ausdrücklich abgelehnt. Von einer unpolitischen, einer weltabgewandten, einer nur an der Innerlichkeit des Menschen interessierten Kirche ist nicht die Rede. Die Unterscheidung der Ämter bedeutet vielmehr, dass die Kirche auf staatlich-politische Herausforderungen nur als Kirche, und das heisst theologisch antworten kann. Mit den Worten Karl Barths (und hier hören wir schon die fünfte These von Barmen) hiess das: Die Kirche begleitet die Welt, auch die Welt des Politischen, *«[. . .] mit der ernstesten Anerkennung ihres zeitlichen, bestimmten und begrenzten Rechtes mit ihrer Fürbitte, aber auch mit der Erinnerung an Gottes Reich, Gesetz und Gericht, mit der Hoffnung auf ihn, der alles lenkt, um alles neu zu machen»*. «Das», so erläutert Karl Barth, «ist der entscheidende Akt, den die Kirche für die Welt tun kann». Die politischen Mittel der Kirche also sind die Mittel der Kirche überhaupt: Fürbitte und Predigt.²¹

Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass die *«Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart»* nichts anderes enthielt, als die Ausfüllung und Bekräftigung dessen, was in der *«Theologische[n] Existenz heute!»* bereits grundsätzlich entschieden war. Es ging darum, den Kirchenkarhpf (um hier ein berühmtes Zitat von Karl Marx zu variieren) vom Kopf auf die Füsse zu stellen, das hiess, die politischen und kirchenpolitischen Auseinandersetzungen entgegen allem Anschein zu theologischen zu erklären. Erst wenn die kirchliche Opposition dies begriffen hatte, konnte sie als Kirche argumentie-

ren und wurde damit zu einem Politikum. Eben das ist auch, wie sich schon an der Verwandtschaft des Januar-Textes mit der Theologischen Erklärung zeigen lässt, der Kern von Barmen. Und man kann mit einiger Sicherheit sagen, dass es ohne diese grundstürzende Einsicht in Deutschland keine Bekennende Kirche gegeben hätte.

Um uns das zu verdeutlichen, müssen wir nun einen kurzen Blick auf die kirchenpolitische Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1934 werfen.

III. Die kirchenpolitische Entwicklung von Januar bis Mai 1934

Mit der Annahme der Barthschen Erklärung durch die Freie reformierte Synode am 4. Januar 1934 war nach Barths eigenem Verständnis aus der Meinung eines einzelnen Professors ein Bekenntnis geworden. Aber das bedeutete zunächst fast nichts. Denn es gab damals Dutzende von Bekenntnissen und bekenntnisähnlichen Formulierungen. Dazu repräsentierte die Freie Synode in Barmen nicht einmal die ganze, zahlenmässig ohnehin kleine reformierte Minderheit in der Kirche. So erschien der ganze Vorgang von Berlin aus, wo die kirchenpolitischen Würfel fielen, nicht nur geographisch durchaus als ein Randereignis.

Hier, in der Reichskirchenregierung in Berlin, hatten sich, von der kirchlichen Öffentlichkeit kaum bemerkt, um die Jahreswende 1933/34 entscheidende Veränderungen vollzogen. Mitte Dezember war der junge und ehrgeizige rheinische Bischof Dr. Oberheid, ein Deutscher Christ der ersten Stunde, von Koblenz nach Berlin übergesiedelt und war dort zum ersten Berater des Reichsbischofs aufgestiegen. Oberheid knüpfte alsbald Kontakte zu dem berüchtigten ehemaligen Kirchenkommissar August Jäger. Und unter Oberheids Einfluss und vor allem mit Unterstützung der Preussischen Staatsregierung entstand nun der Plan, gleichsam in einer «Revolution von oben» die erst wenige Monate alte Reichskirchenverfassung zu unterlaufen und an ihrer Stelle eine einheitliche deutsch-lutherische Reichs- und Nationalkirche zu errichten. Die Grundidee dabei war eine moderne Erneuerung des Landesherrlichen Kirchenregiments (dessen Ende ja gerade erst 15 Jahre zurücklag) durch die Übergabe der Kirchengewalt «circa sacra» an die Führung des Reiches. Da Hitler selbst unglücklicherweise katholisch war, war als erster «summus episcopus» der lutherischen Reichskirche sein Stellvertreter, der preussische Ministerpräsident Hermann Göring, vorgesehen, der seine Befugnisse durch eine Art kirchlichen Staatssekretär ausüben sollte. Dem Reichsbischof blieb die sogenannte geistliche Leitung der Kirche. Durch diese Konstruktion sollte sichergestellt werden, dass die Reichskirche personell, formal und inhaltlich dem Staat des Dritten Reiches tatsächlich vollständig gleichgeschaltet wurde und gleichgeschaltet blieb: die moderne Erneuerung des alten Landesherrlichen Kirchenregiments und zugleich, wie man hoffte und meinte, die Vollendung der Reformation.²²

Zunächst hoffte der Reichsbischof am Anfang des Jahres 1934 noch auf die unmittelbare Zustimmung Hitlers zu diesen Plänen. Als sie ausblieb, versuchte August Jäger, der im April Oberheid verdrängt hatte, durch die Gleichschaltung der Landeskirchen mit der Reichskirche innerkirchlich vollendete Tatsachen zu schaffen, um dann die geeinte Reichskirche Hitler anzutragen. Und als die Barmer Synode Ende Mai zusammentrat, sah es ganz danach aus, als sollten diese Pläne binnen Kurzem gelingen. Nahezu alles, was die kirchliche Opposition politisch und kirchenpolitisch dagegen unternommen hatte, war entweder fehlgeschlagen oder hatte sich als unwirksam erwiesen.

Wenn die kirchliche Opposition so wenig erfolgreich operierte, so lag das auch an ihrer Uneinheitlichkeit und Zersplitterung. Unzweifelhaft die Spitze dieser Oppositionsbewegung bildete der Pfarrernotbund, dessen wirksamer Einsatz freilich weitgehend auf die altpreuussische Kirche beschränkt blieb. Nach seiner Verpflichtungserklärung ging es den Mitgliedern um die alleinige Bindung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation, also um ein theologisches Ziel; aber so wie Martin Niemöller den Notbund führte und einsetzte, war er bis zum Frühjahr 1934 ein vorwiegend kirchenpolitisches Instrument.

Neben dem Pfarrernotbund standen gegen den Reichsbischof- gleichsam als letzte Säulen der alten Kirche – die beiden süddeutschen Landesbischöfe mit ihren Landeskirchen. Ihrer Stellung und ihren Interessen nach waren sie begrifflicherweise eher an der Kontinuität und also am Kompromiss orientiert als am Bruch.

Und schliesslich gab es in allen deutsch-christlich beherrschten Kirchengebieten, in den preussischen Provinzialkirchen ebenso wie in den anderen Landeskirchen, mehr oder minder grosse oppositionelle Minderheiten, die allerdings zu Jahresbeginn 1934 selbst innerhalb der Landeskirchen im allgemeinen nur lose, darüber hinaus noch gar nicht organisiert waren. Sprecher und Führer dieser bunten Oppositionsfront war der bayerische Landesbischof Hans Meiser, der auch die kirchenpolitischen und politischen Aktivitäten der Opposition im Vorfeld des Empfangs der evangelischen Kirchenführer bei Hitler am 25. Januar organisierte.

Dieser Empfang der beiden streitenden Parteien sollte nach dem Willen der Opposition zum Rücktritt des Reichsbischofs und zu einer Erneuerung des Reichskirchenregiments führen. Und die Sache schien politisch schon so gut wie entschieden. Durch pausenlose, intensive politische Bemühungen war es gelungen, fast das halbe Reichskabinett, den Aussenminister, den Innenminister, den Finanzminister und den Vizekanzler für die Sache der kirchlichen Opposition zu gewinnen. Noch wichtiger aber war es, dass sich der Reichspräsident bereit erklärt hatte, bei Hitler persönlich für die Sache der Opposition einzutreten. Diesem vereinten politischen Druck, so meinte man, werde der Reichskanzler kaum standhalten können.

Aber dann zeigte sich, dass Hitler und der preussische Ministerpräsident

Göring im politischen Spiel den Kirchenführern bei Weitem überlegen waren. Mit einem simplen, aber wirkungsvollen Trick gelang es Göring, die Vertreter der Opposition auf dem Empfang derartig einzuschüchtern und zu entmutigen, dass die Bischöfe zwei Tage später einer Erklärung zustimmten, die dem Reichsbischof uneingeschränkte Unterstützung zusagte und damit das genaue Gegenteil dessen darstellte, wofür man angetreten war.²³

Dieses kirchenpolitische Desaster hatte zwei unmittelbare Folgen.

Für die deutsch-christliche Reichskirchenleitung war dieses Ereignis der Anlass, um ohne weitere Rücksichten an die Zerschlagung der Verfassung, die Entmachtung der Landeskirchen und ihre Eingliederung in die Reichskirche zu gehen. Den Anfang machte die Evangelische Kirche der Altpreuussischen Union, die schon am 1. März 1934 gleichgeschaltet wurde.

Nur wenig später, am 19. März, wurden die deutsch-christlichen Kirchenführer von 11 Landeskirchen, darunter Nassau-Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg, nach Berlin gerufen, um eröffnet zu bekommen, dass ihre Landeskirchen im Lauf der nächsten Wochen auf die gleiche Weise ebenfalls in die Reichskirche eingegliedert werden sollten.²⁴ Widerstand gegen diese Pläne war weder von den Kirchenführern noch von den deutsch-christlichen Synoden dieser Landeskirchen zu erwarten.

Und so waren, was man allzuleicht vergisst, Mitte Mai 1934 samt Thüringen und Hannover, wo die Sache freilich umstritten blieb, zahlenmässig bereits rund Dreiviertel aller evangelischen Deutschen in der Reichskirche gleichgeschaltet. An ernsthaften Hindernissen blieben nur noch Bayern und Württemberg übrig. Alle Versuche der jeweiligen kirchlichen Oppositionsgruppen in den Kirchenprovinzen und Landeskirchen, das Schicksal der Gleichschaltung auf politischem oder kirchenpolitischem Wege abzuwenden, waren gescheitert, in Nassau-Hessen und Sachsen so gut wie in Hannover und selbst in Westfalen, wo die Opposition die bei Weitem stärkste Stellung in Deutschland besass. Und wenn auch im Rückblick das rein Formale und Schematische dieser Vorgänge deutlich heraustritt, war die Wirkung auf die Zeitgenossen doch tief und nachhaltig. Angesichts der Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der die Reichskirchenregierung und die ihr verbundenen deutsch-christlichen Kirchenleitungen arbeiteten, schien das Ende einer evangelischen Kirche, die diesen Namen verdiente, unmittelbar bevorzustehen.

Weit wichtiger für die Zukunft der Kirche als diese scheinbar übermächtige Aktion war jedoch eine andere Entwicklung, die ebenfalls unmittelbar nach dem Führerempfang begann.

Sie tritt uns deutlich entgegen in einer kritischen Erklärung, die zwei unbekannte Pfarrer aus der uckermärkischen Provinz Anfang Februar der Führung des Pfarrernotbundes in Berlin zusandten. «Die kirchenpolitischen Aktionen sind zusammengebrochen», so erklärten die Verfasser, «nicht nur infolge des schuldhaften Umfalls der Kirchenführer, sondern auch weil der

Pfarrernotbund seine Sache mit der ihren verkoppelt und auf menschliche Geschicklichkeit der Verhandlungsführung und Zuverlässigkeit von Menschen gebaut hat». Zu lernen sei aus dem Erlebten, so fuhren die Verfasser fort, die Rettung der Kirche nicht von politischen Aktionen zu erwarten, sondern vom Glauben der Gemeinde. Mit wenigen einfachen Sätzen umrissen sie dann das schwierige Verhältnis von Politik, Kirchenpolitik und Verkündigung in dieser Zeit.

«Rechte Kirchenpolitik in der evangelischen Kirche ist nur möglich als Verkündigung. Rechte Verkündigung wirkt immer als ein politisches Handeln in Gemeinde, Kirche und Staat. Niemals aber darf die Verkündigung in den Dienst politischer oder kirchenpolitischer Zwecke gestellt werden.»²⁵

Präziser konnte man den theologischen Weg, den Karl Barth und die Freie reformierte Synode bereits beschritten hatten, kaum beschreiben. Und in der Tat begann sich's nun in den gleichgeschalteten Kirchen in diesem Sinne zu regen. Den Anfang machten die westlichen Provinzialkirchen Preussens und unter ihnen als erste die Rheinische.

Schon am 12. Februar, kaum drei Wochen nach dem Führer-Empfang, lud der Bruderrat der Rheinischen Pfarrerbruderschaft Pfarrer und Presbyter, die sich zur Pfarrerbruderschaft bekannten, auf den 18. und 19. Februar zu einer Freien Synode nach Barmen ein. Trotz der Kürze der Zeit waren auf dieser ersten Freien Synode der Rheinischen Provinzialkirche 30 von 33 rheinischen Kreissynoden durch Prediger und Älteste vertreten. Die Predigt von Friedrich Graeber aus Essen, mit der diese Synode eröffnet wurde, und das Referat von Joachim Beckmann zeigten, worum es nun ging, nämlich, mit Beckmanns Worten, um eine Kirche, «die sich *theologisch* versteht und nicht anthropologisch, auch nicht soziologisch, also von Gott her und nicht vom Menschen, von der Menschwerdung Gottes und nicht von menschlichen Ideen oder menschlichen Gemeinschaften her. Aus dieser Einsicht ergibt sich für uns eine entschlossene und rücksichtslose Abkehr von den bisherigen Mitteln und Wegen [. . .]» hin zu einer «[...] *nur Gott gehorsamen Kirche*».²⁶

Wie dieser neue Weg aussah, zeigte sich auch daran, dass die Synode in ihrer Entschliessung ausdrücklich die Theologische Erklärung der reformierten Synode vom Januar übernahm.²⁷

Anfang März folgten dann auf diesem Wege Berlin-Brandenburg, Mitte März, unter besonders dramatischen Umständen, Westfalen; später auch Sachsen.

Die grosse Frage war nun die Verbindung des Westens und Ostens mit den süddeutschen Landeskirchen.²⁸ Am 11. April wurde zu diesem Zweck in Nürnberg ein gemeinsamer Aktionsausschuss gebildet. Aber auch hier ging es erst voran, als die Reichskirchenregierung Mitte April die württembergische Kirche in einer Art Handstreich zu überrumpeln versuchte. Obwohl dieser erste Zugriff scheiterte, erkannte man in Stuttgart wie in München die Gefahr und rückte nun enger mit den anderen Gruppen zusammen. So kam

es am 22. April in Ulm zur sogenannten «Ulmer Erklärung», die man mit Recht die Geburtsstunde der Bekennenden Kirche nennen kann.

In diesem Dokument erklärten die «[. . .] versammelten Vertreter der württembergischen und bayrischen Landeskirchen, der freien Synoden im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg, sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland [...]»: «Um der dauernden Gefährdung des Bekenntnisses und der Kirche willen, auch um der Wahrhaftigkeit willen stellen wir uns [. . .] dar als eine Einheit, die durch die Kraft Gottes treu zum Bekenntnis zu stehen gedenkt, obschon wir damit rechnen müssen, dass uns dadurch viel Not erwachsen wird. Wir [. . .] sind aber in Gottes Wort getrost und freudig, alles auf uns zu nehmen, was Gott uns auferlegt, – komme, was da wolle, – damit das Kreuz Christi wirklich das Leben der Kirche beherrsche.»²⁹

Mit dieser Erklärung hatte sich Karl Barths Verständnis des Kirchenkampfes als einer *theologischen* Entscheidung durchgesetzt. Nicht alle, die in Ulm versammelt waren, begriffen das in gleicher Weise. Aber grundsätzlich wurde hier doch gemeinsam ausgesprochen, was Karl Barth immer behauptet hatte: Es ging nicht um politische Entscheidungen und auch nicht mehr um kirchenpolitische Positionen, sondern es ging um das Bekenntnis der Kirche, um die «Theologische Existenz heute!». Der Weg zur Barmer Synode war frei.

IV. Die «Theologische Erklärung»

Es entsprach dieser theologischen Thematisierung des Kampfes, dass die Hindernisse auf dem Weg zur Synode und zur Verabschiedung der Theologischen Erklärung nicht von aussen, sondern von innen, also von Theologie und Kirche selbst kamen.

Ich lasse jetzt alle kirchenrechtlichen Fragen beiseite, die sich auf das schwierige Verhältnis der Barmer Synode zur Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche beziehen, ebenso wie die Probleme, die sich aus der Spannung zwischen den «intakten» süddeutschen Landeskirchen und den Vertretungen der «zerstörten» Kirchen ergaben, und beschränke mich ganz auf die theologische Problematik.

Dass es überhaupt möglich ist, sich so auf die theologische Problematik zu beschränken, hatte nun allerdings auch einen politischen Grund. In diesem Zusammenhang muss auf den im Rückblick einigermaßen überraschenden Umstand hingewiesen werden, dass die kirchlichen Verantwortlichen in den Wochen der Vorbereitung offensichtlich kaum Sorge vor polizeilichen Massnahmen hatten. In der Tat bestand, soweit wir wissen, auch kein Grund zu solcher Sorge. Im Reichsinnenministerium wurde die Ankündigung der Synode offenbar zustimmend zur Kenntnis genommen; und bei der weit

gefährlicheren Preussischen Geheimen Staatspolizei setzte man auf eine Spaltung der Bekenntnisfront, die man durch eine Polizeiaktion nicht stören wollte.³⁰ So machte man in den vorbereitenden kirchlichen Gremien keinerlei Anstalten, die Sache geheim zu halten. Auch die Synode selbst verlief ungestört und in voller Öffentlichkeit. Man muss sich das auch deshalb klarmachen, weil die Tatsache, dass die erste Reichsbekenntnissynode im Dritten Reich in voller Freiheit tagen konnte, natürlich auch zum politischen Urteilsbild der Synodalen gehörte. Auch für Karl Barth war der Staat Hitlers noch kein totaler Unrechtsstaat, solange er der Kirche diese Freiheit liess. Man kann die fünfte Barmer These, die über das Verhältnis von Kirche und Staat spricht, ohne diese für jeden Synodalen gegenwärtige Erfahrung nicht verstehen.

Weit grössere Sorgen bereiteten den vorbereitenden Gremien die innerkirchlichen Widerstände. Diese Widerstände gegen das ganze Unternehmen einer Reichsbekenntnissynode und insbesondere gegen eine gemeinsame «Theologische Erklärung» kamen vor allem aus dem lutherischen Lager und hatten zwei konkrete Ansatzpunkte.³¹

Der erste und damals bei Weitem gewichtigste Widerstand lag in der Furcht vor einem «Unionismus», der eben das, was er zu retten vorgebe, in Wahrheit verderbe, nämlich das Bekenntnis. Dieser Widerstand orientierte sich an einem historischen Bekenntnisbegriff, der sich vor allem aus der lutherischen Erneuerungsbewegung des 19. Jahrhunderts speiste, und der die lutherischen Bekenntnisschriften für schlechthin kirchgründende Urkunden hielt. Jede Vermengung etwa mit reformierten Gedanken, wie man sie in einem von Karl Barth entworfenen Text selbstverständlich vermutete, musste deshalb die Grundlagen der lutherischen Kirchen gefährden. Schon Anfang Mai warnte deshalb der bayerische Landesbischof im Vorbereitungsausschuss der Synode davor, sich auf «Bekenntnisfragen» einzulassen oder etwa «ein gemeinsames Bekenntnis» entwerfen zu wollen – eine für die Vorbereitung einer gemeinsamen Bekenntnissynode etwas kuriose Einschränkung.³²

Daher trug das gemeinsam verabschiedete Dokument schliesslich die Überschrift «Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche», um deutlich zu machen, dass es sich hier nicht um ein «Bekenntnis», sondern um eine aktuelle theologische Stellungnahme handelte. Und wenn dann in der Einleitung von der Deutschen Evangelischen Kirche als einem «Bund der aus der Reformation erwachsenen, gleichberechtigt nebeneinanderstehenden Bekenntniskirchen» gesprochen wurde, von einem gemeinsamen Wort, das den Gliedern lutherischer, reformierter und unierter Kirchen heute «in den Mund gelegt» sei, und schliesslich ausdrücklich Gott anbefohlen wurde, «was dies für das Verhältnis der Bekenntniskirchen untereinander bedeuten mag» – so wird aus all diesen Formulierungen das Bemühen deutlich, auch den strengen Lutheranern die Zustimmung zu ermöglichen.³³

Der zweite Ansatz der lutherischen Kritik, soweit sie im Vorfeld und auf der Synode selbst laut wurde, bezog sich inhaltlich auf die Theologie der Erklärung und betraf vor allem drei Fragen: «Die Frage der natürlichen Theologie, die Frage der Schöpfungsordnung und das Ethos des christlichen Handelns.»³⁴ Die entscheidenden Bedenken in dieser Hinsicht wurden vor allem durch eine Neuformulierung der fünften These beseitigt, die Barth nach stundenlangen Ausschussberatungen noch tief in der Nacht vornahm, und die das Amt des Staates stärker betonte.

Dies hinderte die Erlanger Lutheraner nicht, der Theologischen Erklärung alsbald nach ihrem Erscheinen aus lutherischer Sicht eine glatte Irrlehre vorzuwerfen.

Es ist nicht ganz leicht, die Leidenschaft und die Hartnäckigkeit des damaligen lutherischen Widerstandes gegen Barmen heute noch verständlich zu machen, weil die beiden Hauptansatzpunkte inzwischen durch den Gang der Geschichte widerlegt sind.

Das gilt für das theologisch-politische Argument, wo Barmen recht bekommen hat. Es gilt ebenso für das konfessionelle Argument, wo die Leuenberger Konkordie aus dem Jahre 1973 mit der Erklärung der Kirchengemeinschaft unter allen reformatorischen Kirchen die Hoffnung der Barmer Synode eingelöst hat.

Wo liegt nun der inhaltliche Schwerpunkt der Theologischen Erklärung? Ich will das mit einigen Bemerkungen zur ersten, zweiten und fünften These deutlich machen.

Der Text der ersten These lautet bekanntlich: «Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung ausser und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.»³⁵

Diese erste These bildet ohne Zweifel das Kernstück des Ganzen. Sie wiederholt im Grunde nichts anderes als das mächtige dreifache «Solus» der Reformation: solus Christus, sola scriptura, sola fide. Ich sehe die Barmer Erklärung mit dieser Wiederholung weit näher beim jungen Luther und seiner Theologie als bei irgendeiner anderen Epoche der Kirchengeschichte. Indem die Erklärung das «Solus Christus» ausdrücklich wiederholte, begründete sie zugleich, dass es in den Auseinandersetzungen mit den Deutschen Christen zuerst und vor allem um ein theologisches Problem ging. Dieses theologische Problem war nicht einmal ein aktuelles, etwa durch die besonders anstössige «Politische Theologie» der Deutschen Christen hervorgerufenes Problem, sondern es handelte sich dabei um eine sehr viel ältere Frage, die unter dem ganz unverfänglichen Begriff der «Natürlichen Theologie» seit Jahrhunderten verhandelt wurde.

Asmussen hielt diesen entscheidenden Punkt in seinem mit den anderen Mitautoren verabredeten Referat auf der Synode³⁶ ausdrücklich fest. Wenn wir gegen die deutschchristliche Theologie protestieren, so sagte er, und das war keineswegs als eine taktische Formel gedacht, «dann protestieren wir nicht als Volksglieder gegen die jüngste Geschichte des Volkes, nicht als Staatsbürger gegen den neuen Staat, nicht als Untertanen gegen die Obrigkeit, sondern wir erheben Protest gegen dieselbe Erscheinung, die seit mehr als 200 Jahren die Verwüstung der Kirche schon langsam vorbereitet hat».³⁷

Die Bekennende Kirche, die von Barmen herkam, hatte nach ihrem eigenen Verständnis als Kirche also einen theologischen und keinen politischen Auftrag. Ihr Verzicht, sich im Dritten Reich als politische Widerstandsgruppe zu verstehen (abgesehen von der Frage, ob das aus äusseren Gründen überhaupt möglich gewesen wäre), entsprang also nicht nur der allgemein kritisierten Blindheit, Mutlosigkeit und Anpassungsbereitschaft, sondern dieser Verzicht entsprang im Kern einer theologischen Entscheidung.

Andererseits bedeutete dieser Verzicht – und das ist nun nicht weniger wichtig – keineswegs auch den Verzicht auf politische Urteile und politische Wirkungen. Auch Luther hat sich ja, wie wir wissen, trotz der Zwei-Reiche-Lehre nicht gescheut, vom Bauernkrieg bis zu den Mansfelder Grafen notfalls sehr konkret politische Stellung zu beziehen, wenn die Unterscheidung der Mandate deutlich blieb. Ähnliches gilt auch für Barmen. Schon die Verwerfung anderer «[...] Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten [. ..]» als Quelle der Verkündigung bestritt ja den allumfassenden Anspruch des neuen Systems. Denn niemand musste damals erklären, dass mit den «Ereignissefn]» die nationalsozialistische Revolution, mit den «Mächte[n]» Rasse, Blut und Boden, mit den «Gestalten» der Führer selbst und mit den «Wahrheiten» die neue Weltanschauung gemeint war. Niemand konnte der Kirche vorwerfen, sie hätte sich mit diesen Aussagen in ein fremdes Amt gemischt. Aber jeder, der es hören wollte, konnte hören, dass das Bekenntnis zu Jesus Christus als dem einen Wort Gottes der Gottähnlichkeit des totalen Staates und seiner Träger und Ideen eine klare, unübersehbare Grenze setzte.

Und eben darauf zielte auch die ursprüngliche Absicht der zweiten These. Jesus Christus als, wie die These formulierte, «[...] Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden [...]» und «[...] Anspruch auf unser ganzes Leben»: das sollte, nach Asmussens Erklärung, vor der Versuchung warnen, in den «[...] Kreaturen Gottes und Geschehnisse[n] der Geschichte [...]» «[. . .] Gott ohne Christus zu suchen», sich also einen eigenen Gott zu machen. Es ist übrigens in dieser Asmussenschen Erklärung mehr über das Dritte Reich ausgesagt, als er selbst und als die Synode damals wohl begriff. «Wo immer das geschieht», so fuhr Asmussen fort, «[. ..] gewinnen andere Herren als Jesus Christus, andere Gebote als seine Gebote über uns Gewalt. Sie bieten sich uns an als Erlöser, aber sie erweisen sich als Folterknechte einer unerlösten Welt.»³⁸ Der scheinbare Erlöser als Folterknecht:

kürzer und prägnanter lässt sich der Weg Hitlers nicht zusammenfassen. Eine Kirche, die sich theologisch so verstand, konnte auch ihr Verhältnis zum Staat neu und anders bestimmen, als es lutherischer Tradition unter Landesherrlichem Kirchenregiment möglich gewesen war. In der Tat enthält die *Fünfte These* in dieser Hinsicht Bestimmungen, nämlich Unterscheidungen und Zuordnungen, wie sie dem jungen Luther eigentümlich gewesen, den lutherischen Kirchen in Deutschland jedoch aus vielerlei Gründen allmählich abhanden gekommen waren.

Die erste Hälfte dieser fünften These handelt vom Staat. Sie lautet: «Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Mass menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an.»³⁹

Damit wird die Würde und Souveränität des Staates ausdrücklich bestätigt und die politisch Handelnden erhalten – «nach dem Mass menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens» – einen breiten Ermessensspielraum politischer Verantwortung, der von aller Einrede der Kirche frei zu bleiben hat. Dieser erste Teil der fünften These ist weit entfernt von allen enthusiastischen wie anarchistischen Ideen über den Staat. Von einem «herrschaftsfreien Raum» ist keine Rede. Er erkennt vielmehr nicht nur nüchtern die Notwendigkeit des Staates an, sondern bestätigt ihm ausdrücklich sein «Monopol der Gewalt» – freilich nicht absolut, sondern instrumental, nämlich im Sinne seines gottgewollten Auftrags, «[. . .] für Recht und Frieden zu sorgen». Dies ist übrigens nichts anderes als die Einsicht, die der junge Dietrich Bonhoeffer 1933 festhielt, als er meinte, die Kirche wisse «[...] um die wesenhafte Notwendigkeit der Gewaltanwendung in dieser Welt und um das mit der Gewalt notwendig verbundene ‚moralische‘ Unrecht bestimmter konkreter Akte des Staates».⁴⁰ Auch die Barmer Erklärung anerkennt in diesem Sinne Recht und Würde staatlichen Handelns auch dort, wo solches Handeln mit der Androhung und Ausübung von Gewalt verbunden ist.

Aber dies, nämlich den Staat in seinem staatlichen Handeln zu bestätigen und dankbar anzuerkennen, ist nicht alles, was die Kirche zum Staat zu sagen hat. Im zweiten Teil der These heisst es deshalb: Die Kirche «[. . .] erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.»⁴¹

Die Kirche erinnert also den Staat gleichzeitig immer auch an die Grenzen seiner Gewalt, die durch Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit gezogen werden. Asmussen hat dies in seinem Referat vor der Synode unüberhörbar deutlich gemacht, wenn er dazu meinte, – und dies immerhin Ende Mai 1934(!): «Wir glauben, nichts zu tun als unsere Pflicht vor Gott,

dem allein Weisen und allein Gerechten, wenn wir in Abwehr deutsch-christlicher Irrtümer darauf aufmerksam machen, dass auch die Staatsweisheit in unserer gegenwärtigen Staatsform, [. . .] nicht Gottes Weisheit, dass auch das Mass der Gerechtigkeit, welches in unserem Staatswesen herrscht, nicht das Mass göttlicher Gerechtigkeit ist. Und ein für allemal müssen wir es betonen, dass wir kein irdisches Gesetz kennen, durch welches mit Recht göttliches Gesetz gebrochen werden könnte.»⁴²

Die Kirche bleibt dem Staat gegenüber nicht stumm. Indem sie ihn an Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit erinnert, erinnert sie ihn an seine Grenzen und sagt ihm zugleich etwas, was er sich schlechterdings nicht selbst sagen kann. Sie erinnert ihn daran, dass es für sein Handeln Massstäbe gibt, die er sich nicht selbst setzen kann, die durch Gottes Wort gesetzt sind und denen Regierende und Regierte – ob sie es wahrhaben wollen oder nicht - unterworfen und verantwortlich sind.

Entscheidend bleibt dabei, dass die Kirche begreift, dass sie nicht selbst politisch handeln, nicht meinen kann, wenn sie den Staat versagen sieht, es selber besser machen zu sollen und zu können als der Staat. (Von der einzigen Ausnahme «in extremis» einmal abgesehen.) Es bleibt beim Erinnern: das ist ihr Auftrag. Bleibt sie damit jetzt oder später oder überhaupt ungehört, so gilt: «Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.»

Man kann gewiss nicht sagen, dass der deutsche Protestantismus damals und seither diese Grundbestimmungen von Barmen besonders überzeugend und eindrucksvoll exerziert hätte. Gleichwohl – und damit kehren wir zur Eingangsthese zurück – sind die deutschen Reformationskirchen mit und durch die Barmer Erklärung anders geworden. Das traditionelle Vertrauensverhältnis zum Staat, sinnfällig ausgedrückt in der jahrhundertealten Rechtsfigur des Landesherrlichen Kirchenregiments, ist einer kritischen Solidarität gewichen. Das ist tatsächlich zu einem durchgehenden Zug der evangelischen Kirchengeschichte der Nachkriegszeit geworden.

Anmerkungen

¹ Für die Tübinger Ring Vorlesung «Die Krise der dreissiger Jahre und die Folgen» umgearbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 10. Januar 1984 unter dem Titel «Die historische Rückbesinnung auf die Theologische Erklärung von Barmen und ihre Wirkungsgeschichte bis heute» vor der Rheinischen Landessynode in Bad Neuenahr hielt.

² Überraschenderweise hat auch das zurückliegende Gedenkjahr zur 50jährigen Wiederkehr der Barmer Erklärung, das wir inzwischen einigermaßen überblicken, zu dieser historischen Fragestellung nichts Neues beigetragen.

³ Ich folge hier in den Grundzügen meiner Darstellung Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt/Berlin/Wien 1977.

⁴ Statt umfangreicher Belege, die den Rahmen des Vortrags bei Weitem gesprengt hätten, muss ich hier auf den in Vorbereitung befindlichen Band 2 meiner in Anm. 3 genannten Arbeit verweisen. *Der Band wird im Oktober 1985 posthum erscheinen.*

⁵ Karl Barth und Wilhelm Niesel, 21. Mai 1934, Karl Barth-Archiv Basel. Dem Leiter dieses Archivs, Herrn Dr. Hinrich Stoevesandt, bin ich für vielfältige Hilfe zu grossem Dank verpflichtet. – Die historische Bearbeitung der Vorgeschichte der Barmer Erklärung befand sich bis 1984 in einem schlechthin desolaten Zustand. Die letzten umfassenden Arbeiten dazu stammten aus der Feder von Gerhard Niemöller aus den Jahren 1954 und 1959: Gerhard Niemöller, *Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen*, Bd. 1: *Geschichte, Kritik und Bedeutung der Synode und ihrer Theologischen Erklärung*; Bd. 2: *Text – Dokumente – Berichte*, Göttingen 1954 und 1959. Ihre Unzulänglichkeit bedarf keines Belegs. Inzwischen haben sich durch den Anstoss des Jubiläums die Dinge tatsächlich verändert. Hinzu weisen ist hier vor allem auf den materialreichen Sammelband von Wolf-Dieter Hauschild/Georg Kretschmar/Carsten Nicolaisen (Hg.), *Die lutherischen Kirchen und die Bekenntnissynode von Barmen, Referate des Internationalen Symposiums auf der Reisenburg 1984, Göttingen 1984*. Insbesondere in dem Beitrag von Carsten Nicolaisen, *Der lutherische Beitrag zur Entstehung der Barmer Theologischen Erklärung*, ebd., S. 13-38, wird zum ersten Mal die dramatische Vorgeschichte der Theologischen Erklärung im Vorfeld der Synode dargestellt. Zugleich kündigt Nicolaisen dazu eine ausführliche Darstellung unter dem Titel «Der Weg nach Barmen» an, die für die kommenden Jahre als Standardwerk zu diesem Problem wird, gelten können.

⁶ Die Schrift liegt inzwischen in einer vorzüglich kommentierten Neuausgabe von Hinrich Stoevesandt vor: Karl Barth, *Theologische Existenz heute!* [1933], neu hg. und eingeleitet von Hinrich Stoevesandt, München 1984. Zur Bedeutung dieser Schrift im Sommer 1933 s. auch Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, S. 552-559.

⁷ Stoevesandt, *Theologische Existenz heute!* [1933], S. 27.

⁸ Ebd., S. 27, 29.

⁹ Ebd., S. 30.

¹⁰ Ebd., S. 31.

¹¹ Ebd., S. 73.

¹² Ebd., S. 81 f.

¹³ Eine neuere Darstellung dieses unglücklichen Empfangs fehlt. Materialreich, aber etwas einseitig: Wilhelm Niemöller, *Hitler und die evangelischen Kirchenführer* (Zum 25. Januar 1934), Bielefeld 1959, und ders., *Epilog zum Kanzlerempfang*, in: Wilhelm Niemöller, *Wort und Tat im Kirchenkampf*. Beiträge zur neuesten Kirchengeschichte, München 1969, S. 80-99.

¹⁴ Als solche Zeichen empfanden sich durchweg die ersten Freien Synoden; vgl. etwa Joachim Beckmann, *Rheinische Bekenntnissynoden im Kirchenkampf*. Eine Dokumentation aus den Jahren 1933-1945, Neukirchen 1975, insbesondere S. 59-90 (Freie Evangelische Synode im Rheinland zu Barmen-Gemarke am 18. und 19. Februar 1934); S. 103-123 (Rhein.- Westf. Gemeindetag «Unter dem Wort» am 18. März 1934 Westfalenhalle-Dortmund); S. 124-150 (Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen Synode im Rheinland am Sonntag, dem 29. April 1934, in Dortmund).

¹⁵ Zitiert nach Carsten Nicolaisen, *Zur Entstehungsgeschichte der Barmer Theologischen Erklärung*, in: A. Burgsmüller/R. Weth (Hg.), *Die Barmer Theologische Erklärung*. Einführung und Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Eduard Lohse, Neukirchen 1983, S. 24.

¹⁶ Vollständiger Text bei Beckmann, *Rheinische Bekenntnissynoden im Kirchenkampf*, S. 34-46.

¹⁷ So die erste These der Januar-Erklärung, ebd., S. 34; vgl. dazu Asmussens Kommentar zur ersten These der Theologischen Erklärung vom Mai bei Burgsmüller/Weth (Hg.), *Barmer Theologische Erklärung*, S. 48.

¹⁸ Zu These 1.2.: Beckmann, *Rheinische Bekenntnissynoden im Kirchenkampf*, S. 36.

¹⁹ These 1.3.: ebd., S. 36f.

²⁰ These V.4.: ebd., S. 45.

²¹ These III.2.: ebd., S. 41.

²² Zu diesen bisher nur in Bruchstücken bekannten Plänen und Vorstellungen sowie zu den folgenden Ausführungen verweise ich auf den in Vorbereitung befindlichen Band 2 meiner in Anm. 3 genannten Arbeit.

²³ Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Bd. 1: Der Kampf um die «Reichskirche», Göttingen 1976, S. 154-165. Zum Kanzlerempfang am 25. Januar 1934 s. oben Anm. 13.

²⁴ Auszüge aus dem Protokoll dieser Sitzung in: Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Bd. 2, Darmstadt 1979, S. 231-234.

²⁵ Zur Lage, Erwägung von Haehnelt und Wolter, Strasburg, EZA Berlin, KKA Nr. 14/13.

²⁶ Beckmann, Rheinische Bekenntnissynoden im Kirchenkampf, S. 66f.

²⁷ Vgl. ebd., S. 89.

²⁸ Zu dieser Entwicklung, die am 19. März in Frankfurt begann und unmittelbar zur Barmer Synode führte, s. auch Nicolaisen, Der lutherische Beitrag zur Entstehung der Barmer Theologischen Erklärung, S. 17-21.

²⁹ Text u.a. in: Kurt D. Schmidt, Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äusserungen zur Kirchenfrage, Bd. 2: Das Jahr 1934, Göttingen 1935, S. 62 f.

³⁰ Vgl. Niemöller, Die erste Bekenntnissynode, Bd. 1, S. 67.

³¹ Zu den Auseinandersetzungen im Vorfeld der Synode s. jetzt Nicolaisen, Der lutherische Beitrag zur Entstehung der Barmer Theologischen Erklärung, S. 27ff, und M. Wittenberg, Hermann Sasse und «Barmen», in: Hauschild/Kretschmar/Nicolaisen (Hg.), Die lutherischen Kirchen und die Bekenntnissynode, S. 84-106.

³² Protokoll der 3. Sitzung des Nürnberger Ausschusses am 7. Mai 1934, LKA Bielefeld, 5,1, Nr. 704 Fase. 2.

³³ Text bei Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 30-33.

³⁴ So fasste der Bericht des württembergischen Synodalen Otto Seiz die Streitpunkte zusammen: Otto Seiz, Bericht über die erste Bekenntnissynode der DEK, LKA Stuttgart, D 1, 49, S. 41.

³⁵ Text bei Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 34.

³⁶ Siehe oben S. 104.

³⁷ Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 48.

³⁸ Text der zweiten These: Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 35; Asmussens Referat, in: ebd., S. 50.

³⁹ Text der fünften These: Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 38.

⁴⁰ Dietrich Bonhoeffer, Die Kirche vor der Judenfrage. Vortrag April 1933, in: Gesammelte Schriften, Bd. 2, München 1959, S. 46.

⁴¹ Wie Anm. 39.

⁴² Burgsmüller/Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung, S. 55.

Nationalsozialistische Kulturpolitik und ihre Folgen¹

I

Als ich den Auftrag erhielt, das Thema «Kultur in der ideologischen Zwangsjacke» zu behandeln, schien mir die Sache zuerst einfach und unverfänglich: Diese Episode unserer Geschichte hatte ich ja aus nächster Nähe erlebt, der Bücherverbrennung in Berlin hatte ich beigewohnt, viele meiner deutschen Bekannten und Freunde waren emigriert, ich wusste schon warum, wann und wo. Andere waren in Deutschland geblieben, kämpften weiter oder duckten sich. Wenige nur machten mit. Die Gleichschaltung auf kulturellem Gebiet müsse jetzt einmal im Rückblick beschrieben werden.

Doch bei näherer Betrachtung kamen mir Bedenken. Bald sah die Sache ganz anders aus. Sie war ein heisses Eisen, nach einem halben Jahrhundert noch nicht abgekühlt.

Zeugnisse von damals sind nicht immer eindeutig; Dokumente müssen interpretiert werden; gewohnte Perspektiven erweisen sich als berichtigungsbedürftig – und schliesslich haben mich meine Überlegungen zu Erwägungen geführt, die ich nur andeuten werde. Jeder mache sich seine eigenen Gedanken dazu.

Erste Frage: Was ist Kultur? Was ist eine Kultur? Wer kann darauf eine präzise Antwort geben? Wie lässt sich das Gebiet des Kulturellen abgrenzen?

Zur Kultur gehört doch wohl in erster Linie das gesamte Unterrichtswesen, von der Schule angefangen, in der das kleine Kind lesen lernt – und was bekommt es da zu lesen? –, bis zur Hochschule, zur Universität; vom Dorfschullehrer in Oberschlesien bis zu Heidegger. Im Dritten Reich betrat der Student den Hörsaal als beurlaubter politischer Soldat. Neben Elternhaus und Schule wurde die NSDAP die dritte Erziehungsmacht und beanspruchte, die erste zu sein. Das Schulungslager, in dem alle nationalsozialistisch zurechtgestutzt wurden, war eine kulturelle Institution und Hitlers Ideal von Ordensburgern erst recht. Die Gleichschaltung von Unterricht und Erziehung, ihre Erfassung durch das angestrebte Gesellschaftssystem wäre hier zentral zu nennen.

Doch von der Erziehung zur Zucht ist kein weiter Weg. Die Armee als

Erziehungsanstalt, die Kadettenschule, gehören zur Kultur. Und Hindenburg soll gesagt haben: «Seit meiner Kadettenzeit kein Buch angefasst.» Das Preussentum als antiintellektuelle Tradition, «nicht rasonieren», das ist auch eine Form von Kultur, und zwar eine, die sich vom Dritten Reich nicht so einfach gleichschalten liess.

Religion gehört zur Kultur: Kult und Kultur sind miteinander verwurzelt. In Preussen hiess der Unterrichtsminister Herr Kultusminister. Das sechs Monate nach dem Machtantritt mit dem Vatikan unterzeichnete Konkordat galt in der ganzen Welt als eine Anerkennung des Dritten Reichs durch die höchste geistige Instanz in der Welt, als das Zeichen, man habe sich mit dem neuen Regime trotz aller Bedenken nun einmal abzufinden: Der Papst habe dazu willig den ersten Schritt getan.

Die Versuche, die katholische Kirche und die evangelischen Kirchen gleichzuschalten, gelangen nur teilweise, und der Name Niemöller darf hier nicht verschwiegen werden.

Der Sport gehört zur Kultur. Die Olympischen Spiele sind eine kulturelle Institution, die unsere Zeit von der Antike übernommen hat. Die Olympischen Spiele des Jahres 1936, die die Sportler der ganzen Welt unter dem Zeichen des Hakenkreuzes in Berlin versammelten, waren ein internationales kulturelles Ereignis erster Grösse. Wissenschaft und Forschung gehören ebenfalls zum Gebiet des Kulturellen. Sollte sich vielleicht herausstellen, dass die Auswanderung deutscher Wissenschaftler jüdischer Abstammung in die Vereinigten Staaten Adolf Hitler um die Chance brachte, als erster in der Welt über die Atomwaffe zu verfügen?

Nein, das Feld des Kulturellen lässt sich nicht abgrenzen. Dabei habe ich das Herzstück dieses Bereichs, nämlich die Presse und den Rundfunk, den Film, die Musik, die bildenden Künste, die Literatur noch nicht erwähnt.

Da all das ins Uferlose zu führen drohte, beschloss ich, mich auf das zu beschränken, was ich aus eigener unmittelbarer Erfahrung kenne, nämlich die Literatur, mit einigen Seitenblicken auf benachbarte Gebiete. Dies hat auch den Vorteil, dass Schriftsteller . . . schreiben, scripta manent; mehr als andere haben sie Dokumente hinterlassen, die mit Einschränkungen brauchbar sind.

Dann aber musste ich mit einer vorgefassten Meinung aufräumen. Eine vereinfachende Auffassung des Nationalsozialismus tendiert dazu, diese Bewegung einfach als einen Gegensatz zur Kultur, als eine Unkultur zu betrachten. Die Leute, die da ans Ruder kamen, seien ungebildete Rohlinge gewesen, die verständnislos zerstörten, was vor ihnen gewesen war, wie etwa die Barbaren der Völkerwanderungen die Marmorbilder in Rom zerschlugen, weil sie in ihrer Ignoranz sich nichts daraus machten. Damals, zur Zeit des Machtantritts hörte man in den Salon-Gesprächen Sätze wie: «Adolf Hitler? Keine gute Kinderstube.» Oder: «Am Knigge vorbei.» Oder: «Weiss er denn, wie man Spargel isst?» Aber die nationalsozialistischen Instanzen hatten eine genaue, konsequente Vorstellung davon, was ihnen als Ideal

vorschwebte. Und dieses Ideal hatten sie nicht erfunden, es wurzelte in der deutschen Vergangenheit.

Vor hundert Jahren schrieb Paul de Lagarde, die Gründung des Zweiten, des Wilhelminischen Reiches habe ihm die schwerste Enttäuschung bereitet: «An der Oberfläche des neuen deutschen Reiches schwimmt der Literat. Diese Wasserpest muss aus unseren Flüssen und Seen ausgerottet werden, das politische System muss vernichtet werden, welches ohne sie nicht existieren kann.» Weiter heisst es: «In meinem Sinne gebildet ist, wer in seinem Vaterlande und über die für dieses Vaterland bedeutsamen Tatsachen der Natur und der Geschichte, so weit sie ihn seinem Stande und Berufe nach etwas angehen, Bescheid weiss.» In einer Schrift über deutsche Erziehung sagt er: «Ich sehe nur Einen Weg der Rettung. Der Staat und die Nation müssen ausdrücklich aufgeben, dem Phantome einer allgemeinen Bildung, einer verlebten Epoche angehörigen Bildung nachzujagen.» Und: «Wir wollen Deutschland, aber nichtjüdisch-keltische Theoreme über Deutschland [. . .] Wir wollen nicht von einem russischen Kutscher an einer französischen Leine gefahren und mit einer jüdischen Geissel geschlagen werden.» Schliesslich: «Nur Eines Mannes grosser, fester, reiner Wille kann uns helfen.» Bei Lagarde fehlt nur noch das Wort: Drittes Reich.

Dies und ähnliches hat Paul de Lagarde etwa 1878 geschrieben. Und er stellt auch fest, eine solche etwas assyrische Politik führe letztlich zum Kriege, das müsse aber in Kauf genommen werden.²

Viel später, als es die nationalsozialistische Ideologie schon gab, schrieb Ernst Jünger, der kein Nazi war, im «Arbeiter», er wolle eine neue Auslese, eine neue Elite, die mit der Vergangenheit breche: keine Nabelschnur! «Je weniger Bildung im üblichen Sinne diese Schicht besitzt, desto besser wird es sein [. . .] Unsere Hoffnung liegt in dem neuen Verhältnis zum Elementaren.» Klingt dies nicht programmatisch? Auch den folgenden Satz von Ernst Jünger zitiere ich nach Rauschnig: «Eines der Mittel zur Vorbereitung eines neueren und kühneren Lebens besteht in der Vernichtung der Wertungen des losgelösten und selbstherrlich gewordenen Geistes, in der Zerstörung der Erziehungsarbeit, die das bürgerliche Zeitalter am Menschen geleistet hat.»³

Nach der Machtübernahme musste der erschrockene Rauschnig bei Gelegenheit eines Gesprächs mit Hitler feststellen: «Die Zerstörung macht vor den geistigen und sittlichen Ordnungen nicht Halt. Der Kampf gegen die Intelligenz und gegen die Freiheit der Wissenschaft ist keineswegs der Ausdruck eines Minderwertigkeitsgefühls, sondern entspringt der klaren Überlegung [Adolf Hitlers und seines Kreises], dass der Geist und seine Pflege einen eigenständigen Ordnungskreis bedeutet», wo «früher oder später Besinnung und Widerstand gegen die [nationalsozialistische] Revolution auftauchen».

Ob Adolf Hitler selbst aufrichtig an eine «germanische Kultur» geglaubt hat oder ob ihm dieser Begriff vielleicht nur ein Mittel zur Machtausübung war, wird man nie mit Sicherheit feststellen können.

Hat doch Adolf Hitler in einem später ausgemerzten Satz von «Mein Kampf» geschrieben: «Der Deutsche hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muss, wenn man Massenanhänger haben will.» Ich füge hinzu: Massen, denen es an Bildung und geistiger, kritischer Ausbildung fehlt, sind am leichtesten zu beschwindeln und zu verführen. Ihnen kann man jeden Bären aufbinden.

Solche Überlegungen führten auch bei mir zu gewissen Bedenken: Wir betrachten heute, und dies mit grossem Recht, die vom Nazi-Regime der Kultur angelegte ideologische Zwangsjacke als eine grauenhafte, schauder-erregende Angelegenheit, die glücklicherweise überwunden ist und nunmehr der Vergangenheit angehört. Was ist aber unerträglich, die Zwangsjacke überhaupt und als solche, oder war vielleicht nur diese Zwangsjacke schlecht? Lebt nicht heutzutage ein grosser Teil der Menschheit in ideologischen Zwangsjacken und scheint das als Norm zu empfinden? Kommt es vielleicht nur auf die Farbe der Zwangsjacke an? War die braune vom Bösen, dagegen sei eben eine rote Zwangsjacke gut? Solche Fragen sind mehr zu schätzen als Antworten.

Allerdings muss daran erinnert werden, dass, konkret gesprochen, die Zwangsjacke kein Folterinstrument ist, sondern ganz im Gegenteil eine nützliche, von den Psychiatern zum Wohl ihrer Patienten eingeführte Einrichtung, um die Tobsüchtigen selbst und ihren Umkreis vor unverantwortlichen Gewalttaten zu beschützen. Diese Zwangsjacke wird jetzt in den Irrenanstalten nicht mehr gebraucht, einfach, weil die Psychiater sie durch Pillen und Spritzen ersetzen. Die chemische Zwangsjacke der Psychiatrie dient zum Wohl und Schutz der Gesellschaft und des Patienten selbst.

II

Der Übersichtlichkeit halber will ich jetzt einige chronologische Landmarken festlegen, nämlich die grossen Schritte der kulturellen Gleichschaltung, das heisst der staatlich gesteuerten Kulturpolitik des Dritten Reichs.

1928 hatte Alfred Rosenberg den Kampfbund für deutsche Kultur gegründet. Bibel der Bewegung ist Rosenbergs Schrift «Der Mythos des 20. Jahrhunderts». Nach dem Machtantritt schrieb er in einem Nachwort: «Die staatspolitische Revolution ist beendet, die Umwandlung der Geister aber hat erst begonnen.»

Als 1930 die Nationalsozialisten im Rahmen einer bürgerlichen Koalitionsregierung zum erstenmal an der Macht beteiligt worden waren, hatte der nationalsozialistische Minister Wilhelm Frick im Weimarer Schlossmuseum alle «modernen» Bilder als Schandmale einer undeutschen «Negerkultur» entfernen lassen.

Mit der Machtübernahme vom Frühjahr 1933 gelten nun offiziell Impressionismus, Expressionismus, Kubismus, Futurismus, Dadaismus, ja selbst die Neue Sachlichkeit, als «volksfeindlich, artfremd, dekadent» und werden von Staats wegen verpönt.

Am 10. Mai 1933 findet die Bücherverbrennung statt.

Am 30. Juni desselben Jahres wird das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegründet und Dr. Joseph Goebbels unterstellt. Er ist für das Nachrichtenwesen, die Aufklärung im In- und Auslande sowie für Presse, Rundfunk, Film und für die Bekämpfung schädlicher Schriften zuständig.

Das Ministerium setzt sich aus 15 Abteilungen zusammen. Der Abteilung VIII wird die Überwachung des gesamten deutschsprachigen Schrifttums im In- und Ausland übertragen. Sie bestimmt über Sein oder Nichtsein eines Literaturschaffenden. Dabei hat die Unterscheidung von Dichter und Schriftsteller keinen Sinn: Wer schreibt und zu veröffentlichen beabsichtigt, kann es nur unter Kontrolle dieser Instanz tun.

Der jeweilige Leiter der Abteilung VIII im Propagandaministerium sollte gleichzeitig Vorsitzender der Reichsschrifttumskammer sein.

Am 15. November 1933 gründete nämlich Goebbels die Reichskulturkammer in Berlin, die sieben Einzelkammern umfasste. Eine davon war die Reichsschrifttumskammer. Ihr Ziel war es, jeden Kulturschaffenden im Dritten Reich zu erfassen und damit unter die staatliche Kontrolle zu bringen.

Wer nicht in einer der sieben Kammern geführt wurde, konnte keinen «Kulturberuf» im Dritten Reich ausüben.

Die Aufnahme in die Reichskulturkammer wurde mit einer Prüfung verbunden; unter anderem musste ein Ariernachweis erbracht werden. Ausserdem hatte sich der Betreffende zu verpflichten, dem nationalsozialistischen Staat zu dienen.

1934 wurden die Richtlinien in einer Schrift von Kurt Karl Eberlein unter dem Titel «Was ist Deutsch in der Deutschen Kunst?» veröffentlicht.

Im September 1934 schimpfte Hitler auf dem Reichsparteitag über «das Kunst- und Kulturgestotter der Kubisten, Futuristen», 1935 über «die kultur bolschewistische Ismenkunst».

1937 kam es zur grossen Ausstellung in München, die unter dem Titel *Entartete Kunst* das Volk über den allgemeinen «Kulturzerfall» aufklären sollte. Adolf Ziegler brach den Stab über «die Ausgeburten des Wahnsinns, der Frechheit, des Nichtskönnertums und der Entartung». Mit dieser Ausstellung werde «durch den Willen des Führers endgültig ein Schlussstrich unter eine Periode gezogen» (so Bruno Werner in der Deutschen Allgemeinen Zeitung). Die Münchner Ausstellung «Entartete Kunst» wurde von zwei Millionen Menschen besucht.

1939 wurde das Gesetz über die Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst erlassen. Etwa 16'000 Kunstwerke aus öffentlichem Besitz wurden

entfernt, ein Teil davon vernichtet oder verbrannt, ein Teil in der Schweiz öffentlich versteigert.

In der Malerei wurden «die ewige Gotik» (damit waren Albrecht Dürer, Grünewald, Riemenschneider gemeint), die «tausendjährige Romantik», das Biedermeierlich-Gemüthafte als Volkskultur, als «deutsche Kunst» gepriesen und als Modell empfohlen.

Wie reagierten die Künstler? Schon vor der Machtübernahme hatte der Graphiker George Grosz Deutschland verlassen. Feininger, Klee, Beckmann, John Heartfield und andere mehr flüchteten nun ins Ausland. Wer nicht freiwillig ging, wurde von den Nationalsozialisten aus seinen bisherigen Stellen und Ehrenämtern entfernt.⁴

Typisch ist der Fall des berühmten Malers Schmitt-Rottluff, der einen Brief des Präsidenten der Reichskammer der Bildenden Künste erhielt, in dem ihm mitgeteilt wurde, von ihm allein seien 608 Werke beschlagnahmt worden, die «nicht der Förderung deutscher Kultur in Verantwortung gegenüber Volk und Reich entsprechen». «Aus Ihrem nunmehr zur Einsichtnahme hergereichten Original-Werken der Letztzeit [geht] hervor, dass Sie auch heute noch dem kulturellen Gedankengut des nationalsozialistischen Staates fernstehen . . . Auf Grund des § 10 . . . schliesse ich Sie aus der Reichskammer der bildenden Künste aus und untersage Ihnen mit sofortiger Wirkung jede berufliche – auch nebenberufliche – Betätigung auf dem Gebiete der bildenden Künste. Das auf ihren Namen lautende Mitgliedsbuch M 756 meiner Kammer ist ungültig geworden; Sie wollen es umgehend an mich zurücksenden.» gez. Ziegler.

Schmitt-Rottluff wurde nicht nur verboten, seine Bilder auszustellen oder zu verkaufen, sondern auch überhaupt zu malen. Er erhielt einfach ein Malverbot.⁵

III

Dies war die Maschinerie der kulturellen Gleichschaltung im totalen Staat. Wir haben gesehen, wie das System funktionierte. Wie haben die davon betroffenen Menschen darauf reagiert? Ganz verschieden. Hier können nur noch einige stark differierende Beispiele als Illustration angeführt werden.

Thomas Mann, der Vertreter par excellence des geistigen Deutschlands im In- und Ausland zur Zeit der Weimarer Republik, hatte damit begonnen, dass er während des Ersten Weltkriegs gegen Demokratie und Politik eiferte. In den 1917 geschriebenen «Betrachtungen eines Unpolitischen» hatte er sich auf Paul de Lagarde berufen. Thomas Mann machte einen Unterschied zwischen Kultur und Zivilisation: Kultur sei deutsch, sei gut, Zivilisation sei fremd, sei schlecht. Ein Dichter zu sein, das ist gut, ein Literat zu sein, das ist schlecht. Thomas Mann betrachtete sich als deutschen Dichter, er be-

schimpfte seinen Bruder Heinrich als kosmopolitischen Zivilisationsliteraten. Thomas Mann verstand den Weltkrieg als einen von der fremdartigen Zivilisation gegen das deutsche Wesen geführten Krieg. Thomas Mann war selbst Goethe verdächtig, bei ihm sei ein französischer Einschlag zu verspüren: «Was Goethe betrifft, so sind mindestens die «Wahlverwandschaften» formal genommen kein sehr deutsches Werk, wie denn überhaupt die Prosa dieses Schriftstellers [nämlich Goethe] zuweilen französiert, dass es eine Schande ist.»⁶

Es war dies nicht viel mehr als die im Krieg verfasste Schrift eines konservativen, deutsch sein wollenden bürgerlichen Künstlers und sollte nicht tragisch genommen werden. Es ist uns doch zuweilen erlaubt, auch zu lächeln.

Vier Jahre später hatte Saulus Mann, wie ihn die enttäuschten Deutschnationalen nunmehr nannten, sein Damaskus erlebt. 1922 legte er ein überraschendes Bekenntnis zur Weimarer Republik, zur Demokratie, ab. Bald polemisierte er gegen den geistwidrigen Unfug des deutschen Nationalismus, gegen den Slogan der «konservativen Revolution», ein Begriff, den er doch zu prägen mitbeigetragen hatte, und versöhnte sich mit seinem Bruder Heinrich.

Thomas Mann denunzierte nun die Auswüchse des neudeutschen, sich auf Luther, Fichte und Nietzsche berufenden Romantizismus und Irrationalismus. Er sah die Gefahr heranziehen.

Im Februar 1933, in den ersten Tagen nach der Machtübernahme, hatte Thomas Mann unbeanstandet einen Vortrag über «Leiden und Grösse Richard Wagners» in seinem Wohnort München gehalten; ein Vortrag, den er dann auch in verschiedenen grossen Städten des Auslands hielt. Er überlegte sich, ob er nicht lieber dort bleiben solle, um den Ablauf der Ereignisse abzuwarten. Frau Katia teilte die damals verbreitete Meinung, es werde sich bald herausstellen, dass die Nationalsozialisten nicht regieren könnten, sie seien darauf nicht vorbereitet und dazu unfähig; in kurzer Zeit, vielleicht eine Frage von Wochen, würde man sie, und diesmal endgültig, los sein.

Doch spürte Thomas Mann, dass eine Rückkehr nach Deutschland für ihn, den Nobelpreisträger, nicht ungefährlich wäre. Nicht etwa, dass die offiziellen Stellen ihm gedroht hätten, ganz im Gegenteil: Es wäre ihnen recht gewesen, wenn Thomas Mann den Boden der Heimat nicht endgültig verlassen hätte.

Seinerseits enthielt sich Thomas Mann, der in Frankreich, an der Côte d'Azur, dann in der Schweiz ansässig wurde, zunächst jeder öffentlichen Äusserung gegen den Nationalsozialismus. Der Hauptgrund dieser Zurückhaltung war wohl der Wunsch, seine Leserschaft in Deutschland nicht zu verlieren.

Doch als in ihrer Aprilnummer 1933 die «Neue Rundschau» Thomas Manns Vortrag über Richard Wagner veröffentlichte, erschien in den «Münchener Neuesten Nachrichten» ein Protest der Richard-Wagner-Stadt

München, «um das Andenken an den grossen deutschen Meister Richard Wagner vor Thomas Manns Verunglimpfungen zu schützen». «Wir lassen uns eine solche Herabsetzung unseres grossen deutschen Musikgenies von keinem Menschen gefallen, ganz sicher aber nicht von Herrn Thomas Mann», der, dem Wortlaut des Protestes nach, «unzuverlässig und unsachverständig» sei.

Der Protest war von vielen Prominenten der Stadt München unterschrieben worden, von denen Thomas Mann, ein unbedingter Verehrer Richard Wagners, es nicht erwartet hätte, nämlich von – um nur bekannte Namen zu nennen – Hans Knappertsbusch, Direktor der Staatsoper, von Hans Pfitzner, Generalmusikdirektor, vom berühmten Karikaturisten Olaf Gulbranson, vom gesamten Vorstand der Musikalischen Akademie, von Richard Strauss, Generalmusikdirektor. Von den etwa fünfzig Münchner Persönlichkeiten hatten manche in früheren Tagen in Thomas Manns Haus an der Poschingstrasse verkehrt oder Karten abgegeben.⁷

Thomas Mann beschloss, nunmehr im Ausland zu bleiben. Er betrachtete sich nicht als einen Emigranten, sondern als einen aus der Heimat Vertriebenen. Diese Vertreibung aus seinem Vaterland ist der schwerste Schock seines Lebens gewesen.

Sein Haus in München wurde beschlagnahmt, im Krieg wurde daraus ein «Lebensborn», das heisst, ein Bordell für Soldaten, gemacht. Er selbst wurde 1936 ausgebürgert. Die Philosophische Fakultät der Universität Bonn nahm die Ausbürgerung zum Anlass, Thomas Mann die früher verliehene Ehrendoktorwürde zu entziehen. In seiner Antwort an den Dekan verliess Thomas Mann seiner Überzeugung Ausdruck, die Kulturpolitik des Regimes verfolge keinen anderen Zweck als den einer unbedingten, «totalen» Ertüchtigung zum Kriege und führe auch in den Krieg.⁸

Er selbst liess sich im September 1938 in Amerika nieder. Sein Haus in Princeton wurde zum Mittelpunkt der Hilfe für deutsche und österreichische Emigranten und ihrer Beratung. Nun bekämpfte er das Dritte Reich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Sein älterer Bruder Heinrich Mann erlebte die Machtübernahme in Berlin. Vierzehn Tage später wurde er von der Akademie sang- und klanglos ausgestossen. Kaum war dies geschehen, als bei Gelegenheit eines Empfangs der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, der über die Situation richtig informiert war, auf ihn zutrat und diesen einzigen Satz sprach: «Wenn Sie über den Pariser Platz kommen, mein Haus steht Ihnen offen.» Der Wink war deutlich genug. Zwei Tage später fuhr Heinrich Mann unauffällig, ohne Gepäck, mit nichts als dem Regenschirm am Arm und zuerst mit der Strassenbahn, nach Frankreich. Als Spaziergänger ging er über die Brücke nach Kehl. Von Strassburg aus telegraphierte er seinen Freunden in Paris: «Mit heiler Haut davongekommen.»

Tatsächlich drangen am selben Tag die Häscher in seine Berliner Wohnung ein.

Zuerst fand Heinrich Mann in Frankreich eine zweite Heimat. Doch als die deutschen Truppen auch in Frankreich einrückten, musste er wieder die Flucht ergreifen und nach Amerika auswandern, er, der Europäer, der kein Englisch sprach, nicht Auto fahren konnte und nie ein Auto besass – ein völlig isolierter, doch nie verzweifelnder «streitbarer Humanist», wie er seinen Henri IV. bezeichnete.⁹

Im Jahre 1933 hat die grösste Auswanderung von Intellektuellen in der Weltgeschichte stattgefunden. Die halbe deutsche Literatur, etwa 250 deutsche Schriftsteller, ging ins Exil, sei es gezwungen, weil einem das KZ drohte, sei es aus freier Wahl, um nicht mundtot gemacht zu werden. Nicht nur die Juden, sondern in erster Linie die geistige Linke: Demokraten, Liberale, Kommunisten handelten so.

Der Fall der Kommunisten verdient besonders erwähnt zu werden, denn theoretisch verfügten sie über ein Ersatz-Vaterland, das Vaterland der Proletarier aller Länder. Doch ob sie vielleicht von den stalinistischen «Säuberungen» gehört hatten oder ob es die Sowjetunion selbst nicht zulies – Tatsache ist, dass ganz wenige deutsche Kommunisten nach Russland auswanderten.

Bert Brecht, der anscheinend nie eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen ist, stand ihr sehr nahe; er war, um es mit Klaus Völkers Worten zu sagen, «ihr denkbar bester Lehrer und ihr gelehriger Schüler» gewesen. Nach dem Umsturz in Deutschland musste es Bert Brecht erleben, dass manche seiner Freunde diese Zeit begrüsst, die sie für die «neue» Zeit hielten. Er hatte allen Anlass zur Vorsicht. Am Morgen nach dem Reichstagsbrand verliess er mit Helene Weigel Berlin in Richtung Prag, wo das Asylrecht grosszügig gehandhabt wurde. Dann kaufte er sich ein kleines Haus in Dänemark, wo die Chancen, sich als deutscher Schriftsteller einigermaßen durchzuschlagen, nicht schlecht waren. Er liess seine Bücher aus Berlin kommen. Bei den Dänen, die Humor hatten, fühlte er sich wohl. Da hielt er sich sechs Jahre auf. Walter Benjamin beschrieb er seine relative Zufriedenheit: «Die Welt geht hier stiller unter.» Nach einem vergeblichen Versuch, in Moskau Anschluss zu finden, und nach dem Ausbruch des Krieges wanderte er nach Amerika weiter, wo er sich zuerst in Hollywood, dann in New York niederliess. Erst drei Jahre nach Ende des Krieges, im Oktober 1948, kam er zurück nach Berlin.¹⁰

Alfred Kantorowicz, der als junger Mann aus guter Familie glaubte, die kommunistische Partei zähle zur äussersten Linken, war ihr im Herbst 1931 beigetreten. Bei der Machtübernahme wanderte er zuerst nach Frankreich aus. Als der Spanische Bürgerkrieg als Auftakt zum Zweiten Weltkrieg ausbrach, ging er nach Spanien, doch nicht als Parteifunktionär wie andere auch, sondern als Frontkämpfer, wie 5'000 seiner Landsleute. Nach dem Zusammenbruch der spanischen Republik kam er nach Frankreich zurück, ging dann nach Amerika, wo er fünf Jahre verweilte, bis zum Sieg der Alliierten, bis ihm die Möglichkeit gegeben wurde, den Weg zurück nach Berlin zu finden, wo er sich vorerst im sowjetischen Sektor niederliess. Aber

da beginnt eine andere Geschichte. Anscheinend war auch ihm nie eingefallen, nach Russland zu emigrieren.¹¹

Bei denen, die in Deutschland blieben, gibt es keine Kategorien, nur völlig verschiedene Einzelfälle.

Die mutige Ricarda Huch erklärte sofort – 1933 – ihren Austritt aus der Preussischen Akademie der Künste. Sie machte aus ihren Überzeugungen kein Hehl, sammelte heimlich Material über die Widerstandsbewegungen. Sie veröffentlichte wenig, und dann lieber in der Schweiz.

Ernst Wiechert, ein echter Blut-und-Boden-Dichter, wurde letzten Endes immerhin monatelang eingekerkert.

Der von den Nazis hochgepriesene Lyriker Josef Weinheber erkannte gegen Ende des Krieges, dass er durch die ihm erwiesene Verehrung kompromittiert worden sei; drei Wochen vor Hitler, am 8. April 1945, nahm er sich das Leben.

Zum Fall Bergengruen besitzen wir ein Dokument, ein von der Gauleitung München-Oberbayern angefordertes «Gesamturteil», in dem es heisst, Bergengruen dürfte politisch nicht zuverlässig sein. Er zeige zwar «an seinem Fenster die Hakenkreuzfahne» und «gebe bei Sammlungen immer und gern»; doch halte er offenbar keine NS-Presse, einer Gliederung der Partei gehöre er so wenig an wie seine Frau und seine Kinder. «Der deutsche Gruss Heil Hitler wird weder von ihm noch von seiner Familie angewendet, auch wenn er ab und zu die Hand ein wenig erhebt.»¹²

Bergengruen behauptete später, verschlüsselte Romane geschrieben zu haben, in einer Zeit, in der, wie er sagt, «die leiseste Andeutung verstanden wurde».

Verstanden? Wurde die leiseste Andeutung wirklich verstanden? Wie wurde sie denn verstanden? Der «Völkische Beobachter» verkündete begeistert von Bergengruens Roman: «Das ist der Führerroman der Renaissancezeit!»

Bergengruens Anspielungen waren wohl doch zu leise gewesen, als dass sie richtig verstanden worden wären.

An dem Begriff der «inneren Emigration» kommen wir nicht vorbei. Doch kann der Historiker mit diesem Begriff wenig anfangen. Eine sogenannte «innere Emigration» als Gegenstück zur äusseren Emigration ist nicht viel mehr als das an einer Fassade zur Wahrung der Symmetrie angebrachte blinde Fenster.

Literatur im Exil, die äussere Emigration, das lässt sich nach einem objektiven Kriterium genau definieren, wenn auch mit unzähligen Nuancen: Wer Jude war, wer nicht; wer Geld hatte, wer nicht; wer draussen Freunde hatte, wer nicht. . . Die entscheidende Frage lautet: wer war draussen, wer nicht. Draussen in der Emigration wusste man genau, wer dazu gehörte. Es gab gemeinsame Veranstaltungen, Kundgebungen und Aktionen wie die nach der Bücherverbrennung im Ausland errichtete Deutsche Freiheits-Biblio-

thek als Wahrzeichen des besseren Deutschlands oder wie die Zeitschrift «Mass und Wert». Die Emigranten wussten voneinander, schrieben einander, verkehrten miteinander.

Bei der sogenannten «inneren Emigration» gibt es nichts dergleichen. Manche Intellektuelle zogen sich ins Privatleben zurück. Aber was sie sich dabei dachten, lässt sich nicht mehr eruieren. Es ist reine Sache des Gewissens, also schwer mitteilbar. Auch kann sich im Rückblick, in der Erinnerung, einiges verschoben haben. Ernst Barlach, Jochen Klepper, einige andere erklärten wohl sehr früh, sie befänden sich «jetzt durchaus im Exil», heimatlos in der eigenen Heimat. Sie empfanden, sagt Thomas Mann, «die Qual seelischer Heimatlosigkeit». Die «Stillen im Lande», das hat es schon immer gegeben.

Aber Thomas Mann hat auch gesagt: «Und was, wenn Hitler gesiegt hätte?»

Tatsache ist, dass, wenn man unterm Hakenkreuz als Schriftsteller weiter leben, schreiben und veröffentlichen wollte, man es zuletzt nur durch Kompromisse, Zugeständnisse, Lippenbekenntnisse vermochte. Sonst schwieg man.

Es ist gesagt worden, am Ursprung der «inneren Emigration» stehe kein anderer als Martin Luther. Seine Auslegung des Römerbriefs des Paulus, die Lehre von den Zwei Reichen, bilde die ideologische Grundlage der «inneren Emigration». Die lutherische Moralthorie kenne kein Widerstandsrecht. Ein Zeugnis dafür findet sich bei Jochen Klepper, der im August 1937 schrieb: «Es bleibt bei Römer 13, der Gehorsam gegen eine mir auch noch so entgegengesetzte Obrigkeit.» Die Lehre mache keinen Unterschied zwischen legitimer Obrigkeit und Tyrannei. Das vermag ich als Aussenstehender, als Ketzer, nicht zu beurteilen.

Ein Teil der in Deutschland verbliebenen Schriftsteller stellte sich der «Bewegung», der «Revolution», wie es hiess, zur Verfügung. Der krassste Fall ist der des Lyrikers Gottfried Benn. Er hatte sich mit der kommissarischen Leitung der Abteilung für Dichtung der Preussischen Akademie der Künste beauftragen lassen. Als solcher betrieb er den Ausschluss seiner Kollegen Leonhard Frank, Georg Kaiser, Bernhard Kellermann, Alfred Mombert, Rudolf Pannwitz, Alfons Paquet, René Schickele, Fritz von Unruh, Jakob Wassermann, Franz Werfel. Freiwillig, doch unter Druck gesetzt, traten Alfred Döblin, Ricarda Huch, Käthe Kollwitz zurück.

Mit der Aktion vom 18. März 1933 war die Preussische Akademie der Künste, die zur Zeit des preussischen Kultusministers C. H. Becker so glorreich gewesen war, von allen «liberal-reaktionären» Schriftstellern «gesäubert» worden.

Doch drei Jahre später wurde Gottfried Benn von den Nazis angegriffen und selbst «gesäubert», aus der Akademie ausgeschlossen. Er erhielt Schreibverbot. Er ging zur Armee, ein Schritt, den er als «die aristokratische Form der Emigration» bezeichnete. Es sei doch festgestellt, dass sich Gott-

fried Benn nicht als Kämpfer meldete, sondern als Arzt, dass übrigens auch der Krieg noch nicht ausgebrochen war.

Mehr als einer, der anfangs mitgemacht hatte, wurde schwer enttäuscht. «Das habe ich nicht gewollt» – das ist ein Wort, das in der Geschichte, und besonders in der deutschen Geschichte, mehr als einmal ausgesprochen wurde: der Geist, der stets das Gute will – und stets das Böse schafft.

Ein interessanter Fall ist Arnolt Bronnen. Der 1895 als Österreicher geborene Arnolt Bronnen war mit dreissig Jahren, also 1926, ein in Berlin angesehener, ja berühmter Autor und wurde mit seinem Freund Bert Brecht in einem Atemzug genannt. Er war als ein Mann bekannt, der, wie man sagte, «die Linke hochbrachte».

Drei Jahre später, 1929, beim Erscheinen seines Romans «O. S.» (Oberschlesien), wurde er von den Nazis auf Händen getragen. Im Berliner «Angriff» schrieb Goebbels: «Bronnens O. S. ist so, als wäre das Buch von uns allen geschrieben», obwohl doch Dr. Goebbels dem Landser-Typ nicht völlig entsprach. Bronnen verfiel dem Charme von Goebbels und seiner Schmeichelei. Am Tag der Machtübernahme hatte er schon eine ansehnliche Stelle im Funkhaus an der Masurenallee erhalten. Doch bald wurde er, der eher den Nationalbolschewisten nahe stand, von den Nazis als ein unsicherer Kantonist betrachtet, dem man immer weniger Vertrauen schenkte. Er galt als enfant terrible des Nationalsozialismus.

Nach der Auflösung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und der Einlieferung von Hunderttausenden in die KZs oder Arbeitslager bekam Bronnen Angst. Später schrieb er: «Die meisten meiner Freunde und Bekannten brachen ihre Quartiere ab. Ernst jünger mietete sich in Goslar ein. Ernst von Salomon verschwand in Richtung Oberbayern. Ich war isoliert. Ich konnte niemandem trauen.»

Vom Ablauf der Ereignisse im ersten Hitler-Jahr wenig erbaut, blieb Arnolt Bronnen vorerst den Idealen der Bewegung nahe. Er schrieb später: «Was mich von den Juni-Schlächtern (damit ist der sogenannte Röhm-Putsch gemeint) trennte, waren Fragen der Taktik und der Methode.»

Bronnen gab das Ideal nicht auf. Doch wer Taktik und Methoden ändern wollte, musste bei der Jugend anfangen. Das versuchte er auch. Er beschloss, für die Jugend zu schreiben, um bei ihr, wie er sagt, «die Zahl der Denkenden zu vermehren». Doch musste er bald einsehen, dass die Probleme des Schriftstellers sich gewandelt hatten. Es genügte nicht mehr, «sich an den Schreibtisch, an die Schreibmaschine zu setzen und nun das Destillat der denkenden Vergangenheit zu sublimieren».

Dazu kam – und das ist von tiefer Bedeutung – «die Wandlung des sprachlichen Ausdrucks, welche sich allerorts vollzog. Teils durch den Rundfunk, teils durch die Presse, teils durch die propagandistische Überladung des Wortes entbluteten die Sprach-Zentren. Ganze Kategorien von Worten wurden gewichtslos. Andere Worte bekamen einen neuen Nebensinn. «Ich erlebte und erlitt, [...] wie das sprachliche Material, die Sprach-

Masse [...] sich depravierte. Jeder Satz, sowie jeder Anzug, wurde aus schlechterem Stoff.»¹³

Arnolt Bronnens und Bert Brechts Grab auf dem Dorotheen-Friedhof in Berlin liegen nicht weit voneinander entfernt.

Den Fall Ernst Jünger wollen wir heute auf sich beruhen lassen.

Man soll nicht glauben, der Konsum an Unterhaltungs- und Trivilliteratur sei im Dritten Reich zurückgegangen. Die deutsche Nation las viel. Die Blut-und-Boden-Literatur verkaufte sich nach wie vor gut. Im Jahr der Machtübernahme, 1933, erreichten die acht Werke von Ganghofer eine Auflage von drei Millionen Exemplaren. Werner Beumelburg, der 1933 in die gleichgeschaltete Dichterakademie berufen und zu ihrem Schriftführer ernannt worden war, erreichte im Jahr des Kriegsausbruches, 1939, eine Auflage von einer Million Exemplaren.

Doch hat man mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die dem Geist des Nationalsozialismus verpflichteten oder sich ihm annähernden Schriften – etwa der Grimm, Blunck, Kolbenheyer, Beumelburg u.a.m. – fast alle vor 1933, vor dem Machtantritt, erschienen waren. «Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten», sagt Ernst Loewy, «waren selbst die Nazi-Dichter von bemerkenswerter Unproduktivität.»

Dieses interessante Phänomen scheint Dr. Goebbels nicht entgangen zu sein. Ende 1936 sagte er: «Die grossen Genies der neuen Zeit sind noch nicht da, sie werden einmal kommen. Vielleicht marschieren sie schon irgendwo in den Reihen unserer Hitlerjugend oder des Arbeitsdienstes, vielleicht sind sie bereits da, aber sie haben noch nicht das Wort ergriffen. Vielleicht werden sie eines Tages anfangen zu singen und zu dichten; dann wird die grosse Erfüllung kommen.»

Bis jetzt habe ich versucht, in wenigen Worten das Schicksal einzelner Menschen in Erinnerung zu rufen. Es sei jetzt von Institutionen am Beispiel des S. Fischer Verlages und der von ihm herausgebrachten literarischen Zeitschrift, der «Neuen Rundschau» – zwei miteinander eng verbundenen Unternehmungen von Weltrang – die Rede.

Der Berliner Verleger Samuel Fischer hatte es um die Jahrhundertwende und bis in die dreissiger Jahre verstanden, einigen deutschen Autoren zu Weltruhm zu verhelfen. Es seien hier nur Thomas Mann, Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Alfred Döblin, Jakob Wassermann, Annette Kolb genannt. Samuel Fischer war gleichfalls der deutsche Verleger von weltberühmten ausländischen Autoren wie Arthur Schnitzler, Hugo von Hofmannsthal, Henrik Ibsen, George Bernard Shaw, Joseph Conrad, Jean Giono, Saint-Exupéry, John Dos Passos, Virginia Woolf. Er hatte Leo Trotzky's «Geschichte der Russischen Revolution» veröffentlicht.

Am Tag der Machtübernahme war der siebzigjährige Samuel Fischer kaum noch in der Lage, den Zusammenbruch der geistigen und sozialen Welt, in der er gelebt und für die er so viel getan hatte, nachzuvollziehen und zu bewältigen. Wer konnte dies auch? Was da geschah, war ihm unbegreif-

lich; das, was daraus folgen sollte, unvorstellbar. Die Verantwortung für den Verlag übernahm sein Schwiegersohn, Dr. Gottfried Bermann-Fischer.

Ein paar Monate früher war ein Redakteur von Ullstein, Peter Suhrkamp, als Mitarbeiter des Verlags gewonnen worden. Ihm wurde die redaktionelle Verantwortung für die vom Fischer-Verlag herausgegebene «Neue Rundschau» anvertraut.¹⁴

Auswandern, sich mit seiner Frau Tutti und den drei Kindern in Sicherheit bringen, wäre für Gottfried Bermann-Fischer das Nächstliegende gewesen. Doch beschloss er, für den Verlag und für seine Autoren an Ort und Stelle zu kämpfen und zu retten, was vielleicht noch zu retten war, ohne jedoch entehrende Konzessionen zu machen.

Solange er standhielt, wurden Thomas Mann, Hermann Hesse, Jakob Wassermann ungestört weiter gedruckt und in den deutschen Buchhandlungen verkauft; die «Neue Rundschau» konnte weiter erscheinen.

So konnten die beiden ersten Bände von Thomas Manns Josephs-Tetralogie, «Joseph und seine Brüder» im Herbst 1933, «Der junge Joseph» im Frühjahr 1934, in Berlin erscheinen sowie um diese Zeit auch ein Roman von Annette Kolb, «Die Schaukel», der folgenden Satz enthielt: «Wir sind heute in Deutschland eine kleine Schar von Christen, die sich ihrer Dankesschuld gegenüber dem Judentum bewusst bleibt.» Allerdings musste von der sechsten Auflage an dieser gewagte Satz gestrichen werden.

Peter Suhrkamp war allmählich in die Geschäftsführung des Fischer Verlags eingeweiht worden. Er konnte feststellen, dass es im Propagandaministerium erwünscht war, den Fischer Verlag als Prunkstück, als Demonstration nach aussen beizubehalten, und er nützte die Gelegenheit dazu.

Als im Oktober 1934 Samuel Fischer in seinem Haus in Grünewald starb, beschloss Gottfried Bermann-Fischer den Verlag zu teilen, den in Deutschland verbleibenden Teil zu verkaufen und mit dem Erlös im Ausland einen neuen Verlag, einen Exil-Verlag, zu gründen. Ende 1935 wandte er sich an den Bankier Hermann Josef Abs, der ihm half, die Operation zu bewerkstelligen.

Gottfried Bermann-Fischer zog nach Wien und eröffnete dort ein neues Verlagsunternehmen, den Bermann-Fischer Verlag. Das Buchlager von rund dreiviertel Million Bänden konnte von Leipzig nach Wien transportiert werden. Von Wien aus wurde der deutsche Sortimentsbuchhandel noch eine Zeitlang beliefert.

Doch zwei Jahre später fand der Anschluss statt. Gottfried Bermann-Fischer musste ein zweites Mal auswandern, diesmal nach Stockholm, wo er wieder einen Verlag gründete. Als der Krieg ausbrach, zog er nach den Vereinigten Staaten um und gründete dort, zum drittenmal im Exil, einen diesmal englischsprachigen Verlag.

In Deutschland verblieben, versuchte Peter Suhrkamp mit einigen gleichgesinnten Mitarbeitern durch eine Technik des verhüllten, kryptischen, mehrdeutigen Schreibens mit einem Minimum an Konzessionen den deut-

schen Fischer Verlag und die «Neue Rundschau» weiterzuführen: die «Neue Rundschau», deren Bannerspruch von jeher, seit ihrer Gründung, das Wort Wahrheit gewesen war: «die Wahrheit des unabhängigen Geistes, der nur einen Gegner kennt, die Lüge in jeglicher Gestalt».

Ab Mai 1939 wurden vom Propagandaministerium sogenannte «Sprachregelungen» herausgegeben, die für die gesamte periodische Presse verbindlich waren und im Einzelfall vorschrieben, wie und mit welchen Formulierungen auf welche Ereignisse zu reagieren war. Kurz vorher, im April-Heft des Jahrgangs 1939, hatte es die «Neue Rundschau» versäumt, den 50. Geburtstag des Führers zu erwähnen. Es wurde Peter Suhrkamp angekündigt, er habe mit der sofortigen Einstellung der Zeitschrift zu rechnen, wenn nicht unverzüglich eine Würdigung erfolge. Auch musste der ehemalige S. Fischer Verlag in Suhrkamp Verlag umbenannt werden.

Peter Suhrkamp, der mit den verschiedenen Lesarten der 17 Kontrollstellen im Bereich der Literaturlenkung lange Zeit zu spielen gewusst hatte, wurde im April 1944 unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet und in das KZ Oranienburg eingeliefert. Ein kommissarischer Verlagsleiter wurde für den Suhrkamp Verlag bestellt. Schliesslich wurde der schwerkranke Peter Suhrkamp aus dem KZ entlassen, und damit war sein Leben gerettet.

Bereits 1933 war der Ullstein Verlag in den Besitz der Nationalsozialistischen Partei übergegangen. Nach dem Berufsverbot für den Verleger Ernst Rowohlt war dessen Verlag der Deutschen Verlagsanstalt angegliedert und damit unter die Aufsicht der Partei gestellt worden.

Von der Zeitschrift «Das Innere Reich» beteuert Hans Mayer, sie habe bei aller Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie «dennoch den geheimen Sammelpunkt einer Gegenliteratur» zu bilden versucht.¹⁵

Die Herausgeber waren der Bewegung der «Konservativen Revolution» verbunden. Die 1934 vom Münchner Verlag Albert Langen/Georg Müller gegründete Zeitschrift «Das Innere Reich» bemühte sich um die Verknüpfung von Kunst und Leben und die Verankerung beider in Nation und Staat. Sie wollte keine kritische oder theoretische Zeitschrift sein und war auch keine. Sie behandelte Kulturfragen mit Beschränkung auf das Wesentliche und über den Tag hinaus. Sie erschien monatlich in einer Auflage von über 5'000 Exemplaren.

Man hat berechnet, dass von 7'000 Zeitschriften etwa 1'500 zwischen 1933 und 1934 ihr Erscheinen aus politischen Gründen einstellen mussten. Die Zahl der Literaturblätter ging von 95 auf 72 zurück.

IV

Was kann aus dieser rasch skizzierten Darstellung geschlossen werden? Ich rede nur für mich. Bei der Behandlung des mir aufgetragenen Themas tauchten gewisse Gedanken auf, die ich noch kurz mitteilen möchte.

Erstens: Die eben beschriebene historische Episode kann nicht einfach als Episode, als eine vorübergehende Unterdrückung der Kultur an sich durch eine Welle von Unkultur, durch Barbarei abgetan werden. Man hat es vielmehr mit dem Zusammenstoss von zwei verschiedenen Typen von Kulturen zu tun. Wie soll man sie bezeichnen? Dabei hilft wohl ein kybernetischer, der Systemanalyse entlehnter Begriff. Die eine Kultur war weltoffen oder strebte an, es zu sein, dagegen wollte die andere, die gegensätzliche, dadurch an Intensität und Durchschlagskraft gewinnen, dass sie sich abkapselte, sich möglichst auf sich selbst – oder auf das Bild, das sie von sich selbst kultivierte – konzentrierte. Die eine Kultur nahm das ihr Wesensfremde gern auf, um sich mit ihm anzureichern, die andere sperrte sich und wehrte sich gegen das als fremdartig Empfundene. Dies ist nicht neu. Hatte nicht schon vor zweihundert Jahren Hölderlin ausdrücklich davor gewarnt? Er schrieb: «Dass uns aber das Vaterland nicht werde zum kleinen Raum.»

Die zweite Überlegung ist anthropologischer Art. Es gibt nicht einerseits die Kultur, andererseits die Unkultur: Es gibt Kulturen, jede von ihnen ein lebendiges Wesen mit eigener Gesetzmässigkeit. Hunderte, Tausende von Kulturen gibt es und hat es in der Geschichte der Menschheit gegeben, darunter eine Mehrheit von Kulturen, die spurlos verschwunden sind. Hunderte, Tausende von Kulturen wird es noch geben. Durch das Beispiel dessen, was sich unter unseren Augen zwischen 1933 und 1945 abspielte, sollen wir daran erinnert werden, wie vergänglich, wie störungs- und zerstörungsanfällig Kulturen sind. Das Tausendjährige Reich hat nur zwölf Jahre gedauert, nach dem Jahr null war es noch nicht zu spät, um an das Alte anzuknüpfen. Thomas Mann war noch am Leben, war noch da. Was, wenn die Eiszeit länger als eine Generation, sagen wir, wenn sie dreissig, vierzig Jahre, gedauert hätte? Das Alte wäre als vorsintflutlich betrachtet worden. Eine jede Kultur besteht aus einer Kette von Generationen, von denen eine jede Generation ein Glied der Kette ist. Fehlt ein Glied, fehlt eine Generation, so reisst die Kette, sie ist einfach nicht mehr da. In unserer Zeit sind viele Tierarten vom Aussterben bedroht, aber auch genauso viele Kulturen.

Die dritte Erwägung: Kultur ist eine Blüte, so zart und verwelklich wie eine Orchidee. Es trifft sich, dass bei mir in der Provence in dieser Jahreszeit auf jedem Hektar Hunderte von wilden Orchideen blühen: eine Pracht. Aber die Gärtner haben mich gewarnt: Versuchen Sie nicht, die wildwachsenden Orchideen etwa zu verpflanzen, das ist bis jetzt noch keinem gelungen. Die Orchidee wächst spontan, wo und wann es ihr passt, sonst gar nicht. Will man sie verpflanzen oder züchten, so verschwindet sie. So ist wohl auch eine jede Kultur ein spontanes Gewächs, das sich nicht willkürlich verpflanzen, aufpfropfen, zurechtstutzen oder-in der Sprache der Gärtner-«veredeln» lässt. Mit einem Wort: Kultur ist etwas, das nicht kultiviert werden kann. Und eigens von Staats wegen schon gar nicht. Mir ist es schon unheimlich, dass es in einem sich selbst als Demokratie bezeichnenden Land, in Frankreich, einen «Ministre de la Culture» gibt.

Ein letztes Wort: Wenn man mich jetzt fragte, was ich heute für eine Auffassung von Kultur hätte, und ich sollte mich so kurz wie möglich fassen, würde ich sagen: Der Mensch wird nicht als freies Wesen geboren, der Mensch ist nicht von Natur aus frei. Kultur aber ist die Schule der Freiheit.

Anmerkungen

¹ Dieser Vortrag wurde in Tübingen und Berlin gehalten und ist unter dem Titel «Kultur in der ideologischen Zwangsjacke» veröffentlicht worden in: Wolfgang Treue/Jürgen Schmäddeke (Hg.), Deutschland 1933. Machtzerfall der Demokratie und nationalsozialistische Machtergreifung» – Eine Vortragsreihe, Berlin 1984, S. 156-175, hier wiederabgedruckt mit der freundlichen Genehmigung der Herausgeber.

² Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, Gesamtausgabe 1886, Volksausgabe 1891; Schriften für Deutschland, hrsg. von August Messer, Leipzig 1933, S. 144, 145; ferner S. XXIV: «Möge Russland die Gewogenheit haben, freiwillig [. . .] nach Mittelasien hinüberzurücken [. . .] Wir brauchen Land vor unserer Türe [. . .] Will Russland nicht, so zwingt es uns zu einem Enteignungsverfahren, das heißt zum Kriege. [...] Diese Politik ist etwas assyrisch, aber es gibt keine andere mehr als sie.» S. 80: «Ein Volk erwirbt durch den Krieg (dieses Wort im weitesten Sinne genommen) die Übung und volle Ausbildung der ihm eingeborenen Eigenschaften.» S. 191: «Wir ersticken an Bildung.»

³ Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, erg. u. verbess. Aufl. Zürich/New York 1938, S. 56.

⁴ Jost Hermand, Bewährte Tümligkeiten. Der völkisch-nazistische Traum einer ewig-deutschen Kunst, in: Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen, hrsg. von Horst Denkler und Karl Prümm, Stuttgart 1976, S. 102 ff.

⁵ Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, hrsg., eingel. u. dargest. von Walther Hofer, überarb. Neuausg. Frankfurt a. M. 1982, S. 97f.

⁶ Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1918, S. 265 ff.

⁷ Gottfried Bermann-Fischer, Bedroht – Bewahrt. Der Weg eines Verlegers, Frankfurt a. M. 1967, S. 92.

⁸ Thomas Mann, Ein Briefwechsel, Zürich 1937.

⁹ Heinrich Mann, Ein Zeitalter wird besichtigt, Berlin 1947, S. 335 ff.

¹⁰ Klaus Völker, Bertolt Brecht. Eine Biographie, München/Wien 1976.

¹¹ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, München 1959.

¹² Reinhold Grimm, Im Dickicht der inneren Emigration, in: Denkler/Prümm, Die deutsche Literatur, S. 412.

¹³ Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll. Beiträge zur Geschichte des modernen Schriftstellers. Mit einem Nachwort von Hans Mayer, Kronberg 1978.

¹⁴ Falk Schwarz, Die gelenkte Literatur. Die «Neue Rundschau» im Konflikt mit den Kontrollstellen des NS-Staates und der nationalsozialistischen ‚Bewegung‘, in: Denkler/Prümm, Die deutsche Literatur, S. 66ff.

¹⁵ Horst Denkler, Janusköpfig. Zur ideologischen Physiognomie der Zeitschrift «Das innere Reich» (1934-1944), in: ders./Prümm, Die deutsche Literatur, S. 382ff.

Hitlers Krieg und die Deutschen¹

I

Unter diesem Titel lassen sich zahlreiche Einzelthemen subsumieren; aus Zeit- und Raummangel sollen hier vor allem die zwei in ihm enthaltenen Aussagepaare: «Hitlers Krieg» und die «Deutschen» behandelt werden, d.h. die Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Phänomen Krieg und die Frage, ob der von 1939-1945 stattfindende Krieg *nur* derjenige Hitlers war und als solcher von ‚den Deutschen‘ aufgefasst wurde. Bevor hierauf näher eingegangen werden kann, bedarf es zweier weiterer Abklärungen des Begriffes ‚die Deutschen. Was soll man darunter verstehen? Wie können wir überhaupt wissen, was die Menschen in Deutschland in den Dreissiger bis Mitt vierziger Jahren über den Krieg, Hitler, das Regime und andere damit zusammenhängende Probleme gedacht haben?

Zur Beantwortung dieser beiden letzten Fragestellungen bedarf es eines kurzen Hinweises auf die Quellenlage hinsichtlich der Meinungserfassung im Dritten Reich. Obwohl es in einem totalitären Staat so etwas wie «Öffentliche Meinung» nicht gibt, da wir unter diesem Begriff die Vielfalt öffentlich frei geäußelter Meinungen verstehen, gab es eine «nicht öffentliche Meinung», d.h. die Bevölkerung hegte Ansichten und Meinungen über die sich abspielenden Ereignisse und das grössere Geschehen, und diese Einstellungen wurden auch zum Ausdruck gebracht. Verständlicherweise finden sich solche Äusserungen nicht in der staatlich überwachten und gelenkten Presse; sie konnten sich auch nicht bei offiziellen Veranstaltungen, in Partei- oder Gewerkschaftsdiskussionen oder anderen Foren frei entfalten – es sei denn, sie seien regimekonform, und das gab es natürlich. Sie konnten sich ebenfalls nicht anlässlich freier Wahlen ausdrücken, da solche nach März 1933 nicht mehr stattfanden. Demoskopische Umfragen existierten noch nicht. Worauf beruhen demnach unsere Kenntnisse über die damalige Meinungslage?

Trotz Kriegszerstörungen, Archivdezentralisierung, verordneter Aktenvernichtung gibt es noch eine erstaunliche Anzahl von Quellen. Sie vermitteln uns ein zwar nur lückenhaftes und unvollkommenes Bild über die damalige Publikums- oder Volksmeinung, erlauben es aber dennoch, wesentliche Trends, Strömungen und Themen zu erfassen. Quantifizierte Aussagen, wie sie aufgrund von Wahlanalysen oder demoskopischen Umfragen

erfolgen, sind natürlich nicht möglich, obwohl präzisere Aussagen in Zukunft nicht auszuschliessen sind, wenn alle, bis in die letzten Staatsarchive bestehenden Quellen erfasst sein werden – was immer noch nicht ganz der Fall ist – und einer sorgfältig aufbereiteten Computeranalyse unterworfen worden sind.

Das bis heute ausgewertete Quellenmaterial umfasst im Wesentlichen die Stimmungs- und Lageberichte aus den verschiedenen Bereichen des Sicherheitsdienstes (SD),² fragmentarische Bestände aus Berichten der Hoheitsträger der Partei (Gauleiter) und den verschiedensten NS-Organisationen; Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte des Reichsjustizministeriums, Monatsberichte der Regierungspräsidenten der bayerischen Regierungsbezirke; Tätigkeitsberichte der Reichspropagandaämter, vereinzelte Stimmungsberichte aus dem Bereich der Wehrmacht, Briefe, Niederschriften, z.T. auch Material aus Werkarchiven und für die Vorkriegsjahre die *Deutschland-Berichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (Sopade) von 1934-1940,³ die sehr wertvolles Material enthalten, nicht nur über die Arbeiterschaft, sondern auch über andere gesellschaftliche Schichten. Sie wurden ausführlich für die Friedensjahre herangezogen, da sie in plastischer Form inzwischen erschienene Regional- und Detailstudien bestätigen.

Dieses reichhaltige, teilweise mosaikartig aneinanderzusetzende Quellenmaterial bedarf einer besonders sorgfältigen, kritischen Verarbeitung, da es starken perspektivischen Verzerrungen der Berichtersteller unterworfen ist und, für die ebenfalls zwangsläufig subjektive Auswertung durch den Historiker, manche Probleme aufgibt. Seine Fülle bietet jedoch ein gewisses Vergleichsmass, gestattet Repräsentatives von Unrepräsentativem zu unterscheiden und Aussagen über die Mentalität und die damaligen Denk- und Einstellungsmuster zu machen. Die Schwierigkeit der Auswertung und Beurteilung des existierenden Materials betrifft im Übrigen weniger die weitverbreiteten Kritik- und Unmutsäusserungen, welche in ihrer Deutlichkeit oft kaum zu übertreffen sind, als die positiven, regimefreundlichen Aussagen, bei denen das Abwägen, ob es sich um Resultate der Einschüchterung, um Opportunismus, um gedankenloses Nachplappern von Propagandaparolen oder um echte Zustimmung handelt, sehr schwer fällt. Eines geht jedoch ganz klar aus diesen unterschiedlichen Quellengruppen hervor: die Meinungen im Dritten Reich waren alles andere als uniform oder «gleichgeschaltet»; sie waren ausserordentlich vielfältig, wobei sich gruppenspezifische, generationsbedingte und regional beeinflusste Unterschiede herauschälen. Sie waren, wie auch die Stimmungen in anderen Ländern und Regimen, ausserordentlich schwankend, labil, stark von Ereignissen abhängig. Trotz aller Fragmentierung und Unterschiedlichkeiten lassen sich dennoch Bereiche der Grundübereinstimmungen und Gemeinsamkeiten feststellen.

Dieser knappe Hinweis auf die Quellenlage ermöglicht bereits eine Aussa-

ge zu der Bezeichnung ‚die Deutschen‘, nämlich, dass es sich hierbei um einen Oberbegriff handelt, welcher die im damaligen Deutschen Reiche lebenden Staatsangehörigen umfasst. Er impliziert keineswegs eine Pauschalaussage über die Existenz von einheitlichen, uniformen Meinungs- und Einstellungsmustern. Im Gegenteil, die bestehenden Meinungsunterschiede lassen auf ein Nebeneinander verschiedener politischer Kulturen und Subkulturen in Deutschland schliessen.

Hinsichtlich des Komplexes ‚Hitlers Krieg‘ soll nun vorerst präzisiert werden, dass die «Entfesselung» des Zweiten Weltkrieges durch Hitler, wie Walther Hofer es einprägsam formuliert hat,⁴ im Unterschied zur Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges kaum ernsthaft angefochten worden ist und man höchstens auf ‚Unterlassungssünden‘ anderer Länder schliessen kann, und dies hauptsächlich in Verkennung der wahren Natur des NS-Regimes.

Das Problem, das uns hauptsächlich beschäftigen soll, ist die Frage, welche Einstellungen und Ansichten die deutsche Bevölkerung in den Dreissigerjahren und danach im Hinblick auf einen Krieg äusserte. Denn das Thema Krieg war eine der wichtigsten Konstanten der Volksmeinung im Dritten Reich, von seinem Anfang bis zu seinem ‚bitteren Ende‘; es ist eines seiner wesentlichen Leitmotive.

II

Für die *Friedensjahre* lassen sich mehrere Meinungstrends feststellen. Ganz allgemein gesehen, hatte die Mehrzahl der Bevölkerung das Gefühl, in einer Pause zwischen zwei Kriegen zu leben. Bereits sehr früh, ab 1934, stellte sich eine Art «Kriegspsychose» ein, teilweise wohl im Zusammenhang mit der bevorstehenden Saarabstimmung, über deren Ausgang man sich nicht recht im Klaren war, teilweise wohl auch ausgelöst durch anlaufende Rüstungsbestrebungen. Da gab es zuerst einmal die Gruppe der Furchtsamen, dann diejenige der Resignierten und schliesslich diejenige der sogenannten «Kriegslustigen». Letztere umfasste neben überzeugten Nationalsozialisten einen Teil der Jugend, aber auch Arbeitslose, die hofften, ein Krieg werde durch Einverleibung anderer Gebiete, vielleicht Kolonien, wieder Arbeits- und neue Aufstiegsmöglichkeiten bringen. Im Rahmen dieser Kategorie muss noch eine weitere, zahlenmässig schwer zu umreisende, und sehr ambivalente Strömung erwähnt werden. Sie setzte sich aus den verschiedensten oppositionellen Kreisen zusammen. Die Anhänger dieser ‚Kriegspartei‘ waren der Ansicht, dass eine Änderung in Deutschland niemals durch eigene Kraft erfolgen könne und es eines Anstosses von aussen bedürfe. Sehr früh schon wurde hier die Illusion genährt, die westlichen Demokratien würden rechtzeitig einen ‚Präventivkrieg‘ gegen das nationalsozialistische Deutsch-

land führen. Vor allem in sozialdemokratischen Kreisen war diese Hoffnung teilweise verbreitet, da der ehemalige Glaube, das kapitalistische System breche automatisch zusammen, längst aufgegeben worden war zugunsten seiner Reform im Rahmen eines liberal-demokratischen, rechtstaatlichen Systems. Man hatte zudem erkennen müssen, dass nicht nur der Mittelstand und das Bürgertum, sondern grosse Teile der Arbeiterschaft stark nationalistic ausgerichtet waren.

Der Erfolg der Saarabstimmung und die reibungslose Rückkehr der Saarländer ins Deutsche Reich führte kurzfristig zu einem Abflauen der Kriegspsychose, um jedoch, nach Einführung der Militärpflicht im Frühjahr 1935, sehr rasch wieder aufzuleben. Beinahe in allen Bevölkerungsschichten war man der Ansicht, dass diese Massnahme über kurz oder lang zum Krieg führen müsse. Erneut kann man die Gruppen der Indifferenten, Resignierten, diejenige der Verängstigten konstatieren, vor allem unter früheren Kriegsteilnehmern, unter denen allerdings auch Zustimmung geäussert wurde: damit lerne die Jugend endlich wieder Disziplin und Ordnung, oder die sich des Argumentes bedienten, die Wehrpflicht bringe eine Ankurbelung der Wirtschaft mit sich.⁵ Begeisterung herrschte bei den Anhängern der NSDAP, während frühere SPD-Mitglieder erneut und vergeblich auf ein Eingreifen Frankreichs hofften, in dessen Folge das verhasste Regime beseitigt werden könne. Hervorzuheben aber ist, dass sich sowohl nach der Saarabstimmung als auch nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein neues, starkes Nationalbewusstsein einstellte, auch in Reihen der Arbeiterschaft, vor allem in der Rüstungsindustrie, wo bessere Löhne gezahlt wurden und die Hoffnung auf eine spätere Freistellung vom Kriegsdienst bestand. Damit beginnt sich bereits bei all denen, die mit dem NS-System oder seinen Massnahmen nicht einverstanden waren, eine Inkongruenz zwischen ursprünglichen politischen Einstellungen und aktuellen Verhaltensweisen abzuzeichnen. So heisst es charakteristischerweise in einem Bericht aus dem Ruhrgebiet vom Juni 1935: «Es kann aber keine Rede davon sein, dass im Volke Revanchegedanken und Kriegsbegeisterung leben. Man wird zwar mitgehen, aber keineswegs aus innerer Begeisterung».

Der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland im Frühjahr 1936 scheint ebenfalls nicht nur den von der Propaganda suggerierten und breit herausgestellten Begeisterungstaukel während der sogenannten Wahlen für den Reichstag erweckt zu haben, sondern er erzeugte vielmehr eine «Steigerung der ohnehin vorhandenen Angst vor dem Krieg».⁶ So heisst es beispielsweise, dass nur die Nazis und einige Geschäftsleute, die sich ein besseres Geschäft versprochen hatten, ihrer Freude Ausdruck verliehen hätten; auch aus dem Saargebiet wurde Begeisterung gemeldet, wie aus Kreisen Jugendlicher. Man hörte das Argument, «dass es die Franzosen eigentlich nichts angehe, was wir in unserem Lande machen», wie auch «Jeder empfand, dass in Hitlers Forderungen doch auch ein Stück Berechtigung steckt. Der Geist von Versailles ist allen Deutschen verhasst [...] Recht hat Hitler, wenn er die

Gleichberechtigung fordert. Recht hat Hitler, wenn er es den anderen einmal gründlich sagt».⁷ Die Grundstimmung jedoch entsprach eher folgender Berichterstattung: «Die indifferente Masse – das ist heute der Grossteil des Volkes – schaut dem Kriege von Schrecken gebannt entgegen. ‚Was da kommt, ist schrecklich, aber man kann nichts machen.‘» Ein solcher Fatalismus scheint hauptsächlich in kleinbürgerlichen Kreisen verbreitet gewesen zu sein. Man war aber auch – und nicht nur hier – anfällig für die Propaganda: «Aber dann setzte die grosse Begeisterungsmaschine ein und es vollzog sich, was wir schon oft beobachten konnten.

Ein geradezu hypnotischer Druck begann sich zu entwickeln, man konnte ihm nicht entfliehen. Das teuflische Meisterwerk Goebbelscher Stimmungsmache setzte sich in Bewegung und zerrte und riss an jedem, bis er sich willenlos ergab [..].»⁸

In der Folgezeit wurde etwas weniger über Krieg gesprochen, aber wie es im Juni 1936 in einem Bericht hiess: «Man weiss, dass der Krieg sozusagen im Programm der Nazis steht.» Die sich steigernden Kriegsvorbereitungen, nicht nur auf dem Gebiet der Rüstung, die sich oft den Blicken der Masse entzogen, aber der Eifer, mit dem Luftschutzmassnahmen betrieben wurden, Einberufungen zu Übungen erfolgten, usw., liessen wenig Raum für Friedensträume.

Die Aussichten für Deutschland in einem Krieg wurden hingegen sehr unterschiedlich beurteilt, wobei im allgemeinen, ausser bei der Jugend und in engagierten NS-Kreisen, der Pessimismus überwog. Trotzdem dachte kaum jemand daran sich aufzulehnen: man würde mitmachen, ohne Begeisterung, unter dem «Druck des umfassenden Zwanges».

Die Kriegsangst erhielt im Übrigen ständig neue Nahrung, durch Reden auf dem Nürnberger Parteitag, durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit, durch den Bürgerkrieg in Spanien. Erneut weisen Berichte aus Arbeiterkreisen auf eine gewisse Zustimmung zum Kriege hin, als einziges Mittel, sich Hitlers zu entledigen.

Auch Berichte des Jahres 1937 heben hervor, dass das «beherrschende Moment der allgemeinen Stimmung in Deutschland die *Angst vor dem Kriege* ist». Wieder wird als hervorstechendes Merkmal ein weitverbreiteter Fatalismus hervorgehoben, der mit dem Kriege als einem unabwendbaren Verhängnis rechnete. Und die meisten waren sich darüber im Klaren, dass er von Deutschland provoziert werde.

Im November 1937 schreibt ein Berichtersteller: «Es ist unheimlich zu beobachten, wie sich das Volk langsam an die Vorstellung gewöhnt, dass der Krieg kommt [..] Die entschiedenen Anhänger und die entschiedenen Gegner des Regimes wünschen den Krieg herbei, die einen weil sie den Sieg, die anderen weil sie die Niederlage des Regimes erhoffen. Die unpolitische Masse aber fürchtet den Krieg [..].»⁹

Der Einmarsch in Österreich im März 1938 gab zuerst erneut Anlass zur Beunruhigung. «Vielfach war die Angst sogar die erste Reaktion, eine

Angst, die erst dann in Kraftmeierei umschlug als klar wurde, dass die Westmächte sich mit papiernen Protesten begnügen würden.» Teilweise herrschte sogar Panikstimmung, vor allem in den Grenzgebieten. «Am Samstag früh war die vorherrschende Meinung, dass der Krieg unvermeidlich sei. Man dachte, dass Frankreich jetzt in Spanien einmarschieren werde, dass die Tschechoslowakei mobilisiere, dass Russland der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen würde [. . .] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Stimmung der Bevölkerung von einer starken Depression beherrscht war. Es war kein Vergleich mit 1914. Wäre es in diesem Augenblick zum Kriege gekommen, so wäre die Stimmung alles andere als für das Regime günstig gewesen [. . .]» Erst als Hitler in Linz über das Radio sprach, trat eine fühlbare Entspannung ein. Nun hatte er einen entscheidenden Schritt im Hinblick auf die grossdeutsche Lösung vollbracht, ohne dass ein Schuss gefallen war. Man bewunderte das Tempo und den Schwung, mit dem der ‚Anschluss‘ vollzogen wurde und der ‚Führer‘ wurde als «Meister der Politik», als «grosser Staatsmann» apostrophiert, grösser als Napoleon, denn «er erobert die Welt ohne Krieg».¹⁰ In den Berichten der bayerischen Regierungspräsidenten findet man direkt lyrische Ergüsse über die Geburt des Gross- und Volksdeutschen Reiches als Erfüllung der Sehnsucht aller Deutschen. Der Jubel flaute aber sehr schnell wieder ab, gleich einem Strohofer. Dieser Ablauf dreier Stimmungswellen: erst Angst und Unruhe zu Beginn einer Operation, anschliessend Jubel und Begeisterung nach ihrem Erfolg und dann sehr rasch ein Abflauen und die Rückkehr zu den Alltagsorgen ist ein charakteristisches Verhaltensmuster, das sich noch oft wiederholen sollte. «Unleugbar», wie es in einem Bericht heisst, «ist eine Folge der aussenpolitischen Erfolge Hitlers, dass ihn seine Anhänger immer mehr vergöttern. Nirgends rächt sich die schwächliche Reaktion des Auslandes auf die Provokationen Hitlers mehr als im deutschen Volke selbst, das mehr denn je wehrlos der nationalsozialistischen ‚Aufklärung‘ ausgeliefert ist.»¹¹

Ein Bericht vom Juli 1938 untersucht die geistige Vorbereitung der Deutschen auf den Krieg und stellt fest, dass das «*moralische Kriegspotential*» weit geringer sei als 1914. Erneut wird von einer Dreiteilung der Meinungen gesprochen: 1. «Die grosse Masse des Volkes fürchtet den Krieg, niemand glaubt, dass Deutschland siegen könnte. 2. Ein grosser Teil der Jugend ist durch die Propaganda des Regimes für den Krieg gewonnen. 3. Erhebliche Teile der entschiedenen Gegner des Regimes sehnen den Krieg herbei, weil ihrer Überzeugung nach durch einen Krieg die Diktatur gestürzt werden kann und sie ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorziehen.»

In diesem Zusammenhang soll hier ein Thema kurz angesprochen werden, das in diesem Rahmen nicht genügend Raum finden wird und das man auch im Zusammenhang mit der Kriegsfrage zu sehen hat. «In der Bevölkerung fürchtet man den nahen Kriegsausbruch. In dieser Stimmung hat man naturgemäss für die ganze Judenfrage nur wenig übrig. Man hat andere

Sorgen, als sich um die Juden zu kümmern. Man bedauert zwar, dass die Juden so unterdrückt werden, aber selbst bei den Arbeitern kann man hören: ‚Ja, was ist da zu machen? Was wird aus uns selbst?‘.»¹²

Selbst wenn diese Äusserung nach einer neuen Verhaftungswelle erfolgte, die nicht nur Juden, sondern Gegner des Regimes aus allen Berufsschichten betraf, ist diese selbstbezogene Haltung als typisch zu werten für breite Bevölkerungskreise. Sie entsprach einer weitverbreiteten Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden. Latenter Antisemitismus und Mangel an Empathie waren nicht die Ursache der Judenpolitik des Dritten Reiches, aber sie ermöglichten die Durchsetzung immer radikalerer Tendenzen.

Je mehr man sich der Sudetenkrise näherte, umso mehr nahmen die militärischen Vorbereitungen in Deutschland zu. Auch die Frauen wurden zunehmend hinzugezogen für Luftschutzvorbereitungen, Sanitätskurse u. dgl. In den Festungsgebieten an den Grenzen wurden Sonderschichten eingelegt, Reservisten wurden für Festungsarbeiten eingesetzt, die Arbeiter von einem Gebiet des Reiches ins andere verschickt. Die Propaganda arbeitete auf Hochtouren und die inszenierten Zwischenfälle im Sudetenland häuften sich. Die Kriegsangst in Deutschland trieb einem Höhepunkt entgegen. Ein ‚Befreiungskrieg‘ für die Sudetendeutschen war alles andere als populär. Wieder kann man aufgrund der Berichte verschiedene Meinungskategorien feststellen.¹³

Die erste Kategorie umfasste alle diejenigen, «welche tatsächlich auf einen Krieg hoffen und auch alle Entbehrungen und Opfer auf sich nehmen würden nur in der Hoffnung, dass das Ende des Krieges auch endgültig die Naziherrschaft beseitigen würde». Sie schloss sowohl grundsätzliche Kriegsgegner und Pazifisten ein, welche sich bis dahin gegen jede Art von Militarismus ausgesprochen hatten, wie ehemalige Kriegsteilnehmer, die mit einem langen Krieg rechneten, der ihnen aber die notwendigen Waffen zur Eliminierung des Regimes liefern würde.

Ihnen gegenüber standen als zweite Kategorie viele junge Leute, «die vom Kriege keine Ahnung haben und fest davon überzeugt sind, dass Deutschland mit der ganzen Welt fertig werden könne». Zu ihnen gesellten sich die von der Propaganda Beeinflussten, welche «Deutschland für mehr oder weniger unbesiegbar» hielten. Und schliesslich bildeten die Frauen eine Kategorie für sich. «Ihre Stimmung ist ebenfalls gedrückt, insbesondere die der Älteren [...]. Es kommt nicht selten vor, dass Frauen in Tränen ausbrechen und das System verfluchen [...].»¹⁴

Insgesamt jedoch lässt sich die Stimmung am besten als ernst und gedrückt beschreiben; das Sicherheitshauptamt sprach sogar von einer allgemeinen Depression und Psychose. Die Nachricht von dem Münchner Abkommen wirkte dementsprechend als eine Befreiung von einem unerträglichen Druck; Jubel und Begeisterung wurden geäussert und das Ansehen Hitlers stieg meteorhaft an. Nur für die Gruppe seiner Gegner, und vor allem diejenige verantwortungsbewusster Offiziere um Generaloberst Beck, war

der Erfolg des Führers und das Zurückweichen der Westmächte ein harter Schlag, der sie nicht nur für lange Zeit aller Handlungsmöglichkeiten beraubte, sondern sie auch an sich selbst zweifeln liess. Gleich ihnen waren alle, die auf einen Widerstand Frankreichs und Englands gehofft hatten, um sich des Diktators zu entledigen, zutiefst entmutigt. Wieder einmal hatte Hitler alle seine Forderungen ohne Blutvergiessen durchsetzen können und war nicht in seine Schranken zurückgewiesen worden. Das Verhalten der westlichen Demokratien hatte damit für viele Deutsche weiter an Kredit verloren. Trotz aller Erleichterung blieb die Befürchtung, dass es über kurz oder lang zu einer neuen krisenhaften Zuspitzung kommen würde. Innenpolitisch gesehen hatte die Eingliederung des Sudetenlandes einen weit geringeren Impact als der Anschluss Österreichs. Die Zeit erschien im Übrigen so schnelllebig, dass jedes Ereignis rasch von anderen überlagert wurde.

Es waren erneut vor allem die Ausschreitungen gegen die Juden anlässlich der «Reichskristallnacht», welche in ihrer Brutalität weitverbreiteten Abscheu hervorriefen. Für manche waren auch diese Massnahmen «Bestandteil der deutschen Kriegsvorbereitungen», bestimmt die Einschüchterung der Bevölkerung zu steigern und Widerstand als nutzlos erscheinen zu lassen.

Im Frühjahr 1939 wiederholte sich das gleiche Spiel wie vor der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes: Es herrschte eine gewisse Nervosität, hie und da Kriegsfurcht und die Neigung, vorhandenes Kapital in Sachwerten anzulegen. Nachdem die «Zerschlagung» der Tschechoslowakei und die Einverleibung des Memellandes sehr rasch und wieder ohne Blutvergiessen und ohne direkte Sanktionen seitens der Westmächte verlief, kannten die Bewunderung und die Begeisterung für das «Genie» des Führers keine Grenzen. Das Sicherheitshauptamt sprach jedoch von einer «verhältnismässig geringen Würdigung der Vorgänge und ihrer völkischen Bedeutung». Es bestand in der Tat eine schwer einzuschätzende Meinungsgruppe, die sich fragte, «wie die Einverleibung der Tschechei mit den früheren Versicherungen Hitlers in Einklang zu bringen ist, dass es ihm nur auf die ‚Befreiung‘ unterdrückter deutscher Minderheiten ankomme». Viele jedoch begegneten dem neuen Gewaltstreich mit einer dumpfen Gleichgültigkeit und weitverbreitet blieb die Sorge, dass man einer kriegerischen Auseinandersetzung wieder einen Schritt näher gerückt sei. Diese Furcht und Beklemmung schien besonders gross im Mittelstand, und es gibt Hinweise, dass die Massnahmen in der Tschechoslowakei der «unpopulärste» Erfolg Hitlers waren. Inzwischen lief die Propagandamaschine gegen Polen und die «Einkreisungspolitik des Westens» auf Hochtouren. Das Meinungsbild der Bevölkerung war äusserst fragmentiert und widersprüchlich während der Frühjahrs- und Sommermonate 1939. Zum einen war das Vertrauen in die Staatskunst Hitlers gewachsen und damit die Kriegspsychose weit geringer – man glaubte nicht recht, dass England und Frankreich eingreifen würden, zum anderen fiel die antipolnische Propaganda auf einen weit fruchtbareren Boden: für viele war die Rückkehr Danzigs und die Regelung der oberschle-

sischen Frage eine berechnete Angelegenheit – sie war Bestandteil des gesamten ‚Versailler Komplexes‘. Hinzu kam, wie es in einem *Sopade*-Bericht heisst, «dass eine Aktion Deutschlands gegen Polen von der überwiegenden Masse des deutschen Volkes begrüsst werden würde. Die Polen sind in den Massen ungeheuer verhasst wegen ihres Vorgehens nach Kriegsende.»¹⁵ Auch in führenden Kreisen von Militärs, Industriellen und auch in gewissen Diplomatenzirkeln war der deutsch-polnische Pakt von 1934 nie wirklich beliebt gewesen. Der Nichtangriffsvertrag mit Stalin wurde somit von manchen als eine Wiederaufnahme der Russlandpolitik Bismarcks aufgefasst. Die Bevölkerung nahm ihn mit gemischten Gefühlen auf, teilweise erleichtert, da er den sogenannten «Einkreisungsring» zu sprengen schien. Es gab aber auch viel Ablehnung. Als dann die Meldungen vom Einmarsch in Polen eintrafen, war die deutsche Bevölkerung beklommen und verwirrt. Nun war eingetreten, was man seit Jahren erhofft oder befürchtet hatte. Die Erwartung vieler, es würde auch diesmal ohne Krieg abgehen, hatte sich nicht erfüllt. Trotz mangelnder Kriegsbegeisterung waren keine Ausschreitungen oder eine Erschütterung des Regimes zu verzeichnen. Die Deutschen folgten seinen Anweisungen mit «widerwilliger Loyalität» (Krausnick). Denn jetzt ging es nicht mehr so sehr um die Frage des Systems als solchem als um diejenige der Nation, die für die meisten weiterhin den obersten Wertbegriff darstellte. Der Berliner Nuntius Orsenigo hat diese Grundhaltung in einem seiner Briefe klar ausgesprochen: «Nur wenige verstehen, dass man gegen Hitler sein kann, ohne gegen den Staat zu sein, d.h. ohne Vaterlandsverräter zu sein.» Und nun hiess es eben, für die Nation und den Staat einzutreten. Damit trat die Haltung gegenüber dem Kriege wie gegenüber dem Regime in ein neues Stadium. Um letztere besser beleuchten zu können, muss kurz auf das zweite Hauptthema der deutschen Volksmeinung in den Dreissiger und der ersten Hälfte der Vierziger Jahre eingegangen werden.

Das zweite *Leitmotiv* aller Äusserungen betraf die Alltagssorgen. Materielle Interessen, Enttäuschungen über nicht eingehaltene Wahlversprechen, Abflauen des allerersten nationalen Höhenrausches führten bereits ab Frühjahr 1934 zu einer wachsenden Missstimmung und zu zahlreichen Unmutsäusserungen, meistens von Seiten der sozialen Schichten, welche die eigentliche Basis des Regimes dargestellt hatten. Mangelnde Kredite, Ausbleiben von Staatsaufträgen, wachsende Steuerlast, Nicht-Eliminierung der grossen Warenhäuser stimulierten die Kritik des Mittelstandes. Die Bauernschaft war verärgert über die zunehmenden Eingriffe des Reichsnährstandes in die landwirtschaftliche Marktordnung, und das Reichserbhofgesetz stiess auf wachsende Ablehnung. Es wurde viel geschimpft und gemeckert, aber diese Kritik, aus engen persönlichen und materiellen Interessen entsprungen, *zeitigte keinerlei konkrete politische Auswirkungen*. Ab Herbst/Winter 1934/35 verschärfte sich die Unmutsäusserungen noch, da eine erhebliche Nahrungsmittelknappheit eintrat. Die materielle Besserstellung, die viele vom

Regime erwartet hatten, blieb aus.¹⁶ In einem Bericht vom 16. Oktober 1935 hiess es charakteristischerweise: «Es ist jetzt soweit gekommen, dass die Zustände in Deutschland eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Zeit des grossen Krieges haben: Fett und Fleisch, Zitronen und Zwiebeln sind knapp, manchmal auch die Kartoffeln; die Frauen stehen vor den Läden Schlange und ziehen aufs Land, um zu hamstern; die Preise steigen stark an, das Brot ist schlechter; für Wolle und Baumwolle, Kupfer und Gummi müssen Ersatzstoffe verwendet werden.»¹⁷

Solche Berichte wiederholten sich Jahr für Jahr in den verschiedensten Variationen, und die Missstimmung erreichte teilweise solche Ausmasse, dass das Regime, neben verstärkten Repressions- und Terrormassnahmen, den Versuch machte, auch die Kritik unter Kontrolle zu bringen und sie zu organisieren. Politische Witze, die man sich vorher nur unter der Hand hatte erzählen dürfen, wurden durch Kabarettis verbreitet. Goebbels sprach vom Meckern als dem ‚Stuhlgang der Seele‘ und Göring gab seinem Chauffeur 1 RM für jeden Witz, den er ihm überbrachte. Das waren aber nur vorübergehende Lockerungserscheinungen. Die Überwachungsmaßnahmen wurden verschärft und so trug die Mehrzahl der Menschen zwei Gesichter: eins für die guten Bekannten, und ein anderes für Behörden.

Die Unmutsäusserungen kamen im Übrigen mehr aus den Reihen von Bauern, von Mittelständlern und Unternehmern, als aus der Arbeiterschaft selbst. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen wurden, vor allem in gewissen Industriezweigen, die Arbeiterinteressen besser gefordert, zum anderen waren die Arbeiter sehr vorsichtig in ihren Äusserungen, da sie abhängig waren und mit Entlassungen rechnen mussten. Die innerbetriebliche Überwachung war durch ein ausgeklügeltes Spitzelsystem ausserdem stark entwickelt. Die partielle Anpassung an die Verhältnisse geht aus folgendem Bericht hervor: «Sie haben aus der Umsturzeit gelernt, das tägliche Brot ist für die Familie wichtiger als konspirative Tätigkeit zugunsten einer Partei, deren Erfolge für die nächsten Jahre sehr in Frage gestellt sind. Zur Zeit ist es so: anstatt dass die Arbeiterschaft die führende Oppositionsschicht wäre, der sich andere gesellschaftliche Kräfte anschliessen, ist es umgekehrt.»¹⁸

Qualitätsverschlechterung und Lebensmittelmangel wurden zu einer Dauererscheinung des Regimes. Das Dasein erschien erfüllt durch die Sorge um das tägliche Brot. «Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung [. . .] ist so wechselvoll, wie der Verlauf der Kurve in der Lebensmittelversorgung. Man muss zu der Überzeugung kommen, dass die wirtschaftlichen und politischen Probleme für die breite Masse eine Frage des Magens geworden sind. Im Übrigen ist die Masse von einem geradezu erschreckenden Fatalismus beherrscht.»¹⁹

Fatalismus, Indifferenz und ein immer weiter verbreitetes apolitisches Verhalten, beruhend auf Angst und dem Gefühl der Ausweglosigkeit, charakterisieren zunehmend das Verhalten der Bevölkerung. Eine Änderung

der Verhältnisse aber erwartete man nicht von innen, von sich selbst, sondern man rechnete mit der Hilfe des Auslandes. Von den führenden Nationalsozialisten fürchtete man, dass sie «lieber das ganze Volk erschossen (würden), als ein Quäntchen ihrer Macht preisgeben.» Viele, die sich vor dem Bolschewismus gefürchtet hatten – und diese Furcht war *eine* Basis des NS-Systems gewesen – fanden, «dass der Nationalsozialismus zum Bolschewismus geworden ist».²⁰ Die einzigen, von denen man eventuell eine Änderung im Innern erwartete, war die Reichswehr. Eine Militärregierung schien für viele eine mögliche Alternative. Die parlamentarische Republik besass nur wenig Kredit im Volke, da die früheren Regierungen als willensschwach empfunden worden waren, ebenso wie die Parteien. Die Haltung der Demokratien schien ebenfalls nicht dazu angetan, dieses Staatsmodell attraktiv erscheinen zu lassen.²¹

III

Deutschland befand sich ab 1. September 1939 in einem von Hitler entfesselten Krieg, der aber nicht seinen Vorstellungen entsprach, da die europäischen westlichen Demokratien ihm den Krieg erklärt hatten und sich durch keinerlei Friedens Versicherungen zu einem Rückzieher bewegen liessen. Nachdem in der deutschen Bevölkerung die ersten Angst- und dann Begeisterungswellen über den gelungenen Blitzkrieg in Polen abgeklungen waren, versank man wieder in die nun schon gewohnte Unmuts- und Missstimmung über schlechte Ernährung, unzulängliche Versorgung und mangelnde Kohlezuteilung. Die Berichte wiesen ebenfalls auf eine zunehmend kritische Stimmung in kirchlichen – katholischen und evangelischen – Kreisen und unter den Frauen hin. Der erste Kriegswinter erwies sich insgesamt als ereignis- und lustlos. Es waren erst die militärischen Erfolge in Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland und vor allem in Frankreich, welche das Stimmungsbarometer wieder emporschnellen liessen. Der Frankreichfeldzug brachte zustande, was die NS-Führung bis dahin vermisst hatte: eine wirkliche Kriegsstimmung. Eng damit verbunden blieb jedoch die «zuversichtliche Erwartung eines glücklichen und vielleicht sogar nahen Kriegsausganges». Hitlers Ansehen stieg ins Unermessliche. Endlich schien die Niederlage von 1918, mehr noch, die «Schmach von Versailles», ausgelöscht, und damit erübrigte sich für die meisten eine Weiterführung des Krieges. Es war dies im Übrigen einer der ganz wenigen Momente, in denen man von einer Geschlossenheit des deutschen Volkes, von der vom Regime postulierten Volksgemeinschaft sprechen kann. Im nationalen Höhenrausch wurden kurzfristig soziale und regionale Unterschiede weitgehend aufgehoben. Der Landrat von Mainz meinte sogar, die Stellung des Staates sei innenpolitisch so stark wie nie zuvor. Doch wie schon früher, ebte der

nationale Begeisterungstaumel rasch ab, und als sich in den folgenden Monaten die Niederringung Englands durch einen Luftkrieg nicht erzielen liess und der Plan einer Invasion stillschweigend fallen gelassen wurde, fächerte sich das Meinungsbild zunehmend auf zwischen den Polen der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende und der wachsenden Furcht vor einem zweiten Kriegswinter. Die Angst wurde genährt durch sich nun steigernde Luftangriffe der Briten, wobei der erste schwere Angriff auf Berlin am 24. August einen regelrechten Schock auslöste.

Es sieht aber nach den uns zur Verfügung stehenden Berichten so aus, als hätte trotz einer gewissen «Flautenstimmung» die Mehrzahl der Bevölkerung – und dies im Gegensatz zu vielen Äusserungen der Friedensjahre – kaum an einem Endsieg gezweifelt. Die früheren Erfolge, gesteigerte Anstrengungen der Propaganda, die Identifizierung von Staat und Nation, brachten es fertig, dass Hitlers Worte: «Das Jahr 1941 wird die Vollendung des grössten Sieges unserer Geschichte bringen», kaum Zweifel an einem siegreichen Kriegsende aufkommen liessen. Ansonsten aber zeichnete sich die Lage durch eine steigende Unlust in Arbeiterkreisen, bedingt durch Übermüdung, schlechte Lohnverhältnisse und überhöhte Preise aus, und insgesamt durch Morosität und Überdruß.

Erneut lösten dann die militärischen Erfolge in Jugoslawien, Griechenland, Afrika Wellen von Bewunderung und Anerkennung aus, obwohl der Balkankrieg auf wenig Verständnis stiess. Man hatte genug vom Krieg und die Schuld an seiner Verlängerung wurde hauptsächlich dem sowieso nicht sehr beliebten italienischen Verbündeten in die Schuhe geschoben. Immer mehr umlaufende Gerüchte über eine kommende Auseinandersetzung mit Russland lösten erneute Beunruhigung aus. Inmitten eines Bienenschwarms von Vermutungen und Gerüchten detonierte die Nachricht vom Flug des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, nach England wie eine Bombe, und die Propaganda hatte Mühe, eine glaubwürdige Version zu verbreiten: diejenige vom geisteskranken Idealisten fand wenig Glauben.

Die «lust- und schwunglose Stimmung» des Vorsommers 1941 glitt noch mehr ab, als neue Rationsverkürzungen verkündet wurden.

Der Angriff gegen die Sowjetunion am 22. Juni, durch den die Zeit der lokalisierten, regionalen Blitzkriege beendet wurde und der eigentliche Weltkrieg begann, überstieg in seiner Ausweitung «die Spannkraft und das Vorstellungsvermögen eines grossen Bevölkerungsteils [...] Das Auseinanderklaffen der landläufigen Vorstellungsmöglichkeit und der sich andeutenden Entwicklungen ist unverkennbar». Trat im Bereich der sozialpolitischen Belange die Diskrepanz zwischen ursprünglichen Versprechen und Erwartungen und den tatsächlichen Leistungen des NS-Systems immer stärker in Erscheinung, entfernten sich nun auch Hitlers imperiale Lebensraumziele und rassistischen Wahnvorstellungen von den inzwischen erfüllten nationalen Träumen des Durchschnittsdeutschen. Eintreffende Erfolgsmeldungen riefen nicht mehr dieselbe Begeisterung hervor wie zuvor; die Stimmungs-

Schwankungen wurden immer ausgesprochener, «defaitistische Meckereien» nahmen zu, und Göring ordnete eine Verzögerung der vorgesehenen erneuten Rationskürzungen an – sie kamen später natürlich doch. Weitere negative Einflüsse auf die Stimmungslage wurden verzeichnet durch die Euthanasieaktion, die eine Flut von Protesten auslöste; durch die Entfernung der Kruzifixe in den Klassenräumen in Bayern und andere antikirchliche Massnahmen. Wachsende Disziplinlosigkeit und Arbeitsunlust wurden aus Kreisen der Frauen und der Jugendlichen gemeldet.

Mit dem dritten Kriegsjahr begann auch die Selbstsicherheit abzubröckeln. Die Soldatenbriefe über «viele scheussliche Eindrücke» und die Härte und Schwere der Kämpfe vertieften die Unsicherheit. Der Grad des inneren Einverständnisses zwischen Hitler und einem Grossteil der Deutschen begann mehr und mehr zu schwinden.

In der Zeit von 1941-1942, in welcher der Krieg in der Schwebelage war und die Aussichten der Kriegsgegner etwa *pari* standen, war die nichtöffentliche Meinung in Deutschland immer uneinheitlicher und labiler; sie war gekennzeichnet durch Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges, Ernährungsorgen und die Auswirkungen des ab Ende März einsetzenden Flächenbombardements. Diese wurden teilweise zu wesentlicheren Stimmungsfaktoren als das Kriegsgeschehen. In zahlreichen Städten kam es zu regelrechten Angstpsychosen. Die für das Regime immer kritischere Stimmung veranlasste Bormann am 18. Dezember 1942 zu einem Rundschreiben an alle Gauleiter, die Massen besser zu führen, da die alten Gegner sich wieder gefunden hätten. Es war dies der Auftakt zu neuen, härteren Massnahmen, zur Einleitung des totalen Krieges bereits vor dem endgültigen Fall von Stalingrad. Dauer und Ausgang des Krieges wurden zum zentralen Inhalt vieler Gespräche und mancher hatte mehr und mehr das Gefühl, die Zeit arbeite für die Gegner. Meldungen über defaitistische Einstellungen und parteifeindliche Äusserungen häuften sich. Der Fall von Stalingrad symbolisiert somit nicht nur die Wende des militärischen Kriegsgeschehens; er trug dazu bei, einen bereits unterschwelligem Prozess der Ablösung von Hitler, vor allem vom NS-Regime, auf die Bewusstseinsschwelle weiterer Kreise zu heben. Die zuvor diffuse Kritik an Parteibonzen und ihrem Lebensstil verdichtete sich und machte auch vor dem Führer immer weniger halt. Zuverlässig erschienen fast nur noch die Frontsoldaten. So kam es zu einem Rednereinsatz von Soldaten und Offizieren, um die Stimmung zu heben, da Goebbels Propagandaparolen immer weniger ankamen. Trotz steigender Ernährungsschwierigkeiten nahmen diese in den Diskussionen weniger Raum ein als zuvor. Die Krise hatte nunmehr offensichtlich tiefere Bewusstseinsschichten erreicht und viele Deutsche wandten sich den Tröstungen des Glaubens und der Kirchen zu, während man sich mehr und mehr von Staat und Partei abwandte.

Der Sturz Mussolinis verbreitete in den Reihen der NS-Funktionäre tiefsten Schrecken. Mitläufer und Opportunisten übernahmen jetzt zunehmend

die Kritik der Regimegegner. Es war dies eine typische Situation des Umkippens von Mehrheitsmeinungen. Die Möglichkeit einer Parallelentwicklung in Deutschland und die Errichtung einer Militärdiktatur wurde immer häufiger diskutiert. Aber auch jetzt, wo man in den von Fliegerangriffen heimgesuchten Städten von «Novemberstimmung» berichtete, wollte man sich in Widerstandskreisen, wie Ulrich von Hassell schrieb, «erst einer Rückendeckung von aussen versichern, bevor man im Innern ein Chaos riskierte». Im Volke breitete sich eine Welle der Hilflosigkeit aus. Wie der Oberlandesgerichtspräsident von Hamm am 31.8.1943 mitteilte: «Unser Volk besteht nicht nur aus Helden, sondern auch aus einer gehörigen Portion verzagter und für Heroismus nicht geeigneter Menschen.» Die Sehnsucht nach Frieden begann sich immer weiter auszudehnen. Der SD-Bericht zum 4. Jahrestag des Kriegsausbruches meldete: «Volksgenossen mit zuversichtlicher siegesgläubiger Haltung seien schon eine Seltenheit geworden.»

Vorübergehende Aufhellungen des Meinungsklimas wurden erzielt durch Hitlers Ansprache oder die Befreiung Mussolinis durch ein Sonderkommando.

Ab 1944 scheint man sich auch zunehmend in der Bevölkerung mit dem Thema *Kriegsschuld* beschäftigt zu haben und manch einer verwies auf das Programm von «Mein Kampf», in dem schon alles gestanden habe. Das Regime versuchte, wie oft zuvor, den Deutschen weiszumachen, dass die Feinde Deutschlands systematisch gegen es aufgerüstet hatten und damit der Krieg auf jeden Fall unvermeidlich gewesen wäre.

Um der Bevölkerung wieder Mut zu machen, wurden die Parolen von der *Vergeltung* und der *Invasion* ausgegeben, welche von einer Mehrheit der Bevölkerung begierig aufgegriffen wurden, in der Hoffnung, es werde gelingen, die alliierte Landung abzuschlagen und dann mit England zu einer Regelung zu kommen. Neben dieser von der Propaganda inspirierten Mehrheitsmeinung bestanden zwei Minderheitsmeinungen; ein relativ kleiner Prozentsatz, der sich für einen Frieden um jeden Preis aussprach, ein etwas grösserer, der einem Kompromissfrieden das Wort redete.

Die geglückte Landung der Alliierten im Westen und die Sommeroffensive der Sowjets im Osten versetzten die Deutschen mehr und mehr in eine Art schleichende Panikstimmung. Das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hingegen scheint bei der Mehrheit der Bevölkerung eher auf Ablehnung gestossen zu sein – vor allem in den unteren und mittleren Schichten. Die meisten Berichte sprachen von schockartiger Bestürzung, Erschütterung, tiefer Empörung, Abscheu und Wut. Natürlich schwiegen viele, vor allem jene, die einen Sturz des Regimes seit Langem erhofften. Aber noch einmal scheint dieses Ereignis, dessen tiefe moralische Bedeutung kaum erfasst wurde, Sympathie und Treuegefühle für Hitler mobilisiert und seine bereits gesunkene Popularitätskurve noch einmal kurz habe ansteigen lassen. Das Regime konterte mit den Parolen der Dolchstosslegende, des Verrates und verstärktem Terror: Hoffnungen wurden erweckt durch die Gerüchte von

Wunderwaffen. Aber Kriegsmüdigkeit, gekoppelt mit steigender Gleichgültigkeit, Resignation und Fatalismus breiteten sich weiter aus.

Die Ardennenoffensive und Hitlers zuversichtliche Neujahrsansprache 1945 belebten kurzfristig noch einmal einige Hoffnungen, die nach Zusammenbruch der Offensive und dem Vorstoss der sowjetischen Angriffsfronten auf das Reich zu einer Meinungsaufröplitterung mit wesentlichen Unterschieden im östlichen, westlichen und mittleren Teil Deutschlands führten. Im Osten konstatierte man einen gesteigerten Abwehrwillen, im Westen grassierte der Defaitismus, im Innern breiteten sich Ratlosigkeit, Auflösungserscheinungen und Demoralisierung aus. Hoffnungslosigkeit und Lethargie kennzeichneten die bürgerlich konservativen Schichten, während in Arbeiterkreisen wieder stärker klassenkämpferische Parolen und Kritik an der versäumten Gesellschaftsumbildung laut wurden. Trotz aller Hoffnungslosigkeit scheint noch etwa ein Drittel der Bevölkerung an Hitler geglaubt zu haben, während die NSDAP völlig diskreditiert war.

Bemerkenswerterweise sprachen sich «die breiten Schichten des Volkes von jeder Schuld für die Kriegsentwicklung» frei. Man habe falsch vertraut und «die Vorstellung, dass alles keinen Sinn gehabt haben soll, bereitet Hunderttausend deutscher Menschen geradezu körperlich spürbare Schmerzen».

Es gibt keinen Bericht, wie in Deutschland der Tod Hitlers aufgenommen wurde. In den letzten Meldungen aus dem nordwestdeutschen Raum, aus der Zeit der Regierung Dönitz, ist von einer gefassten und ruhigen Grundhaltung die Rede. Man darf sie wohl als eine Art Betäubung, aber auch als Erleichterung auffassen, dass nun endlich alles vorüber war.

IV

Die Auseinandersetzung mit dem Krieg war für alle Deutschen von den frühesten Jahren des NS-Regimes präsent. Teils gefürchtet, teils erhofft, zum einen um sich des Diktators zu entledigen, zum anderen weil ein Grossteil der Bevölkerung mit einer Politik der «Wiedergutmachung» von Versailles einverstanden war, schwankten die Meinungen zwischen dem ‚chaudfroid‘ nationaler Grossmachtträume und täglicher Alltagsmisere. Betrachten wir den Befund der Meinungsäusserungen, lassen sich noch weitere Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens: Die Verinnerlichung des politischen Systems, eine gefühlsmässige Anhänglichkeit an den NS-Staat, erfolgte vornehmlich durch den durch ihn veranlassten Abbau angestauter nationaler Frustrationen und die Idolisierung seines Führers. Eine weitreichende Kongruenz kontinuierlicher Grundorientierungen am Modell des deutschen Obrigkeitsstaates ermög-

lichte seine Stabilität, trotz zahlreicher Unmutsäusserungen und eines zunehmenden Dissenses relevanter Bevölkerungsteile, insbesondere seit 1942.

Zweitens: Das Interesse der Deutschen galt vornehmlich der owf-pwf-Seite des Regimes, d.h. seinen nationalen und materiellen Leistungen. Der eigene *in-put*, ein aktiver Meinungs- und Willensbildungsprozess zur Umgestaltung der Verhältnisse, war nur schwach entwickelt und wurde zudem durch Furcht und Terror gelähmt. Man flüchtete sich in Apolitismus, Fatalismus, Apathie und die Hoffnung auf eine Aktion von aussen.

Drittens: Wir haben eine zunehmende Fragmentierung der nicht-öffentlichen Volksmeinung konstatiert. Man kann ebenfalls auf eine Fragmentierung oder ein Nebeneinander verschiedener politischer Kulturen oder Subkulturen im Deutschland des Dritten Reiches schliessen. Aber die grosse Masse der Deutschen, Eliten wie Mittelstand und Teile der arbeitenden Bevölkerung zeigten weiterhin eine affektive Zuwendung zum traditionellen Obrigkeitsstaat, sei es in Form der Monarchie, einer Militärregierung oder des Führerstaates. Gegenüber dem Phänomen Krieg bestand eine ambivalente Haltung. Zum einen stand er, wie es in einem Bericht geheissen hatte, im Programm des NS-Staates, und es wurde mit ihm gerechnet, auch wenn man ihn fürchtete; zum anderen erschien er einem Teil der Kriegsgegner als einziges Mittel zur Liquidierung der totalitären Diktatur. Kann man angesichts dieser Einstellungen weiterhin *nur* von Hitlers Krieg sprechen?

Anmerkungen

¹ Falls nicht besonders angeführt, beruht dieser Vortrag, gehalten am 12. Januar 1984, vor allem für die Einführung und die Kriegsjahre, auf dem gleichnamigen Werk der Autorin, erschienen Düsseldorf 1970.

² Siehe hierzu Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1945, hrsg. von Heinz Boberach, Herrsching 1984, 17 Bde.

³ Neu herausgegeben von Klaus Behnken, Salzhäusen/Frankfurt 1980 (1.-5. Auflage), 6 Bde (zukünftig zitiert: Sopade).

⁴ Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939, Frankfurt 1964. Siehe auch Andreas Hillgruber, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967, und Marlis G. Steinert, Les origines de la seconde guerre mondiale, Paris 1974.

⁵ Sopade, 1935, S. 280.

⁶ Sopade, 1936, S. 300.

⁷ Ebd., S. 308.

⁸ Ebd., S. 306, 309.

⁹ Sopade, 1937, S. 1365.

¹⁰ Sopade, 1938, S. 259-260.

¹¹ Ebd., S. 265.

¹² Ebd., S. 769. Für eine eingehende Behandlung der Judenfrage s. Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, S. 236-63; dies., L'Allemagne nationale-socialiste 1933-1945, Paris 1972, S. 260-70; Ian Kershaw, The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich, in: Leo Baeck Institute Year Book XXVI (1981), S. 261-89.

¹³ Bericht aus Baden v. 26. 9. 1938: Sopade, 1938, S. 923/24.

¹⁴ Ebd., S. 1179, 1205.

¹⁵ Sopade, 1939, S. 561.

¹⁶ Für die Reaktionen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, insbesondere in Bayern, s. Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria, 1933-1945*, Oxford 1983.

¹⁷ Sopade, 1935, S. 1011.

¹⁸ Ebd., S. 283. Über den Arbeiterwiderstand im Dritten Reich gibt es inzwischen eine reichhaltige Literatur. Siehe insbesondere Detlev Peukert, *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981; Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939*, Opladen 1975.

¹⁹ Sopade, 1938, S. 27.

²⁰ Sopade, 1936, S. 1252.

²¹ Es ist interessant zu konstatieren, dass auch die späteren Staatsvorstellungen der verschiedenen Widerstandsbewegungen mehr von autoritären und elitären Zügen geprägt waren und eine Reaktivierung des Weimarer Parteienstaates kaum zur Diskussion stand.

II. Weltmächte und Konfliktzonen

Stalin und der Stalinismus

Am Anfang stehe ein Gedicht aus der Feder eines deutschen Poeten, der in seiner Jugend expressionistische Lyrik schrieb und der auch in seinen späteren Jahren, als Kultusminister der Deutschen Demokratischen Republik, nicht aufhören konnte zu dichten. Zitiert werden Strophen von Johannes R. Becher. Sie stammen aus dem Jahr 1953, dem Todesjahr Stalins, und sind mit «Danksagung» überschrieben:

[...]

Es wird ganz Deutschland dereinst Stalin danken.
In jeder Stadt steht Stalins Monument.
Dort wird er sein, wo sich die Reben ranken,
Und dort in Kiel erkennt ihn ein Student.

Dort wird er sein, wo sich von ihm die Fluten
Des Rheins erzählen und der Kölner Dom.
Dort wird er sein in allem Schönen, Guten,
Aufjedem Berg, an jedem deutschen Strom,

Allüberall, wo wir zu denken lernen
Und wo man einen Lehrsatz streng beweist.
Vergleichen wir die Genien mit den Sternen,
So glänzt als hellster der, der Stalin heisst.

Dort wirst du, Stalin, stehn, in voller Blüte
Der Apfelbäume an dem Bodensee,
Und durch den Schwarzwald wandert seine Güte,
Und winkt zu sich heran ein scheues Reh.

Am Wendelstein und in den Isarauen
Sind wir begegnet Deinem Angesicht.
Wir sind begegnet Dir im Abendblauen
Und sind begegnet Dir im Morgenlicht.

[...]

In Dresden sucht er auf die Galerie,
Und alle Bilder sich vor ihm verneigen.

Die Farbentöne leuchten schön wie nie
Und tanzen einen bunten Lebensreigen.

Mit Lenin sitzt er abends auf der Bank,
Ernst Thälmann setzt sich nieder zu den beiden.
Und eine Ziehharmonika singt Dank,
Da lächeln sie, selbst dankbar und bescheiden.

[•••]

In Stalins Namen wird sich Deutschland einen.
Er ist es, der den Frieden uns erhält.
So bleibt er unser und wir sind die Seinen,
und Stalin, Stalin, heisst das Glück der Welt. [. . .]¹

Zeugnisse ungebremsten Personenkults wie diese erinnern daran, dass «Stalin und der Stalinismus» nicht nur ein sowjetisches Thema ist. Es hat auch eine deutsche Geschichte. Dies erklärt, weshalb es für Menschen meiner Generation mitunter nicht leicht ist, über dieses Thema vorurteilsfrei zu reden. Tatsächlich bin ich selber, wie viele meiner Altersgenossen, von Kindesbeinen an sozusagen biographisch in die Sache verwickelt, denn wer in den dreissiger und vierziger Jahren aufwuchs, dem konnte es geschehen, dass er bei der Hitlerjugend und der Freien Deutschen Jugend, beim Faschismus und beim Stalinismus gleichermassen in die Schule ging. Es gehört zu meinen bleibenden Eindrücken aus dieser Zeit, dass das eine vom anderen wie durch Welten getrennt erschien und doch zugleich auf merkwürdige Weise miteinander verwandt. Aus solcher Erfahrung kommt noch heute eine emotionale, aufs Herz schlagende Befangenheit. Sie macht es schwer, gegenüber diesen Gegenständen und Begebenheiten Distanz zu wahren.

Zu derlei privaten Vorbehalten tritt noch eine Schwierigkeit anderer Art. Auch sie hat mit meinem Beruf zu tun. Als Historiker fragt man vorab nach der Quellenlage, und die ist in unserem Fall nicht gut, – jedenfalls ist sie unvergleichlich schlechter als für die meisten anderen Themen dieser Ringvorlesung. Die sowjetischen Archive bleiben, was Stalin angeht (aber nicht nur ihn), verschlossen. Stalin-Tagebücher, selbst gefälschte, sind nicht aufgetaucht. Wir wissen von Stalin und den innersowjetischen Vorgängen im Grunde nicht viel mehr als das, was wir nach offizieller sowjetischer Ansicht von dieser Geschichte sollten wissen dürfen. Deshalb muss sich der Historiker mit dem begnügen, was er hat, und mit dem, was er kann, und deshalb ist die Beschäftigung mit Stalin und dem Stalinismus von Spekulationen, ungesicherten Kombinationen und von Kremlastrologie auch heute noch nicht frei. Nicht selten werden blosse Hypothesen als Realbefunde ausgegeben, und die Hartnäckigkeit, mit der behauptet wird, was man in Wirklichkeit nicht wissen kann, geht oft erstaunlich weit. Über den Materialmangel wäre noch viel zu sagen.

Ein Zweites kommt hinzu: Wer wissenschaftliche Ansprüche erhebt, muss definieren, wovon er spricht: Dabei ist Stalin, Iosif Vissarionovic Dzugasvili, nicht das eigentliche Problem, denn er bedarf keiner Definition, sondern der Beschreibung. Der unaufhaltsame Aufstieg dieses georgischen Schusterjungen über das Priesterseminar in Tiflis zum pater patriae, zum angehimelten, kultisch verklärten, «grossen und weisen Führer» (vozd') des Sowjetlandes, ist auf der Basis dessen, was man davon wissen kann, mehrfach schon beschrieben worden: hagiographisch oder kritisch, dramaturgisch aufbereitet oder psychoanalytisch angelegt, prosaisch oder poetisch, – wie die unsäglichen Gesänge Johannes R. Bechers oder auch die Stalin-Lyrik von Stephan Hermlin. Dort erinnert die kalte, zugige Kammer, in der Stalin zur Welt kommt, an den Stall von Bethlehem, Stalins Mutter an die Jungfrau Maria und der «Knabe in Simbirsk» (Lenin) an Johannes den Täufer.²

Nicht Stalin, wohl aber der Stalinismus ist ein Definitionsproblem, – ein kontroverser Begriff, breitgetreten und verwickelt, – kein ordentliches Referat ist denkbar, das diesen Begriff nicht zu erklären hätte. Ich kann das dennoch hier nur oberflächlich tun, nur rasch und im Vorübergehen, im ersten Abschnitt meines Berichts. Ein zweiter, etwas längerer Abschnitt behandelt den Stalinismus als innersowjetisches Problem; der dritte befasst sich mit dem Stalinismus und der aussersowjetischen Welt. Bei alledem beschränke ich mich auf die dreissiger Jahre und erlaube mir nur hier und da einmal einen Ausblick über diese Zeit hinaus.

I

Stalinismus in der Kontroverse: Alle reden vom Stalinismus, nur die Stalinisten nicht. Das ist kein Zufall. Noch heute, also fast dreissig Jahre nach der Entzauberung des Stalinkults (durch Chruscevs «Geheimrede» auf dem XX. Parteitag 1956), über zwanzig Jahre nach der Austreibung des Leichnams aus dem Leninmausoleum am Roten Platz (nach dem XXII. Parteitag 1961) – noch heute ist das Thema in der Sowjetunion tabu: Stalin ist der öffentlichen Erörterung entzogen, der Stalinismus bleibt unabgegoldene, unbegriffene Geschichte. Von Stalinismus, so sagt man dort, sprechen nur Feinde der Sowjetunion.³ Daran mag manches richtig sein. Denn der Begriff Stalinismus kommt tatsächlich aus dem Milieu nicht der Stalinfreunde, sondern er kommt aus antistalinistischer Umgebung. Erfunden wurde er in den innerparteilichen Kämpfen der bolschewistischen Parteiopposition in den ausgehenden zwanziger Jahren. Geprägt wurde er von Genossen, die den Aufstieg Stalins an die Spitze der Partei und des Sowjetstaates für ein Verhängnis hielten, für die Tragödie des Bolschewismus. Benutzt wurde er von denen, die den Anspruch Stalins bestritten, «der treueste Schüler Lenins» zu sein und authentisch zu sagen, was «Leninismus» sei. Stalinismus

war hier als Gegenbegriff zum Leninismus gedacht, signalisierte Widerstand gegen das Stalinsche Definitionsmonopol.⁴

Folgerichtig war, dass der Ausdruck «Stalinismus» in der Festschrift, die Stalin zu seinem fünfzigsten Geburtstag von seinen Genossen erhielt, nicht vorkam.⁵ Dagegen breitete sich die Wortbildung, vom wachsenden Interesse an der Person des Diktators angestossen, seit 1930 in der westlichen Publizistik aus. Die Jahre des ersten Fünfjahresplans brachten Höhepunkte einer noch heute erstaunlichen Stalin- und Stalinismuskonjunktur, deren propagandistische Verwertbarkeit dem Kreml begreiflicherweise nicht entging. Die wohlkalkulierte Selbstdarstellung, die Stalin im Dezember 1931 im Interview mit dem Erfolgsautor Emil Ludwig gab, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.⁶ Von deutschen Russlandkorrespondenten hat den Begriff des Stalinismus vermutlich erstmals Paul Scheffer vom «Berliner Tageblatt» benutzt: im Januar 1930 als Synonym für das Gewaltregime der Zwangskollektivierung, dem dank seiner Skrupellosigkeit «alles möglich» sei.⁷ Arthur W. Just, der die «Kölnische Zeitung» in Moskau vertrat, nannte Stalin und den Stalinismus «die russisch-asiatische Spielart des Marxismus».⁸ Coudenhove-Kalergi, der Präsident der Paneuropa-Union, sah im Stalinismus den denkbar schärfsten Gegenbegriff zu dem des Abendlandes: einen «Faschismus höheren Grades», «Gegenrevolution» und «Ultra-Reaktion», – im «gleichen Kampf gegen die europäische Kultur» befindlich «wie einst Attila oder Dschingiskhan».⁹ Nicht zuletzt in Enthüllungsschriften, wie der bei Gustav Kiepenheuer verlegten Kolportage von Essad Bey, wurde das Asiatische am Stalinismus in drastischen Bildern immer wieder vorgeführt: die «Idee des Stalinismus» als Inkarnation des Bösen, als «messianistischer Imperialismus des kollektivisierten, kommunistischen Asien, das nunmehr mit Waffengewalt seine Vorherrschaft in der Welt aufrichten will».¹⁰ Imperialistisch und drohend klangen auch national-faschistische Deutungen des Stalinismus aus dem Milieu der russischen Emigration.¹¹

Bedenkt man diese Aspekte der Begriffsgeschichte, dann mag verständlich werden, weshalb sowjetische Historiker auch heute noch unwirsch reagieren, wenn über Stalin und den Stalinismus gesprochen werden soll. Hinzu kommt, dass der Begriff seine antisowjetische Färbung noch immer nicht verloren hat. Das gilt keineswegs allein für Interpreten, die in Anknüpfung an die sogenannte Totalitarismustheorie eine leidlich verwendungsfähige Definition probieren: Stalinismus als totalitäre Diktatur, als kommunistische Version totalitärer Herrschaft, dem faschistischen Totalitarismus vergleichbar und dessen nationalsozialistischer, also deutscher Form vor allem. Antistalinistisch, ja antisowjetisch ist der Begriff zumeist auch dort gemeint, wo er «von links» her in Gebrauch genommen wird, von Menschen, die dem Stalinismus die Solidarität verweigern, doch mit dem Sozialismus (wie immer sie ihn verstehen) solidarisch bleiben möchten.¹²

Auch hier, bei der linken Sowjetunion-Kritik, gibt es kein Einvernehmen darüber, was Stalinismus sei, doch Erklärungsangebote gibt es nicht wenig.

Unmöglich, sie hier auch nur knapp zu beschreiben. Ich kann nur einige davon in Stichworten nennen, und auch die sind kompliziert und angestrengt: Stalinismus als orientalische Despotie, als asiatische oder doch halbasiatische Staatssklaverei (Karl August Wittfogel, Rudi Dutschke, Rudolf Bahro in Anknüpfung an «Klassiker»-Zitate); Stalinismus als bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, als thermidorianische Diktatur, als Verrat der Revolution (so die Version Trockijs und der «Trotzkisten»), und schliesslich eine Reihe von Umschreibungen aus zeitgenössischen Debatten herrschaftssoziologischer, politologischer und politökonomischer Richtung: Stalinismus als bürokratischer Sozialismus, bürokratischer Kollektivismus, Staatskapitalismus oder Staatssozialismus, als exzessiv machtorientierte Erziehungsdiktatur, Stalinismus als Phänomen nachkapitalistischer Übergangsgesellschaften oder auch nichtkapitalistischer ursprünglicher Akkumulation, oder auch einfach nur: Phénomèn stalinien, Stalinsches Phänomen.¹³

Wie aus dieser Aufzählung ersichtlich, ist die Sache schwierig und theoretisch, doch hängt an diesen Definitionen viel: nicht einfach nur ein Erklärungsversuch, der die sowjetische Geschichte der Stalinzeit beträfe, oder auch die Geschichte Russlands von der Tatarenzeit über Ivan den Schrecklichen bis zur Gegenwart – sondern daran hängt in der Regel mehr: die Frage nach den Möglichkeiten einer Geschichts- und Gesellschaftstheorie, die sich, um mit Marx zu reden, auf dem «Niveau der Geschichte» befände, also auf dem wissenschaftlichen Niveau unserer Zeit, und daran hängt vor allem die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Sozialismus in unserer Gegenwart denkbar sei, Sozialismus, der mit Demokratie verklammert wäre und mehr wäre als ein blosser Entwurf, mehr als eine Utopie, konkret oder nicht, nämlich praktikierbar und, um im Sprachstil zu bleiben, notwendig weil vernünftig.

Mit diesen mitunter sehr ernsthaften Versuchen möchte ich an dieser Stelle weder rechten, noch möchte ich mit ihnen konkurrieren.¹⁴ Wovon ich berichten kann, sind lediglich einige Sachverhalte und Beobachtungen, Überlegungen und Reflexionen: nicht sub specie aeternitatis, nicht im Horizont der Ewigkeit, auch nicht aus der Höhenluft einer grossgeschnittenen Geschichtstheorie, sondern aus der Perspektive des Historikers. Es ist die Pflicht dieser Berufsgruppe, Abstand und Nähe, Distanz und Passion miteinander ins Gleichgewicht zu bringen, wenigstens in ein ungefähres Gleichgewicht.

Damit bin ich beim zweiten Abschnitt meines Referats: Stalin und der Stalinismus als innersowjetisches Problem.

Aus historischer Distanz, auch in einem grösseren Zeitbogen als ihn das Thema der Ringvorlesung, die Krise der dreissiger Jahre, vorgibt, kommt zunächst in den Blick, dass Stalin und der Stalinismus der russischen Revolutionsgeschichte zugehören. Mit Recht wird in Bezug auf Stalin und auf seine Zeit von einer zweiten Revolution gesprochen, von der Stalinschen «Revolution von oben», und Stalin selbst hat diese Formulierung sanktioniert. Revolution von oben – das meint jene einschneidende und tiefgreifende Umwälzung der Ökonomie und der Gesellschaft, die Stalin und die Stalinisten seit Ende der zwanziger Jahre in der Sowjetunion durchzusetzen begannen.¹⁵ Die einschlägigen Parolen hiessen: «Kollektivierung der Landwirtschaft», «sozialistische Industrialisierung», «beschleunigter Aufbau des Sozialismus in einem Land». Hinter diesen Wortgebilden steckt der Umsturz der Sozialverfassung und der Wirtschaftsverfassung, in chaotischen Formen binnen weniger Jahre erzwungen, unter Hinnahme gewaltiger Opfer. Zu zahlen war ein entsetzlicher Preis: mehr als fünf Millionen Menschen, vom Massenhunger der Jahre 1932 und 1933 hingerafft, sind der Kollektivierung zuzuschreiben.¹⁶ Ausländische Beobachter, wie Otto Schiller, der landwirtschaftliche Sachverständige bei der Deutschen Botschaft in Moskau, wurden zu Chronisten der Katastrophe.¹⁷ Hunderttausende wurden deportiert, nicht selten auch physisch vernichtet – im Namen eines Kampfes, der den «Sieg des Sozialismus in der UdSSR» an die «Liquidierung des Kulakentums als Klasse» knüpfte, an die Liquidierung aller Saboteure und Feinde des Volkes. «Schädlingsprozesse», von Mobilisierungskampagnen begleitet, demonstrierten die Verworfenheit des Klassenfeindes. Das Vokabular dieser Revolution war militärisch: «Die Zeitungen», schrieb Klaus Mehnert 1932, «gleichem Kriegsberichten. Jedes wirtschaftliche und geistige Geschehen wird zu einer ‚Kampagne‘ an einer ‚Front‘. ‚Armeen‘ schlagen ‚Schlachten‘, ‚Brigaden‘ stürmen ‚Engpässe‘, ‚eiserne Bataillone‘ nehmen ‚Gefechtsabschnitte‘ unter ‚Trommelfeuer‘. ‚Kader‘ werden aufgestellt, ‚Deserteure‘ angeprangert, ‚Manöver‘ durchgeführt, die ‚Stäbe‘ verkünden ‚Alarm‘, ‚mobilisieren‘ Freiwillige [. . .] und befehlen ‚Attacken‘ auf die ‚Kommandohöhen‘ [. . .]»¹⁸ Martialisches Pathos, aber auch Massensterben und Massenterror charakterisieren diese Geschichte, und dabei ist der Stalinismus doch nur *ein* Kapitel in der Universalgeschichte zeitgenössischer Barbarei.

Umwälzung der Gesellschaft und der Wirtschaft: Was hier vor sich ging, – der entscheidende Umbruch zusammengepresst auf den ersten, vorfristig erfüllten Fünfjahresplan, auf die Jahre von 1929 bis 1932, – das hatte sich Stalin nicht einfach ausgedacht. Beide Zielsetzungen, die neue Gesellschaft und die moderne Grossindustrie, standen in der Kontinuität der Oktoberrevolution von 1917, gehörten zum ABC der bolschewistischen Auffassung von dem, was Sozialismus sei: Aufbau des Sozialismus war ein kategorischer Imperativ für alle die, denen daran lag, die Oktoberrevolution zu legitimie-

ren – vor sich selbst, vor der Geschichte und vor der «kommunistischen Weltbewegung», die seit 1919 in der Dritten, der Kommunistischen Internationale, mit der sowjetischen Geschichte eng verwoben war. Die Oktoberrevolution sollte nicht als blosser Coup d'état erscheinen, nicht als Umsturz und gelungene Verschwörung, sondern sollte als grosse, als sozialistische Revolution glaubhaft werden, als Modell der internationalen, der Weltrevolution aus dem Geist des revolutionären Marxismus – und das in einem Bauernland, dessen Armut, Rückständigkeit und Kulturlosigkeit vor aller Augen lag. Lenin hatte aus dieser Misere in seinen Reden und Schriften kein Hehl gemacht.¹⁹

Stalins «Revolution von oben» war gewissermassen die zweite Etappe der Oktoberrevolution; sie sollte die russische Rückständigkeit überwinden helfen, sollte Russland in ein modernes Industrieland verwandeln, damit es die kapitalistischen Länder einhole und überhole in kürzestmöglicher Zeit. Diese Revolution sollte nachholen und nachliefern, was dem Sowjetland von den «geschichtsgesetzlich notwendigen» Voraussetzungen des Sozialismus noch zu fehlen schien. All das stand, wie gesagt, in Leninscher Tradition, «verriet» den Leninismus nicht, sondern versuchte, dessen Lehren in Russland anzuwenden. Alles spricht dafür, dass der Stalinismus im Leninismus zu einem guten Teile schon enthalten war.

Sieht man genauer hin, dann geht in dem Begriff der Revolution, der die Umwälzungen zwischen 1929 und 1932 kennzeichnen soll, eine Fülle ineinandergreifender Transformationsprozesse auf: Revolution von oben, das hiess: gewaltsame Liquidierung der überkommenen Agrarverfassung, einer klein- und kleinstbäuerlichen Verfassung mit absoluter Vorherrschaft des Familienbetriebs, der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft. Liquidiert wurde auch die überkommene Dorfgemeinde, die alte Umteilungs- und Solidargemeinde, die sich nach Zerschlagung des Gutsbesitzes 1917/18 nicht etwa aufgelöst, sondern revitalisiert hatte – als Schutzgemeinschaft der Bauern gegen den Sowjetstaat, gegen die fremde Macht, die aus der Stadt kam, die in Ballonmütze und Lederjacke, oft genug auch mit Requirierungskommandos und Haftbefehlen, auf dem Dorf erschien.²⁰

Revolution von oben hiess: Unterwerfung der Bauern, der grossen Masse der sowjetischen Bevölkerung, unter die Staatsgewalt, handgreifliche Einbeziehung der Bauern in den Sowjetstaat, an dessen Peripherie diese Bevölkerungsmehrheit bis dahin gelebt hatte: als Ausbeutungsobjekt der Partei zur Versorgung der Städte, als Kolonialvolk der verstaatlichten Industrie. Die ländliche Bevölkerung wurde in das neue, ganz unerprobte System der Kollektivwirtschaften überführt, in eine vom Staat kontrollierte Arbeitsorganisation mit rigidem Arbeitszwang, Passzwang, fehlender Freizügigkeit und ungesicherter Entlohnung auf erbärmlichem Niveau. Rüde Atheismuskampagnen des «Verbandes der Gottlosen» zeigten, dass es bei dieser Umwälzung zugleich um den Kampf gegen Volksfrömmigkeit und Kirche ging.

Revolution von oben hiess: totale Mobilisierung der Menschen, Steige-

rung, über alles Mass hinausgehende Steigerung der Industrieproduktion, zumal im Bereich der Produktionsgüter und der Rüstung, äusserste Drosselung des privaten Verbrauchs, härtester Zwang zum Konsumverzicht, rücksichtsloser Verschleiss der menschlichen Arbeitskraft. Die neue Dienstleistungsgesellschaft wurde einem ausgeklügelten System des Belohnens und Strafens ausgesetzt, dem Ritual der «Kritik und Selbstkritik», den Parolen und Losungen des «sozialistischen Wettbewerbs», die von den «Siegen an der industriellen Front» Kunde gaben, von sagenhaften Erfolgen der Stossarbeiter und der Stachanovcy.²¹

Revolution von oben bedeutete schliesslich rasche Urbanisierung, rapide Vermehrung der städtisch-industriellen Bevölkerung durch den anfangs noch un gelenkten, später immer schärfer kontrollierten Zustrom vom Land in die Stadt und in die Produktionszentren, rapide Vermehrung der Arbeiterschaft in der Produktion, der Angestellten in der Wirtschaftsverwaltung und der rasch wachsenden Bürokratien aller Art. Hinzu kamen freilich auch bis dahin unbekannte Chancen des sozialen Aufstiegs: Aufstieg von unten über die neuen beruflichen Ausbildungsstätten und Fachschulen zum technischen Kader, zum Ingenieur und Wirtschaftsführer der expandierenden Industrie, – zur Intelligencija der neuen Sowjetgesellschaft.²²

Was in der Sowjetunion in den dreissiger Jahren entsteht und sich ausbreitet, ist eben diese neue Gesellschaft, ist die industriell-städtisch orientierte Sowjetgesellschaft, deren weiterentwickelte Form wir noch heute vor uns haben – mit dröhnendem Aufbaupathos, mit wachsender sozialer Differenzierung und Ungleichheit, mit zunehmend kleinbürgerlicher Werthaltung, mit bescheidenen Erwartungen an das Leben: berufliche Karriere, materielles Auskommen, Ansehen und Familienglück – Träume auch davon, aus dem Gemeinschaftsquartier in einen eigenen Raum, gar eine kleine Wohnung umzuziehen.²³

Einzelbeispiele und Einzelbefunde könnten anschaulich werden lassen, wie einschneidend dieser Umbruch war, wie gewaltsam diese Revolution: ein nachholender Modernisierungsschub ohne zeitgenössische Parallele. Wer nach historischen Parallelen suchte, verglich die Dynamik der stalinistischen Revolution mit den umstürzenden Neuerungen Peters des Grossen. Von den Stalinisten wurde nicht mehr gefragt, was machbar und was möglich sei; das Vertrauen in die «Machbarkeit der Sachen» war ins Irrationale und Barbarische umgeschlagen: Dialektik der Aufklärung – dieses Wort greift nicht zu hoch. Der Grosse Plan entzog sich den Kriterien ökonomischer Vernunft. Hilflosigkeit, Unfähigkeit und permanente Überanstrengung kamen hinzu, der Glaube auch, dass der eiserne Wille der Partei und das Ingenium des grossen Führers imstande wären, Berge zu versetzen und jeden Widerstand zu brechen – um welchen Preis auch immer.

Schon 1932 hat Klaus Mehnert, schwankend zwischen Skepsis und Bewunderung, den hochfliegenden Enthusiasmus der jungen stalinistischen Elite einfühlsam beschrieben.²⁴ Um die Zukunftssicherheit dieser Genera-

tion in ihrem Widerspruch zu sehen, muss man die niederdrückenden Bilder dagegenhalten, die in dieser Zeit die sowjetische Wirklichkeit vermittelte. Anders als der junge Mehnert, den die heroische Askese der studentischen Jugend faszinierte, hat der Sozialdemokrat Herbert Weichmann damals vom «Alltag im Sowjetstaat» nichts als Hoffnungslosigkeit und Elend wahrgenommen: «unendliches Leid der gequälten Kreatur, Hunger, Not, neue Ausbeutung und gnadenlose Gewaltherrschaft.»²⁵

Von der Stalinschen «Revolution von oben» mit ihrer Gewaltsamkeit und Bedenkenlosigkeit führt ein gerader Weg zum Massenterror der dreissiger Jahre, zu den Moskauer Schauprozessen und zu den sogenannten Grossen Säuberungen. Wem die Erklärung nicht genügt, dass der Terror durch den Machttrieb Stalins, durch die Psychopathologie oder die Paranoia dieses Führers, verursacht sei – der wird die Ausrottung der Altbolschewiki, die Terrorisierung der grossen und kleinen Funktionäre, die blutige Säuberung der Armeeführung und des Offizierskorps zur Pathologie nicht nur einer Person, sondern des Herrschaftssystems im Ganzen zählen müssen.²⁶ Der Stalinismus hatte Sicherungen gegen derlei Perversionen nicht hervorgebracht, auch gegen solche Exzesse nicht, die sich für das System selber als höchst bedrohlich erwiesen. Weder die Partei noch die staatlichen Institutionen – waren den Steuerungsaufgaben gewachsen, die eine Umwälzung von so gewaltigen Ausmassen stellte. Was sich durchsetzte in dieser Lage, war der expandierende Terrorapparat der Politischen Polizei, eine der brutalsten Formen der Sozialdisziplinierung, die in Europa in unserem Jahrhundert praktiziert worden sind. Und während Hunderttausende – auch ausländische Genossen – in die Kerker und die Lager gingen, wurde der Kult um die Person des grossen Stalin gross. Wie selektiv diese Vorgänge durch deutsche Emigranten wahrgenommen wurden, zeigt beispielhaft der unfassbar naive Russlandbericht von Lion Feuchtwanger, aber auch die kaum verdeckte Rechtfertigung der Moskauer Prozesse durch Ernst Bloch. Der faschistische Terror liess den stalinistischen als historisch notwendig erscheinen.²⁷

Instrument zur Loyalitätssicherung war die bleierne Furcht, von der Terrormaschine erfasst zu werden, denn der Polizeiapparat, die strafende Hand des Proletariats, schlug zu gegen jedermann, und niemand konnte ahnen, wen es treffen werde. Als Disziplinierungsmittel wirkte nicht zuletzt die Bedrohungspsychose, die das Regime in Gang setzte und die schliesslich auf die Regisseure selbst zurückschlug: die bis zur Hysterie gesteigerte Vorstellung, von Feinden umgeben, von Schädlingen (vrediteli), Diversanten, Spionen und Agenten durchsetzt zu sein, und dies nicht nur an der Werkbank, im Büro oder in der «Komunalka», sondern: vom Volksfeind zersetzt war womöglich schon das eigene Gewissen. Menschen begannen sich zu fragen, ob sich der Feind vielleicht schon in ihnen selber eingenistet habe. Und vom Untersuchungsrichter wurde vielen eingeschärft, eben dies sei der Fall. Die selbstmörderischen Geständnisse und Selbstbezeichnungen, mit denen die Alte Garde des Bolschewismus zwischen 1936 und 1938

während der Moskauer Schauprozesse die Welt in Staunen setzte, zeigten nur die Aussenseite einer Praxis, die sich gegenüber weniger bekannten Genossen damals tausendfach wiederholte.²⁸ Stalin verlangte, im Kampf gegen «trozkistische und andere Doppelzüngler» statt der Methode der Diskussion «die neuen Methoden, die Methoden der Ausrottung und der Zerschmetterung» (metody vykorcevyvanija i razgroma) anzuwenden, doch warnte er zugleich vor summarischer Verfolgung, vor der Liquidierung derer, die, wie er sagte, «irgendwann einmal in die Lage kamen, durch eine Strasse zu gehen, durch die irgendwann einmal dieser oder jener Trozkist hindurchgegangen» sei.²⁹ Wie weit der Zynismus gehen konnte, zeigte auch die papierne Garantie der Grundrechte durch die 1936 neu eingeführte Verfassung der Sowjetunion. Stalin nannte sie «die einzige bis zum letzten demokratische Verfassung der Welt».³⁰

An Erklärungen, die die Gewaltsamkeit der Stalinschen Revolution rechtfertigen sollten, war von Beginn an kein Mangel. Die Beschwörung tödlicher Gefahren hatte dabei einen ganz besonderen Rang. Mit diesen Gefahren legitimierten Stalin und seine Leute die Opfer und Entbehrungen, die sie dem Lande und den Menschen abverlangten, und sie taten dies auch noch nach einer anderen Seite hin: Die Sowjetunion, das einzige sozialistische Land, Vaterland aller Werktätigen, Augapfel des internationalen Proletariats, Zentrum der Weltrevolution – dieses Sowjetland sei, so hiess es, nicht nur von innen her aufs Schwerste bedroht. Jeder Sieg, beim Aufbau des Sozialismus errungen, verstärke nur die Wut und den Hass der Feinde, dieser «blutrünstigen Schakale», «räudigen Hunde» und «Mörder», die der Klassenfeind, jener «Abschaum der Menschheit», der in Moskau auf den Anklagebänken sass, aufgeboten habe.³¹ Bedroht war die UdSSR aber vor allem auch von aussen, sie war von einer Welt von Feinden umgeben, vom Kapitalismus eingekreist und umzingelt, und war dieser kapitalistischen Aussenwelt nicht zuletzt auch ökonomisch unterlegen, war rückständig, war, wie Stalin sagte, hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern weit zurückgeblieben: fünfzig bis hundert Jahre zurück!³²

Tatsächlich hat der Verweis auf die Aussenwelt, auf die «kapitalistische Umkreisung» (kapitalisticeskoe okruzenie), zu den wichtigsten Argumenten gehört, mit denen Stalin und sein Gefolge die Notwendigkeit ihrer Revolution gerechtfertigt hatten. Unablässig hatte Stalin, hatte die sowjetische Presse, den Menschen eingeschärft, dass der Feind nicht schlafe, dass der Feind nicht warten werde: Entweder gelinge es, den Entwicklungsabstand binnen zehn Jahren aufzuholen und Russland in ein modernes Industrieland zu verwandeln, «oder wir werden zermalmt», – entweder einholen oder den Tod! Schwache und Rückständige werden geschlagen, das sei, sagt Stalin, das «Wolfsgesetz des Kapitalismus»: «Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht!»³³

Dabei verwies er immer wieder auf die Geschichte, nicht nur auf die der Bolschewiki oder des internationalen Klassenkampfes, sondern nun vor

allem auch auf die Geschichte Russlands, auf die russische Reichsgeschichte seit dem Mittelalter, – wie denn überhaupt die Umwälzung der dreissiger Jahre zur Inkubationszeit für ein neues Geschichtsbewusstsein geworden ist: Patriotismus, Nationalismus, imperiales Machtbewusstsein überwölbten alsbald die alten Klassenbegriffe.³⁴ Auch dies waren Mittel der gesellschaftlichen Disziplinierung. Zum Arsenal ideologischer Dressur gehörte aber auch, was nun, aus dem Erbe der «Klassiker», als kodifizierte Weltanschauungslehre in Geltung kam, als «Marxismus-Leninismus», eingefasst in den Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (b).³⁵ Den Funktionären auf den verschiedenen Stufen der Hierarchie, von Stalin als Generalität, Offizierskorps und Unteroffizierskorps (unter-oficerstvo) der Partei bezeichnet, wurden ideologische Lehrgänge auferlegt: viermonatige «Parteikurse», achtmonatige «Leninkurse», sechsmonatige «Kurse für Geschichte und Politik der Partei», sechsmonatige Beratungen über «Fragen der inneren und internationalen Politik».³⁶ Gleichgeschaltet wurden durch diese «Kulturrevolution» auch die Wissenschaften, von der Philosophie bis zur biologischen Forschung, ausserdem, versteht sich, Kunst und Literatur, die im «Sozialistischen Realismus» alsbald ein dauerhaftes Unterkommen fanden.³⁷

III

Der dritte Problemkomplex gilt Stalin und der aussersowjetischen Welt. Zu skizzieren sind, konzentriert auf die dreissiger Jahre, einige internationale Dimensionen des Stalinismus. Wie angedeutet, wurden als ständiges Begleitmotiv der Stalinschen Revolution tödliche Gefahren beschworen: Kriegsgefahr, Unabwendbarkeit eines zweiten imperialistischen Krieges, Vernichtung der Sowjetunion, falls diese schwach und ihren Feinden unterlegen bleibe; Kreuzzug des Monopolkapitals gegen die Bastion des Weltsozialismus, Intervention des sowjetfeindlichen imperialistischen Blocks – gerade in der grossen Wirtschaftskrise. Denn es gehöre, hiess es, zu den Folgen dieser Krise, dass die Aggressivität der Feinde, unterstützt von den «faschisierten» Sozialdemokraten, rapide ansteigen und gegen die Sowjetunion ausschlagen werde. Aus derlei Prognosen zog Stalin die Rechtfertigung für seine umstürzende Revolutionspolitik, für die Opfer und Entbehrungen, für die Unmöglichkeit, das Tempo zu verlangsamen, für die Notwendigkeit, das Land – wie er im Januar 1933 sagte – «anzupeitschen» (podchlästyvat') und «anzutreiben» (podgonjat').³⁸

War, so ist zu fragen, die unablässige Beschwörung der Kriegsgefahr, waren die Ängste vor der Intervention, vor der «Erdrosselung» des Sowjetstaates berechtigt? Gab es reale Gründe für jene Furcht, der die Stalinsche Führung in den Jahren des Umbruchs immer wieder öffentlichen Ausdruck gab? Blickt man auf das Jahr 1941 voraus, auf den deutschen

Überfall auf die UdSSR, dann kann es scheinen, als seien die düstersten Prognosen gerechtfertigt worden. Der Historiker freilich muss unterscheiden und den Zeitfaktor in Rechnung stellen.

Neuere Untersuchungen haben nachgewiesen, dass das Aussenkommissariat und der Generalstab der Roten Armee, anders als es in der sowjetischen und in der Komintern-Presse stand, während des ersten Fünfjahresplanes, also in der gefährlichsten innersowjetischen Krisenzeit, mit einem Angriff auf die UdSSR nicht gerechnet haben.³⁹ Wer mit einem Angriff rechnet, stürzt das eigene Land nicht um, nimmt keine Hungersnot mit Millionen Toten in Kauf, entzieht nicht durch den Ruin der Landwirtschaft der eigenen Armee die Basis, von der sie lebt. Stalin und die Stalinisten kalkulierten eben gerade nicht mit einem nahen Krieg, sondern mit einer Zeit des Friedens, ja sie brauchten diese Friedenszeit, weil diese die Fundamentalbedingung der «Revolution von oben» war. Die von der Partei geschürte Kriegsfurcht hatte also eine primär innenpolitische Funktion. Sie wirkte als Integrations- und Mobilisierungsmittel, um das Land und seine Menschen zur Arbeit anzuspornen, zu Disziplin und Opferbereitschaft für die Erfüllung der Planziele.⁴⁰

Tatsächlich lässt sich nicht sagen, dass die aussenpolitische Lage der Sowjetunion damals alarmierend schlecht gewesen wäre. Die diplomatischen Beziehungen zu Grossbritannien hatten sich schon 1929, im ersten Jahr der Fünfjahrplanperiode, wiederherstellen lassen. Für die Diplomatie des Aussenkommissars Maksim Litvinov galt der Primat der Sicherheit. Vorrang hatte die Abschirmung des Sowjetstaates gegen internationale Verwicklungen. Der innere Kriegszustand, den Stalin über die Jahre hin bestehen liess, machte Ruhe in den auswärtigen Beziehungen erforderlich.⁴¹ Im Lauf der Jahre tendierte diese Politik immer eindeutiger dazu, das Versailler System nicht mehr, wie früher, umzubrechen, sondern den europäischen Status quo unter massgebender Teilnahme der UdSSR zu erhalten. Mit ihrem Kurs der Friedenssicherung, der «Organisation des Friedens», verzichtete die Sowjetunion darauf, sich der Aussenwelt als revisionistische Macht zu präsentieren. Das deutsch-sowjetische Sonderverhältnis, das durch die Rapallo-Politik begründet worden war, verlor dadurch seinen exklusiven Rang. Dieser Positionswechsel, von Litvinov seit 1929 zielstrebig angebahnt, hat die Sowjetunion bis zum Herbst 1934 bekanntlich in den Völkerbund geführt. Das nach dem Aussenkommissar benannte Protokoll, mit dem Moskau und die Regierungen der westlichen Anrainerstaaten im Februar 1929 den Briand-Kellogg-Pakt vorfristig in Kraft setzten, hatte bereits Elemente eines regionalen Sicherheitssystems enthalten. 1932 und 1933, in den Krisenjahren der Stalinschen Revolution, hatte Litvinovs Diplomatie bemerkenswerte Ergebnisse vorzuweisen. Zustande gebracht wurde ein Bündel bilateraler Nichtangriffspakte, von denen die aufeinander bezogenen Verträge mit Frankreich und Polen die wichtigsten waren. Im Juli 1933 formulierte die Londoner «Definition des Angreifers» Prinzipien kollektiver Sicherheit.

Hinzu kamen im Herbst 1933 ein Nichtangriffspakt mit dem faschistischen Italien und, nicht zuletzt, die de-jure Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten unter ihrem neuen Präsidenten Roosevelt.⁴²

Zu panikartigen Reaktionen in der innersowjetischen Politik bot die internationale Lage also keinen Anlass. Auch der deutsche Nationalsozialismus schreckte damals in Moskau noch nicht sonderlich. Anders als die Sozialdemokraten gab Hitler einem aggressiven Revisionismus Raum, der sich vor allem gegen die Westmächte richten würde. Unter diesen Umständen wurde sein Programm der Ostexpansion im Kreml weder für seriös noch gar für aktuell gehalten. Im Übrigen blieb die kommunistische Agitation dabei, die deutschen Sozialdemokraten, das Kabinett des Herrn von Papen und die Hitlerbewegung gleichermaßen als Spielarten des Faschismus vorzustellen. Zu tieferdringenden Analysen taugten diese ausgelagerten Stereotypen nicht. Wie alle anderen Formen «bürgerlicher Diktatur» wurde der Nationalsozialismus als Krisenphänomen der kapitalistischen Welt verstanden, als Beleg dafür, dass der Kapitalismus in eine neue Phase revolutionärer Erschütterungen eingetreten sei. Manche Genossen waren sogar geneigt, den Faschismus als Präludium für ein Sowjet-Deutschland unter der Diktatur des Proletariats zu begreifen. Dieser Gedanke war es, der über den 30. Januar 1933 hinaus die alte These am Leben hielt, wonach der «Hauptstoss» des kommunistischen Angriffs nicht gegen die Nazis, sondern gegen den «Sozial-Faschismus» der SPD zu führen sei.⁴³

Bedrohlicher als in Europa nahm sich in Moskauer Sicht die Lage im Fernen Osten aus. Hier beunruhigte vor allem die japanische Okkupation der Mandschurei. Die fernöstlichen Ereignisse unterstrichen die Aktualität der sowjetischen Abschirmungsstrategie und beflügelten den Versuch, auch in Ostasien Sicherheitsgarantien zu gewinnen. Was der Kreml den Japanern anzubieten hatte, war ein Nichtangriffspakt, dazu die sowjetischen Rechte an der Ostchinesischen Eisenbahn, die im Januar 1935 an das Marionettenregime des Kaiserreichs Mandschukuo verkauft wurden. Trotz solcher Zeichen des Appeasement blieb ein politischer Modus vivendi aus. Erst im Herbst 1939, nach einer Periode anhaltender Grenzkämpfe, wurde das sowjetisch-japanische Verhältnis entstört. Dies geschah dann bereits durch Vermittlung der Hitler-Regierung, die Stalin, ihrem neuen Partner in Europa, ihre guten Dienste anbot.⁴⁴

Generell gilt, dass die Aussenpolitik des Stalinregimes keine Prinzipienfragen aufwarf, die aus revolutionärer Überzeugung, antifaschistischer Gesinnung oder antiimperialistischer Solidarität sich hätten ableiten lassen. Die aussenpolitische Orientierung des Sowjetstaates war eine Frage der Zweckmässigkeit. Formuliert wurde sie in nüchterner Abschätzung dessen, was um der äusseren Sicherheit der UdSSR willen vonnöten sei. Machtpolitisches Kalkül entschied über die Parteinahme zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie. Moskau war vor allem auf sich selbst justiert.

Nach Hitlers «Machtergreifung» versuchte die sowjetische Diplomatie

zunächst, im Zusammenspiel mit Paris Deutschland nicht zu isolieren, sondern in ein System kollektiver Sicherheit einzubinden, das mit dem bisher verfeimten Völkerbund zu verklammern wäre. Diese «Ostpakt»-Pläne Litvinovs und Barthous scheiterten bekanntlich an der Renitenz der deutschen und der polnischen Politik. Ende Januar 1934 hatten Hitler und Marschall Pilsudski einen Nichtangriffspakt geschlossen, der die Gegensätze zwischen beiden Staaten neutralisierte. Damit waren die bisherigen Operationsmuster der sowjetischen Europapolitik entwertet. Die antisowjetische Stossrichtung des deutsch-polnischen Ausgleichs war unverkennbar, ein «Ostlocarno» nicht länger zu erwarten. Seither begann die sowjetische Politik mit wachsender Entschiedenheit auf die Eindämmung Hitlers zu setzen, auf ein Zusammengehen mit Frankreich und mit Grossbritannien vor allem.⁴⁵

Was sich unter diesen Umständen zustande bringen liess, war nur der Torso eines Sicherheitssystems. Dieses Teilstück beruhte auf der Kombination verschiedener Instrumente. Kombiniert wurde die sowjetische Kooperationspolitik im Rahmen des Völkerbundes mit einer neuen Strategie der Kommunistischen Internationale, mit der sogenannten «Volksfront» gegen Faschismus und Krieg. Die Komintern wirkte, unter ihrer in Moskau residierenden Exekutive, seit Langem schon als subordiniertes Ressort sowjetischer Politik. Auch hier stand Stalins Führerrolle ausser Zweifel. Die neue Strategie, vom VII. Weltkongress im August 1935 bestätigt, löste das bis dahin gültige Verdikt gegen die Sozialdemokraten ab. Der Kampf «Klasse gegen Klasse», der seit 1928 die Generallinie der Komintern bestimmt hatte, wurde eingestellt. Stattdessen propagierte man jetzt die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Die proletarische Aktionseinheit der Arbeiterparteien stand allem anderen voran. Sie sollte durch die Volksfront auch im bürgerlichen Milieu verankert werden.⁴⁶ Gedacht war an einen Sicherheitskordon besonderer Art, an eine gesellschaftlich fundierte Allianz, die in der Innenpolitik der sowjetischen Vertragspartner zu verankern wäre. Am klarsten wurde in Frankreich, was die Kombination von Volksfront und kollektiver Sicherheit bedeuten konnte. Dort wurde der im Mai 1935 geschlossene Beistandspakt zwischen Moskau und Paris durch einen innerfranzösischen Nichtangriffs- und Beistandspakt ergänzt. Partner dieses Pakts waren neben der Kommunistischen Partei die Sozialisten und die Radikalsozialisten. Diese Parteien fanden sich im Zeichen der Volksfront zusammen – unter den Klängen der Marseillaise, nicht der Internationale, unter der Tricolore, nicht unter der Roten Fahne und dem Sowjetstern.⁴⁷

Ähnliches geschah in Spanien. Im Spanischen Bürgerkrieg wurde die Volksfrontpolitik der Komintern in besonderer Weise geltend gemacht, anders als in Frankreich sogar durch die Regierungsbeteiligung der Kommunisten. Die Genossen wurden angewiesen, die fortgehende Revolutionierung der Republik auf einer Stufe anzuhalten, die sich mit dem sowjetischen

Staatsinteresse verträge und die Regierungen in Paris und London nicht übermässig verschrecken. Von Diktatur des Proletariats sollte keine Rede sein. Wer diesem Kurs widersprach oder in Verdacht geriet zu widersprechen, setzte sich dem Zugriff der stalinistischen Terrororgane aus. Die Grosse Säuberung zersetzte auch die republikanische Front.⁴⁸

Zu erwähnen bleibt, dass es auch eine fernöstliche Variante der Volksfrontstrategie gegeben hat: in China seit 1937. Auch hier wurden, wenn auch unter ganz anderen Bedingungen als in Frankreich oder Spanien, Sicherheitspolitik und Kominternpolitik miteinander kombiniert. Die Fundamente dieser Verbindung waren ein sowjetischer Nichtangriffspakt mit der Nationalregierung Chiang Kai-sheks und eine Vereinbarung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Führung der Kuomintang-Bewegung. Dieses Doppelbündnis richtete sich gegen die japanische Invasion auf dem chinesischen Festland. Für die «nationale Einheitsfront» hatte die Chinesische Räterepublik unter Mao Tse-tung einen nicht geringen Preis zu zahlen: «Sowjet-China», das 1931 proklamiert und drei Jahre später auf dem berühmten «langen Marsch» nach Shensi umgesiedelt worden war, gab es seitdem nicht mehr.⁴⁹

Man kann also festhalten, dass die Moskauer Aussenpolitik zwischen 1935 und 1937 darauf eingerichtet blieb, die innersowjetische Entwicklungsstrategie durch Anlehnung an die Westmächte abzusichern – durch Kooperation mit den – wie man zu sagen pflegte – «nichtaggressiven Staaten». Die antifaschistische Einfärbung dieser Politik war ein Gebot der Zweckmässigkeit, nicht deren Substanz. Dass dies zutraf, kam in der Masse zutage, wie sich die Kombination von Volksfront und kollektiver Sicherheit als unergiebig erwies. Dabei muss offen bleiben, wann sich Moskau dafür entschied, den Partnerwechsel vorzubereiten.⁵⁰ Dem Münchener Abkommen vom September 1938 kam dabei zweifellos grosse Bedeutung zu. Es führte Stalin und den Stalinisten vor Augen, dass die sowjetische Westorientierung fragwürdig geworden war. London und Paris suchten damals bekanntlich einen Ausgleich mit Hitler auf Kosten der Tschechoslowakei, und sie praktizierten dieses Appeasement, ohne Moskau auch nur zu konsultieren, geschweige denn zu beteiligen. Die Sowjetunion war isoliert.

Dass die seit 1935 praktizierte Verbindung von Aussen- und Kominternpolitik unergiebig blieb, lag freilich nicht nur an der Lachheit, gar am «Verrat» der potentiellen Bündnispartner Moskaus. Die mangelnde Leistungsfähigkeit hatte nicht zuletzt auch innersowjetische Gründe, die auf krasse Widersprüche im stalinistischen Herrschaftssystem zurückzuführen sind. Ausser Frage steht, dass die Grossen Säuberungen zwischen 1936 und 1938 den von Litvinov und Dimitrov repräsentierten Doppelkurs desavouierten. Mit der Vernichtung des Kommandobestands der Roten Armee, mit der Dezimierung des auswärtigen Dienstes und des Kominternapparats, auch mit der Dramaturgie der Schau- und der Geheimprozesse wurde die offiziell formulierte Politik in den internationalen Beziehungen bereits im Lauf des Jahres

1937 mehr oder minder stillgestellt. Über die Innenseiten dieser Vorgänge sind nur ungesicherte Details bekannt. Die in der Literatur umlaufenden Hypothesen und Spekulationen haben hier keinen Platz. Dennoch lässt sich sagen, dass die Wendung der sowjetischen Aussenpolitik, die 1939 augenscheinlich wurde, auch ihre systeminternen Anlässe hatte, eine eigene Logik im Rahmen des Stalinismus.⁵¹

In der Forschung besteht Einvernehmen darüber, dass die ersten öffentlichen Signale für eine Neuorientierung wenige Tage vor der Zerschlagung der Tschechoslowakei aus Moskau kamen. Am 10. März 1939, im Bericht an den XVIII. Parteitag, warf Stalin seinen bisherigen Partnern vor, Deutschland und die Sowjetunion in einen Krieg gegeneinander treiben zu wollen, obwohl es für einen solchen Krieg keine realen Gründe gebe. Er deutete an, dass er einem Frontwechsel nicht abgeneigt wäre, vorausgesetzt, ein solcher Wechsel trüge dazu bei, die UdSSR aus dem «zweiten imperialistischen Krieg» herauszuhalten, auf den sie vorerst nicht gerüstet war. Stalin meinte, dass dieser Krieg in globaler Spannweite, zwischen Gibraltar und Shanghai, seit 1937 bereits im Gange sei.⁵²

Hätte es noch eines Beweises bedurft, dass sich der Kreml durch die Frage «Demokratie oder Faschismus» in seinen aussenpolitischen Entscheidungen nicht bestimmen liess, so wurde dieser Beweis jetzt angetreten. Nicht ideologisch abgestützte Wertbegriffe, sondern machtpolitische Berechnungen gaben den Ausschlag, als Stalin im Sommer 1939, auf dem Höhepunkt der europäischen Krise, das Angebot Hitlers aufgriff und für eine Verständigung mit dem nationalsozialistischen Grossdeutschland optierte. In einer Situation, in der abzusehen war, dass Hitler die europäische Landkarte, zumal die im Osten, gewaltsam verändern werde, entschloss sich Stalin für ein grossräumiges Geschäft mit Berlin, und er entschied sich damit zugleich gegen militärische Vereinbarungen mit London und Paris. Die Komplizenschaft mit Hitler brachte berechenbaren Profit: die Teilnahme an der Zerschlagung und Aufteilung Polens, den Zugriff auf Finnland und auf die baltischen Staaten, den Gewinn Bessarabiens und manche anderen Vorteile mehr.

Die territoriale Expansion der Sowjetunion, die Erweiterung der UdSSR durch militärische Mittel und durch gewaltsame Annexionen, enthüllte den imperialistischen Zug, den die Moskauer Politik im Bund mit Hitler entfaltet hatte. Sie war die Aussenseite dessen, was für die innere Politik der dreissiger Jahre «Stalinismus» heissen kann. Die Normen, Verheissungen und Erwartungen, die aus der russischen Revolutionsgeschichte und aus der Leninzeit überkommen waren, wurden von Stalin und dem Stalinismus aufgesogen. Die Perspektiven vom Sieg des Sozialismus, von der «Revolution im Weltmassstab», wurden in der Vorstellung aufgehoben, dass das Interesse des Weltproletariats, ja das der Menschheit, mit der wachsenden Macht und Grösse des Sowjetreiches identisch geworden sei. Niemand wagte, dieses stalinistische Axiom in Zweifel zu ziehen. Auch in der Kom-

munistischen Internationale gab es niemanden, der dieser aufs Grossrussisch-Imperiale zugeschnittenen Perspektive eigene Massstäbe hätte entgegensetzen können.



Ein knappes Resümee dessen, was sich zum Thema Stalin und der Stalinismus hier ohnehin nur in Abkürzungen sagen liess, hat vor allem auf die Wechselbeziehungen zwischen Herrschaftssystem und Aussenwelt zu verweisen. Über die Figur des Herrschers weit hinaus hat sich der Stalinismus der dreissiger Jahre im Aufeinander- und Zusammenwirken innersowjetischer und internationaler Faktoren entfaltet. Seine Infrastruktur war mit den sozialen Umwälzungen und dem technisch-ökonomischen Modernisierungsschub der ersten Fünfjahrespläne geschaffen worden. Ohne dieses Potential wäre es nicht denkbar gewesen, dass die Sowjetunion am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, im Unterschied zu den zwanziger Jahren, als eine der grossen Industrie- und Militärmächte hätte in Erscheinung treten können. Das sowjetische Herrschaftssystem stellte sich in dieser Krisenzeit in imperialen Dimensionen dar. Aus dem «Willen zur Weltgeltung», die für den Stalinismus charakteristisch blieb, kamen neue Anforderungen, Interessen und Befürchtungen. Sie wirkten sehr unmittelbar auf die innerstaatliche Herrschaftspraxis zurück, wie umgekehrt die innerstaatliche Herrschaftspraxis für die Aussenpolitik von erheblicher Bedeutung war. Die Grossen Säuberungen veranschaulichen das höchst eindrucksvoll. Über andere Konsequenzen dieser Rückwirkung, zu denen auch die Revision der Nationalitätenpolitik im Rahmen der Union gehört,⁵³ kann hier nicht mehr gehandelt werden.

Für den Westen ist der Stalinismus erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wieder leidlich bündnisfähig geworden. Der Grosse Vaterländische Krieg, der sowjetische Anteil am Sieg über Deutschland, die Partnerschaft Stalins in der Koalition der Grossen Drei, nicht zuletzt die Verheerungen und Verbrechen, die der deutschen Okkupation zur Last zu schreiben sind – diese Tatbestände liessen das Sowjetregime im Urteil der demokratischen Welt in einem milderen Licht erscheinen, nicht mehr nur machtbesessen, terroristisch und brutal, sondern nun heroisch, leistungsfähig und womöglich gar auf dem Weg zu einer russisch eingefärbten Demokratie.⁵⁴

Vierzig Jahre nach Kriegsende scheinen in der Sowjetunion manche Anzeichen für eine Rehabilitierung Stalins zu sprechen. Niemand vermag zu sagen, ob und wie die Bevölkerung, im Gedenken an ihre Toten, die Opfer des Faschismus und die des Stalinismus auseinanderhält. Die Grundlagen der historischen Urteilsbildung ändern sich rascher als der Wechsel der Generationen. Auch ist nicht abzusehen, wann die politische Gesellschaft in der UdSSR damit beginnen könnte, die in den sechziger Jahren abgebroche-

ne Auseinandersetzung mit Stalin und dem Stalinismus wieder aufzunehmen. Dass diese Gesellschaft ihre eigene Vergangenheit «bewältigt» hätte, kann ernstlich nicht behauptet werden. So sprechen denn auch die Verse von Evgenij Evtusenko, mit denen ich schliesse, heute nur noch für sich selber und nicht mehr, wie 1962, als sie in der «Pravda» standen, für die «Entstalinisierung» in der Sowjetunion. Die öffentliche Rezitation dieses Gedichts, das «Nasledniki Stalina» (Die Erben Stalins) heisst, wäre heute in Moskau äusserst riskant, eine unerträgliche Provokation für eben diese Erben.⁵⁵ Evtusenko, der gefeierte Poet der nachstalinischen Zeit, beschreibt in diesen Versen, wie der Leichnam Stalins, auf Weisung des XXII. Parteitages der KPdSU, von der Seite Lenins entfernt und aus dem Mausoleum hinausgetragen wird:

Schweigend: der Marmor.
Schweigend: das glitzernde Glas.
Schweigend, zu Bronze geronnen
die Wache im Wind.
Aber vom Sarg stieg auf ein wenig Rauch,
Atem, der durch die Ritzen kam,
als sie
ihn durch die Tür des Mausoleums trugen
Mit seinen Kanten
die Bajonette streifend schwamm er langsam vorüber.
Schweigend
auch er!
Schweigend! Aber dahinter ein Drohen.
Drohend
dahinter
düster mit einbalsamierten Fäusten
der sich nur tot gestellt hatte, der da
jetzt sein Gesicht an die Ritzen presste,
sich einzuprägen alle,
die ihn hinaustrugen
junge Rekruten aus Rjazan' und aus Kursk.
Er hatte schon seinen Plan.
Nur ausruhen würde er.
In seine Kiste gekauert
nur warten,
bis seine Kräfte ihm endlich erlaubten,
den Sarg zu sprengen,
das Grab zu verlassen
und jene Unwürdigen zu strafen,
die ihn vergruben.
Ich aber wende mich an unsere Regierung:

Verdoppelt die Wachen,
verdreifacht sie
vor diesem Grab!
Damit Stalin nicht aufsteht,
und mit Stalin die Vergangenheit.

Anmerkungen

¹ Johannes R. Becher, Danksagung [1953], in: Du Welt im Licht. J. W. Stalin im Werk deutscher Schriftsteller, Berlin [Ost] 1954, S. 219-223.

² Stephan Hermlin, Stalin [1949], in: Du Welt im Licht, S. 19-27. Zur Stalin-Panegyrik vgl. die Presseanalyse von James Lee Heizer, *The Cult of Stalin 1929-1939*, University of Kentucky, Ph. D. 1977, sowie Richard Stites, *Stalin: Utopian or Antiutopian? An Indirect Look at the Cult of Personality*, in: Joseph Held (Hg.), *Dictators in the Twentieth Century*, Boulder/New York 1983, S. 77-93. – Biographien Stalins von wissenschaftlichem Rang sind rar; bemerkenswert der noch nicht abgeschlossene Versuch von Robert C. Tucker, *Stalin as Revolutionary 1879-1929. A Study in History and Personality*, New York 1974.

³ Das gewichtigste, von einem sowjetischen Autor stammende Buch zum Thema konnte nur im Westen erscheinen: Roy Medwedjew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*, Frankfurt 1973.

⁴ Zum Forschungsstand vgl. die Nachweise und Wertungen von Gottfried Schramm, *Wesen und Ursachen des Stalinismus*, in: *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 3, Stuttgart 1983, S. 892-901, dazu die Sammelwerke: Robert C. Tucker (Hg.), *Stalinism. Essays in Historical Perspective*, New York 1974; Gernot Eler/Walter Süß (Hg.), *Stalinismus. Die Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg*, Frankfurt 1982. – Erstaunlich ist der Wertrelativismus eines so erfahrenen Historikers wie Theodore Von Laue, *Stalin in Focus*, in: *Slavic Review* 42 (1983), S. 373-389.

⁵ J. W. Stalin (Mit einem Vorwort von Heinz Neumann), Hamburg/Berlin 1930 (Beiträge von M. Kalinin, L. Kaganovic, K. Vorosilov, D. Manuil'skij u.a.).

⁶ Interview vom 13. 12. 1931, in: J. W. Stalin, *Werke*, Bd. 13, Berlin [Ost] 1955, S. 93-109. Vgl. Emil Ludwig, *Stalin*, Zürich 1945, zunächst 1941/42 in der New Yorker Zeitschrift «Liberty» unter dem Titel: *Stalin: Genius or Devil?*

⁷ Berliner Tageblatt, 17. 1. 1930, in: Paul Scheffer, *Augenzeuge im Staate Lenins. Ein Korrespondent berichtet aus Moskau 1921-1930*, München 1972, S. 418.

⁸ Arthur W. Just, *Stalin*, Lübeck 1932, S. 29.

⁹ Richard N. Coudenhove-Kalergi, *Stalin & Co.*, Leipzig/Wien 1931, S. 11 ff.

¹⁰ Essad Bey, *Stalin. Mit 27 Abbildungen*, Berlin 1931, S. 395. – Weitere Beispiele früher Stalin-Biographien, zumeist zweifelhafter Qualität: Boris Bajanow (Bazanov), *Stalin, der rote Diktator. Von seinem ehemaligen Privatsekretär*, Berlin 1931; Christian Windecke, *Der rote Zar. Genosse Stalins Weg zur Macht*, Leipzig 1932; Isaac Don Levine, *Stalin. Der Mann von Stahl*, Hellerau bei Dresden 1931.

¹¹ S. Dmitrievskij, *Stalin*, Stockholm 1931 [russ.]; hier wird Stalin als «Robespierre des asiatischen Russland» bezeichnet, dem ein Napoleon folgen werde – an der Spitze eines «dritten Russland», eines «Volksimperiums» (narodnaja imperija), eines «mächtigen und freien nationalen Staates der Völker Russlands» (S. 18, 335).

¹² Vorzügliche Orientierung über das Spektrum der «linken» Stalinismus-Diskussion: Gerd Meyer, *Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse*, Opladen 1979.

¹³ Jean Elleinstein, *L'histoire du phénomène stalinien*, Paris 1975, deutsch: *Geschichte des «Stalinismus»*, Berlin [West] 1977.

¹⁴ Dietrich Geyer, Demokratie und Sozialismus in historischer Perspektive, in: Klaus Hartmann (Hg.), Die Demokratie im Spektrum der Wissenschaften, Freiburg 1980, S. 239-259.

¹⁵ Vgl. den älteren Problemaufriss von Werner Markert, Von der Oktoberrevolution zur «Revolution von oben». Zur politischen Struktur des Stalinismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 55-85, sowie die Detailstudie von Michal Reiman, Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der «zweiten Revolution», Frankfurt 1979.

¹⁶ Zu den Opfern der Kollektivierung s. die Berechnungen von Murray Feshbach, The Soviet Union: Population Trends and Dilemmas, in: Population Bulletin 37, no. 3, August 1982, S. 7f.; Steven Rosefielde, Excess Collectivization Deaths 1929-1933. New Demographic Evidence, in: Slavic Review 43 (1984), S. 83-88; ders., Excess Mortality in the Soviet Union. A Reconsideration of the Demographic Consequences of Forced Industrialization 1929-1949, in: Soviet Studies 35 (1983), S. 385-409; ferner: Dana G. Dalrymple, The Soviet Famine of 1932- 1934, in: Soviet Studies 15 (1963/64), S. 250-284, und 16 (1964/65), S. 471-474.

¹⁷ Otto Schiller, Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur russischen Landwirtschaft. Berlin/Königsberg ²1931; ders., Die Krise der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion, Berlin 1933 [abgeschlossen Mitte Februar 1933].

¹⁸ Klaus Mehnert, Die Jugend in Sowjetrußland, Berlin 1932, S. 76.

¹⁹ Vgl. vor allem Lenins Äusserungen aus der Zeit nach der Oktoberrevolution. Zur russischen Lebenswirklichkeit dieser Jahre jetzt Peter Scheibert, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918-1922, Weinheim 1984.

²⁰ Aus der Fülle der Forschungsliteratur: Helmut Altrichter, Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorf zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984; Stefan Merl, Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion, Wiesbaden 1985, dort auch die notwendigen Orientierungen über die sowjetische und die internationale Spezialforschung.

²¹ Vgl. Stalins Reden vom 17. 11. 1935 und vom 1. 12. 1935, in: Stalin Werke. Bd. 14, Dortmund 1976, S. 31-47, 48-55, dazu als Übersicht über den Gang der Industrialisierung: Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917-1945, Frankfurt 1976, S. 215ff.; Gottfried Schramm, Industrialisierung im Eiltempo und kollektiviert Landwirtschaft unter Stalin, Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 3, S. 794-873.

²² Die massgebende Untersuchung: Kendall E. Bailes, Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia 1917-1941, Princeton 1978, S. 69 ff.

²³ Zur Familien- und Frauenpolitik der dreissiger Jahre: Kent Geiger, The Family in Soviet Russia, Cambridge/Mass. 1968, S. 88ff.; Gail W. Lapidus, Women in Soviet Society. Equality, Development, and Social Change, Berkely 1978, S. 95-122.

²⁴ Mehnert, Jugend.

²⁵ Herbert und Elsbeth Weichmann, Alltag im Sowjetstaat. Macht und Mensch. Wollen und Wirklichkeit in Sowjet-Russland, Berlin 1931, S. 149.

²⁶ Aus der Fülle der Gesamtdarstellungen vgl. neben R. Medwedjew, Wahrheit, vor allem Robert Conquest, The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties, London 1968. – Zur Kontroverse um die Interpretation der Grossen Säuberungen vgl. die klugen, auf Stalin zugeschnittenen Hypothesen von Gottfried Schramm, in: Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 3, S. 837-851, dagegen als Beispiele strukturanalytischer Erklärung: Gabor T. Rittersporn, The State Against Itself. Socialist Tensions and Political Conflict, in: Telos 41 (1979), S. 87-104; ders., Stalin in 1938: Political Defeat Behind the Rhetorical Apotheosis, in: Telos 46 (1980), S. 6-42; ders., Société et appareil d'Etat Soviétique (1936-1938): Contradictions et interférences, in: Annales E.S.C. 34 (1979), S. 843-867; J. Arch Getty, Party and Purge in Smolensk 1933-1937, in: Slavic Review 42 (1983), S. 60-79, sowie die sich anschliessenden Diskussionsbeiträge von Robert C. Tucker und von Niels Erik Rosenfeldt mit der Replik von Getty, ebd., S. 80-96.

²⁷ Lion Feuchtwanger, Moskau 1937, Amsterdam 1937; Ernst Bloch, Jubiläum der Renegaten [1937], in: ders., Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz (Gesamtausgabe Bd. 11), Frankfurt 1970, S. 225-235. – Zur deutschen Emigration in die UdSSR vgl. David Pike, Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933-1941, Frankfurt 1981.

²⁸ Wichtig für die innenpolitische Funktion der Prozesse: Wilhelm Ziehr, Die Entwicklung

des «Schauprozesses» in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928-1938, Phil. Diss. Tübingen 1969.

²⁹ Stalin, Über die Mängel der Parteiarbeit und die Massnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, 3. 3. und 5. 3. 1937, in: Werke, Bd. 14, S. 119-160, Zitat S. 146.

³⁰ Stalin, Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR, 25. 11. 1936, in: Werke, Bd. 14, S. 57-90, Zitat S. 78.

³¹ Zur Terminologie der Säuberungen und der Schauprozesse vgl. Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrums, 19.-24. 8. 1936, Moskau 1936; Prozessbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, 23.-30. 1. 1937. Vollständiger stenographischer Bericht, Moskau 1937; Prozessbericht über die Strafsache des anti-sowjetischen «Blocks der Rechten und Trotzlisten», 2.-13. 3. 1938. Vollständiger stenographischer Bericht, Moskau 1938.

³² Stalin, Über die Aufgaben der Wirtschaftler, 4. 2. 1931, in: Werke, Bd. 13, Berlin [Ost] 1955, S. 27-38.

³³ Ebd., S. 35 f. Vgl. mit ganz ähnlichen Formulierungen schon die Rede Stalins vom 19. 11. 1928, in: Werke, Bd. 11, Berlin [Ost] 1954, S. 220.

³⁴ Zur Orientierung: Erwin Oberländer, Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation, Köln 1967.

³⁵ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, seither in zahllosen Sprachen und Auflagen millionenfach verbreitet; bis zum XX. Parteikongress im Februar 1956 galt dieser Kurs als verbindliche Interpretation der Parteigeschichte.

³⁶ Stalin, Über die Mängel der Parteiarbeit, S. 141 f.

³⁷ Sheila Fitzpatrick (Hg.), Cultural Revolution in Russia 1928-1931, Bloomington, Ind. 1978.

³⁸ Stalin, Socinenija, Bd. 13, S. 182f. – Vgl. zu den Kernproblemen jetzt die fundierten Untersuchungen von Bianka Pietrow, Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Aussenpolitik 1933-1941, Melsungen 1983. Kontroverse Beurteilungen vermitteln Robert C. Tucker, The Emergence of Stalin's Foreign Policy, in: Slavic Review 36 (1977), S. 563-589 mit den Diskussionsbeiträgen von George F. Kennan, Philip S. Gillette, Alexander Dallin und Teddy J. Uldricks, ebd., S. 590-607.

³⁹ Manfred v. Boetticher, Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926-1930. Herausbildung des Stalinismus und «äussere Bedrohung», Düsseldorf 1979.

⁴⁰ Dietrich Geyer, Voraussetzungen sowjetischer Aussenpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion. Aussenpolitik 1917-1955, Köln 1972, S. 57ff.

⁴¹ Hans-Adolf Jacobsen, Primat der Sicherheit 1928-1938, in: Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion, S. 213-279.

⁴² Alexander Fischer, Sowjetische Aussenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, in: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise, München 1980, S. 65-83.

⁴³ Peer H. Lange, Stalinismus versus «Sozialfaschismus» und «Nationalfaschismus». Revolutionsspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin 1927-1935, Göppingen 1969. – Zum Deutschlandproblem zuletzt Pietrow, Stalinismus.

⁴⁴ George A. Lensen, The Soviet Union and the Manchurian Crisis 1924-1935, Tallahassee, Flo. 1974, S. 180ff.; James W. Morley (Hg.), Deterrent Diplomacy: Japan, Germany and the Soviet Union 1935-1940, New York 1976; Alexander Fischer, Kollektive Sicherheit und imperialistischer Krieg. Sowjetische Aussenpolitik im chinesisch-japanischen Konflikt, in: Saeculum 28 (1977), S. 419-432.

⁴⁵ Nachweise bei Jacobsen, Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion, S. 235 ff. – Zur britischen Politik: Gottfried Niedhardt, Grossbritannien und die Sowjetunion 1934-1939. Studien zur britischen Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972.

⁴⁶ Über Vorgeschichte und Konzept der Volksfrontpolitik neuerdings Edward H. Carr,

Twilight of Comintern 1930-1935, London 1982; zum VII. Weltkongress vgl. Pietrow, Stalinismus, S. 105ff.

⁴⁷ Zum Forschungsstand: John E. Dreifort, The French Popular Front and the Franco-Soviet Pact 1936/37, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 217-236.

⁴⁸ Zur Orientierung: Wolfgang Schieder/Christoph Dipper (Hg.), *Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik 1936-1939*, München 1976.

⁴⁹ Charles B. McLane, *Soviet Policy and the Chinese Communists 1931-1946*, New York 1961; L. P. Van Slyke, *Enemies and Friends. The United Front in Chinese Communist History*, Stanford 1967.

⁵⁰ Alexander Fischer, Kollektive Sicherheit, vertritt die Ansicht, dass die Abwendung der sowjetischen Politik vom Konzept der Kollektiven Sicherheit bereits Ende 1937 erkennbar geworden sei – im Zusammenhang mit dem Ausgang der Brüsseler Konferenz über den japanischen China-Krieg. – Zu München vgl. Jonathan Haslam, The Soviet Union and the Czechoslovakian Crisis of 1938, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), S. 441-462.

⁵¹ Den Zusammenhang zwischen dieser Neuorientierung und den Säuberungen unterstreichen Bianka Pietrow, J. A. Gnedin. Ein Repräsentant der sowjetischen Aussenpolitik der Vorkriegszeit, in: *Osteuropa* 34 (1984), S. 593 ff., sowie Teddy J. Uldricks, The Impact of the Great Purges in the People's Commissariat of Foreign Affairs, in: *Slavic Review* 36 (1977) S. 187-204.

⁵² Stalin, *Werke*, Bd. 14, S. 180.

⁵³ Vgl. Gerhard Simon, Nationsbildung und «Revolution von oben». Zur neuen sowjetischen Nationalitätenpolitik der dreissiger Jahre, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 233-257.

⁵⁴ Konzentrierte Orientierung über Forschungslage und Forschungskontroversen bietet Bernd Bonwetsch, Der «Grosse Vaterländische Krieg», in: *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 3, S. 910-1008.

⁵⁵ Deutsch in Anlehnung an die Übersetzung von Peter Rühmkorf: Jewgenij Jewtuschenko, *Lyrik, Prosa, Dokumente*, München 1972, S. 187. – Das Gedicht erschien erstmals in: *Pravda*, 21. 10. 1962.

Zwischen Autonomie und Abhängigkeit: Ostmitteleuropa 1919-1939

I

Die Weltwirtschaftskrise hat den gesamten europäischen Kontinent in Mitleidenschaft gezogen, sich aber doch in den einzelnen Regionen und Staaten unterschiedlich ausgewirkt. Im Folgenden wird es darum gehen, die spezifischen Bedingungen zu erhellen, auf die sie in Ostmitteleuropa traf, und die eigenartigen Wirkungen und Folgen zu analysieren, die sie hier auslöste.

Ostmitteleuropa umfasst im üblichen Sprachgebrauch jenen Raum zwischen Ostsee, Ägäis und Adria wie zwischen den geschlossenen deutschsprachigen und ostslavischen Siedlungsgebieten. Trotz seiner inneren kulturellen, nationalen und sozialen Differenzierung weist es – gerade im Vergleich zu Deutschland oder zu Sowjetrußland – einige gemeinsame Merkmale auf.

Ostmitteleuropa stand im Schatten der grossen Ereignisse und Trends, es war im 19. Jahrhundert und blieb auch im 20. Jahrhundert Objekt politischer Kräfte, die ihren Ursprung ausserhalb dieser Region hatten. Bis über die Schwelle des 20. Jahrhunderts hinaus wurde es von Imperien beherrscht, dem Russischen und Osmanischen Reich, der Habsburger Monarchie und Preussen-Deutschland. Mit Ausnahme Österreich-Ungarns lagen ihre Zentren ausserhalb Ostmitteleuropas. Politisch und ökonomisch war dieser Raum oft «Provinz»: Dies galt für die Provinz Posen und das «Weichselland» (priviljanskij kraj) wie für die europäischen Vilayet des Osmanischen Reiches. Auch die meisten slavischen Länder der Habsburger Monarchie hatten gegen ihren inferioren Status im Rahmen dieses Staates anzukämpfen.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Region bestand in der eigenartigen Koexistenz unterschiedlicher religiöser Traditionen und Lebensformen. Hier waren die Orthodoxie autochthoner, russischer und griechischer Prägung präsent, Katholizismus und Protestantismus und nicht zuletzt Judentum und Islam. Historische Traditionen und die agrarfeudale Ordnung hatten eine spezifische ethnische Schichtung hervorgebracht, in der die Stände sich nicht nur sozial, sondern oft auch ethnisch gegeneinander abgrenzten. Die Existenz «ständischer Nationen» – wie der deutschen Ritterschaften in den Ostseeprovinzen, des polnischen Adels in Litauen, der «deutschen» Städte in

den westlichen Teilen der polnischen Adelsrepublik, in Böhmen und Ungarn, der Phanarioten in Rumänien und schliesslich der türkisch-islamischen Herrschaft auf dem Balkan – war Ausdruck einer zumeist «fremden» Herrschaft, welche die keineswegs nur geschichtslosen Bauern- und Helotenvölker zu ertragen hatten. Diese einstige ständische Schichtung von zumeist adligen Herrenvölkern, städtischen und kommerziellen «Volksklassen»¹ (Deutschen, Juden und Griechen) und Bauernvölkern wurde im 19. und 20. Jahrhundert immer mehr zu einer kulturell-ethnischen Gemengelage. Dieser Wandel war die Folge der seit Mitte des 19. Jahrhunderts anlaufenden Industrialisierung und Kommerzialisierung in der Landwirtschaft. Politisch und kulturell ist diese Transformation unlöslich verbunden mit der «Neugeburt» der Nationen Ostmitteleuropas, der Nations- und schliesslichen Staatswerdung.²

Die revolutionäre Gärung, die Ostmitteleuropa zu Ende des Ersten Weltkrieges erfasste, hatte ihre sozialen Wurzeln in diesem Raum, wurde aber doch durch Ereignisse freigesetzt, die sich in den Machtzentren Europas abspielten: Die russische Revolution, der Zusammenbruch der östlichen Monarchien und der Sieg der westlichen Demokratien. Diese Rahmenbedingungen sind zu beachten, wenn die Ambivalenz der Entwicklung in Ostmitteleuropa erfasst werden soll. Der Ausgang des Weltkrieges bedeutete zugleich den Triumph und die Niederlage der liberal-kapitalistischen Ordnung. Eine Niederlage erfuhr sie insofern, als mit der Selbstbehauptung der bolschewistischen Macht ein alternatives politisches und ökonomisches Modell ausprobiert wurde, welches das bürgerlich-kapitalistische System nicht nur in rückständigen Ländern, sondern in den Metropolen selbst herausforderte. Einen Triumph erlebte die liberale Ordnung insofern, als sich das demokratische Nationalstaatsprinzip gegen die imperiale Ordnung der östlichen Monarchien mit ihrer halbfeudalen Struktur und ihrer Hierarchie von herrschenden und benachteiligten bzw. unterworfenen Völkern durchsetzte.

Der Zusammenbruch der Imperien veränderte zwar grundlegend das Verhältnis der Völker, Volksklassen und Volkssplitter zueinander, beseitigte aber nicht ihre Gemengelage, obwohl sich die neuen Staaten als Nationalstaaten konstituierten. Allerdings hatten bereits die Balkankriege des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und zuletzt der griechisch-türkische Krieg (1920-22) zu einer oft recht gewalttätigen Beseitigung oder Reduzierung der nationalen Gemengelage geführt.

Um ähnlichen Vorgängen und dem Antisemitismus vorzubeugen, hatten die meisten ostmitteleuropäischen Staaten in den Pariser Vorort-Verträgen Minderheitenschutzgarantien hinnehmen müssen,³ die besonders in Rumänien und in Polen als Einbusse der nationalen Souveränität empfunden wurden. Diese Schutzklauseln konnten aber nicht die langfristigen Trends sozialen Abstiegs, der Verdrängung und – seltener – der Absorption der Minoritäten aufhalten.⁴ Die deutschen, ungarischen und jüdischen Bevölke-

rungsgruppen erschienen den neuen Staatsvölkern als Fremdkörper und als latente Bedrohung. Insbesondere die Nazifizierung der deutschen Minderheiten und ihre Instrumentalisierung für Hitlers Lebensraum- und Eroberungspolitik⁵ führten im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zu einer nationalen «Flurbereinigung» unvorstellbaren Ausmasses. Die deutsche Vernichtungspolitik gegenüber den Juden wie die von Hitler eingeleiteten und von den Siegermächten fortgeführten Zwangsumsiedlungen erscheinen aus heutiger Sicht als der Schlusspunkt einer Entwicklung von Nationsbildung und Staatswerdung. Das Tempo und die Art dieser Entwicklung ist den ostmitteleuropäischen Völkern aber von aussen auferlegt worden und war nicht Resultat einer Zwangsläufigkeit, die der Dynamik dieser Völker selber entsprungen ist.

II

Nationale und soziale Revolution in Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg waren eine Folge der russischen Revolution, orientierten sich aber am Modell der westlichen Nationalstaaten. Die Agrarrevolutionen der Russland benachbarten Länder – von den ehemaligen Ostseeprovinzen über Polen bis Rumänien – waren eine unmittelbare Begleiterscheinung der russischen Revolution; die ihnen folgenden Landreformen sollten die Anziehungskraft des Bolschewismus auf die ländlichen Pauper untergraben. Indem sie hier – wie in den meisten anderen ostmitteleuropäischen Ländern – den Grossgrundbesitz auflösten oder reduzierten, befriedeten sie die Bauern und entmachteten zugleich die fremdnationalen Eliten.⁶ Die einst herrschenden Nationalklassen – hier vor allem die Deutschen, Ungarn und Moslemsanken zu nationalen Minderheiten ab.

Die Agrarreformen unterminierten tatsächlich den latenten bolschewistischen Einfluss auf diese Region. Er übte seine Faszination nur noch auf jene städtischen und – seltener – ländlichen marginalisierten Gruppen aus, die – wie ein kleiner Teil der jüdischen Intelligenz oder von Angehörigen der Unterschichten – in den neuen Staaten nicht heimisch wurden. Trotz einer auf den ersten Blick vergleichbaren Ausgangslage von struktureller Rückständigkeit, Zerrüttung und Armut gewann die kommunistische Bewegung nach Ende der revolutionären Turbulenzen mit Ausnahme Finnlands, der CSR und Bulgariens keinen Massenanhang.⁷ Die Heftigkeit des Antikommunismus und die Unterdrückung oder Diskriminierung der kommunistischen Parteien verweisen aber darauf, dass der Bolschewismus als äussere und innere Gefahr wahrgenommen wurde. Insgesamt versuchte sich Ostmitteleuropa von der Sowjetunion abzuschotten, ein historisch nur kurzes Zwischenstück, das der vorübergehenden Schwäche der jungen Sowjetmacht entsprang. Es waren ausgerechnet die deutschen Nationalsozialisten, die der östlichen Grossmacht den Weg nach Ostmitteleuropa öffneten.

Die allgemeine Not infolge von Kriegszerstörungen, Unruhen und Kriegsschulden verwies die meisten ostmitteleuropäischen Länder auf Nahrungs- und Kapitalhilfen, auf Kredite und Investitionen aus dem Westen. Insbesondere Frankreich war daran interessiert, seine Politik des Cordon Sanitaire in Ostmitteleuropa auch materiell abzusichern. Zu diesem Zweck arbeiteten französische Politiker und Diplomaten eng mit Schneider/Creusot und seiner Bankgruppe zusammen. Nicht nur der politische, sondern auch der finanzielle und handelspolitische Einfluss Deutschlands sollte in dieser Region durch den französischen ersetzt werden. Zugleich bestand die Hoffnung, dass der ostmitteleuropäische Markt den Verlust Russlands kompensieren könne. Diese «imperialistischen» Interessen der herrschenden Kreise in Frankreich stiessen bei den östlichen Empfängerländern auf grosses Entgegenkommen. Dies galt sowohl für die «besiegten» Staaten Österreich und Ungarn, wie für die «Siegerländer» Tschechoslowakei und Polen. Ungarn war 1920 zu beträchtlichen Konzessionen gegenüber französischen Wirtschaftsinteressen bereit, um Frankreich für eine Milderung oder Revision der territorialen Bestimmungen von Trianon zu gewinnen.⁸ Der CSR ging es ähnlich wie Polen bei ihrem Wunsch nach finanzieller und wirtschaftlicher Kooperation mit Frankreich und England vor allem darum, den Einfluss deutscher und österreichischer Banken und Industrien zurückzudrängen.⁹ Die alten – oft multinationalen – Bankhäuser in Budapest, Wien, Prag und Warschau wollten durch Gewinnung westlicher Kapitalbeteiligungen ihren wirtschaftlichen Einfluss in den nun häufig fremdnationalen und «feindlichen» Territorien behaupten. Tatsächlich verhalfen westliche Kapitalbeteiligungen und Umgruppierungen in Banken und Industrien dazu, die Barrieren zu überspringen, welche die neuen Grenzen und die Nostrifikationspolitik der neuen Staaten errichtet hatten.¹⁰

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gravierender als die neue Grenzziehung in den Gebieten der ehemaligen Habsburger Monarchie waren die Folgen der Abschnürung Ostmitteleuropas vom russischen Markt. Dies traf insbesondere die ehemals russischen Territorien – also Finnland, Kongresspolen und die baltischen Länder. Riga erlitt zunächst eine Deindustrialisierung.¹¹ Aber die mit der Neuformierung der Märkte und der Umorientierung der Handelsströme verbundenen Verluste gehörten zu den Kosten der Staatsgründungen. Dafür, so schien es, wurden Ökonomie und Politik nicht mehr in den fremden Metropolen Berlin, Wien und Petersburg bestimmt, sondern in den eigenen Hauptstädten. Die dafür eingetauschte Kapitalabhängigkeit vom Westen war zweifellos weniger fühlbar als die unmittelbare Fremdherrschaft. Frankreichs auf die Dauer nicht sehr wirkungsvolle Politik der ökonomischen und finanziellen Durchdringung Ostmitteleuropas wurde zudem durch England konterkariert. Im Interesse der Stabilisierung der Region und der Eindämmung des französischen Einflusses bevorzugte es

statt direkter Anleihen solche über den Völkerbund. Die öffentlichen und privaten Anleihen übten teils direkt, teils indirekt einen politisch massigenden Einfluss aus.

Die Stabilitätsanleihe für Ungarn 1924 wurde gegen den tschechischen und französischen Widerstand vergeben. Sie sollte der Sanierung des Haushalts, der Reduktion der aufgeblähten Bürokratie und der allgemeinen wirtschaftlichen Gesundung dienen, um den Rechtsextremismus zu dämpfen und Ungarn zu Reparationszahlungen zu befähigen.¹² In Polen veranlasste die Suche nach Anleihen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt dazu, die offen diskriminatorische Politik gegenüber den Juden abzumildern und einen Ausgleich mit dieser Bevölkerungsgruppe zu suchen.¹³ In Bulgarien dienten die Anleihen von 1926 und 1928 dazu, die makedonischen Flüchtlinge anzusiedeln, Wirtschaft und Staatshaushalt soweit zu sanieren, dass Reparationen bezahlt werden konnten.¹⁴

IV

Die westlichen Länder übten in den Nachkriegswirren und in der Phase der «kleinen Stabilisierung» bis 1929 über Anleihen und Kapitalhilfe einen manchmal offenen, manchmal versteckten Einfluss aus. Der indirekte Demonstrationseffekt der siegreichen westlichen Demokratien dürfte hierbei ebenso wichtig gewesen sein, wie die direkte Einflussnahme über Bündnisse, Waffenlieferungen, Kreditgewährung und Investitionen. Der Erfolg einer solchen Politik, die sowohl die kommunistische wie die deutsche Gefahr bannen wollte, hing freilich von Faktoren ab, die sich dem Zugriff der westlichen Staaten entzogen. Zu diesen Faktoren zählten einerseits die ökonomischen Wechsellagen des kapitalistischen Systems insgesamt und andererseits die relative Rückständigkeit Ostmitteleuropas im Vergleich zum hochindustrialisierten Nordwesten Europas.

Die allgemeine Geltung des West-Ost-Gefälles bedarf allerdings einiger Einschränkungen: Böhmen und Mähren waren schon vor 1914 das Industrieviertel der Habsburger Monarchie gewesen, und ihr wirtschaftliches Potential verschaffte der CSR in Ostmitteleuropa eine herausgehobene Stellung. Zudem existierte in Ostmitteleuropa eine Art Nord-Süd-Gefälle. Finnland und die baltischen Republiken Lett- und Estland vollzogen in der Zwischenkriegszeit trotz der ökonomischen Einbrüche eine Agrarmodernisierung, bei der die Technisierung der Landwirtschaft mit dem Aufbau einer Leichtindustrie einherging. Produktivität, Land- und Inventarerausstattung wie Absatzformen unterschieden sich hier beträchtlich von dem rückständigen, bisweilen fast noch traditionalistischen Agrarsektor, wie er von Litauen bis Bulgarien dominierte.

Insgesamt aber lässt sich die periphere Lage Ostmitteleuropas gegenüber dem europäischen Nordwesten an folgenden Indikatoren ablesen:¹⁵

- Während sich in den drei Staaten England, Frankreich und Deutschland 40% der europäischen Bevölkerung konzentrierten, lag ihr Anteil an der industriellen Produktion bei 67%. Würde man die Benelux-Staaten, Böhmen und Mähren sowie Norditalien dem industriellen Dreieck Europas hinzurechnen, sähe die Verteilung der industriellen Ressourcen für die ostmitteleuropäischen Länder noch ungünstiger aus.
- Waren in Deutschland und Frankreich in den dreissiger Jahren 29% bzw. 36% der erwerbstätigen Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor tätig, so in Ostmitteleuropa – wieder mit Ausnahme der CSR – zwischen 55% und 80%. Dabei lag die Produktivität hier um jeweils 40% bis 70% niedriger als in Nordwest-Europa. Gleichzeitig war das natürliche Bevölkerungswachstum in Ostmitteleuropa – wieder mit Ausnahme der CSR und auch Ungarns – doppelt so hoch wie in Deutschland. Hinzu kam, dass die meisten Agrarreformen hier zumeist ohne begleitende Massnahmen – wie Meliorationen, Flurbereinigungen und Kapitalausstattung – vollzogen worden waren. Beim Erwerb ihrer neuen Stellen hatten sich die Bauern hoch zu verschulden, so dass sie dem Agrarpreisverfall Ende der zwanziger Jahre hilflos ausgeliefert waren. Dies galt insbesondere für die Balkanländer, Ungarn und Polen.
- Geringe Produktivität und hohes Bevölkerungswachstum bedeuteten, dass im ländlichen Sektor der ostmitteleuropäischen Länder – hier besonders in Polen, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien – 30 bis 50% der dort tätigen Bevölkerung als «überschüssig» errechnet wurden; d.h. sie wären bei vorhandenen Beschäftigungsalternativen entbehrlich gewesen.
- Die Industrieförderung in Rumänien, Ungarn und Polen reichte bei weitem nicht aus, um die versteckte Arbeitslosigkeit im ländlichen Sektor zu mildern. In Jugoslawien, Bulgarien und selbst in Rumänien blieb die Industrie ohnehin nur eine Enklave, vielfach auf ausländische Märkte ausgerichtet und ohne Wirkung auf den Binnenmarkt.
- Zudem befand sich ein Grossteil der Industrie in der Hand ausländischen Kapitals. In Polen z.B. galt dies für schätzungsweise 84% der Petroleum-Industrie, für 77% des Bergbaus und für 75% der Kraftwerke. Zu Ende der dreissiger Jahre wird der Anteil des Auslandskapitals an den Aktiengesellschaften in Polen auf 44%, in Jugoslawien auf 61% und in Rumänien gar auf 83% geschätzt. Die wichtigsten Herkunftsländer waren England, Frankreich und Belgien. Diese Relationen galten für die gesamte Region.
- Die CSR ihrerseits diente in gewisser Weise als Brückenkopf für das westeuropäische Kapital und als Sprungbrett für westliche Investitionen in Südosteuropa. Die CSR war zugleich Schuldner und Gläubiger. Prag ersetzte nach dem Krieg die Verteilerrolle Wiens.
- So bedeutend die Auslandsinvestitionen für Ostmitteleuropa auch sein mochten, für die westlichen Geberländer machten sie nur einen kleinen Teil ihrer Auslandsinvestitionen aus.
- Ähnliches gilt auch für die Auslandsverschuldung, die für die ostmitteleu-

ropäischen Staaten schwerwiegendere Folgen hatte als für die Geberländer. Der Anteil der Auslandsschuld an der öffentlichen Verschuldung lag in den dreissiger Jahren bei Rumänien, Jugoslawien und Polen zwischen 65% (Polen) und 90% (Rumänien). Rumänien musste sich 1933 die Kontrolle des Völkerbundes gefallen lassen.

- Wie die bisherigen Untersuchungen erkennen lassen, waren die Industrien Ostmitteleuropas ins System der europäischen Kartellabsprachen einbezogen. Dies bedeutete, dass sich die Preisschere zwischen agrarischen und industriellen Erzeugnissen in Ostmitteleuropa seit Ende der zwanziger Jahre besonders weit öffnete. Zudem wurden Produktion und Absatz der Industriewaren, in Ostmitteleuropa hergestellt, massgeblich von auswärtigen Kapitalinteressen bestimmt.¹⁶

V

Diese Kombination von ökonomischem Rückstand und Abhängigkeit zeitigte auch Wirkungen auf die politische Struktur dieser Region, die in mancher Hinsicht Vergleiche mit der Situation in den heutigen Entwicklungsländern nicht abwegig erscheinen lassen. Ein Soziologe spricht in diesem Zusammenhang von der Existenz der Dritten Welt im damaligen Europa.¹⁷

Zu diesen Merkmalen gehört ein tiefer, nicht nur ökonomischer, sondern auch soziokultureller Gegensatz zwischen den Oberschichten, der Intelligenz wie der Stadt insgesamt auf der einen Seite und der ländlichen Bevölkerung auf der anderen. Selbst im bereits relativ differenzierten, aber immer noch in der Tradition der Adelskultur stehenden Polen galt der Bauer als Gemeiner, als «cham», ein unübersetzbarer Begriff aus der Welt ständischer Wertordnung.¹⁸ Stepan Radie, der Führer der kroatischen Bauernpartei, beklagte die Tatsache, dass der Bauer im eigenen Land wie ein Neger traktiert werde.¹⁹ In der Vermittlung zwischen Dorf und «Welt» verdrängten zwar die Genossenschaften und Beamten zunehmend Gutsbesitzer und jüdische Händler, aber Dorf und Stadt blieben weiterhin durch Welten getrennt. Die Bauern rangierten nicht nur auf der unteren Skala der Prestigehierarchie, ihr Konsum lag zumeist selbst unter dem der städtischen Unterschichten und bewegte sich seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am Rande des Lebensminimums. Dies galt vor allem für Polen, Ungarn und die Balkanländer. Die politischen Implikationen dieser Situation brachte ein jugoslawischer Agrarier auf die Formel: «Wenn in unserem heutigen System der Arbeiter durch den Kapitalismus unterdrückt wird, dann wird das Dorf als Ganzes durch die Stadt unterdrückt und geschädigt.»²⁰ In Ungarn lief die Parole um von der «europäischen» Stadt und dem «asiatischen» Dorf.²¹

Der Gegensatz zwischen Stadt und Dorf hat sich in Ostmitteleuropa

allerdings nicht zu jenem nackten Hass gesteigert, wie er in der russischen Revolution und im Bürgerkrieg explodiert ist. Unter den Bedingungen eher bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsformen konnte sich die Bauernschaft Ostmitteleuropas politisch organisieren und ihren spezifischen Bedürfnissen Ausdruck verleihen. Die Entstehung der Bauernparteien und ihre Teilhabe an der Macht in einigen Ländern weckte anfangs grosse Hoffnungen, dass Ostmitteleuropa eine Art «dritten Weg» zwischen dem Industriekapitalismus des Westens und dem Bolschewismus Sowjetrusslands gehen könne. Ein westlicher Beobachter brachte diese Erwartung auf den Begriff, als er schrieb: «Das ‚green rising‘ ist ein ungeheurer geschichtlicher Angel- und Wendepunkt. Was in Europa seit dem Krieg geschah, war ein grosser Sieg der Bauern, und deshalb eine grosse Niederlage für die Kommunisten und für die Kapitalisten.»²² Auch wenn der Agrarismus die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen konnte, so brachte er doch eine spezifische Konstellation dieser Region zum Ausdruck.

In West- und Mitteleuropa waren die bäuerlichen Interessen politisch von Standes- oder schichtübergreifenden Parteien, ökonomisch von Interessenverbänden absorbiert worden. Russland kannte seit Mitte des 19. Jahrhunderts zwar eine agrarsozialistische Bewegung – die Narodniki und später die Sozialrevolutionäre –, aber ihr aktivistischer Kern war bis 1917 im Wesentlichen auf die Intelligenz beschränkt gewesen.²³ Nicht unähnlich den russischen Sozialdemokraten mussten sie unter den Bedingungen der Autokratie im Wesentlichen eine Stellvertreterpolitik betreiben. Auch wenn die Sozialrevolutionäre 1917 weitgehend mit der Zustimmung der Bauernschaft rechnen konnten, reichte die Zeit doch nicht hin, um die Bauernschaft auch politisch als Gegengewicht zu den Bolschewiki zu organisieren.

Unter den andersartigen Bedingungen Ostmitteleuropas hingegen konnten sich Bauernparteien formieren. Ihre Führung rekrutierte sich vielfach aus dem Genossenschaftswesen, aus der Priesterschaft und professionellen Politikern, mit der Folge, dass Programmatik und Politik der ostmitteleuropäischen Bauernparteien pragmatischer und weniger kopflastig waren als bei den russischen Populisten.

Das sozialpolitische Profil der Bauernparteien reichte von sozialrevolutionären Bewegungen, wie sie sich modellhaft in der bulgarischen Agrarpartei ausbildete, über den Typus katholischer Volks- und Nationalparteien vor allem bei jenen Völkern, die keine einheimische Oberschicht besaßen, wie bei den Slovaken, Slovenen, Litauern und Kroaten. Am anderen Ende des Spektrums standen die mittelständisch-bäuerlichen Parteien, die sich in den dreissiger Jahren nach rechts bewegten. Sie repräsentierten ein vergleichsweise konsolidiertes und modernes Bauerntum, wie es politisch in Finnland, den baltischen Republiken Est- und Lettland und vor allem in der CSR den Ton angab.

Der bulgarischen Agrarpartei unter Stambuliski gelang es im Unterschied zu den russischen Sozialrevolutionären wenigstens zeitweise – bis 1923 –

eine bizarre Bauern diktatur zu errichten: Landverteilung nach dem Grundsatz des «Arbeitseigentums», Steuerentlastung für die ländliche Bevölkerung, Ersatz des Militärs durch einen allgemeinen Arbeitsdienst auch für Frauen und ein insgesamt rüder Umgang mit der Intelligenz und den städtischen Honoratioren.²⁴ Für die bulgarische Bauernbewegung galt, was ein polnischer Agrarhistoriker auch in den polnischen Verhältnissen zu beobachten glaubt: Die Bauern agierten dort am radikalsten, wo die Industrialisierung am wenigsten fortgeschritten war.²⁵ Am anderen Ende des Spektrums standen die tschechischen Agrarier, eine typische bäuerliche Mittelstandspartei, die aber auch die Bauernarmut zu integrieren und die Interessen der Landwirtschaft und Agrarindustrie rücksichtslos in Prag zu vertreten wusste. Die tschechischen Agrarier gehörten wohl zur erfolgreichsten Lobby in der Ersten Republik.²⁶

Die tschechischen Agrarier übernahmen von Stambuliski die Idee der Schaffung einer «Grünen Internationale», eines lockeren Zusammenschlusses der zumeist slavischen Bauernparteien Ostmitteleuropas mit einem vagen Programm. Es richtete sich ebenso sehr gegen die Bolschewiki wie gegen die so bezeichneten Auswüchse des Kapitalismus, es trat für bäuerliches Privateigentum, für das Genossenschaftswesen, für Demokratie und Pazifismus ein und wandte sich gegen die Herrschaft von Bürokratie und Militär. Angesichts der transitorischen Lage der Bauernschaft und ihrer relativen Organisationsschwäche in den rückständigen Agrarstaaten, wo die numerische Stärke der Bauern zumeist in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu ihrem Einfluss zu stehen schien, konnte die «Grüne Internationale» bei Weitem nicht jene Schlagkraft und Resonanz finden wie ihr kommunistisch-proletarisches Vorbild.²⁷ Jene Agrarparteien und politischen Gruppierungen, die ein relativ modernes Bauerntum vertraten – wie in Finnland, den baltischen Staaten und in der CSR –, konnten auch über die Weltwirtschaftskrise hinaus ihre Interessen recht wirkungsvoll zur Geltung bringen. Jene Bauernparteien hingegen, die ein vergleichsweise rückständiges und armes Bauerntum repräsentierten – wie in Polen, Ungarn und auf dem Balkan –, litten an der typischen Organisationsschwäche einer Schicht, die ums nackte Überleben zu kämpfen hatte. Sie verloren seit der Weltwirtschaftskrise jeden politischen Einfluss auf die Macht. Diese Bauernparteien waren relativ erfolglos. Aber ihre Bedeutung scheint auch nicht primär in ihrer wirtschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit zu suchen zu sein, sondern vor allem darin, dass sie trotz erheblicher Rückschläge die Bauernschaft ins politische und nationale Leben überhaupt integrierten. Jene für Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert noch typische Konstellation, dass äussere Mächte den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Oberschichten und Bauerntum ausnutzen konnten, wie dies 1848 in der Habsburger Monarchie und 1863 in Polen geschah, war im 20. Jahrhundert nicht mehr denkbar. Insofern trugen die Bauernparteien zur abschliessenden Nationsbildung bei.

Im Vergleich zur Masse der Bauernschaft musste das minoritäre Industrie-

proletariat als privilegiert gelten. Trotz eines insgesamt ärmlichen Lebenschnitts erfreute es sich – wohl nicht zuletzt als Folge der bolschewistischen Revolution –, nach Branche und Betriebsgrösse differenziert, in den neuen Staaten eines sozialen Sicherheitsnetzes, von dem die meisten Bauern und kleinen Gewerbetreibenden nur träumen konnten.²⁸

Unter dem Aspekt des Gegensatzes zwischen Stadt und Land muss auch die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Bauernparteien besonders in den zwanziger Jahren gesehen werden, jenen beiden Gruppierungen, die im Wesentlichen das demokratische Potential in diesen Gesellschaften repräsentierten. Ihre Gegnerschaft bestimmte massgeblich die Schwäche der parlamentarischen Regimes im nördlichen Gürtel Ostmitteleuropas.

VI

Ökonomischer Rückstand, strukturelle Einwicklungshemmungen, tiefe Konjunkturerinbrüche und nicht zuletzt der Gegensatz zwischen Stadt und Land verhalfen der Bürokratie und ihren Eliten zu arbiträrer Gewalt. Gerschekrons Hypothese, derzufolge in rückständigen Ländern der Staat fehlende Marktressourcen substituieren könne,²⁹ bestimmte in besonderem Masse die Funktion der Bürokratie in Polen und Rumänien. Das heisst aber noch nicht, dass sich die Bürokratien sozusagen funktionsgerecht den Zwängen von Kapitalismus und Industrie angepasst hätten. Hier dominierte vielfach eine vorkapitalistische Erwerbs- und Arbeitshaltung. Reichtum, Armut und Ansehen konnten ebenso an den (ständischen) Status gebunden wie eine Folge der Position auf dem Markt sein, ein Merkmal des transitorischen Zustands Ostmitteleuropas.

Die Zerstörungen des Weltkrieges, die Kriegsfolgelasten und nicht zuletzt die Weltwirtschaftskrise stimulierten unmittelbare staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben. So war Polens wirtschaftlicher Etatismus in den zwanziger Jahren nicht Ergebnis irgendeiner doktrinären Konzeption, sondern das Resultat der Kriegswirtschaft wie insgesamt der Schwäche des einheimischen Kapitals. Erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ging auch Polen im Rahmen eines Vierjahresplanes daran, das Gebiet zwischen San und Bug zu industrialisieren. Dieser Vierjahresplan musste wegen des deutschen Überfalls auf Polen abgebrochen werden, diente aber als Matrix für die forcierte Industrialisierung nach 1945. Rumänien liefert das Beispiel einer staatskapitalistischen Kommandowirtschaft. In den zwanziger Jahren betrieb die Regierung eine systematische Nationalisierung der Industrie und versuchte sich an einer autarkistischen Industrieförderung auf Kosten der Landwirtschaft. Nach einem kurzen Zwischenspiel wurde sie seit Mitte der dreissiger Jahre fortgesetzt. Grösseres Gewicht allerdings lag nun auf dem Aufbau einer

einheimischen verarbeitenden Industrie statt auf der exportorientierten Erdölförderung. Die Resultate dieser Industrialisierung in kleinem Masstab fielen in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus: Polen und Ungarn wiesen trotz weniger dirigistischer Eingriffe als Rumänien relativ günstige Resultate auf. In Rumänien, so das allgemeine Urteil, hätten es die Eliten erfolgreich verstanden, die ökonomische Entwicklung zu blockieren. Die Bürokratie in diesem Lande sei ebenso untüchtig wie tyrannisch gewesen.³⁰

Trotz Übernahme umfassender Aufgaben funktionierten die in den meisten ostmitteleuropäischen Ländern aufgeblähten Bürokratien nach den Gesetzen der Unterentwicklung: Die staatliche Intervention ins Wirtschaftsleben sollte einerseits die ökonomische Entwicklung fördern, andererseits war sie selbst häufig Ausdruck einer antikommerziellen und bisweilen antikapitalistischen Einstellung der bürokratischen Eliten. Diese rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus den ländlichen Oberschichten oder waren durch deren ständische und antikommerzielle Einstellung geprägt.

Im Polen Pilsudskis waren es die Legionäre, die sich zu «Erben des ritterlichen Geistes» stilisierten und als «Auge und Ohr» des Regimes fungierten. Sie hatten alle strategisch wichtigen Posten besetzt, bis hinunter in die Wojewodschaften und Städte.³¹ In Horthys Ungarn konkurrierten die alten Eliten aus der Zeit vor 1914, die sich aus der Aristokratie, dem «Barfuss-Adel» und der Beamtennobilität rekrutierten, mit den erst nach 1920 aufsteigenden, weniger vornehmen «hommes nouveaux», mit ihren Ressentiments gegen die alten Oberschichten und ihrem Hass auf die Juden und die Linke.³² In Rumänien erscheint das Bild diffuser, weil Clientensystem und Cliqueswirtschaft durch den Zustrom aus den ehemals ungarischen Gebieten und durch den kurzfristigen Einbruch der Nationalzaraniisten, der Bauernpartei, verwirrt wurde. Allerdings deutet auch hier alles daraufhin, dass die Abkömmlinge der Bojaren und die sich mehr an ständischen als an kommerziellen Kriterien orientierende Intelligenz das Sagen behielten.³³

In allen drei Ländern drängten vor dem Hintergrund eines expandierenden Bildungssystems die Absolventen von Sekundär- und Hochschulen vorwiegend in den Staatsdienst; aber sie besaßen nur geringe Aufstiegschancen, zumal wenn sie ohne Konnexionen waren. Die Aufblähung der Staatsapparate perpetuierte nur ihren tributären und vielfach beklagten korrupten Zuschnitt, da die Masse der Staatsdiener mit erbärmlichen Gehältern auszukommen hatte. Dies galt besonders für den südlichen Gürtel Ostmitteleuropas und für Polen. Die Entwicklung von Bürokratie und Erziehungswesen folgte hier nicht einer allmählichen Differenzierung und Kommerzialisierung der Gesellschaft, sondern antizipierte sie eher. Dies führte angesichts massiver Entwicklungsblockaden vor allem in den Mittelschichten zu «frei vagierenden Frustrationen mit periodischen Wellen von Radikalismus».³⁴ Denn die städtischen und – seltener-ländlichen Mittelschichten bildeten das Reservoir der rechtsradikalen und faschistischen Gruppierungen in Ostmit-

teleuropa. Die gemeinsame Stossrichtung der etablierten und elitären Bürokratie wie der in ihrem Aufstieg blockierten Anwärter richtete sich gegen die eigentliche Händlerklasse jener Region, die Juden, – und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise gegen das liberal-kapitalistische System überhaupt.³⁵ Dabei ist allerdings zwischen den eher technokratisch orientierten Eliten, die aus der Not der Staatsintervention eine Tugend machen und eine Art Erziehungsdiktatur mit faschistischen Symbolen initiieren wollten und den eher chiliastischen Bewegungen der akademischen und mittelständischen Jugend zu differenzieren. Diese wurden aber insgesamt ebenso verfolgt und bekämpft wie die zahlenmässig schwächere kommunistische Linke.

VII

Ökonomische Gegensätze und eine nach wie vor fragmentierte Sozialstruktur, die in der Existenz zahlloser Parteien ihren politischen Ausdruck fand, begünstigten nicht die Verfestigung parlamentarisch-demokratischer Herrschaftsformen.³⁶ Gleichwohl ist die Bedeutung der parlamentarischen Ära nicht zu unterschätzen, da sie viel zur Integration der oft sehr heterogenen Teilgebiete in die neuen Staaten beitrug und neue Schichten ans politische Leben heranführte. Dies bedeutete aber auch, dass Erwartungen geweckt wurden, die angesichts der ökonomischen Wechselfälle in der Zwischenkriegszeit und des wirtschaftlichen Rückstands nicht zu erfüllen waren. Unter diesem Aspekt bestätigte sich I. Bethlens vereinfachende und – natürlich – apologetische These, dass Demokratie nur etwas für die reichen Länder sei.³⁷

In gewisser Weise sollte Ungarn zum Modell des autoritären Regimes der ostmitteleuropäischen Region werden.³⁸ Hier hatte nach dem kurzen kommunistischen Zwischenspiel unter Bela Kun eine originäre Konterrevolution gesiegt. Unter dem Druck der Westmächte musste sie ihren furor dämpfen und wenigstens die Fassade einer respektablen konstitutionellen Monarchie unter dem Reichsverweser M. Horthy vorweisen. Dies galt zumindest für die Ära I. Bethlens (1921-31). Der Modellcharakter Ungarns bestand in einem ausgefeilten Wahlsystem, das der Regierung unerwünschte Wahlergebnisse zu verhindern wusste. Durch einen Bildungszensus und die Dauer des festen Wohnsitzes wurde der Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung auf ca. 30% reduziert. In ländlichen Gebieten galt der Zwang zu offener Stimmabgabe; die Aufstellung unerwünschter Kandidaten konnten Bürokratie und Honoratioren verhindern. Die zu Beginn der zwanziger Jahre stärkste Partei der Kleinlandwirte hatte sich gegen das Versprechen einer Bodenreform das allgemeine Wahlrecht abhandeln lassen. Die Sozialdemokraten mussten, um ihre Wiederzulassung zu erreichen, auf Wahlagitation unter Angestellten des öffentlichen Dienstes und unter Landarbeitern verzichten. In den Städten spiegelten die Wahlergebnisse das ungefähre

politische Meinungsspektrum wider, während auf dem Lande die Regierungsparteien monotone absolute Mehrheiten erzielten. Auf diese Weise gelang es der Regierungspartei, zwischen 1922 und 1935 jeweils 60% der Sitze im Parlament zu sichern.

Trotz Ausweitung des Wahlrechts in Rumänien im Jahre 1919 wurde die Tradition der Wahlmanipulation fortgesetzt. Sie war seit Etablierung der konstitutionellen Monarchie fester Bestandteil der politischen Kultur dieses Landes. Zudem wurde 1926 ein Wahlgesetz verabschiedet, das jener Partei oder Parteienkoalition, die mehr als 40% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, 50% der Parlamentssitze und darüber hinaus einen proportionalen Anteil an den restlichen 50% der Sitze zu wies. Selbst unter diesen Bedingungen gelten nur die Wahlen von 1928, welche die Nationale Bauernpartei an die Macht brachten, und diejenigen von 1937 als relativ wenig gefälscht. Die Bauernpartei unterbrach die Entwicklungsdiktatur der Liberalen, scheiterte aber an der Wirtschaftskrise. Die Zerrüttungen in ihrem Gefolge ebneten den Weg zur Königsdiktatur, die sich mit einer korporatistischen Verfassung ausstattete.

Pilsudskis Putsch im Mai 1926 war das beispielgebende Vorbild auch für Litauen, wie man eine krisenhafte Parlamentsherrschaft «sanierte». Eigentlich diktatorische Züge nahm das neue Regime Pilsudskis aber erst 1930 an, als Oppositionspolitiker verhaftet und malträtiert wurden. Die nicht mehr ganz freien Wahlen dieses Jahres brachten dem Regierungsblock zwar eine numerische Mehrheit ein, sie diskreditierten ihn aber auf der Rechten wie auf der Linken. Die Weltwirtschaftskrise und eine – trotz des technokratischen Anspruchs – wenig kompetente Wirtschaftspolitik zu Beginn der dreissiger Jahre veranlassten 1935 zu einer tiefgreifenden Verfassungsreform. Sie stärkte die Macht des Präsidenten weiter auf Kosten der Legislative und manipulierte das Wahlrecht in einer Weise, die dem Regierungslager immer eine Mehrheit verschaffen musste. Nach dem Tode Pilsudskis (1935) verloren die nachfolgenden Obristen jeden politischen Kredit, da sie unfähig waren, ein verbindliches Regierungsprogramm zu entwerfen. Ihre Legitimation konnten sie auch nicht mehr durch den anlaufenden Vierjahresplan stärken.

Auch Jugoslawien orientierte sich nach Aufhebung der vergleichsweise demokratischen Verfassung von 1921 am ungarisch-rumänischen Modell. Die neue Verfassung von 1931 und begleitende Gesetze führten ein Zweikammer-System mit partieller Ernennung der Mitglieder des Senats ein, Verantwortlichkeit der Minister vor dem Monarchen, öffentliche und mündliche Stimmabgabe bei den Wahlen; sie teilten zwei Drittel der Parlamentssitze derjenigen Liste zu, die eine relative Mehrheit der Stimmen erhalten hatte; sie verboten nationale Parteien und zwangen zu multinationalen Listenverbindungen.

Im Unterschied zu Rumänien und Jugoslawien (seit 1931) hatte Bulgarien bis zur Einführung der Königsdiktatur 1935 vergleichsweise «saubere» Wahlen vorzuweisen. Ihre Ergebnisse blieben aber nur partiell wirksam

angesichts mehrerer Putsche und eines dauernden Terrors, von der Regierung geduldet oder selbst inszeniert. Dieser Terror richtete sich hauptsächlich gegen Kommunisten und Agrarier, verhinderte aber nicht deren Wahlerfolge. In Bulgarien verschlissen sich alle Parteien in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, so dass auch hier – ähnlich wie in Rumänien und Jugoslawien – schliesslich dem König eine arbiträre Gewalt zufiel, die er mit korporatistischen Elementen ausschmückte.

In Est- und Lettland wie in Finnland ist ein enger Zusammenhang erkennbar zwischen der Weltwirtschaftskrise und der Entstehung faschistischer Bewegungen. In allen drei Ländern erwehrten sich die etablierten Kräfte mit Erfolg dieser neuen Strömungen. Während Finnland seine demokratische Verfassung mit einigen Beschränkungen beibehielt, folgten 1934 in Lett- und Estland Staatsstriche, die zwar autoritäre Verfassungen durchsetzten, aber auch hier die Faschisten von der Macht fernhielten.

Mit Ausnahme der beiden baltischen Republiken war die Weltwirtschaftskrise mithin nicht die hauptsächliche Ursache für die Etablierung autoritärer Regimes und die Schwäche des Parlamentarismus. Sie hat die diktatorischen Züge nur verstärkt und setzte in fast allen Ländern rechtsextreme Bewegungen frei, die sich hauptsächlich aus den frustrierten Mittelschichten, in Ungarn aber auch aus der Arbeiterschaft rekrutierten. Die für periphere Länder so typische Schwäche der politischen Institutionen blieb auch unter den autoritären Regimes erhalten. Sie litten fast durchgehend an mangelnder Autorität und Legitimation. Das Charisma, das J. Pilsudski zeitweise genoss, bestätigt als Ausnahme die Regel. Die autoritären Regimes sahen sich insofern einem Dilemma gegenüber, als sie nach innen nationale Grösse und nationalen Solidarismus proklamierten, andererseits aber hilflos den Manövern der benachbarten Grossmächte ausgeliefert waren. Die vermeintliche Konzentration der Macht war in diesen Ländern nicht Ausdruck eines von massgeblichen Teilen der Bevölkerung getragenen Willens zur politischen oder sozialen Neuordnung, sondern sie glich eher einer Notlösung ohne Perspektive, die dem mangelnden Konsens in der Gesellschaft entsprang. Dieser Mangel war letztlich bedingt durch die Unvereinbarkeit zwischen sozialen Ansprüchen und der allgemeinen Armut wie der ökonomischen Abhängigkeit vom Ausland. Die Weltwirtschaftskrise legte diese Schwächen in besonders schmerzhafter Weise bloss. Ihre direkten wirtschaftlichen und indirekten politischen Folgen lassen sich folgendermassen zusammenfassen:³⁹

- Die Schrumpfung des Welthandels, der Zusammenbruch des Währungssystems und Kapitalmarkts bedeuteten, dass die Gläubigerländer die Kreditvergabe reduzierten oder einstellten und ihr Kapital, soweit möglich, abzogen.
- Die Schuldnerländer mussten zu Devisenbewirtschaftung übergehen, den Aussenhandel kontingentieren und ihn auf sog. Schwachwährungsländer wie Deutschland umorientieren.

- Der bisherige Importüberschuss musste trotz ausbleibenden Zuflusses von Kapital und Krediten durch steigende Rohstoff- und Agrarexporte bei sich verschlechternden terms of trade kompensiert werden.
- Waren die ostmitteleuropäischen Länder bis zur Weltwirtschaftskrise in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Frankreich, England und die USA ausgerichtet gewesen, so wurde in den dreissiger Jahren Berlin zum Orientierungspunkt eines Clearingsystems. Dies galt vor allem für die südosteuropäischen Länder. Sie mussten den Mangel an Devisen durch bilateralen Warenaustausch ersetzen, bei dem Deutschland vor allem Industriewaren und Waffen, die Agrarländer Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse lieferten, die Deutschland zu Preisen über dem Weltmarktniveau abnehmen wollte. Dabei hatten diese Agrarländer ihre Produktion auf die Bedürfnisse des deutschen Marktes abzustellen.
- Deutschland wurde für Südosteuropa – von Ungarn bis zur Türkei – zum wichtigsten Aussenhandelspartner mit Anteilen zwischen 40 und 60%.
- Die handelspolitische Ausrichtung auf Deutschland öffnete diesen Staaten zwar einen Absatzmarkt, aber die Tauschbedingungen diktierte das Reich. Es verschuldete sich wegen der Importüberschüsse bei den Agrarländern, ohne in ausreichender Weise auf deren Lieferwünsche – industrielle Ausrüstung und Waffen – eingehen zu können. Die deutsche Aufrüstungs- und Hortungspolitik und die damit verbundenen Engpässe liessen für Exporte in die Rohstoff- und Agrarländer in ihrer Eigenschaft als Schwachwährungsländer nur wenig Raum. Insgesamt erwies sich das Clearingsystem als Notbehelf, der bei einer «normalen» Entwicklung wieder hätte überwunden werden müssen. Aber aus der Not des europäischen Südostens zog Deutschland nicht nur wirtschaftliche Vorteile.⁴⁰

Ostmitteleuropa und besonders der Südosten wurde in gewisser Weise zur Rohstoffbasis des Deutschen Reiches. Südosteuropa ist geradezu als «informal empire» Deutschlands bezeichnet worden, eine Position, die dem NS-Staat mehr oder minder offen von England zugebilligt worden ist.⁴¹ Es waren im Wesentlichen die ökonomisch schwächsten Länder, die sich der deutschen Grossraumwirtschaft unterwarfen. Rumänien leistete am längsten hinhaltenden Widerstand.

Die Staaten der nördlichen Gruppe behaupteten sich in ökonomischer Hinsicht besser gegenüber dem Deutschen Reich. Aber auch für sie wurde Deutschland zum wichtigsten Handelspartner. Polen blieb bis 1939 bemüht, seinen Handel mit Deutschland in Grenzen zu halten, es lockerte auch die Kapitalverflechtung mit dem ungeliebten Nachbarn – dies trotz des Nicht-Angriffs-Pakts.

Die CSR konnte sich als Industriestaat mit Erfolg dem Sog der deutschen Aufrüstungswirtschaft entziehen. Durch Drosselung der Kapitalausfuhr, agrarprotektionistische Massnahmen und Steigerung des Exports überlebte sie die Krise vergleichsweise glimpflich. Deren negative Folgen trafen vor allem die deutsch besiedelten Randgebiete und die agrarische Slowakei. Die

Folgen dieser ungleichmässigen Krisenwirkung auf das tschechische Kernland und die andersnationalen «Nebenländer» sind bekannt und müssen hier nicht vorgestellt werden. Aussenpolitisch bedeutsam war zudem, dass die CSR ihren Partnern in der Kleinen Entente gerade auf agrar-politischem Gebiet nicht entgegenkommen wollte. Prag verlor damit seine Glaubwürdigkeit als stimulierendes Zentrum der Kleinen Entente.⁴²

Die Widerstandslosigkeit, mit der sich Ostmitteleuropa und vor allem Südosteuropa der deutschen Grossraumwirtschaft einfügte, ist im Wesentlichen den Folgen der Weltwirtschaftskrise anzulasten und dem relativ geringen Interesse der Westmächte an dieser Region.

Der von Paris gegen Deutschland – und die Sowjetunion – mit aufgebaute Cordon Sanitaire war schon seit Locarno nicht mehr intakt. Die Solidarität zwischen den aufgrund der Pariser Vorortverträge saturierten Staaten Ostmitteleuropas – also Polens, der CSR, Rumäniens und Jugoslawiens – blieb gering und funktionierte nur, soweit es um den ungarischen Revisionismus ging. Auch die Kleine Entente und die Balkanallianz schufen keine Machtblöcke, die ein einvernehmliches Handeln gegen Italien und Deutschland ermöglicht hätten. Die um 1930 verfolgten Pläne zum engeren Zusammenschluss und zur Sanierung der Donauländer – hier ist der Tardieuplan wohl der bekannteste⁴³ – scheiterten an der Schwäche der französischen Politik, am Desinteresse Englands, am Widerstand Deutschlands und Italiens und an der Rivalität der Betroffenen selbst. Diese Misserfolge waren nicht primär mit der politischen Kurzsichtigkeit der Beteiligten, sondern vor allem mit den Gegebenheiten der peripheren Situation dieser Region verbunden.

- Als unterentwickelte Länder konkurrierten sie in den zwanziger Jahren beim Völkerbund bzw. auf den internationalen Kapitalmärkten von London, Paris und New York um Anleihen, Kredite und Investitionen.
- Als Agrarländer standen sie nach 1929 im Wettbewerb um den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte und Rohstoffe in den Industriestaaten. Da sich England seit 1932 vornehmlich dem Commonwealth zuwandte und Frankreich sich auf die eigenen Kolonien umorientierte, verblieb nur Deutschland als grosser Absatzmarkt.

VIII

Ähnlich wie in Frankreich Schneider/Creusot und seine Bankgruppe die Politik der ökonomischen Penetration mittrug, wenn nicht gar initiierte, fiel in Deutschland den IG Farben die Rolle eines Vorreiters bei der Etablierung des Clearingsystems zu.⁴⁴ Nach anfänglichen Fehlschlägen zur Zeit der Weimarer Republik wurde es erst nach 1933 in grossem Umfang durchgesetzt. Das primäre Ziel bestand in der Sicherung der deutschen Aufrüstung. Die mit dem Clearingsystem einhergehende Aushöhlung aller selbständigen

regionalen Wirtschaftsvereinbarungen und Bündnisse, hier insbesondere der Kleinen Entente, war ein gewollter Nebeneffekt. Gleichzeitig veranlassten die Rücksichtnahme auf italienische Empfindlichkeiten und wohl auch mangelndes Interesse von deutscher Seite dazu, auf jeden Versuch der Gleichschaltung, wie er 1934 in Österreich unternommen worden war, zu verzichten. Dies schloss nicht aus, dass nicht auf dem Umweg über verwandte politische Gruppierungen – wie die Pfeilkreuzler in Ungarn oder die Eiserne Garde in Rumänien – oder über die deutschen Minderheiten je nach Bedarf politischer Druck ausgeübt worden wäre.

Aber die originär faschistischen Bewegungen orientierten sich ohnehin mehr am italienischen Faschismus als am deutschen Nationalsozialismus, und ihr Einfluss blieb – mit Ausnahme Ungarns und Rumäniens – begrenzt.⁴⁵ Die seit Ende der zwanziger Jahre an die Macht gelangten Diktatoren und Oligarchien⁴⁶ rekrutierten sich im Wesentlichen aus den alten Eliten – wie in Südosteuropa – oder aus der Generation der Staatsgründer wie in Polen und den baltischen Ländern. In den dreissiger Jahren übernahmen auch sie faschistisch-korporatistische Elemente, sie versuchten patriotische Kampfverbände und Einheitsparteien zu etablieren. In der Regel handelte es sich dabei um bürokratische Gebilde, die Massenenthusiasmus bestenfalls simulierten, aber nicht ausdrückten. Hierin lag der fassadenhafte Charakter der autoritären Regimes, die totalitäre Praktiken weder durchsetzen konnten noch wollten. Die erfolgreiche Abwehr und Unterdrückung faschistischer Bewegungen, die sich bestenfalls vor den Toren der Macht austoben durften, ergaben sich aus der Distanz der inzwischen etablierten Vorkriegsgeneration zu den pöbelhaften Bewegungen des frustrierten Mittelstandes. Zudem mochte diese Unnachgiebigkeit auch die Konsequenz aus der Beobachtung sein, die am italienischen wie deutschen Beispiel gewonnen werden konnte, dass nämlich eine Teilung der Macht mit den faschistischen Gruppen nur bei Strafe des eigenen Untergangs möglich war.

Ähnlich wie der Sieg der Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg zur Übernahme des parlamentarischen Modells veranlasst hatte, so übten seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre Faschismus und Nationalsozialismus einen Demonstrationseffekt aus. Dies beeinflusste besonders das Verhältnis der Staats Völker zu den Juden. Hatte der Kreditbedarf und der Wunsch nach Respektabilität gegenüber dem Westen in den zwanziger Jahren den Antisemitismus gedämpft, so wirkte der Judenhass der Nationalsozialisten zweifellos enthemmend. In fast allen Ländern mit starken jüdischen Minderheiten – in Polen, Ungarn und Rumänien – wurden diese seit Mitte der dreissiger Jahre sozial, administrativ oder gesetzlich immer stärker diskriminiert. Die Nürnberger Gesetze boten das schändliche Beispiel. Aber auch bei der Diskriminierung der Juden ist wieder zu unterscheiden zwischen der totalitären Praxis in Deutschland und der Inkonsequenz, Halbheit und Willkür in Ostmitteleuropa.⁴⁷

Der Zusammenbruch der östlichen Monarchien im Ersten Weltkrieg und die nachfolgende Schwäche Deutschlands und Sowjetrusslands gaben den Völkern Ostmitteleuropas die Chance zur staatlichen Unabhängigkeit. Sie war kein Geschenk der Westmächte, sondern die Frucht eines langen Verlaufs der Nationsbildung, welche die Möglichkeit der Staatswerdung zur Voraussetzung hatte. Die neu gewonnene staatliche Souveränität löste freilich nicht die überkommenen ökonomischen und sozialen Probleme dieser Region, die – von Böhmen/Mähren abgesehen – unter den Kriegsfolgelasten und ökonomischem Rückstand litt. Dies begründete Formen wirtschaftlicher Abhängigkeit, die sich infolge der Weltwirtschaftskrise veränderten. Stand in den zwanziger Jahren die Kapitalabhängigkeit vom Westen im Vordergrund, so in den dreissiger Jahren die handelspolitische von Deutschland. Südosteuropa wurde geradezu zur deutschen Rohstoffbasis, Ostmitteleuropa insgesamt wurde in die deutsche Rüstungswirtschaft einbezogen. Sie sollte der Strangulierung ebenjener Völker dienen, die zur Aufrüstung ihres künftigen Eroberers oder «Bündnispartners» beitrugen.

Parallel zum Wechsel der aussenwirtschaftlichen Abhängigkeiten erfolgte der Wandel der Herrschaftsformen. Er war endogen verursacht, orientierte sich aber zweifellos an äusseren Vorbildern. Dies gilt für die Etablierung der parlamentarischen wie der späteren autoritären Regimes. Beiden gemeinsam war eine eigenartige Instabilität und Autoritätslosigkeit der politischen Institutionen. Dies war eine Folge der Fragmentierung der Gesellschaften, des Gegensatzes zwischen nationalem Souveränitätsanspruch und faktischer Abhängigkeit von den Grossmächten. Die periphere Situation Ostmitteleuropas schuf eine spezifische Form mangelnder Organisierbarkeit der Gesellschaften, die weder zum Konsens fanden, noch – dank einer Tradition des Widerstands und passiver Resistenz – in der Weise totalitär gelenkt werden konnten, wie dies in Deutschland oder der Sowjetunion möglich war. Insofern mögen manche Metropolen auch von der Peripherie lernen.

Anmerkungen

¹ Abraham Léon, Judenfrage und Kapitalismus, München 1971.

² Tadeusz Lepowski, Polska – narodziny nowoczesnego narodu 1764-1870, Warschau 1967; Miroslav Hroch, Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas, Prag 1968; Theodor Schieder (Hg.), Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, München 1971; Hugh Seton-Watson, Nations and States. An Inquiry into the Origins of Nations and Politics of Nationalism, London 1977; Norbert Reiter (Hg.), Nationalbewegungen auf dem Balkan, Berlin 1983.

- ³ Ernst Viefhaus, *Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919*, Würzburg 1960.
- ⁴ Oscar Janowsky, *Nationalities and National Minorities*, New York 1945; Carlile A. Macartney, *National States and National Minorities*, New York 1968 (1934); H. Bogdan, *Le problème des minorités nationales dans les Etats-Successeurs de l'Autriche-Hongrie*, Louvain 1976.
- ⁵ Otto Heike, *Das Deutschtum in Polen 1918-1939*, Bonn 1955; Geza C. Paikert, *The Danube Swabians. German Populations in Hungary, Rumania and Yugoslavia and Hitler's Impact on their Patterns*, Den Haag 1967; Ronald H. Smelser, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938*, München 1980.
- ⁶ Max Sering (Hg.), *Die agrarischen Umwälzungen im ausserrussischen Osteuropa*, Berlin-Leipzig 1930.
- ⁷ Edward H. Carr, *Socialism in One Country, 1924-1926*, Bd. 3, Harmondsworth 1972 (*1964); Ivo Banac (Hg.), *The Effects of World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918-1921*, New York 1983.
- ⁸ Magda Adam, *Confédération Danubienne ou Petite Entente*, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungarica* 25 (1979), 61-113; Anne Orde, *France and Hungary in 1920: Revisionism and Railways*, in: *Journal of Contemporary History* 15 (1980), 475-492.
- ⁹ C. Beaud, *The Interests of the Union Européenne in Central Europe*, in: Alice Teichova/P. L. Cottrell (Hg.), *International Business and Central Europe 1918-1939*, New York 1983, S. 375-398; E. Bussière, *The Interests of the Banque de l'Union Parisienne in Czechoslovakia, Hungary and the Balkans, 1919-1930*, in: ebd., S. 399-413; Piotr Wandycz, *France and Her Eastern Allies, 1919-1925*, Minneapolis 1962, S. 211 ff., 225 ff., 324, 372 ff.
- ¹⁰ Herbert Matis, *Disintegration and Multi-National Enterprises in Central Europe During the Post-War-Years (1919-1923)*, in: Teichova/Cottrell (Hg.), *Business*, S. 73-96; Alice Teichova, *The Mannesmann Concern in East Central Europe in the Inter-War-Period*, in: ebd., S. 103-135.
- ¹¹ Carlile A. Macartney/Alan W. Palmer, *Independent Eastern Europe. A History*, London 1962, S. 152f., 155f.; John H. Wuorinen, *A History of Finland*, Columbia 1965, S. 256ff.; Ferdynand Zweig, *Poland between Two Wars. A Critical Study of Social and Economic Changes*, London 1944, S. 98; Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski, *Zarys historii gospodarczej Polski, 1918-1939*, Warschau 1971, S. 45 f.
- ¹² Ozer Carmi, *La Grande Bretagne et la Petite Entente*, Genf 1972, S. 88 f.
- ¹³ Pawel Korzec, *Das Abkommen zwischen der Regierung Grabski und der jüdischen Parlaments Vertretung*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 20 (1972), 331-366; Zbigniew Landau, *Polskie zagraniczne pozyczki państwowe 1919-1926*, Warschau 1961, S. 161 ff.
- ¹⁴ Rudolf Nötel, *International Capital Movements and Finance in Eastern Europe, 1919-1949*, in: *Vierteljahrschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 61 (1974), S. 64-112.
- ¹⁵ *Grundlegend zur ökonomischen Entwicklung Ostmitteleuropas*: Wilbert E. Moore, *Economic Demography of Eastern and South Eastern Europe*, Genf 1945; Ingvar Svennilson, *Growth and Stagnation in the European Economy*, Genf 1954; Ivan T. Berend/György Ránki, *Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries*, New York 1974.
- ¹⁶ Alice Teichova, *Die deutsch-britischen Wirtschaftsinteressen in Mittelost- und Südosteuropa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 275-295, S. 286ff.; Dies., *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia, 1918-1938*, Cambridge 1974, S. 54ff.; Zbigniew Landau, *Oligarchia finansowa Drugiej Rzeczypospolitej*, in: *Przegłjd Historyczny* 62 (1971), S. 75-90.
- ¹⁷ Dieter Senghaas, *Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen*, Frankfurt 1982.
- ¹⁸ Aleksander Hertz, *Zydzi w kulturze polskiej*, Paris 1961, S. 90ff., 207f., Janusz Zarnowski, *Spoleczenstwo Drugiej Rzeczypospolitej*, in: *Najnowsze Dzieje Polski* 13 (1968), 71-109, S. 86.

- ¹⁹ Andreas Moritsch, Die Bauernparteien bei den Kroaten, Serben und Slowenen, in: Heinz Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977, S. 359-402, S. 373.
- ²⁰ David Mitrany, Marxismus und Bauerntum, München 1956, S. 150.
- ²¹ Andrew C. Janos, The Politics of Backwardness in Hungary 1825-1945, Princeton 1982, S. 240.
- ²² Heinz Haushofer, Die internationale Organisation der Bauernparteien, in: Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien, S. 668-690, S. 679.
- ²³ Manfred Hildermeier, Die Sozialrevolutionäre Partei Russlands. Agrarsozialismus und Modernisierung im Zarenreich (1900-1914), Köln/Wien 1978.
- ²⁴ John D. Bell, Peasants in Power. Alexander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899-1923, Princeton 1977.
- ²⁵ Borkowski, Chlopi, S. 73, 103f.
- ²⁶ Peter Heumos, Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der CSR. Zur Entstehung und Machtstellung der Agrarpartei 1873-1938, in: Karl Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslovakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München/Wien 1979, S. 323-376.
- ²⁷ George D. Jackson, Comintern and Peasant in East Europe, 1919-1930, New York/London 1966, S. 40ff., 61 ff; vgl. Haushofer, Bauernparteien, in: Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien.
- ²⁸ Berend/Ranki, Economic Development, S. 305 ff. ; Dies., East Central Europe in the 19th and 20th Centuries, Budapest 1977, S. 105 f., 119f.; Feliks Gross, The Polish Worker. A Study of a Social Stratum, New York 1945; Zarnowski, Spoleczenstwo, 48 ff.
- ²⁹ Alexander Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, in: B. F. Hoselitz (Hg.), The Progress of Underdeveloped Areas, Chicago 1952, S. 3-39; Ders., The Early Phases of Industrialization in Russia: Afterthoughts and Counterthoughts, in: Walt W. Rostow (Hg.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth, London 1963, S. 151-163.
- ³⁰ K. Dziewulski, Spor o etatyzm. Dyskusja wokół sektora państwowego w Polsce międzywojennej 1919-1939, Warschau 1981; Stefan Welz, Nationalkapitalismus versus Weltmarktintegration? Rumänien 1830-1944, Saarbrücken 1982; Mitrany, Marxismus, S. 136; Kenneth Jowitt (Hg.), Social Change in Romania 1860-1940. A Debate on Development in a European Nation, Berkeley 1978, bes. S. 28.
- ³¹ Janusz Zarnowski, Struktura i podłoże społeczne obozu rządzącego w Polsce w latach 1926-1929, in: Najnowsze Dzieje Polski 10 (1966), 67-82.
- ³² Janos, Backwardness, S. 250ff, 278ff.
- ³³ Andrew C. Janos, Modernization and Decay in Historical Perspective: The Case of Romania, in: Jowitt (Hg.), Social Change, S. 72-116.
- ³⁴ Ebd., S. 115.
- ³⁵ Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, München 1966; Hans Rogger/Eugen Weber (Hg.), The European Right. A Historical Profile, Berkeley 1966; Peter F. Sugar, Native Fascism in the Successor States, 1918-1945, Danta Barbara 1971; J. W. Borejsza, Rzym a wspólnota faszystowska. O Penetracji faszizmu włoskiego w Europie środkowej, południowej i wschodniej, Warschau 1981.
- ³⁶ Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1967.
- ³⁷ Janos, Backwardness, S. 210.
- ³⁸ Zur innenpolitischen Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Ländern vgl. die übergreifenden Darstellungen: Hugh Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn 1948; Macartney/Palmer, Eastern Europe; Joseph Rothschild, East Central Europe Between the Two World Wars, Seattle/London 1974; Theodor Schieder (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7/2, Stuttgart 1979.
- ³⁹ Zu den ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. neben den in Anm. 15 genannten Titeln insbesondere: Wolfgang Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Aussenhandelspolitik Deutschlands, Gross-Britanniens und Frank-

reichs 1933-1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 45-64; Hans Raupach, Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ost-Mitteleuropa, in: Ebd., 24 (1976), S. 38-57; Roland Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 179-213.

⁴⁰ Dirk Stegmann, ‚Mitteleuropa‘ 1925 bis 1934. Zum Problem der Kontinuität deutscher Aussenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter Christian Witt (Hg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 203-221; Holm Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Aussenpolitik unter Brüning, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Aspekte deutscher Aussenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 121-164; Hans-Erich Volkmann, Aussenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: Forstmeier/Volkmann, Wirtschaft und Rüstung, S. 81-131; Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 70 f, 126 ff; David E. Kaiser, Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War. Germany, Britain and Eastern Europe, 1930-1939, Princeton 1980, S. 20ff., 150ff.

⁴¹ Hans-Jürgen Schröder, Südosteuropa als «Informal Empire» Deutschlands 1933-1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 23 (1975), S. 70-96; Ders., Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Aussenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 5-32.

⁴² Zora P. und Frederic Pryor, Foreign Trade and Inter-War Czechoslovak Economic Development, 1918-1938, in: Vierteljahrschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 62 (1975), S. 500-533; Günter Reichert, Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraum von 1933 bis 1938, München 1971, S. 132 ff.

⁴³ Jacques Bariéty, Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donauraums (Februar-Mai 1932), in: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 361-387; Carmi, La Grande Bretagne, S. 161 ff.

⁴⁴ V Schröder, The IG Farbenindustrie AG in Central and South-East Europe, 1922-1938, in: Teichova u.a. (Hg.), Business, S. 139-172; Kaiser, Economic Diplomacy, S. 70ff.

⁴⁵ Borejsza, Rzym; Ders., Rivalität zwischen Faschismus und Nationalsozialismus in Ostmitteleuropa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 579-614; Nicholas H. Nagy-Talavera, The Green Shirts and Others. A History of Fascism in Hungary and Romania, Stanford 1970; N. P. Poppetrov, Faschismus in Bulgarien. Geschichte und Geschichtsschreibung, in: Südostforschungen 41 (1982), S. 199-218.

⁴⁶ Dyktatury w Europie srodkowo-wschodniej 1918-1939. Konferencja naukowa w Instytucie Historii Polskiej Akademii Nauk, Breslau 1973; Anthony Polonsky, The Little Dictators. A History of Eastern Europe Since 1918, London 1975.

⁴⁷ Bela Vago/George L. Mosse (Hg.), Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1928-1945, Jerusalem 1974; Bela Vago, The Shadow of the Swastika: The Rise of Fascism and Anti-Semitism in the Danube-Basin, 1936-1939, London 1975; Celia S. Heller, On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the Two World Wars, New York 1977; Dietrich Beyrau, Antisemitismus und Judentum in Polen 1918-1939, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 205-232; Ezra Mendelsohn, The Jews of East Central Europe between the World Wars, Bloomington 1983.

Die Ära Roosevelt in der Geschichte der Vereinigten Staaten und ihr Einfluss auf die Weltpolitik

I

Die Ära Roosevelt hat der geschichtlichen Entwicklung der USA bekanntlich in zweierlei Hinsicht eine neue Richtung gegeben: Sie hat innen- und gesellschaftspolitisch dem modernen Sozial- und Interventionsstaat zum Durchbruch verholfen. Die Ära Roosevelt hat ausserdem die USA zu einer global präsenten Welt- und Militärmacht erhoben – präsent vor allem in Europa, dem Erdteil, dem die Mehrzahl der Amerikaner entstammt.

Während die innere Wende in Amerika unter Roosevelt ihre Wurzeln in der *internen* Entwicklung dieses Landes im späten 19. und 20. Jahrhundert hat, ist der Übergang Amerikas zu einer global engagierten Weltpolitik ohne die entscheidende *aussenpolitische* Herausforderung der dreissiger Jahre, vor allem ohne den Aufstieg Hitlerdeutschlands zur Vormacht auf dem europäischen Kontinent, nicht vorstellbar. Es ist die Aufgabe dieses Beitrages, zum einen zu fragen, wie sich die innere Reformpolitik Roosevelts zu seiner Weltpolitik verhalten hat, und zum anderen zu verdeutlichen, welche Wirkungen die – ob mehr oder weniger von innen her beeinflusste – neue amerikanische Weltpolitik nach aussen erzielt hat. Dementsprechend müssen erstens in aller Kürze die gesellschafts- und innenpolitischen Absichten von Roosevelts Reformpolitik des «New Deal» beleuchtet werden; zweitens ist zu zeigen, wie die amerikanische Aussenpolitik aussah, die diesem inneren Reformprogramm des «New Deal» entsprach bzw. sich aus diesem ableitete; drittens – und vielleicht am wichtigsten – ist es nötig, den Wandel zu beleuchten, der sich in der amerikanischen Aussenpolitik unter dem Eindruck der Hitlerschen Expansionspolitik von 1936, dem Jahr der Rheinlandbesetzung, bis 1941, das heisst bis zum Zeitpunkt der Einbeziehung der USA in den Zweiten Weltkrieg, vollzogen hat; viertens und letztens müssen die Wirkungen nachgezeichnet werden, welche diese veränderte amerikanische Aussenpolitik in der übrigen Welt, vor allem bei Amerikas Hauptpartnern und Hauptgegenspielern, nach sich gezogen hat.

Roosevelts innere Reformpolitik¹ hatte das eine alles überragende Ziel, die Grosse Depression, die Amerika seit 1929 erfasst hatte, zu beseitigen. Wesentlich bei diesem Bemühen war für Roosevelt die Überzeugung, dass technische Korrekturen an der regierungsamtlichen Wirtschaftspolitik nicht ausreichen würden, sondern dass die tieferen Ursachen der Depression nur durch radikale Eingriffe in die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur beseitigt werden könnten.

Diese Eingriffe beruhten auf dem in der amerikanischen Tradition weitgehend neuartigen Anspruch der Bundesregierung, selbst für die Schaffung der Rahmenbedingungen, unter denen die amerikanische Wirtschaft funktionierte, verantwortlich zu sein und entsprechend die Kompetenzen des Bundes erweitern zu dürfen. Dies geschah zum Beispiel, indem die Bundesregierung in der Sozialpolitik aktiv wurde und u.a. eine Renten- und Arbeitslosenversicherung einführte, um dadurch den Massenwohlstand zu heben und gleichzeitig die Lebensbedingungen in der modernen Industriegesellschaft zu humanisieren.

Damit wurde der Gedanke des Gleichgewichts der Kräfte, der schon bei der Ausarbeitung der amerikanischen Verfassung Pate gestanden hatte, auf den wirtschaftlichen Bereich übertragen. Konkret hiess dies, dass dem freien Unternehmertum, das bislang in der Wirtschaftspolitik der USA den Ton angeben hatte, die in den Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmerschaft als «countervailing power» gegenübergestellt wurde. Möglich war dies erst, nachdem die Rechtsstellung der Gewerkschaften, auch das Streikrecht, gesetzlich voll abgesichert worden war. Dass auch ein derart ungewöhnlicher Aktivismus in der Gesetzgebungsarbeit, wie ihn Roosevelt im New Deal entfaltete, die Konjunktur nicht über Nacht wiederherstellen konnte, versteht sich ebenso von selbst wie die Tatsache, dass diese Reformpolitik nicht überall gleich wirkungsvoll griff und dass konjunkturelle Rückschläge unvermeidlich waren.

Hielt der «New Deal» aber zeitweilig nicht, was Roosevelt versprochen hatte, dann drohte die Regierung Roosevelt ihren Rückhalt im Kongress zu verlieren. Besonders kritisch waren hier die Jahre 1935-37, als Roosevelt mit seiner Reformgesetzgebung auf den Widerstand des Obersten Bundesgerichtes stiess und die Zusammensetzung dieses höchsten amerikanischen Gerichtes zu manipulieren versuchte. In derartigen kritischen Situationen waren Roosevelt die Mehrheiten im Kongress, die er zur Verabschiedung seiner Reformgesetze brauchte, keineswegs immer sicher. Er war gehalten, alle Kräfte des Progressivismus – der traditionellen amerikanischen Reformbewegung seit der Jahrhundertwende, die auch seinen New Deal trug – hinter sich zu vereinen. Er musste Konzessionen machen, und dazu bot sich nicht zuletzt die amerikanische Aussenpolitik an.²

Wie sah also die Aussenpolitik aus, die der Reformpolitik des New Deal entsprach? Werfen wir zunächst einen Blick auf die ersten vier Jahre der Roosevelt-Administration! Eines ist dabei im Vorhinein festzuhalten: Im Zweifelsfalle war die Regierung nur allzu bereit, die Bedürfnisse der Aussenpolitik denen der Innenpolitik unterzuordnen. Wie Roosevelt bei einer Pressekonferenz im November 1935 erklärte,³ sollte Amerika zunächst sein eigenes «wirtschaftliches Haus» in Ordnung bringen, ehe es etwas im Bereich der Aussenpolitik unternehmen könnte.

Soweit die Notwendigkeiten der Innenpolitik der Aussenpolitik Raum zu eigener Aktivität liessen, lauteten die beiden aussenpolitischen Hauptanliegen: Handel und Frieden. «Handel» bedeutete die tunlichste Niederlegung von Zollschränken in multilateralem Rahmen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Ein Netz von Handelsverträgen, welche die Regierung Roosevelt abschloss, diente diesem Zweck.⁴ Frieden hiess aus der Sicht der frühen dreissiger Jahre zweierlei: Einmal die Mitarbeit der USA an allen Vorhaben, die zu einer Vermeidung künftiger Kriege beitragen konnten. Die Abrüstungsverhandlungen – schon damals in Genf – erschienen als wichtigste Plattform für die Erreichung dieses Zieles.

Zu einer Politik der *aktiven* Unterbindung von militärischen Konflikten war Amerika allerdings nicht bereit. Dafür war der Völkerbund zuständig, dem aber Amerika nicht angehörte – eben um nicht in Konflikte dritter Länder hineingezogen zu werden.

Denn dies war der andere Aspekt der Friedenspolitik des «New Deal»: Wenn es schon ausserhalb Amerikas – vielleicht sogar in Europa – zu einem Krieg kommen sollte, dann durften sich die Vereinigten Staaten in diesen Konflikt nicht hineinziehen lassen. Amerika sollte fast um jeden Preis neutral bleiben. Den ursächlichen Hintergrund dieses ängstlichen Nichteinmischungsstrebens lieferte der Erste Weltkrieg und seine Widerspiegelung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Mehrheit der Amerikaner war überzeugt, dass das Eingreifen ihres Landes in diesen Weltkonflikt unnötig gewesen sei und dass der Erste Weltkrieg obendrein weder politisch noch wirtschaftlich etwas eingebracht habe. War doch die von dem damaligen Präsidenten Wilson propagierte neue Ordnung der Weltpolitik und der Weltwirtschaft nicht zustande gekommen und hatte sich Amerika für die Interessen der europäischen Westmächte missbrauchen lassen, die sich als Sieger, wie es schien, nicht anders verhalten hatten wie jeder andere Sieger in der sonstigen Geschichte, indem sie den Besiegten – Deutschland – so stark in ihre Abhängigkeit zu bringen suchten wie möglich. «Never again» lautete deshalb das Schlagwort, niemals wieder sollte Amerika sich in einen europäischen Konflikt hineinziehen und sein Potential für Zwecke missbrauchen lassen, die seinen eigenen Interessen nicht unmittelbar entsprachen.

Dies ist der zeithistorische Hintergrund des Phänomens gewesen, das man

als amerikanischen *Isolationismus* bezeichnet, der gerade in den ersten Amtsjahren Roosevelts seinen Höhepunkt erreicht hatte.⁵ Die isolationistische Stimmungslage in Amerika wurde noch verstärkt durch eine langwierige Untersuchung, die vor dem amerikanischen Senat über die Ursachen für das Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg angestellt wurde. Der US-Senat ging damit auf die damals weitverbreitete Vorstellung amerikanischer Medien ein, wonach es letztlich die Profitsucht amerikanischer «*merchants of death*» – Todeshändler –, vor allem das Gewinnstreben amerikanischer Rüstungsfirmen, gewesen war, was Amerikas Eingreifen in den Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Schon damals erschienen Rüstungsfabrikanten und Kriegshetzer vielfach als ein und dasselbe. Das Ergebnis dieser Senats-enquête hat diese Vermutungen zwar letztlich nicht bestätigt; doch wurde, während sie lief, im amerikanischen Kongress der Wunsch laut, den Machinationen profitgieriger Kriegshetzer im eigenen Lande ein für allemal das Handwerk zu legen. Dies war der Zweck der Neutralitätsgesetzgebung der Jahre 1935 bis 1937. Im Nachhinein hat man diese Gesetze als Versuch, Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg nachträglich zu verhindern, lächerlich gemacht. Unstrittig lieferten die Erfahrungen Amerikas als neutraler Macht im Ersten Weltkrieg das Muster für die Vorkehrungen, mit denen der Kongress eine künftige Verwicklung Amerikas in einen europäischen (oder fernöstlichen) Konflikt vermeiden wollte. Dazu gehörte an erster Stelle das Verbot jeglicher Waffenausfuhr aus Amerika an beide Kontrahenten eines ausseramerikanischen Konfliktes – ein allgemeines Waffenembargo, das Angreifer und Angegriffenen, Schuldigen und Unschuldigen bei einer militärischen Auseinandersetzung in gleicher Weise treffen sollte. Wichtig war ferner die «*cash*» und «*carry*»-Bestimmung, die besagte, dass in einem Krieg zwischen Drittländern Waren aus Amerika nur auf nichtamerikanischen Schiffen bei sofortiger Bezahlung exportiert werden durften: ein künftiger Handelskrieg sollte die amerikanische Schifffahrt nicht mehr treffen können; sie hatte zu Hause zu bleiben.⁶

Roosevelt hat diese Aussenpolitik nach aussen hin loyal mitgetragen und mitvertreten; er hat die progressiv-antiinterventionistischen – man könnte auch sagen: anti-imperialistischen – Überzeugungen, auf denen diese Aussenpolitik beruhte, zunächst auch innerlich gebilligt, obwohl er von Hause aus ein Anhänger Wilsons und damit Gegner der Isolationisten gewesen war. Indessen liess sich eine andere als die geschilderte, im Kern pazifistische Aussenpolitik gegen die Stimmung der Mehrheit der Amerikaner und gegen die Majorität des Kongresses nicht betreiben. Vor allem: Roosevelt hätte mit einer anderen Aussenpolitik auch die erfolgreiche Verabschiedung seiner New Deal Gesetze aufs Spiel gesetzt.

Hier griffen Aussen- und Innenpolitik also ineinander, und zwar in einer doppelten Weise: Einerseits gehörten einflussreiche Anhänger von Roosevelts innerem Reformprogramm zu den entschiedensten Verfechtern einer isolationistischen Aussenpolitik; für sie war eine Politik der Abschirmung

der USA von allen Weltkonflikten nur die logische Ergänzung zu einer progressiven Innenpolitik; Fortschritt im Innern, unbedingte Friedenswahrung nach aussen bedingten sich gegenseitig.

Roosevelt musste auf diese seine Anhänger Rücksicht nehmen. Er tat dies, indem er ihre aussenpolitischen Vorstellungen übernahm. Er musste dies aber auch noch aus einem anderen Grunde: Wenn ihm ein Vorwurf seiner innenpolitischen Gegner schadete, dann war es der, dass er bei der Realisierung seines Reformprogramms die Kompetenzen der Bundesregierung und des Präsidentenamtes in unabsehbarer Weise ausweitete. Bei den Neutralitätsgesetzen hätte er an sich eine Fassung bevorzugt, die ihm als Präsidenten grösseren Spielraum gelassen und zum Beispiel freigestellt hätte, nur über die Macht ein Embargo zu verhängen, die im gegebenen Falle, als Angreifer, einen militärischen Konflikt verursacht hatte. Doch damit wäre Roosevelts Entscheidungsspielraum als Präsident erweitert worden; er hätte von sich aus die Haltung der USA in einem Krieg dritter Mächte festlegen können, und genau das wollten ihm seine innenpolitischen Gegner nicht zubilligen, die ihm ohnehin diktatorische Neigungen unterstellten. Roosevelt erkannte diese innenpolitischen Schwierigkeiten. Er ging deshalb einer Auseinandersetzung über einen grösseren Entscheidungsspielraum für sich bei der Festlegung der Bedingungen der amerikanischen Neutralität im Kriegsfall aus dem Wege und gab sich mit der Kongress Vorlage für die Neutralitätsgesetzgebung, die ihm erheblich die Hände band, zufrieden.⁷

Innere Vorbehalte gegen diese Gesetze blieben bei ihm allerdings zurück, und er fragte sich, wieweit Amerika als Grossmacht zu einer Verbesserung der internationalen Beziehungen und zur Sicherstellung einer langfristigen Friedensordnung irgendwie beitragen konnte, solange es versuchte, sich weitgehend auf sich selbst zurückzuziehen und von der übrigen Welt abzusichern.

Diese Frage wurde in den dreissiger Jahren immer dringender; denn die Zeichen der Zeit standen nicht auf Frieden, sondern auf Krieg. Versuche, den seit Ende des Ersten Weltkrieges bestehenden Zustand in den internationalen Beziehungen mit dem Einsatz militärischer Mittel zu verändern, mehrten sich: 1931 die Eroberung der zu China gehörenden Mandschurei durch Japan; 1935 der italienische Überfall auf Abessinien; 1936 die Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen unter Bruch bestehender Vertrags Verpflichtungen; im selben Jahr der Beginn des spanischen Bürgerkrieges, ausgelöst durch Franco.

Die Frage drängte sich auf: Was konnte Amerika tun, um der Ausbreitung von Rechtlosigkeit und Gewalt im Miteinander der Völker Einhalt zu gebieten und der Welt, die sich gerade von den Opfern des Ersten Weltkrieges zu erholen begann, den Frieden sichern zu helfen? Vor allem: Was konnte Roosevelt in diesem Zustand zunehmender internationaler Spannungen aussenpolitisch tun, wo doch die Mehrheit der Amerikaner auf einen weitgehenden Verzicht auf jede Form einer amerikanischen Sicherheitspolitik aus-

serhalb der westlichen Hemisphäre hindrängte? Wie konnte er eine aktive amerikanische Weltpolitik innenpolitisch konsensfähig machen? Wir erreichen damit den wichtigsten Abschnitt unseres Beitrages, der zeigen soll, wie Roosevelt die dem «New Deal» entsprechende progressive Aussenpolitik seiner ersten Amtsjahre an eine immer gefährlicher werdende internationale Situation allmählich angepasst hat, und der gleichzeitig fragt, wie weit es ihm gelang, für diese neue Aussenpolitik auch die Zustimmung seines Volkes und des Kongresses zu gewinnen.

IV

Wie sah Roosevelt – so ist zunächst zu fragen – die weltpolitische Lage der dreissiger Jahre? Im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute war er sich der Grösse der Gefahr eines neuen Krieges schon sehr früh bewusst. Im Mittelpunkt der friedensgefährdenden Kräfte sah er von Anfang seiner Regierung an das Deutschland Adolf Hitlers. Man kann dies schon für das Jahr 1933 nachweisen.⁸ Seitdem hat er das nationalsozialistische Regime und dessen Aussenpolitik als eigentlichen Gegenspieler einer progressiven Aussenpolitik der Sicherung von Frieden und Freihandel angesehen, die seine Regierung vertrat. Seit der Sudetenkrise im Herbst 1938 rechnete er über kurz oder lang mit einem neuen Weltkrieg zwischen Deutschland, dessen Verbündeten und den europäischen Westmächten. Schon Ende 1938 wollte er die Möglichkeit eines Angriffes der in Europa siegreichen Achsenmächte auf die USA nicht ausschliessen. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sagte er (richtig, wie wir heute wissen) voraus, dass in der nächsten Generation Amerika wegen der technischen Fortschritte ohnehin unlösbar mit dem Schicksal der Alten Welt verknüpft sein werde.⁹ Diese Warnungen erhielten zusätzliches Gewicht, als sich 1940 nach dem Sieg Hitlerdeutschlands über Frankreich die Möglichkeit abzeichnete, dass Deutschland das französische Kolonialreich besetzen und damit, durch die Kontrolle Dakars, der Neuen Welt strategisch noch näher kommen würde.¹⁰

Da Roosevelt Hitler spätestens seit der Sudetenkrise für einen unersättlichen Eroberer hielt, war er auch ein Feind aller Bemühungen um ein langfristiges Appeasement gegenüber Hitler; das heisst er verwarf den Plan einer Generalvereinbarung mit Hitler («general settlement»), den der britische Premierminister Chamberlain zähe und lange verfolgte. Es ist zwar richtig, dass sich Roosevelt über Mussolini vermittelnd in die Sudetenkrise eingeschaltet hat, doch entsprang sein Motiv nicht etwa der Hoffnung, «peace for our time», das heisst Frieden auf absehbare Zeit, mit einem Entgegenkommen gegenüber Hitler erkaufen zu können, sondern der realistischen Einsicht in die militärische Unterlegenheit der europäischen Westmächte, eine Unterlegenheit, die, wie er vor der Münchener Konferenz befürchtete, sogar eine Niederlage bei einem Krieg gegen die Achse nicht unwahrscheinlich machte.¹¹

Sprach er sich in Friedenszeiten gegen ein «Appeasement» gegenüber Hitler aus, so kam für ihn nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein Vermittlungsfrieden mit Hitler und seinen Verbündeten erst recht nicht in Frage. (Die Erkundungsreise seines aussenpolitischen Beraters Welles im Frühjahr 1940 hatte keineswegs einen Kompromissfrieden mit Hitler zum Ziele, sondern sollte den Duce am Eintritt in den Krieg hindern und, davon abgesehen, die isolationistische Opposition in Amerika beruhigen). Genau besehen hatte sich Roosevelt schon zur Zeit der amerikanischen Neutralität auf das Kriegsziel, Hitler zu vernichten, das heisst die spätere Forderung nach einem «unconditional surrender», festgelegt.¹² Roosevelt hat also in seiner Politik gegenüber den Diktatoren, zu denen er auch Japan rechnete, nacheinander zwei Ziele verfolgt: Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wollte er sie von einem Krieg abschrecken; danach wollte er ihre endgültige Besiegung sicherstellen. Er hegte nicht die Illusion, dass dies mit guten Worten allein zu erreichen sei.

Welche Mittel aber wählte er, um das Ziel eines «Containment» der Achsenmächte und Japans zu erreichen? Für den gesamten Zeitraum von 1935 bis 1941 galt, dass er in der Wahl dieser Mittel nicht frei gewesen ist, sondern juristisch an die Neutralitätsgesetze und politisch an die Stimmung des amerikanischen Volkes gebunden war. Deshalb bevorzugte er denn auch mehr indirekte Mittel in der Auseinandersetzung mit den Diktaturen. Sie bestanden in erster Linie in einer Ermutigung und moralisch-materiellen Unterstützung der Gegner Hitlers, besonders in Europa.

Roosevelt hat mehrere Wege erwogen und zum Teil beschritten, um dies zu erreichen: Er hat zunächst versucht, sich der legalen Fesseln zu entledigen, die die Neutralitätsgesetze seiner Aussenpolitik anlegten; hoffte er doch, dass eine Erweiterung seiner eigenen Handlungsfähigkeit die Gegenspieler Hitlers in ihrem Widerstand gegen dessen Expansionspolitik ermutigen würden. Sollte es aber zum Kriege kommen, dann hätte eine Revision der Neutralitätsgesetze eine gezieltere und wirkungsvollere Unterstützung der Gegner Hitlers gewährleistet. Er hat ausserdem das Mittel der Handelspolitik gegen die Politik Hitlers eingesetzt. Einen letzten Ausweg aus seinen gesetzlichen Bindungen suchte er in geheimen Absprachen mit den Gegnern Hitlers, um diesen auch so den Rücken zu stärken. Er war mit anderen Worten bemüht, das Hitlerreich in jeder Hinsicht zu isolieren. Um diese Politik zum Erfolg zu führen, war es auch nötig, beim amerikanischen Volk ein stärkeres Gefühl der eigenen Mitverantwortung am Schicksal der übrigen Welt zu erwecken.

Über alle diese Bemühungen muss etwas genauer berichtet werden: Eine Revision der Neutralitätsgesetze hat Roosevelt in den Monaten unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu erreichen versucht, hoffte er doch, Hitler mit auf diesem Wege sichergestellten, erweiterten Möglichkeiten von Hilfsmassnahmen für die Westmächte in letzter Minute von kriegerischen Abenteuern abschrecken zu können. Dieser Versuch ist, wenige Wo

chen vor dem deutschen Überfall auf Polen, kläglich gescheitert. Die Mehrheit des amerikanischen Kongresses lehnte eine Änderung der einmal verabschiedeten Neutralitätsgesetze ab. Mit Kriegsausbruch musste Roosevelt also ein Waffenembargo verhängen, das in gleicher Weise Hitlerdeutschland und die europäischen Westmächte traf. Erst im Spätherbst 1939, als der Kongress das allgemeine Waffenembargo aufhob, erzielte er in seiner Revisionspolitik einen ersten Erfolg. Alle übrigen gesetzlichen Bestimmungen für die amerikanische Neutralität im Kriegsfall blieben freilich bestehen. Erst Ende 1941, kurz vor Pearl Harbor, war es möglich, den Kongress dazu zu bewegen, das Verbot einer Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe aufzuheben.¹³

Im Übrigen unterstützte Roosevelt Grossbritannien und später die UdSSR unter Umgehung der Neutralitätsgesetze. Die Lieferung von Zerstörern an England im Austausch gegen britische Stützpunkte in der Karibik, die den USA auf 99 Jahre verfügbar gemacht wurden, erfolgte zum Beispiel ohne Konsultation des Kongresses. Das Pacht- und Leihhilfs-Gesetz («lend and lease») vom 11.3. 1941 stellte England und später der UdSSR Rüstungsgüter leihweise zur Verfügung, um damit die gesetzlich nicht erlaubte Gewährung von Krediten an die Empfänger zu umgehen – Kredite, die bei einem gewöhnlichen Verkauf dieser Güter natürlich nötig gewesen wären.

Der Einsatz handelspolitischer Druckmittel gegen die Diktatoren lag in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges besonders nahe. Eine handelspolitische Isolierung Hitlers sollte u.a. der britisch-amerikanische Handelsvertrag vom November 1938 erreichen. Jedenfalls hoffte dies der hier federführende amerikanische Aussenminister Hull. Roosevelt überschätzte die Wirkung dieses Druckmittels keineswegs. Er bevorzugte das altbewährte Mittel der Blockade, das er – wenn möglich, unter Wahrung des Friedens – gegen die Diktatoren einsetzen wollte, um sie zu einer friedlichen Politik zu zwingen, ein Gedanke, den er schon 1933 erwogen hat und der dann in seiner Quarantänerede vom Oktober 1937 zum ersten Male öffentlich auftauchte.¹⁴

Am 20. September 1938, auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, bot er in einer streng geheimen Besprechung mit dem britischen Botschafter in Washington den gemeinsamen Einsatz der Blockadewaffe gegen Hitler an- und zwar wollte er eine Blockade über Deutschland, falls Hitler seine Expansionspolitik mit militärischen Mitteln fortsetzte, nach Möglichkeit ohne Kriegserklärung verhängt sehen. Dann traten nämlich die amerikanischen Neutralitätsgesetze nicht in kraft, und die USA konnten ohne juristische Einschränkungen ihr gesamtes Wirtschaftspotential den europäischen Westmächten verfügbar machen. Roosevelt hielt die Beteiligung der USA an einer derartigen Blockade zumal dann für möglich, wenn eine solche vor der amerikanischen Öffentlichkeit mit dem Wunsch, dadurch den Verlust von Menschenleben als Folge militärischer Kriegshandlungen zu vermeiden, begründet werden würde.¹⁵

Indem Roosevelt den Briten derartige Möglichkeiten, Hitler in die Knie zu zwingen, in Aussicht stellte, gelangte er bereits in die Nähe der geheimen Absprachen, deren Existenz seine inneren Gegner stets vermuteten und ihm zum Vorwurf machten. Er ging aber noch weiter. Wenige Tage vor der Münchener Konferenz gab er der britischen Regierung insgeheim eine Zusicherung, die ihn auf jeden Fall persönlich verpflichtete – die Zusicherung nämlich, dass Amerika im Falle einer Eroberung Englands durch deutsche Truppen mit eigenen Truppen in Europa möglicherweise selbst eingreifen würde.¹⁶ Als er dann drei Jahre später im August 1941, anlässlich der Vereinbarung der Atlantik-Charta, zum ersten Male mit Churchill zusammentraf, soll er diesem zu verstehen gegeben haben, dass er nur auf einen Zwischenfall im Zusammenhang mit der deutschen U-Boot-Kriegführung warte, um dann selbst in den Krieg eingreifen zu können.

Hand in Hand mit diesen Zusicherungen gingen anglo-amerikanische Militärabsprachen, deren Anfänge auf das Frühjahr 1938 zurückreichten. Sie sahen im Kriegsfall eine Art seestrategische Arbeitsteilung zwischen den beiden Mächten vor, nach der England für den Atlantik und den südlichen Pazifik, Amerika hingegen für den nördlichen Pazifik zuständig sein sollte. Die Absprachen gipfelten im November 1940 in einem inoffiziellen Übereinkommen, wonach im Falle eines Krieges der USA mit Deutschland und Japan die USA das Schwergewicht ihrer Operationen auf den Atlantik verlegen und zur Niederwerfung Hitlerdeutschlands schliesslich von England aus auch eine Landoffensive auf dem europäischen Kontinent beginnen würden (der sogenannte «Plan Dog»). Das war in ihren Grundzügen bereits die tatsächliche Strategie der Folgejahre! Freilich, wann genau Amerika in den Krieg gegen Hitlerdeutschland eintreten werde, blieb auch bei diesen Absprachen offen. Roosevelt liess sich hier nicht festlegen – nur dass die USA eines Tages auf britischer Seite gegen Hitler kämpfen würden, davon durfte man auf britischer Seite seit Ende 1940 mit einiger Sicherheit ausgehen.¹⁷

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte Roosevelt freilich gehofft, Hitler überhaupt von einem Angriff abschrecken zu können. Ein Mittel zu diesem Zweck bestand in dem Bemühen, Hitler diplomatisch zu isolieren. Hier spielte die UdSSR eine Schlüsselrolle. Roosevelt hatte sich während seiner ganzen Amtszeit um gute Beziehungen zur UdSSR bemüht. Umso mehr beunruhigte ihn die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland, die sich seit Mai 1939 abzeichnete und über deren einzelne Phasen das State Department durch einen Hitlergegner in der deutschen Botschaft in Moskau, Hans von Herwarth, genau informiert war.¹⁸ Mindestens in groben Umrissen war auch Roosevelt selbst über diese Informationsquelle unterrichtet.¹⁹ Vor diesem Hintergrund ist der dramatische Appell zu verstehen, den er am 6. August 1939 an Stalin richtete, doch zusammen mit den Westmächten eindeutig gegen Hitler Position zu beziehen; werde die UdSSR dennoch ein Zusammengehen mit Hitler wählen, soll er warnend hinzugefügt haben, so würde sie, nach einem deutschen Sieg

über Frankreich, unweigerlich das nächste Opfer einer deutschen Aggression werden.²⁰

Nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, gewann die Politik einer Isolierung Hitlerdeutschlands unmittelbare militärische Bedeutung. Deshalb versuchte Roosevelt mit massivem Druck, Italien von einem Eintritt in den Krieg an der Seite Hitlers abzuhalten. Auf der anderen Seite liess er es mit der UdSSR auch nach dem Hitler-Stalin-Vertrag nicht zum Bruch kommen.²¹ Als 1941 Roosevelts Voraussage eintraf und Hitler die UdSSR überfiel, war Roosevelt sofort bereit, dem neuen Opfer von Hitlers Expansionspolitik alle erdenkliche Hilfe in Form der Lieferung von Rohstoffen und Kriegsmaterial zukommen zu lassen. Er vergass dabei durchaus nicht, dass er auf diese Weise einem Regime half, das ebenso diktatorisch war wie das Hitlerregime – mit dem einen und für ihn entscheidenden Unterschied freilich, dass Hitlerdeutschland anders als Stalins Russland nach Weltherrschaft strebte und die Sicherheit der USA unmittelbar bedrohte.²²

Der Isolierung Hitlerdeutschlands diene schliesslich auch Roosevelts Politik gegenüber Japan. Durch die wirtschaftliche Mattsetzung und militärisch-politische Einschüchterung des fernöstlichen Kaiserreiches wollte er in erster Linie erreichen, dass Deutschland in Japan kein in seinem Potential ernst zu nehmender Verbündeter gegen England erwuchs. Das Ergebnis dieser Pressionspolitik – Japans schliesslicher Eintritt in den Krieg – entsprach nicht den eigentlichen Absichten, welche die amerikanische Regierung Japan gegenüber verfolgt hatte.²³

Alle diese Mittel, die Roosevelt einsetzte, um Hitler erst politisch und dann – indirekt – auch militärisch entgegenzutreten, fasste er schon in einer Ansprache am 4. 1. 1939 als «methods short of war but stronger and more effective than mere words» zusammen.²⁴ Das heisst, er versprach den Amerikanern, Hitler zunächst politisch mattzusetzen, später militärisch niederwerfen zu helfen, und zwar durch Methoden, welche die USA, wie er beteuerte, letztlich aus dem Krieg herauszuhalten versprochen. Hat er im Innersten bis zum bitteren Ende – das heisst bis zum japanischen Überfall auf Pearl Harbor – ehrlich geglaubt, diese Politik zum Erfolg führen zu können? Musste er nicht erkennen, dass Amerika, je entschiedener es den Gegnern Hitlers durch Lieferungen und indirekte militärische Rückendeckung beistand, desto mehr das Risiko eines Krieges mit Hitler und/oder seinem japanischen Verbündeten einging? Ist er dieses Risiko vielleicht sogar bewusst eingegangen, um einen Vorwand für den Eintritt der USA in den Krieg zu finden, wie er auch die Engländer glauben machte? Musste er zudem nicht wissen, dass Hitlerdeutschland in Europa nach den Siegen Hitlers von 1940 bis 1941 nur mit aktiver militärischer Hilfe der USA besiegt werden konnte – so wie dies auch die anglo-amerikanischen Absprachen von 1940 vorsahen? Roosevelt hat diese Fragen nie eindeutig beantwortet; sie sind unter den Historikern auch heute noch umstritten.²⁵

Eines steht fest: Roosevelt hat das Konzept einer zwar umfassenden, aber

doch nur mittelbaren und halbwegs getarnten militärischen Hilfe für die Gegner Hitlers vor allem mit Rücksicht auf die amerikanische Öffentlichkeit entwickelt. Diese konnte mit dem Gedanken an die Unvermeidlichkeit eines schliesslichen unmittelbaren Eingreifens der USA in den Zweiten Weltkrieg nur allmählich vertraut gemacht werden. Dass es Roosevelt letztlich gelungen ist, die Amerikaner aus ihren progressiv-pazifistischen und isolationistischen Illusionen und Träumen wachzurütteln, ist vielleicht seine grösste geschichtliche Leistung.

Der Übergang von den pazifistisch angehauchten Grundsätzen einer progressiven Aussenpolitik zu einer verantwortlichen Weltpolitik, wie sie der Machtstellung der USA entsprach, durfte nicht allzu abrupt sein, weil sonst Roosevelt seine Glaubwürdigkeit in der amerikanischen Öffentlichkeit verloren und eine Verleugnung seiner Aussenpolitik durch den amerikanischen Kongress riskiert hätte. Nur wenn das amerikanische Volk auf den Wandel der amerikanischen Aussenpolitik seit Mitte der dreissiger Jahre behutsam und allmählich eingestimmt wurde, behielt Roosevelt den inneren Rückhalt, der im Zweiten Weltkrieg seine Bekundungen der Solidarität mit den Gegnern Hitlers auch bei diesen selbst glaubwürdig erscheinen liess. Ein in sich zerrissenes amerikanisches Volk, das sich über den zu verfolgenden aussenpolitischen Kurs nicht zu einigen vermochte, hätte dagegen den Glauben der europäischen Westmächte – zuletzt die Hoffnung Englands allein – auf amerikanische Rückendeckung untergraben.

Roosevelt hat es deshalb stets vermieden, das amerikanische Volk vor die klare Alternative: Krieg oder Frieden zu stellen. Er hat seine Hilfspolitik zugunsten der Gegner Hitlerdeutschlands – mit der er zweifellos ein Kriegsrisiko einging – immer als Politik der Erhaltung des Friedens für die USA hingestellt. Dies ging nicht ohne einige Unwahrheiten ab, und das nehmen ihm viele Amerikaner noch heute übel.²⁶ Er hat die unmittelbare Gefährdung Amerikas durch Deutschland um einiges übertrieben, wenn auch nicht die mögliche Gefährdung Amerikas von Europa her auf lange Sicht. Auf der anderen Seite hat er das Ausmass der Bindungen, das er moralisch und faktisch (wenn auch nicht völkerrechtlich) gegenüber England eingegangen war, vor seinem Volk verheimlicht. Allgemein war er bemüht, das humanistische Grundanliegen, auf dem seine innere Reformpolitik basierte, auf die Ziele seiner Aussenpolitik zu übertragen. Die Atlantik-Charta vom August 1941 ist das bekannteste Zeugnis dieses seines Bemühens. Der Erfolg gab ihm recht. Nach dem Überfall auf Pearl Harbor ist das amerikanische Volk innerlich geschlossen und überzeugt in den Zweiten Weltkrieg eingetreten; geschlossen hat es die Kriegspolitik Roosevelts getragen; selbst die Zweiparteienausserpolitik der Jahre nach 1945 bildete noch eine Fern Wirkung der geschickten innenpolitischen Strategie Roosevelts während der Zeit der amerikanischen Neutralität.²⁷

Damit ist bereits der letzte Punkt dieses Beitrages erreicht; die Frage nach Wirkungen der amerikanischen Aussenpolitik ausserhalb der USA.

Was die Zeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges anbelangt, so sollte man den Einfluss Amerikas auf die Weltpolitik ja nicht überschätzen. Schon Chamberlain hatte den Zusicherungen Roosevelts nicht vorbehaltlos Glauben geschenkt, und sein Entschluss, nach der Besetzung Prags durch die Wehrmacht dem «Führer» Einhalt zu gebieten, wäre wohl auch ohne Roosevelts Ermutigungen zustande gekommen.²⁸ Auf der anderen Seite haben Roosevelts Warnungen auch Stalin nicht veranlasst, auf seinen Nichtangriffspakt mit Hitler zu verzichten. Vor allem: Roosevelts Verurteilung von Hitlers Expansionsabsichten hat diesen selbst in keiner Weise davon abgehalten, Polen zu überfallen und damit den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln.

Erheblich grösseres Gewicht erhielten die USA in den kritischen Jahren 1940 und 1941, als zunächst England allein und dann England mit der UdSSR zusammen sich Hitlers erwehren mussten. Beide Länder haben sich verzweifelt um Hilfe durch Amerika bemüht. Stalin war anfangs sogar bereit, amerikanische Truppen an beliebigen Teilen der sowjetischen Front gegen die deutsche Wehrmacht einzusetzen.²⁹ Churchill seinerseits machte den Briten Mut weiterzukämpfen, «until in God's time, the New World, with all its power and might, steps forth to the rescue and the liberation of the Old [...]».³⁰ Auf der anderen Seite erhielt das amerikanische Aussenministerium auch mehrfach Warnungen, dass ohne amerikanische Rückendeckung sowohl in England als auch in der UdSSR die Kräfte die Oberhand gewinnen würden, die nach einem Sonderfrieden mit Hitler strebten.³¹

Es ist zweifellos Roosevelts grosses Verdienst gewesen, dass er England und der UdSSR in der für sie kritischsten Phase des Krieges glaubwürdig die Unterstützung der USA zusicherte, dass er diese Mächte, soweit dies bei formeller amerikanischer Neutralität möglich war, auch tatsächlich unterstützte, ohne dabei den Rückhalt im amerikanischen Volk in dessen überwältigender Mehrheit zu verlieren. Amerika hat damit zweifellos nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass England und die UdSSR zunächst allein gegen Hitler durchhielten.

Noch in einer anderen Hinsicht war Roosevelts Politik bis 1941 richtungsweisend für den ganzen weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges: Noch in der Zeit der amerikanischen Neutralität trat Roosevelt mehr und mehr als Sprecher aller Gegner Hitlerdeutschlands auf. Er meldete damit England gegenüber einen Führungsanspruch an, der auch in den strategischen Absprachen zwischen beiden Ländern einen Niederschlag fand. Die Präsenz Amerikas als Führungsmacht in Europa – damals gegen Hitlerdeutschland – kündigte sich an.

Führer der Anti-Hitlerkoalition wollte das Amerika Roosevelts nicht zuletzt auch in ideeller Sicht werden. Seinen Niederschlag fand dieses Streben in der Atlantik-Charta, der Leitlinie der anglo-amerikanischen Planungen für die Zukunft einer Welt nach Hitler, einer Leitlinie, die, wie heute

leicht vergessen wird, noch auf der Konferenz von Jalta beachtet wurde und die ihr letztes Echo in der Schlussakte der Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gefunden hat.³²

Roosevelt und seine Mitarbeiter waren entschlossen, der Welt nach dem Zusammenbruch der inhumanen Hitlerdiktatur in Zusammenarbeit mit der UdSSR das Bild der vom New Deal erneuerten und menschlicher gewordenen Vereinigten Staaten aufzuprägen. Es erschien ihm als schlimmste Gefahr, und es wurde für viele seiner Mitarbeiter dann auch die grösste Enttäuschung, dass sich schliesslich nur ein Teil einer in zwei Lager gespaltenen Welt an dem Vorbild dieses erneuerten Amerika orientieren konnte.³³

Anmerkungen

¹ Dazu vgl. William E. Leuchtenburg, Franklin D. Roosevelt and the New Deal, New York 1963; Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten seit 1917, München 1978, S. 136ff.; Detlef Junker, Franklin D. Roosevelt, Göttingen 1979, S. 60ff.

² Robert A. Divine, The Illusion of Neutrality, Chicago 1962, S. 55, 67, 110, 113; Arthur M. Schlesinger jun., The Age of Roosevelt, Boston 1960, Bd. 3, S. 595 ff.

³ Zitiert bei Klaus Schwabe, Die Regierung Roosevelt und die Expansionspolitik Hitlers, in: Karl Rohe (Hg.), Die Westmächte und das Dritte Reich, 1933-1939, Paderborn 1982, S. 111.

⁴ Detlef Junker, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Aussenpolitik der USA, 1933-1941, Stuttgart 1975, S. 61 ff.; Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939, Wiesbaden 1970, S. 60 ff.

⁵ Dazu jetzt: Wayne S. Cole, Roosevelt and the Isolationists, 1932-45, Lincoln/London 1983.

⁶ Robert Dallek, Franklin Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945, New York 1979, S. 108, 120, 136ff.

⁷ Schwabe, Die Regierung Roosevelt, S. 114.

⁸ William E. Kinsella, Leadership in Isolation, F.D.R. and the Origins of the Second World War, Cambridge, Mass. 1978, S. 34ff.

⁹ Dallek, Roosevelt and Foreign Policy, S. 185.

¹⁰ Ebd., S. 262ff. Dirk Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983, S. 370, macht nicht deutlich genug, dass Roosevelts Strategie gegenüber Hitler primär als Abschreckungsstrategie gedacht gewesen ist, die einen Krieg zwischen Hitlerdeutschland und den Westmächten gerade verhindern sollte. Es erscheint deshalb als irrig, wenn Bavendamm meint, Roosevelt habe mit Hilfe der öffentlichen Meinung des Westens den westeuropäischen Regierungen und Hitler einen Krieg «aufzwingen» wollen.

¹¹ Einzelnachweise bei Schwabe, Die Regierung Roosevelt, S. 106.

¹² Dallek, Roosevelt and Foreign Policy, S. 287.

¹³ Klaus Schwabe, Die entfernteren Staaten am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika – weltpolitische Verantwortung gegen nationale Isolation, in: Erhard Forndran u.a. (Hg.), Innen- und Aussenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung, Opladen 1977, S. 283ff.; Dallek, Roosevelt and Foreign Policy, S. 291; Cole, Roosevelt and the Isolationists, S. 446 ff.

¹⁴ Dallek, Roosevelt and Foreign Policy, S. 148 ff.

¹⁵ Schwabe, Die Regierung Roosevelt, S. 127f.

¹⁶ Dallek, Roosevelt and Foreign Policy, S. 285.

¹⁷ James R. Leutze, Bargaining for Supremacy. Anglo-American Naval Collaboration, 1937-1941, Chapel Hill 1977, S. 198ff.

¹⁸ Hans von Herwarth, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte, 1931-1945*, Frankfurt 1982, S. 159ff; Charles E. Bohlen, *Witness to History, 1929-1969*, New York 1963, S. 67ff., mit teilweisem Abdruck der Telegramme, in denen das State Department durch die US-Botschaft in Moskau über die deutsch-sowjetischen Sondierungen und Verhandlungen seit Mitte Mai 1939 unterrichtet wurde. Originale in: National Archives, Washington, Diplomatie Files, 761.62/469, /511, /516, /517, /526, /527, /530, /536, /538.

¹⁹ Donald B. Schewe (Hg.), *Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series 1937-1939*, Bd. 16, New York 1980, S. 16, 230f, wonach Roosevelt von der Existenz dieser für ihn höchst wertvollen Informationsquelle, ohne freilich den Namen des Informanten zu kennen, gewusst haben muss. Auch das State Department erkannte den Wert dieser Quelle an (Hull an U.S. Botschaft, Moskau, 25. 8. 1939, National Archives, Washington, Diplomatie Files 761.6211/131 A).

²⁰ Joseph Davies, *Mission to Moscow*, New York 1941, S. 207, zit. bei Thomas R. Maddux, *Watching Stalin Maneuver between Hitler and the West: American Diplomats and Soviet Diplomacy, 1934-1939*, in: *Diplomatic History* 1 (1977), S. 151. Die sensationelle Voraussage Roosevelts entstammt offensichtlich dem Tagebuch von Davies und ist deshalb in ihrer Authentizität nicht ganz gesichert. Nach einer Mitteilung des Unterstaatssekretärs Welles (an den U. S. Botschafter in Moskau, Steinhardt), erklärte Roosevelt dem sowjetischen Botschafter in Washington Umanski, «that if war were now to break out in Europe and in the Far East and were the axis powers to gain a victory, the position of both the United States and of the Soviet Union would inevitably be immediately and materially affected thereby. In such event, the position of the Soviet Union would be affected more rapidly than the position of the United States. For these reasons [...] the President could not help but feel that if a satisfactory agreement against aggression on the part of other European powers were reached, it would prove to have a decidedly stabilizing effect in the interest of world peace.» (Zitiert nach *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1939*, Bd. I: General, S. 293f). Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der entscheidenden Unterredung zwischen dem sowjetischen Außenminister Molotow und dem deutschen Botschafter Schulenburg vom 3. 8. 1939 und der Warnung Roosevelts vom 6. 8. 1939 kann nicht bestehen, da der Bericht über das Gespräch Molotow-Schulenburg in Washington erst am 7. August einging (Grummon an Hull, 6. 8. 1939, National Archives, Diplomatie Files 761.62/536).

²¹ Es lässt sich nicht nachweisen, dass Roosevelt selbst vom Inhalt des berühmten geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939, das die Teilung Polens und Osteuropas zwischen Deutschland und der UdSSR vorsah, Kenntnis erhalten hat. Das Telegramm, das darüber berichtet, ist offenbar nicht an Roosevelt weitergeleitet worden (Steinhardt an Hull, 24. 8. 1939, in: *Foreign Relations 1939*, Bd. I, S. 342; Schreiben Roosevelt Library an den Verf, 30. 11. 1984). Ein Telegramm, das Roosevelt zugeleitet wurde und von einer Garantie des status quo für die baltischen Staaten sprach, musste diesen sogar irreführen (Steinhardt an Hull, 23. 8. 1939, National Archives Diplomatie Files, 761.6211/70, und Schewe, Roosevelt, Bd. 16, S. 272).

²² Cole, *Roosevelt and the Isolationists*, S. 433.

²³ Dazu jetzt von deutscher Seite: Peter Herde, *Pearl Harbor, 7. Dezember 1941. Der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und die Ausweitung des europäischen Krieges zum Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 1980; ferner: Dallek, *Roosevelt and Foreign Policy*, S. 304ff.

²⁴ Cole, *Roosevelt and the Isolationists*, S. 297.

²⁵ Dazu jüngst: Hans L. Trefousse, *Pearl Harbor: The Continuing Controversy*, Malabar 1982.

²⁶ Dallek, *Roosevelt and Foreign Policy*, S. 289.

²⁷ Ebd., S. 529 ff.

²⁸ Schwabe, *Die Regierung Roosevelt*, S. 127.

²⁹ Mark A. Stoler, *The Politics of the Second Front. American Military Planning and Diplomacy in Coalition Warfare, 1941-1943*, Westport 1977, S. 17.

³⁰ Cole, *Roosevelt and the Isolationists*, S. 363.

³¹ Vojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980, S. 105; Dallek, *Roosevelt and Foreign Policy*, S. 287 f.

³² Zwischen der Konferenz von Jalta, die eine Erklärung über das befreite Europa verabschiedete und darin die Sicherstellung politischer Freiheiten in ganz Europa forderte, und den Vereinbarungen von Helsinki besteht ein direkter Zusammenhang. Vgl. Manfred Görtemaker, *Die unheilige Allianz, Die Geschichte der Entspannungspolitik, 1943-1979*, München 1979, S. 158f.

³³ Dallek, *Roosevelt and Foreign Policy*, S. 503 f.

Geschichtszusammenhänge im Ostasien der dreissiger Jahre

In einem Zeitalter der Gedenktage und Jubiläen, von denen das aktuelle Jahr 1985 in besonderer Weise zur Erinnerung ruft, ist der ostasiatische Anteil anscheinend gleichgewichtig neben den europäischen zu stellen. Zwar bleibt in der westlichen Hemisphäre das Augenmerk auf den europäischen Zweiten Weltkrieg mit seinen Vor- und Nachwirkungen gerichtet, aber der Wiederaufstieg Japans und die Gründung der Volksrepublik China sind unübersehbare Vorgänge, die das Geschehen der dreissiger Jahre in Ostasien deutlich hervorheben.

Die ostasiatischen Zusammenhänge seit den dreissiger Jahren lassen sich in sechs Abschnitte gliedern: I. Einführendes in die Thematik; II. Das Schlüsseldatum des 18. September 1931 (auf Chinesisch *jiu yiba*, d.h. Neun achtzehn, der 18. September 1931); III. Die Gegendaten mit Schlüsselcharakter vom 12. bis zum 25. Dezember 1936; IV. Die Krise der dreissiger Jahre in Ostasien in militärischer, ökonomischer und aussenpolitischer Sicht; V. Das Thema «Japan»; VI. Das Thema «China».

I

Die Krise der dreissiger Jahre wird als eine globale verstanden. Das liegt nahe und hat auch seine spezifische Bedeutung, wenngleich sie keineswegs geschichtlich homogen ist oder sein kann. Vergleichbares scheint sich anzudeuten in den bewaffneten Auseinandersetzungen wie in Europa mit Spanien, in Afrika mit Abessinien und in Asien mit der Mandschurei – die Daten spielen zwischen 1931 und 1936 und reichen darüber hinaus, oder auch in den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von den USA über den europäischen Kontinent bis in die ostasiatische Sphäre hinein.¹ Das Vergleichbare ist dann oft nur ein scheinbares, und nur im Gesamtumriss einer Weltkrise kann man den einzelnen Krisen vergleichend und kontrastierend auf die Spur zu kommen suchen.

Es gibt kaum ein präziseres Datum für den Beginn der Krise in Ostasien als den «September 18», das Datum, an dem die japanische Kantö-Armee

(östlich der Grenzfestung zwischen Berg und Meer, chin. Shanhaiguan, d.h. vom Festungstor nach dem Osten) vielleicht das besttrainierte und-ausgerüstete Landheer, das es zu jener Zeit in Ostasien gab, das ganze riesige Territorium der Mandschurei wie im Handstreich für das japanische Kaiserreich eroberte – eine erste Version des «Blitzkrieges» bzw. «-sieges» in neuester Zeit.² Die so plötzlich in Erscheinung tretende Aktion hatte lange Vorbereitungen, die mindestens in den Sieg gegen Russland i. J. 1905 zurückreichen, mehr noch, in die Zeit des Sieges gegen das spät-Qing-zeitliche China i. J. 1895 samt den Einsprüchen der drei Mächte Russland, Frankreich und Deutschland; es waren dies lange Vorbereitungen politisch-ideologischer, ökonomischer und bevölkerungspolitischer Art. Die Inkorporation der Mandschurei in das angewachsene japanische Kaiserreich hatte zwar einen unmittelbar kolonialistischen Zug, aber es stand dahinter die allgemeine Parole «Asien den Asiaten»,³ worunter zuletzt zu verstehen war die Vertreibung aller britischen, französischen, amerikanischen, holländischen und sowjetrussischen Interessen; deutsche und italienische gehörten schliesslich im Dreierpakt (1940) zusammen, hatten aber kaum grosses Gewicht.

Hinter dieser «Asien den Asiaten»-Parole verbirgt sich eine tiefer gehende Geschichtsthese, die davon ausging, dass im Gesamttraum Ostasiens immer eine Teilregion als eine Art «Leitkultur» den anderen vorangegangen sei, wie z.B. : die Chinesen in den Epochen Han bis Tang, die Kitan (das sind die Ost-Mongolen mit ihrer eigenen Dynastiebezeichnung Liao nach chinesischem Muster), die Dschürdschen (Vorfahren der späteren Mandschu mit ihrem Dynastienamen Djin), dann die Mongolen im eigentlichen Sinn bis 1368; in der Ming-Epoche dürfte wieder das chinesische Reich «kulturleitend» gewesen sein, um diese Funktion weiterzugeben an die Mandschu, die dem chinesischen Reich eine neue Schwerpunktbildung schufen.⁴

Nunmehr aber, im 20. Jahrhundert, habe endlich Japan die Funktion der Leitkultur übernommen. Diese Konzeption entstammt der Kyotoer historischen Schule,⁵ die ihrerseits sinologisch orientiert war, als Erbin jener spätmittelalterlichen Zen-Schulen, die damals den geistigen und geistlichen Kontakt mit China aufrecht erhielten.⁶ Als moderne «Leitkultur» mochte sich Japan umso eher und selbstgewisser empfinden, als es neben der eigenen die chinesische Kultur und seit der Meiji-Epoche (1868-1912) auch die westlich-moderne einzubeziehen vermochte. Man konnte in den fünfziger Jahren, als Japan sich von der Kriegskatastrophe einigermassen zu erholen begann, noch oder wieder zu hören bekommen, dass im Grunde genommen Japan als die Leitkultur der ganzen Welt anzusehen sei.⁷

Es ist für unsere Einschätzung der Rolle Japans in vor-moderner und moderner Zeit von Wichtigkeit, die davor liegende chinesische Position zu kennzeichnen. Das chinesische Mandschu-Qing-Kaiserreich (1644-1912) war das mächtigste und am besten verwaltete Reich, das die chinesische Geschichte und damit die Geschichte Asiens kennt. Durch die zahlreichen Berührungen und Verbindungen der Mandschu-Banner mit allen übrigen

zentralasiatischen Stämmen und Völkern, den Mongolen, den Dsungaren, Uighuren u.a., und dann über den Kunlun hinweg das ganze tibetische Hochland einbegreifend, hat das chinesische Mandschu-Qing-Kaiserreich die gesamte östliche Hälfte Asiens kontrolliert.⁸ Ich erwähne nur nebenher das von China aus gesehen im äussersten Westen gelegene Ili-Gebiet sowie die ostsibirischen Territorien, die den Mandschu tributpflichtig geworden waren – auch sie gehörten schliesslich dazu. So war die westliche Hälfte Asiens besetzt von verschiedenen Khanaten turkestanischer und mongolischer Zugehörigkeit, ehe seit 1581 die russische Expansion nach Sibirien einsetzte. Schon unter den Tokugawa-Shogunen war den Japanern die Machtstellung des Mandschu-Qing-Kaiserreiches sehr wohl bekannt.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde es den Japanern jedoch offenbar, dass China sozusagen «dahinkriselte». Das neue Japan unter dem Meiji-Kaiser wartete gleichsam auf seine Stunde: nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1894/95 und dem russisch-japanischen Krieg 1904/05, beide siegreich, konnte Japan Formosa und die Liaodong-Halbinsel okkupieren, seit 1910 auch Korea, und nach und nach das mandchurische Gebiet unter seinen Einfluss nehmen. Die Ryukyu-Inseln waren schon in der Shogunatszeit unter japanische Kontrolle gelangt. Der mit dem Datum des 18. September 1931 gekennzeichnete Ausbruch der Krise der dreissiger Jahre ist vorab ein ostasiatischer Vorgang, der die europäisch-amerikanische Welt mit hineinzog.¹¹

II

Es geht in Japan die Rede von einer demokratischen Taishō-Periode (1912-1926), die bis 1931 hinein reicht, und von einer autoritär-militaristisch-chauvinistischen früheren Shōwa-Periode, mit der vorrangig die dreissiger Jahre gemeint sind, die mit dem Jahr 1941 endet und noch bis zum Kriegsende 1945 reicht.⁹ Mit dem Jahr 1931 als Scheidelinie muss auch deutlich werden, was sie jeweils voneinander trennt. Die demokratische oder liberale Periode ist gekennzeichnet von bürgerlichem Elementen wie Bürokraten, Offizieren, Ärzten, Kaufleuten, Intellektuellen und anderen freien Berufen, die es vor dem Ersten Weltkrieg (dem «europäischen» Krieg, wie man ihn damals genannt hat) in dieser Zahl noch nicht gegeben hatte; unter dem überwältigenden Eindruck des Zusammenbruchs der drei Monarchien Deutschland, Österreich-Ungarn und des Zarenreiches, war es diesen Elementen deutlich geworden, dass man sich nach den demokratischen Siegermächten zu orientieren habe. Die damit gegebene Liberalität befruchtete eine neue, gleichwohl japanische Literatur, sie erlaubte auch einen politischen Liberalismus, der nicht zuletzt zur Bildung von sozialistischen bzw. kommunistischen Gruppierungen beitrug.

Die Auswirkungen waren zwiespältiger Art. Es gab pogromartige Verfolgungen der Linken auf der einen Seite und neue parlamentarische Begeisterung auf der anderen Seite. Ein bedeutender Rechtswissenschaftler namens Minobe sah den Kaiser, der in seiner religiösen Aura sakrosankt schien, als reines Verfassungsorgan und nicht mehr als gottgesandte Gottheit.¹⁰ Es war dies die Zeit der «moga» (= modern girl) und «mabo» (= Marx boy). Diesem multiplen gesellschaftlichen Trubel stellte sich allmählich eine Reaktion entgegen. Sie entsprang verschiedenen Quellen. Einmal kam sie von einfacheren Gemütern wie den Bauern und Kleinbürgern, aus denen sich die Soldaten und ein gut Teil der niederen Offiziere rekrutierten.¹¹ Sodann kam die Reaktion aus einer Verachtung der Grossstadt als solcher mit deren Lebensstil; man sah diese massenhafte gesellschaftliche Erscheinung schlicht als «unjapanisch» an.¹² Und es kommt hinzu das Anwachsen eines neuen militärischen Prestiges – nicht mehr von den Samurai und deren Moralcode herrührend, sondern von kleinbürgerlichem Aufstiegsbewusstsein erfüllt, dem Europäer nicht ganz unbekannt.¹³ Schliesslich gehört hierher die zunehmende Bereitschaft zur Gewalttätigkeit, im eigenen Land und ausserhalb auf dem gegenüber liegenden Festland. Vielleicht kann man eine gewisse kulturelle Verungewisserung konstatieren, schwankend zwischen dem altväterlichen Meiji-Erbe und dem neuen Zustrom des Fremden, das man noch nicht verarbeitet hatte, und das doch verbunden war mit dessen Lebenserwartungen, die gerade auch das Militär erfüllten.¹⁴ Innerpolitische Neigung zum Putsch verband sich mit expansionistischer Aussenpolitik. Der 18. September 1931 ist für all dies ein Schlüsseldatum.

Der chinesische Anteil an diesem Vorgang ist politisch ein sehr viel komplizierterer, dafür aber gesellschaftlich entsprechend einfacher. Vier Parteien rangen um die bestimmende Rolle in China, wenn man die anglo-amerikanische und andere Nationen einbezieht, sind es im Ganzen fünf, nämlich 1) die Guomindang (Nationale Partei) mit der dazugehörigen Guomindang-Regierung, dem «Nanking-Regime», wie man es zeitgenössisch bezeichnete, 2) die Gongchandang (Kommunistische Partei) mit ihrem Apparat und den Sowjet- und Partisanengebieten, 3) die vielfältigen Bewegungen, die urban und modernistisch zur antijapanischen nationalen Einheitsfront tendierten,¹⁵ 4) die fremden Kaufleute, Missionare und das Konsularpersonal, gleichfalls in den grossen Städten des Landes, und endlich 5) die ausschlaggebende Partei in diesem vielfach verzahnten Spiel: die dominierende Macht auf dem Festland, das japanische Militär.

Das Ereignis vom 18. September 1931, das durch einen provozierten Bombenanschlag im Bahngelände bei Mukden (Shenyang) ausgelöst worden war, brachte die urbane Gesellschaft in China in zunehmende Erregung, vor allem auch, wenn man die drei Monate Stellungskrieg vom 28. Januar bis zum 5. Mai 1932 in einem Stadtteil Shanghais hinzufügt, als die chinesische 19. Armee sich sozusagen «heldenhaft» abschlachten liess; ein weithin

widerhallendes Signal für alle grossen und mittleren Städte bis in die Marktflecken.¹⁶ Dieses Ereignis unterbrach abrupt die dritte Umzingelungsschlacht gegen das Sowjetgebiet in der Provinz Jiangxi vom Juli bis September 1931. Die nationalen Streitkräfte unter Guomindang-Führung sahen sich genötigt umzugruppieren – deutsche Militärberater waren beteiligt.¹⁷

Chiang Kaishek liess die Eroberung der Mandschurei durch die japanischen Streitkräfte der Kantö-Armee gleichsam hingehen, um sich zum Entscheidungsschlag gegen die Kommunisten aufzuraffen.

Mehrere Ereignisstränge vollzogen sich unter den Anstössen des Jahres 1931 und liefen gleichzeitig nebeneinander her und aufeinander zu. Der sogenannte «Lange Marsch» der Kommunisten in den Jahren 1934/35 wurde von der internationalen öffentlichen Meinung so gut wie überhaupt nicht wahrgenommen. Im fernen Südwesten Chinas gelangte Mao Zedong zur Führung der Partei, die noch fernere Komintern erhielt viel später Nachricht davon. Nicht ohne interne Streitigkeiten einigte man sich schliesslich, zum Sammelpunkt in Nord-Shensi (eigentlich Schaanxi)¹⁸ zusammenzufinden. Im Sommer des Jahres 1936 waren wieder alle beieinander. 30'000 Kombattanten zählte damals die kommunistische Streitmacht.¹⁹

Währenddem wird am 1. März 1932 das Mandschu-Land als selbständiger Staat ausgerufen; für das Jahr 1934 wird der neue Kaiser mit der Regierungsdevise «Friede und Tugend» (Kangde) inthronisiert – es handelt sich um den letzten chinesischen Kaiser, seinerzeit dreijährig proklamiert und sechsjährig (1912), mit 28 Jahren wieder Kaiser von Mandschuguo und mit 41 endgültig ins Zivilleben zurückgekehrt, in Gefangenschaft gehalten und unter mildem Arrest in den Gärten des ehemaligen Kaiserpalastes beschäftigt, mit persönlichem Namen Puyi, dessen Memoiren überall in der Welt gelesen werden.²⁰

Die in der Mandschurei lebende chinesische Bevölkerung wurde in einer Art Selbstverwaltungsausschüssen zusammengefasst und als national unabhängig erklärt. Die neue Regierung sollte nach dem traditionellen «Weg der Könige» bestimmt werden – unter den drei Grundwerten der guten Sitte, des Wohlwollens und der Liebe. Die japanische Kontrolle wurde ausgeübt von einem Botschafter, der zugleich Gouverneur eines im Kantö gelegenen Pachtgebietes und Oberkommandierender der Kantöarmee war. Bis zum Jahr 1944 siedelten sich 220'000 japanische Kolonisten in der Mandschurei an, hinzu kamen rund eine Million Koreaner.²¹ Die kulturelle Gemeinsamkeit von Chinesen, Japanern und Koreanern erleichterte bis zu einem gewissen Grade die Verwaltung, die Kontrolle und die ökonomische Leitung des neuen Staates. Mandschus und Mongolen wurden als Minoritäten behandelt. Mit der Eroberung der Mandschurei war allerdings ein Faktor mitgegeben, der Probleme mit sich brachte, nämlich die chinesisch-koreanischen Partisanen in einer Reihe von Distrikten des Landes. Das Lied, das die freiwilligen Kämpfer im Jahre 1932 zu «ihrem» Lied erkoren hatten, ist die spätere chinesische Nationalhymne geworden: «Steht auf, die Ihr Sklaven

nicht sein wollt, mit eurem eigenen Fleisch und Blut baut euch eine neue Grosse Mauer auf . . .»²²

Währenddem versuchte Chiang Kaishek im Jahr 1934 eine neue Kulturbewegung zu initiieren, die gegen die wesentlich links tendierenden Studenten eintreten sollte, die ihrerseits unter dem 9. Dezember 1935 eine mächtige Protestwelle zu entfachen wussten.²³ Nebeneinander her und aufeinander zu, das gilt für eine ganze Reihe von Vorgängen in diesen «ostasiatischen Dreissigern»: die Völkerbundkommission kommt nach Ostasien und konstatiert die völkerrechtswidrige Okkupation der Mandschurei – Japan bekommt die angemessene Schelte, verlässt den Völkerbund, und erweitert seine Aktivitäten. Jehol wird annektiert;²⁴ es entsteht eine quasi-autonome Mongolenrepublik im Jahre 1934; es wird eine neutrale Zone nördlich von Peking vereinbart im Jahre 1935; und währenddem drängt alles, städtische Bourgeoisie und halb-autonome militärische Verbände, auf eine Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind. Am 31. Mai 1936 bildete sich die «Allchinesische Föderation der Nationalen Rettungsgemeinschaften» mit dem Aufruf: «Wir wollen sie fördern, vereinigen, stärken und zu einer mächtigen Kraft gegen den japanischen Imperialismus machen und bekämpfen.» Ferner hiess es in einem Telegramm jener Zeit: «Widerstand gegen Japan, Nationale Errettung, Einung der ganzen Nation, gegen jeden Bürgerkrieg und einmütige antijapanische Gegenwehr.»²⁵

Diese dreissiger Jahre, besonders die Jahre 1934 bis 1937, sind für Nationalchina im allgemeinen als gute Jahre ausgewiesen worden.²⁶ Zweifellos spielte die Erholung vom New Yorker «schwarzen Freitag» (1929) auch eine Rolle bei dem relativen Wirtschaftsaufschwung in den grossen Handelsplätzen in China und besonders in Shanghai, damals der siebtgrösste Hafen der Welt mit 47% des gesamtchinesischen Handels, 40% des Industriekapitals, 43% aller Industriearbeiter in China und mit der Hälfte der in China produzierten Industriegüter.²⁷ Trotz der zunehmenden Drift zur nationalen Einheit existierten nach wie vor nicht weniger als 16 sogenannte «Konzessionsgebiete» auf chinesischem Boden: Japan besass allein acht, Frankreich vier, Grossbritannien drei (Hongkong mit Umfeld nicht mitgerechnet), und es gab die internationale Konzession in Shanghai. Erst während des Zweiten Weltkriegs kam die Aufhebung der extraterritorialen Einheiten auf dem Boden Chinas zustande. Der Grössenordnung des Handelsumschlags nach führten die USA; es folgten Japan, Grossbritannien und Hitler-Deutschland. Die ökonomische Bedeutung Deutschlands gründete sich nicht zuletzt auf den schwunghaften Waffenhandel, der in Ostasien seit langer Zeit eine Basis hatte.²⁸

Dem Nankinger Regime gelang es ausserdem, den innerchinesischen Krieg aus dem Süden Chinas in die Aussenzonen abzudrängen. Chiang Kaishek konnte dieser Ausweichbewegung der Kommunisten folgen («Der Lange Marsch») und damit die mittel- und südwestchinesischen Provinzen unter seine Kontrolle bringen. Gleichzeitig regte sich überall in den grossen

Städten vor allem der Küstenzone der Drang zur nationalen Einheit. Mehrere Verbände und Vereinigungen suchten die Einheitsfront gegen Japan herzustellen in Fortführung solcher Bewegungen wie den Protest gegen die 21 Forderungen Japans im Januar 1915, gegen die Hergabe der Provinz Shandong im Jahre 1919 in Versailles, gegen das weitere Vordringen Japans auf chinesischem Boden überhaupt, gegen die Rücknahme der chinesischen Truppen während des sog. «Shanghai-Zwischenfalls»,²⁹ und nicht zuletzt war es ebenjene studentische Protestbewegung vom 5. Dezember 1935, der es gelang, die Einheitsfront beinahe zustande zu bringen.³⁰

III

Ich habe das Datum des 18. September 1931 als Schlüsseldatum für die ostasiatische Krise bzw. Krisen besprochen und zu interpretieren gesucht. Diesem ersten Schlüsseldatum folgte ein zweites Schlüsseldatum, nämlich die dreizehn Tage im Dezember des Jahres 1936, vom 12. bis zum 25.12., in der weltweiten Geschichtsschreibung Ostasiens als «Xi-an-Zwischenfall» bezeichnet, in China «der Zwischenfall des doppelten Zwölften» (= 12.12.) genannt. Es lässt sich die Ansicht vertreten, dass es diese fünf Jahre gewesen sind, vom September 1931 bis zum Dezember 1936, die den Kern der ostasiatischen Krise zeitlich ausmachen. Man kann ferner davon ausgehen, dass eine nicht unmittelbar vorhersehbare Situation, die auf engstem Raum und in relativ kurzer Zeit zustande kommt und an der eine nicht zu grosse Zahl von allerdings hoch kompetenten Persönlichkeiten teilhaben, deren Zusammentreffen mehrerlei Zufälligkeiten unterworfen war, dass eine solche Situation, die man etwas ungeschützt «schicksalsträchtig» nennen mag, zu grossen Entscheidungen führen kann. Und zwar muss es eine Situation sein, die nach mehreren Seiten ausgesprochen kritisch ist, hier nun: 1. den geschwächten Restverbänden der Kommunisten soll der coup de grace (der Gnadenstoss) verpasst werden; 2. in einer zunehmenden Bedrohlichkeit durch die japanischen Truppen auf chinesischem Boden drängt alles hin zur Einheitsfront, und 3. Chiang Kaishek steht sozusagen vor dem letzten Schritt, der ihn zur Einheit der chinesischen Republik führt.

Diese dreizehn Tage von Xi-an sind entschieden Krisentage; sie sind mehr, sie sind das, was man eine historische Krise nennen könnte. Drei Schicksale werden in diesen dreizehn Tagen gleichsam vorentschieden: 1. das Überleben der Kommunisten und damit die Chance zu neuer Stärke wie acht Jahre zuvor, als nach dem Zusammenbruch 1927 im folgenden Jahr 1928 eine neue Konsolidierung gelang; 2. die Einheitsfront in China begann wie ein Auslöser zu wirken für die längst auf die passende Gelegenheit wartende japanische Armeeführung, die die chinesische Nationalbewegung unterschätzte, die eigene Überlegenheit überschätzend in jenem «Raum»,

der dann als «Waffe» bezeichnet worden ist nach einer Begriffsbildung, welche die Schweizerin Lily Abegg zum erstenmal verwendet hat;³¹ damit wäre im Grunde der Zusammenbruch des japanischen Militarismus vorprogrammiert gewesen, aber das wagte damals wohl nur ein Mann wie Mao Zedong vorzudenken; und schliesslich wurde 3. das Schicksal Chiang Kaisheks vorentschieden: der Heros der Einheitsfront und des Versuches, die Nation zusammenzuhalten, wurde vielerorts skeptisch beurteilt.³² Soziale und ökonomische Massnahmen hätten neue Voraussetzungen schaffen sollen; aber dreizehn Jahre später (das wäre dann das Jahr 1949) sollte der Heros der chinesischen Nation in den Untergang hineingerissen werden. Sein aus schwarzem Marmor gefertigter Sarkophag steht in der einstigen Sommervilla am Mondsee in Taiwan und wartet auf die Grablegung in der Heimat-erde.³³

IV

Nach wie vor waren die Machtverhältnisse in China ausserordentlich kompliziert. Die Wiedervereinigungspolitik war zwar erfolgreich, aber ungefestigt. Chinesische Truppenkörper sind Loyalitätsgruppen, provinzzugehörig und entsprechend psychologisch abhängig. Die Führungsstrukturen sind nach alten Beziehungsformen angelegt: nach solchen der Familie, nach solchen des Lehrer-Schüler-Verhältnisses und nach alten Freundschaftsbänden, die oft reziprok von einer zur nächsten Generation Geltung bekommen. Die Zentraltruppen Chiang Kaisheks sind miteinander verbunden durch die sogenannte Wam-poa-Clique, hervorgehend aus der Kadettenloyalität ihrem Kommandeur gegenüber. So war es in den Jahren des grossen Bürgerkrieges 1946-1949 nicht möglich, unfähige Generale auszuwechseln, allein weil der Betreffende zur Clique gehörte. In dem regionalen militärischen Zusammenhang war es in offener Operation oft schwierig, Teile einer Kampfeinheit dorthin zu dirigieren, wo der Befehlshaber sie hin haben wollte, weil man an dem regionalen Zusammenhang der betreffenden Einheit im Ganzen festhielt. Eine Sphäre des Misstrauens zog sich folglich durch die verschiedenen Loyalitätsgruppen der chinesischen Militärmacht.³⁴

Xi-an 1936 ist dafür ein gutes Beispiel: Zhang Xüeliang, der «kleine Marschall», wie man ihn nach dem Vater Zhang Zuolin nannte, dem damaligen Diktator der Mandschurei, der «kleine Marschall» also, der den Zwischenfall ausgelöst und Chiang Kaishek in Haft gesetzt hatte, kam aus dem Nordosten, eben der Mandschurei, von den Japanern vertrieben, er und seine Nordost-Armee waren sozusagen im beziehungslosen Raum, intern zwar eng miteinander verbunden, insofern intakt, aber wie verloren, nachdem der Kommandierende mit Chiang Kaishek nach Nanking geflogen war.³⁵ Die Armee war förmlich kopflos, und die Konsequenz: die Verdrängung durch Zentraltruppen Chiangs. Das Nämliche geschah mit dem Kom-

plizen Yang Hucheng, dem Oberbefehlshaber der Nord west-Armee, in Xi-an sozusagen ortszuständig, der Chiang keinerlei Loyalität schuldig war und ihn gegebenenfalls getötet haben würde, wenn nicht der Nordost-Kommandeur, der von Chiang die Wiederherstellung seiner Macht erhoffte, ihn davor bewahrte.³⁶ Daher erhielt der Betroffene in diesem Fall nur einen «gentleman «-Hausarrest, während der Chef der Nordwest-Armee kurz vor dem Eintreffen der Volksbefreiungsarmee 1949 von «Blauhemden»³⁷ umgebracht wurde, jenen Angehörigen der SS-ähnlichen Sonderpolizei Chiang Kaisheks. Ein Moment der unabdingbaren Loyalität zum Chef spielt hier hinein, ohne ihn schien ein solcher Kampfverband nur halb kampffähig zu sein.

Die Krisenstruktur ist nicht nur militärisch erklärbar, sondern auch politisch und ökonomisch. Das Politische, vor allem Innenpolitische ist im grossen und ganzen schon angesprochen worden. Ökonomisch ist die permanente Agrarkrise das Grundmuster der chinesischen, jeder chinesischen Krise soweit wir denken können. Bevölkerungswachstum und Stagnieren der landwirtschaftlichen Produktion lassen die Schere immer weiter auseinander klaffen. Selbst der hoffnungsvolle Aufschwung der Industrie im ersten Jahrzehnt und in den frühen zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts ist eher ein aussenwirtschaftlicher Zuwachs und kein binnenwirtschaftlicher. Die Ironie der Geschichte ist, dass ein echtes Wachstum in der Mandschurei stattfand, mit chinesischen Arbeitern unter japanischer Führung. Wir stehen hier sozusagen vor zweierlei Volkswirtschaften, einem modernen Sektor, der vor allem dem urbanen Bereich zugutekam, und einem traditionellen Sektor, der allein dem Land diente; anders ausgedrückt: neben einem auf Wachstum eingestellten Teil ein stagnierendes oder sogar sich weiter abschwächendes Wirtschaftsniveau. Man möchte sagen, der klassische Angelpunkt von Krisen.

Nun muss aber die Krisensituation auch aussenpolitisch beleuchtet werden. In Xi-an waren es die Kommunisten, die in gewisser Weise den Ausschlag gaben. Die Nachricht von Xi-an am 12. 12. war so etwas wie eine «Weltnachricht»: Chiang Kaishek in Gefangenschaft. Sie betraf das Inland und das Ausland, vor allem die Sowjetunion. Diese fürchtete zunehmend die wachsende japanische Macht. Ihr war es daher vor allem anderen um eine Einheitsfront gegen Japan zu tun. Die Sowjetunion war zu jener Zeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch in einer Krise. Die Umstellung des Offizierskorps der Roten Armee konnte erst vollzogen werden, nachdem die Einheitsfront im Osten gesichert schien. Der Nichtangriffspakt mit China vom 21. 8. 1937, sechs Wochen nach Kriegsbeginn, sollte die Sicherheit der UdSSR zusätzlich gewährleisten. Die gewisse Ungeduld der Komintern gegenüber der chinesischen KP wird somit verständlich, auch der rüde Ton, in welchem die Komintern ihre chinesischen Genossen zur Herstellung der Einheitsfront trieb. Die anderen fremden Mächte spielten in diesem Zusammenhang keine grosse Rolle. Nur nach dem Ausbruch des

«unerklärten» Krieges im Sommer 1937, ein halbes Jahr nach dem Xi-an-Zwischenfall, konnte die deutsche Diplomatie, von Hitler gedrängt und von chinesischer Seite akzeptiert, einige Wochen lang als neutraler Partner vermitteln, um einen Waffenstillstand und dann weitere Verhandlungen zwischen China und Japan zu ermöglichen; aber es kam zu nichts.³⁸

Den drei Armeen in Nordwestchina, die Nordwest-, die Nordost- und Teile der Zentralarmee, standen 30'000 Angehörige der chinesischen Roten Armee gegenüber – über eine gewisse Distanz, von Xi-an entfernt. Etwa seit der grossen Protestbewegung Anfang Dezember 1936 breitete sich eine bürgerkriegsunlustige Stimmung aus, die schon mit Einheitsfronthoffnungen und -bemühungen erklärt werden kann. In diesem Jahr zwischen Dezember 1935 bis Dezember 1936 sind Kontakte zwischen der Nordwestarmee und den Kommunisten geknüpft worden. Ein Informationsaustausch kam in Gang. Als sich der Zwischenfall ereignete, waren regelmässige Botendienste und Nachrichtenübermittlungen schon gang und gäbe. So wird wiederum verständlich, wie es möglich war, in den entscheidenden Tagen zur Stelle zu sein, mit Zhou Enlai und Qin Bangxian (alias Bo Gu) als den Hauptunterhändlern.

Ein Problem, das die Geschichtsforschung eine Zeit lang beschäftigt hat, war der direkte Gedankenaustausch von Auge zu Auge. War er zustande gekommen oder nicht? Chiang und seine Frau Song Meiling, die das später veröffentlichte Tagebuch nach der Rückkehr in Nanking geschrieben haben müssen, leugnen die Begegnung mit Zhou Enlai rundheraus.³⁹ In seinem Tagebuch ist nur eine knappe Bemerkung über den Nordwest-Ausschuss enthalten,⁴⁰ dessen «Radikale» sieben Bedingungen zu Papier gebracht und T. V. Soong (Chiangs Schwager) ersucht hätten, das Papier dem Herrn Chiang zuzuleiten, jedoch ohne Erfolg. Es geht aber aus anderen Berichten einhellig hervor, dass Zhou Enlai mindestens am Weihnachtsabend durch Vermittlung von «Madame Chiang» (wie sie international genannt wurde) mit dem Oberbefehlshaber gesprochen hat. Er soll nach der Begrüssung Zhous zu ihm gesagt haben: «Wir sollten keinen Bürgerkrieg mehr führen.»⁴¹

Es ist in der Tat nicht sehr wahrscheinlich, dass es zu umfänglichen Gesprächen gekommen ist. Der ganze Zwischenfall hat ohnehin nichts Greifbareres hinterlassen als mündliche Äusserungen unverbindlicher Art, die möglicherweise in einem angemessenen Ton gemacht wurden.⁴² Soviel kann aber geschlossen werden, dass der wachsende Druck der städtischen Einheitsfrontbewegungen, die Ungewissheit japanfreundlicher Kräfte in der Guomindang selbst und die Unberechenbarkeit der japanischen Kantō- und Nordchina-Armee Chiang zu seinem Einlenken vermocht haben. Chiang Kaishek stand vor der grössten Stunde seines Lebens. Überall fand man damals Sun Yatsen-Portraits, überall hingen Spruchbänder des Inhalts «Geschlossen gegen den Feind!», «Rettet unser Vaterland!», und «All unsere Kräfte zusammengefasst!» u.a.m.⁴³

Die bittere Ironie all dieser Vorgänge ist jedoch, dass die japanischen Truppen seit dem «doppelten Siebenten» (7. Juli 1937) – inoffizieller Beginn des japanischen Chinakrieges – durch Nordchina und im Jahre 1938 durch Mittelchina hindurch marschierten, als wären da überhaupt keine ernstzunehmenden Gegner. Gewiss, der deutsche General von Falkenhausen⁴⁴ hatte wesentlich dazu beitragen können, beim Eisenbahnknotenpunkt Xüzhou einem japanischen Armeekorps eine vernichtende Niederlage beizubringen. Ähnliches vollzog sich im Nordwesten durch die kommunistische Achte Marsch-(Routen)-Armee; eine Nachhutdivision der nordwestlichen japanischen Invasionskräfte wurde von den Kommunisten vollständig aufgegeben – der Name Lin Biaos wurde in diesem Zusammenhang genannt.⁴⁵ Von diesen beiden ‚Trostpflastern‘ abgesehen, rollten die japanischen Streitkräfte ganz Nordchina auf und im Jahr 1938 das ganze Land Yangzi aufwärts. Die chinesischen Armeen waren gewissermassen keine Gegner mehr. Chiang Kaishek fand sich im innerchinesischen Chongqing (Tschungtjing) wieder, von wo aus er das weitere Weltkriegsgeschehen verfolgen konnte. Die grösste Stunde, von der gesprochen worden ist, war zugleich der Anfang seiner niedrigsten. In der Sprache der Diplomatie war dieses Kriegsgeschehen immer noch ein «Zwischenfall», ein eben «unerklärter» Krieg.⁴⁶

V

Das herausragende Thema unter den Ereignissen und Entwicklungen jener dreissiger Jahre, denen die frühen Vierziger anzuhängen sind, ist ohne jeden Zweifel das Thema «Japan». Die grösste Erfolgsgeschichte in der modernen Welt hat man Japans Aufstieg seit 1868 genannt,⁴⁷ die grösste Erfolgsgeschichte und die dramatischste Katastrophe, die eine moderne Nation je hat hinnehmen müssen – Deutschland lässt sich dem allerdings an die Seite stellen. Die Affinität des japanischen Schicksals zur deutschen Geschichte und umgekehrt ist allerdings auffallend. Natürlich ist das von der politischen Zusammenarbeit im Antikomintern-Pakt (25.11.1936) und im nachherigen Dreierpakt Deutschland-Italien-Japan hervorgerufen worden. Man hat aber noch tiefer greifende Affinitäten zu erkennen geglaubt, etwa in der Richtung einer Ähnlichkeit von bushidō (Weg des Kriegers) und dem Geist des preussischen Soldatentums, von kokutai (Wesen der Nation) und «Deutschland-Deutschland» – wie es in der ersten Strophe jenes Liedes heisst. Nihon-shugi, d. i. «Nipponismus», ist dem, was man etwas verklemmt das «deutsche Wesen» genannt hat, vergleichbar – ebenso vielleicht das Tennō-sei («Tennō-System», womit die sakralen Zuordnungen einzubeziehen sind) mit dem «deutschen Kaiser».

Eine weitere Affinität könnte in der Rolle gesehen werden, die Ministerpräsident und General Tōjō in der Zeit vom Oktober 1941 bis zum Juli 1944

gespielt hat mit dem sogenannten «Führerprinzip».⁴⁸ Tatsächlich hat Tōjō, halb gewollt und wenig gekonnt, gewisse Erscheinungsformen des Nationalsozialismus nachzuahmen gesucht, etwa durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts, durch die Abschaffung der kommunalen Freiheiten, durch Verstärkung der politischen Polizei und durch eine Konzentration auf politische Kriegspropaganda – wir befinden uns hier in den dunkelsten Phasen des Zweiten Weltkrieges. So verglichen, auch schon verfehlt: Es hat in Japan nie eine SA gegeben, die politische Polizei ist mit der SS in ihren vielfältigen Verästelungen nicht zu vergleichen – die «Blauhemden»⁴⁹ Chiang Kaisheks passen hier schon eher hin –, wie auch eine grosse Massenpartei in Japan nie zustande gekommen ist. Die zwei Putschversuche in den Jahren 1932 und 1936 sind Aktionen kleiner radikalierter Offiziersbünde gewesen: kaum begonnen, schon beendet. Es hat nie etwas gegeben, das als «Marsch auf Tokyo» bzw. als «Machtergreifung» hätte in die Geschichtsschreibung gelangen können.

Die japanischen Politiker jener Zeit haben eine vergleichbare Politik mit derjenigen Hitlers nie ernstlich ins Auge gefasst – mit Ausnahme jener Kriegerscheinungen, von denen schon die Rede war. Und doch – da sind Züge im geistigen Profil der japanischen Nation, die bedenklich erscheinen. Murayama Masao, einer der klügsten Zeitkritiker seines Landes, hat einmal diese Züge zusammengestellt (Thought and Behavior in Modern Japanese Politics, London 1963 – Ivan Morris ed.). Er nennt die gleiche Zurückweisung des Geistes des individualistischen Liberalismus, die gleiche Opposition gegen ein parlamentarisches System, den gleichen Nachdruck auf machtpolitische Machtausweitung, die gleiche Neigung zu Aufrüstung und Kriegsrisiko, die Verherrlichung der eigenen Rasse und des Nationalgeistes, von dem schon die Rede gewesen ist. Und dazu gehören auch die Zurückweisung des Klassenkampfes und des Marxismus, wobei auch wieder die Koppelung der Ablehnung von Marx und Grosskapital von Interesse ist.

Auch Kontraste haben sich herausgestellt. Japans neuere und neueste Geschichte ist stets viel homogener abgelaufen als die Geschichte Deutschlands. Die radikalen Züge der dreissiger Jahre in Japan sind sozusagen nichts Neues. Sie lassen sich unschwer in die autoritären Züge des Meiji-Systems integrieren. Tōjō ist nie ein Hitler gewesen, seine Verurteilung und spätere Hinrichtung hat keineswegs jenes Aufsehen erregt, das man dem Fall Hitler zuerkannt hat. Die japanische Nation hat sich dem liberalen Kurs der zwanziger Jahre ebenso angepasst wie dem Militarismus der dreissiger Jahre. Sie hat den Krieg ebenso erduldet wie die Jahre der Okkupation; und vor uns steht eine wirtschaftliche Weltmacht, deren erneute Erfolgsgeschichte uns hier und jetzt betrifft und beeinflusst.

Japan demonstriert uns das Phänomen einer homogenen modernen und traditionellen Kultur: Die modernste Technik der Mikroelektronik samt einer Führungsstruktur, die so, wie sie ist, unnachahmbar ist, vielleicht auch, weil sie traditionelle Züge enthält, lässt sich sanft und unproblematisch

mit der äusserst bescheidenen Tatami-(Strohmatte)-Wohnung, dem Kimono am Abend, der familiären Zusammengehörigkeit übereinbringen. Man geht hin nach Asakusa und schiebt sich langsam ins Tempelgelände vor, um Weihrauch, Spiel der Kinder, buddhistische Zeremonien zu geniessen. Was immer es sei, ein Nipponismus ohne Anführungsstriche lebt wie selbstverständlich fort. Rang- und Loyalitätsvorstellungen sind nach wie vor bestimmend, wo immer es sei, in der Universität oder im Grosskonzern.

Ein letztes Wort zum Anteil Japans an den dreissiger Krisenjahren und deren Folgen. Bei einem festlichen Essen in einem Kyotoer chinesischen Restaurant kam es zum Gespräch mit einem japanischen Historikerkollegen über deutsch-chinesische Beziehungen. Es gibt deutsche Einflüsse. Sie lassen sich mit dem Buchstaben «M» kennzeichnen: Medizin, Musik und Militär. Der Kollege machte darauf aufmerksam, dass es noch ein viertes «M» gäbe, nämlich Marx. In der Tat, Marx und der Marxismus haben in der modernen japanischen Intelligenz einen gewissen Einfluss, aber sie sind international zu verstehen. Die sozialistische Partei in Japan hat niemals auch nur annäherungsweise an die konservativen Liberaldemokraten herankommen können, ebensowenig wie im stark industrialisierten Japan die Kommunisten eine bedeutende Rolle hätten spielen können. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg war die japanische Linke in der Lage, mitsamt dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund – eine blosses Summierung unzähliger Branchen- und Betriebsgewerkschaften – und vor allem auch mit der linken Lehrgewerkschaft eine gewisse Bedeutung zu erlangen. Bei den internen Auseinandersetzungen um die Hinneigung zur Sowjetunion oder zu der Volksrepublik China blieb es zuletzt bei einem japanischen Status-quo, d.h. die KP Japans legt Wert darauf, eine entschieden japanische Partei zu sein und zu bleiben.

VI

Mit dem Marxismus in China wurden der Marxismus-Leninismus und darüber hinaus die Maozedong-Ideen zum ideologischen Fundament für die chinesische Volksrepublik. Die Benennung dieser drei Ideenkomplexe ist seit Jahren eine praktisch inhaltslose Formel geworden – und nach dem Umschwung in den Jahren 1977/78 schien das auch faktisch so zu sein. Aber man soll sich nicht täuschen. Zu häufig wird man darauf hingewiesen, dass man an der theoretischen Begründung eines sich als sozialistisch verstandenen China festhalten muss. Man möchte aus den jüngsten Andeutungen wieder neue Liberalitäten erkennen wollen; dennoch wird die sogenannte «geistige Beschmutzung» zu einer eigenen Kampagne hochstilisiert. Liberale und kritische Gedanken gehören dazu, ein Rückzug ins Innerliche wird darunter verstanden, Lyrik, Kalligraphie u.a. Im volksrepublikanischen

China werden innenpolitisch die Zügel wieder angezogen, wenngleich abschwächende Anmerkungen zum neu zu interpretierenden Marxismus publik wurden.

Mit diesen Vorbemerkungen möchte ich an den Krisen der dreissiger Jahre in Ostasien den chinesischen Anteil noch einmal ins Licht rücken. Die chinesische Krise ist eine ganz eigener Art, die nicht so ohne Weiteres in die globale Krise einbezogen werden kann. Dazu war China zu gross, die Bevölkerung zu zahlreich und die bäuerliche Bevölkerung insbesondere von dem, was sich in der übrigen Welt begab, zu weit entfernt. Was China wirklich betraf, war die china-weite Agrarkrise. Die Bauern in den achtzehn Provinzen⁵⁰ hatten keine Vorstellungen von den Begebnissen in Städten und Märkten, von Einheitsfrontbewegungen und Zwischenfällen. Woher auch sollte es sie tangieren können, wenn die Existenz am Rande des Hungers, die Unterdrückung durch Grundherren und Dorfbosse, die ständigen Aus- und Abmärsche der häufig provinzfremden Soldaten, die von gewöhnlichen Räufern kaum zu unterscheiden waren, wenn all dies und eine Flutkatastrophe wie das Übertreten des Yangzi im Jahre 1932 das Elend verschärften, woher sollte die bäuerliche Bevölkerung ein Krisenbewusstsein entwickeln, da sie sozusagen in einer permanenten Krise lebte, ohne das recht zu wissen!

Die Politik der Guomindang unter der Führerschaft des Marschalls und Parteivorsitzenden Chiang Kaishek war eigentlich eingeschworen auf eine Landreformpolitik, wie sie Sun Yatsen seit Jahren gefordert, angemahnt und einzuklagen versucht hatte. Er meinte seinen dritten Punkt unter den drei Volksprinzipien Nationalismus, Demokratie, Volkswohl, den Punkt der Wohlfahrt des Volkes. Er hatte seinen Ausspruch: «Dem Pflüger je sein Land!» nicht in die Luft gesprochen. Aber seine Mitarbeiter waren viel zu sehr in die Interessen der Grundherren, der ländlichen gentry, wie wir sie zu nennen pflegen, und der Macht auf dem Land und in den Marktgemeinden verweben, als dass sie einen Schritt in diese Richtung auch nur ernsthaft erwogen hätten.

Noch mehr: Chiang Kaisheks Offiziere waren selber Grundherren, und ihr Oberbefehlshaber und Parteivorsitzender brauchte deren Macht zur Stützung seiner eigenen. Man kann folgern, dass die Einigung des chinesischen Reiches unter dem Druck seiner Zentraltruppen nur möglich war, weil die längst deteriorierten Herren auf dem Land ihrerseits von der militärischen Macht der Guomindang abgestützt werden mussten, um das immer brüchiger werdende Gefüge der Ordnung auf dem Land zusammenzuhalten. Nicht einmal von einer auch nur propagierten Landreform konnte die Rede sein.

Die Einzigen, die auf diesem Sektor tätig wurden, waren die Kommunisten, nachdem sie selber schmerzhaft hatten lernen müssen, die Städte zu verlassen und sich auf eine räumlich und zeitlich kaum ermessbare revolutionäre Aktion einzustellen. Von im Ganzen *drei* revolutionären Bürgerkriegen spricht die chinesische Geschichtsschreibung: das sind die Jahre 1924-27, die

Jahre 1928-37 und die Jahre 1945-49, und zwischen dem zweiten und dritten Bürgerkrieg liegt der antijapanische Widerstandskrieg 1937 bis 1945. Wie man eine teils rigorosere, teils gemässigte Landordnung zustande bringen konnte, war Gegenstand eines unablässigen Disputes in den kommunistischen Führungsgremien.⁵¹ Man begann gemässigt, als man mit der Guomindang koalierte. Man wurde entschieden radikaler in der ersten Phase der Landrevolution in Südchina.⁵² Man sah sich dann doch gezwungen, gemässiger vorzugehen, d.h. den reichen Bauern – darum ging es eigentlich immer wieder –, Raum für Besitz und Eigenanteile zu belassen. Und man wurde schliesslich während des antijapanischen Widerstandskrieges geradezu bürgerlich: ein Dreidrittel-System⁵³ wurde erfunden, demzufolge je ein Drittel Kommunisten, Guomindang-Leute und Parteilose die lokale Verwaltung durchführten. Zuletzt, als die Höfe der Grundherren nach dem Ende des Widerstandskrieges zu brennen begannen, kam es zu einer Radikalisierung, die es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Das hing damit zusammen, dass aus den Städten in die Landgüter zurückkehrende Grundherren ihren Besitz zurückforderten. Die Partei brauchte damals viel Überzeugungskraft, um die Revolution auf dem Land in Grenzen zu halten.⁵⁴ Man weiss, dass hernach binnen neun Jahren, von 1949 bis 1958, schrittweise vom Eigenbesitz des einzelnen Bauern (reich, mittel, höher arm, niedriger arm) bis zur vollständigen Kollektivierung die Agrarrevolution durchgeführt worden ist.

Der amerikanische Politologe Chalmers Johnson hat auf der Grundlage japanischer Armee-Akten das Bild der Mobilisierung der chinesischen Bauernschaft nachzeichnen können.⁵⁵ Eben die an der Krume entlang dahinvegetierenden Bauern, unterschiedlich je nach Bodenqualität und Wasservorräten, fanden sich unvorbereitet und plötzlich vor den japanischen Infanterie-, Kavallerie- und Artilleriesverbänden, vor denen sie davonzurückliefen, wie sie es auch zu Warlords-Zeiten immer getan hatten; aber die fremden Eindringlinge liessen nicht mehr nach, sie kamen wieder, sie griffen sich die arbeitstüchtigen Männer und Frauen heraus und liessen sie die Lasten der Truppen tragen. So kam es, dass die fremde Soldateska, die man rasch hassen lernte, die Mobilisierung nunmehr auch der Bauern begünstigte.

Diese Mobilisierung beschränkte sich auf jene Territorien, in denen die japanische Soldateska aktiv war, auf die Orte und jene Städte, die zu den Zentren des Landes gehörten, vor allem entlang den wichtigsten Verbindungslinien, der Eisenbahn, wohl auch der Strassen und auf alle Gebiete, wo «Front» war. In den übrigen Gebieten Chinas blieben die Verhältnisse, wie sie im Grossen und Ganzen gewesen waren. Kommunistische Freischärler tauchten überall auf und brachten es zustande, grössere Teile Nordchinas unter ihrer Kontrolle zu halten. Das brachte eine neue Qualität in die ländlichen Verhältnisse Chinas, zumal im Norden.

Der Abschluss der Krise ist der Eintritt in den Krieg. Japan hat ihn imperialistisch eingeleitet. Man kann das freilich auch anders sehen: Krise sei

das Gesamtgeschehen von 1931 bis 1945 und letztlich auch die vier anschließenden Jahre bis zur Ausrufung der Volksrepublik am 1.10.1949. Das Ende der Krise wäre somit der Beginn des Neuaufbaus, post bellum in Japan wie in China, aber auch in Korea seit der Festlegung der Demarkationslinie quer durch die Halbinsel. Und wenn wir den Krisenbegriff weit genug fassen, dann könnten wir sagen, man habe in Ostasien in einer Dauerkrise gelebt, Krise auch im Sinn des Impulsgebers, und Japan habe daraus seine erste (Meiji), seine zweite (Taishō) und seine dritte Erfolgsgeschichte der späteren Shōwa-Periode gehabt, die gegenwärtig vor unseren Augen steht.

China hat es schwerer gehabt. Im ganzen Jahrhundert stand China in seiner Krise. Sie setzte sich aus einer Kette von Krisen zusammen: 1900 bis 1913, wie Mary Wright es sah,⁵⁶ die «erste Phase Chinas in der Revolution»; dann 1916 bis 1927, d.h. vom Ende monarchischer Aspiration bis zum Nordfeldzug (bei-fa), der das China der Guomindang einläutete; und in der Folge die Jahre 1931 bis 1945, die Krisenzeit des japanischen Übergriffs auf das Festland, mithin die Zeit, der dieser Beitrag gewidmet ist; schliesslich der Weg zur Volksrepublik 1945-49, zum Achten Parteitag 1956, zum Beginn der Kulturrevolution 1966 und mit Maos Tod 1976 bis zu deren Ende und dann das Neue: Aufbruch zu Wissenschaft und Technologie seit 1978.

Krisen bergen Momente der Veränderung, hier offenbar auch Modernisierungsfermente, in deren Mitte auch Änderungen des Bewusstseins, die Mao schon zu fördern trachtete; aber der Mensch will materielle Fortschritte, Handgreifliches, die «Wahrheit in den Tatsachen suchen», wie schon die Qīng-Gelehrten des 18. Jahrhunderts vorausschaueten. Für China sind die dreissiger Jahre eine Krise unter vielen. Im Sinne der Vorbereitung auf den grossen Krieg 1937-1945 kann man von der Zäsur im Jahrhundert sprechen.

Anmerkungen

¹ John K. Fairbank/Edwin O. Reischauer/Albert M. Craig, *East Asia. The Modern Transformation*, Boston 1965, S. 58 ff, v. a. in Japan, jedoch kaum in China, ebd., S. 698 ff.

² Begriff im Japanischen nicht geläufig, Kunstwort erst im Zweiten Weltkrieg, dengekisensō, dengeki-shōri.

³ Vgl. ‚Pan-Asiatismus‘, jap. Zembu-Ajia-shugi; auch chin. Yaxia gei Yazhouren (Gebt Asien den Asiaten.).

⁴ Naitō Konan (1866-1934), in: *Oriens Extremus* 26 (1979), S. 27ff, vgl. Naitō Konan, *zenshū*, Bd. V, S. 330-349.

⁵ Der Begriff ist nicht fixiert, doch häufig verwendet: Geschichtsabteilung der Universität Kyoto; vgl. Naitō Konan, *zenshū* und die ihm gewidmete Festschrift *Shinagaku-ronsō*, 1926.

⁶ Tilemann Grimm, *Bemerkungen zum Studium der Sinologie in Japan*, in: *NOAG* 83 (1958), S. 61 ff.

⁷ Vf. bezieht sich auf eine Äusserung japanischer Professoren in der Kyoto-Universität, wo amerikanischen Studenten diese These vorgehalten wurde (Sommer 1957), während eines halbjährigen Aufenthaltes, pers. Mitt.

- ⁸ Fairbank/Reischauer/Craig, *East Asia. The Modern Transformation*, S. 367; vgl. John K. Fairbank/Edwin O. Reischauer, *East Asia. The Great Tradition*, Boston 1958, S. 390f.»'
- ⁹ Fairbank/Reischauer/Craig, *East Asia. The Modern Transformation*, Kap. Imperial Japan. The years of party government: 1918-1931, S. 568 ff. u. The rise of militarism in the 1930's, S. 579ff.
- ¹⁰ Ebd., S. 533ff.; s. auch Bild 66, Minobe Tatsukichi, Professor der Rechte an der Kaiserlichen Universität Tokyo.
- ¹¹ Soziologisch ist die japanische Gesellschaft wenig prägnant. Gemeine und Samurai sind statusbezogen, Landleute und Schulabgänger in der Stadt kennzeichnen eine weithin homogene gesellschaftliche Situation. Vgl. Chie Nakane, *Japanese Society*, Harmondsworth 1973; Tatsuo Oguro, *Die rätselhafte Nation*, Stuttgart 1982; Chitoshi Yanaga, *Japanese people and politics*, New York 1956; Edwin O. Reischauer, *Japan, Past and Present*, New York 1964, Kap. Xu. XI, passim.
- ¹² Fairbank/Reischauer/Craig, *East Asia. The Modern Transformation*, S. 521ff., S. 525 ff.; «[. . .] the cities and their mode of life were castigated by rightist spokesmen as the antipode of what was truly Japanese», ebd., S. 523.
- ¹³ Ebd., S. 524.
- ¹⁴ Ebd., S. 591 f.
- ¹⁵ Vgl. Lyman Van Slyke, *Enemies and Friends. The United Front in Chinese Communist History*, Stanford 1967, v. a. ‚Toward the United Fronts‘, S. 48ff. u. ‚The Sian Incident and After‘, S. 75 ff.
- ¹⁶ Ebd., ‚The Development of United-Front Policy‘, S. 99-116.
- ¹⁷ Hsi-Huey Liang, *The Sino-German Connection*, Amsterdam 1978, Kap. VII: ‚The German Military Mission in China‘, S. 85 ff.
- ¹⁸ Offizielle Umschrift Shaanxi, sonst Shensi üblich.
- ¹⁹ Vgl. Dick Wilson, *Mao TseTungs Langer Marsch 1935. Der Ursprung der Volksrepublik China*, Wiesbaden 1974, S. 245f. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder betrug rund 40'000, die der Streitkräfte nicht mehr als 30'000 Mann.
- ²⁰ ‚Puyi, der letzte Kaiser von China‘, Peking, Verlag für Fremdsprachliche Literatur.
- ²¹ Autonome koreanischer Distrikt in der heutigen Provinz Jilin, Hauptort Yanbian mit eigener Universität.
- ²² Vgl. Heinrich August Winkler (Hg.), *Nationalismus in der Welt von heute*, Göttingen 1982, S. 138f.
- ²³ Vgl. John Israel, *Student Nationalism in China 1927-37*, Stanford 1966; *China Handbuch*, hrsg. von Wolfgang Franke, Düsseldorf 1974, Sp. 28f.
- ²⁴ Jehol, chin. Rehe, Ort der Sommerfrische für den Mandschu-Hof, gegenwärtig Teil der Provinz Hebei und Teil der Provinz Liaoning.
- ²⁵ Van Slyke, *Enemies*, S. 68f. u. S. 82.
- ²⁶ Jürgen Domes, *Vertagte Revolution*, Berlin 1969, Kap. XVI, S. 647ff.
- ²⁷ Vgl. *China Handbuch*, Sp. 1204-11; s. auch Rhoads Murphey, *Shanghai. Key to Modern China*, Cambridge/Mass. 1953.
- ²⁸ Liang, *Connection*, Kap. V: *The Commerce Department (German arms trade etc.)*.
- ²⁹ Vgl. *China Handbuch*, Stichwort ‚Shanghai-Zwischenfall‘, Sp. 1211-1214.
- ³⁰ Israel, *Student Nationalism*.
- ³¹ In dem Buch ‚Chinas Erneuerung‘, Frankfurt 1940- im Untertitel ‚Der Raum als Waffe‘.
- ³² So Dieter Heinzig, *Sowjetische Militärberater bei der Kuomintang 1923-1927*, Baden-Baden 1978; die deutsche Beraterschaft etwas positiver bei Liang, *Connection*; zu den amerikanischen Beratern s. Theodore White (Hg.), *The Stilwell Papers*, New York 1948, dort auch zu John Service.
- ³³ Besucher aus Europa und den USA können ihren Respekt bekunden, so auch der Vf.
- ³⁴ Walter Sommer, in: *Zeitschrift für Politik N.F.* 18 (1971), S. 269-304.
- ³⁵ *New Data on the Sian Incident*, in: Edgar Snow, *Random Notes on Red China (1936-1945)*, Cambridge/Mass. 1957.
- ³⁶ Yang Hucheng, Kommandeur der Nordwestarmee, selbständig und der Linken zuge-

neigt. Vgl. Anna Wang. Ich kämpfte für Mao. Eine deutsche Frau erlebt die chinesische Revolution, Hamburg 1964.

³⁷ Vgl. ‚CC-Clique‘, in: China Handbuch, Sp. 195 f.

³⁸ Zur Vermittlung des deutschen Botschafters Trautmann s. Y. H. Nieh, Die Entwicklung des chinesisch-japanischen Konfliktes in Nordchina und die deutschen Vermittlungsbemühungen 1937-1938, Hamburg 1970.

³⁹ Chiang Kaishek und Chiang, Soong Mayling, Gefangen in Sian, München 1938.

⁴⁰ Der sog. ‚Nordwestausschuss‘ entspricht dem «Three-in-One-Agreement» (NO-Armee, NW-Armee, Rote Armee), vgl. Snow, Random Notes, S. 7.

⁴¹ Bo Gu (Qin Bangxian) berichtete über ein abendliches Treffen Zhou Enlais mit Chiang am 24. 12. 1936, wobei Chiang gesagt haben soll: «Wir sollten keinen Bürgerkrieg mehr führen.» Zwei Monate zuvor soll Chiang gesagt haben: «Kein Wort über die Bekämpfung Japans. Redet jetzt nicht über die japanische Gefahr. Wer immer vom Kampf gegen Japan redet und nicht gegen den Kommunismus, ist kein chinesischer Soldat. Die Japaner sind weit weg, die Kommunisten sind mitten unter uns.» Vgl. Snow, Random Notes, S. 6.

⁴² Ein neuer chinesischer Film, der die Vorgänge dieses Zwischenfalls ausführlich beschreibt, tut nun so, als habe Zhou Enlai mindestens einen Tag, eine Nacht und einen Vormittag vor dem überraschenden Abflug des Oberbefehlshabers an einer umfassenden Diskussion teilgenommen, die das Programm einer neuen Einheitsfront festlegte. Die dabei gesprochenen Sätze klingen nach den Äusserungen, die mehr als ein halbes Jahr später in den Vereinbarungen zwischen den beiden Parteien niedergelegt worden sind, als der Krieg Japan redet und nicht gegen den Kommunismus, ist kein chinesischer Soldat. Die Japaner sind weit weg, die Kommunisten sind mitten unter uns.» Vgl. Snow, Random Notes, S. 6.

⁴³ Übliche Formeln antijapanischer Propaganda. Vgl. Van Slyke, Enemies.

⁴⁴ S. o. Anm. 17 u. 28. Die Schlacht von Xü-zhou (Tai-er-zhuang) fand vom 24.3.1938 bis zum 9.4.1938 statt. Vgl. O. Edmund Clubb, Twentieth Century China, New York/London 1972, S. 224. Der chinesische Sieg war vor allem psychologisch von Bedeutung.

⁴⁵ Bing-xing-guan innerhalb der Grossen Mauer in Nord-Shanxi war der Ort einer japanischen Niederlage unter Lin Biaos Führung. Vgl. Clubb, China, S. 222.

⁴⁶ Auf die Frage des Reuter Korrespondenten Frank Oliver nach dem Status des Krieges soll ihn ein japanischer Sprecher als «speziell unerklärten Krieg» bezeichnet haben. Clubb, China, S. 219.

⁴⁷ Fairbank/Reischauer/Craig, East Asia. The Modern Transformation, S. 207: von Admiral Parrys Ankerung vor Uraga im Juli 1853 bis zum 3. 1.1868, sowie ‚The Creation of the New Government‘, ebd., S. 225ff.

⁴⁸ Der Begriff ist japanisch nicht fixiert worden: ryōshu-gensoku ist nur eine Übersetzung für ‚Führerprinzip‘, inhaltlich jedoch bedeutungsvoll geworden.

⁴⁹ Vgl. China Handbuch, Sp. 195 f, chin, län-yi-shan.

⁵⁰ Die traditionelle Bezeichnung der 18 Provinzen umfasst das eigentliche China ohne die Ausenländer.

⁵¹ Conrad Brandt/Benjamin Schwartz/John K. Fairbank, Der Kommunismus in China. Eine Dokumentargeschichte, dt. München 1955, Dokument 18: Bodengesetz der Räterepublik (November 1931), S. 163ff.

⁵² Ebd. : Dokument 7: Mao Zedongs Bericht über eine Untersuchung der Bauernbewegung in Hunan (Februar 1927), S. 163 ff.

⁵³ Das «Drei-Drittel-System» (san-san-zhi) wurde zu Beginn des antijapanischen Widerstandskrieges eingeführt (Kommunisten, Guomindang-Angehörige und Parteilose). Brandt/Schwartz/Fairbank, Kommunismus, S. 173.

⁵⁴ Nach dem Kriegsende vollzog sich eine mehr oder weniger spontane Landreform, die gleichwohl gewalttätige Züge aufwies. Vgl. Jack Beiden, China Shakes the World, New York 1949 (N.D. 1970) S. 159ff.

⁵⁵ Chalmers Johnson, Peasant Nationalism and Communist Power, Stanford 1962.

⁵⁶ Mary Wright, China in Revolution: The First Phase, Yale 1968.

Die englische Politik des ‚Appeasement‘ in den dreissiger Jahren und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft

«Auf der Liste von Wörtern, die kein Wissenschaftler mehr benutzt, sollte nach Imperialismus jetzt Appeasement folgen.» Diesen 1961 von W. N. Medlicott gegebenen Rat kommentierte 1965 D. C. Watt in seinem Aufsatz «Appeasement. The Rise of a Revisionist School?»:¹ «Dieses Wort ist inzwischen als unersetzbarer Begriff in den historischen Sprachgebrauch eingegangen, um damit die Periode der europäischen Politik unmittelbar vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu erfassen. Es ist zu einem mythischen Begriff geworden – bedeutungsschwer, voller Untertöne und Obertöne. Es wird in zahlreichen Vorlesungen und Übungen erläutert, in Prüfungsfragen eingeschoben und befindet sich jetzt im letzten Stadium der Versteinierung, wo es in den Lehrbüchern der höheren Schulen Eingang findet.»

Aber nicht nur der schillernde Begriff ‚Appeasement‘ entzieht sich jeder randscharfen Definition und ist noch heute stark mit jenem ‚pejorativen Inhalt‘ aufgeladen, den er erst in den innenpolitischen Auseinandersetzungen um Chamberlains Deutschlandpolitik nach der Münchner Konferenz 1938 im Sinne von kraftloser Beschwichtigung erhalten hat, so dass er als Schlüsselbegriff der wissenschaftlichen Diskussion nur zurückhaltend benutzt werden sollte. Auch das modische Argumentieren in geschichtlichen Analogien wird gerade beim ‚Appeasement‘, dadurch so problematisch, dass die historische Vorlage dieser Analogie mit zu den am heftigsten umstrittenen Problemfeldern der Zeitgeschichte gehört. Die terminologische ‚Odyssee‘ des ‚Appeasement‘, die «Inflationierung eines Begriffes»² seit den späten dreissiger Jahren bis zur Gegenwart sollte warnend verdeutlichen, was sich alles an Halbwahrheiten und Irrtümern einstellen kann, wenn ein historisch gewachsener Begriff aus seinem ursprünglichen Kontext gelöst wird.

Die Aufgabe, über den Umgang der Geschichtswissenschaft mit dem ‚Appeasement‘ zu sprechen, verlangt bei der Fülle von Literatur³ eine doppelte Beschränkung: Zum einen soll nur die Diskussion der letzten zwanzig Jahre vorgestellt werden, und zum anderen wird dies in der Konzentration auf wenige exemplarische Problemfelder der Forschung geschehen.

‚Appeasement‘ bezeichnete vor allem ein *Ziel* der Aussenpolitik und war als solches nie umstritten: die schiedlich-friedliche Austragung von zwischenstaatlichen Konflikten am Verhandlungstisch ohne einseitiges Diktat mit dem Willen der Beteiligten zum Kompromiss. Umstritten waren Ende der dreissiger Jahre zunehmend der eingeschlagene Weg hin zu diesem Ziel und die eingesetzten *Mittel*. Der Dissens spitzte sich zu auf die sehr schwierige Frage nach der Höhe der britischen Toleranzschwelle angesichts der deutschen Herausforderungen: Wie weit war es noch sinnvoll und moralisch vertretbar, Kompromisse im Interesse des Friedens zu schliessen? Wo wurden von den ‚vital national interests‘ die Grenzen eines Entgegenkommens gezogen? Hier bot und bietet sich bis heute ein breites Feld der politischen und wissenschaftlichen Kontroverse: Wer definiert wie und wann verbindlich ‚vital interests‘ eines Staates? Worauf gründen sie sich, durch welche Faktoren sind sie bedingt? Welche Wege stehen einer Regierung zur Dokumentation und Verteidigung nationaler Lebensinteressen nach aussen zur Verfügung? Wie wurde die deutsche Herausforderung wahrgenommen und eingeschätzt, als eine spezifisch nationalsozialistische oder traditionell machtpolitische, und welche Unterschiede der Perzeption und Gewichtung zeichneten sich hier innerhalb der politischen Eliten ab?

Für eine zeitliche Begrenzung der Präsentation der angesprochenen Streitfragen auf die letzten zwei Jahrzehnte spricht einiges: Auch die Engländer hatten lange Zeit mit dem ‚Appeasement‘ so etwas wie ein Stück innerlich nur schwer zu verarbeitender Vergangenheit, das noch bis weit nach Kriegsende die innenpolitische Diskussion bewegt und mehr politisch-moralisches Engagement als vorurteilsfreie Analyse provoziert hat. Methodisch fragwürdig war auch die personalistische Verengung des Untersuchungsgegenstandes auf die ‚Appeaser‘ und die ‚Antiappeaser‘ von damals. Die akademische Diskussion zeigte lange die Tendenz, «auf bestimmten abgedroschenen Stereotypen zu verharren» (Watt). Sie bewegte sich noch weit nach Kriegsende in den Frontlinien persönlicher Schuldzuweisung und Apologie, die bereits 1938/39 abgesteckt waren.

Auch uns Deutschen, d.h. hier besonders uns Westdeutschen war als ‚antikommunistischen Musterknaben im Zeichen des Kalten Krieges in den vierziger, fünfziger und frühen sechziger Jahren ein unbefangener Umgang mit dem Begriff ‚Appeasement‘ kaum möglich. Selbst noch die erbitterte Auseinandersetzung über die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition Anfang der siebziger Jahre bot anschauliches Illustrationsmaterial für den politischen Missbrauch eines Begriffes und für den Vorwurf, gegenüber den ‚Hitler-Epigonem‘ in Moskau die ‚Lehren von München‘ vergessen zu haben.

Zwei wichtige Aufsätze sollten etwa gleichzeitig eine Revision der Appeasement-Forschung mit vorbereiten: auf englischer Seite im Anschluss an Medlicotts 1963 erschienene Schrift «The Coming of War in 1939» D. C. Watt mit seinem schon eingangs erwähnten Aufsatz «Appeasement. The

Rise of a Revisionist School?», auf deutscher H. Herzfeld mit seinem Aufsatz «Zur Problematik der Appeasement-Politik».⁴

Den ‚Revisionisten‘ ging es darum, einmal dem Begriff ‚Appeasement‘ jenseits von Schuld und persönlicher Verantwortung seinen ursprünglich positiven Inhalt als Friedenssicherung am Verhandlungstisch wiederzugeben und im Übrigen mit Nachdruck herauszustellen, dass ‚Appeasement‘ als Friedenskonzeption niemals eine einseitige Verzichtspolitik gewesen ist, sondern stets und dann verstärkt ab 1938 eine Doppelstrategie («dual strategy») von Schlichtung und Eindämmung («settlement and containment»), von Friedenserhaltung und Aufrüstung («peace and rearmament»). «Es war eine Politik, die auf die Vermeidung von Krieg, aber nicht auf die Vermeidung einer Konfrontation ausgerichtet war, eine Politik, die sich in dem Modejargon von heute als eine Politik des ‚Containment‘, der ‚Koexistenz‘, der ‚Verhandlung aus einer Position der Stärke‘ ausdrücken lässt.»⁵

Damit war zum erstenmal im Zusammenhang mit ‚Appeasement‘ das Thema ‚Rearmament‘ in seiner ganzen politischen, rüstungswirtschaftlich-finanziellen, strategischen sowie innen- und aussenpolitischen Vielschichtigkeit als ein inzwischen intensiv von allen Seiten her bearbeitetes zentrales Forschungsfeld umrissen. Über Jahrzehnte hatte der Vorwurfeinfach gelaftet, die Vertreter des ‚Appeasement‘ hätten – sei es aus Feigheit, sei es aus reinem Unverständnis für den Ernst der Lage – die an sich schon 1933/34 dringend gebotene energische Wiederaufrüstung über wertvolle Jahre hinweg verschleppt, bis es fast zu spät war, und dadurch der britischen Deutschlandpolitik ein glaubwürdiges Mass an Abschreckung genommen. An die Stelle dieses Vorwurfes trat nunmehr das Bemühen, in einem umfassenden Zugriff nach den objektiven Ursachen für die – zweifellos erst relativ spät einsetzende und auch dann noch sehr zurückhaltende – britische Aufrüstungspolitik in den dreissiger Jahren zu suchen.

Zum anderen bemühen sich die ‚Revisionisten‘ darum, die Akteure von damals, ihre Entscheidungen und ihr Handeln in längerfristige Ereignisabläufe und Sachzwänge hineinzustellen, nach den Bedingungen ihres Handelns und nach ihrem Bewegungsspielraum zu fragen. Aussenpolitik soll einmal aus der jeweiligen Verfassung der westlichen Demokratien, aus ihren innenpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen, verfassungsmässigen und parteipolitischen Bedingungsfaktoren und zum anderen weit über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus aus den komplexen Strukturen des internationalen Mächtesystems begriffen werden. Auch die wichtige Frage nach der Offenheit der damaligen Situation, der Angemessenheit der ‚Appeasement‘-Strategie und nach möglichen politischen Alternativen wird mit Nachdruck gestellt.

So mahnt Watt etwa schon 1965 eine umfassend globale Perspektive des ‚Appeasement‘ als Forschungsdesiderat und eine Diskussion der britischen Aussenpolitik in den dreissiger Jahren an, «die die Probleme so betrachtet, wie es die Chamberlain-Regierung tun musste, nämlich als Teil eines gleich-

zeitigen, wenn auch selten aufeinander abgestimmten Angriffs auf Englands Position in Europa, im Mittelmeer, im Nahen Osten, in Ostasien und im Pazifik». ⁶ Weiterhin hebt Watt die Diskrepanz zwischen den weltumspannenden politischen Ansprüchen einer «schrumpfenden britischen Weltmacht» einerseits und ihren militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Schwächen andererseits im Angesicht «der gleichzeitigen Drohung der drei kriegslüsternen Aggressor-Staaten» hervor und schlägt damit ein wichtiges Leitthema der Forschung bis heute an. Auch die wichtige Frage nach der Perzeption und Beurteilung von Hitlers Zielen und Zuverlässigkeit durch die Regierung Chamberlain wird gestellt.

Forschungsstrategisch bedeutete diese ‚revisionistische‘ Wende seit den sechziger Jahren konkret, dass die Untersuchung der britischen Friedenspolitik und ihrer Motive fortan weit über den engeren Rahmen von Kabinett und Foreign Office hinaus eine breite Palette von Machtzentren, Schauplätzen, Entscheidungsträgern, Bedingungsfaktoren und Zielen im weiteren Umfeld von Aussenpolitik einbeziehen und damit auch die Fülle der einschlägigen Archiv- und Quellenmaterialien für die Interpretation erschliessen musste. Entsprechend der treffenden Feststellung von Watt, dass den drei Waffengattungen eine Strategie durch das Schatzamt aufgezwungen wurde, «das nicht mit Englands Stärke im eigenen Land beschäftigt war, sondern mit seinen Gold- und Dollarreserven, mit seinen ausländischen Investitionen und seinen Exportmöglichkeiten», ⁷ sollte fortan neben dem Foreign Office die Treasury in ihrer Schlüsselposition für rüstungs- und sicherheitspolitische Planungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken.

Die Impulse, die zu der angedeuteten Revision der ‚Appeasement‘-Forschung führten, waren unterschiedlich.

- Wie wir bei Herzfeld sehen können, wurde die Einschätzung des ‚Appeasement‘ in dem Masse differenzierter und objektiver, wie sie sich langsam und zögernd unter dem Eindruck eines sich wandelnden weltpolitischen Klimas aus ihrer überstarken gegenwartspolitischen Fixierung auf den Ost-West-Gegensatz löste, die die Diskussion lange bestimmt hatte.

- Eine jüngere Generation von Forschern in Deutschland und England, die in ihrem Werdegang überwiegend durch die Nachkriegszeit geprägt war, gewann langsam emotional Abstand von der Ära Chamberlain wie auch vom Dritten Reich. Vor allem in England wuchs nach dem Verlust des Empires das Verständnis für eines der zentralen Motive des ‚Appeasement‘ schon in den dreissiger Jahren: die Kluft zwischen Weltmachtanspruch und unzureichenden Ressourcen für seine Aufrechterhaltung und Verteidigung.

- Schon Watt hat auf einen interessanten Aspekt der Revision der ‚Appeasement‘-Forschung hingewiesen: sie stand nicht nur zeitlich, sondern auch kausal in einem gewissen Zusammenhang mit der Revision oder doch zumindest Infragestellung unseres tradierten Bildes der nationalsozialistischen Aussenpolitik und des Kriegsausbruches 1939. Im Anschluss an A. J. P. Taylor (1961) wurde kritisch gefragt, inwieweit das Bild vom

Dritten Reich und von der deutschen Aussenpolitik, das sich sowohl die Staatsmänner im Westen damals als auch spätere Interpreten gemacht haben, einer kritischen Überprüfung an den Quellen standhält. Stimmt Hitlers Worte vor allem in seinen Programmschriften und in den sog. «Schlüsseldokumenten» überhaupt mit seinen Taten überein? Hatte seine Aussenpolitik jene langfristige und in sich kohärente «programmatische Intentionalität, die Interpreten wie Hofer, Hildebrand, Hillgruber und Jäckel ihr zuzuschreiben geneigt sind? Handelte es sich 1939 um eine seit Langem geplante und vorbereitete «Entfesselung des Zweiten Weltkrieges» (W. Hofer) oder war dieser Krieg eher das Produkt einer Reihe von Improvisationen, Zufälligkeiten und Zwangssituationen, die zwar von Hitler ursprünglich entscheidend mit provoziert worden sind, die sich dann aber ab 1937 zunehmend seiner lenkenden Kontrolle entzogen und so etwas wie eine ungewollte Eigendynamik entwickelten? Ohne diese Streitfrage hier beantworten zu können, sei nur auf ihre Konsequenzen für das Verständnis der britischen Deutschlandpolitik hingewiesen: Sollte das Bild vom prinzipienlosen Opportunisten Hitler und dem pragmatischen und improvisatorischen Charakter seiner Aussenpolitik auch nur ein Stück Wahrheit für sich haben, so müssten nicht nur das Deutschlandbild der Zeitgenossen in den westlichen Demokratien, sein Informations- und Realitätsgehalt, sondern auch die «raison d'être» des «Appeasement» als einer vernünftigen oder unangemessenen Gegenstrategie gründlich überprüft werden.

- Die Öffnung der britischen Archive Ende 1967 durch die Labour-Regierung Wilson konfrontierte die Geschichtswissenschaft für die dreissiger Jahre mit einer überwältigenden Fülle neuen Materials, das es erst einmal zu verarbeiten galt.

- Nicht zuletzt – und dies galt zunächst mehr für die deutsche, dann aber auch in den letzten Jahren für die englische Forschung – zwang die in den sechziger Jahren auf breiter Front in Gang gekommene Methodendiskussion mit den benachbarten Sozialwissenschaften auch uns Historiker, das Problemfeld Aussenpolitik und internationale Beziehungen allgemein und «Appeasement» im Besonderen in seinen theoretischen Bezügen und daraus ableitbaren Forschungsperspektiven und Fragestellungen neu zu überdenken. Es galt, etwa über die «Scharnierfunktion der Rüstungspolitik» (G. Schmidt) am Beispiel der britischen Friedenspolitik konkrete Vermittlungsebenen des oft sehr abstrakt und theoretisch formulierten und postulierten wechselseitigen Zusammenhanges von Innen- und Aussenpolitik aufzuspüren und zu beschreiben, ohne in das sterile Primatsdenken zurückzufallen. So wurde denn die Deutung des «Appeasement» in der englischen wie in der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu einem bevorzugten methodischen Experimentierfeld mit interdisziplinärem Charakter.⁸

Dies soll im Folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit beispielhaft deutlich gemacht werden durch einige «Schneisem in dem schon reichlich

verwickelten und undurchsichtigen Dickicht der ‚Appeasement‘-Diskussion.

I

Spätestens seit der Einführung des «Idealtypus» durch M. Weber ist uns Historikern bewusst, wie schwierig es ist, mit Begriffen oder auch theoretischen Vorgaben zu arbeiten, die zwar einerseits allgemein genug sein müssen, um eine Fülle von Fakten und Erscheinungen zu subsumieren, sie als kohärent zu kennzeichnen, zu ordnen und zu klassifizieren, die aber andererseits die Anwendung auf den konkreten individualgeschichtlichen Zusammenhang zulassen und den Blick für das je Eigentümliche und Singuläre eines historischen Prozesses nicht verstellen. Dies gilt auch für den Terminus ‚Appeasement‘.

Das Bemühen, die Diskussion um ‚Appeasement‘ aus ihrer unzulässigen Verengung auf die Ära Chamberlain und seine Person oder auf die dreissiger Jahre hinauszuführen, hat die Forschung schon früh dazu verleitet, die Wurzeln dieser Strategie immer weiter zurückzuverfolgen und ihre langfristigen Strukturbedingungen und Kontinuitäten herauszuarbeiten. Die entscheidende Frage bleibt, wie weit sich hier zeitliche Fixierung, Bedeutungsgehalt eines Begriffes und realhistorischer Kontext noch ohne Schwierigkeiten miteinander zur Deckung bringen lassen.

P. Kennedy⁹ und, ihm folgend, R. Meyers¹⁰ verlegen die Wurzeln des ‚Appeasement‘ als einer «particularly British form of diplomacy since the middle of the nineteenth century»¹¹ in das beginnende letzte Drittel des 19. Jahrhunderts, d.h. in die auf ‚peaceful change‘ nach innen und aussen verpflichtete liberale Reformära Gladstone zurück. Seitdem habe sich die Natur der britischen Aussenpolitik bis 1939, im Ganzen gesehen, nicht wesentlich geändert; das britische Modell des ‚Appeasement‘ sei bis zu seinem Zusammenbruch 1938 rund 75 Jahre gültig gewesen. Hier erscheint ‚Appeasement‘ als die realistische und angemessene Strategie einer saturierten «imperial power in decline», die sich der Überbeanspruchung ihrer Kräfte durch globale strategische Verpflichtungen, ihres verlangsamten Wirtschaftswachstums, ihrer anspruchsvollen Wirtschafts- und Sozialreformen im Innern im Zeichen von «Peace, Retrenchment and Reform» zunehmend bewusst geworden sei und deshalb zur Erhaltung ihres imperialen Status quo eher auf Kompromisse als auf teure Kriege gesetzt habe. Danach war also Chamberlains Versuch, durch Prioritätensetzung im Ausgleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland und durch Beschränkung der weltweiten Verpflichtungen die drohende Überbürdung der schwindenden britischen Kräfte zu verhindern, nur die letzte dramatische Aufgipfelung langfristiger Trends britischer Friedenspolitik, die ihren wesentlichen Grund in

dem Auseinanderklaffen zwischen Weltmachtanspruch und einem nur noch begrenzt ausschöpfbaren nationalen Kräftehaushalt hatte. Erst Hitler habe die Grundlagen und Glaubwürdigkeit dieser Friedenskonzeption zerstört und die Londoner Regierung unter der vereinten Kritik der linken und der rechten ‚Antiappeaser‘ zur Aufgabe ihrer überkommenen Sicherheitspolitik genötigt.

Den wohl zeitlich umfassendsten Rahmen für das Modell ‚Appeasement‘ bietet W. D. Gruner an, ohne dass ihm hier die Forschung gefolgt ist.¹² Er verfolgt dessen Ursprung bis auf den Frieden von Amiens 1802 zwischen England und Napoleon zurück, ersetzt dann jedoch den Terminus ‚Appeasement‘ durch den nicht minder unscharfen Begriff «British Interest».¹³ Er glaubt, hier den Schlüssel gefunden zu haben, der ihm durchgängig die «Bestimmungsfaktoren für den politischen Entscheidungsprozess in der Periode des Aufstiegs Grossbritanniens zur ersten Welt-, Industrie- und Handelsmacht seit dem frühen 19. Jahrhundert, auf dem Höhepunkt der ‚Pax Britannica‘ um die Jahrhundertwende und in den Jahrzehnten des zunehmenden Machtverfalls des ‚Troubled Giant‘ in seiner internationalen Stellung als Welt- und Wirtschaftsmacht nach dem Ersten Weltkrieg mit unterschiedlicher Gewichtung unverändert» erschliesst.¹⁴ Grundmaxime des «British Interest» «war die Verfolgung einer Strategie des friedlichen Wandels nach innen und aussen», sein Kennzeichen «ausserpolitische Defensive und innenpolitische Reformbereitschaft, die weitgehend durch wirtschaftliche Entwicklungen und Bedingungen bestimmt wurden».¹⁵ Mit Niedhart¹⁶ sei gegenüber derartigen Versuchen, konzeptionelle Kontinuitäten mit Hilfe der «Inflationierung eines Begriffs» um nahezu jeden Preis und über alle Perioden des Aufstiegs, der Blüte und des Niederganges einer Weltmacht hinweg herzustellen oder auch zu konstruieren, die skeptische Frage erlaubt, ob diese zeitliche Überdehnung eines Begriffes ihn nicht letztlich seiner Substanz beraubt und ihn dann nicht mehr präzise anwendbar erscheinen lässt. Denn Niedhart hebt mit Recht den grundsätzlichen Unterschied zwischen einem allgemeinen Interesse «an der Aufrechterhaltung des Friedens, das Grossbritannien als führende Handels-, Industrie- und Finanzmacht der Welt seit der Etablierung dieses Status stets hatte», und dem «unbedingte(n) Angewiesensein auf den Frieden nach dem Ersten Weltkrieg» hervor, «als Krieg angesichts der weltpolitischen Überlastung und weltweiten Verwundbarkeit Grossbritanniens und seines Weltreichs zum Absinken in die Zweitklassigkeit zu führen drohte». Manches spricht freilich dafür, dem ‚Appeasement‘ als Konsequenz der Doppelkrise von 1929/32 – Zusammenbruch des seit 1919 nur notdürftig wiederhergestellten internationalen Sicherheitssystem und Auflösung der liberalen Weltwirtschaftsordnung – eine neue Qualität zuzuweisen und zwar unter dem dreifachen Aspekt der äusseren Bedrohung, der inneren Sachzwänge und der Instrumentarien. Denn erstmalig in seiner Geschichte sah sich Grossbritannien gleichzeitig durch drei aggressive und expansionistische Grossmächte – Deutschland, Italien

und Japan – an drei neuralgischen Punkten seiner lebenswichtigen Überseeverbindungen – Heimatgewässer und Atlantik, Mittelmeer, Fernost – herausgefordert; diese Herausforderung traf ein Weltreich in einem nunmehr seit 1931 (Statut von Westminster) rasch fortschreitenden Auflösungsprozess und ein Mutterland, dessen kritische ökonomische und gesellschaftliche Situation im Inneren sich durch die Weltkrise noch verschärft hatte. So war Grossbritannien zwar diesmal existentiell auf eine Politik der Krisenentschärfung und Konfliktneutralisierung besonders angewiesen; andererseits hatte es sich aber auch den Spielraum für eine aktive Entspannungspolitik vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor, mithin also das mögliche Instrumentarium für die Entschärfung der Weltkonflikte und für eine internationale Stabilisierungshilfe durch seinen Protektionismus (Schutzzoll, Pfundabwertung, Ottawa-Präferenzen) im Vergleich zum 19. und frühen 20. Jahrhundert entscheidend selbst beschnitten.

II

Diese Überlegungen führen auf einen zweiten Schwerpunkt der Forschung, auf den globalen Aspekt des internationalen Mächtesystems als Rahmen für die britische ‚Appeasement‘-Politik. Hier ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit historisch orientierten Politikwissenschaftlern wie R. Meyers,¹⁷ G. Schmidt¹⁸ und G. Ziebura¹⁹ besonders eng und fruchtbar.

Als Schnittpunkt und Zentrum internationaler Finanz-, Handels- und Verkehrsverflechtungen, als Mittelpunkt eines weltweiten Empires und Commonwealth und durch seine geographische Lage als Inselstaat mit einer besonders hohen überseeischen Importquote war Grossbritannien in der einen oder anderen Form fast automatisch in nahezu alle Konflikte an allen Punkten der Welt verstrickt und in besonders hohem Masse strategisch verwundbar. So war es in den siebziger Jahren dringend geboten, die Analyse des ‚Appeasement‘ in einem multilateralen Ansatz aus der Verengung der bilateralen Beziehungen London-Berlin zu lösen und sie stärker auf die exponierte Lage Englands als Vormacht eines Weltreiches zu beziehen. Bahnbrechend für diese globalstrategische Sicht war auf deutscher Seite die Dissertation von R. Meyers, auf britischer Seite waren es die militärstrategischen Untersuchungen von M. Howard²⁰ und von N. H. Gibbs.²¹ Es kam nunmehr darauf an, innerhalb der globalen sicherheitspolitischen Herausforderung des Weltreiches genau den Rang abzuschätzen, den jeder einzelne Bedrohungsfaktor – Deutschland, Italien, Japan – in den strategischen Abwehrüberlegungen der Briten einnahm, und dann zu überprüfen, mit welchen Gegenmassnahmen die britische Aussen- und Sicherheitspolitik jeweils reagierte und inwieweit diese Massnahmen ein in sich schlüssiges, konsequentes und angemessenes Gesamtkonzept ergaben. Dieser globale Ansatz vom internationalen Mäch-

tesystem her bedarf zu seiner Umsetzung in konkrete Forschungen aus Gründen der Arbeitsökonomie sicher gewisser arbeitsteiliger Schwerpunktsetzungen etwa regionaler, thematischer oder auch bilateraler Art; dies freilich in dem Bewusstsein, dass eine solche regionale oder bilaterale Konzentration ihren Begründungszusammenhang und ihre Perspektive doch heute stets von einem multilateralen Ansatz her gewinnen sollte. Folgende Untersuchungsfelder im Bereich der internationalen Beziehungen zeichnen sich hier ab: ein sicherheitspolitisch-strategisches (Gibbs, Howard, Meyers, Schmidt), ein reichspolitisches (Ovendale,²² Meyers,²³ Tamchina²⁴), ein ökonomisch-finanzielles (Schmidt, Wendt²⁵), und eine Analyse der anglo-amerikanischen (Macdonald,²⁶ Reynolds²⁷ und von amerikanischer Seite aus Schröder²⁸ und Schwabe²⁹) und der englisch-russischen Beziehungen (Niedhart³⁰) sowie eine Untersuchung der Beziehungen zwischen den ‚Grossen Vier‘ in Europa (Hauser,³¹ Murray³²).

Auch hier können nur skizzenhaft einige Ergebnisse für die einzelnen Felder angedeutet werden. Meyers arbeitet in sechs konzentrischen Kreisen mit jeweils England im Mittelpunkt die dominanten Grundprinzipien der britischen Aussen- und Sicherheitspolitik in der Zwischenkriegszeit heraus: die strategische Einheit der britischen Inseln – die Herrschaft über Kanal und Nordsee – die Unabhängigkeit der Niederlande (und man könnte ergänzen: Belgiens und Frankreichs) – das Gleichgewicht auf dem Kontinent – die Verteidigung der Freiheit der Meere und der Überseeverbindungen – die Sicherung der gegenseitigen Unterstützungsmöglichkeiten für die Commonwealth- und Empiremitglieder. Übersetzt in konkrete militärstrategische Planungen bedeutete dies die geforderte Konzentration auf «drei einander überschneidende und sich gegenseitig durchdringende Problemkreise: Heimatverteidigung, Verteidigung der imperialen Verbindungswege durch das Mittelmeer und den nächstlichen Besitz, Verteidigung der britischen Positionen in Indien und dem Fernen Osten». Meyers weist mit Recht darauf hin, dass in Anbetracht der weitgehenden britischen Abrüstung nach dem Ersten Weltkrieg und der nur noch beschränkt zur Verfügung stehenden Machtmittel die Gefährdung der britischen Position in einem Problemkreis auch die Stellung in den beiden anderen berühren musste, so dass die britische Regierung angesichts der dreifachen Herausforderung und der ausgesprochenen Unwilligkeit der noch weitgehend dem Isolationismus verpflichteten USA, an der Seite Englands sicherheitspolitische Verpflichtungen zu übernehmen, vor einem praktisch unlösbaren Dilemma stand: Die Anforderungen zur Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und die Zuspitzung der Situation in Europa (Problemkreis 1) machten es den Briten unmöglich, gleichzeitig wirkungsvoll und nachdrücklich im Mittelmeer (Problemkreis 2) und im Fernen Osten (Problemkreis 3) zu intervenieren, während umgekehrt die militärische Schwäche in Fernost eine kriegerische Verwicklung in Europa verbot, in deren Gefolge möglicherweise die drei ‚Achsenmächte‘ gemeinsam gegen die neuralgischen Punkte der britischen

Überseeverbindungen und des Empires Front gemacht hätten. Dieses Dilemma zwischen weltweiten strategischen Verpflichtungen und nur sehr begrenzten Mitteln zu ihrer Aufrechterhaltung verwies die Regierung in Whitehall auf eine Politik der Konfliktvermeidung in Europa (Appeasement), eine Haltung der nur «beschränkten Haftung» (limited liability), die Rolle des «ehrlichen Maklers» (honest broker) in den kontinentalen Angelegenheiten sowie auf die Bahn einer versuchten Annäherung zumindest an einen der Aggressorstaaten; dies war für Chamberlain eindeutig Deutschland, während die französische Präferenz eher nach Italien wies.

Der reichspolitische Untersuchungsansatz stellt die verschiedenen Entscheidungszentren im Commonwealth, ihre jeweils spezifischen innen- und ausenpolitischen Bedingungsfaktoren sowie ihre Beziehungen zum Mutterland in den Mittelpunkt der Betrachtung. Er fragt, wie und mit welchen Gründen und Konsequenzen die Dominienregierungen auf die verschiedenen politischen Krisen und die britischen Friedensbemühungen reagierten und wieweit umgekehrt die Regierung in London diese Reaktionen in ihre eigenen Willensbildungsprozesse mit einbezog. Eine allzu lange europa- und germanozentrische Fixierung der ‚Appeasement‘-Diskussion hat dazu geführt, dass dieser sehr wichtige Themenkreis bis heute nicht erschöpfend behandelt ist und wir deshalb nur relativ vorläufige Ergebnisse vorlegen können. Dabei wird man, wenn man den von Meyers bereitgestellten kategorialen Bewertungsrahmen akzeptiert, in der Bandbreite zwischen Initiativ- und Unterstützungsfunktion feststellen können, dass die einzelnen Dominienregierungen eindeutig nur die letztere Funktion wahrgenommen und in der Regel längst aus anderen Erwägungen in London autonom getroffene Entscheidungen loyal unterstützt haben. Unterstützend war die Rolle der Dominien auch insofern, als sich ihre stets hervorgekehrte Abneigung, in einen europäischen Konflikt, der keine britischen Lebensinteressen unmittelbar berührte, hineingezogen zu werden, von den Kabinettsmitgliedern gleichsam als Topos in den innenpolitischen Auseinandersetzungen gegen die Vertreter einer Politik der Intervention verwenden liess, um einen längst konzipierten Kurs noch zusätzlich und wirkungsvoll abzustützen. Freilich liesse sich möglicherweise mehr indirekt doch eine gewisse Initiativfunktion der Dominien erschliessen: Zum einen ist anzunehmen, dass die Option für ‚Appeasement‘ innerhalb des Kabinetts in den jeweiligen Entscheidungssituationen jeweils auch schon die interventionsfeindliche Haltung der Dominien und die Notwendigkeit einer Bewahrung der Reichseinheit mit antizipiert hat, ohne dass dies expressis verbis immer zum Ausdruck gebracht werden musste, und dass London nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf sein Commonwealth den Kriegseintritt bis zuletzt hinausgezögert hat; zum anderen bestand – worauf G. Schmidt mit Recht hinweist – zwischen dem Mutterland und seinen früheren überseeischen Besitzungen unterhalb der offiziellen Regierungsebene ein so enges Geflecht informeller und transnationaler Beziehungen, dass Initiativen oder Einflussnahmen in der einen

oder anderen Richtung heute kaum mehr eindeutig zu rekonstruieren sind.

Die Frage, warum das Commonwealth und das Empire, wenn überhaupt, einen eher restriktiven Einfluss auf die britische Aussen- und Deutschlandpolitik ausgeübt haben, lässt sich angesichts der breiten Interessenheterogenität auch innerhalb des Weltreiches und zwischen den Dominien nicht pauschal, sondern nur konkret in jedem einzelnen Fall beantworten. So hatte die ‚Appeasement‘-Politik, indem sie den Krieg bis zu einem Punkt hinauschoß, an dem sich wirklich existentiell die Gefährdung britischer Sicherheitsinteressen abzeichnete, mit die wichtige Funktion, eine zwar noch vorhandene, aber keineswegs mehr selbstverständliche Einheit des Weltreiches zu garantieren und dann den gemeinsamen Kriegseintritt zu ermöglichen.

Eine Analyse der englisch-amerikanischen Beziehungen oder besser: der Dauerspannungen zwischen den beiden angelsächsischen Bruderländern legt ein weiteres konstitutives Element des ‚Appeasement‘ frei: Es war *auch* von England her der letzte Versuch, um seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu bewahren, die europäischen Probleme durch die Staaten Europas selbst, d.h. unter Ausschluss der USA und Sowjetrusslands lösen zu lassen. Diese Absicht wurde besonders deutlich auf der Münchener Konferenz 1938. Auf ein ‚general European settlement‘, das u.a. eine Rüstungsbegrenzung, einen Luftpakt, regionale Sicherheitsabkommen in Ostmittel-, Südost- und Westeuropa, die Rückkehr Deutschlands in einen reformierten Völkerbund und die Regelung aller territorialen Konflikte am Verhandlungstisch beinhaltete, sollte dann langfristig so etwas wie eine Interessengemeinschaft der ‚Grossen Vier‘ gegründet werden. Denn eines sahen die Politiker in London vor dem Erfahrungshintergrund des Ersten Weltkrieges sehr deutlich: Ein Scheitern des ‚Appeasement‘ und einen neuen Krieg würde England selbst bei einem Sieg nur als Juniorpartner der Vereinigten Staaten und in enger Abhängigkeit zu ihnen überleben können. Dies würde tiefgreifende Rückwirkungen auf seine Weltmachtstellung und auch auf die Zukunft seines Weltreiches haben.

Seit den späten dreissiger Jahren gehört es zum festen Bestand sowjetmarxistischer Interpretation, das ‚Appeasement‘ auf einen ideologischen Kern als eine bürgerlich-kapitalistische Abwehrstrategie der Westmächte im Bündnis mit Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion zu reduzieren. Dieser Vorwurf wurde unter dem Eindruck der internationalen Isolierung der Sowjetunion in München 1938 verschärft um eine ausgesprochen offensive Variante, nach der die westlichen Regierungen Hitler als eine kapitalistisch-aggressive Speerspitze damals ‚freie Hand im Ostern‘ gegeben und ihn zu einem Überfall auf die Sowjetunion geradezu ermutigt hätten, um seine Aggressivität von West- nach Osteuropa abzulenken. G. Niedhart hat mit wünschenswerter Deutlichkeit nachgewiesen, dass der in konservativen Regierungskreisen zweifellos vorhandene ‚antibolschewistische Affekt‘ . . . nie zum zentralen Bezugspunkt aussenpolitischen Denkens in Grossbritan-

nien oder zum strukturellen Bestandteil britischer Aussenpolitik» geworden ist.³³ «Die These, das konservative England habe das faschistische Deutschland als Bollwerk gegen das kommunistische Russland aufgebaut, entspricht mehr einem gedanklichen Modell als dem historischen Befund.»³⁴

Der britische Antibolschewismus hatte eher konservativ-defensive Züge, indem er darauf setzte, mit Hilfe eines zuverlässig antikommunistischen Regimes in Berlin Mitteleuropa gleichsam gegen den ‚roten Bazillus‘ immunisieren zu können. Dabei wird man berücksichtigen müssen, dass das seit den Stalinschen Säuberungen 1937 ausserordentlich negativ eingefärbte Russlandbild in Westeuropa³⁵ und der nur spärlich und sehr unzuverlässig fliessende Informationsfluss aus der sowjetischen Hauptstadt über die wirkliche militärische Stärke des Landes im Konfliktfall die britische Regierung kaum geneigt machen konnten, «die UdSSR an der Lösung der mitteleuropäischen Konflikte zu beteiligen, die 1938 in das Zentrum der internationalen Politik rückten».³⁶

Gegenüber einer gewissen Tendenz in der ‚Appeasement‘-Forschung, die innenpolitischen Determinanten britischer Aussenpolitik sehr breit zu gewichten und auf einem relativ hohen Abstraktionsgrad zu argumentieren, ist grundsätzlich jedes Bemühen wie das O. Hausers zu begrüßen, die aussenpolitisch-diplomatischen Abläufe zwischen den ‚Grossen Vier‘ in ihrer relativ autonomen Eigendynamik wieder stärker zur Geltung zu bringen. Dennoch ist es ärgerlich zu beobachten, wie Hauser im unkritischen Rückgriff auf A. J. P. Taylor und unter weitgehender Missachtung des bereits erreichten Forschungsstandes zum ‚Appeasement‘ immer stärker, je mehr er sich dem Kriegsausbruch 1939 nähert, dazu neigt, die nationalsozialistische Aussenpolitik und ihren ‚Führer‘ zu ent- und dafür die britische Deutschlandpolitik zu belasten.³⁷ Als Massstab einer von Hauser vermissten «wirklichen Konzessionsbereitschaft» der Briten im Sinne einer friedenserhaltenden Alternativkonzeption zum «sogenannten Appeasement», an dem der Autor die britische Deutschlandpolitik misst, scheint ihm offenbar so etwas wie eine bedingungslose Anerkennung der deutschen Kontinentalhegemonie auf bilateralem Wege zwischen Berlin und London ohne Mitsprache der von diesen Forderungen unmittelbar Betroffenen und eine rechtzeitige Selbstaufgabe Österreichs, der Tschechoslowakei und möglichst auch Polens vorzuschweben. Damit werden jedoch die ‚essentials‘ britischer Sicherheitspolitik in Europa gründlich verkannt und wird zusätzlich einer doch recht fragwürdigen politischen Grossmachtmoral im Umgang mit den kleineren Staaten das Wort geredet.

Auch W. Murray konzentriert sich – freilich nur in einem relativ kleinen zeitlichen Ausschnitt zwischen Ende 1937 und Anfang 1940 – auf das Mächtedreieck Berlin-London-Paris mit dem ‚Rest Europas‘ und Fernost mehr schemenhaft im Hintergrund. Auch er geht mit dem ‚Appeasement‘, freilich aus anderen Gründen wie Hauser, sehr scharf ins Gericht und kommt zu einer radikalen Verurteilung Chamberlains, Daladiers und ihrer politischen

und militärischen Helfer, die an die «Appeasement'-Diskussion der Kriegs- und Nachkriegsjahre erinnert. Sein Massstab lautet: In der Zwischenkriegszeit hätten sich die britischen Führer geweigert anzuerkennen, dass Krieg nicht nur eine reale Möglichkeit, sondern zu gewissen Zeiten die einzige mögliche Option war. Die englischen und französischen Regierungen seien an ihrem politischen ‚Amateurismus‘ und ihrer konstanten Unfähigkeit gescheitert, die nationalsozialistische Herausforderung realistisch einzuschätzen und mit Hilfe einer rechtzeitigen energischen Aufrüstung und einer gezielten Politik des ‚containment‘ von der europäischen Peripherie her eine effektive Gegenstrategie zu entwickeln. Die Begriffe ‚Appeasement‘ und ‚München‘ sind also bei Murray als wichtige Etappen auf dem Wege Europas «in den Ruin» 1940 so eindeutig negativ wie lange nicht mehr besetzt, obwohl auch er nicht müde wird, die restriktiven finanziellen und ökonomischen Sachzwänge und Hindernisse für eine kraftvolle englische Aufrüstungs- und Aussenpolitik zu betonen.

III

Eine lebhafte Kontroverse zwischen dem Verfasser und G. Schmidt hat sich inzwischen über das Gewicht und die Chancen eines ‚Economic Appeasement‘ entwickelt. Dabei geht der – freilich nicht von Schmidt – vereinzelt gemachte Vorwurf,³⁸ ich hätte in einer Art pseudo- oder neomarxistischem Panökonomismus gleichsam eine materialistische Patenterklärung für die britische Deutschlandpolitik geben wollen, weit an meinen Intentionen vorbei. Vielmehr ging es mir darum, dem Begriff ‚Appeasement‘ seine ursprüngliche Bedeutungsfülle, die er durch seine moralische Aufladung und seine einseitige Fixierung auf bestimmte Personen und auf den politisch-diplomatischen Bereich seit den späten dreissiger Jahren verloren hatte, wiederzugeben. Die politischen Repräsentanten damals haben das ‚Political Appeasement‘ stets als ergänzungs- und flankierungsbedürftig durch Massnahmen der ökonomischen Entspannung zwischen den Grossmächten sowie durch koloniale Konzessionen an die ‚have nots‘ angesehen, durch eine Strategie also, die man schon damals als «Economic Appeasement und als «Colonial Appeasement bezeichnete. «Political and Economic Appeasement» waren stets zwei aufeinander bezogene Aspekte einer politisch-ökonomischen Gesamtkonzeption, die sich die Bewahrung des Friedens zum Ziel gesetzt hatte. K. Rohe³⁹ spricht in diesem Zusammenhang treffend von einer aussenpolitischen «Inkorporations-Strategie», «die an Gemeinsamkeiten mit dem gesellschaftspolitischen Gegner anknüpft – im konkreten Fall vorrangig über gemeinsame wirtschaftliche Interessen und über kapitalistische Systemgemeinschaften vermittelt – und auf diese Weise versucht, ihn allmählich ganz oder partiell auf den Boden der eigenen politischen Rationa-

lität zu führen». Der als Vorbild für den Einsatz wirtschaftlicher Mittel zur politischen Entspannung zwischen zwei Staaten in der öffentlichen Diskussion damals immer wieder beschworene Freihandelsvertrag zwischen England und Frankreich aus dem Jahre 1860 (Cobden-Vertrag) weist in die liberale Freihandelsära des 19. Jahrhunderts als Wurzel dieses nach wie vor damals in England noch populären Denkens zurück. Das hier angesprochene «liberale Modell der Friedenssicherung»⁴⁰ hatte als gleichsam ideologisch-programmatisches ‚Unterfutter‘ des ‚Appeasement‘ im Allgemeinen und des ‚Economic Appeasement im Besonderen zwei Ausprägungen, eine mehr politisch-moralische und eine wirtschaftliche. Als «moral consideration»⁴¹ verwies die erstere Komponente des ‚Appeasement zurück auf die ‚Cobdenite vision‘ von der Welt als einer harmonischen Gemeinschaft, in der internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Schlichtung und Kompromiss sowie der Verzicht auf Krieg als Mittel nationaler Politik, ausgenommen im Falle einer Selbstverteidigung, ein Klima schaffen würden, in dem Staatsmänner, die für einen möglicherweise friedensgefährdenden Kurs plädierten, unter einen besonderen öffentlichen Rechtfertigungszwang gerieten. Ökonomisch ging dieses liberale Friedensmodell davon aus, dass eine arbeitsteilig angelegte und verflochtene Weltwirtschaft, das Zusammenwachsen der modernen Welt zu einer technisch-wissenschaftlich-kommunikativen Einheit und ein ungehinderter Waren- und Finanzverkehr zwischen den Industriestaaten im Zeichen des Freihandels schon aus Gründen des eigenen Überlebens einen Krieg obsolet, da für die allgemeine wirtschaftliche Prosperität der Völker abträglich machen würden.

Nun war es sicher ein weiter Weg von einer immer noch festgehaltenen liberalen Ideologie aus dem 19. Jahrhundert zur aussenwirtschaftlichen Praxis, und es muss jeweils konkret aufgewiesen werden, wo denn jeweils der Schwerpunkt der Entspannungsaktivitäten lag, auf dem politischen oder dem wirtschaftlichen Sektor. Zumindest seit dem Winter 1937/38 ist festzustellen, dass auf der britischen Seite die Entschlossenheit wuchs, Wirtschaftskonzessionen an Deutschland vom politischen Entgegenkommen deutscherseits abhängig zu machen. Kontinuierlich bestand allerdings bis Kriegsausbruch die illusionäre Hoffnung in britischen Regierungskreisen, durch Signale wirtschaftlicher Konzessionen (Anleihen, Warenkredite, Abbau von Zollpositionen, grössere Öffnung des heimischen Marktes für deutsche Produkte, Erhöhung der frei verfügbaren Devisenspitzen, Beteiligung an einem internationalen kolonialen Rohstoffmonopol und evtl, sogar Rückgabe von Kolonien) auf die gemässigten Kreise in Berlin (moderates) um Schacht und Göring, die Wirtschaftsführer und die konservativen Eliten stärkend im Sinne einer Friedenserhaltung und aussenpolitischen Entspannung einwirken und den Parteiextremisten um Goebbels, Ribbentrop und Himmler damit das Wasser abgraben zu können.

Schmidts Zweifel gegenüber meiner Argumentation setzen u.a. bei der inneren Kohärenz und Geschlossenheit einer Strategie des ‚Economic Ap-

peasement', bei dem noch nicht hinreichend ausgeloteten Gewicht dieser Konzeption und ihrer Vertreter innerhalb aussenpolitischer Entscheidungsprozesse sowie mit der Feststellung ein, dass wirtschaftliches Entgegenkommen auf britischer Seite für London niemals eine Art Vorreiterrolle für spätere politische Zugeständnisse deutscherseits gespielt habe. Vielmehr habe die Regierung in Whitehall umgekehrt ihre Bereitschaft, wirtschaftliche Konzessionen anzubieten, stets nur unter dem Vorbehalt ausgesprochen, dass Deutschland politisch den ersten Schritt tun müsse. Es ist hier nicht der Raum, um auf jeden einzelnen der sorgfältig formulierten Kritikpunkte Schmidts, von denen mich der zweite der oben genannten noch am ehesten überzeugt, ausführlich einzugehen. Ins Grundsätzliche führt allerdings der Dissens zwischen uns über das Scheitern des ‚Appeasement‘ allgemein und des ‚Economic Appeasement‘ im Besonderen. Denn hier stehen Glaubwürdigkeit, Machbarkeit, Chancen und Grenzen dieser Konzeption schlechthin zur Diskussion. Schmidt beharrt darauf, dass die isolationistischen und protektionistischen Strömungen in England nach 1931/32 so stark waren, dass sich überhaupt keine finanziell-wirtschaftlichen Konzessionen oder Köder anboten, «die ein ‚totalitäres‘ Regime zu einer Liberalisierung in der Innenpolitik und zu einer Kursänderung in der Aussenpolitik hätten veranlassen können».⁴² Er sieht also zusammenfassend die Gründe für das Scheitern dieser Konzeption sehr eindeutig auch auf britischer Seite. Dagegen möchte ich darauf bestehen, zum einen den britischen Konzessions- und Handlungsspielraum zwischen den beiden gegensätzlichen und alternativ auch immer wieder diskutierten Polen einer strikten (und in dieser Form stets abgelehnten) Sanktionspolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland einerseits und einer vollkommenen (und in dieser Form sicher auch unmöglichen) Liberalisierung des beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs andererseits als relativ weit anzusehen, wobei der Begriff ‚Isolationismus‘ mir nicht angemessen zur Umschreibung der gesamten britischen Aussenpolitik erscheint, und zum anderen die Ursachen für das Scheitern des ‚Economic Appeasement‘ wesentlich auf deutscher Seite zu suchen. Denn im Grunde fanden die Briten in Berlin keinen wirklichen Ansprechpartner für die von ihnen angestrebte Entpolitisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die politischen Détente über gemeinsame Wirtschaftsinteressen.

IV

Die bisher diskutierten Impulse und Erklärungsansätze für die britische ‚Appeasement‘-Politik führen uns alle auf drei eng aufeinander bezogene Kernbegriffe. In ihnen erscheinen die innenpolitischen und vor allem binnenwirtschaftlichen Ursachen des ‚Appeasement‘ gleichsam brennpunktar-

tig gebündelt: ‚over-commitment‘, ‚strategic over-extension‘ und ‚crisis‘. Der Begriff ‚strategic over-extension‘ wurde von dem britischen Militärschriftsteller Liddell-Hart 1937 im Zusammenhang mit der britischen Aussenpolitik geprägt.

Die nunmehr in den Mittelpunkt gerückte Vorstellung von einer drohenden ‚Überbeanspruchung‘ oder ‚Überbürdung‘ der nationalen britischen Ressourcen durch den Zwang zur Abwehr einer weltweiten sicherheitspolitischen Herausforderung des Inselstaates und seines Weltreiches war ein Anlass für die ‚Appeasement‘-Forschung, von verschiedenen Richtungen her, d.h. von der militärisch-strategischen, der wirtschaftlich-finanziellen, der institutionellen und konstitutionellen, der gesellschaftlichen und parteipolitischen Seite den Blick auf die innere Verfasstheit Grossbritanniens in der Zwischenkriegszeit zu lenken und hier nach Ursachen und Bestimmungsfaktoren für die Friedenspolitik nach aussen zu suchen, ohne diese freilich auf eine Funktion der Innenpolitik reduzieren zu wollen.

Als gemeinsamer zentraler Schnittpunkt der angedeuteten Untersuchungslinien bot sich das wichtige Thema ‚Aufrüstung‘ (rearmament) an. «Rüstungspolitik hat stets eine Scharnierfunktion, weil sich in ihr Finanz-, Sozialfragen u.a. innerstaatliche Problemfelder einerseits und aussenpolitische Faktoren und Aspekte andererseits verklammern».⁴³ Überdies lautete schon der Vorwurf der Zeitgenossen an die Regierung Chamberlain und hier vor allem an den Premier und an seinen Schatzkanzler, sie hätten es versäumt, die Doppelstrategie von ‚peace and rearmament‘ durch eine zügige und entschlossene Aufrüstung zur Abschreckung hin auszubalancieren und dadurch ihrer Aussen- und Friedenspolitik jenen Grad von Nachdruck und Glaubwürdigkeit zu verleihen, der vielleicht die Diktatoren zum Einlenken hätte bewegen können. Das Thema ‚Strategie over-extension‘ erhält dadurch noch einen ausgesprochen dramatischen Akzent, dass die Aufrüstungsdiskussion vor dem Hintergrund einer teils langfristig-strukturellen und teils kurzfristig-konjunkturbedingten, durch die Weltwirtschaftsdepression verschärften Wirtschafts- und Gesellschaftskrise in Grossbritannien stattfand und durch sie intensiv beeinflusst wurde. Schmidt geht sogar so weit, die von ihm sehr differenziert und auf breiter Materialbasis nach allen Seiten ausgeleuchtete innergesellschaftliche, ökonomische und finanzielle Krise Englands, vermittelt über die tiefgreifenden inneren Auseinandersetzungen um die Aufrüstung, zum eigentlichen Erklärungsgrund für das ‚Appeasement‘ zu machen. Er kennzeichnet diese Politik als Produkt nicht nur der krisenhaften Zuspitzung der internationalen Konflikte, sondern vor allem auch der Destabilisierung der politisch-sozialen Ordnung im Inneren als «innenpolitische Krisenstrategie».⁴⁴ ‚Appeasement hatte danach das Ziel, «die Belastungen der Wirtschaft und des Gesellschaftsgefüges durch Aufrüstungsmassnahmen möglichst so zu halten, dass sich England nicht bis zur Unkenntlichkeit (so Schatzkanzler Simon) verändere».⁴⁵ Der Autor geht sogar so weit zu behaupten, die ganze Rüstungsdebatte habe unter der

Annahme gestanden, «dass England eher aussenpolitische als innere Risiken, d.h. einen Konflikt mit ‚labour‘ verkraften könne, in dem es nicht nur um eine innenpolitische Gewichtsverlagerung zugunsten der Labour Party ginge, sondern um weitreichende Veränderungen im sozial-ökonomischen Bereich und in der politischen Kultur Grossbritanniens».46 «Diese Epocheneinheit» – heisst es bei Schmidt resümierend über die Ära des ‚Appeasement‘ – «steht unter dem Motto, dass England äussere Risiken eher auf sich laden dürfe und verkraften könne als innenpolitische Wagnisse».47 Als ‚Krise‘ definiert Schmidt relativ allgemein und unscharf eine Situation, «in der Akteure sich gezwungen sehen, erstens zwischen den Prioritäten zu wählen, die sie bislang in verschiedenen Politikfeldern gleichzeitig und gleichrangig hatten verfolgen können, und zweitens die ihnen zur Verfügung stehenden Einfluss mittel fortan entsprechend der neuen Rangfolge ihrer Primärziele zu rationieren».48 Schmidt zog sich mit seinen Thesen einmal den Vorwurf einer allzu überspitzten und einseitigen Funktionalisierung von Aussenpolitik als innenpolitisches Krisenmanagement49 und zum anderen den einer retrospektiven Überdramatisierung der Krise zu. Hier ist wohl Niedharts Einwänden zuzustimmen, zum einen dass «der äussere Friede stärker gefährdet war als die innere Stabilität und dass dies von der politischen Führung auch so gesehen wurde»,50 und zum anderen, dass es einen Unterschied ausmache, «ob von der Interdependenz strategischer, rüstungspolitischer und sozialökonomischer Probleme gesprochen oder ob Aussenpolitik wesentlich im Kontext innenpolitischer Probleme gesehen wird».51

Für den deutsch-englischen Wissenschaftsdialog über ‚Appeasement‘ ist es charakteristisch, dass auf einer gemeinsamen Konferenz über dieses Thema im Jahre 198052 mit den englischen Kollegen zwar volle Übereinstimmung über die von unserer Seite mehrfach mit Nachdruck aufgewiesenen Interdependenzen zwischen Innen- und Aussenpolitik, zwischen Rüstung, Wirtschaft, Finanzen, Diplomatie, Aussenpolitik und ‚Appeasement‘ bestand, dass diese aber der ‚Krisentheorie‘ und ihrem dramatisierenden Erklärungsansatz wie überhaupt einer Inflationierung des Begriffes ‚Krise‘ mit einiger Distanz gegenüberstanden. Dieses hängt vielleicht auch mit semantischen Schwierigkeiten und Missverständnissen zusammen: Möglicherweise zielt der englische Begriff ‚crisis‘ mehr auf eine dramatisch zugespitzte Situation, ein bedrohliches oder gefährliches punktuelles Ereignis (etwa die Münchenkrise), auf das man dann unmittelbar reagieren muss, weniger jedoch – wie unser Terminus ‚Krise‘ – auf eine Bündelung langfristiger Strukturprobleme, die zunehmend einer Lösung zudrängen. Ausserdem müsste wohl noch genauer geklärt werden, wieweit sich das, was sich uns heute eindeutig objektiv als ‚Krise‘ oder krisenhafte Entwicklung‘ darstellt, schon damals subjektiv in einem Krisenbewusstsein so perzipiert und als handlungsleitend für den eigenen Entscheidungsprozess begriffen worden ist. Selbst ein zeitgenössisches ‚Krisengerede‘ kann mehr eine Legitimations- oder Begründungsfunktion für Entscheidungen, die aus ganz anderen Er-

wägungen gefallen sind, haben, als ein wirklicher Hinweis auf die Ursachen sein. Trotz all dieser Einwände hat sich die von Schmidt so prägnant formulierte «Scharnierfunktion der Rüstungspolitik» zur Vermittlung und kausalen Verklammerung der verschiedenen innen- und aussenpolitischen Problemfelder des ‚Appeasement‘ als ein auch forschungsstrategisch ausserordentlich fruchtbarer Einstieg in die Gesamtproblematik unseres Themas erwiesen; als ein Zugang überdies, der nicht erst nachträglich aus heuristischen Gründen von der Forschung theoretisch konstruiert worden, sondern bereits den Zeitgenossen in den Aufrüstungsdebatten jederzeit voll präsent gewesen ist.

Aus der Fülle der Quellenbelege sei nur noch einmal auf den häufig herangezogenen⁵³ Zwischenbericht von Sir Thomas Inskip, Minister für die Koordination der Verteidigung, von Dezember 1937 über die künftigen Verteidigungsausgaben Grossbritanniens als Schlüssel zum Verständnis der britischen Aufrüstungs- und damit auch der ‚Appeasement‘-Politik in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre verwiesen. Inskip diskutiert hier die Möglichkeiten einer Finanzierung der für fünf Jahre 1937-1941 damals festgelegten Gesamtrüstungsausgaben in Höhe von £ 1‘500 Millionen über Steuern oder Anleihen und die Maximalsumme von Anleihen, die die Regierung sich erlauben könne. Er kommt dann auch zur breiten Palette von Konsequenzen, die die Aufrüstung zur Folge haben würde: Importsog und Reduktion der Ausfuhren, rückläufige Einnahmen, Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Beeinträchtigung der britischen Kreditwürdigkeit im Ausland, Probleme der Lastenverteilung bei der Finanzierung der Aufrüstung über Steuern oder Anleihen, Gefahren einer Inflation und einer Erschütterung des Vertrauens in die finanzielle Stabilität des Landes bei einer ungesunden Aufblähung des Anleihevolumens einerseits und Drosselung des wirtschaftlichen Aufschwunges mit deflationären Konsequenzen bei einer Finanzierung über Steuererhöhungen andererseits usw. Die immer wieder zitierte Schlussfolgerung, mit der der Minister die Stimmung im Lande treffend umschreibt, lautet: Wenn England einen künftigen Krieg siegreich bestehen wolle, müsse es seine wirtschaftliche und finanzielle Stärke ungeschmälert als «vierte Teilstreitkraft» («as a fourth arm in defence») in ihn einbringen und dürfe sich nicht vorher schon durch eine ungezügelter Aufrüstungspolitik dieser ökonomischen Verteidigungswaffen berauben. Radikal zu Ende gedacht, hiess also die Alternative: Erhaltung der Wirtschaftskraft, der industriellen und finanziellen Reserven sowie der Pfundstabilität, gemässigte Aufrüstung unter einer reinen Defensiv- und Verteidigungsstrategie mit entsprechenden defensiven Prioritäten in der Rüstung und damit Verzicht auf eine entschiedene und offensive Abschreckung auf dem Kontinent oder umgekehrt frühe und entschiedene Ausschöpfung der wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen des Landes, Inflationsgefahr, forcierte Aufrüstung und eine massive Strategie der Abschreckung und politisch-militärischen Intervention auf dem europäischen Festland. Grossbritannien ent-

schied sich zunächst eindeutig für den ersten Weg und ging den zweiten nach der Münchener Konferenz und unter dem Eindruck zunehmender Bedrohung von deutscher Seite im Winter 1938/39 nur sehr zögernd und widerwillig.

Eine Antwort auf die entscheidende Frage, warum dies so war und aus den Bedingungen der britischen Tradition wohl auch so sein musste, vermag nur eine gründliche Analyse der damaligen Schatzamtspolitik zu vermitteln. Denn dem Schatzkanzler Simon ist ebenso wie seinem Regierungschef schon früh vorgeworfen worden, durch eine allzu orthodoxe Haushalts- und Finanzpolitik die Aufrüstung praktisch blockiert, damit dem Foreign Office die Machtmittel für eine wirkungsvolle und glaubwürdige Vertretung der britischen Interessen nach aussen verwehrt und die Regierung zu einem schwächlichen Kurs der Beschwichtigung gegenüber Hitlerdeutschland gezwungen zu haben. Damit aber rückte das Schatzamt mit seiner Schlüsselrolle nicht nur für die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern weit darüber hinaus auch für die Aussen-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik und damit für das ‚Appeasement‘ in den Mittelpunkt der Diskussion. Bahnbrechend waren hier die Bücher von R. P. Shayjun.⁵⁴ und G. Peden.⁵⁵

Peden hält dem schon von dem Marineminister Duff Cooper nach seinem Rücktritt im Oktober 1938 erhobenen Vorwurf, das Schatzamt habe auf das Foreign Office und die Stabschefs einen verhängnisvoll dominierenden Einfluss gehabt und die Rüstungsanstrengungen paralyisiert, entgegen, die Wirtschaftslage Grossbritanniens habe eine unbegrenzte Aufrüstung schon vor Kriegsausbruch nicht gestattet. Der abschreckende Effekt gegen eine deutsche Aggression habe gerade darin gelegen, die Deutschen zu überzeugen, dass die Briten mit ihrer Finanz- und Wirtschaftskraft einen Krieg länger würden durchhalten, nach Kriegsausbruch die Ressourcen ihres Empires würden mobilisieren, eine Fernblockade gegen Deutschland würden verhängen und überdies noch im Ausland mit ihren aufgesparten Devisen- und Goldreserven in reichem Masse Kriegsmaterial würden einkaufen können. Wesentlich kritischer argumentiert Shay in seiner Analyse der Entscheidungsprozesse mit dem jahrelangen zermürbenden Ringen zwischen den Militärs und der Schatzamtsbürokratie und vor dem Hintergrund gesellschaftlich-politischer Klassen- und Interessenverflechtungen. Aufgrund ihrer engen Liaison mit der Geschäftswelt, der Industrie und der City seien die Konservative Partei, die Nationale Koalitionsregierung und hier vor allem die orthodoxen ‚Gralshüter‘ im Schatzamt nicht willens gewesen, die liberal-kapitalistische und unbeirrt dem Laissez-Faire-Denken anhängende Business community‘ bereits im Frieden gegen ihren Willen einer quasi-kriegswirtschaftlichen Staatskontrolle zu unterwerfen. Sie hätten deshalb die Aufrüstung nicht in dem erforderlichen Masse vorantreiben können. Statt sich an den strategischen Prioritäten der Aufrüstung und an den sicherheitspolitischen Erfordernissen des Landes zu orientieren und im Interesse einer be-

schleunigten Wehrhaftmachung gegebenenfalls sogar ‚deficit spending‘ und eine staatliche Intervention im Produktionsapparat und auf dem Arbeitsmarkt zu riskieren, habe das Schatzamt, unterstützt von der Finanzwelt der City und wie diese ganz einem gesellschaftlichen Status-Quo-Denken verpflichtet, gemeint, eine drastische Erhöhung der Staatsausgaben und ein mögliches Ingangsetzen der Inflationsspirale über ‚deficit spending‘ stellten eine grössere Gefährdung der politischen und sozialen Ordnung des Landes von innen dar als seine Bedrohung durch Deutschland von aussen. Hier wird durch Shay zweifellos ein wichtiges Element des ‚appeasement‘, die Absicherung des überkommenen liberal-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gegen eine drohende Gefährdung von innen und von aussen herausgearbeitet, zugleich aber auch implizit unterstellt, es hätte bei einem ausgaben- und verschuldungsfreudigeren Schatzamt alternativ zum kraftlosen ‚Appeasement‘ Chamberlains die Möglichkeit einer kraftvollen und auf einer starken Rüstung basierenden Abschreckungs- und Sicherheitspolitik gegeben.

Diese Argumentation, der sich wohl weder Peden noch die Mehrheit der deutschen Forscher anschliessen könnten, provoziert geradezu das Gedankenspiel einer ‚counterfactual history‘, um die Offenheit einer historischen Situation im gedanklichen Nachvollzug wiederherzustellen, mögliche Optionen und Alternativen durchzuspielen und das Gewicht persönlicher Entscheidungen der verantwortlich Handelnden wieder transparent zu machen. Beide, Peden und Shay, haben sich dieser reizvollen Aufgabe unterzogen.⁵⁶ Peden fragt, wie es wohl um die Aufrüstung bestellt gewesen wäre, wenn damals Keynes, der populäre Anwalt einer antizyklischen Konjunkturpolitik über ‚deficit spending‘, das Schatzamt geleitet hätte, und Shay formuliert die Frage, ob sich die Aufrüstung hätte beschleunigen und damit der Krieg durch eine überzeugende Politik der Abschreckung von London aus vielleicht doch noch hätte vermeiden lassen, wenn Baldwin schon 1936 durch Chamberlain als Premier ersetzt worden wäre und dieser umgehend die Industrie mit Hilfe einer zentralistischen staatlichen Planwirtschaft zielbewusst auf die Rüstung ausgerichtet und die enge Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterschaft für diesen Zweck gesucht hätte. Während Peden überzeugend darlegt, dass auch ein Schatzkanzler Keynes trotz unterschiedlicher Konzeptionen in praxi nicht einen Deut von der orthodoxen Schatzamtslinie im Interesse einer beschleunigten Wiederaufrüstung abgewichen wäre, hält es Shay zwar für möglich, dass ein alternativer Rüstungskurs mit dem frühen Einsatz eines staatsinterventionistischen Instrumentariums England im Jahre 1939 ganz anders hätte dastehen lassen. Er muss aber zugeben, dass ein solcher Kurs einer forcierten Kriegswirtschaft bereits im Frieden ganz ausserhalb des Horizontes der konservativen Eliten im Staatsapparat, in der Regierungspartei, in Handel, Finanz und Industrie lag.

‚Appeasement‘ also als eine konservative Stabilisierungs- und Immunisierungspolitik zur Erhaltung des gesellschaftlichen und ökonomischen Status

quo? Die von M. Cowling⁵⁷ vorgelegte Untersuchung zu den parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Aussenpolitik könnte diese allzu einseitige Interpretation als Klassenpolitik nahelegen. Aber auch hier gilt es, aus einer Vielzahl von Antriebskräften die gesellschaftspolitischen wie alle anderen herauszuarbeiten, ohne vorschnell Prioritäten zu setzen. Jeder fühlte, dass ein neuer Krieg oder schon eine beschleunigte Aufrüstung als Katalysatoren für tiefgreifende Veränderungen in der englischen Sozialverfassung, in der Wirtschaft, im Parteienfeld und an den Schalthebeln staatlicher Macht zugunsten von ‚labour‘ wirken würden, wie es dann ja auch tatsächlich schon während des Krieges und nach 1945 unter Attlee geschah.

Die beiden Militärhistoriker M. Howard und N. Gibbs behandeln die Wiederaufrüstung der drei Teilstreitkräfte, strategische und militärische Planungen, rüstungspolitische Entscheidungen in der Regierung sowie die bündnispolitische Allianzproblematik und diskutieren die Zwänge der britischen Verteidigungspolitik unter der doppelten Prämisse, dass England aufgrund der wachsenden Diskrepanz zwischen Weltmachtanspruch und reduziertem Machtpotential nicht mehr stark genug war, der Gefährdung seiner Sicherheit und der des Empires global an mehreren Fronten gleichzeitig entgegenzutreten und dass ihm die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen für einen gleichmässigen Ausbau aller drei Teilstreitkräfte fehlten.

Entsprechend den Vorstellungen des Schatzkanzlers, der «strikt gegen eine grössere Anstrengung Grossbritanniens in einem Kontinentalkrieg» eingestellt war und «eher eine Strategie (befürwortete), in der das Vereinigte Königreich seine Anstrengungen auf See- und Luftoperationen konzentrierte»,⁵⁸ fielen denn auch die Entscheidungen für die eindeutig defensiv ausgerichteten Rüstungsprioritäten: das Heer selbst und seine mögliche Rolle als Expeditionskorps auf dem Kontinent wurden auf den letzten Rang verwiesen. Hier trat erst im Frühjahr 1939 eine Wende zugunsten eines stärkeren militärischen Engagements auf dem Kontinent an der Seite Frankreichs ein. Demgegenüber nahmen die Flotte für die Verteidigung der Seeverbindungen sowie die Luftwaffe eine eindeutig höhere Priorität ein; letztere jedoch mehr als «Inselluftwaffe» (Gibbs) mit dem klaren Ziel einer Verteidigung der Insel gegen den gefürchteten ‚knock-out-blow‘ auf London durch einen Ausbau der Jägerwaffe und der Luftabwehr und weniger als Offensivluftwaffe zum Einsatz gegen Deutschland. So waren also auch Militärstrategie und Rüstungsproduktion zunächst eindeutig auf ‚Appeasement‘ im Sinne von Defensive und gemässiger Abschreckung ausgerichtet, nicht jedoch auf ein machtvoll militärisches Eingreifen auf dem Kontinent.

Stellen wir noch einmal die Frage, ob und inwieweit das ‚Appeasement‘ eine angemessene und wirkungsvolle Gegenstrategie gegen die globale sicherheitspolitische Herausforderung der Stellung Grossbritanniens und seines Weltreiches gewesen ist. Eine einigermaßen erschöpfende Antwort, die überdies nicht aus den späteren Erfahrungen im Umgang mit den Diktatoren ex eventu konstruiert und insofern unhistorisch ist, sondern ihre Begründung in den Bedingungen und Möglichkeiten der damaligen Zeit selbst finden muss, darf das schwierige Problem nicht ausklammern, wie denn nun die Sicherheitslage und die Bedrohung von aussen von den Zeitgenossen subjektiv wahrgenommen und eingeschätzt wurden. Es gilt, die ‚Fremd-‘ resp. ‚Feindbilder‘ von damals und ihre Perzeption durch die Entscheidungsträger zu rekonstruieren und mit dem ‚Appeasement‘ in Verbindung zu setzen. Die Frage muss lauten: Wer hat wann welche Bedrohung wahrgenommen oder überhaupt wahrnehmen können, wie wurde sie eingeschätzt, und in welcher Form haben dann Wahrnehmungen und Einschätzung angemessenen Eingang in die Entscheidungsprozesse der politisch Verantwortlichen gefunden?

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, dass es etwa zwanzig Jahre gedauert hat, bis nicht nur das gängige Klischee vom ‚Appeasement‘ eine Revision in Richtung auf eine stärkere Objektivierung und Differenzierung erfahren sollte, sondern bis auch das Bild vom Dritten Reich, seinem Herrschaftssystem, seinem ‚Führer‘ und seiner Aussenpolitik, das sich Zeitgenossen wie Nachlebende lange gemacht haben, auf eine grössere Realitätsnähe hin langsam revidiert worden ist.⁵⁹ Erst dann können wir die enormen Schwierigkeiten ermessen, mit denen sich die englischen Staatsmänner konfrontiert sahen, als es galt, sich aus dem Wust von oft widersprüchlichen Informationen aus Deutschland ein einigermaßen treffendes und realitätsbezogenes Bild vom Dritten Reich, seinen aussenpolitischen Zielen und seinen inneren Machtkonstellationen zu machen und darauf dann eine in sich konsistente Deutschlandpolitik zu gründen. Angesichts der Fülle der anstehenden aussenpolitischen Probleme ging es aber nicht nur um ein isoliertes Deutschlandbild und seine Verarbeitung, sondern um eine Vielzahl von Länderbildern, ‚Feindlagen‘ und internationalen Sicherheitskonstellationen, die permanent perzipiert, eingeschätzt und mit dem Zwang zur Prioritätensetzung in Abwehrstrategien umgesetzt werden mussten. Vieles spricht dafür, dass die Engländer die tendenziell grenzenlose Dynamik des Nationalsozialismus und die überhitzte Militarisierung und Gewalttätigkeit seines Programmes und seiner Politik lange nicht und, wenn überhaupt, erst zu spät erkannt haben oder auch erkennen wollten, vielleicht um sich nicht selbst bis zuletzt die Möglichkeit abzuschneiden, den Gegenspieler in Berlin auf die «Normalität» rationalen Verhaltens, auf Kompromissfähigkeit, Vertragstreue und ein konsensfähiges «general settlement» am Konferenztisch festzulegen.

Hier ist jedenfalls das äusserst komplizierte Feld der Perzeption eines ‚Feind-‘ oder ‚Fremdbildes‘ und der kollektiven politischen Wahrnehmungspsychologie angesprochen. Trotz der bahnbrechenden ersten Forschungen von Meyers⁶⁰ und der informativen Ausführungen von Niedhart⁶¹ ist es bisher weder methodisch und theoretisch noch empirisch hinreichend aufgearbeitet. Einen Versuch in diese Richtung stellt der Sammelband «Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts» dar.⁶² Es wird hier sorgfältig zu fragen sein, ob es mehrere Deutschlandbilder unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Entscheidungseliten und Gruppen gab, in welcher Nähe oder Ferne sie zu den Schalthebeln der Macht jeweils standen, aus welchen Informationen sie sich speisten, wie weit diese Informationen – wofür es viele überzeugende Hinweise gerade im Zusammenhang mit der deutschen Aufrüstung gab! – von der Regierung je nach Interessenlage möglicherweise gefiltert, selektiert oder zurechtgebogen wurden, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, wie weit sie der Wirklichkeit entsprachen oder auch nur zur nachträglichen Legitimation von längst aus anderen Gründen getroffenen Entscheidungen dienten, wie weit sie überhaupt für die Lagebeurteilung und Definition einer bestimmten aussenpolitischen Situation herangezogen und wie weit sie dann entscheidungsrelevant und am Ende in praktische Aussen- und Sicherheitspolitik umgesetzt wurden.

Hier stellen sich also für die ‚Appeasement‘-Forschung in einem wichtigen und unverzichtbaren Sektor noch immense Probleme methodischer, psychologisch-kognitiver, quellenkritischer und anderer Art, so dass es verfrüht wäre, schon von gesicherten Ergebnissen zu sprechen.

VI

Die oben gemachten Ausführungen zum «liberalen Modell der Friedenssicherung» aus den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts und zum reformliberalen aussenpolitischen Denken Gladstones und Cobdens haben deutlich gemacht, dass jenseits der politisch-pragmatischen Ebene auch noch recht langfristige ideologisch-programmatische Traditionslinien der britischen ‚Appeasement‘-Politik für die Zeitgenossen einen hohen Grad von Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit gehabt haben. Obwohl es sicher unhistorisch wäre, wollte man den britisch-deutschen Antagonismus damals zu einem ideologischen Konflikt, zu einer Art ‚Glaubenskrieg‘ zwischen Demokratie und Diktatur hochstilisieren, bleibt doch festzuhalten, dass die dreifache Bedrohung durch den Totalitarismus sehr wohl als eine grundsätzliche Herausforderung an die Belastbarkeit des liberal-demokratischen westlichen Systems verstanden wurde. Das Bild von der «Demokratie auf dem Prüfstand»⁶³ war überall gegenwärtig. Dies führt auf die interessan-

te und wichtige Frage, die K. Rohe im Anschluss an vergleichende Studien zur Haltung der drei Westmächte, Grossbritannien, Frankreich und USA, gegenüber dem Dritten Reich resümierend gestellt hat.⁶⁴ War es klassische Grossmachtrivalität oder ein Kampf zwischen Demokratie und Diktatur? Gab es so etwas wie eine ‚Äquidistanz‘ zwischen den vier Grossmächten, m. a. W. war jede dieser Mächte mit der anderen grundsätzlich koalitions- oder auch konfliktfähig? Schon im Ersten Weltkrieg hat M. Scheier den weitverbreiteten Deutschenhass in Grossbritannien mit der tiefen Abneigung der «stark pazifisierten, unkriegerischen und hochkapitalisierten Völker» des Westens gegen den an sich friedfertigen, aber bedrohlich erscheinenden deutschen «Gesinnungsmilitarismus» zu erklären versucht.⁶⁵

Ganz ähnlich bemüht sich Rohe, die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen ‚Appeasement‘ und nationalsozialistischer Aussenpolitik letztendlich aus gegensätzlichen politischen Kulturen heraus zu deuten. Er geht aus von dem durch unterschiedliche Traditionslinien seit dem 19. Jahrhundert und eine unterschiedliche geostrategische Lage bedingten Gegensatz zwischen einer ‚zivilen Gesellschaft mit einem stark pazifistischen Einschlag damals in der Bevölkerung in England und einer militarisierten Gesellschaft in Deutschland.

Politische Kultur‘ definiert nach Rohe «gleichsam den Handlungsrahmen oder Möglichkeitsspielraum, innerhalb dessen sich konkretes politisches Handeln bewegt»,⁶⁶ ohne freilich konkrete Interessen- und Lageanalysen in der internationalen Politik sowie die Notwendigkeit einer Analyse ihrer institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Antriebskräfte ersetzen zu können. Seiner selbst gemachten Vorbehalte stets eingedenk folgert Rohe, «dass entwickelte bürgerlich-liberale Demokratien auf industriekapitalistischer Grundlage ein substantielles Interesse am Frieden und nicht am Krieg besitzen, weil nur so die für sie kennzeichnenden materiellen und ideellen Interessen dauerhaft realisiert werden können».⁶⁷ ‚Appeasement‘ ist nach Rohe im Sinne einer nicht-konfrontativen Aussenpolitik Ausdruck einer wesentlich an der Erhaltung des gesellschaftlichen und politischen Status quo orientierten Position konservativer Eliten in einer Demokratie. Die ‚Appeasement‘-Politik habe weiterhin die Funktion gehabt und diese erfolgreich wahrgenommen, «einen Grundkonsens über eine gemeinsame politisch-gesellschaftliche Lebensweise zu bewahren»,⁶⁸ in den Krieg hinein und über den Krieg hinweg zu retten und die Nation vor allem unter Einschluss der Arbeiterschaft ziemlich geschlossen dahin zu führen, «die Unvermeidbarkeit eines Krieges mit dem Dritten Reich zu akzeptieren»⁶⁹ und für diesen Krieg ein Höchstmass an Kräften zu mobilisieren.

Die Problematik des Begriffes politische Kultur‘ für den transnationalen Vergleich liegt auf der Hand und wird auch von Rohe eingeräumt: Zum einen lässt sich der Begriff selbst nicht eindeutig definieren, zum anderen ist seine Vermittlung mit anderen historischen Untersuchungsebenen sicher noch zu leisten; schliesslich noch zwei Einwände zur konkreten Anwendung:

das geostrategische Erklärungsmoment würde nur bei einem umfassenderen Vergleich einer Vielzahl politischer Kulturen überzeugen oder dann vielleicht auch fragwürdig werden; die auch von Rohe sehr bestimmt markierte Traditionslinie der politischen Kultur' in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich unterschätzt m. E. doch die mehr singulären Elemente im Nationalsozialismus. Dennoch sind Rohes Argumente erwägenswert und für England sicher in vielem zutreffend; sie weisen einen Weg zur Lösung des ausserordentlich schwierigen Problems transnationaler komparatistischer Forschung.

Anmerkungen

¹ Donald Cameron Watt, Appeasement. The Rise of a Revisionist School?, in: Political Quarterly 36 (1965), S. 191 ff, dt. Fassung in: Gottfried Niedhart (Hg.), Kriegsbeginn 1939, Darmstadt 1976, S. 302ff.

² Gottfried Niedhart, Appeasement. Zur Inflationierung eines Begriffes und zum Primat des Friedens im industrialisierten England, in: Neue Politische Literatur XXVI (1981), S. 171 ff.

³ Zum Forschungsstand vgl. Gustav Schmidt, England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930-1937), Opladen 1981, S. 22f, Anm. 4.

⁴ Hans Herzfeld, Zur Problematik der Appeasement-Politik, in: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein, Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. v. Waldemar Besson, Göttingen 1963, S. 161 ff.

⁵ Watt, Appeasement, in: Niedhart, Kriegsbeginn, S. 331.

⁶ Ebd., S. 327.

⁷ Ebd., S. 331.

⁸ Ein gelungenes Beispiel für diese Interdisziplinarität bei Paul M. Kennedy and J. E. Spence (Co-Ed.), A Special Number on Appeasement, in: British Journal of International Studies 6 (1980), S. 181 ff.

⁹ Paul A. Kennedy, The tradition of appeasement in British foreign policy 1865-1939, in: British Journal of International Studies 2 (1976), S. 195 ff.

¹⁰ Reinhard Meyers, Die vierte Teilstreitkraft. Industrie, Handel und Finanz in der britischen Aufrüstung der dreissiger Jahre, in: Neue Politische Literatur XXVI (1981), S. 191 ff.

¹¹ Kennedy, tradition, S. 196.

¹² Wolf D. Gruner, Frieden, Krieg und politisch-soziales System. Überlegungen zu den britisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978), S. 921 ff.; ders., The British political, social and economic system and the decision for peace and war: reflections on Anglo-German relations 1800-1939, in: Kennedy and Spence, Appeasement, S. 189 ff.

¹³ Wolf D. Gruner, «British Interest» in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918-1938, in: Karl Bosl (Hg.), Gleichgewicht-Revision-Restoration. Die Aussenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vorortverträge, München 1976, S. 85ff.; ders., «British Interest» und Friedenssicherung. Zur Interaktion von britischer Innen- und Aussenpolitik im frühen 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 92ff; Klaus Hildebrand, «British Interest» als Staatsräson. Grundlagen britischer Aussenpolitik im 19. Jahrhundert. Untersucht am Beispiel der Beziehungen zwischen Grossbritannien und Preussen in den Jahren 1866-1870, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim 22 (1973), Heft 2; ders., «British Interest» und «Pax Britannica». Grundfragen englischer Aussenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 623ff.

- ¹⁴ Gruner, Frieden, S. 957.
- ¹⁵ Gruner, «British Interest» in der Zwischenkriegszeit, S. 148.
- ¹⁶ Niedhart, Appeasement, S. 172f.
- ¹⁷ Reinhard Meyers, Britische Sicherheitspolitik 1934-1938, Düsseldorf 1976.
- ¹⁸ Vgl. Anm. 3; eine Zusammenfassung seiner Thesen gibt Schmidt in seinem Aufsatz «Politisches System und Appeasement-Politik 1930-1937. Zur Scharnierfunktion der Rüstungspolitik für die britische Innen- und Aussenpolitik», in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/79, S. 377ff.; ders., Das Zusammenspiel sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und ideologischer Faktoren in der englischen Weltpolitik und die Restrukturierung der internationalen Politik, in: Karl Rohe (Hg.), Die Westmächte und das Dritte Reich 1933-1939, Paderborn 1982, S. 29ff.
- ¹⁹ Gilbert Ziebura u.a., Bestimmungsfaktoren der Aussenpolitik in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1974.
- ²⁰ Michael Howard, The Continental Commitment: The Dilemma of British Defence Policy in the Era of the two World Wars, London 1972.
- ²¹ Norman H. Gibbs, Grand Strategy Bd. 1: Rearmament Policy, London 1976.
- ²² Ritchie Owendale, «Appeasement» and the English Speaking World, Cardiff 1975.
- ²³ Reinhard Meyers, Die Dominions und die britische Europapolitik der dreissiger Jahre, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1974, S. 173ff.
- ²⁴ Rainer Tamchina, In Search of Common Causes: The Imperial Conference of 1937, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 1 (1972), S. 79 ff.; ders., Commonwealth and Appeasement. Die Politik der britischen Dominions, in: Neue Politische Literatur XVII (1972), S. 471 ff.
- ²⁵ Bernd-Jürgen Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933-1939, Düsseldorf 1971; ders., Economic Appeasement: Das Gewicht einer ökonomischen Krisenstrategie in der britischen Innen- und Aussenpolitik, in: Karl Rohe (Hg.), Westmächte, S. 57 ff; ders., «Economic Appeasement – a Crisis Strategy, in: Wolfgang J. Mommsen/Lothar Kettenacker (Hg.), The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement, London/Boston/Sydney 1983, S. 157ff.
- ²⁶ Callum A. MacDonald, The United States, Britain and Appeasement, 1936-1939, Basingstoke/London 1981.
- ²⁷ David Reynolds, The Creation of the Anglo-American Alliance 1937-41. A Study in Competitive Co-operation, London 1981.
- ²⁸ Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939. Zur Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes vor dem Zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 1970.
- ²⁹ Klaus Schwabe, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.
- ³⁰ Gottfried Niedhart, Grossbritannien und die Sowjetunion 1934-1939. Studien zur britischen Aussenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972; ders., Der Bündniswert der Sowjetunion im Urteil Grossbritanniens 1936-1939, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1971), S. 55ff.
- ³¹ Oswald Hauser, England und das Dritte Reich, Bd. 1: 1933-1936, Stuttgart 1972, Bd. 2: 1936-1938, Göttingen/Zürich 1982.
- ³² Williamson Murray, The Change in the European Balance of Power, 1938-1939. The Path to Ruin, Princeton 1984.
- ³³ Niedhart, Grossbritannien und die Sowjetunion, S. 229.
- ³⁴ Ebd., S. 233.
- ³⁵ Vgl. dazu den informativen Sammelband von Gottfried Niedhart (Hg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983.
- ³⁶ Niedhart, Bündniswert, S. 64.
- ³⁷ Von mir kritisch rezensiert in Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 725 ff.

³⁸ So Paul Kluge, Grossbritannien und das Commonwealth in der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit, in: Theodor Schieder (Hg.), Handbuch der Europäischen Geschichte, Stuttgart 1979, Bd. 7,1, S. 384, Anm. 27.

³⁹ Rohe, Westmächte, S. 196.

⁴⁰ Gottfried Niedhart, Weltherrschaft versus World Appeasement. Konkurrierende Friedensmodelle und aussenpolitisches Konfliktverhalten europäischer Grossmächte im 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur XXIII (1978), S. 281 ff; ders., Das liberale Modell der Friedenssicherung: allgemeine Grundsätze und Realisierungsversuche im 19. und 20. Jahrhundert; in: Frieden und Friedenssicherung in Vergangenheit und Gegenwart. Symposium der Universitäten Tel Aviv und Mannheim 19.-21. Juni 1979, 1984, S. 67ff.

⁴¹ Kennedy, tradition, S. 196.

⁴² Schmidt, England, S. 616.

⁴³ Gustav Schmidt, Korreferat zum Beitrag Wendt, in: Sechste deutsch-britische Schulbuchkonferenz vom 26.-29. 10. 1976 in Braunschweig, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht XVII (1976), S. 281.

⁴⁴ Schmidt, England, S. 35; S. 617 etwas zurückgenommen als «eine wesentlich innenpolitisch bedingte Krisenstrategie».

⁴⁵ Ebd., S. 27, Anm. 12.

⁴⁶ Ebd., S. 34f.

⁴⁷ Ebd., S. 606.

⁴⁸ Ebd., S. 42f.

⁴⁹ Niedhart, Appeasement, S. 185ff.

⁵⁰ Ebd., S. 189.

⁵¹ Ebd., S. 187.

⁵² Die Ergebnisse dieser Tagung sind zusammengefasst in dem unter Anm. 15 genannten Sammelband hg. v. Wolfgang J. Mommsen und Lothar Kettenacker.

⁵³ Meyers, Vierte Teilstreitkraft, S. 191 f; R. A. C. Parker, Ökonomie, Aufrüstung und Aussenpolitik Grossbritanniens vor 1939, in: Friedrich F. Forstmeier/Hans-Erich Volkmann, Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 264ff.

⁵⁴ Robert P. Shay iun., British Rearmament in the Thirties: Politics and Profits, Princeton 1977.

⁵⁵ George C. Peden, British Rearmament and the Treasury: 1932-39, Edinburgh 1979.

⁵⁶ Robert P. Shay, Had Baldwin Resigned in 1936: a Speculative Essay, in: Mommsen/Kettenacker, Fascist Challenge, S. 89 ff.; G. C. Peden, Keynes, the Economics of Rearmament and Appeasement, ebd., S. 142ff.

⁵⁷ Maurice Cowling, The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933-1940, London 1975.

⁵⁸ Norman H. Gibbs, Das britische Aufrüstungsprogramm 1933 bis 1939 und das Ausmass seiner Abhängigkeit von der Entwicklung in Deutschland, in: Forstmeier/Volkmann, Wirtschaft und Rüstung, S. 260f.

⁵⁹ Unter welchen Spannungen und Kontroversen sich diese Revision bis heute vollzieht, verdeutlicht exemplarisch der Sammelband von Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der «Führerstaat». Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.

⁶⁰ Vgl. Anm. 17.

⁶¹ Gottfried Niedhart, Perzeption und Politik im Umgang mit der Sowjetunion, in: ders. (Hg.), Der Westen und die Sowjetunion, S. 7 ff; ders., Perzeption und Image als Gegenstand der Geschichte von den internationalen Beziehungen. Eine Problemskizze, in: Bernd-Jürgen Wendt (Hg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1984.

⁶² Vgl. Anm. 61.

⁶³ Bernd-Jürgen Wendt, Grossbritannien – Demokratie auf dem Prüfstand: Appeasement als Strategie des Status quo, in: Erhard Forndran/Frank Golczewski/Dieter Riesenberger (Hg.), Innen- und Aussenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung, Opladen 1977, S. 11 ff.

- ⁶⁴ Karl Rohe, Die Westmächte und das Dritte Reich, 1933-1939. Zusammenfassungen-Fragen-Perspektiven, in: ders. (Hg.), Westmächte, S. 181 ff.
- ⁶⁵ Zit. nach Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, München 1964, S. 9.
- ⁶⁶ Rohe, Westmächte, S. 192.
- ⁶⁷ Ebd., S. 195.
- ⁶⁸ Ebd., S. 200.
- ⁶⁹ Ebd.

Das Jahr 1933 und seine Folgen für die arabischen Länder des Vorderen Orients

Der deutsche Islamwissenschaftler, der es unternimmt, die Folgen der Politik Hitlers für den Vorderen Orient darzulegen, gerät in ein Dilemma. Als Deutscher kann er an Hitler nicht denken, ohne sich der fürchterlichen Wirkungen bewusst zu sein, die diese unheilvolle Gestalt auf Deutschland und alle die Länder und Völker ausgeübt hat, mit denen sie unmittelbar in Berührung gekommen ist. Als Islamwissenschaftler hingegen ist es seine Aufgabe, die Geschichte nicht von einem eurozentrischen oder gar germanozentrischen Standpunkt aus zu betrachten, sondern er muss die Region in den Mittelpunkt stellen, die in seine Kompetenz fällt: den Vorderen Orient. Wenn er so einen Standpunkt einnimmt, der ausserhalb des unmittelbaren Wirkungskreises Hitlers liegt, verändern sich mit den Perspektiven die Dimensionen. Ich nehme ein Ergebnis meiner Überlegungen vorweg und sage: von der Geschichte des Vorderen Orients her betrachtet, erscheint Hitler nicht weniger unheilvoll, aber er erscheint kleiner. Das mag uns schockieren, doch im Sinne einer deutschen Vergangenheitsbewältigung ist diese Feststellung vielleicht nicht einmal unwichtig.

Deutschland hatte im 19. Jahrhundert nicht unbeträchtliche wirtschaftliche und kulturelle Interessen im Vorderen Orient entwickelt.¹ Die aufstrebende deutsche Industrie hatte dort Märkte für ihre Produkte gefunden. Kirchliche Organisationen hatten Schulen, Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen geschaffen, die zunächst religiöse Ziele verfolgten, aber auch allgemeine kulturelle Bedeutung gewannen. Von den ebenfalls diskutierten Siedlungsprojekten war allerdings nur eines in nennenswertem Umfang verwirklicht worden: die Kolonien der württembergischen Templer in Palästina.² Parallel zu diesen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen fiel erst Preussen und dann dem Deutschen Reich ein Platz im Konzert der europäischen Mächte zu, der es ihnen ermöglichte, sie aber auch zwang, eine politische Rolle im Vorderen Orient zu spielen. So war ein starker deutscher Einfluss im Osmanischen Reich und dessen Teilnahme am ersten Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte zustande gekommen.

Nach dem verlorenen Krieg befand sich das Deutschland der Weimarer Republik nicht mehr in einer Lage, die es ihm erlaubt hätte, im Vorderen

Orient grosse Aktivitäten zu entfalten. Seine Aussenpolitik musste sich fast ausschliesslich auf zwei Ziele richten: auf eine Revision der harten Friedensbedingungen und auf die Wiederanknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen, die es zum Überleben brauchte. Tatsächlich kam es zu einem nicht unbedeutenden Handelsaustausch mit Ägypten und Palästina, der allerdings erheblichen Schwankungen im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftslage unterworfen war.³ Ausserdem wurde erreicht, dass viele der kirchlichen Institutionen ihre Tätigkeit wiederaufnehmen und auch die Templer in ihre Kolonien zurückkehren konnten. Im Übrigen war es für die Berliner Regierung dominierendes politisches Gebot, mit Grossbritannien und Frankreich ein erträgliches Verhältnis herzustellen. So kam gar nichts anderes in Betracht, als das neue politische System, das diese beiden Mächte nach dem Krieg im Vorderen Orient aufbauten, zu akzeptieren. Das galt natürlich auch dann weiter, als Deutschland durch die Aufnahme in den Völkerbund 1926 und seine Mitgliedschaft in dessen Mandatskommission 1927 ein formales Mitspracherecht erlangte. In dieser Situation konnten die Deutschen auf die an sie herangetragenen Wünsche arabischer Nationalisten, deren Kampf gegen die imperialistischen Mächte zu unterstützen, nicht eingehen. Hinzu kam noch, dass die Berliner Regierung die zionistische Einwanderung nach Palästina prinzipiell förderte. Auch hierbei war ein gewichtiges Motiv die Hoffnung, dass die Ansiedlung deutscher Juden den Export deutscher Waren vorantreiben werde.⁴

Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 wurde die deutsche Politik auf eine ganz neue ideologische Grundlage gestellt, und es wurden neue politische Methoden eingeführt. Trotzdem ist zu konstatieren, dass die nationalsozialistische Regierung im Vorderen Orient an die politischen Linien anknüpfte, die die Weimarer Republik verfolgt hatte. Es blieb bei dem deutschen Interesse an den Märkten des Vorderen Orients. Es blieb bei der Rücksichtnahme, wenn schon nicht auf Frankreich, so doch auf Grossbritannien, das Hitler sich als Bundesgenossen erträumte. Es blieb bei einer entschiedenen Zurückhaltung gegenüber den arabischen Nationalbewegungen. Sogar in dem Bereich, in dem sofort und unmittelbar ein Hauptelement der nationalsozialistischen Ideologie – der Antisemitismus – zur Wirkung kam, nämlich in der Palästina-Politik, blieb die Hitler-Regierung lange Zeit bei der Förderung der zionistischen Auswanderung nach Palästina, die ihre Vorgänger eingeleitet hatten.

Dennoch ist nicht zu verkennen, dass das Auftreten des Nationalsozialismus in Europa sich auch im Vorderen Orient schwerwiegend ausgewirkt hat. Wir betrachten zunächst Hitlers Politik gegenüber dem Zionismus, dann sein Verhalten gegenüber den nationalen Bestrebungen der arabischen Länder, fragen ferner nach faschistoiden Tendenzen in diesen Ländern und wenden uns am Schluss den allgemeinen Folgen der Hitlerschen Politik zu.

I. Hitlers Politik gegenüber dem Zionismus

Zu den wesentlichen Bestandteilen der nationalsozialistischen Ideologie gehören Rassismus und Antisemitismus. Für Hitler waren die Juden der Feind schlechthin, den er für alles Unheil der deutschen Vergangenheit und Gegenwart verantwortlich machte. Die Beseitigung der Juden aus Deutschland und die Bekämpfung der «jüdischen Weltverschwörung», an die er glaubte, waren für ihn vorrangige Ziele.

Mit diesem Antisemitismus war natürlich auch die prinzipielle Ablehnung des Zionismus verbunden; das jüdische Streben nach einer Nationalheimstätte wurde als Versuch hingestellt, der «jüdischen Weltverschwörung» einen territorialen Stützpunkt zu verschaffen. Aber andererseits bot der Zionismus einen schnell begehbaren Weg zur Vertreibung der Juden. «Die Juden nach Palästina!» war seit Langem eine Standardforderung der Antisemiten. Als sich obendrein die Möglichkeit ergab, aus der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina sogar wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, liessen Hitler und seine massgeblichen Mitarbeiter etwa noch vorhandene Bedenken fallen und traten schon bald nach der Machtübernahme mit zionistischen Vertretern in Kontakt. Hieraus entstand im August 1933 das sogenannte Haavara-Abkommen.⁵

Haavara bedeutet Transfer. Die britischen Mandatsbehörden in Palästina liessen jährlich nur eine bestimmte Zahl von Einwanderern zu, die nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes festgesetzt wurde; darüber hinaus durften jedoch sogenannte «Kapitalisten» einwandern, die mindestens 1'000 Palästina-Pfund Kapital mitbrachten. Die Zionisten hatten ein hohes Interesse daran, dass trotz der in Deutschland bestehenden Devisenbeschränkungen jüdischen Auswanderern dieser Betrag zugestanden und darüber hinaus der Transfer ihres restlichen Vermögens nach Palästina ermöglicht wurde. Dafür fand man den Weg, dass die Auswanderer ihr liquides Vermögen in Deutschland einer Treuhandstelle überschrieben. Diese stellte ihnen die für das «Kapitalisten-Zertifikat» erforderlichen Devisen zur Verfügung; den Rest des überschriebenen Vermögens verwendete man zur Finanzierung des Exports deutscher Waren nach Palästina, deren Erlös dann wieder an die Auswanderer ging.

Die Zionisten erreichten damit 1. eine vermehrte Zulassung deutscher Juden nach Palästina; von den ca. 50'000, die von 1933 bis 1939 einwanderten, kamen 20'000 aufgrund von «Kapitalisten-Zertifikaten».⁶ 2. wurde auf diese Weise ein Kapitalzustrom bewirkt, der für die wirtschaftliche Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina lebenswichtig war. 3. aber schuf das Abkommen eine gewisse Gewähr dafür, dass Hitler-Deutschland eine beträchtliche Zahl Juden auswandern lassen würde. Denn auch dieses erlangte ausser der Genugtuung, so viele Juden emigrieren zu sehen, erhebliche Vorteile: 1. erlaubte es das Transfer-Abkommen, einen stattlichen Teil der transferierten Vermögen im Rahmen eines formal «ordnungsgemässen»,

von den Betroffenen akzeptierten Verfahrens einzubehalten. 2. wurde der Export deutscher Industrieprodukte gefördert. 3. machte das Abkommen es möglich, auf die zionistischen Partner Druck auszuüben, damit sie ihren Einfluss aufwendeten, um den internationalen Gegenboykott deutscher Waren in Grenzen zu halten, der als Antwort auf den Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland seit dem 1. April 1933 eingeleitet worden war.

Die zionistischen Vertreter, die das Haavara-Abkommen mit der Hitler-Regierung schlossen und durchführten, setzten sich einer scharfen Kritik aus, die bis zum heutigen Tage immer wieder zur Sprache kommt. Sogar innerhalb der zionistischen Bewegung gab es entschiedene Opposition gegen jede Form der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, selbst wenn sie den Juden einige Vorteile brachte. Das führte dazu, dass die Exekutive der Zionistischen Weltorganisation ihre Beteiligung an dem Abkommen zunächst bestritt und sich erst später dazu bekannte.⁷

Auch auf der deutschen Seite war das Haavara-Abkommen keineswegs unumstritten. Im Jahre 1937 entstand eine Diskussion über sein Für und Wider, bei der sowohl ideologische Gründe wie «realpolitische» Erwägungen laßt wurden.⁸ Im Auswärtigen Amt hatte man inzwischen begonnen, die Möglichkeiten eine arabischen Politik zu erwägen, und erkannte, dass das Abkommen mit den Zionisten hierfür ein Hindernis war. So erklärte Reichsaussenminister v. Neurath in seiner Weisung vom 1. Juni 1937, von der noch eingehender die Rede sein wird:

«Bildung eines Judenstaates [.. .] liegt nicht im deutschen Interesse, da ein Palästina-Staat das Weltjudentum nicht absorbieren, sondern zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis für internationales Judentum schaffen würde etwa wie Vatikan-Staat für politischen Katholizismus oder Moskau für Komintern.»⁹

Aber Hitler persönlich entschied Anfang 1938, «dass die jüdische Auswanderung nach Palästina nach wie vor mit allen Mitteln gefördert werden sollte».¹⁰ Daraufhin arbeiteten Gestapo und SD mit zionistischen Untergrundorganisationen sogar bei der illegalen Einwanderung nach Palästina zusammen, die die Immigration Sperre der britischen Behörden unterlief.¹¹ Erst der Kriegsausbruch 1939 setzte diesen Aktionen ein Ende.

II. Hitlers Politik gegenüber den Arabern

Die Förderung der jüdischen Einwanderung nach Palästina von 1933 bis 1939 macht deutlich, dass die Hitler-Regierung die arabischen Interessen nicht zur Kenntnis nahm. Die Diplomatie der Weimarer Republik hatte den Standpunkt vertreten, die Araber besäßen keine Rechtsansprüche in Palästi-

na, da sie jahrhundertlang nichts getan hätten, um das Land zu entwickeln, und da sie für die Selbstregierung nicht reif seien.¹² Hitler konnte auf solche scheinbar rationalen Argumente verzichten, da sein Rassismus nicht nur eine rabiate Judenfeindschaft, sondern auch eine abgrundtiefe Verachtung aller nichteuropäischen Völker begründete. Im 14. Kapitel seines Buches «Mein Kampf» formuliert er unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die britische Herrschaft in Indien und Ägypten seine Überzeugung wie folgt:

«Als völkischer Mann, der den Wert des Menschentums nach rassistischen Grundlagen abschätzt, darf ich schon aus der Erkenntnis der rassistischen Minderwertigkeit dieser sogenannten unterdrückten Nationem nicht das Schicksal des eigenen Volkes mit dem ihren verketten.»¹³

Entsprechend brachte er in seiner Grundsatzerklärung vom November 1937, die wir durch die berühmte Hossbach-Niederschrift kennen, die Auffassung zum Ausdruck, dass die Widerstände gegen das britische Empire weniger in den eroberten Ländern – also bei den nationalen Befreiungsbewegungen – lägen als bei den Konkurrenten – d.h. bei den anderen kolonialistischen Mächten.¹⁴ Speziell die Araber hat Hitler einmal «lackierte Halbaffen» genannt, «die die Knute spüren wollen».¹⁵ Dass eine solche Grundhaltung es ihm unmöglich machte, die nationalen Bestrebungen der arabischen Völker zu verstehen, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Andere Faktoren, die der Entwicklung einer deutschen Araberpolitik im Wege standen, waren die erwähnte Rücksichtnahme der Hitler-Regierung auf Grossbritannien und das Bündnis mit Italien; Hitler räumte den Italienern grundsätzlich den Mittelmeerraum und den Vorderen Orient als ihre Interessensphäre ein. Allerdings wirkten diese beiden Faktoren nicht immer und überall im gleichen Masse. Hitlers Verhältnis zu Grossbritannien war Schwankungen unterworfen, in deren Verlauf es ihm bisweilen opportun scheinen mochte, durch Aktivitäten im Vorderen Orient Druck auf London auszuüben. Andererseits bedeutete das Bündnis mit Rom keine perfekte Koordination und kein uneingeschränktes Vertrauen, so dass Berlin hier und da doch zu selbständigen Aktionen schritt – dies umso mehr, als die Sympathien, die die Italiener in den arabischen Ländern genossen, durch ihre Kolonialpolitik in Libyen und Äthiopien erheblich beeinträchtigt wurden.

Ferner ist zu erkennen, dass die deutsche Politik in sich keineswegs einheitlich war. Ausser Hitler als dem «Führer» und dem Auswärtigen Amt als der zuständigen Behörde nahmen zahlreiche andere Stellen auf die Aussenpolitik Einfluss: das Aussenpolitische Amt und die Auslandsorganisation der NSDAP, das Propagandaministerium, das Kriegsministerium usw.¹⁶ Dabei kamen z.T. recht unterschiedliche Motive und Auffassungen zur Geltung.

Natürlich bemühten sich die zuständigen deutschen Stellen routinemässig, gute Beziehungen zu den Regierungen und der Öffentlichkeit der arabischen

Länder zu pflegen und darüber hinaus Verständnis und Sympathien für die Hitler-Regierung zu wecken. Dazu wurde eine umfangreiche Propaganda entfaltet. Gelegentlich kam es zu gezielten Aktionen, etwa als in Ägypten die jüdische Gemeinde gleich nach der Machtübernahme Hitlers 1933 aktiv wurde, um auf den nunmehr in Deutschland hervorbrechenden Antisemitismus hinzuweisen. Ägyptische Juden schlossen sich den internationalen Bestrebungen an, einen Boykott deutscher Exportwaren zu organisieren. Als ein Anhänger der örtlichen NSDAP in der deutschen Kolonie eine in deutscher und französischer Sprache verfasste Schrift «Zur Judenfrage in Deutschland» verbreitete, verklagte ihn ein italienisch-jüdischer Geschäftsmann vor den Gemischten Gerichten Ägyptens wegen Beleidigung, Verbreitung von Rassenhass und Störung der öffentlichen Ordnung; die Klage wurde zwar zurückgewiesen, da die Richter den Standpunkt einnahmen, dass ein Individuum sich nicht durch Angriffe auf die Juden als Gesamtheit beleidigt sehen könne, doch erregte der Prozess erhebliches Aufsehen. Berlin reagierte hierauf mit verstärkten propagandistischen und diplomatischen Anstrengungen.¹⁷

Insgesamt wurde jedoch die deutsche Politik durch die Grenzen eingeschränkt, die die rassistische Grundeinstellung der Nationalsozialisten und die «weltpolitischen» Pläne Hitlers zogen. Von 1933 an suchten immer wieder Vertreter arabischer nationalistischer Kreise Annäherung an Hitler-Deutschland.¹⁸ Darunter befanden sich namhafte Personen wie der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husaini, und der in der Schweiz lebende syrische Nationalistenführer Schakib Arslan. Diesen Kreisen kam es auf mehr als freundliche, aber unverbindliche Erklärungen an, nämlich auf greifbare Hilfe. Darauf reagierten die deutschen Stellen sehr kühl. «Deutschland kann die Araber nicht mit Geld oder mit Waffen unterstützen»,¹⁹ hiess es z.B. in einer internen Stellungnahme 1934, nachdem Schakib Arslans Bitte um einen Empfang bei Hitler zurückgewiesen worden war. Eine Unterstützung des arabischen Aufstandes, der 1936 in Palästina ausbrach, lehnte Deutschland zunächst ab (während Italien dem Mufti seit 1934 Geld zugewendet haben soll).²⁰

Dann allerdings setzte sich eine differenziertere Haltung durch. Offensichtlich waren die deutschen Diplomaten und Konsuln in den arabischen Ländern durch ihre Kontakte mit einheimischen politischen Kreisen von den entschiedener werdenden nationalen Bestrebungen der Araber beeindruckt und gaben diesen Eindruck auch nach Berlin weiter. Nach dem Palästina-Aufstand von 1936 wurden die Äusserungen dringlicher. «Wir haben wenig getan, um die Sympathie, welche die Araber für Deutschland hegen, zu stärken und zu erhalten, und haben die Gefahr ausser Acht gelassen, dass die Araber durch unsere Mithilfe an dem Aufbau des jüdischen Nationalheims und der jüdischen Wirtschaft [in Palästina] zu unseren Gegnern werden können», schrieb am 22. März 1937 der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Döhle.²¹ Diese und ähnliche Mahnungen lösten die erwähnte Diskus-

sion über Für und Wider des Transfer-Abkommens aus. Sie endete mit der Entscheidung Hitlers, die jüdische Auswanderung nach Palästina weiter mit allen Mitteln zu fördern. Sie führte aber auch zu der grundsätzlichen Weisung des Reichsaussenministers v. Neurath vom 1. Juni 1937, die die «Bildung eines Judenstaates» als nicht im deutschen Interesse liegend bezeichnete und fortfuhr: «Es besteht daher ein deutsches Interesse an Stärkung des Arabertums als Gegengewicht gegen etwaigen solchen Machtzuwachs des Judentums.» Das bedeutete einen neuen Akzent, selbst wenn der Aussenminister die Weisung für die deutsche Gesandtschaft in Bagdad durch den Zusatz qualifizierte: «Hierbei wäre das deutsche Verständnis für die arabischen nationalen Bestrebungen *deutlicher als bisher, jedoch ohne bestimmte Zusagen* zu bekunden.»²²

In der Folgezeit kam es tatsächlich zu einer stärkeren Annäherung an die Araber. Der Mufti konnte Ende 1937 einen Gewährsmann nach Berlin entsenden.²³ Im Sommer 1938 traf Admiral Canaris, der Chef der Abwehr, auf einer Incognito-Reise nach dem Libanon mit dem Mufti zusammen; dieser erhielt daraufhin eine Finanzhilfe, die jedoch nur unregelmässig gezahlt und bald wieder eingestellt wurde, weil die Kampfleistungen der arabischen Freischärler in Palästina den Deutschen unbefriedigend schienen.²⁴ Deutsche Waffen wurden ebenfalls nach Palästina geschmuggelt, aber der Umfang dieser Hilfe war offenbar nicht gross.²⁵

Die Frage der Lieferung von Kriegsmaterial rückte jetzt auch in den Mittelpunkt der Beziehungen Deutschlands zu einigen arabischen Staaten: Irak, Saudi-Arabien und Ägypten. Die Umstände waren jedoch derart, dass sich nach wie vor keine klare, zielbewusste Araberpolitik der Hitler-Regierung feststellen lässt.

Im Irak hatte im Oktober 1936 ein Staatsstreich stattgefunden, der den General Bakr Sidqi an die Macht brachte. Bakr Sidqi und seine Regierung standen von Anfang an in engem Kontakt mit dem deutschen Gesandten Grobba und suchten durch diesen Zusammenarbeit mit Deutschland, nicht zuletzt auf militärischem Gebiet. Grobba konnte erreichen, dass ein deutscher Generalstabsoffizier entsandt wurde, um bei einer gegen die Briten gerichteten Verteidigungsplanung zu helfen. Ausserdem brachte er die Vertreter einiger deutscher Rüstungsfirmen nach Bagdad, um Verhandlungen über Waffenlieferungen aufzunehmen.²⁶ Diese Verhandlungen zogen sich indessen so lange hin, bis Bakr Sidqi im August 1937 ermordet wurde. Sie wurden dann mit den folgenden Regierungen fortgesetzt. Bis zum Kriegsausbruch 1939 kamen mehrere Käufe zum Abschluss.²⁷ Aber das geschah keineswegs gegen den Willen der Briten, die damals nicht in der Lage waren, alle irakischen Waffenwünsche zu erfüllen. Tatsächlich waren die irakischen Bestellungen in Deutschland nicht umfangreich. Dabei spielte es eine erhebliche Rolle, dass die Deutschen ihre wirtschaftlichen Interessen mindestens ebenso hoch bewerteten wie die politischen; sie weigerten sich, dem Irak Kredit zu geben, und bestanden auf Bezahlung in Pfund Sterling statt in

irakischen Dinar. Es scheint andererseits auch deutsche Versuche gegeben zu haben, über den Irak Waffen an die Aufständischen in Palästina zu liefern, wovon Grossbritannien natürlich nichts wissen durfte; ob diese Versuche je zu einem Erfolg geführt haben, ist unklar.

Saudi-Arabien war für diejenigen deutschen Stellen, die eine Araberpolitik zu entwickeln suchten, deshalb von besonderem Interesse, weil es weniger direkt unter dem Einfluss westlicher Grossmächte stand als die meisten anderen arabischen Staaten. König 'Abda Faziz, bekannt als Ibn Sa'ud, unterhielt zwar seit Langem ein freundschaftliches Verhältnis zu Grossbritannien, aber er stand nicht unter britischer Kontrolle, und seine Beziehungen zu London waren nicht spannungsfrei. Dabei wirkte das Palästina-Problem mit: Ibn Sa'ud lehnte die zionistischen Pläne in Palästina ab, teils weil sie seinen islamischen Überzeugungen zuwiderliefen, teils weil er eine führende Rolle in der islamischen und arabischen Welt anstrebte, die von ihren Führern eine antizionistische Haltung erwarteten.²⁸ Am 10. Oktober 1936 hatte er gemeinsam mit den Herrschern des Irak, Transjordanien und des Jemen die Araber Palästinas aufgerufen, im Vertrauen auf die guten Absichten Grossbritanniens ihren Generalstreik abzubrechen, und hatte damit wesentlich zur Beendigung der ersten Phase des grossen palästinischen Aufstands beigetragen;²⁹ das hatte durchaus im Interesse Grossbritanniens gelegen. Aber im Februar 1937 bekundete Saudi-Arabien erstmals gegenüber Deutschland die Absicht, deutsche Waffen zu kaufen, und zwar sowohl für die Araber Palästinas wie für die saudischen Streitkräfte.³⁰

Die schwankende Haltung der deutschen Stellen machte es allerdings schwierig, ins Geschäft zu kommen. Ende 1938 hätten deutsche Waffenlieferungen über Saudi-Arabien und den Irak nach Palästina gehen sollen, wurden jedoch gestoppt, weil man in Berlin plötzlich meinte, man könne dem saudischen stellvertretenden Aussenminister Fu'ad Hamza nicht trauen, dass er die Lieferungen vor den Briten geheimhalten werde.³¹ Trotzdem schickte die Berliner Regierung im Januar 1939 ihren Gesandten in Bagdad, Grobba, nach Dschidda, um die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Saudi-Arabien aufzunehmen.³² Am 17. Juni 1939 empfing Hitler in Berchtesgaden einen Beauftragten König Ibn Sa'uds, und man vereinbarte Waffenlieferungen und die Errichtung einer kleinen Munitionsfabrik in Saudi-Arabien.³³ All dies kam jedoch infolge des Kriegsausbruchs nicht zustande.

In Ägypten bot sich der deutschen Politik ein Ansatzpunkt bei einer Gruppe nationalistischer Politiker und Offiziere, die durch den Chef des königlichen Kabinetts, 'Ali Mahir, Einfluss auf den jungen König Faruq ausübte. Anfang 1938 wurde ein Mitglied dieser Gruppe, General 'Aziz 'Ali al-Masri, zum Generalinspekteur des Heeres ernannt, dessen Kontrolle durch die Briten seit dem Abschluss des britisch-ägyptischen Bündnisvertrages gelockert worden war, obwohl es immer noch von einer britischen Militärmission betreut wurde.³⁴ Trotz der Anwesenheit dieser Mission, und

obwohl er Schwierigkeiten mit der Regierung Muhammad Mahmud hatte, die einen vorsichtigen Kurs steuerte, reiste der Generalinspekteur im Sommer 1938 zu Verhandlungen über Waffenlieferungen nach Berlin. Die deutschen Stellen zeigten sich jedoch auch in diesem Fall nicht besonders entgegenkommend, so dass die Verhandlungen ergebnislos blieben.³⁵ General ^eAziz al-Masri wurde bei Kriegsbeginn, als ^eAli Mahir die Regierung übernahm, Generalstabschef, nach wenigen Monaten jedoch ausgeschaltet. Er hielt weiter Fühlung mit den Deutschen und unternahm 1941 einen vergeblichen Versuch, aus Ägypten zu fliehen. Durch ihn scheint auch eine Verbindung zwischen deutschen Agenten und der Offiziersgruppe um Gamal Abdannasir und Anwar as-Sadat zustandegekommen zu sein.

Noch grössere Zurückhaltung als bei den Waffenlieferungen zeigte Berlin lange Zeit in der Frage offensiver arabischer Rundfunkpropaganda. Es überliess sie zunächst gänzlich dem italienischen Sender Bari. Erst als das italienisch-britische Abkommen vom 16. April 1938, das einen Interessenausgleich der beiden Staaten in Mittelmeer- und Nahostfragen brachte, die Italiener zur Einstellung ihrer Sendungen veranlasste, sprang die deutsche Propaganda ein: im Frühjahr 1939 nahm sie Rundfunksendungen in arabischer Sprache auf.³⁶

Es gibt mancherlei Hinweise darauf, dass deutsche Stellen eine ganze Reihe von Kontakten mit verschiedenen Personen und Gruppen in den arabischen Ländern unterhielten – aber offenbar nur auf die Weise, wie Geheimdienste vielfach solche Kontakte herzustellen pflegen, ohne damit sogleich Verbindlichkeiten einzugehen, sondern nur zu dem Zweck, sich alle Möglichkeiten offenzuhalten. Eine zielstrebige Suche nach Verbündeten ist jedoch auch bei den Fühlungnahmen mit offiziellen Vertretern der arabischen Staaten, von denen wir gesprochen haben, nicht zu erkennen. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass diese Fühlungnahmen sich in dem Masse intensivierter, wie die Hitler-Regierung auf den Krieg zusteuerte. Ihr Hauptmotiv hierbei scheint also die Absicht gewesen zu sein, sich für den kommenden Weltkonflikt Wirkungsmöglichkeiten zu sichern, wo sie sich boten, ohne dass man sich damit festlegte; man würde sie ausnützen, wenn es opportun wurde.

Dasselbe gilt im Grunde für die deutsche Politik gegenüber den Arabern während des Krieges, die wir hier nicht im Einzelnen weiterverfolgen wollen, weil sie wesentlich von den besonderen Bedingungen des Krieges bestimmt wurde. Wenn immer die arabischen Kontaktpartner darauf bestanden, von der Hitler-Regierung formelle Erklärungen über die Unterstützung der arabischen Unabhängigkeitsbewegungen zu erhalten, begannen die massgeblichen deutschen Stellen sich zu winden und zeigten grosse Zurückhaltung.³⁷ Die Notwendigkeit, auf Grossbritannien Rücksicht zu nehmen, war zwar jetzt geschwunden, aber umso mehr waren die Interessen Italiens zu berücksichtigen, in gewissem Umfang auch die Interessen Vichy-Frankreichs, der Türkei und Spaniens. Für die Zukunft dachte die Hitler-Regierung an eine Neuverteilung der Welt zwischen den europäischen Kolo-

nialmächten, wobei natürlich auch Deutschland wieder ein Kolonialreich erhalten würde.³⁸ Bei allen diesen Rücksichtnahmen fielen die Zusicherungen deutscher Unterstützung für die arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen natürlich recht dürftig und für die Araber unbefriedigend aus.

Es sei wenigstens der Kernsatz der Erklärung des Reichsaussenministers vom 28. April 1942 zitiert:

«Deutschland ist bereit, den gegenwärtig unter britischer Unterdrückung leidenden arabischen Ländern des Nahen Orients in ihrem Kampf für ihre Befreiung jede denkbare Unterstützung zu gewähren, ihre Souveränität anzuerkennen und ihrer Vereinigung, wenn sie von den Beteiligten gewünscht wird, sowie der Beseitigung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina zuzustimmen t-..]»³⁹

Also nur der Unabhängigkeitskampf der Araber gegen Grossbritannien wurde unterstützt. Die Araber hatten die Zusicherung «vollständiger Unabhängigkeit und voller Souveränität» für ihre Länder verlangt; aber die Achsenstaaten hatten die Adjektive gestrichen. Zu den «Beteiligten», die der arabischen Einheit zustimmen müssten, konnte man auch Kolonialmächte wie Frankreich rechnen. Nur die Zustimmung zur Beseitigung der jüdischen Nationalheimstätte in Palästina war unzweideutig. Im Übrigen liessen die Achsenstaaten die Erklärung nicht veröffentlichen.

Auch bei demjenigen Kriegsereignis, das am ehesten eine konkrete Verbindung zwischen Deutschland und einem arabischen Staat vor Augen zu führen schien, bei dem irakisch-britischen Konflikt von 1941, zeigt genauere Betrachtung den beschränkten Charakter der Verbindung. Die Regierung Raschid ʿAli al-Gailani, die jenen Konflikt herbeiführte, liess sich zwar von der Hoffnung auf einen Sieg der Achsenmächte bewegen und bat diese um Hilfe. Aber auch hier rang sich die Berliner Regierung nur sehr schwer zu einem Entschluss durch und fasste ihn erst, nachdem die Feindseligkeiten im Irak bereits ausgebrochen waren. Die Hilfe, die Deutschland dann tatsächlich leistete – vor allem durch die Lieferung einiger Waffen und den Einsatz der Luftwaffe –, war relativ geringfügig und konnte infolgedessen die Niederlage des Gailani-Regimes in keiner Weise verhindern.⁴⁰

Hitler und seine Mitarbeiter zeigten niemals auch nur im Ansatz ein tieferes Verständnis für das arabische Freiheitsstreben oder das Bewusstsein einer echten Gemeinsamkeit der Interessen, die als Grundlage für eine deutsche Araberpolitik hätte dienen können.

III. Faschistoide Tendenzen in den arabischen Ländern

Auf Seiten des arabischen Nationalismus existierte ohne Zweifel eine Bereitschaft, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, die von der Annahme einer Interessengemeinschaft ausging. Dahinter stand in erster Linie die Überzeugung, dass «die Feinde unserer Feinde unsere Freunde sind». Der Unabhängigkeitskampf der Araber schien zwischen den beiden Weltkriegen oft hoffnungslos; deshalb ist es begreiflich, wenn arabische Nationalisten sich Bundesgenossen suchten, wo immer sie sie fanden. Man kann ihnen lediglich vorwerfen, dass sie sich um den wahren Charakter des Hitler-Regimes nicht kümmerten.

Es gab jedoch auch arabische Nationalisten, die durchaus etwas vom Charakter des Hitler-Regimes wussten und sich gerade deshalb zu ihm hingezogen fühlten. So stellt sich die Frage, ob die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland – zusammen mit dem Faschismus in Italien und der Falange-Bewegung in Spanien – die Entwicklung faschistischer Tendenzen in den arabischen Ländern gefördert hat.

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen Blick auf die allgemeine Stimmung in den arabischen Ländern werfen. In seinem wichtigen Buch «Arabic Thought in the Liberal Age»⁴¹ lässt Albert Hourani das liberale Zeitalter für die Araber im Jahre 1939 enden. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich indessen, dass die arabischen Gesellschaften schon im Laufe der dreissiger Jahre in eine tiefe Orientierungskrise eingetreten waren. Während des eben zitierten liberalen Zeitalters⁷ hatten sich die arabischen Intellektuellen sehr weitgehend zum Westen hin geöffnet und ihre Hoffnung darauf gesetzt, dass der Westen ihnen den Weg zur Lösung ihrer Probleme zeigen werde. Das galt selbst dann noch, als die verschiedenen arabischen Nationalbewegungen spätestens nach dem ersten Weltkrieg ihre Hauptgegner in den europäischen Kolonialmächten erkannten, die die arabischen Länder kontrollierten. Das Mandatssystem, das diese Kontrolle in den meisten Fällen – Syrien, Libanon, Palästina, Transjordanien, Irak – legalisierte, wies ja immerhin den Mandataren die Aufgabe zu, die Mandatsgebiete zur Unabhängigkeit zu führen; das Ziel der britischen Vormundschaft über Ägypten wurde ähnlich interpretiert. Tatsächlich gewährte Grossbritannien durch Abschluss von Bündnisverträgen dem Irak (1930) und Ägypten (1936) die formale Unabhängigkeit. Aber Frankreich konnte sich nicht entschliessen, entsprechende Verträge mit Syrien und Libanon, die 1936 zustande gekommen waren, dann auch zu ratifizieren; sie traten also nicht in Kraft. Überdies zeigte sich, dass Grossbritannien ebenfalls den Irak und Ägypten weiter unter seinem Einfluss zu halten gedachte. In Palästina bestand nicht nur das britische Mandat fort, gleichzeitig war die Errichtung der jüdischen Nationalheimstätte im Gange.

Zu alledem kam, dass die inneren Strukturen, die die arabischen Staaten sich geschaffen hatten, die auf sie gesetzten Erwartungen immer weniger

erfüllten. Die parlamentarischen Systeme, die einst als erstrebenswerte Regelung des Verhältnisses der Bürger zu ihrem Staat erschienen waren, wurden fragwürdig – sei es, weil die Parlamente sich gegenüber den Kolonialmächten nicht durchsetzen konnten, sei es, weil Staatsoberhäupter, Politiker und Militärs die Verfassungen manipulierten oder gar suspendierten, sei es, weil Wahlfälschungen und eigensüchtige Streitigkeiten der Parteien die Volksvertretungen entwerteten.

Die Orientierungskrise reichte aber weit über den politischen Bereich hinaus; sie stellte die Hinwendung der arabischen Intellektuellen zu westlichen Vorbildern, ja, rationalistisches und aufklärerisches Streben überhaupt in Frage.⁴² Sie ist auch im Zusammenhang mit Problemen zu sehen, die durch die Eingliederung der arabischen Wirtschaftssysteme in die Weltwirtschaft entstanden, und mit den gleichzeitig stattfindenden sozialen Veränderungen.

Eine solche Situation der Desorientierung und der Krise gilt gemeinhin als Voraussetzung für das Auftreten faschistischer Bewegungen. Ob es solche Bewegungen vor dem zweiten Weltkrieg in den arabischen Ländern gab, ist eine Frage der Definition des Faschismus. In die Diskussion hierüber können wir an dieser Stelle nicht eintreten, doch scheint mindestens ein Hinweis wichtig: Nach weithin akzeptierter Auffassung entstehen faschistische Bewegungen in modernen Industriegesellschaften und werden durch die dort stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen hervorgerufen bzw. wenden sich gegen diese Veränderungen. Nun war tatsächlich in den dreissiger Jahren die Industrialisierung der arabischen Länder in Gang gekommen, aber von einer modernen Industriegesellschaft war man doch noch weit entfernt. Nehmen wir z.B. Ägypten als ein verhältnismässig früh entwickeltes arabisches Land, so lieferte dort 1939 die Industrie einschliesslich Bergbau und Bauindustrie 8,3% des Nationalprodukts;⁴³ bei einer Gesamtbevölkerung von 16 Millionen waren nach verschiedenen Statistiken 155'000 oder 273'000 Personen in der Industrie beschäftigt.⁴⁴ Das ist ziemlich wenig. Gewiss kann auch keine Rede davon sein, dass es eine grosse Bewegung der Arbeiterklasse gegeben hätte, gegen die ein Faschismus sich hätte richten können. Für die anderen arabischen Länder galt all dies in erhöhtem Masse.

Doch wir können auf jeden Fall Erscheinungen in den arabischen Gesellschaften beobachten, die sich als faschistoid bezeichnen lassen. In den dreissiger Jahren entstanden mehrere Bewegungen, an deren Spitze ein Führer stand, dem sich die paramilitärisch organisierten Mitglieder in strenger Disziplin unterwarfen, begeistert von einer Ideologie, die nicht auf rationalen Überlegungen aufbaute, sondern auf einer mystischen Verherrlichung der Nation oder des Volkes, in denen die desorientierten Menschen sich geborgen fühlen sollten.

Dem deutschen Nationalsozialismus am ähnlichsten war die 1932 von dem orthodoxen Christen Antun Sa'ada gegründete Syrische Volkspartei (al-Hizb as-suri al-qaumi, Parti Populaire Syrien).⁴⁵ Sa'ada verwarf zwar

Hitlers Postulat der Rassenreinheit, beanspruchte jedoch für die «syrische Nation», die die Bevölkerung Grosssyriens (eingeschlossen Libanon, Palästina und Transjordanien), nach einer späteren Version dazu die Zyperns, des Irak und westlicher Gebiete Irans umfassen sollte, eine Überlegenheit über andere Nationen und erstrebte einen totalitären Staat. Auch in Äusserlichkeiten – einer hakenkreuzartigen Fahne, dem Gruss mit erhobener Hand usw. – lehnte die Partei sich direkt an die NSDAP an.

In Ägypten gründete Ahmad Husain 1933 die Gesellschaft «Junges Ägypten» (Dschariyyat Misr al-fatat), die sich 1936 in eine Partei verwandelte.⁴⁶ Ihre Devise war «Ägypten über alles» (Misr fauqa l-dschamf). Sie wandte sich gegen die «materialistische» Zivilisation Europas und betonte in allmählich wachsendem Masse ihre Bindung an den Islam. Im Übrigen besass das Junge Ägypten keine so profilierte Ideologie wie die Syrische Volkspartei. Seine auffälligste Aktivität waren die Aufmärsche und Umzüge seiner Kampforganisation, der «Grünhemden», die auch öfters mit der Polizei zusammenstießen.

In vielen anderen Fällen sind die faschistoiden Züge beschränkter und oberflächlicher. Weithin scheinen die paramilitärischen Organisationen der faschistischen Bewegungen Europas den Arabern nachahmenswert, weil sie der Jugend Gelegenheit zur körperlichen Ertüchtigung geben, sie an Disziplin gewöhnen und den Aufbau nationaler Streitkräfte vorbereiten.

Als 1936 der Apotheker Pierre al-Dschumayyil gemeinsam mit anderen gebildeten jungen Libanesen die «Phalanges Libanaises» (al-Kata'ib al-lubnaniya)⁴⁷ gründete, stand er unter dem Eindruck der effizienten Jugendorganisationen europäischer Länder, die er als Präsident des libanesischen Fussballverbandes auf der Reise zu den Berliner Olympischen Spielen kennengelernt hatte. Die «Phalanges», deren Namen offenbar von der spanischen Falange entlehnt wurde, legten grössten Wert auf die militärische Ausbildung ihrer Mitglieder und wurden nach dem Führerprinzip strukturiert.

Ihr libanesischer Nationalismus, der sich gegen den als Bedrohung empfundenen arabischen Nationalismus richtete, trug durchaus mystischen Charakter, verfocht aber keine expansionistischen Ziele. Im Gegensatz zur Syrischen Volkspartei und zum Jungen Ägypten lehnten die Kata'ib auch nicht das parlamentarische System ab. Ob sie später, vor allem in den libanesischen Bürgerkriegen, wirkliche faschistische Tendenzen entwickelten, braucht hier nicht untersucht zu werden.

Im Irak wurde 1935 eine staatliche Jugendorganisation zum Zweck der vormilitärischen Ausbildung der Schüler an Oberschulen und Lehrerbildungsanstalten geschaffen, die in Erinnerung an ein altes islamisches Bildungsideal den Namen «Futuwa» erhielt.⁴⁸ Dr. Sami Schaukat, der leitende Beamte des Erziehungsministeriums, der massgeblichen Einfluss auf die Futuwa gewann, vertrat eine Ideologie mit deutlich faschistischen Elementen. Er konnte sich im Übrigen auf die Weisung des Ministerpräsidenten berufen, «die irakische Jugend nach deutschem Muster im militärischen

Geist zu erziehen».⁴⁹ Aber der irakische Staat war weit davon entfernt, faschistisch zu sein. Vielleicht hätte die Indoktrinierung der Jugend auf längere Sicht eine faschistische Bewegung ins Leben rufen können; doch mit dem Scheitern des Gailani-Aufstandes von 1941 fand diese Entwicklung ihr Ende.

Die erwähnten faschistoiden Tendenzen in den arabischen Ländern sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen, aber die vorliegenden Dokumente lassen nicht darauf schliessen, dass ihre Entfaltung durch direkte Einflussnahme Hitler-Deutschlands nennenswert gefördert worden wäre. Gewiss ist es in vielen Fällen zu Kontakten mit deutschen Stellen gekommen. Z.B. gab der Reichsjugendführer v. Schirach bei einem Besuch in Bagdad im Dezember 1937 der irakischen Regierung Anregungen für die weitere Entwicklung der Futuwa, und auf seine Einladung nahm eine Futuwa-Abordnung am Aufmarsch der Hitler-Jugend auf dem Nürnberger Parteitag 1938 teil.⁵⁰ Die Syrische Volkspartei ist oft der Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien bezichtigt worden. Wahr ist, dass Antun Sa'ada 1938 kurz in Berlin war und dass er 1941 in Rio de Janeiro Kontakt mit der deutschen Botschaft suchte, um der Hitler-Regierung Zusammenarbeit bei der «Neuordnung» des Vorderen Orients nach dem Kriege anzubieten.⁵¹ Aber ein deutsches Entgegenkommen ist nicht belegt, und die gründlichste Untersuchung der Syrischen Volkspartei gelangt zu dem Schluss, es gebe keinen greifbaren Beweis, dass die Partei in den Dienst der Achsenmächte getreten sei.⁵² Der Führer des Jungen Ägypten, Ahmad Husain, sprach 1934 bei dem deutschen Botschafter in Kairo vor, um seine Sympathien für das «neue Deutschland» auszudrücken und ein deutsches Einreisevisum zu beantragen; doch der Botschafter fertigte ihn kurz ab und unterrichtete die ägyptischen Sicherheitsbehörden.⁵³ Husain hat sich dann in der Öffentlichkeit sowohl für wie gegen die Achsenmächte geäußert; z.B. kritisierte er im Frühjahr 1939 die «Eroberungshysterie» Deutschlands, Italiens und Japans.⁵⁴ Eine konkrete Zusammenarbeit Hitler-Deutschlands selbst mit denjenigen Kräften in den arabischen Ländern, die ihm ideologisch am nächsten standen, ist nicht nachzuweisen.

Wir müssen nach alledem annehmen, dass die faschistoiden Tendenzen in den arabischen Ländern in der Hauptsache durch Faktoren hervorgerufen wurden, die in diesen Ländern selbst auftraten. Die Auswirkungen der Hitlerschen Politik waren im Wesentlichen indirekter Art. Die Erfolge Hitlers in den ersten Jahren seiner Regierung, dabei gerade auch seine Fähigkeit zu schnellen Entschlüssen – ohne Rücksicht darauf, dass sie mit der Zerstörung der deutschen Demokratie erkaufte waren – und seine Bereitschaft zu Gewaltakten, weckten die Bewunderung vieler Araber, die in der geschilderten Orientierungskrise nach neuen Leitbildern suchten, und regten sie zur Nachahmung an. Doch so bedenklich diese Erscheinung in vielen Fällen war, wir sollten sie nicht überbewerten. Eine allgemeine Bereitschaft zur Gewalt und zu undemokratischem Vorgehen ist zwar in den arabischen

Ländern bis heute festzustellen, aber in vollem Umfang faschistische Modelle haben sich nicht durchgesetzt. Hierzu hat ohne Zweifel die vernichtende Niederlage der faschistischen Staaten im zweiten Weltkrieg entscheidend beigetragen.



Eine Betrachtung des Verhaltens der Hitler-Regierung gegenüber den arabischen Ländern des Vorderen Orients führt zu dem Ergebnis, dass diese Regierung niemals eine profilierte Araberpolitik entwickelt hat. Wir müssen feststellen, dass Hitlers Einstellung zu den Arabern eine extreme Ausprägung von Verhaltensweisen ist, die für die Epoche des Kolonialismus kennzeichnend sind. Gewiss ist Hitlers Rassismus, der andere Völker aus biologischen Gründen als minderwertig einstuft, erheblich unmenschlicher als Herrschaftsansprüche, die sich aus technischer Überlegenheit bzw. aus der Ungleichzeitigkeit der historischen Entwicklung verschiedener Völker herleiten. Doch für die Objekte der Herrschaftsansprüche fällt die Begründung eines solchen Anspruchs weniger ins Gewicht als die Tatsache, dass er erhoben wird. Wohl aber ist zu beobachten, dass in Grossbritannien, in Frankreich und selbst in Italien wenigstens bei einigen Denkern und Politikern Ansätze zur Anerkennung eines Selbstbestimmungsrechts aussereuropäischer Völker im Entstehen begriffen waren, auf der Basis liberaler oder sozialistischer Überzeugungen oder einfach realpolitischer Erkenntnis. Bei Hitler und seinen engeren Mitarbeitern gab es solche Ansätze nicht; sie waren kolonialistischer als die Kolonialmächte.

Wenn wir eine direkte und bleibende Wirkung Hitlers auf die Geschichte des Vorderen Orients suchen, so finden wir sie am ehesten in seinem Beitrag zur Gründung des jüdischen Staates Israel. Dabei waren es nicht das Transfer-Abkommen und die zeitweilige Förderung der jüdischen Auswanderung von Deutschland nach Palästina, die diese Wirkung ausübten; es war vielmehr Hitlers grauenvolle Judenverfolgung in Europa. Grossbritannien hatte es in dem Weissbuch vom Mai 1939 zu seinem Ziel erklärt, nach zehn Jahren einen unabhängigen palästinischen Staat zu errichten; es hätte nur noch die Einwanderung von 75'000 Juden zugelassen, danach aber jede weitere Einwanderung von der Zustimmung der Araber abhängig gemacht, so dass eine klare arabische Mehrheit in dem geplanten Staat sicher gewesen wäre. Der Beschluss der Vereinten Nationen von 1947 über die Teilung Palästinas, der die Gründung Israels möglich machte, wäre vielleicht nicht zustandegekommen, wenn die Welt nicht unter dem Eindruck der Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden und des Drängens der Überlebenden nach Palästina gestanden hätte. Ja, es ist nicht einmal sicher, dass ohne Hitler die zionistische Idee sich unter den Juden durchgesetzt hätte; bis 1939 bildeten die Zionisten im Judentum nur eine Minderheit.

Als Angehörigen des Volkes, in dessen Namen Hitler die Juden vernichtet hat, stünde es uns schlecht an, wenn wir uns in die Diskussion über die historische Berechtigung des Zionismus einmischen wollten. Nach Hitler ist es in höchstem Grade verständlich, dass die Juden die Errichtung eines eigenen Staates erstrebten und dass sie mit aller Kraft an ihm festhalten. Aber wir können auch nicht ignorieren, dass die Errichtung des jüdischen Staates vitale arabische Rechte verletzt hat, dass die Araber sich dadurch bedroht und in ihrer Selbstachtung beeinträchtigt fühlen, dass die Gründung Israels den Nahostkonflikt ausgelöst hat und dass die Politik Israels erheblich dazu beiträgt, eine Überwindung des Konflikts zu verhindern – obschon mittlerweile eine Reihe anderer Faktoren in dieselbe Richtung wirkt. Die Rolle, die Hitler im Kausalzusammenhang dieses schlimmen Konflikts spielt, sollte nicht vergessen werden.

Anmerkungen

¹ Eine umfassende Untersuchung der deutschen Nahost-Politik im 19. Jh. fehlt; einen wesentlichen Teil behandelt Abdel-Raouf Sinno, *Deutsche Interessen in Syrien und Palästina 1841-1898*, Berlin 1982.

² Alex Carmel, *Die Siedlungen der württembergischen Templer in Palästina 1868-1918*, Stuttgart 1973.

³ Lukas Hirzowicz, *The Third Reich and the Arab East*, London/Toronto 1966, S. 15 f.

⁴ Francis R. J. Nicosia, *Weimar Germany and the Palestine Question*, in: *Leo Baeck Institute Year Book XXIV* (1979), S. 321-345.

⁵ Über das Abkommen: Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Tübingen 1972. Allgemein über die deutsche Politik seit 1933: David Yisraeli, *The Third Reich and Palestine*, in: *Middle Eastern Studies* 7 (1971), S. 343-353; Francis Nicosia, *Arab nationalism and National Socialist Germany, 1933-1939*, in: *International Journal of Middle East Studies* 12 (1980), S. 351-372; Alexander Schölch, *Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), S. 646-674, sowie in Dietrich Wetzels (Hg.), *Die Verlängerung von Geschichte – Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt*, Frankfurt 1983, S. 65-92; Lenni Brenner, *Zionism in the Age of the Dictators*, London 1983.

⁶ Feilchenfeld, *Haavara-Transfer*, S. 37, 93; Schölch, *Das Dritte Reich*, S. 648/67.

⁷ Brenner, *Zionism*, S. 64; Schölch, *Das Dritte Reich*, S. 648/88: Anm. 5.

⁸ Ebd., S. 648L/67, 659ff./75ff.

⁹ Heinz Tillmann, *Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg*, Berlin [Ost] 1965, S. 66.

¹⁰ Schölch, *Das Dritte Reich*, S. 661/77.

¹¹ Yisraeli, *Third Reich and Palestine*, S. 347 f; Nicosia, *Arab nationalism*, S. 358 f.

¹² Nicosia, *Weimar Germany*, S. 321 ff, 339 f.

¹³ Hitler selbst war damit einverstanden, dass bei einer arabischen Übersetzung von «Mein Kampf» seine Bemerkungen über die Rangfolge der Rassen weggelassen werden sollten, vgl. Hirzowicz, *Third Reich and Arab East*, S. 46. Eine offizielle arabische Ausgabe von Hitlers Buch ist niemals erschienen; die Vorgänge sind ausführlich behandelt in einem Vortrag von Stefan Wild auf dem Colloquium über den Mittleren Osten in der Zwischenkriegszeit, das das Institut für europäische Geschichte, Mainz, 1984 in Bad Homburg veranstaltete [im Druck].

- ¹⁴ U.a. Hans-Adolf Jacobsen, 1939-1945 – Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1959, S. 86.
- ¹⁵ Tillmann, Araberpolitik, S. 58.
- ¹⁶ Ebd., S. 74ff.
- ¹⁷ Gudrun Krämer, Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten 1914-1952, Wiesbaden 1982, S. 259ff.
- ¹⁸ Nicosia, Arab nationalism, S. 352ff.
- ¹⁹ Ebd., S. 354.
- ²⁰ Brenner, Zionism, S. 91 f., 156.
- ²¹ Tillmann, Araberpolitik, S. 62ff.
- ²² Ebd., S. 66; Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 29ff.
- ²³ Ebd., S. 34ff., 41; Tillmann, Araberpolitik, S. 81: Anm. 327; Brenner, Zionism, S. 98ff.
- ²⁴ Yisraeli, Third Reich and Palestine, S. 344, 349; Nicosia, Arab nationalism, S. 364; Brenner, Zionism, S. 101.
- ²⁵ George E. Kirk, A Short History of the Middle East, London 1948, S. 195.
- ²⁶ Fritz Grobba, Männer und Mächte im Orient, Göttingen 1967, S. 152, 157 f., 160.
- ²⁷ Grobba, Männer und Mächte, S. 167; Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 17, 40, 58; Tillmann, Araberpolitik, S. 23f.; Nicosia, Arab nationalism, S. 363.
- ²⁸ Chairaddin az-Zirikli, Schibh al-gazira fi 'ahd-almalik 'Abdal'aziz, Beirut 1970, S. 1071 ff.
- ²⁹ Yehoshua Porath, The Palestinian Arab National Movement, vol. II: 1929-1939, London 1977, S. 201 ff.
- ³⁰ Nicosia, Arab nationalism, S. 364.
- ³¹ Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 47 ff., Tillmann, Araberpolitik, S. 29 ff, 34; Brenner, Zionism, S. 101.
- ³² Grobba, Männer und Mächte, S. 108ff.
- ³³ Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 56ff.; Tillmann, Araberpolitik, S. 35; Nicosia, Arab nationalism, S. 365 f.
- ³⁴ Marcel Colombe, L'évolution de l'Égypte 1924-1950, Paris 1951, S. 81 f.; Marius Deeb, Party Politics in Egypt, London 1979, S. 343, 402: Anm. 188.
- ³⁵ Tillmann, Araberpolitik, S. 25ff.; Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 43: Anm. †
- ³⁶ Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 27, 41, 130; Tillmann, Araberpolitik, S. 56: Anm. 222, 83 f.
- ³⁷ Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 81 ff., 211 ff., 309ff.
- ³⁸ Ebd., S. 315.
- ³⁹ Tillmann, Araberpolitik, S. 351: Anm. 338.
- ⁴⁰ Hirsowicz, Third Reich and Arab East, S. 95 ff.
- ⁴¹ London/New York/Toronto 1962.
- ⁴² Nadav Safran, Egypt in Search of Political Community, Cambridge, Mass. 1961, S. 165ff; P. J. Vatikiotis, The Modern History of Egypt, London 1969, S. 315ff.; Charles D. Smith, The crisis of orientation, in: International Journal of Middle East Studies 4 (1973), S. 382-410; Rotraud Wielandt, Das Bild der Europäer in der modernen arabischen Erzähl- und Theaterliteratur, Beirut/Wiesbaden 1980, S. 378.
- ⁴³ Charles Issawi, Egypt at Mid-Century, London/New York/Toronto 1954, S. 83.
- ⁴⁴ Robert Mabro/Samir Radwan, The Industrialization of Egypt 1939-1973, Oxford 1976, S. 139; Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques: Mémento économique L'Égypte, Paris 1950, S. 100.
- ⁴⁵ Elsa Marston, Fascist tendencies in pre-war Arab politics, in: Middle East Forum 35/5 (Mai 1959), S. 19-35; Labib Zuwiyya Yamak, The Syrian Social Nationalist Party, Cambridge, Mass. 1966; Michael W. Suleiman, Political Parties in Lebanon, Ithaca, New York 1967, S. 91 ff.
- ⁴⁶ James P. Jankowski, Egypt's Young Rebels, Stanford 1975; Deeb, Party Politics, S. 372 ff.
- ⁴⁷ Suleiman, Political Parties, S. 232ff.; John P. Entelis, Pluralism and Party Transformation in Lebanon, Leiden 1974; Tarich Hizb al-Kata'ib al-lubnaniya, vol. I: 1936-1940, Beirut 1979.

⁴⁸ Fritz Grobba, *Irak*, Berlin 1941, S. 46 f, 67; Majid Khadduri, *Independent Iraq*, London/ New York/Toronto 1951, S. 160f.; *Satf al-Husri, Mudhakkirati fil-'Iraq 1921-1941*, vol. II, Beirut 1968, S. 380ff.

⁴⁹ Grobba, *Männer und Mächte*, S. 181; Tillmann, *Araberpolitik*, S. 86: Anm. 350.

⁵⁰ Grobba, *Irak*, S. 67 f.

⁵¹ *Wizarat al-anba'fi Lubnan, Qadiyat al-Hizb al-qaumi*, Beirut 1949, S. 35 f., 191 ff.

⁵² *Yamak, Syrian Social Nationalist Party*, S. 59 f.

⁵³ Jankowski, *Young Rebels*, S. 20.

⁵⁴ *Ebd.*, S. 20f, 24, 32ff, 58ff, 66, 82.

Die Autoren

Pierre Bertaux, geb. 1907, Docteur ès lettres, Professor an der Universität Paris IV Sorbonne (seit 1965), zuvor an den Universitäten Rennes, Toulouse und Lille. Préfet du Rhone (1947), Inspecteur général de l'administration (1948), Directeur général der Sûreté nationale (1949), Senator des Sudan (1953-1955), Offizier der Ehrenlegion, Mitglied der Akademie der Künste, Berlin, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste der DDR. Zahlreiche Veröffentlichungen, ins Deutsche übersetzt u.a.: Mutation der Menschheit (²1979); Friedrich Hölderlin (1978).

Dietrich Beyrau, geb. 1942, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa und Privatdozent an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Geschichte Osteuropas. Buchveröffentlichungen: Russische Orientpolitik und die Entstehung des Deutschen Kaiserreichs (1974); Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Russland (1984).

Dietrich Geyer, geb. 1928, Dr. phil., o. Professor für osteuropäische Geschichte und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen (seit 1965), zuvor an der Universität Frankfurt am Main. Letzte Buchveröffentlichungen: Die Russische Revolution (¹1985); Der russische Imperialismus (1977); Kautskys russisches Dossier (1981); Herausgeber des Osteuropa-Handbuches.

Tilemann Grimm, geb. 1922, Dr. phil., o. Professor für Ostasiatische Philologie an der Universität Tübingen (seit 1974), zuvor an den Universitäten Bochum und Münster. Letzte Veröffentlichungen: Chinas Traditionen im Umbruch der Zeit (1971); Meister Kung. Zur Geschichte der Wirkungen des Konfuzius (1976); Sinologische Anmerkungen zum europäischen Philosophiebegriff (1981); Herausgeber: Mao Tse-tung, Über die Revolution (1971).

Wolfgang Schieder, geb. 1935, Dr. phil., o. Professor für Geschichte der Neuzeit und der neuesten Zeit an der Universität Trier (seit 1970). Herausgeber und Mitherausgeber mehrerer Sammelbände, u.a.: Der spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik 1936-1939 (1976); Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich (²1983).

Klaus Scholder, geb. 1930, Dr. phil., bis zu seinem Tode (10.4.1985) o. Professor für Kirchenordnung und Kirchliche Zeitgeschichte an der Universität Tübingen (seit 1968). Letzte Buchveröffentlichungen: Die Grenzen der Zukunft (1974); Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. I (1977). Herausgeber: Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944 (1982).

Gerhard Schulz, geb. 1924, Dr. phil., o. Professor für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (seit 1962), Mitglied der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, München. Zahlreiche Veröffentlichungen, Herausgeber von Quelleneditionen, Schriftenreihen und Sammelbänden, zuletzt: Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg (1982); Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert (1985).

Klaus Schwabe, geb. 1932, Dr. phil., o. Professor für Neuere Geschichte an der RWTH Aachen (seit 1980), zuvor o. Professor für mittlere und neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der anglo-amerikanischen Geschichte an der Universität Frankfurt am Main. Letzte Buchveröffentlichung: Woodrow Wilson, Revolutionary Germany and Peacemaking, 1918-1919 (1985); Herausgeber und Mitautor von Sammelwerken und der Briefedition: Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker (1984).

Marlis G. Steinert, geb. Dalmer, Dr. phil., Professor für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf. Letzte Buchveröffentlichungen: Die 23 Tage der Regierung Dönitz (²1978); Hitlers Krieg und die Deutschen (1970); Les origines de la seconde guerre mondiale (1974); Le Japon en quête d'une politique étrangère (1981).

Fritz Steppat, geb. 1923, o. Professor für Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin (seit 1969), zuvor Leiter der Zweigstelle Kairo des Goethe-Instituts (1955-59), danach Direktor des Orient-Instituts der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Beirut (1963-68). Mehrere Veröffentlichungen zur Geschichte des Iran und des Islam.

Bernd-Jürg en Wendt, geb. 1934, o. Professor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Hamburg (seit 1976), zuvor o. Professor für Geschichte an der Gesamthochschule Kassel. Letzte Buchveröffentlichung: Economic Appeasement (1971); Herausgeber und Mitautor mehrerer Sammelbände.

Harald Winkel, geb. 1931, o. Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Stuttgart-Hohenheim (seit 1977), zuvor an der RWTH Aachen. Letzte Buchveröffentlichungen: Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit (³1985); Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945-1970 (1974); Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert (1977); Einführung in die Wirtschaftswissenschaften (1980); Geschichte der württembergischen Industrie- und Handelskammern 1933-1980 (1981).